



Bereits im Februar 2011 hat der Regierungsrat seinen Bericht über die Legislaturperiode 2007–2011 veröffentlicht. Jener Bericht legt Rechenschaft ab über die Erreichung der Legislaturziele. Diese Ziele hat der Regierungsrat unter drei Leitlinien gestellt:

- Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Zürich stärken
- Natürliche Lebensgrundlage schützen
- Gesellschaftlichen Zusammenhalt wahren

Der nun vorliegende Geschäftsbericht 2010 ist der letzte dieser Legislatur. Wichtige Themen haben bereits im Legislaturbericht ihren Niederschlag gefunden. Doch der Geschäftsbericht 2010 geht darüber hinaus und ist weit detailreicher.

Vorwort von Regierungspräsident Dr. Hans Hollenstein

Der Geschäftsbericht 2010 folgt der bewährten Gliederung in der Berichterstattung der Staatskanzlei und der Direktionen. Darin widerspiegelt sich die Vielfalt der Aufgaben des Kantons, aber auch der Aufgaben innerhalb der einzelnen Direktionen. Trotz dieser Gliederung ist es ein Geschäftsbericht des Regierungsrates. Denn obwohl Regierungsmitglieder häufig primär als Vorsitzende ihrer Direktionen gesehen werden, sind sie Mitglieder des Kollegiums und tragen damit exekutive Gesamtverantwortung. Im Berichtsjahr hat das Regierungskollegium eine personelle Veränderung erfahren: Ernst Stocker übernahm als Nachfolger für die aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretene Rita Fuhrer die Leitung der Volkswirtschaftsdirektion. Über die Erreichung der Legislaturziele hinaus war das Kollegium gefordert mit der Erarbeitung und Umsetzung des Sanierungsprogrammes San10 und der Vorbereitung auf die neue Legislaturperiode

Die Aufgabenvielfalt der Staatskanzlei und der Direktionen ändern nichts daran, dass gemeinsame Entwicklungen Rahmenbedingungen gesetzt und die Aufgabenerfüllung geprägt haben. Als solche sind vorab zu nennen:

Gesellschaftliche Entwicklungen

Erneut hat die Wohnbevölkerung des Kantons Zürich deutlich zugenommen. Daraus entstand der Bedarf nach mehr Wohnraum, mehr Transportmitteln, zusätzlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen. Mit dem Wachstum einhergegangen sind aber auch gesellschaftliche Veränderungen: Der Ausländeranteil und der Anteil der Bevölkerung mit einem Migrationshintergrund hat weiter zugenommen. Verstärkt hat sich die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern mit hoher beruflicher Qualifikation. Den Zusammenhalt der

Bevölkerung zu erhalten und der Gefahr einer zunehmenden Segmentierung entgegenzutreten, blieb zentrale Aufgabe. Fortgesetzt hat sich aber auch der Trend zur «24-Stunden-Gesellschaft». Dieser Trend besteht reell und virtuell. Reell beispielsweise mit einem Nachtleben – vor allem in der Stadt Zürich –, das an keiner Polizeistunde mehr Halt macht. Virtuell unter anderem mit Medienangeboten, die rund um die Uhr präsent sind.

Internationale und nationale Entwicklung

Ungeachtet der institutionellen Beziehung unseres Landes zur Europäischen Union sind immer mehr Lebensbereiche durch eine internationale Verflechtung geprägt. Die Euro-Krise konnte gerade Zürich als Wirtschaftskanton nicht unberührt lassen. Ebenso wichtig war die Entwicklung auf nationaler Ebene. Die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen ist noch nicht abgeschlossen. Und neue Bundesgesetze – zum Beispiel die eidgenössische Strafprozessordnung – bedingten aufwendige Anpassungsarbeiten. Zentrale Herausforderung ist es geblieben, dass Zürich und seine Anliegen in Bern Gehör finden.

Auch im Berichtsjahr diente die staatliche Aufgabenerfüllung dem Ziel, dass sich Zürich im zunehmend härteren Standortwettbewerb behaupten kann. Es ist erfreulich, dass unser Kanton die Finanzkrise relativ gut überstanden hat und dass die Arbeitslosigkeit auf tiefem Niveau ist. Der Kanton Zürich ist ein attraktiver Standort, was nur schon die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte belegt. Die staatlichen Leistungen, die im Geschäftsbericht ihren Niederschlag finden, bewegen sich auf einem hohen Niveau. Gerade dieses hohe Niveau macht es anspruchsvoll, den Stand zu halten. Und in vielen Fällen genügt nicht einmal das. Denn Konkurrenten – internationale und nationale – holen auf. Erst recht vorwärtsschreiten müssen wir dort, wo Spitzenleistungen gefordert sind. Beispiele sind Wissenschaft, Forschung, Medizin.

Dem gerecht zu werden, erfordert eine nachhaltige Politik im Sinne der eingangs geschilderten Leitlinien für die ganze Legislaturperiode 2007–2011. Eine Politik, die gleichermaßen ökonomisch, ökologisch und sozial ist. Die unbedingt nötige wirtschaftliche Entwicklung darf nicht jene Werte gefährden, die auch zur Attraktivität unseres Standortes beitragen, allen voran eine intakte Natur, unberührte Landschaften und den sozialen Frieden. Das in Einklang zu bringen mit einer wachsenden Bevölkerung und steigenden

Mobilitätsbedürfnissen war auch zentrales Anliegen der Zürcher Politik im Berichtsjahr. Mit der Inbetriebnahme der Glattalbahn und dem Durchstich des Weinbergtunnels für die künftige Durchmesserlinie wurden zwei Meilensteine erreicht, die genau diesem Ziel dienen.

«Stillstand ist Rückschritt»

Der Geschäftsbericht 2010 zeugt davon, dass der Kanton Zürich vorwärts geschritten ist. Und zwar vorwärts in eine gute Richtung. In die Richtung eines attraktiven Kantons für die heutige, aber auch die nächste Generation.

Im März 2011

Dr. Hans Hollenstein
Regierungspräsident





Der vorliegende Geschäftsbericht über das Berichtsjahr 2010 erscheint rund zwei Wochen früher als der letztjährige. Mit einem gestrafften Zeitplan beim Erstellungsprozess, insbesondere in der Produktionsphase kurz vor der Fertigstellung, konnte damit einem Anliegen des Kantonsrates entsprochen werden.

Neuerungen im Geschäftsbericht 2010

Anfang 2011 hat der Regierungsrat seinen Bericht über die Legislatur 2007–2011 vorgelegt. Der Legislaturbericht umfasst sowohl eine Berichterstattung zu den Legislaturzielen des Regierungsrates wie auch zu jenen der Direktionen. Um Doppelspurigkeiten in der Berichterstattung zu vermeiden, wird im vorliegenden Geschäftsbericht auf das Kapitel «Legislaturziele des Regierungsrates» wie auch auf die Kapitel «Legislaturziele» der Direktionen verzichtet. Die materiellen Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit im Berichtsjahr sind weiterhin aus den bewährten Rubriken «Überblick» (bei jeder Direktion) sowie «Hauptereignisse» und «Entwicklungsschwerpunkte» (bei jeder Leistungsgruppe) ersichtlich.

Um die Übersichtlichkeit und Lesbarkeit des Geschäftsberichts weiter zu verbessern, erscheint der Finanzbericht neu als zusammenhängender Teil mit einem eigenen Inhaltsverzeichnis (Beginn auf Seite 501). Das Kapitel «Parlamentarische Vorstösse und Initiativen, Volksabstimmungen» wurde daher vor den Finanzbericht verschoben. Die umfangreichen Tabellen zu «Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit» sind neu als Beilage zum Finanzbericht aufgeführt.

Neben dem vorliegenden Geschäftsbericht erscheint auch eine Kurzfassung für die interessierte Öffentlichkeit. Diese ist auf der Internetseite des Regierungsrates (www.regierungsrat.zh.ch -> «Geschäftsbericht und Rechnung») abrufbar oder kann in Papierform bei der Staatskanzlei bestellt werden. Zu guter Letzt eine Lesehilfe: Der umfassende Geschäftsbericht 2010 ist auf derselben Internetseite als PDF-Datei abgelegt. Wenn Sie nach einem Thema suchen, so öffnen Sie am besten das entsprechende Dokument und geben im Suchfenster Ihr Schlagwort ein. So können Sie sich auf einfache Art und Weise durch das umfangreiche Dokument arbeiten.

Finanzen im Überblick

Eckwerte	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz zu R 09/10	
	2010 Mio. Fr.	2010 Mio. Fr.	2009 Mio. Fr.	Abs.	%
Erfolgsrechnung					
Betrieblicher Ertrag	12 834	11 576	12 146	688	5,7
Betrieblicher Aufwand	-12 551	-12 356	-12 203	-349	-2,9
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	283	-780	-56	339	600,4
Finanzertrag	480	412	432	48	11,1
Finanzaufwand	-165	-157	-179	15	8,1
Finanzergebnis	315	254	253	63	24,8
Jahresergebnis	598	-525	196	402	205,0
Investitionsrechnung					
Investitionseinnahmen	214	190	253	-39	-15,2
Investitionsausgaben	-986	-1 343	-1 044	58	5,6
Nettoinvestitionen	-772	-1 153	-791	20	2,5
Bilanz					
Umlaufvermögen (UV)	4 609		4 440	169	3,8
Finanzvermögen UV	4 609		4 440	169	3,8
Anlagevermögen (AV)	15 342		15 195	147	1,0
Finanzvermögen AV	1 005		985	20	2,1
Verwaltungsvermögen	14 337		14 211	126	0,9
Total Aktiven	19 951		19 636	315	1,6
Kurzfristiges Fremdkapital	-4 076		-4 610	534	11,6
Langfristiges Fremdkapital	-5 860		-5 636	-224	-4,0
Eigenkapital	-10 015		-9 390	-625	-6,7
Total Passiven	-19 951		-19 636	-315	-1,6
Geldflussrechnung					
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	1 177		1 542	-364	-23,6
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-822		-837	15	1,8
Geldfluss vor Finanzierungstätigkeit	356		705	-349	-49,6
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	-350		-919	568	61,9
Zunahme/Abnahme Flüssige Mittel	5		-213	219	102,5
Kennzahlen					
Selbstfinanzierungsgrad in %	163,2		112,2		
Verschuldung	3 610		4 117		

Die Staatsquote und die Steuerquote werden ab 2010 nicht mehr ausgewiesen, weil seit 2006 keine offiziellen Angaben für das Volkseinkommen bzw. das Bruttoinlandprodukt des Kantons Zürich mehr vorliegen.

Vergleich Rechnung 2010 mit Rechnung 2009

Die Erfolgsrechnung 2010 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 598 Mio. Franken und damit um 402 Mio. Franken besser als die Erfolgsrechnung 2009 ab.

Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit ist um 339 Mio. Franken besser als im Vorjahr ausgefallen.

Wichtigste Veränderungen (in Mio. Franken):

+464	Fiskalertrag
	+385 Staatssteuern natürliche Personen
	(davon +213 aus Nachträgen für die Steuerperioden 2007 und früher)
	+69 Staatssteuern juristische Personen
	(davon +38 aus Nachträgen für die Steuerperioden 2007 und früher)
+166	Transferertrag
	+82 Auflösung passivierter Bundesanteil an Nationalstrassenbau wegen
	Abtretung der Bauten, dem steht ein entsprechender Abschreibungs-
	aufwand von 109 Mio. Franken gegenüber
	+30 Höherer Bundesbeitrag an Prämienverbilligung
-159	Transferaufwand
	-88 Höherer Aufwand für Prämienverbilligungen
-92	Personalaufwand
	-18 Mehraufwand für Lohnmassnahmen des Regierungsrates
	(Teuerungsausgleich 0%, Lohnerhöhungen/Beförderungen 0,2%,
	Einmalzulagen 0,2%)

Das Finanzergebnis ist um 63 Mio. Franken besser als im Vorjahr ausgefallen.

Wichtigste Veränderungen (in Mio. Franken):

+21	Höherer Buchgewinn wegen Veräusserung verschiedener Liegenschaften
+20	Höhere Gewinnausschüttung der Zürcher Kantonalbank

Die Nettoinvestitionen 2010 betragen 772 Mio. Franken. Sie sind damit praktisch gleich hoch wie im Vorjahr.

Vergleich Rechnung 2010 mit Budget 2010

Die Erfolgsrechnung 2010 hat um 1123 Mio. Franken besser als budgetiert abgeschlossen. Davon sind 1063 Mio. Franken im Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit angefallen.

Wichtigste Veränderungen im Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit (in Mio. Franken):

+886	Fiskalertrag
+687	Staatssteuern natürliche Personen
	(davon +319 aus Nachträgen für die Steuerperioden 2007 und früher)
+154	Staatssteuern juristische Personen
	(davon +75 aus Nachträgen für die Steuerperioden 2007 und früher)
+198	Transferertrag
+100	Direkte Bundessteuer
+139	Entgelte
+97	Höhere Erträge aus Benützungsgebühren und Dienstleistungen

Die Investitionsrechnung 2010 hat um 381 Mio. Franken besser als budgetiert abgeschlossen. Die Investitionsbudgets sind also durchschnittlich zu 67% ausgeschöpft worden. Die grössten absoluten Unterschreitungen sind im Immobilienamt (+108 Mio.), im Verkehrsfonds (+54 Mio.) und im Tiefbauamt (+35 Mio.) zu verzeichnen.

Kennzahlen

Im Berichtsjahr wurde ein Selbstfinanzierungsgrad von 163% erzielt. Dadurch konnten nicht nur die Nettoinvestitionen vollständig aus der Erfolgsrechnung finanziert, sondern darüber hinaus die Verschuldung gegenüber dem Vorjahr um rund 500 Mio. Franken auf noch 3,6 Mrd. Franken gesenkt werden.

Finanzpolitische Beurteilung

Zum sechsten Mal in Folge hat die Erfolgsrechnung mit einem Ertragsüberschuss abgeschlossen. Mit einem Überschuss von fast 600 Mio. Franken ist das Rechnungsergebnis um 400 Mio. Franken besser ausgefallen als im Vorjahr. Dabei haben die Erträge gegenüber dem Vorjahr um über 700 Mio. Franken zugenommen. Das ist vor allem den Fiskalerträgen zu verdanken, die trotz der Finanzkrise um über 400 Mio. Franken angestiegen sind. Aber auch der Aufwand ist um über 300 Mio. Franken oder 2,7% angestiegen. Dabei handelt es sich um eine reale Zunahme, da praktisch keine Inflation herrschte. Betragsmässig am meisten zugenommen haben der Transferaufwand, der Personalaufwand und der Abschreibungsaufwand.

Der gesetzlich geforderte mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung ist klar erreicht. Über die letzten acht Jahre 2003–2010 ist ein kumulierter Ertragsüberschuss von beinahe 2 Mrd. Franken zu verzeichnen. Das heisst, dass der mittelfristige Haushaltsausgleich auch ohne den einmaligen Erlös 2005 von 1,6 Mrd. Franken aus dem Verkauf von Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank gewährleistet wäre.

Das Eigenkapital steigt dank dem positiven Rechnungsabschluss auf rekordhohe 10 Mrd. Franken an. Umgekehrt sinkt die Verschuldung auf noch 3,6 Mrd. Franken. Das ist nicht einmal mehr die Hälfte der Ende der Neunzigerjahre erreichten Höchstwerte.

Die erarbeitete gute Ausgangslage darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Finanzplanung für die kommenden Jahre wieder Aufwandüberschüsse vorsieht und zusätzliche Belastungen absehbar sind.

Allgemeiner Geschäftsgang

Am 28. April wählte der Regierungsrat Dr. Hans Hollenstein zu seinem Präsidenten und Dr. Ursula Gut-Winterberger zu seiner Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2010/11.

Regierungsratssitzungen

	2010	2009
Sitzungen	48	49
Regierungsratsbeschlüsse	1902	2146
Rekurse	579	626

Geschäfte des Regierungsrates

	2010	2009
Geschäftseingänge	3417	3955

Parlamentarische Vorstösse

	2010	2009
Einreichungen		
Motionen	27	19
davon Leistungsmotionen	–	–
Postulate	52	74
davon dringlich erklärt	9	22
Interpellationen	10	13
Anfragen	181	225
davon dringliche	10	26
Überweisungen des Kantonsrates		
Motionen	3	6
davon Leistungsmotionen	–	–
davon als Postulat	2	2
Postulate	33	39
davon dringliche	10	14
Volksinitiativen	1	–
Einzelinitiativen (vorl. unterstützt)	2	2
Behördeninitiativen (vorl. unterstützt)	1	1
Stellungnahmen des Regierungsrates		
Motionen	16	16
davon Leistungsmotionen	–	–
Postulate	25	48
davon dringliche	9	20
Beantwortungen des Regierungsrates		
Interpellationen	12	10
Anfragen	174	237
davon dringliche	13	25

	2010	2009
Berichte und Anträge des Regierungsrates		
Motionen	1	–
davon Leistungsmotionen	–	–
Postulate	44	28
davon dringliche	11	8
Ergänzungsberichte	–	–
Volksinitiativen	7	4
Einzelinitiativen	1	1
Behördeninitiativen	1	3
Gegenvorschläge in Referenden	2	1
Rückzüge		
Motionen	4	3
Postulate	4	10
Interpellationen	2	1
Anfragen	–	–
Volksinitiativen	1	1
Einzelinitiativen	–	–
Behördeninitiativen	–	–

Rekursstatistik des Regierungsrates 2010

Der Sachbereich weist auf die Herkunft der angefochtenen Verfügung oder auf die antragstellende Direktion hin.

Sachbereich	Pendenzen	Eingänge						Erledigungen	Pendenzen
	1.1.2010	2010	Abweisung/ Nicht- eintreten	Gutheissung teilweise	Gutheissung ganz	Rückzug/ gegen- standslos	Wieder- erwägung	Total	31.12.2010
Direktion der Justiz und des Innern	39	8	7	0	1	3	0	11	36
Sicherheitsdirektion (inkl. Statthalterämter)									
Migrationsamt	738	456	294	3	67	151	70	585	609
Übrige	150	150	79	11	7	92	15	204	96
Total	888	606	373	14	74	243	85	789	705
Finanzdirektion	4	6	4	0	0	0	0	4	6
Volkswirtschaftsdirektion	43	27	6	0	1	12	4	23	47
Gesundheitsdirektion	35	11	3	0	0	20	0	23	23
Bildungsdirektion	73	27	6	0	0	2	0	8	92
Baudirektion	113	53	17	1	2	13	4	37	129
Total der Direktionen	1195	738	416	15	78	293	93	895	1038
Vorjahr	1073	1178	649	39	68	244	56	1056	1195

Rechtsetzung

Verabschiedete Erlasse

Die Redaktionskommission des Regierungsrates hat an 24 (23) Sitzungen insgesamt 37 (33) Vorlagen der Direktionen über Anträge zum Erlass von Gesetzen und Verordnungen behandelt. Davon betrafen 5 Vorlagen vollständig neue formelle Gesetze.

Eine besondere Herausforderung bot die Anpassung des Verordnungsrechts an zwei umfangreiche Gesetzgebungsprojekte zum Prozessrecht, die im Berichtsjahr abgeschlossen wurden: Auf die Reform des Verwaltungsverfahrenrechts, die am 1. Juli des Berichtsjahres in Kraft getreten ist, sind der Neuerlass von 4 Verordnungen, die Änderung von 49 Verordnungen und die Aufhebung von 13 Verordnungen zurückzuführen. Im Rahmen der Anpassung des Verordnungsrechts an die neuen gesetzlichen Vorgaben im Zivil- und Strafprozess, die am 1. Januar 2011 in Kraft getreten sind, waren 2 Verordnungen vollständig neu zu erlassen, 38 Verordnungen zu ändern und 3 Verordnungen aufzuheben.

Der Regierungsrat hat über folgende Gesetze und Verordnungen Beschluss gefasst:

Gesetze

Antrag Regierungsrat

Gesetz über die Unterstellung der Steuerrekurskommissionen und der Baurekurskommissionen unter das Verwaltungsgericht	N	3. Februar 2010
Energiegesetz, Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich	Ä	3. März 2010
Strassengesetz	Ä	30. März 2010
Verkehrsabgabengesetz, Bemessungsgrundlagen	Ä	14. April 2010
Pflegegesetz	N	28. April 2010
Kantonales Geoinformationsgesetz	N	8. Juni 2010
Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, Vermittlung von Wohnräumen	Ä	25. August 2010
Steuergesetz, Nachvollzug des Bundesrechts betreffend Nachsteuer und Steuerstrafrecht; E-Government	Ä	15. September 2010
Gesetz über Controlling und Rechnungslegung, Neue und gebundene Ausgaben	Ä	29. September 2010
Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz, Kantonsbeitrag an die Prämienverbilligung	Ä	27. Oktober 2010
Gesetz für ein Polizei- und Justizzentrum (Aufhebung)		27. Oktober 2010
Gesetz über die Administrativmassnahmen bei Lehrpersonen auf der Volksschulstufe und an den Mittel- und Berufsfachschulen	N	7. Dezember 2010
Volksschulgesetz	Ä	7. Dezember 2010

N = Neuer Erlass

Ä = Änderung

Verordnungen (Auswahl)

Beschluss Regierungsrat

Reglement über die Aufnahme in die Mittelschulen	N	13. Januar 2010
Kantonale Ausweisverordnung	N	27. Januar 2010
Einführungsverordnung zur eidgenössischen Verordnung über die Einschränkung der Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung	N	3. Februar 2010
Verordnung über die Staatsbeiträge an die Krankenpflege	Ä	28. April 2010
Lehrpersonalverordnung	Ä	5. Mai 2010
Mittel- und Berufsschullehrerverordnung	Ä	5. Mai 2010
Mittel- und Berufsschullehrervollzugsverordnung	Ä	5. Mai 2010
Reform des Verwaltungsverfahrensrechts, Anpassung von Verordnungen im Zuständigkeitsbereich der Volkswirtschaftsdirektion:		
– Neuerlass der Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland	N	
– Änderung von 10 Verordnungen	Ä	19. Mai 2010
Reform des Verwaltungsverfahrensrechts, Anpassung von Verordnungen im Zuständigkeitsbereich der Direktion der Justiz und des Innern:		
– Neuerlass der Kulturförderungsverordnung	N	
– Änderung von 3 Verordnungen	Ä	26. Mai 2010
Reform des Verwaltungsverfahrensrechts, Anpassung von Verordnungen im Zuständigkeitsbereich der Sicherheitsdirektion:		
– Änderung von 15 Verordnungen	Ä	2. Juni 2010
Reform des Verwaltungsverfahrensrechts, Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung	Ä	2. Juni 2010
Reform des Verwaltungsverfahrensrechts, Anpassung von Verordnungen im Zuständigkeitsbereich der Finanzdirektion:		
– Änderung von 9 Verordnungen	Ä	30. Juni 2010
Spitalärzterverordnung	N	14. Juli 2010
Verordnung zur administrativen Entlastung der Unternehmen	N	18. August 2010
Verordnung über psychiatrische und psychologische Gutachten in Straf- und Zivilverfahren	N	1. September 2010
Verordnung über die nichtärztlichen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten	Ä	6. Oktober 2010
Reform des Verwaltungsverfahrensrechts, Anpassung von Verordnungen im Zuständigkeitsbereich der Gesundheitsdirektion:		
– Neuerlass der Vollzugsverordnung zur Bundesgesetzgebung über die Unfallversicherung	N	
– Änderung von 8 Verordnungen	Ä	6. Oktober 2010
Verordnung über den Vollzug des Unternehmenssteuerreformgesetzes II des Bundes	N	3. November 2010
Personalverordnung	Ä	3. November 2010
Anpassung der kantonalen Behördenorganisation und des kantonalen Prozessrechts in Zivil- und Strafsachen an die neuen Prozessgesetze des Bundes, Anpassung des Ordnungsrechts:		
– Neuerlass der Verordnung über die Zuständigkeit der Gemeinden im Übertretungsstrafrecht	N	
– Neuerlass der Verordnung über die Mediation im Jugendstrafverfahren	N	
– Änderung von 38 Verordnungen	Ä	3. November 2010

Beschluss Regierungsrat

<u>Verordnung über das besondere Aufnahmeverfahren an der Pädagogischen Hochschule Zürich</u>	N	17. November 2010
<u>Kantonale Zivilstandsverordnung</u>	Ä	24. November 2010
<u>Verordnung über die Gebühren, Auslagen und Entschädigungen der Strafverfolgungsbehörden</u>	N	24. November 2010
<u>Verordnung zum Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung</u>	N	24. November 2010
<u>Verordnung über die nichtuniversitären Medizinalberufe</u>	N	24. November 2010
<u>Verordnung über die Finanzierung von Leistungen der Berufsbildung</u>	N	24. November 2010
<u>Verordnung über die Zulassungsbeschränkungen zu den medizinischen Studiengängen der Universität Zürich</u>	N	1. Dezember 2010
<u>Verordnung über die Lehrpersonen der Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen</u>	N	7. Dezember 2010
Reform des Verwaltungsverfahrensrechts, Anpassung von Verordnungen im Zuständigkeitsbereich der Sicherheitsdirektion:		
– Neuerlass der Kantonalen Sprengstoffverordnung	N	
– Änderung von 3 Verordnungen/Reglementen	Ä	15. Dezember 2010
<u>Verordnung über den Berufsbildungsfonds</u>	N	22. Dezember 2010
<u>Verordnung über die strategische Führung und den Einsatz der Kantonalen Führungsorganisation</u>	N	22. Dezember 2010

N = Neuer Erlass

Ä = Änderung

Erlasse in Bearbeitung und Planung

Titel des Erlasses	Stand	Voraussichtliche Beratung im KR	Entspricht Rechtssetzungsprogramm der Legislaturperiode 2007–2011	Direktion
Statistikgesetz	1	2011		JL
Abtretungsgesetz	1	2011		JL
Einbezug des Kantonsrates in die Aushandlung von Konkordaten	2	2011	X	JL
Neues Finanzausgleichsgesetz	7		X	JL
Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht	7		X	JL
Totalrevision Gemeindegesetz	2	2011	X	JL
Revision Gewaltschutzgesetz	1	2011	X	JL
Anpassung des kantonalen Rechts an die Änderungen des Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz, Personen- und Kindesrecht)	1	2012		JL
Änderung Sozialhilfegesetz (Informationen und Auskünfte)	7			DS
Änderung Verkehrsabgabengesetz	3	2011	X	DS
Änderung Polizeiorrganisationsgesetz (Zürcher Polizeischule)	4	2011		DS
Rechtsgrundlage für Forensisches Institut (Titel offen)	1	2011		DS
Änderung Polizeigesetz, Polizeiorrganisationsgesetz, Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation (Videoüberwachung, polizeiliche Observation, Hotelkontrolle, ViCLAS)	1	2011		DS
Änderung Zusatzleistungsgesetz (Anpassung an das geänderte Ergänzungsleistungsgesetz des Bundes)	1	2011		DS
Gesetz über Controlling und Rechnungslegung, Änderung von § 37 Abs. 2 lit. c	4	2011		FD
Staatsbeitragsgesetz, Überprüfung auf Übereinstimmung mit den Grundsätzen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung	0	2014		FD
Gesetz zur Regelung der Datenhaltung Dritter in der Finanzverwaltung	0	2012		FD
Steuergesetz, Nachvollzug des Bundesrechts betreffend Nachsteuer und Steuerstrafrecht; E-Government, Vorlage 4726/2010	3	2. oder 3. Quartal 2011		FD
Steuergesetz, neue gesetzliche Regelung des Ausgleichs der kalten Progression, Motion KR-Nr. 269/2009	1	4. Quartal 2011		FD
Gesetz und Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal des Kantons Zürich, Massnahmen zur nachhaltigen Finanzierung der BVK	2	2. Quartal 2011		FD
Strassengesetz (Anpassung §§ 28 & 29 an REFA, Federführung JL)	5		X	VD
Revision Strassengesetz	3	2. Quartal 2011	X	VD
Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz (Aufhebung)	3	2. Quartal 2011 (abhängig von Revision Strassengesetz)		
Verordnung zum Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz (Aufhebung)	1		X	VD
Strassenbeitragsverordnung (Aufhebung, in Anpassung an REFA)	1		X	VD
Verordnung über die Zuständigkeiten im Ausländer- und Asylrecht	1	Kein KR-Geschäft. RR verabschiedet die Verordnung in eigener Kompetenz.		VD

Gesetz zur administrativen Entlastung der Unternehmen (EntIG)	5			VD
Verordnung zur administrativen Entlastung der Unternehmen (EntIV)	3			VD
Verordnung zum Gastgewerbegesetz	3	Kein KR-Geschäft. RR erlässt die Verordnungs- revision in eigener Kompetenz.		VD
KR-Nr. 266/2004: Motion betreffend ganzheitliche Politik für Wirtschaft ⁸ und Arbeit (Vorlage 4525)				VD
Einführungsgesetz zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (EG AVIG)	0	Voraussichtlich 2. Quartal 2011		VD
Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung	3	Kein KR-Geschäft. RR verabschiedet die Verordnung in eigener Kompetenz.	X	VD
Kantonale Volksinitiative «SOS für TIXI» und Gegenvorschlag	6/8			VD
Verordnung zum Luftfahrtrecht des Bundes	1	Kein KR-Geschäft, Kompetenz RR		VD
Verordnung über die Beiträge für fluglärmbedingte Massnahmen	1	Kein KR-Geschäft, Kompetenz RR		VD
Erlass eines neuen Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes	3	2. Quartal 2011	X	GD
Revision Tierseuchengesetz	2	4. Quartal 2011	X	GD
Revision EG KVG (abhängig von der definitiven Ausgestaltung der Bundesvorgaben zum Leistungsaufschub)	1	2. Quartal 2012	X	GD
Kinder- und Jugendhilfegesetz	4	1. Quartal 2011		BI
Gesetz über die Administrativmassnahmen bei Lehrpersonen an der Volksschule und an den Mittel- und Berufsfachschulen	3	1. Quartal 2011		BI
Änderung des Volksschulgesetzes; Anpassungen, insbesondere infolge HARMOS-Konkordat	3	1. Quartal 2011		BI
Änderung Mittelschulgesetz; Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen (San10)	1	3. Quartal 2011		BI
Gesetz über die Anpassung des Personalrechts bei Lehrpersonen der Volksschule; Umsetzung von Massnahmen aus dem Projekt «Belastung – Entlastung im Schulumfeld»	1	3. Quartal 2011		BI
Änderung Volksschulgesetz; Finanzierung Schulpsychologen (San10)	1	3. Quartal 2011		BI
Änderung Lehrpersonalgesetz; Berufsauftrag Lehrpersonen	1	3. Quartal 2011		BI
Teilrevisionen PBG (Planungs- und Baugesetz)	2	2011	x	BD
Geoinformationsgesetz	3	2011	x	BD
Wasserwirtschaftsgesetz	1	2012	x	BD
Energiegesetz	4	2011	x	BD

Legende betreffend Stand per 31. Dezember

0 = Arbeit noch nicht aufgenommen

1 = in Ausarbeitung

2 = in Vernehmlassung

3 = vom Regierungsrat verabschiedet

4 = von der Kommission des Kantonsrates behandelt

5 = vom Kantonsrat verabschiedet

6 = Referendumsfrist läuft

7 = vor Volksabstimmung

8 = zurückgezogen/abgeschrieben

* = entspricht Rechtsetzungsprogramm der Legislaturperiode

Finanzvorlagen

Ausgabenbeschlüsse 2010

Die nachfolgende Liste enthält alle Beschlüsse zu Ausgaben von mehr als 3 Mio. Franken, die der Regierungsrat in eigener Kompetenz fasste. Es handelt sich um gebundene Ausgaben gemäss § 37 Abs. 2 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG, LS 611) bzw. §§ 2 und 3 Abs. 2 des Staatsbeitragsgesetzes (LS 132.2), die deshalb keiner Ausgabenbewilligung des Kantonsrates bedürfen (Art. 56 Abs. 2 Kantonsverfassung, LS 101).

Datum	RRB Nr.	Gegenstand	Betrag Fr.
13.01.2010	22	USZ, Notdampfversorgung	3 245 000
13.01.2010	23	USZ, Nordtrakt 1, Energetische Sanierung Lüftungsanlagen	5 500 000
13.01.2010	37	Lotteriefonds, Inlandhilfe 2009	3 648 300
13.01.2010	39	Baulinienrevision, Aufarbeitung und Bewirtschaftung, Konzept	3 800 000
03.02.2010	148	Haushaltungsschule Mariasee, Wesen, Übertragung ins Verwaltungsvermögen, Sanierung	4 236 000
17.02.2010	243	Luftreinhalte-Verordnung, Vollzug, Übertragung an die Städte Winterthur und Zürich, Entschädigung für 2011–2020	6 000 000
03.03.2010	277	Opernhaus Zürich AG, Spielzeit 1. Januar–31. Dezember 2010	75 614 807
03.03.2010	301	Strassen, Schlieren/Unteringstringen, Engstringer-/Weiningerstrasse, Instandsetzung	3 070 000
03.03.2010	304	Denkmalpflegefonds, Villa Patumbah, zusätzliche Subvention	6 950 000
17.03.2010	371	Kantonsschule im Lee, Turnhalle C, Sanierung	3 120 000
30.03.2010	461	Rechtsinformationssystem JI, Technologischer Um- und Ausbau	4 200 000
14.04.2010	548	Strassen, K 52, Maur, Lärmschutzmassnahmen	5 920 000
05.05.2010	667	USZ, Notstromversorgung, 2. Etappe	22 120 000
02.06.2010	817	Spital Männedorf, Neubau Etappe 2, Kostenanteil	24 579 470
23.06.2010	943	Sondermülldeponie Kölliken, Jahrestanche 2010	11 700 000
30.06.2010	966	GZO Spital Wetzikon, Sanierung Küche, Kostenanteil	3 773 610
30.06.2010	977	Strassen, Lindau, Winterthurerstrasse, Instandsetzung, Radweg	7 210 000
14.07.2010	1082	Haushaltungsschule Bülach, Übertragung ins Verwaltungsvermögen, Sanierung	3 596 000
14.07.2010	1084	Strassen, Fällanden, Schwerzenbachstrasse, Instandsetzung	4 850 000
14.07.2010	1093	PUK und KJPD, Magnetresonanztomografie, provisorische Einrichtung	3 770 000
25.08.2010	1234	Pflegezentrum Bombach, Instandsetzung und Umbau Bettenhaus, Kostenanteil	3 546 300
25.08.2010	1235	Psychiatriezentrum Rheinau, Gebäude G 80–82, Sanierung	19 710 000
25.08.2010	1236	PUK, Wirtschaftstrakt, Sanierung	25 600 000
01.09.2010	1274	Strassen, Wald, Laupen-/Hauptstrasse, Instandsetzung und Ausbauten	3 585 000
15.09.2010	1338	Kantonsschule Zürcher Unterland, Sanierung Turnhalle	4 700 000
10.11.2010	1604	Kinderspital, Überbrückungsmassnahmen 4, Kostenanteil	4 515 000
17.11.2010	1630	USZ, Pathologietrakt, Zwischensanierung	21 000 000
01.12.2010	1712	USZ, Gebäudeautomation, Gesamterneuerung	16 554 000
07.12.2010	1762	Stadtspital Triemli, Energie- und Medienversorgung, Erneuerung, Kostenanteil	26 100 000
15.12.2010	1811	Sportfondsbeiträge 2011	9 670 714
22.12.2010	1872	ISPMZ, Subvention 2011–2013	7 500 000
22.12.2010	1877	Universität, Anatomisches Institut, Präparierräume, Sanierung	3 464 600
22.12.2010	1878	Universität, Vetsuisse, Kälte- und Brauchwarmwasseranlagen, Wärmerückgewinnung, Sanierung	4 086 000
22.12.2010	1898	Schiessanlagen, altrechtliche Sanierung	30 000 000
22.12.2010	1900	Opernhaus Zürich AG, Beitrag für den Wechsel zum Beitragsprimat	4 300 000

Aussenbeziehungen des Kantons

Arbeitsbesuch des Regierungsrates in Brüssel

Am 15. und 16. März besuchte der Regierungsrat die Institutionen der Europäischen Union in Brüssel. Der Arbeitsbesuch umfasste verschiedene Treffen mit Botschaftern, EU-Parlamentariern, einem EU-Kommissar sowie einem Leitenden Ministerialrat und hatte zum Ziel, die Interessenwahrung von Kleinststaaten und Regionen innerhalb der Europäischen Union näher kennenzulernen.

Konferenz der Kantonsregierungen

Die 1993 gegründete Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat zum Zweck, die Zusammenarbeit unter den Kantonen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu fördern und die erforderliche Koordination und Information der Kantone bei der Willensbildung im Bund in jenen Bereichen sicherzustellen, die den unmittelbaren Interessen- und Kompetenzbereich der Kantone berühren.

Der Kanton Zürich ist im Leitenden Ausschuss der KdK durch Regierungsrat Dr. Markus Notter vertreten. Der Leitende Ausschuss behandelte die laufenden Geschäfte und bereitete die vier ordentlichen Plenarversammlungen vor. Schwergewichtig widmete sich die KdK im Berichtsjahr der Neubeurteilung ihrer europapolitischen Standortbestimmung, die für den bilateralen Weg ein Rahmenabkommen zur Regelung der institutionellen Fragen fordert. Darüber hinaus bedingt eine Vertiefung der bilateralen Beziehungen zur EU nach Auffassung der Kantonsregierungen zwingend die Verwirklichung innerstaatlicher Reformen. Mit dem Bundesrat konnte eine Verständigungslösung zu verschiedenen anstehenden Geschäften mit beiderseits erheblichen finanziellen Auswirkungen gefunden werden.

Internationale Bodenseekonferenz

Der Kanton Zürich ist seit November 1998 Mitglied der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK). Diese will die Zusammenarbeit im Bodenseeraum durch grenzübergreifend gemeinsame Politiken fördern und damit auch die regionale Zusammengehörigkeit stärken.

Die Konferenz der Regierungschefs, in welcher der Kanton durch Regierungsrat Markus Kägi vertreten ist, trifft sich einmal im Jahr zu einer ordentlichen Plenumsitzung, in der die wichtigsten Beschlüsse gefasst sowie allfällige Empfehlungen verabschiedet werden. Im Ständigen Ausschuss, der in mehreren Sitzungen die laufenden Geschäfte der IBK besorgt, nimmt Staatsschreiber Beat Husi Einsitz. Der Ständige Ausschuss begleitet und koordiniert auch die Arbeit der sieben Fachkommissionen, welche die Sachprojekte erarbeiten. In diesen ist der Kanton durch ein Mitglied der jeweils betroffenen Direktion vertreten. Unter dem Vorsitz des Landes Vorarlberg wurde im Berichtsjahr neben den laufenden Geschäften ein Fonds für kleinere, schnell zu bearbeitende grenzüberschreitende Projekte eingerichtet.

Metropolitankonferenz / Verein Metropolitanraum Zürich

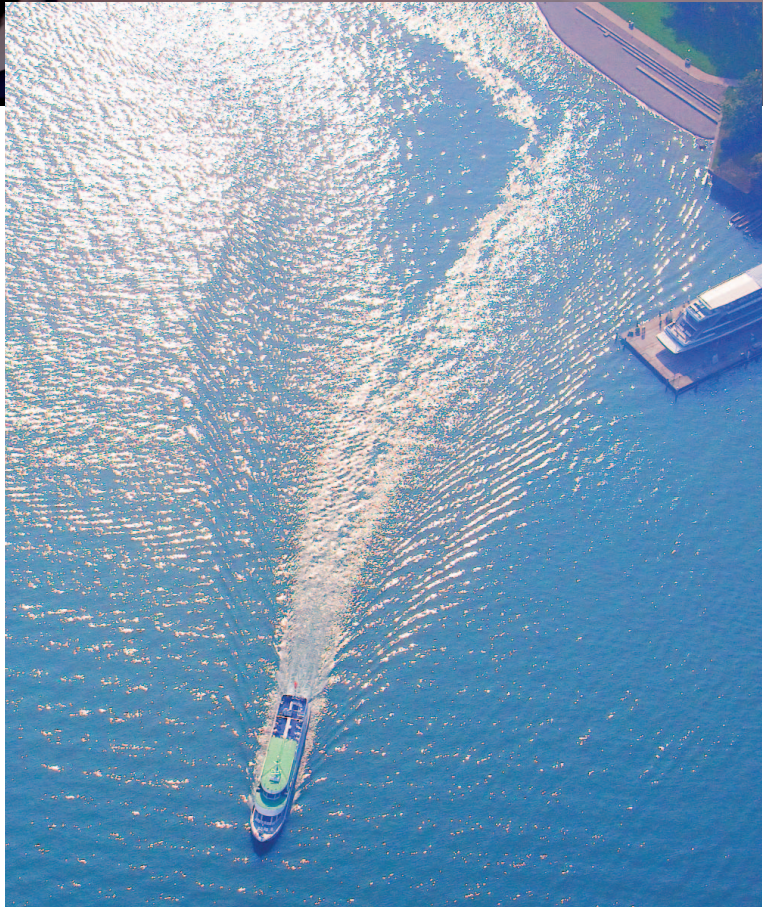
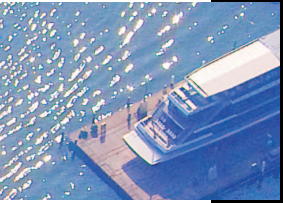
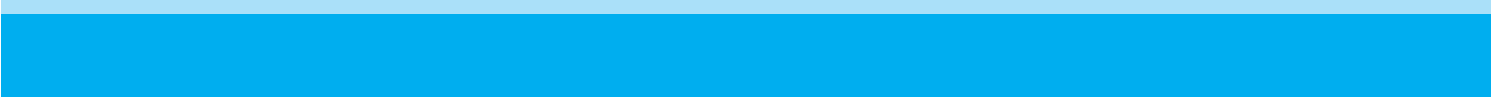
Nach rund zweijährigen Vorarbeiten ist am 3. Juli der Verein Metropolitanraum Zürich gegründet worden, der eine gemeinsame politische Plattform für Städte, Gemeinden und Kantone im Wirtschafts- und Lebensraum Zürich bilden soll. Ihm gehören acht Kantone (ZH, SH, TG, SG, SZ, ZG, LU, AG) als ordentliche, zwei als assoziierte (GL, GR) Mitglieder sowie über 100 Städte und Gemeinden an. Er umfasst die Metropolitankonferenz als Mitgliederversammlung und oberstes Vereinsorgan sowie den Metropolitanrat als ausführendes Gremium. Dessen Geschäfte werden vorbereitet vom operativen Ausschuss, und zu den vier Handlungsfeldern Wirtschaft, Lebensraum, Verkehr und Gesellschaft bestehen Arbeitsgruppen, die auf der Grundlage der Vision des Vereins bzw. des jeweiligen Handlungsfeldes inhaltliche Inputs und konkrete Projektvorschläge erarbeiten.

Der Kanton Zürich ist im Verein Metropolitanraum Zürich durch Regierungsrat Dr. Markus Notter vertreten, der auch deren Präsident ist und dem Metropolitanrat vorsteht. Im Auftrag des Regierungsrates nimmt Dr. Daniel Brühlmeier, Leiter der Fachstelle Aussenbeziehungen, Einsitz im Operativen Ausschuss des Vereins. Gleichzeitig ist er Sekretär der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich, der Kantonskammer des Vereins. Der Schwerpunkt der Metropolitankonferenz lag im Berichtsjahr auf der Erarbeitung und dem Beschluss von für den Kanton Zürich und den Metropolitanraum Zürich wichtigen Schlüsselvorhaben auf Schiene und Strasse. Die Konferenz bewies dabei eine bemerkenswerte inhaltliche Konvergenz (siehe für Details <http://www.metropolitanraum-zuerich.ch/>), und die Anliegen wurden in mehreren koordinierten Schritten auf die Bundesebene (Parlament, Bundesrat, Bundesverwaltung) getragen.

Interkantonale Regierungskonferenzen

Nachdem die Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK, Kantone: GL, SH, AR, AI, SG, GR, TG) 1998 mit dem Wunsch an den Kanton Zürich gelangt war, über einen Beitritt zu verhandeln, ist der Regierungsrat 2001 der ORK, aber auch weiteren an den Kanton angrenzenden Regierungskonferenzen wie der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK: LU, UR, SZ, OW, NW, ZG) beziehungsweise der Regionalkonferenz der Regierungen der Nordwestschweiz (NWRK: BE, SO, BS, BL, AG, JU) in Form einer «assozierten Mitgliedschaft» beigetreten.

Der Regierungsrat hat diese Zusammenarbeit in der bisherigen Form (Beobachterstatus in allen drei Konferenzen) weitergeführt. Dieser Status dient vornehmlich der Beziehungspflege auf Regierungsebene. Interessant ist die Entwicklung vor allem in der Nordwestschweiz, wo Vorbereitungen für die Gründung einer Metropolitankonferenz laufen, die auch mit einer solch assoziierten Mitgliedschaft Zürichs nicht mehr vereinbar wäre.





Staatskanzlei

Die Staatskanzlei erbringt als Stabsstelle des Regierungsrates Leistungen, die zum reibungslosen Funktionieren des Regierungsrates als Kollegialbehörde beitragen. Sie übernimmt die Vor- und Nachbereitung seiner Sitzungen, leistet Rechtsberatung und Rekursinstruktion, bereitet die strategische Planung und Berichterstattung vor, unterstützt ihn in seinen Aussenbeziehungen und organisiert seine Anlässe. Weiter unterstützt sie den Regierungsrat bei der Kommunikation und Information der Öffentlichkeit. Sie leistet Medienarbeit und -beobachtung, betreut die amtlichen Publikationsorgane und den Internetauftritt des Kantons und wirkt bei der Umsetzung des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG) mit. Sie leitet direktionsübergreifende Gremien, fördert und koordiniert das E-Government, betreut die Inhalte im Intranet, führt den Postdienst der Verwaltung und den Weibeldienst und betreut die Lohnadministration und -überweisung an die Mitglieder des Regierungsrates.

Abschluss der laufenden und Planung der kommenden Legislatur

Zum bevorstehenden Abschluss der Legislatur bereitete die Staatskanzlei in Zusammenarbeit mit den Direktionen den Legislaturbericht 2007–2011 vor. Mit dem Legislaturbericht zieht der Regierungsrat Bilanz über die zu Ende gehende Legislatur. Dabei wird über die Umsetzung und Wirkung der Massnahmen und das Erreichen der Legislaturziele 2007–2011 sowie über die Schwerpunkte der Direktionen und der Staatskanzlei berichtet.

Mit RRB Nr. 786/2010 hat der Regierungsrat das Vorgehen zur Legislaturplanung 2011–2015 festgelegt. Grundlage für die neu zu erarbeitenden Legislaturziele bildet eine Lagebeurteilung. Die Staatskanzlei wurde beauftragt, das Verfahren zu leiten und die erforderlichen Arbeiten zusammen mit den Direktionen durchzuführen. Materielle Grundlage dazu bildeten das Standortmonitoring, die Studie Zürich Image Monitoring (ZIM), ein Bericht über die Umfeldentwicklungen sowie weitere Quellen. Darauf gestützt analysierten Vertreterinnen und Vertreter aus allen Direktionen und der Staatskanzlei in Workshops gegenwärtige Stärken und Schwächen, künftige Chancen und Gefahren sowie die zentralen Herausforderungen für den Kanton Zürich. Die Ergebnisse dieser Arbeiten wurden von der Abteilung Regierungscontrolling ausgewertet und aufbereitet. Es ist geplant, dem Regierungsrat im Frühjahr 2011 die Lagebeurteilung mit den wichtigsten Herausforderungen für die kommende Amtsperiode zur Ergänzung und Priorisierung vorzulegen. Darauf gestützt sollen die Legislaturziele des Regierungsrates entwickelt werden.

Mit dem oben genannten Beschluss hat der Regierungsrat entschieden, erstmals die langfristigen Ziele herzuleiten, die der Kanton bei seiner Tätigkeit verfolgt. Diese ergeben sich aus der Verfassung und dem Gesetz. Grundlage für die Herleitung der langfristigen Ziele war eine Zusammenstellung sämtlicher Aufgaben, die dem Kanton durch die Bundes- und Kantonsverfassung sowie die Zweckartikel der massgebenden eidgenössischen und kantonalen Gesetze übertragen werden. Die Zielformulierungen wurden in Workshops mit Vertreterinnen und Vertretern aller Direktionen und der Staatskanzlei hergeleitet. Die Staatskanzlei hat die Ergebnisse zusammengestellt und den Direktionen im Dezember zur Vernehmlassung unterbreitet.

Neugestaltung des Internetportals www.zh.ch des Kantons Zürich und des Webauftritts der Staatskanzlei

Den Relaunch des Internetportals www.zh.ch leiteten die Stabsstelle E-Government und die Kommunikationsabteilung des Regierungsrates gemeinsam. Bei der Neukonzeption des Portalinhalts wurde ein namhafter Teil neu erstellt. Verschiedene Dienstleistungsangebote wie der Schlagwortkatalog A-Z wurden überprüft und nach neuem Konzept in Zusammenarbeit mit allen Direktionen aufgebaut. Einen grossen personellen Aufwand erforderten der Support und die Kontrolle aller Sitemaps und Storybooks der Direktionen und Ämter sowie die Qualitätskontrolle der migrierten Inhalte. Auf der Grundlage der 2009 erarbeiteten Konzeption wurde auch das Autorensystem bzw. CMS (Contentmanagementsystem) umfassend erneuert und Mitte Jahr in Betrieb genommen. Im Zuge dieser Neuerungen wurde auch der Webauftritt der Staatskanzlei neu konzipiert. Weiter wurde ein neues Konzept für das verwaltungsweite Intranet entwickelt und umgesetzt.

Evaluation der Kommunikation für Regierungsrat und kantonale Verwaltung

Der Regierungsrat liess seine Information und Kommunikation durch die Kommunikationsabteilung auf ihre Wirkung hin überprüfen. Aus der Befragung der wichtigsten Zielgruppen der Kommunikation des Regierungsrates ergab sich, dass die Zufriedenheit der Stakeholder mit der Informations- und Kommunikationsleistung und insbesondere mit den Informationsprodukten des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung insgesamt gut ist. Die Informationen werden weiterhin in dieser Form gewünscht. In Teilgesichtspunkten der Kommunikation zeigte die Befragung Verbesserungspotenzial auf. Die Mitglieder des Regierungsrates sind Botschafter kantonaler politischer Themen. Der häufig als anonym wahrgenommene «Kanton» bekommt mehr Konturen, wenn die Präsenz der Regierungsratsmitglieder sichtbar ist. Der Regierungsrat beschloss, in der nächsten Legislatur die Zielgruppe «Gesamtbevölkerung» vermehrt anzusprechen, weil sich dort das grösste Optimierungspotenzial gezeigt hat. Da dieses Ziel mit den bisher verfolgten Kommunikationsmassnahmen nicht ganz zufriedenstellend erreicht wurde, sollen inskünftig neue oder angepasste Kommunikationswege eingeschlagen werden. Dem neuen Informationsverhalten der Bevölkerung (80% nutzen das Internet regelmässig) will der Regierungsrat Rechnung tragen und während eines Pilotbetriebs ein ausgewähltes Angebot auf Social-Media-Kanälen – Live-Streaming für Medienkonferenzen, Twitter und Facebook – ausprobieren.

Überführung von Teilen der Rekursabteilung zur Sicherheitsdirektion

Am 1. Juli des Berichtsjahres ist das Gesetz über die Anpassung des kantonalen Verwaltungsverfahrensrechts in Kraft getreten. Damit wurden die kantonalen Gesetze an die Vorgaben des übergeordneten Rechts angepasst, namentlich an die Rechtsweggarantie gemäss Art. 29a der Bundesverfassung, an die Vorinstanzenregelung gemäss Art. 86–88 des Bundesgerichtsgesetzes und an Art. 77 Abs. 1 der Kantonsverfassung. Geändert wurden das Verwaltungsrechtspflegegesetz und rund 40 weitere formelle Gesetze. Die Erlasse beruhen auf dem Grundsatz, dass erstinstanzliche Anordnungen auf Amtsstufe zu ergehen haben. Nur bei wichtigen bzw. sehr wichtigen Geschäften soll erstinstanzlich die Direktion oder der Regierungsrat entscheiden. Damit soll insbesondere der Regierungsrat von seiner Rechtsprechungsfunktion entlastet werden. Zur Umsetzung dieses Konzepts beschloss der Regierungsrat die notwendigen Verordnungsänderungen, womit er den Ämtern selbstständige Entscheidbefugnisse einräumte. Die Verordnungsänderungen traten mehrheitlich ebenfalls am 1. Juli des Berichtsjahres in Kraft. Weil fast 90% aller Rekurse, die der Regierungsrat zu beurteilen hatte, sich gegen Anordnungen von Ämtern der Sicherheitsdirektion richteten, nimmt seit dem 1. Juli neu die Sicherheitsdirektion in erster Linie die Aufgabe als Rekursinstanz wahr. Damit entfällt in diesen Bereichen die Zuständigkeit des Regierungsrates als Rekursinstanz. Aufgrund dieser Änderungen des Rechtsmittelwegs waren personelle Mittel von der Staatskanzlei zur Sicherheitsdirektion zu verschieben. Der Wechsel von Mitarbeitenden der Rekursabteilung der Staatskanzlei zur neu geschaffenen Rekursabteilung der Sicherheitsdirektion erfolgt gestaffelt. Er wird bis 30. Juni 2011 abgeschlossen sein.

Elektronische Abwicklung von Behördengeschäften mittels SuisseID

Die Onlineangebote auf der 2009 in Betrieb genommenen Transaktionsplattform «ZHservices» wurden erweitert. Neu können die Anwendungen auf «ZHservices» auch mittels der SuisseID – des im Berichtsjahr vom Bund lancierten elektronischen Identitätsnachweises – genutzt werden. Als erste Onlineanwendung in der kantonalen Verwaltung Zürich kann die SuisseID eingesetzt werden, um Gesuche für den Auslandurlaub und Dienstverschiebungsgesuche beim Amt für Militär und Zivilschutz des Kantons Zürich einzureichen. Weitere für die geplanten Onlinesteuererklärungen des kantonalen Steueramtes (LZ 6.6) erforderliche Anpassungen der Plattform wurden in Angriff genommen.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,2	1,1	1,0	-0,1
Aufwand	-20,3	-21,7	-20,7	1,0
Kreditübertragungen aus 2009		-0,6		
Saldo	-19,2	-20,6	-19,8	0,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	69,6	72,0	71,9	-0,1

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt 0,1 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

-0,1 Mio. Minderertrag Staatsgebühren

Der Aufwand liegt 1,0 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

+0,3 Mio. Renten alt Regierungsräte werden über Rückstellungen finanziert

+0,3 Mio. Minderaufwände für Abstimmungszeitungen (wenig Vorlagen)

+0,2 Mio. Minderaufwände für Projekte E-Government

+0,2 Mio. Minderaufwände im Bereich Informatik

Personal

Der Personalumfang liegt 0,1 Vollzeitstellen unter dem Budget.

Leistungsgruppen

1000 Staatskanzlei

Hauptereignisse

Die Betriebsinformatik der Staatskanzlei wurde in die Abteilung Organisation und Informatik der Baudirektion ausgelagert. Im November wurde parallel zur Client-Migration der Baudirektion auch die Client-Umgebung der Staatskanzlei ersetzt. Bei der Staatskanzlei verbleiben das Controlling sowie die Informatik-Applikationsprojekte.

Aufgrund der veränderten Mediennutzung der Öffentlichkeit sollen die amtlichen Mitteilungen verstärkt über den elektronischen Kanal veröffentlicht werden. Entsprechend wurde ein Konzept für die Erneuerung der Publikationslösung des Amtsblatts erarbeitet. Zudem wurden erste Abklärungen für den Aufbau eines Behördenverzeichnisses auf dem Internet durchgeführt. Diese Vorhaben bedingen eine Totalrevision des Publikationsgesetzes. Der erarbeitete Entwurf soll 2011 in die Vernehmlassung gegeben werden.

Alle anderen Hauptereignisse der Staatskanzlei sind im Überblick am Anfang des Kapitels aufgeführt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Den Regierungsrat und das Präsidium beraten und unterstützen (Sitzungsvor- und -nachbereitung, Rechtsberatung, Rekursinstruktion, strategische Planung und Berichterstattung, Aussenbeziehungen, Organisation von Anlässen)
A2	Den Regierungsrat bei der Kommunikation und Information der Öffentlichkeit unterstützen (Medienarbeit und -beobachtung, Bewirtschaftung des Internetauftritts des Kantons, amtliche Publikationsorgane, Umsetzung IDG)
A3	Für die Verwaltung entwickelnd, koordinierend und unterstützend wirken (Betreuung direktionsübergreifender Gremien, Förderung und Koordination E-Government, Bewirtschaftung der Inhalte im Intranet, Postdienst, Weibeldienst) Im KEF 2011–2014 wurde zusätzlich zu obigen drei Aufgaben neu A4 «Lohnadministration und -überweisung an die Mitglieder des Regierungsrates» aufgenommen.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Aufbau und Umsetzung eines Regierungscontrollings Planmässig Schwerpunkte im Berichtsjahr waren die Vorbereitungen zum Abschluss der laufenden und der Planung der kommenden Legislatur (Legislaturbericht, Lagebeurteilung, Vernehmlassungsvorlage langfristige Ziele).	2011
E2	Ständiges Monitoring von wichtigen Indikatoren der Standortqualität einrichten (LZ RR 3.2) Abgeschlossen Das Standortmonitoring wurde in Zusammenarbeit mit den Direktionen fertiggestellt. Es diente als eine der materiellen Grundlagen für die Ende des Berichtsjahres angelaufene Lagebeurteilung im Hinblick auf die Planung der neuen Legislatur.	2010
E3	Umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen (E-Government) (LZ RR 6.6) Verzögert Der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes wurde im KEF 2012–2015 von 2012 auf 2015 verschoben. Abgesehen vom Informationsangebot schreitet die Umsetzung des anvisierten umfassenden elektronischen Amtsverkehrs nur zögerlich voran. Die Umsetzung der Onlinesteuererklärung des kantonalen Steueramts auf der Transaktionsplattform «ZHservices» erfolgt mit leichter Verzögerung.	2012
E4	Kapazitätserweiterung in der Rekursabteilung Planmässig Zur Erledigung der Pendenzen wurden im Berichtsjahr zwei Vollzeitstellen (befristet auf zwei Jahre) besetzt.	2011
E5	Mitgliedschaften in interkantonalen und internationalen Konferenzen laufend prüfen und Allianzen pflegen (LZ RR 5.1) Abgeschlossen Die Stellung des Kantons Zürich in der Metropolitankonferenz Zürich konnte gefestigt werden. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag im Berichtsjahr auf dem Lobbying zu den für den Kanton wichtigen Schlüsselvorhaben auf Schiene und Strasse.	2010
E6	Kantonsinterne und -externe Informationen zu den Aussenbeziehungen bündeln (LZ RR 5.2) Abgeschlossen Die Instrumente der direktionsübergreifenden Information und Koordination der Aussenbeziehungen wurden ausgebaut, so insbesondere die elektronische Informationsplattform.	2010
E7	Informationsfluss gegenüber zürcherischen Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern ausbauen und institutionalisieren (LZ RR 5.3) Abgeschlossen Die Zürcher Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier (NR und SR) erhalten im Hinblick auf ihre Kommissionssitzungen von der Staatskanzlei eine kurze Dokumentation über die Haltung des Regierungsrates zu den einzelnen Geschäften.	2010
E8	Auch in Fachgremien die Gesamtinteressen des Kantons vertreten (LZ RR 5.6) Abgeschlossen Dieser Entwicklungsschwerpunkt hatte vor allem einen Appellcharakter. Die Entwicklungsschwerpunkte E5, E6 und E7, insbesondere die direktionsübergreifende Informationsplattform, haben wesentlich zu dessen Konkretisierung beigetragen.	2010

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung zu B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,2	1,1	1,0	-0,1
Aufwand	-20,3	-21,7	-20,7	1,0
Kreditübertragungen aus 2009		-0,6		
Saldo	-19,2	-20,6	-19,8	0,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	69,6	72,0	71,9	-0,1

Erfolgsrechnung

- 0,1 Mio. Minderertrag Staatsgebühren
- +0,3 Mio. Renten alt Regierungsräte werden über Rückstellungen finanziert
- +0,3 Mio. Minderaufwände für Abstimmungszeitungen (wenig Vorlagen)
- +0,2 Mio. Minderaufwände für Projekte E-Government
- +0,2 Mio. Minderaufwände im Bereich Informatik

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Durchschnittliche Anzahl Seitenansichten im Internet pro Tag (gerundet) (A2)	P	320 000	250 000	360 000	110 000
W2	Rang des Kantons Zürich im Kantonsvergleich der Studie «Zufriedenheit im E-Government» der Universität Basel (A2)	min.	-	3	-	-
Leistungen						
L1	Anzahl vor- und nachbereitete Regierungsratsbeschlüsse (A1)	P	2 146	1 900	1 902	2
L2	Anzahl vorbereitete Rekurse (A1)	min.	902	1 000	876	-124
L3	Anzahl vorbereitete Regierungsratsbeschlüsse zur gesamtpolitischen Planung und Berichterstattung (A1)	P	18	15	14	-1
L4	Anzahl entgegengenommene und weitergeleitete Eingaben an den Regierungsrat und Petitionen (A1)	P	3 955	3 900	3 417	-483
L5	Anzahl schriftliche Informationen an die Zürcher Kommissionsmitglieder in den eidgenössischen Räten (A1)	P	80	100	100	0
L6	Anzahl für den Regierungsrat organisierte Anlässe (A1)	P	229	254	246	-8
L7	Anzahl Medienkonferenzen (A2)	P	93	75	79	4
L8	Anzahl Medienmitteilungen (A2)	P	342	350	328	-22
L9	Erstellte Seiten der amtlichen Publikationsorgane und des Regierungsratsprotokolls im Format A5 (A2)	P	23 770	24 000	27 153	3 153
L10	Anzahl geleitete überdirektionale Koordinationsgremien (A3)	P	7	5	5	0
L11	Anzahl koordinierte E-Government-Projekte (A3)	P	12	20	20	0
L12	Anzahl bearbeitete Postsendungen (intern und extern) (A3)	P	7 441 297	7 200 000	8 059 891	859 891
Wirtschaftlichkeit						
B1	Ungedeckte Kosten pro erledigten Rekurs (A1)	max.	3 143	2 840	3 709	869
Abweichungsbegründungen						
W2	Es wurde im Berichtsjahr keine Studie durchgeführt. Die nächste Studie ist für 2011 vorgesehen.					
L2	Durch die Teilverschiebung der Rekursabteilung zur Sicherheitsdirektion konnte das gesetzte Ziel von 1000 vorbereiteten Rekursen in der Staatskanzlei nicht erreicht werden.					
L9	Das Gesetz über die Anpassung des kantonalen Verwaltungsverfahrensrechts und das Gesetz über die Anpassung der kantonalen Behördenorganisation führten zu rund 3000 mehrerstellten Publikationsseiten.					
L12	Der Posteingang (+429 000) und der Massenversand (+257 000) trugen im Wesentlichen zur Steigerung der bearbeiteten Postsendungen bei.					
B1	Wegen der Teilverschiebung der Rekursabteilung zur Sicherheitsdirektion konnte das gesetzte Ziel von Fr. 2840 ungedeckten Kosten pro erledigten Rekursfall nicht erreicht werden.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	539 429.65	15 148.85	0	524 280.80	-15 148.85

Die Auflösung der Rücklagen wurde für Anlässe mit Mitarbeitenden verwendet.





Direktion der Justiz und des Innern

Die Aufgabenschwerpunkte der Direktion der Justiz und des Innern liegen bei der Strafverfolgung von Erwachsenen und Jugendlichen, beim Justizvollzug und beim Gemeindewesen. Die Direktion der Justiz und des Innern ist aber auch zuständig für die Bereiche Kultur und Beziehung zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Zur Direktion gehören 15 Ämter und Fachstellen sowie weitere angegliederte Bereiche. Um die Führbarkeit dieses heterogenen Gebildes sicherzustellen und die Dienstleistungsorientierung zu verstärken, gelten als Leitideen die Gewährleistung der Möglichkeit flexiblen, raschen und proaktiven Handelns, die Gewährleistung der selbstständigen Aufgabenerfüllung im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und der Ziel- und Leistungsvereinbarungen und die Orientierung an den Bedürfnissen der betroffenen Personen und der Öffentlichkeit.

Nachdem 2009 die Vorlagen zur Anpassung des kantonalen Verfahrensrechts sowie der kantonalen Behördenorganisation und des kantonalen Prozessrechts in Zivil- und Strafsachen an die Bundesgesetzgebung und die Kantonsverfassung verabschiedet wurden, erfolgte im Berichtsjahr die Umsetzung auf Verordnungsstufe. Trotz des Zustandekommens des Referendums gegen die im letzten Jahr vom Kantonsrat verabschiedete Vorlage für ein neues Finanzausgleichsgesetz (Vorlage 4582) war sodann mit den Arbeiten an der Ausführungsverordnung zu beginnen.

Im Herbst konnten die Vorlagen für ein totalrevidiertes Gemeindegesetz sowie für den Einbezug des Kantonsrates in die Aushandlung von interkantonalen und internationalen Verträgen in Vernehmlassung gegeben werden. Die Vernehmlassung zum Konzeptentwurf zur Anpassung des kantonalen Rechts an die Änderungen des Zivilgesetzbuchs im Bereich Erwachsenenschutz, Personen und Kindesrecht wurde abgeschlossen und ausgewertet. Auf der Grundlage der Vernehmlassungsergebnisse wurde ein Gesetzesentwurf erarbeitet. Die Arbeiten an einem kantonalen Statistikgesetz wurden ebenso wie jene an einem neuen Abtretungsgesetz und an der gesetzlichen Grundlage für die Verselbstständigung des Amtes für berufliche Vorsorge und Stiftungen weiter vorangetrieben.

Erstmals erfolgte die im seit 1. Januar geltenden Kirchengesetz vorgesehene Verteilung der neu mit Globalbudget festgelegten (für eine erste Übergangsfrist gesetzlich vorgegebenen) Kostenbeiträge an die anerkannten religiösen Gemeinschaften.

Im Bereich der Strafverfolgung standen die Vorbereitungsarbeiten auf die ab 1. Januar 2011 geltende Schweizerische Strafprozessordnung im Zentrum. Nach der Einstellung des Betriebs des Vollzugszentrums Urdorf wurden Ersatzfreiheitsstrafen ab Beginn des Berichtsjahres im sanierten Vollzugszentrum Bachtel vollzogen. Im September wurde das neue Gefängnis Limmattal mit 72 Vollzugsplätzen in Betrieb genommen. Abgeschlossen wurde das Pilotprojekt zur Einführung von Integrationsvereinbarungen. In der anschliessenden Evaluation zeigte der Kanton Zürich von den fünf beteiligten das beste Ergebnis.

Die Vorarbeiten für die auf den 1. Januar 2011 vorgesehene administrative Unterstellung der Baurekurskommission (neu Baurekursgericht) und der Steuerrekurskommission (neu Steuerrekursgericht) unter das Verwaltungsgericht sowie der Schlichtungsstelle nach Gleichstellungsgesetz unter das Arbeitsgericht wurden abgeschlossen. Mitte Jahr wurde die Rekurskommission für Grunderwerb aufgelöst und ihre Funktion von der Baurekurskommission übernommen.

Im Anschluss an die im Herbst 2009 erlassene Organisationsverordnung der Direktion der Justiz und des Innern (JIOV) und gestützt auf diese haben die Verwaltungseinheiten im Berichtsjahr ihre Organisationsreglemente erarbeitet. Im dritten Quartal wurde das Projekt der Langzeitarchivierung von digitalen Daten (DIAS) im Staatsarchiv gestartet.

Bei den über 1500 IT-Arbeitsplätzen wurde die gesamte Hard- und Software ersetzt. Abgestimmt auf die kantonale IT-Strategie wurde in Kooperation mit der Baudirektion eine GATT/WTO-Submission für die Hardware durchgeführt. Der Rollout erfolgte von August bis Dezember.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	564,6	448,5	553,7	105,2
Aufwand	-1 142,7	-1 069,2	-1 158,8	-89,5
Kreditübertragungen aus 2009		-4,7		
Saldo	-578,0	-620,7	-605,0	15,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,0	2,5	2,3	-0,2
Ausgaben	-11,5	-20,8	-11,8	9,0
Saldo	-10,5	-18,4	-9,6	8,8
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 509,6	1 582,8	1 551,6	-31,2

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +96,3 Höhere Steuerkraftausgleichszahlungen von Gemeinden
- +5,7 Mehrertrag aus ILV-Beiträgen (Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen)
- +3,2 Mehreinnahmen aus übrigen Entgelten, Erträgen und internen Verrechnungen

Aufwand:

- 71,4 Höhere Steuerkraftausgleichszahlungen an Gemeinden
- 25,2 Einlage in Ausgleichsfonds aus Saldo Steuerkraftabschöpfungen und -zuschüssen
- 2,3 Mehraufwand an Opferhilfeleistungen
- +6,0 Minderausgaben im Bereich Sachaufwand, Dienstleistungen Dritter
- +4,7 Weniger Personalkosten (Vakanzen, verzögerte Stellenbesetzungen usw.)
- 1,3 Zunahme Steuerfussausgleichsbeiträge an Gemeinden

Saldo:

Das Budget wurde um 2,5% unterschritten. Unter Ausklammerung der Kreditübertragungen – die teilweise nicht beansprucht und neu beantragt wurden – beträgt die Abweichung zum Budget lediglich 11,0 Mio. Franken oder 1,8%.

Investitionsrechnung

Investitionsausgaben:

- +3,2 Minderausgaben im Bereich Informatik (günstigere Beschaffung neuer PC sowie Projektverzögerung)
- +3,0 Keine Investitionsbeiträge für das Opernhausparking infolge Verzögerung des Baubeginns
- +2,6 Weniger Investitionsausgaben bei Massnahmenzentrum Uitikon infolge Baustopp

Personal

Da es sich beim Beschäftigungsumfang um den durchschnittlichen Personalbestand handelt, ist die Abweichung insbesondere auf Vakanzen, verzögerte Stellenbesetzungen usw. zurückzuführen. Eine grössere Budgetunterschreitung verzeichnet das Amt für Justizvollzug mit 23,5 Stellen, die im Wesentlichen mit der verzögerten Stellenbesetzung infolge der Bauverzögerungen im Gefängnis Limmattal und Massnahmenzentrum Uitikon begründet ist. Eine weitere Budgetunterschreitung weist das Staatsarchiv mit 4 Stellen aus, die ebenfalls auf verzögerte Stellenbesetzung infolge Projektverzögerung zurückzuführen ist. Bei den übrigen Leistungsgruppen liegen die Abweichungen unter 3 Stellen.

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2009	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Sanierung und Umbau Massnahmenzentrum Uitikon*	3,8	29,6	7,2	22,4

*Bauliche Verzögerungen aufgrund technischer und planerischer Schwierigkeiten.

Leistungsgruppen

2201 Generalsekretariat JI

Hauptereignisse

Nachdem 2009 die grossen Gesetzgebungsprojekte zur Umsetzung der Bundesverfahrensgesetze (Bundesgerichtsgesetz, Schweizerische Zivilprozessordnung, Schweizerische Strafprozessordnung) und der Kantonsverfassung auf der formellgesetzlichen Ebene beendet wurden, konnte 2010 die Umsetzung auf Verordnungsstufe abgeschlossen werden. Aufgrund der Ergebnisse der 2009 durchgeführten Vernehmlassung zum Konzept für die Anpassung des kantonalen Rechts an die Änderungen des Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz, Personen und Kindesrecht) wurde ein Gesetzesentwurf erarbeitet, in dem die Organisation der zuständigen Behörden eine Gemeindeaufgabe bleibt. Es wurde sodann ein Entwurf für ein Statistikgesetz erarbeitet, der 2011 in Vernehmlassung gehen soll. Gestützt auf § 15 JIOV wurden sämtliche Regelungen zur Unterstellung, den Aufgaben und Kompetenzen sowie zur Stellvertretung im Rahmen einer Organisationsordnung zusammengefasst. Der Gesetzgebungsdienst begleitete zudem 59 (54) Rechtsetzungsprojekte.

Das Generalsekretariat war in 48 (40) parlamentarischen Geschäften federführend. In nahezu doppelt so vielen Fällen erarbeitete es Stellungnahmen an andere Direktionen. Daneben erledigte es 216 (334) Rekurse (einschliesslich Begnadigungen). Bei der Rekurskommission der Gebäudeversicherung gingen 17 Fälle ein. Von den – zusammen mit den bereits pendenten – 28 Fällen wurden 17 (15) erledigt. Bei der Schlichtungsstelle nach Gleichstellungsgesetz wurden 13 (17) Schlichtungsbegehren eingereicht, von denen in acht Fällen eine Einigung erzielt werden konnte. Bei der Rekurskommission für Grunderwerb gingen 2 (4) Beschwerden neu ein. Vier Geschäfte konnten erledigt werden, zwei Geschäfte wurden an die Baurekurskommission überwiesen. Im Gesetz über die Anpassung des kantonalen Verwaltungsverfahrensrechts vom 22. März wurde u. a. das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland dahingehend geändert, dass nicht mehr die Rekurskommission für Grunderwerb, sondern die Baurekurskommission als erste und das Verwaltungsgericht als zweite Beschwerdeinstanz bezeichnet wurde. Die Rekurskommission für Grunderwerb des Kantons Zürich wurde somit auf den 30. Juni aufgehoben. Insofern sind die genannten Zahlen nicht mit jenen des Vorjahres vergleichbar.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Gewaltschutzmassnahmen etwas gesenkt (883; Vorjahr 1008). Gewalt in Haushalten mit Kindern ist stark verbreitet (insgesamt 51% aller betroffenen Haushalte). Die Einstellungsrate der Strafverfahren ist im Verhältnis zu den polizeilich rapportierten Vergehen und Verbrechen sehr hoch (insgesamt 693; Vorjahr 784). Entsprechend tief waren auch die strafrechtlich angeordneten Lernprogramme «Partnerschaft ohne Gewalt PoG» (insgesamt 23; Vorjahr 36). Im ersten Semester erfolgte der Start zum auf drei Jahre geplanten Projekt zeitnahe Kontaktaufnahme mit Kleinkindern bei Interventionen nach Gewaltschutzgesetz.

Der Personaldienst war intensiv an gesamtkantonalen Projekten beteiligt, die erhebliche Auswirkungen auf die Mitarbeitenden der JI hatten. Das Projekt Teilrevision Lohnsystem des Personalamts/Finanzdirektion wurde bezüglich der Neuregelung der Individuellen Lohnerhöhungen und der Einmalzulagen in der JI umgesetzt. Sodann wurden verschiedene Funktionen aufgrund der Anpassungen einzelner Richtpositionen in der Vollzugsverordnung zum Personalgesetz analysiert und neu in die entsprechenden Lohnklassen eingereiht (Umsetzung). Daneben wirkte der Personaldienst am Projekt PULS-ZH und damit an der Entwicklung und Einführung des neuen Personal- und Lohnadministrationssystems mit und beteiligte sich an der interkantonalen Führungsschulung. Der Personaldienst unterstützte die Bereiche der JI bei der einheitlichen Anwendung des Personalrechts und der Personaladministration.

Nach über einjähriger Vorbereitungsarbeit konnte bei den über 1500 IT-Arbeitsplätzen die gesamte Hard- und Software ersetzt werden. Abgestimmt auf die kantonale IT-Strategie wurde in Kooperation mit der Baudirektion eine GATT/WTO-Submission für die Hardware durchgeführt. Unter Windows 7, Office 2007 und Notes Version 8.5 konnte eine noch bessere Standardisierung der einzelnen PC-Arbeitsplätze erreicht werden, die nicht nur eine Vereinfachung bei Störungen, sondern auch eine Qualitätssteigerung in der Softwarepflege ermöglicht.

Die mehr als 2800 Formulare der Direktion mussten zu einem erheblichen Teil auch inhaltlich auf die neue Strafprozessordnung ab 2011 vorbereitet werden, weshalb zeitgleich auch die Anpassung auf das neue Corporate Design der Direktion vollzogen wurde.

Im Projekt Rechtsinformationssystem RIS2 konnten die Detailspezifikationsarbeiten abgeschlossen und die Vorentwicklungsarbeiten gestartet werden. Der Zeitplan sieht vor, dass der neue Geschäftskontrollteil der Strafuntersuchungseinheiten ab 1. Januar 2012 in Betrieb genommen wird.

Die Backup-Rechner der Direktion wurden im November von der Strafanstalt Pöschwies ins Staatsarchiv gezügelt. Dieser Standortwechsel wurde auch in Verbindung mit dem Projekt «elektronisches Langzeitarchiv Kanton Zürich» vollzogen, da damit Daten im Umfeld des künftigen digitalen Langzeitarchivs von Beginn weg am richtigen Ort gespeichert werden.

Auch im vergangenen Jahr erbrachte das PKI Service-Center umfassende Dienstleistungen im Umfeld der nahezu 5000 Zertifikatsträger. Im Rahmen der Umsetzung der Verordnung des Bundes für den elektronischen Behördenverkehr setzt die kantonale Verwaltung inskünftig auf das Produkt IncaMail. Damit können elektronisch signierte Dokumente sicher und günstig externen Stellen zugestellt werden.

Das Service Center Lotus Notes hat die letzten selbstständigen Mail-Bereiche übernommen und arbeitet nun im Vollbetrieb. Auf den sehr stabilen Systemen werden über 5500 Nutzer und rund 960 Applikationen von einem dreiköpfigen Team erfolgreich betreut. Das Ziel des Kantonalen IT Teams (KITT) von jährlich wiederkehrenden Einsparungen von rund 1 Mio. Franken im gesamten Notes-Mail-Betrieb konnte abermals erreicht werden.

Im Frühjahr konnte das Bezirksgebäude Dietikon den Nutzern übergeben werden. Die Jugendanwaltschaft Limmattal/Albis fand in einem Nebengebäude, an der Neumattstrasse 7, Platz, womit die Verwaltung des jüngsten Bezirkes des Kantons Zürich an einem Standort angesiedelt ist. Im Zusammenhang mit der Abtretung von Kirchen und Pfarrhäusern konnten verschiedene Sanierungen von Kirchen durchgeführt und weitere Objekte abgetreten werden.

Das Geschäftsjahr 2010 war geprägt von Vorbereitungsarbeiten und Schulungen für die Einführung des Personalmanagement- und Lohnadministrationssystems PULS ZH. Neben den Kernaufgaben und der Einführen der Anlagebuchhaltung wurde der Fokus auf die Unterstützung der Ämter bei der Aufgabenerfüllung nach der neuen Rechnungslegung IPSAS gelegt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das Generalsekretariat unterstützt den Vorsteher bei der Führung der Direktion. Neben der Stabsarbeit wie etwa Support bei parlamentarischen Geschäften, Aufsicht und Rechtsprechung, Betreuung der nachgeordneten Verwaltungseinheiten oder Einsitz in direktionsübergreifende Arbeitsgruppen werden auch eigene Projekte bearbeitet.
A2	Es führt bei sich einen Gesetzgebungsdienst sowie die Koordinationsstelle für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung. Des Weiteren ist ihm die Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt angegliedert.
A3	Der Personaldienst ist innerhalb der Direktion verantwortlich für die Umsetzung der Personalinstrumente sowie der kantonalen Personalpolitik. Er unterstützt die Amtsstellen bei der Personaladministration, -entwicklung, -information und beim -marketing. Er berät Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie das Kader. Ferner ist er für den Stellenplan und das Personalcontrolling zuständig.
A4	Die Hauptabteilung LFC erbringt zentral die Dienstleistungen innerhalb der Direktion JI für die Bereiche Logistik (Gebäude, Raumplanung, Sicherheit, Abrechnungen), Informatik (Beschaffung/Evaluation, Betrieb/Betreuung aller PC-Arbeitsplätze, Hard- und Softwareprodukte, Rechenzentrumsdienste usw.), Finanzen (Buchhaltungsdienste für Fachstellen/Fachämter) und (Direktions-)Controlling.
A5	Zusätzliche Dienstleistungen: Betrieb Service Center Lotus Notes Kanton Zürich (Mailbetrieb Lotus Notes und Push Mail PDA für die kantonale Verwaltung), Service Center PKI (Public-Key Infrastruktur BIT und Swisscom) für die kantonale Verwaltung sowie Betrieb PKI/Security-Lösung Kantonspolizei Zürich, Hosting/Housing Dienstleistungen für Applikationen PJZ-Datenbank und E-Voting Kanton Zürich.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Betrieb der Koordinationsstelle Umsetzung neue Kantonsverfassung Verlängert Abschluss 2011	2010
E2	Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes Planmässig	2011
E3	Kantonale Behördenorganisation und kantonales Verwaltungsverfahrenrecht an die Vorgaben des Bundes (Rechtsweggarantie) und der Kantonsverfassung anpassen Abgeschlossen	2010
E4	Rückgaben Kirchen-Liegenschaften Planmässig	2012
E5	Qualitätsförderung der Führungsarbeit Planmässig	2011
E6	Entwicklung und Umsetzung von Direktionsstandards in der Personalarbeit Planmässig	2011
E7	Projekt neues Rechenzentrum PJZ (Planung, Ausführung) Verzicht Das Projekt neues Rechenzentrum wurde aufgegeben. Im Rahmen der Gesamtplanung des PJZ-Projekts sollen lediglich noch die betriebsnotwendigen EDV-Räume geschaffen werden. Nach Ablehnung des Kredits zum PJZ durch den Kantonsrat sind die Arbeiten bis zur Abstimmung 2011 über das gegen das Aufhebungsgesetz ergriffene Referendum sistiert.	2012
E8	Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Straf- und Zivilsachen an die neuen Prozessgesetze des Bundes anpassen (LZ RR 16.4) Abgeschlossen	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	14,3	14,0	14,7	0,7
Aufwand	-20,2	-21,3	-20,1	1,2
Kreditübertragungen aus 2009		-0,7		
Saldo	-5,9	-7,3	-5,4	1,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		-5,1	-1,9	3,2
Saldo		-5,1	-1,9	3,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	54,2	57,0	56,8	-0,2

Erfolgsrechnung

Ertrag:

+0,7 Zusätzliche, verrechenbare IT-Arbeitsplätze in den Ämtern führten zu einem erheblichen Mehrertrag.

Aufwand:

+0,4 Tiefere Personalkosten sind durch vorübergehend nicht besetzte Stellen, Verzicht auf temporäre Arbeitskräfte sowie Lohnerstattungen (MSE) begründet.

+0,3 Die restriktive Ausgabenpolitik im Bereich Dienstleistungen Dritter sowie Kosteneinsparungen bei der IT-Beschaffung führten zu Einsparungen beim Sachaufwand.

Saldo:

Die Jahresrechnung 2010 schliesst mit einer erfreulichen Budgetunterschreitung. Da ein Teil der geplanten Dienstleistungen für Umsetzung von HR-Projekten erst 2011 erbracht werden können, wird eine Kreditübertragung beantragt.

Investitionsrechnung

+2,6 Das geringere Investitionsvolumen ist darauf zurückzuführen, dass durch die gemeinsame Beschaffung von PC zweier Direktionen ein besseres Ausschreibungsergebnis erzielt werden konnte.

+0,6 Weniger Investitionsaufwand infolge Projektverzögerungen bei RIS 2.

Personal

Die Personalstellen entsprechen dem Budget.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit Direktionsvorsteher (A1)	min.	>gut	>gut	>gut	-
W2	Zufriedenheit Supportfunktion durch Ämter (Rückmeldungen) (A1)	min.	>gut	>gut	>gut	-
W3	Gutgeheissene Verwaltungsgerichtsbeschwerden (A1)	P	< 10%	< 10%	< 10%	-
W4	Zufriedenheit der Mitarbeitenden (Messinstrument: Personalumfrage alle 3 Jahre)			-	-	-
W5	- allgemein (ganze Direktion) (A1)	min.	-	-	-	-
W6	- Personaldienst (A3)	min.	-	-	-	-
W7	- ReWe/Controlling, Logistik (A4)	min.	-	-	-	-
W8	- IT (A4)	min.	-	-	-	-
W9	- Support Führung und Recht (A1)	min.	-	-	-	-
W10	Professionalisierung der Rekrutierung: Geringe Fluktuation in den ersten zwei Dienstjahren (A3)	P	< 10%	< 10%	< 10%	-
Leistungen						
L1	Rekurserledigungen (einschliesslich Begnadigungen) (A1)	min.	334	150-200	216	16
L2	Fristgerechte Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse (Anfragen, Interpellationen, Postulate, Motionen) in % aller eingegangenen Geschäfte (A1, A2)	min.	100	100	100	0
L3	Anzahl spezifisch geschulter Führungskräfte in Prozenten Gesamtführungskräfte (A3)	min.	90%	90%	90%	0
L4	Personalreporting durchführen (A3)	min.	1x	1x	1x	0
L5	Betreuung PC-Arbeitsplätze (A4)	P	1 470	1 432	1 600	168
L6	Finanzreporting und Führung Rechnungswesen (ab 2009) (A4)	P	28	28	30	2
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittliche Erledigungszeit spruchreifer Rekurse (in Monaten) (A1)		1	1	1	0
B2	Kosten Basis-Arbeitsplatz DJI (A4)		1 814	1 750	1 414	-336
B3	Gesamtkosten PC-Arbeitsplatz DJI (A4)		7 600	7 960	7 248	-712

Abweichungsbegründung

L1/B2/B3 Die erhöhte Anzahl PC-Arbeitsplätze führte zu tieferen Durchschnittskosten je Arbeitsplatz.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	314 425	-10 134	63 000	367 291	52 866

Auflösung Rücklagen 2010

- für Personalaufwendungen

Bildung von Rücklagen 2010

Tiefere Personalkosten sind durch vorübergehend nicht besetzte Stellen, Verzicht auf temporäre Arbeitskräfte sowie Lohnerstattungen (MSE) begründet. Dies führte zu Mehrbelastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die restriktive Ausgabenpolitik im Bereich Dienstleistungen Dritter sowie Kosteneinsparungen bei der IT-Beschaffung führten zu Einsparungen beim Sachaufwand. Zusätzliche, verrechenbare IT-Arbeitsplätze in den Ämtern verhalfen zu einem erheblichen Mehrertrag. Diese zusätzlichen Arbeitsplätze wurden von der Abteilung Informatik mit gleichem Personalbestand betreut.

2204 Strafverfolgung Erwachsene

Hauptereignisse

Neben der Führung von Strafuntersuchungen mit dem Fokus auf die Qualitätssteigerung standen die Vorbereitungsarbeiten zur Schweizerischen Strafprozessordnung im Zentrum der Aktivitäten. Die Weisungen für das Vorverfahren wurden zeitgerecht fertiggestellt und alle bestehenden Handlungsanleitungen (Dienstsanweisungen, Richtlinien) wurden aktualisiert. Die Mitarbeitenden wurden hinsichtlich der neuen Aufgaben geschult. Um möglichen Problemen im Praxisalltag frühzeitig begegnen zu können, wurden die Staatsanwaltschaften angewiesen, eine Evaluation der zentralen Änderungen vorzunehmen. Die Auswertung der Ergebnisse wird im 1. Trimester 2011 vorliegen. Das Büro für amtliche Mandate, das früher bei den Gerichten angesiedelt war, wird auf Anfang 2011 bei der Oberstaatsanwaltschaft geführt. Ein Grossteil der Ablauforganisation konnte hier von den Gerichten übernommen werden, allerdings galt es auch hier, Aufbauarbeit zu leisten und die Mitarbeitenden zu schulen.

Im Rahmen der Schwerpunktbildung in der Strafverfolgung wurde die Bekämpfung der Internetkriminalität konkretisiert (RRB Nr. 1068/2009). Im Rahmen einer Projektgruppe wurden die Weichen gestellt, damit diese vor allem örtlich nicht einfach fassbare Kriminalitätsform künftig effizienter bekämpft werden kann.

Mit dem Bezug des Bezirksgebäudes Dietikon durch die Staatsanwaltschaft Limmattal / Albis wurde die Regionalisierung der Staatsanwaltschaften abgeschlossen. Die Mitarbeitenden des Bereiches Strafverfolgung Erwachsene arbeiten nun an 13 Standorten.

Weiter professionalisiert wurde die Medienarbeit, indem die Abläufe so strukturiert wurden, dass die Fallbearbeitenden sich möglichst auf ihre Fallführung konzentrieren können.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Führung von Strafverfahren gegen Erwachsene im Kanton Zürich. Als Grundlage dafür gelten die Strafgesetze des Bundes, die Strafprozessordnung sowie das Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess. Strafverfahren werden als Anklagen, Einstellungen oder Strafbefehle erledigt. Die Oberstaatsanwaltschaft plant, führt und steuert die Erwachsenenstrafverfolgung und entscheidet bis 2011 über Verfahrensrekurse.
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Verbesserung der Altersstruktur der Pendenzen (Indikatoren: Pendenzen älter als 1 Jahr; Pendenzen älter als 2 Jahre) Planmässig	2013
E2	Optimierung der Zusammenarbeit mit der Polizei und der Bundesanwaltschaft Planmässig	2013
E3	Schwerpunktbildung in der Strafverfolgung umsetzen (LZ RR 16.3) Planmässig	2012
E4	Vorbereitungsarbeiten Eidgenössische Strafprozessordnung Abgeschlossen	2010
E5	Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Strafsachen an das neue Strafprozessgesetz des Bundes anpassen (LZ RR 16.4) (Teilprojekt zu E8 Generalsekretariat) Abgeschlossen	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	23,2	21,3	22,3	1,0
Aufwand	-83,5	-88,3	-87,2	1,2
Kreditübertragungen aus 2009		-0,2		
Saldo	-60,3	-67,0	-64,9	2,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		-0,2	-0,4	-0,2
Saldo		-0,2	-0,4	-0,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	314,2	319,0	320,6	1,6

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +2,1 Höhere Gebühren, Bussen und Geldstrafen
- 1,2 Tiefere Beschlagnahmungen

Aufwand:

- +1,6 Budgetunterschreitung bei Dienstleistungen Dritter und Dolmetscherentschädigungen
- +0,6 Tieferer Liegenschafts- und Mobiliaraufwand
- 1,3 Höhere Wertberichtigungen auf Untersuchungskosten

Investitionsrechnung

- 0,2 Mehr Investitionen im Zusammenhang mit der Regionalisierung Dietikon

Personal

Der Personalbestand enthält auch die über Rücklagen finanzierten Mitarbeitenden sowie Aus-
hilfen.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Anteil Einstellungen und Nichteintretensverfügungen ohne Sistierungen (ab 2007)	P	33,9%	≤ 35%	35,4%	-0,4%
W2	Anteil erstmaliger Strafbefehle (ab 2007)	P	79,0%	≥ 75%	79,9%	4,9%
W3	Zugelassene Anklagen (ab 2007)	min.	97,3%	≥ 95%	98,3%	3,3%
Leistungen						
L1	Anklagen	P	2 282	2 000	2 172	172
L2	Einstellungen der Verfahren (einschliesslich Sistierungen)	P	9 064	8 000	9 684	1 684
L3	Strafbefehle	P	12 317	11 500	12 354	854
L4	Total der Erledigungen (Summe L1–L3)	P	23 663	21 500	24 210	2 710
L5	Rekurs- und Beschwerdeentscheide	P	143	200	166	-34
L6	Pendenzen insgesamt	max.	8 552	10 000	8 255	-1 745
L7	Pendenzen älter als 1 Jahr	max.	11,2%	12,0%	12,2%	0,2%
L8	Pendenzen älter als 2 Jahre	max.	3,0%	3,4%	3,5%	0,1%
Wirtschaftlichkeit						
B1	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Allgemeinen Staatsanwaltschaften, Fr. (ab 2007)	P	2 463	2 848	2 530	-318
B2	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Besonderen Staatsanwaltschaften, Fr. (ab 2007)	P	21 438	23 946	22 130	-1 816
B3	Bruttoaufwand pro erledigten Fall insgesamt in Fr. (ab 2007)	P	3 530	4 124	3 601	-523
Abweichungsbegründungen						
L4	Das Erledigungstotal übersteigt die zu niedrig angesetzten Budgetwerte deutlich und ist auch leicht höher als im Vorjahr (+547).					
L6	Die Pendenzen konnten gegenüber dem Vorjahr abgebaut werden (-297) und unterschritten den Budgetwert deutlich.					
L7/L8	Die Altersstruktur der Pendenzen hat sich gegenüber dem Budget und Vorjahr leicht verschlechtert, sowohl bei den Pendenzen älter als 1 Jahr als auch bei den Pendenzen älter als 2 Jahre.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	2 753 273	288 266	0	2 465 007	-288 266

Auflösung Rücklagen 2010

– davon Fr. 288 266 für Finanzierung Projekt Vermögensabschöpfung

Bildung von Rücklagen 2010

Die Strafverfolgung Erwachsene beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2010.

2205 Jugendstrafrechtspflege

Hauptereignisse

Das Jahr war einerseits geprägt durch einen erfreulich deutlichen Rückgang der Geschäftslast; bei den Jugendanwaltschaften verringerten sich die Geschäftseingänge gegenüber dem Vorjahr um 20% (9861; Vorjahr: 12 361). Andererseits erforderte die Einführung der Jugendstrafprozessordnung (JStPO) und der Strafprozessordnung (StPO) auf den 1. Januar 2011 umfangreiche Schulungs- und Vorbereitungsarbeiten.

Die Jugendanwaltschaften erliessen 3797 (3942) Erziehungs- und Strafverfügungen; in 117 (105) Fällen wurde Anklage bei den Jugendgerichten erhoben.

Insgesamt wurden von den Jugendanwaltschaften und Jugendgerichten 255 (233) Schutzmassnahmen und 3841 (3920) Strafen ausgesprochen. Am 31. Dezember befanden sich 120 (108) Jugendliche im Vollzug einer stationären und 453 (429) Jugendliche im Vollzug einer ambulanten Schutzmassnahme. Als Strafen wurden ausgesprochen: 1582 (1757) Verweise, 1440 (1445) Persönliche Leistungen, 549 (495) Bussen, 228 (223) Freiheitsentzüge. In 44 (55) Fällen wurde von einer Bestrafung abgesehen. Bei 20 (37) Verurteilten ordneten die Jugendanwaltschaften und die Jugendgerichte 48 (54) Erwachsenstrafen an.

Die Anstrengungen zur Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität führten auch dieses Jahr zu einer anhaltend hohen Zahl von Interventionen im Bereich der Untersuchung und des Straf- und Massnahmenvollzugs.

Die Inbetriebnahme des Jugendgefängnisses Limmattal führte zu einer Entlastung bei den stationären geschlossenen Platzierungen von Jugendlichen während des Untersuchungs- und Vollzugsverfahrens. Bis zur Schaffung der neuen Plätze im Massnahmezentrum Uitikon gestaltet sich die längerfristige geschlossene Unterbringung von Jugendlichen indessen sowohl in der Untersuchung als auch im Vollzug nach wie vor als aufwendig und schwierig. Weiterhin fehlen auch Plätze für die geschlossene Unterbringung psychiatrisch auffälliger Jugendlicher.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Strafverfolgung bei fehlbaren Jugendlichen, einschliesslich Verfahrensabschluss durch Erziehungsverfügung, Verfahrenseinstellung oder Anklageerhebung beim Jugendgericht sowie Rechtsmittelverfahren
A2	Pädagogisch ausgerichteter Vollzug der durch die Jugendanwaltschaften und Jugendgerichte angeordneten jugendstrafrechtlichen Sanktionen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	<p>Wirkungsorientierte Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität</p> <p>Planmässig</p> <p>Insbesondere bei jugendlichen Gewalttätern wurde weiterhin verstärkt auf die Senkung des Rückfallrisikos hingewirkt. Zur einheitlicheren und konsequenteren Bekämpfung der Jugendgewalt erliess die Jugendstaatsanwaltschaft im Mai des Berichtsjahres Richtlinien für die Untersuchungsführung bei Gewaltdelikten von Jugendlichen.</p>	2011
E2	<p>Einführung und Umsetzung der Eidgenössischen Jugendstrafprozessordnung (Teilprojekt zu E8 Generalsekretariat)</p> <p>Planmässig</p> <p>Die Eidgenössische Jugendstrafprozessordnung (JStPO) tritt am 1. Januar 2011 in Kraft. Die Schulungs- und Vorbereitungsarbeiten konnten im Wesentlichen fristgerecht abgeschlossen und die Umsetzung an Hand genommen werden.</p>	2011
E3	<p>Gewaltprävention in der Jugendstrafrechtspflege mit dem Projekt «Junge Intensivtäter» verstärken und vermehrt bei jugendlichen Straftätern zur Senkung des Rückfallrisikos intervenieren (LZ RR 16.6)</p> <p>Planmässig</p> <p>Die interdisziplinäre Zusammenarbeit und der Informationsaustausch der Jugendstaatsanwaltschaft und der Jugendanwaltschaften mit anderen Direktionen, Behörden und zivilen Partnern wurden vertieft. Dies insbesondere mit den verschiedenen Polizeikorps, der Oberstaatsanwaltschaft und den Schulen. So wurde etwa die individuelle Information der Schulbehörden in bestimmten Jugendstrafverfahren konkretisiert und das Vorgehen im Einzelfall festgelegt.</p>	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,9	2,5	2,4	-0,1
Aufwand	-46,5	-45,3	-46,8	-1,4
Saldo	-43,6	-42,9	-44,4	-1,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,1		-0,1	-0,1
Saldo	-0,1		-0,1	-0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	77,9	78,6	79,9	1,3

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 0,1 Mio. Franken (-3,4%) unter dem Budget 2010.

Wichtigste Ursachen:

- +0,3 Entgelte; Leistungen von Sorgeberechtigten und Jugendlichen an Schutzmassnahmen
- 0,4 Beiträge; Beiträge von Schulgemeinden an Schutzmassnahmen

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 1,4 Mio. Franken (-3,1%) über dem Budget 2010.

Wichtigste Ursachen:

- 0,2 Personal; Besoldungsrevision Teilprojekt 3
- 0,1 Personal; vorübergehende Zusatzanstellungen
- 0,1 Sachaufwand; Mieten und Mietnebenkosten
- 0,1 Sachaufwand; Strafuntersuchungskosten, Abschluss umfangreicher Strafuntersuchungen
- +0,6 Sachaufwand; geringere Kosten für Dienstleistungen Dritter
- 1,7 Interne Verrechnungen; Mehrkosten für Untersuchungshaft sowie für den Straf- und Massnahmenvollzug
- +0,1 Interne Verrechnungen; weniger kalkulatorische Mieten und Mietnebenkosten

Saldo:

Im Saldo weist die Rechnung 2010 der Jugendstrafrechtspflege eine Abweichung von -1,5 Mio. Franken (-3,5%) gegenüber dem Budget 2010 aus.

Investitionsrechnung

Investitionsausgaben:

Die Aufwendungen von 0,1 Mio. Franken erfolgten für die Erweiterung der Jugendanwaltschaft Unterland und im Zusammenhang mit der im Jahre 2009 erfolgten Zusammenlegung der Jugendanwaltschaft Limmattal/Albis in Dietikon.

Personal

Der höhere durchschnittliche Personalbestand in der Rechnung 2010 ist insbesondere auf zeitlich befristete Anstellungen zum Ausgleich von krankheitsbedingten Ausfällen zurückzuführen.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Soziale Integration von Jugendlichen (Anteil der als sozial integriert aus dem jugendstrafrechtlichen Massnahmevollzug Entlassenen); (A2)	P	65%	> 60%	71%	-
W2	Rechtsmittel (von Angeschuldigten und Geschädigten eingelegte Rechtsmittel einschliesslich Rechtsbehelfe); (A1)	P	1,9%	< 5%	2,3%	-
Leistungen						
L1	Verurteilungen von Jugendlichen (Anzahl mit Erziehungs- und Strafverfügung verurteilte Jugendliche); (A1)	P	3 942	3 900	3 797	-103
L2	Anklagen an das Jugendgericht (ab 2009); (A1)	P	105	80	117	37
L3	Einstellungen der Verfahren (einschliesslich Teileinstellungen, Sistierungen und Nichtanhandnahmen) (ab 2009); (A1)	P	2 888	2 250	2 449	199
L4	Verfahrenserledigungen (bis 2009); (A1)	P	13 107	-	-	-
L5	Stationäre Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich angeordneter Unterbringungen bei Privatpersonen und in Erziehungs- oder Behandlungseinrichtungen); (A2)	P	142	135	164	29
L6	Ambulante Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich und jugend-anwaltschaftlich angeordneter Aufsichten, persönlicher Betreuungen und ambulanten Behandlungen); (A2)	P	576	500	658	158
L7	Vorsorgliche Schutzmassnahmen (Neuanordnungen und Versetzungen im vorläufigen Vollzug von ambulanten oder stationären Schutzmassnahmen) (bis 2009); (A1)	P	417	-	-	-
L8	Vorsorgliche stationäre Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer Unterbringung während des Untersuchungsverfahrens); (A1)	P	204	200	196	-4
L9	Vorsorgliche ambulante Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer ambulanten Schutzmassnahme während des Untersuchungsverfahrens); (A1)	P	149	150	159	9
L10	Zu persönlichen Leistungen verurteilte Jugendliche; (A1)	P	1 445	1 250	1 440	190
L11	Angeordnete persönliche Leistungen von Jugendlichen in Tagen; (A2)	P	5 838	4 500	5 951	1 451
L12	Haftfälle (Anzahl Untersuchungshafteten und Freiheitsentzüge); (A1/A2)	P	189	200	149	-51
L13	Schutzaufsichten (Anzahl Begleitungen / Bewährungshilfen bei bedingten Strafen); (A1)	P	906	650	1 002	352
L14	Pendenzen pro Jugendanwalt/-anwältin; (A1)	max.	94	< 90	60	-
L15	Durchschnittliches Pendenzenalter in Tagen; (A1)	max.	162	< 160	130	-
L16	Anteil der Pendenzen > 750 Tage (bis 2009); (A1)	P	0%	-	-	-
L17	Anteil der Pendenzen > 365 Tage (ab 2010); (A1)	max.	-	< 10%	4,8%	-
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittliche Untersuchungsdauer (in Tagen); (A1)	P	166	< 130	141	11
B2	Anteil der innert 180 Tagen abgeschlossenen Untersuchungen; (A1)	P	71%	> 75%	70%	-5%

Abweichungsbegründungen

L5-L9	Die verstärkten Bemühungen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität führten zu einer höheren Anzahl von Schutzmassnahmen.
L12	Die geringere Anzahl von Geschäftseingängen wirkte sich insbesondere auch auf die anzuordnenden Untersuchungshaft aus.
L13	Die hohe Zahl der Schutzaufsichten ist eine Auswirkung des JStG, das bei jeder bedingten Strafe die Anordnung einer Begleitung vorsieht.
L15	Insbesondere durch die Erledigung älterer und umfangreicher Untersuchungen konnte das durchschnittliche Pendenzenalter deutlich gesenkt werden.
B1	Die Erledigung umfangreicher und lange andauernder Strafuntersuchungen belastete die durchschnittliche Untersuchungsdauer.
B2	Da eine grosse Zahl von älteren und umfangreichen Untersuchungen bearbeitet wurden konnte die Vorgabe noch nicht erreicht werden.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	129 976	35 445	0	94 531	-35 445

Auflösung Rücklagen 2010

– davon Fr. 35 445 für Weiterbildungsveranstaltungen und Personalanlässe

Bildung von Rücklagen 2010

Die Jugendstrafrechtspflege beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2010.

2206 Amt für Justizvollzug

Hauptereignisse

Im Amt für Justizvollzug (JuV) haben im Berichtsjahr bedeutende organisatorische Veränderungen stattgefunden. Einerseits wurde der befristete Betrieb des Vollzugszentrums Urdorf (VZU) auf Ende 2009 endgültig eingestellt. Ersatzfreiheitsstrafen werden seit Januar des Berichtsjahres neu im sanierten und in die Organisationseinheit der Gefängnisse Kanton Zürich (GKZ) überführten Vollzugszentrum Bachtel in Ringwil vollzogen. Ebenfalls an diesen Standort wurde die Bussen- und Geldstrafenadministration verlegt. Andererseits konnte auf September das neue Gefängnis Limmattal (GFL) in Dietikon mit gesamthaft 72 Vollzugsplätzen (einschliesslich Jugendabteilung) in Betrieb genommen werden. Dabei mussten wie auch bei den gegenwärtigen laufenden Umbau- und Erweiterungsarbeiten in der geschlossenen Abteilung des Massnahmenzentrums Uitikon bauliche Verzögerungen aufgrund technischer und planerischer Schwierigkeiten in Kauf genommen werden. In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres wurden zudem die Vorbereitungsarbeiten für die auf Januar 2011 erfolgte Integration der Halbgefängenschaft Winterthur in die GKZ intensiv vorangetrieben.

In den Gefängnissen mussten während der Sommermonate teilweise starke Überbelegungen verzeichnet werden. Die Eröffnung des Gefängnisses Limmattal hat zwar zu einer temporären Entlastung dieser angespannten Belegungssituation bei der Untersuchungshaft beitragen können. Dennoch bestehen weiterhin lange Wartelisten für den Übertritt von verurteilten Gefangenen aus den Gefängnissen in eine geschlossene Strafanstalt. Über alle JuV-Institutionen hinweg wurde im Berichtsjahr in absoluten Zahlen ein leichter Anstieg auf gesamthaft rund 480 000 Aufenthaltstage verzeichnet. Die durchschnittliche Auslastung nahm um rund 3% auf einen hohen Wert von knapp 98% zu. In den Bewährungs- und Vollzugsdiensten (BVD) wurden dagegen vergleichsweise konstante Fallzahlen registriert. Während die Freiheitsstrafen leicht zurückgegangen sind, hat der ansteigende Trend bei den stationären Massnahmen angehalten und sich somit auch der Druck auf die für stationäre Massnahmen nach Art. 59.3 StGB spezialisierte forensisch-psychiatrische Abteilung der Strafanstalt Pöschwies (ab 2011 Justizvollzugsanstalt Pöschwies) verstärkt. Die von den Mitarbeitenden des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes (PPD) durchgeführten Notfalleinsätze in den JuV-Institutionen haben mit knapp über 100 Ereignissen einen neuen Tiefststand über die letzten fünf Jahre erreicht. Dies steht in Zusammenhang mit der guten Grundversorgung der Institutionen durch den PPD.

In Bezug auf fachliche Weiterentwicklungen im Justizvollzug konnten im Berichtsjahr sowohl das Projekt «Bildung im Strafvollzug» in den Anstalten und Gefängnissen des JuV massgeblich vorangetrieben als auch die im Rahmen des Projekts «Risikoorientierter Sanktionenvollzug» (ROS) konzipierten inhaltlichen und organisatorischen Prozesse erfolgreich in der Organisation der BVD verankert werden. Mit letzterem, vom Bundesamt für Justiz als Modellversuch anerkannten Projekt sollen die Voraussetzungen für ein verbessertes Risikomanagement geschaffen werden.

Mit dem ablehnenden Entscheid des Kantonsrates zum Objektkredit für das «Polizei- und Justizzentrum Zürich» (PJZ) vom September erlitt die Institutionen- und Infrastrukturplanung des JuV einen entscheidenden Rückschlag und es müssen bei einem allfällig negativen Ausgang der Volksabstimmung alternative Szenarien für die wegfallenden Plätze im «Provisorischen Polizeigefängnis Zürich» (ProPoG) und zur Deckung des zukünftigen Platzbedarfs entwickelt werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vollzug aller durch zürcherische Gerichte und Strafbehörden ausgefallten Freiheitsstrafen, Massnahmen und Nebenstrafen
A2	Vollzug von Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie Durchführung von ausländerrechtlicher Haft
A3	Betreuung der inhaftierten Personen, Bewährungshilfe durchführen, Weisungen kontrollieren
A4	Durchführung, Evaluation und Weiterentwicklung von Therapie-/Behandlungsformen und Interventionsprogrammen
A5	Betrieb und Planung der notwendigen Institutionen sowie Vernetzung und Zusammenarbeit mit Justiz-, Sozial-, Gesundheitswesen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Verstärkung der Gewalt- und Rückfallprävention im Rahmen des Justizvollzugs (LZ RR 16.5) Planmässig Mit der Implementierung der im Projekt «Risikoorientierter Sanktionenvollzug» definierten Prozesse und Instrumente in den Bewährungs- und Vollzugsdiensten konnte eine wichtige Weiterentwicklung zu einem verbesserten Risikomanagement und zur Rückfallprävention initiiert werden. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2011 auf 2014 verschoben.	2011
E2	Wirkungs- und Qualitätsevaluation der JuV-Leistungen insbesondere hinsichtlich der Rückfall- und Gewaltprävention Planmässig Das Projekt «Rückfallbezogene Geschäftsberichterstattung» wurde dahingehend modifiziert, als statt der ursprünglich geplanten flächendeckenden Wirkungsevaluation neu eine spezifische Untersuchung ausgewählter Leistungen des Justizvollzugs unter Erhebung detaillierter Parameter durchgeführt wird. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2011 auf 2014 verschoben.	2011
E3	Kontinuierliche Überprüfung/Anpassung und Optimierung der Haft- und Vollzugsprogramme aufgrund der sich wandelnden Vorgaben und Erkenntnisse (LZ RR 16.5) Planmässig Gemäss dem Beschluss der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren sollen bis 2015 für einen Drittel der Strafgefangenen Bildungsarbeitsplätze angeboten werden. Dazu wurden in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies die Detailplanungen in Koordination mit der Fachstelle «BiSt» vorangetrieben. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2013 auf 2014 verschoben.	2013
E4	Anpassung der Infrastruktur an die Belegsituation und den voraussichtlichen Bedarf Planmässig Mit der Eröffnung des Gefängnisses Limmattal in Dietikon und der Sanierung des Vollzugszentrums Bachtel in Ringwil konnten zusätzliche Vollzugsplätze für Untersuchungshaft bzw. Ersatzfreiheitsstrafen geschaffen werden. Die Ablehnung des PJZ-Kredites und die dadurch entstandene grosse Planungsunsicherheit insbesondere auch im Gefängnisbereich (Polizeigefängnis mit 128 Plätzen und Justizgefängnis mit 160 Plätzen) führen zu erheblichen Problemen. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2011 auf 2014 verschoben.	2011

E5	Optimierung der ämter- und fachübergreifenden Zusammenarbeit besonders hinsichtlich der Rückfall- und Gewaltprävention Planmässig Mit dem Projekt «Risikoorientierter Sanktionenvollzug» konnten verschiedene abteilungsübergreifende Prozesse im JuV etabliert werden. Zudem konnte die Koordination mit den Strafverfolgungsbehörden hinsichtlich bedarfs- und instrumentengerechter Zusammenarbeitsformen verbessert werden. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2011 auf 2014 verschoben.	2011
----	---	------

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	48,2	49,4	49,5	0,1
Aufwand	-192,2	-200,1	-200,1	0,0
Saldo	-144,0	-150,7	-150,6	0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,0	2,5	2,3	-0,2
Ausgaben	-10,2	-10,6	-8,6	2,0
Saldo	-9,2	-8,1	-6,3	1,8
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	762,1	810,6	787,1	-23,5

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Auf den ersten Blick stellen sich die Ertragsergebnisse sehr gut dar (Fr. 140 000 besser als budgetiert). Bei näherer Betrachtung fällt auf, dass 3,9 Mio. Franken davon auf die JuV-interne unbudgetierte Verrechnung von IT-Kosten zurückzuführen sind und im engeren Sinne nicht als erwirtschafteter Ertrag betrachtet werden können. Effektiv wurde das Ertragsbudget um 3,8 Mio. Franken verfehlt.

- +3,9 Mio. Franken JuV-interne unbudgetierte Verrechnung von IT-Kosten gemäs IPSAS
- +0,9 Mio. Franken Nicht budgetierte Projektkostenaktivierung (0,6) und Veränderung Lager Dienstkleider (0,3)
- +0,8 Mio. Franken Steigerung der internen Mahlzeitenlieferungen
- 1,7 Mio. Franken Reduktion der Gewerbeverkäufe
- 1,6 Mio. Franken Budgetierte Rückerstattungen neu als Aufwandminderungen verbucht
- 1,1 Mio. Franken Rückgang der Kostgelder; weniger ausserkantonale Insassen
- 1,1 Mio. Franken Verschiedene Ertragsrückgänge (interne Verkäufe übriges Material)

Aufwand:

Der Aufwandsaldo weist gegenüber dem Budget eine minime positive Differenz von Fr. 6000 auf. Bei genauer Betrachtung fällt derselbe Effekt auf wie beim Ertrag. Der IT-Aufwand wurde mit 3,9 Mio. Franken infolge interner Verrechnung doppelt aufgeführt und konnte – gemäss IPSAS – bloss via Ertrag intern verrechnet und betragsmässig ausgeglichen werden. Effektiv ist beim Aufwand somit von einer Budgetunterschreitung von 3,9 Mio. Fr. auszugehen.

+1,6 Mio. Franken	Im Ertrag budgetierte Rückerstattungen als Aufwandminderungen verbucht (IPSAS)
+1,3 Mio. Franken	Gesenkter Aufwand beim Betriebs- und Verbrauchsmaterial
+1,2 Mio. Franken	Gesenkter Personalaufwand (späte Inbetriebnahme Gefängnis Limmattal / Sparmassnahmen ROS)
+1,1 Mio. Franken	Höher ausgeführte Erstattungen von Krankenkassen und Massnahmen-/Vollzugsleistungen
+1,1 Mio. Franken	Verminderte Anschaffungskosten (Kleider, Wäsche usw.)
+0,1 Mio. Franken	Übrige Aufwandverminderung (Heizung, Strom, Dienstleistungen Dritter usw.)
-3,9 Mio. Franken	Unbudgetierte doppelte Verrechnung der IT-Kosten im Aufwand (IPSAS-Vorgabe)
-2,5 Mio. Franken	Steigerung der Kosten der stationären Massnahmen (PZR und ausserkantonale Institutionen)

Saldo:

Der Rechnungssaldo 2010 fällt um Fr. 147 000 oder 0,1% günstiger aus als budgetiert. Berücksichtigt man zusätzlich, dass rund 1 Mio. Franken des ausgewiesenen Aufwandes durch Rücklagengelder finanziert wurden, so beträgt die effektive Budgetunterschreitung rund 1,1 Mio. Franken.

Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen schliessen mit einer Budgetunterschreitung von 1,8 Mio. Franken ab.

+3,4 Mio. Franken	Baustopp MZU; Kreditübertragung auf 2011
-0,8 Mio. Franken	Freibetragsobjekt MZU (Heizanlage, Umbau WGA)
-0,8 Mio. Franken	Sanierung Vollzugszentrum Bachtel

Personal

Infolge Bauverzögerung (Gefängnis Limmattal) und Baustopp (Massnahmenzentrum Uitikon) sowie Sparmassnahmen im ROS-Projekt der BVD konnte das budgetierte Stellenquantum nicht voll ausgeschöpft werden. Der Beschäftigungsumfang weist zwischen Budget und Rechnung eine Differenz von -23,5 auf. Beim Budgetwert sind jedoch die Aushilfen und Praktikanten mitberücksichtigt, beim Rechnungswert jedoch ausgeklammert worden. Tatsächlich beträgt die Abweichung -15,9.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Anzahl Urlaube aus dem Strafvollzug (A1)	P	1 498	900	947	+47
W2	– davon korrekt zurückgekehrt in % (A3)	min.	97,1	99	97,8	-1,2%
W3	Anzahl Ausbrüche aus Strafvollzug (A1)	max.	0	0	2	2
W4	Anzahl Ausbrüche aus Untersuchungshaft (A2)	max.	0	0	0	–
W5	Erfolgreiche Abschlüsse Gemeinnützige Arbeit in % (A1)	P	76,5	80	78,6	-1,4%
W6	Anzahl bedingte Entlassungen aus dem Strafvollzug (A1)	P	364	580	368	-212
W7	Anzahl Suizide (A4)	max.	1	<2	1	–
W8	Anzahl Übergriffe auf Personal (A4)	max.	7	<12	5	–
Leistungen						
L1	Anzahl Aufenthaltstage (A1/A2)	P	474 500	490 000	478 965	-11 035
L2	– davon Untersuchungs- und Sicherheitshaft (A2)	P	164 655	185 000	166 919	-18 081
L3	Belegung aller Anstalten und Gefängnisse in % (A5)	P	94,4	96	97,5	1,5%
L4	Anzahl psychiatrisch-psychologische Konsultationen und Behandlungen (A4)	P	12 001	13 000	13 135	135
L5	Vollzugsfälle Bewährungs- und Vollzugsdienste (Bestand Jahresende):	P	–	–	–	–
L6	– Freiheitsstrafen (A1)	P	2 679	3 000	2 516	-484
L7	– Stationäre Massnahmen (A3)	P	403	425	437	12
L8	– Ambulante Massnahmen (A3)	P	559	700	547	-153
L9	– Gemeinnützige Arbeit (A1)	P	533	560	625	65
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kosten (Staatsbeitrag) pro Aufenthaltstag in Franken (A5):					
B2	– Justizvollzugsanstalt Pöschwies (A5)	P	217	206	261	55
B3	– Gefängnisse Kanton Zürich (A5)	P	135	130	157	27
B4	– Massnahmenzentrum Uitikon (A5)	P	527	440	737	297
B5	– Vollzugszentrum Urdorf / (bis 2009)	P	196	–	–	–
B6	– Halbgefängenschaft Winterthur (A5)	P	96	85	103	18
B7	Kostendeckungsgrad Psychiatrisch-Psychologischer Dienst in % / (bis 2009)	P	26	–	–	–
B8	Geleistete Stunden Gemeinnützige Arbeit (A5)	P	78 380	80 000	84 652	4 652

Abweichungsbegründungen

W1	Übereinstimmend mit der Prognose hat sich die Anzahl Urlaube aus dem Strafvollzug stark rückläufig entwickelt. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass im Vollzugszentrum Bachtel (alt: Kolonie Ringwil) seit dem Beginn des Berichtsjahres Ersatzfreiheitsstrafen vollzogen und somit weniger urlaubsberechtigte Gefangene aufgenommen wurden.
(W2)	Korrektur Rechnungswert 2009. Alter Wert W2: 97,2)
W3	Im Berichtsjahr mussten zwei Ausbrüche von Gefangenen im Status des Strafvollzugs aus dem Gefängnis Horgen bzw. Affoltern a. A. verzeichnet werden. Eine flüchtige Person kehrte innerhalb einer Woche aus freien Stücken zurück, der andere Insasse konnte einen Monat später verhaftet werden.
W6	Die bedingten Entlassungen aus dem Strafvollzug verbleiben auf dem Stand des Vorjahres und somit rund ein Drittel unter dem budgetierten Wert. Neben der allgemein unter Prognose liegenden Entwicklung bei den Freiheitsstrafen wirkt sich bei diesem Indikator weiterhin der erhöhte Anteil teilbedingter Strafen, bei denen keine bedingte Entlassung möglich ist, aus.
(W8)	Korrektur Rechnungswert 2009. Alter Wert W8: 8)
L1+L2	Die Zahl der Aufenthaltstage über alle JuV-Institutionen hinweg hat im Vergleich zum Vorjahr zwar leicht zugenommen, die budgetierten Werte werden jedoch nicht erreicht. Insbesondere bei der Untersuchungs- und Sicherheitshaft ist der Anstieg bei den Aufenthaltstagen weniger stark als erwartet ausgefallen, während beim Strafvollzug trotz der Schliessung des Vollzugszentrums Urdorf auf Ende 2009 konstante Zahlen verzeichnet wurden.
L3	Aufgrund der verspäteten Eröffnung des neuen Gefängnisses Limmattal in Dietikon ist die durchschnittliche Belegung aller JuV-Institutionen höher als veranschlagt ausgefallen und weist mit knapp 98% einen hohen Wert auf.
L4	Aufgrund zusätzlicher psychiatrisch-psychologischer Behandlungen in der im September 2009 eröffneten Forensisch-Psychiatrischen Abteilung der Strafanstalt Pöschwies wird für diesen Leistungsindikator eine im budgetierten Rahmen liegende Zunahme ausgewiesen.
L6-L9	Während bei den Freiheitsstrafen und Ambulanten Massnahmen die Fallzahlen unter Budget liegen, haben die Stationären Massnahmen und die Fälle der Gemeinnützigen Arbeit über die Prognose hinausgehende Werte erreicht. Bei den Stationären Massnahmen haben namentlich solche im Zusammenhang mit psychischen Störungen (Art. 59 StGB) eine deutliche Zunahme gegenüber dem Vorjahr erfahren. Bei der Gemeinnützigen Arbeit hat eine überproportionale Zunahme gegen Ende des Berichtsjahres zu erhöhten Bestandeszahlen geführt.
B1-B6	Wirtschaftlichkeit: Neu werden (ab KEF 2011) die Kosten der Wirtschaftlichkeitsindikatoren «Kosten pro Aufenthaltstag» in Form aller erhobener Kosten dargestellt. Auf die bisherige Darstellung «Nettokosten pro Aufenthaltstag» wird verzichtet. Die Kennzahlen weisen dementsprechend deutlich höhere Werte auf als budgetiert.
B2	Werte für R 2009/B 2010 nach neuer Methodik: Fr. 254.36. Kostensteigerung bloss um +2%
B3	Werte für R 2009/B 2010 nach neuer Methodik: Fr. 145.65. Kostensteigerung um +7,5%. Die verzögerte Inbetriebnahme des Gefängnisses Limmattal trotz bereits laufender Strukturkosten erhöht entscheidend die Kosten.
B4	Werte für R 2009/B 2010 nach neuer Methodik: Fr. 662.33. Kostensteigerung um +10%. Der Um-/Neubau mit entsprechend schlechterer Auslastung sowie der durch die BD verfügte Baustopp verursachten höhere Kosten.
B6	Werte für R 2009/B 2010 nach neuer Methodik: Fr. 105.05. Kostenminderung um 2% infolge wesentlich besserer Auslastung
B8	Nach einem Rückgang im Jahr 2009 haben sich die geleisteten Arbeitsstunden bei der Gemeinnützigen Arbeit im Gleichschritt mit dem Anstieg der Fallzahlen wieder erhöht und die prognostizierten Werte in der Konsequenz noch leicht übertroffen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	3 882 554	-986 640	1 134 000	4 029 914	+147 360

Auflösung Rücklagen 2010

- davon Fr. 540 000 für temporär finanzierte Anstellungen
- davon Fr. 150 000 für Gesundheits-/Gemeinschaftsfördernde Massnahmen
- davon Fr. 120 000 für interne Führungsausbildung für Mitarbeitende
- davon Fr. 70 000 für Ausbildungsprogramm für Insassen
- davon Fr. 60 000 für Infrastruktur Bewährungs- und Vollzugsdienste und Gefängnisse
- davon Fr. 30 000 für Kadertage, Einführungstage für neue Mitarbeitende
- davon Fr. 16 640 für Diverses

Bildung von Rücklagen 2010

Der Saldo der Jahresrechnung unterschreitet erfreulicherweise den budgetierten Saldo leicht um Fr. 147 000. Durch die Verwendung bzw. Auflösung von Rücklagen von Fr. 987 000 wurden die Kosten zusätzlich deutlich belastet, sodass insgesamt bei der Jahresrechnung eine Budgetunterschreitung von rund Fr. 1 134 000 erzielt worden ist. Die Rücklagengelder wurden ausschliesslich für Ausgaben verwendet, die sonst über die Erfolgsrechnung finanziert worden wären. Gemäss § 17, Abs. 4 der Finanzcontrollingverordnung darf die Rücklagenverwendung den Budgetkredit überschreiten.

Exogene und endogene Faktoren:

Das Ergebnis der Jahresrechnung ist sowohl auf exogene als auch auf endogene Faktoren zurückzuführen.

Kostensparende, exogene Faktoren sind erkennbar in Form der verzögerten Inbetriebnahme des Gefängnisses Limmattal und in Form des verminderten Bedarfes an Betriebs- und Verbrauchsmaterial. Als kostentreibende, exogene Faktoren heben sich insbesondere die zunehmende Anzahl der Insassen mit sehr kostspieligen stationären Massnahmen (Klinikeinweisungen) hervor sowie die tieferen Beitragsleistungen der Krankenkassen (bloss Pflege- anstelle Spitaltaxe) am Massnahmenvollzug. Zusätzlich erhöhte der unbudgetierte Rückbau des Vollzugszentrums Urdorf die Kosten.

Endogen positiv wirkten sich im Speziellen die Sparmassnahmen beim Personal aus, die auf eine sehr umsichtige, äusserst kostenbewusste Handlungsweise der Führungspersonen zurückzuführen ist. Infolge der verzögerten Inbetriebnahme des Gefängnisses Limmattal wurden die bereits angestellten neuen Mitarbeitenden gezielt in andere Gefängnisse verlegt und leisteten dort Aushilfeleistungen. Dadurch konnten Neuanstellungen massiv verzögert werden und Überstunden abgebaut und krankheitsbedingte Ausfälle kompensiert werden. Die BVD sparte durch interne Personalverschiebungen deutlich an Neu- und Wiederbesetzungen von Stellen und konnte so deutlich den Personalaufwand im Vergleich zum Budget tief halten. Durch umfangreiche und umsichtige Eigenleistungen konnten beim Um- und Neubau sowie bei Renovationsarbeiten im MZU und in den GKZ deutlich Kosten eingespart werden, die sich auch in Form von Ertrag (aktivierte Eigenleistungen) in der Erfolgsrechnung positiv auswirkten. Ferner führte die strikte und systematische Organisation der Rückforderungen von Krankheitskosten bei den Krankenkassen, Versicherungen und Fürsorgebehörden zu einer deutlichen Kostenminderung.

2207 Gemeindeamt

Hauptereignisse

Der Regierungsrat genehmigte 35 Neufassungen und 23 Änderungen von politischen Gemeinde- und Schulgemeindeordnungen, 92 Neufassungen und 7 Änderungen von Zweckverbandsstatuten sowie die Gründung von zwei interkommunalen Anstalten und die Auflösung von vier Zweckverbänden. Ausserdem nahm er von der Vereinigung von zwei Primar- und einer Oberstufenschulgemeinde mit ihren politischen Gemeinden sowie von zwei Primar- und einer Oberstufenschulgemeinde zu einer neuen vereinigten Schulgemeinde Kenntnis. Weiter erfolgten Vorprüfungen von 10 Entwürfen für Gemeindeordnungen und 13 Entwürfen für Zweckverbandsstatuten.

Zur Fortbildung von Behördenmitgliedern und Verwaltungsmitarbeitenden im Bereich der Haushalts- und Rechnungsführung organisierte das Gemeindeamt 26 Kurse. Insgesamt nahmen 579 Personen daran teil. Im Wahljahr stiessen vor allem die 13 zweitägigen Grundlagenkurse und die Einführungen in die RPK-Tätigkeiten auf grosses Interesse. Für das neue Gemeindegesetz wurden mit internen und externen Arbeitsgruppen die haushaltsrechtlichen Bestimmungen erarbeitet.

Im Zusammenhang mit den neuen Bestimmungen des Bundesrechts zum legalen Aufenthalt als Ehevoraussetzung wurde die Zivilstandsverordnung angepasst und Rechtsgrundlagen für die Errichtung eines kantonalen Sonderzivilstandsamtes auf den 1. Januar 2011 geschaffen. Im Zivilstandswesen wurden rund 11 300 (+7%) aufsichtsrechtliche Entscheide gefällt, rund 1290 (+29%) Namensänderungsgesuche behandelt und 13 der 25 Zivilstandsämter inspiziert. Die Rückerfassung aller lebenden Personen aus den Familienregistern ins elektronische Personenstandsregister schreitet planmässig voran. Die umfangreichen Änderungen des Bundesrechts (ZGB und Zivilstandsverordnung) wurden den Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamten weitervermittelt. Unterstützend begleitet wurden bei den Informatikverantwortlichen der Gemeinden der Software-Release von Infostar, die Installation der Eidg. Visa-Applikation (EVA) und der Zugriff auf das Zentrale Migrationssystem (ZEMIS). Die letzten beiden Programme werden von den Zivilstandsämtern ab 1. Januar 2011 benötigt zur Abklärung, ob sich eine ausländische Person legal in der Schweiz aufhält.

Seit 2007 sank die Zahl der Gesuche um ordentliche Einbürgerungen und stabilisierte sich im abgelaufenen Jahr bei rund 4100 Gesuchen. Wegen der abnehmenden Gesuchszahlen aus früheren Jahren verminderte sich die Zahl der mit einem positiven Entscheid abgeschlossenen Verfahren gegenüber dem Vorjahr auf 4548 (-14%) und der damit eingebürgerten Personen auf 7678 (-21%). 3965 Gesuche sind pendent (-24%). Im Bereich der erleichterten Einbürgerungen bzw. Wiedereinbürgerungen wurden vom Bundesamt für Migration 2528 (+21%) Geschäfte zur Bearbeitung überwiesen, 2476 (-6%) Geschäfte wurden erledigt. 839 Geschäfte sind pendent (+7%).

Als Prüfungsorgan gemäss § 140 a des Gemeindegesetzes prüfte die Abteilung Revisionsdienste im Auftrag die Haushaltsführung von 131 Politischen Gemeinden, 46 Schulgemeinden und 28 Zweckverbänden. Ebenfalls revidierte sie die Rechnungen von verschiedenen Organisationen wie öffentlich-rechtlichen Anstalten, Stiftungen sowie reformierten und katholischen Kirchgemeinden. Neben den Prüfgegenständen gemäss der Verordnung über den Gemeindehaushalt führte sie Spezialrevisionen im Bereich des Krankenversicherungsgesetzes und neu der Familienzulagenabrechnung durch. Dazu kamen auch Prüfungen anlässlich von Amtsübergaben in der Finanzverwaltung oder im Steueramt.

Das Gemeindeamt hat den Gesetzesentwurf für ein neues Gemeindegesetz erarbeitet und war massgeblich an der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs für ein Einführungsgesetz zum Kinder- und Erwachsenenschutzrecht beteiligt. Der Regierungsrat hat beide Gesetzesentwürfe in die Vernehmlassung gegeben. Anlässlich des Gemeindeforums im Berichtsjahr konnten sich rund 600 Interessierte über wichtige Revisionspunkte des Vernehmlassungsentwurfs für ein neues Gemeindegesetz informieren. Weiter wurden die Arbeiten am neuen Bürgerrechtsgesetz abgeschlossen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das Gemeindeamt trägt durch Beratung, Aufsicht und Rechtsentwicklung in den Bereichen Gemeinderecht und Gemeindefinanzen zur rechtskonformen und zeitgemässen Aufgabenerfüllung in den Gemeinden bei.
A2	Das Gemeindeamt vollzieht den kantonalen Finanzausgleich. Seine finanziellen Auswirkungen werden in separaten Globalbudgets (2215, 2291 und 2292) publiziert.
A3	Das Gemeindeamt erbringt im Auftragsverhältnis Revisionsdienstleistungen für Gemeinden und gemeinderechtliche Organisationen.
A4	Das Gemeindeamt erfüllt die kantonalen Zivilstandsaufgaben. Es trägt durch Beratung, Aufsicht und Rechtsentwicklung zur rechtskonformen und zeitgemässen Aufgabenerfüllung durch die kommunalen Zivilstandsämter bei.
A5	Das Gemeindeamt nimmt die kantonalen Einbürgerungen vor. Es sorgt durch Beratung und Rechtsentwicklung für ein rechtskonformes und zeitgemässes Einbürgerungsverfahren.
A6	Das Gemeindeamt erfüllt die Aufgaben der kantonalen Aufsichtsbehörde 2. Instanz im Vormundschaftswesen.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Erlass des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht Planmässig	2011
E2	Erlass eines neuen Finanzausgleichsgesetzes (LZ 7.2) Abgeschlossen	2011
E3	Ausarbeitung eines neuen Gemeindegesetzes z. H. des Kantonsrates (LZ 7.1) Planmässig	2011
E4	Haushaltsführungs- und Rechnungslegungshandbuch erarbeiten Planmässig	2012
E5	Massnahmen zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen und zur Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden treffen (LZ 7.4) Sistiert	2012
E6	Verbessern der Datenlage über die Aufgabenerfüllung und deren Wirkung in den Gemeinden (Gemeindeporträt) Abgeschlossen Anstelle eines Gemeindeporträts wurde 2009 vom Regierungsrat der Gemeindebericht gemäss § 14a des Gemeindegesetzes verabschiedet.	2012
E7	Revision des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts Planmässig	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	7,1	6,6	7,2	0,6
Aufwand	–11,0	–11,8	–11,5	0,3
Saldo	–3,9	–5,2	–4,3	0,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	57,7	59,0	58,2	–0,8

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +0,2 Bei den Erträgen wurden die Ziele bei den Schulungen deutlich übertroffen (weitere Erklärungen vgl. Leistungsindikatoren Anzahl Kurs und –teilnehmende). Auch die Zivilstandsgebühren liegen mit Fr. 380 000 über den Vorgaben. Die ambitiös budgetierten Einbürgerungsgebühren konnten jedoch nicht erreicht werden und blieben unter den Erwartungen.
- +0,5 Interne Verrechnungen, die den Mehraufwand bei den internen Belastungen kompensieren.

Aufwand:

- +0,2 Endogen: Kosteneinsparungen bei der Personalrekrutierung (vgl. Rücklagenantrag)
Exogen: Der Stellenplan wurde unterschritten (Rotationsgewinn).
- +0,5 Weniger Sachaufwand; endogen: mehr Eigenleistungen bei Projekten und exogen: geringer Bedarf an externen Dienstleistungen (z. B. Kursadministration)
- 0,6 Mehraufwand bei den internen Verrechnungen, der durch amtsinterne Erträge ausgeglichen wird

Personal

Der budgetierte Personalbestand von 59 wurde infolge Rotationen unterschritten.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit Kursteilnehmende (A1, A4, A6)	min.	gut-sehr gut	gut-sehr gut	gut-sehr gut	-
W2	Anzahl Websitebenützigungen «www.gaz.zh.ch»	P	207 408	260 000	-	-
Leistungen						
L1	Anzahl Schulungstage für Behörden und Angeh. d. Kommunalverwaltung (A1, A4, A6)	P	25	29	54	25
L2	Teilnehmerzahlen Kurse und Schulungen (A1, A4, A6)	P	576	600	1 099	499
L3	Anzahl abgeschlossene Fälle im Zivilstandswesen und bei den Einbürgerungen (A4, A5)	P	20 552	21 150	20 472	-678
L4	Beantwortung telefonischer, juristischer Anfragen innert 24 Stunden (A1)	min.	91%	80%	94%	14%
L5	Verfahrensdauer bei Namensänderungen (in Monaten) (A4)	max.	1,9	2	1,2	0,8
L6	Bearbeitungszeit der ordentlichen Einbürgerungen (in Monaten) (ab 2010) (A5)	max.		12	15,4	3,4
L7	Bearbeitungszeit der erleichterten Einbürgerungen (in Monaten) (ab 2010) (A5)	max.		5	4,6	-0,4
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad Einbürgerungen (bis 2009)	P	233%	-	-	-
B2	Kostendeckungsgrad Revisionsdienste (A3)	P	103%	97%	97%	0
Abweichungsbegründungen						
W1, L1, L2	Sämtliche Indikatoren bei der Behördenschulung zeigen erfreuliche Ergebnisse: Wegen der hohen Nachfrage wurden mehr Kurse als budgetiert angeboten, und die hohen Teilnehmerzahlen bestätigen das Interesse an gezielten Fachschulungen. Auch die Teilnehmerzufriedenheit wurde sowohl bei den Gemeindefinanzen und beim Gemeinderecht als auch beim Zivilstandswesen mit «gut – bis sehr» bewertet.					
W2	Infolge der Neugestaltung der kantonalen Website (Relaunch ZHweb) steht zurzeit das Statistik-Auswertungstool nicht zur Verfügung. Somit können keine Aussagen zur Anzahl der Websitebesuche gemacht werden.					
L5	Bei den Namensänderungen konnte die durchschnittliche Bearbeitung unter den Vorgaben gehalten werden. Obwohl im Vergleich zum Vorjahr wesentlich mehr Namensänderungsgesuche behandelt und abgeschlossen worden sind (+29%), konnte die durchschnittliche Verfahrensdauer unter zwei Monate gesenkt werden.					
L6	Der neu im Kennzahlenportfolio geführte Indikator «durchschnittliche Bearbeitungszeit von Einbürgerungen» wurde erstmals aus Auswertungen der Geschäftskontrolle erhoben. Der Planwert wurde zu optimistisch geschätzt, was sich auch auf die Anzahl abgeschlossener Einbürgerungen auswirkte.					
L7	Bei den erleichterten Einbürgerungen hat sich die Schätzung der durchschnittlichen Bearbeitungszeit als realistisch erwiesen; liegt sie doch mit 4,6 Monaten unter der Vorgabe.					
B2	Wie budgetiert, resultierte beim Deckungsgrad der Revisionsdienste ein Aufwandüberschuss. Die gesetzlichen Änderungen hinsichtlich der Anforderungen an die Prüfung von Rechnungen von Gemeinden, Zweckverbänden und Anstalten fanden ihren Niederschlag im kurzfristig sinkenden Auftragsvolumen der Abteilung Revisionsdienste. Das Jahr war ein Übergangsjahr, in dem viele Offerten erstellt und neue Vereinbarungen abgeschlossen wurden. Die unsichere Situation bzgl. der Auftragslage wurde vermehrt für die Weiterbildung und Entwicklung der Revisionsprodukte genutzt.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	111760	91 460	120 000	140 300	28 540

Auflösung Rücklagen 2010

Mit den aufgelösten Rücklagen wurden insbesondere Mobiliaranschaffungen, Bürorenovationen und Personalanlässe finanziert.

Bildung von Rücklagen 2010

Die beantragten Rücklagen von Fr. 120 000 setzen sich aus zwei endogenen Aufwandminderungen zusammen:

- Einsparungen bei den Personalwerbekosten
Die Modernisierung bei der Personalrekrutierung (u. a. systematischer Einsatz des Internets) bewirkte einen deutlichen Minderaufwand bei den Inseratekosten.
- Weniger Expertenonorare
Die Reformarbeiten konnten grösstenteils durch Mitarbeitende im Gemeindeamt abgedeckt werden, was zu weniger Beraterleistungen führte.

2215 Finanz- und Lastenausgleich

Hauptereignisse

Es stellten 22 Gemeinden ein Gesuch um Zusicherung von Steuerfussausgleichsbeiträgen für das Jahr 2011. Nach Prüfung der Voranschläge und Verhandlungen mit Vertretern der Gemeinden wurde provisorisch ein Beitrag von 86,7 Mio. Franken (Vorjahr 81,1 Mio. Franken) zugesichert. Bei der endgültigen Festsetzung der Beiträge für 2009 aufgrund der Jahresrechnungen wurden 33,9 Mio. Franken zurückgefordert bzw. verrechnet. Die Abgeltung der Sonderlasten an die Stadt Zürich für die Bereiche Kultur, Polizei und Sozialhilfe betrug unverändert 103,3 Mio. Franken. Die grossen Kunstinstitute der Städte Zürich und Winterthur erhielten Beiträge in gleicher Höhe wie im Vorjahr.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vollzug und Entwicklung des Steuerfussausgleichs, Einlagen in den Investitionsfonds, Lastenausgleich an die Stadt Zürich in den Bereichen Ortspolizei, Kultur und Sozialhilfe
----	---

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Kantonalen Finanzausgleich revidieren (LZ RR 7.2) Planmässig	bis 2011
----	---	-------------

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	-138,6	-156,2	-157,5	-1,3
Steuerfussausgleichsbeiträge	-27,5	-45,9	-47,2	-1,3
Lastenabgeltung an Stadt Zürich	-103,3	-103,3	-103,3	0,0
Saldo	-138,6	-156,2	-157,5	-1,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	0,0	0,0	0,0	

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Rückerstattungen werden als Aufwandminderungen gebucht.

Aufwand:

- 1,2 Die Rückerstattungen von zugesicherten Steuerfussausgleichsbeiträgen hängen im Wesentlichen von den Rechnungsergebnissen der Empfängergerneinden ab. Die Rechnungsergebnisse 2009 fielen ein wenig schlechter aus als angenommen, was zu etwas tieferen Rückerstattungen führte.
- 0,1 Bei den Zusicherungen musste gegenüber der Erwartung eine leichte Erhöhung in Kauf genommen werden.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen					
W1 Akzeptanz von Empfehlungen und Entscheidungen / Ergreifung von Rechtsmitteln	max.	0,9%	< 3%	4,95%	-
W2 Aufhebung / Rückweisung von Entscheiden	max.	0%	< 1%	0	-
W3 Lastenabgeltung für die Stadt Zürich (Ortspolizei, Kultur und Sozialhilfe)	P	erfüllt	erfüllt	erfüllt	-
Leistungen					
L1 Steuerfussausgleich (Anträge)	P	22	32	22	-10
L2 Lastenausgleich Zürich (Verfügung)	P	2	1	1	0
Abweichungsbegründungen					
W1	Die Ergreifung von Rechtsmitteln durch die Gemeinden soll unter 3% der Anzahl ausgestellter Verfügungen liegen. Gegen die im Berichtsjahr ausgestellten 222 Verfügungen wurden 11 Rechtsmittel ergriffen.				
W2	Ausgestellte Verfügungen: 170 Steuerkraftausgleichsverfügungen 2010, 8 nachträgliche Kürzungen Steuerkraftausgleich 2008, 22 Steuerfussausgleichszusicherungen für 2011, 21 Kürzungen Steuerfussausgleichsbeiträge 2009, 1 Lastenausgleich Stadt Zürich. Bei der Kennzahl Aufhebung / Rückweisung von Entscheiden sind 5 Einsprachen, 5 Rekurse und 1 Beschwerde pendent.				
W3	Die Lastenabgeltung für die Bereiche Kultur, Polizei und Sozialhilfe leistet einen Beitrag für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt der Stadt Zürich. Der Beitrag an die Sonderlasten für das Berichtsjahr betrug Fr. 103 280 000 (Kultur Fr. 25 549 000, Sozialhilfe Fr. 28 313 000, Polizei Fr. 49 418 000) gemäss Verfügung vom 20. Juli.				
L1	Die nach wie vor guten bis sehr guten Steuererträge bei den Gemeinden führten zu weniger Anträgen um Steuerfussausgleich. Im Vergleich zum Vorjahr blieb die Anzahl gesuchstellender Gemeinden konstant bei 22.				
L2	Mit Verfügung vom 20. Juli legte das Gemeindeamt die Sonderlastenabgeltung für das Berichtsjahr fest.				

2221 Handelsregisteramt

Hauptereignisse

Das Berichtsjahr war – wie bereits das Vorjahr – geprägt von der Umsetzung der am 1. Januar 2008 in Kraft getretenen Bestimmungen des GmbH- und Revisionsrechts. Nach Reduktion der Pendenzen zeigte sich, dass Mitte des Berichtsjahres immer noch 7500 Rechtseinheiten (GmbH, Stiftungen und Genossenschaften) weder den Verzicht auf die eingeschränkte Revision erklärt noch eine Revisionsstelle gewählt hatten. Sukzessive wurden daher zeitlich aufwendige amtliche Verfahren eingeleitet mit dem Ziel der Herstellung des gesetzmässigen Zustandes oder nötigenfalls der Einleitung entsprechender gerichtlicher Verfahren. Diese amtlichen Verfahren werden voraussichtlich noch das ganze Jahr 2011 beanspruchen.

Gegen Ende des Berichtsjahres wurde ferner der Pilotbetrieb betreffend digitale Signatur in die Wege geleitet, sodass zunächst Handelsregisterauszüge als auch später weitere Dokumente wie Vorprüfungsbescheide usw. digital unterzeichnet und so rechtsgültig auf elektronischem Wege rasch und kostengünstig verschickt werden können.

Im Handelsregisteramt Kanton Zürich eingetragene Unternehmen 2010

Bezeichnung	Bestand per 31.12.2009	Bestand per 31.12.2010
Einzelunternehmen	26 139	26 405
Kollektivgesellschaften	2 385	2 345
Kommanditgesellschaften	610	600
Aktiengesellschaften	30 565	30 897
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	22 447	23 710
Genossenschaften	1 340	1 308
Vereine	1 394	1 463
Stiftungen	3 427	3 369
Zweigniederlassungen mit Hauptsitz Schweiz	1 174	1 223
Zweigniederlassungen mit Hauptsitz im Ausland	685	689
Andere Rechtsformen	35	41
Total	90 201	92 050

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das Handelsregister dient der Konstituierung und der Identifikation von Rechtseinheiten. Es bezweckt die Erfassung und Offenlegung rechtlich bedeutsamer Tatsachen und gewährleistet die Rechtssicherheit sowie den Schutz Dritter im Rahmen zwingender Vorschriften des Zivilrechts (Art. 1 Handelsregisterverordnung).
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Aktuell nachgeführtes und wahres Register Planmässig	bis 2013
----	---	-------------

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	15,7	13,1	13,8	0,7
Aufwand	-10,9	-10,8	-10,6	0,2
Saldo	4,8	2,3	3,2	0,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	57,6	57,5	56,9	-0,6

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +0,7 Gegenüber der Rechnung 2009 ist der Ertrag erwartungsgemäss zurückgegangen. Insbesondere Verfahren im Zusammenhang mit Bestimmungen des Revisionsrechts und amtliche Verfahren haben jedoch dazu geführt, dass für das Berichtsjahr nochmals ein über dem Budget liegender Mehrertrag ausgeführt werden konnte.

Aufwand:

- +0,3 Der geringere Aufwand ergibt sich im Wesentlichen aus tieferen Personalkosten sowie höheren Rückerstattungen.
- 0,1 Höhere Abgaben an Bund aufgrund des Mehrertrags

Saldo:

- Sowohl Mehrerträge als auch Minderaufwendungen führen zu einem verbesserten Saldo.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen	min.	0%	0%	0%	-
W2	Periodische Kundenumfrage bezüglich Zufriedenheit, 3-jährlich Gesamtwertung	min.	-	-		
W3	Revisionsbericht EHRA	min.	-	gut	gut	-
W4	Kundenbefragung: Jur. Korrektheit, Beratungsqualität	min.	-	-		
Leistungen						
L1	Anzahl zu bewirtschaftende Gesellschaften	P	280 860	286 000	288 233	2 233
L2	Anzahl Rechtsauskünfte	P	30 170	24 000	26 780	2 780
L3	Anzahl Eintragungen ins Tagesregister	P	50 907	40 000	45 608	5 608
L4	Anzahl Registerauskünfte	P	71 485	59 500	68 055	8 555
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckung Leistungsgruppe Handelsregisteramt	P	144%	121%	131%	10%
Abweichungsbegründungen						
W1	Wegen der hohen Geschäftszahl musste die «Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen» ausgesetzt werden. Indirekt wird eine Aktualisierung des Registers durch die zahlreichen zusätzlichen Verfahren (Opting-Out usw.) erreicht.					
L1	Die Anzahl der zu bewirtschaftenden Gesellschaften nimmt kontinuierlich zu.					
L3	Zahlreiche Gesellschaften haben auch im Berichtsjahr noch von der Möglichkeit des Verzichts auf die eingeschränkte Revision Gebrauch gemacht. Dies wie auch die Einleitung amtlicher Verfahren im Zusammenhang mit Organisationsmängeln haben zu einer gegenüber dem Budget 2010 erhöhten Anzahl von Eintragungen ins Tagesregister geführt.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	323 737	0	0	323 737	

Auflösung Rücklagen 2010

- keine Auflösung

Bildung von Rücklagen 2010

Das Handelsregisteramt beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2010.

2223 Statistisches Amt

Hauptereignisse

Da in der heutigen Gesellschaft der Wunsch nach online verfügbaren Informationen stetig zunimmt, hat das Statistische Amt im Berichtsjahr das Angebot an statistischen Informationen auf der Website www.statistik.zh.ch wiederum erhöht. So wurde neu die interaktive Applikation «Armutsrechner» aufgeschaltet. Diese ermöglicht der Benutzerin oder dem Benutzer aufgrund individueller Angaben festzustellen, ob eine Person von Armut betroffen ist. Ebenfalls auf dieser Website wurden 23 statistische Analysen über verschiedene Themenbereiche veröffentlicht.

Im Berichtsjahr wurde erstmals eine auf Register beruhende Volkszählung durchgeführt. Bei der Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen übernahm das Statistische Amt die Koordination der Harmonisierung der 171 Einwohnerregister im Kanton Zürich und die Einführung von amtlichen Wohnungsnummern.

An vier Wochenenden wurden die Volksabstimmungen über insgesamt sieben eidgenössische und vier kantonale Vorlagen durchgeführt. Dabei konnten die Stimmberechtigten von elf Gemeinden, zwei Kreisen der Stadt Zürich und einem Kreis der Stadt Winterthur die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe nutzen. Wie üblich wurden jeweils kurze Zeit nach Urnenschliessung erste Zwischenergebnisse und Hochrechnungen publiziert. Im Weiteren ist bei sechs Volksinitiativen und drei Volksreferenden das Zustandekommen (erforderliche Anzahl gültiger Unterschriften) geprüft worden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellung der statistischen Grundversorgung im Kanton Zürich in angemessen guter Qualität
A2	Anbieten von ergänzenden Statistikdienstleistungen für kantonale und kommunale Verwaltungsstellen, die Wirtschaft und für Private
A3	Organisation von kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen sowie Prüfung von Initiativen und Referenden

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes Planmässig	2011
E2	Ausbau der Nutzung von Register- und Stichprobenerhebungen u. a. für die Volkszählung 2010 Planmässig	2013
E3	Ausbau des Statistikangebots auf dem Internet Planmässig Die Datenbestände werden laufend aktualisiert und mit einem kontinuierlichen Ausbau werden zusätzliche Bedürfnisse soweit möglich abgedeckt.	2013
E4	Konsolidierung des E-Votings Planmässig	2012

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,9	0,5	0,6	0,1
Aufwand	–6,9	–10,2	–8,2	2,0
Kreditübertragungen aus 2009		–1,3		
Saldo	–6,0	–9,7	–7,6	2,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		–0,5	–0,2	0,3
Saldo		–0,5	–0,2	0,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	29,4	31,0	28,3	–2,7

Erfolgsrechnung

Ertrag:

+0,1 Mit der erfolgreichen Ausführung einer grossen Anzahl Dienstleistungsaufträge konnte das Total der budgetierten Erträge übertroffen werden.

Aufwand:

+0,3 Die Personalkosten liegen aufgrund der teilweisen Nichtbesetzung von Stellen sowie der Gewährung von unbesoldetem Urlaub unter dem Budget.

+0,9 Da der Abschluss des Projektes Registerharmonisierung mit Einführung einer amtlichen Wohnungsnummer erst im Jahr 2011 erfolgt, wurden über 0,9 Mio. Franken des für das Berichtsjahr budgetierten Betrages und des aus dem Vorjahr übertragenen Kredits nicht beansprucht. Für diesen Betrag wurde wiederum eine Kreditübertragung beantragt.

+0,8 Der übrige Sachaufwand und die internen Verrechnungen liegen aufgrund von Einsparungen und einer unter den Erwartungen liegenden Kostensteigerung bei Drucksachen, Dienstleistungen und Informatiknutzung unter dem Budget.

Saldo:

Die Rechnung 2010 schliesst bei Berücksichtigung der Kreditübertragungen aus dem Vorjahr von 1,3 Mio. Franken um 2,2 Mio. Franken unter dem Globalkredit ab.

Investitionsrechnung

+0,3 Die geplanten Investitionen in die IT-Systeme für Wahlen und Abstimmungen sowie für die Anwendung von E-Voting wurden nur teilweise umgesetzt.

Personal

Zeitweise waren nicht alle Stellen besetzt. Zusätzlich wurde auch unbesoldeter Urlaub gewährt.

Indikatoren						
	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Bedürfnisorientierte Veröffentlichungen: Anzahl Berichte in der Presse über statistische Analysen (A1)	P	73	>80	84	4
W2	Bedürfnisorientierte Veröffentlichungen: Anzahl Anwendungen auf Homepage (A1)	P	789 299	>700 000	803 072	103 072
W3	Positive Beurteilung der Publikationen durch Nutzer (Anteil zufriedener Kunden) (A1)	P	98%	>90%	-	-
W4	Kundenorientierung des Auskunftsdienstes: Rangfolge unter sieben vergleichbaren Ämtern (A1)	P	-	<4	-	-
W5	Zufriedenheitsgrad bei Wahlen u. Abstimmungen der beteiligten Instanzen (in %) (A3)	P	92%	>80%	-	-
Leistungen						
L1	Anzahl geführte Statistiken (A1)	P	27	27	27	0
L2	Anzahl Statistikanfragen an Data Shop (A1)	P	2 439	>2 000	2 147	147
L3	Anzahl Veröffentlichungen von vertieften statistischen Analysen (A1)	min.	24	>26	24	-2
L4	Anzahl Verkäufe statistisches Jahrbuch	P	421	>500	393	-107
L5	Anzahl kundenspezifische Dienstleistungen mit Honorar > Fr. 500 je Fall (A2)	min.	92	>50	76	26
L6	Anzahl durchgeführte Wahlen und Abstimmungswochenenden (A3)	P	5	4	4	0
L7	Rasche Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse auf Kantonsebene (in Min. nach Eintreffen des letzten Gemeindeergebnisses) (A3)	max.	4	<15	3	12
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad kundenspezifische Dienstleistungen (variable Kosten) (A2)	P	-	100%	-	-
Abweichungsbegründungen						
W3–W5	Im Berichtsjahr wurden keine Befragungen durchgeführt.					
L2+L4	Aufgrund des kontinuierlich erweiterten Angebots von statistischen Informationen auf der Homepage sind die Anzahl kleiner Anfragen und der Verkauf von Jahrbüchern weiterhin rückläufig.					
B1	Der Kostendeckungsgrad konnte aufgrund struktureller und technischer Voraussetzungen nicht berechnet werden.					
Rücklagen						
	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand	
Rücklagen	164 393	18 090	22 000	168 303	3 910	

Auflösung Rücklagen 2010

- Die Auflösung erfolgte zugunsten des Personals (Personalanlässe usw.).

Bildung von Rücklagen 2010

Dank effizienten Einsatzes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnte eine grosse Anzahl von Dienstleistungen für einen breiten Kundenkreis erbracht werden. Der budgetierte Ertrag konnte um über Fr. 120 000 übertroffen werden.

Bemerkenswert ist, dass neben dem Mehrertrag auch die gesamten Leistungen des Statistischen Amtes erbracht wurden, obwohl zeitweise nicht alle Stellen besetzt waren. Die Personalkosten liegen vor allem deshalb um über Fr. 300 000 unter dem budgetierten Betrag.

Gesamthaft wurde das Rechnungsergebnis durch endogen bewirkte Faktoren um rund Fr. 500 000 verbessert.

2224 Staatsarchiv

Hauptereignisse

Das «Going public» des Staatsarchivs wurde mit unverminderter Energie fortgesetzt. Als Schwerpunkte sind zu nennen:

- Überlieferungsbildung: Beteiligung an der Ablösung des Rechtsinformationssystems RIS und anderer Applikationen, Übernahme von elektronischen Altdaten, Definition von Geschäftsregeln für die neuen Systeme
- Aktenschliessung: Aufbereitung der bestehenden Findmittel für die Online-Publikation, Fortsetzung des Abbaus der Zwischenarchivbestände und Restanzen (insgesamt zehn Laufkilometer Akten)
- Individuelle Kundendienste: Erarbeitung eines neuen Web-Auftritts, Fortsetzung der Online-Schaltung der bestehenden Archivverzeichnisse, Aufschaltung des Suchportals Archives Online
- Beständeerhaltung: Fortsetzung des Projekts Aufbereitung Karten und Pläne, Beginn der konservatorischen Aufbereitung der Bestände A und E I, Weiterführung des Aufbaus Kompetenzzentrum Audiovisuelle Medien
- Editionsprojekte: Fortsetzung des Projekts Transkription und Digitalisierung der Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse, Beginn des Projekts elektronische Rechtsquellen-Edition Zürich

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Überlieferungsbildung: Gewährleistung einer authentischen Überlieferung gemäss archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten
A2	Aktenschliessung: Erschliessung der unbearbeiteten Unterlagen unter Berücksichtigung der Kundeninteressen
A3	Individuelle Kundendienste: Gewährleistung einer möglichst weit gehenden Benutzbarkeit der Archivbestände durch die Öffentlichkeit
A4	Beständeerhaltung: Gewährleistung der dauernden Lesbarkeit aller Unterlagen durch konservatorische und restauratorische Massnahmen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Überlieferungsbildung: 1 Aktenführung in der Verwaltung (Records Management) / 2 Langzeitarchivierung elektronischer Akten, Verwaltungskataster, Rahmenvereinbarungen Planmässig	2013
E2	Aktenschliessung: 1 Aktenschliessung Akten 20./21. Jh. / 2 Abbau Restanzen Zwischenarchiv Verzögert Fehlende Ressourcen	2013
E3	Individuelle Kundendienste/Marketing: 1 Aufbau Plattform für historische Forschungsprojekte / 2 Integrierte elektronische Benutzerführung Planmässig	2013
E4	Beständeerhaltung: 1 Konservierung Akten 19./20. Jh. / 2 Aufbau Kompetenzzentrum Konservierung / Restaurierung moderne Medien Verzögert Fehlende Ressourcen	2013

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,2	1,2	0,7	-0,6
Aufwand	-7,3	-8,3	-7,7	0,6
Saldo	-7,1	-7,1	-7,0	0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,1	-0,3	-0,3	0,0
Saldo	-0,1	-0,3	-0,3	0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	32,4	44,0	40,0	-4,0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

-0,6 Auf der Ertragsseite wird eine negative Abweichung von Fr. 565 000 verzeichnet. Diese Abweichung ist im Umfang von Fr. 611 000 auf den späteren Projektstart «Elektronische Rechtsquellen-Edition Zürich» (eRQZH) und den geringeren Mittelbedarf für das Projekt «Transkription und Digitalisierung der Kantonsratsprotokolle und der Regierungsratsbeschlüsse» (TKR) zurückzuführen, dafür konnten für Fr. 46 000 nicht budgetierte Bundessubventionen für Kulturgüterschutz verbucht werden.

Aufwand:

+0,6 Der Aufwand der Rechnung 2010 ist gegenüber dem Budget 2010 um Fr. 619 000 kleiner. Infolge späteren Projektstarts eRQZH und geringerem Mittelbedarf Projekt TKR fielen Fr. 400 000 weniger Personalkosten an. Für Dienstleistungen Dritter wurden Fr. 200 000 und für interne Verrechnungen und Abschreibungen Fr. 19 000 weniger ausgegeben.

Saldo:

Die Rechnung 2010 schliesst im Vergleich zum Budget 2010 mit einer positiven Abweichung von Fr. 55 000 ab.

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung 2010 entspricht mit einem Aufwand von Fr. 320 000 dem Budget 2010 (Ersatz Archivgestelle).

Personal

Die Abweichung im Beschäftigungsumfang der Rechnung 2010 gegenüber dem Budget 2010 ist zurückzuführen auf projektbezogene Stellen ausserhalb des Stellenplans, in der Hauptsache auf den späteren Start des Projektes eRQZH.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Gesamtzufriedenheit der Kunden (alle Segmente ausser Ämter mit den Leistungen des Staatsarchivs (Umfrage alle 2 Jahre)	min.	90%	0	-	-
W2	Gesamtzufriedenheit Kundensegment Ämter mit den Leistungen des Staatsarchivs (Umfrage alle 3 Jahre)	min.	-	-	-	-
W3	Anzahl erreichte potenzielle Leser: 100 000	min.	erfüllt	100 000	2,5 Mio.	2,4 Mio.
W4	Anzahl Internetbenützigungen: 150 000	min.	erfüllt	150 000	131 000	-19 000
Leistungen						
L1	Anzahl Ablieferungen (A1)	min.	126	80	131	51
L2	Anzahl Ablieferungsvereinbarungen (A1)	min.	56	50	58	8
L3	Abgelieferte Mengen in Laufmetern (A1)	min.	920	700	662	-38
L4	Neuzugänge innerhalb eines Jahres auf Endarchiv-Niveau erfasst (Laufmeter) (bis 2009) (A2)	P	51%	-	-	-
L5	Abbau Restanzen Zwischenarchiv (Laufmeter) (nur 2009) (A2)	P	51%	-	-	-
L6	Anzahl Besucher/innen und schriftliche Anfragen (A3)	min.	2 195	1 600	1 895	295
L7	Schriftliche Anfragen sind innert 3 Wochen beantwortet (A3)	min.	95%	95%	95%	0
L8	Anzahl katalogisierte Neueingänge (A3)	min.	2 243	1 500	2 222	722
L9	Anzahl Konservierungsschachteln (A4)	min.	243	200	694	494
L10	Anzahl erstellte Mikrofilmaufnahmen (A4)	min.	125 900	400 000	19 227	-380 773
L11	Anzahl Aufsicht / Fachberatungen für Gemeinden / Zweckverbände	min.	50	20	30	10
L12	Der Umfang der auf Endarchiv-Niveau erschlossenen Unterlagen entspricht demjenigen der im Vorjahr abgelieferten Unterlagen plus 400 Lfm. Akten aus dem Zwischenarchiv (ab 2010, Ersatz L4, L5) (A2).	P		100%	74%	-26%
Abweichungsbegründungen						
W3	Der Indikator «Anzahl erreichte potenzielle Leser» war mit 2,5 Mio. auch im Berichtsjahr erneut viel höher als geplant. Diese Medienpräsenz ist u. a. auf die Aufschaltung von Archives Online zurückzuführen.					
L1	Die Abteilung Überlieferungsbildung hat insbesondere aufgrund von Kleinstablieferungen 131 anstelle der 80 geplanten Ablieferungen entgegengenommen.					
L9	Im Bereich der Beständeerhaltung konnten im Berichtsjahr infolge Personalaufstockung 694 anstelle der 200 Konservierungsschachteln angelegt werden.					
L10	Die ursprünglich für die Mikroverfilmung geplanten Ressourcen blieben auch im Berichtsjahr aufgrund eines Strategiewechsels in der Beständeerhaltung vermindert.					
L12	Im Bereich Aktenerschliessung wurde das Ziel von 100% infolge noch fehlender Personalressourcen im Berichtsjahr mit 74% nicht erreicht.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	243 973	0	0	243 973	0

Auflösung Rücklagen 2010

– keine

Bildung von Rücklagen 2010

Das Staatsarchiv beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2010.

2225 Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen

Hauptereignisse

Unter der Aufsicht des BVS stehen 1126 (Vorjahr: 1231) Personalvorsorgeeinrichtungen einschliesslich 485 (552) Wohlfahrtsfonds und reine Finanzierungsstiftungen mit Sitz im Kanton Zürich oder Schaffhausen, wobei die Einrichtungen mit reglementarischer Vorsorge Gesamtaktiven von 147,940 (134,873) Mrd. Franken verwalten [die Mittel der BVK im Umfang von 20,5 (18,4) Mrd. Franken nicht eingerechnet]. Dazu kommen noch 618 (616) klassische Stiftungen mit Sitz im Kanton Zürich mit Gesamtaktiven von rund 4,0 (3,8) Mrd. Franken, 3 (2) Anlagestiftungen mit 11,8 (9,5) Mrd. Franken sowie 7 (4) Freizügigkeitsstiftungen und Stiftungen der Dritten Säule mit 8,3 (7,5) Mrd. Franken Bruttovermögen. Am Jahresende umfassten die Register für die berufliche Vorsorge 456 (472) zur Durchführung des Obligatoriums registrierte Vorsorgeeinrichtungen.

Aufgrund der Jahresrechnungen 2009 sieht der finanzielle Zustand der beaufsichtigten Einrichtungen mit reglementarischer Vorsorge mit Sitz im Kanton wie folgt aus: 9,39% (32,52%) der vom Amt beaufsichtigten Vorsorgeeinrichtungen mit Sitz im Kanton Zürich, die dem Freizügigkeitsgesetz (FZG) unterstehen, wiesen Ende 2009 eine Unterdeckung auf [einschliesslich Schaffhauser Einrichtungen 9,52%]. Der durchschnittliche Deckungsgrad dieser Vorsorgeeinrichtungen betrug 93,99% (93,24%) [einschliesslich Schaffhauser Einrichtungen 94,10%].

Die Rechtserlasse der beaufsichtigten Einrichtungen (insbesondere die Reglemente) werden laufend gestützt auf die sich ändernden tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen Teilrevisionen unterzogen, die aufsichtsrechtlich zu prüfen sind. Insgesamt erliess das BVS 629 (606) beschwerdefähige Verfügungen, davon 296 (243) Genehmigungen von Teilliquidationsreglementen. Die anderen Verfügungen betrafen zur Hauptsache aufsichtsrechtliche Genehmigungen (Urkundenänderungen, Fusionen, Verteilungspläne bei Gesamtliquidationen und Ähnliches).

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Wahrnehmung der Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und über die klassischen Stiftungen
A2	Wahrnehmung der Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge des Kantons Schaffhausen (ab 1. Januar 2007)
A3	Das BVS prüft als Aufsichtsorgan Pensionskassen und Stiftungen. Neben der Prüfung und Genehmigung von Bestimmungen und/oder Massnahmen gehören dazu auch die Kontrolle der Berichterstattungen der Einrichtungen und Rechtsmittelentscheide.
A4	Informations- und Beratungstätigkeit

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Übernahme Sammeleinrichtungen vom BSV aufgrund Strukturreform Verzögert Das Parlament hat die Strukturreform auf den 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt. Den Kantonen wurde für die Übernahme eine Übergangsfrist von drei Jahren gewährt.	2012
E2	Bearbeitung von Unterdeckungs- und Sanierungsfällen bei den Vorsorgeeinrichtungen Planmässig Die finanzielle Lage der Vorsorgeeinrichtungen hat sich verbessert.	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2009

B 2010

R 2010

Abweichung
von B 2010

	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3,6	3,7	3,7	-0,0
Aufwand	-3,4	-3,7	-3,5	0,1
Saldo	0,2	0,1	0,2	0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,1			
Saldo	-0,1			
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	17,9	18,9	18,5	-0,4

Erfolgsrechnung

+0,1 Einsparung beim Personalaufwand aufgrund temporärer Vakanzen, Minderkosten für die Durchführung von externen Kursen

Personal

Temporäre Vakanzen

Indikatoren					
	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen					
W1	Zufriedenheit Teilnehmer mit BVS-Weiterbildungsveranstaltungen (A4)	min. gut-sehr gut	gut	gut	-
W2	Aufhebung/Rückweisung aufsichtsrechtlicher Entscheide der Rechtsmittelinstanz (A1/A2)	max. 0,16%	5%	0%	-5%
W3	Zufriedenheit der beaufsichtigten Vorsorgeeinrichtungen mit der Amtstätigkeit (A1-A4)	min. gut	n. q.	n. q.	-
W4	Anzahl Unterdeckungsfälle mit Problemen im Verhältnis zu den gesamten Unterdeckungsfällen (bis 2010)	max. 0,45%	10%	1,6%	-8,4%
Leistungen					
L1	Lückenlose Erfassung aller zu beaufsichtigenden Vorsorgeeinrichtungen: vollständige Erfassung (bis 2012) (A1/A2)	P 100%	100%	100%	0
L2	Verfahrensdauer für spruchreife Rechtsgeschäfte: Verfahrensdauer (in Monaten) (A3)	max. 6	6	6	0
L3	Anzahl durchgeführter Informationstage zur beruflichen Vorsorge (A4) (ab 2010)	min. -	4	4	0
L4	Anzahl durchgeführter Informationsveranstaltungen für klassische Stiftungen (A4) (ab 2010)	min. -	0	0	0
Wirtschaftlichkeit					
B1	Kostendeckungsgrad: PK- und Stiftungs-Aufsicht (A1-A4)	P 105%	102%	105%	3%
Abweichungsbegründung					
Die Indikatorenwerte wurden alle erreicht. Die positive Abweichung beim Kostendeckungsgrad von 3% ergibt sich aus Einsparungen beim Aufwand, vor allem im Personalbereich.					
W3	Eine Befragung findet nur alle zwei Jahre statt.				

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	5 350	-5 350	44 000	44 000	38 650

Auflösung Rücklagen 2010

- für Personalaufwendungen

Bildung von Rücklagen 2010

Die Rechnung schliesst mit einem gegenüber dem Budget positiven Saldo ab. Die Verbesserung ergibt sich aus temporären Vakanzen beim Personal, was nur teilweise mit externen Dienstleistern kompensiert wurde. Dies führte zur Mehrbelastung des bestehenden Personals. Sparanstrengungen beim übrigen Sachaufwand führten ebenfalls zur Budgetunterschreitung.

2232 Fachstelle Opferhilfe

Hauptereignisse

In Workshops wurden verschiedene Arbeitshilfen zur Bemessung der opferhilferechtlichen Genugtuung nach dem revidierten Opferhilfegesetz entwickelt. Weiter hat sich die Kantonale Opferhilfestelle mit der im revidierten Opferhilfegesetz neu eingeführten interkantonalen Abgeltung auseinandergesetzt und massgeblich bei den entsprechenden Fachempfehlungen der Schweizerischen Verbindungsstellenkonferenz OHG (SVK OHG) mitgewirkt.

Als Aufsichtsstelle über die Opferberatungsstellen hat sich die Kantonale Opferhilfestelle intensiv mit der Stellung des Opfers im Strafverfahren nach der Schweizerischen Strafprozessordnung beschäftigt (in Kraft seit 1. Januar 2011). Erarbeitet wurde ein 20-seitiges Merkblatt zur Stellung des Opfers im Strafverfahren. Das Merkblatt richtet sich vorab an Opferberatungsstellen, zu deren Aufgabe auch die Information des Opfers über seine Rechte im Strafverfahren gehört. Im Hinblick auf das Inkrafttreten der Schweizerischen Strafprozessordnung wurden sämtliche Richtlinien und Merkblätter sowie die Informationsbroschüre und die Inhalte der Website der Kantonalen Opferhilfestelle überarbeitet und angepasst. Die Richtlinien zur Schweigepflicht der Beratungsstellen wurden ergänzt mit Ausführungen zur ausnahmsweisen Zeugnispflicht der Opferberatungsstellen im Strafverfahren.

Auch im Berichtsjahr hat die Kantonale Opferhilfestelle wieder in zahlreichen interkantonalen und innerkantonalen Gremien und Arbeitsgruppen mitgewirkt. Im Bereich Frauenhandel hat sie sich im Rahmen ihrer Vertretung der SVK-OHG im Steuerungsorgan der Koordinationsstelle für Menschenhandel und Menschenschmuggel zu Fragen der Organisation der Beratung von Opfern von Menschenhandel engagiert.

Im Rahmen eines Pilotprojekts wurde mit dem Regierungscontrolling ein Wirkungsmodell erarbeitet. Anhand des Wirkungsmodells wurden sämtliche Indikatoren der Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplanung (KEF) der eigenen Leistungsgruppe überprüft und zum Teil neu definiert. Intern wurden Aufgaben und Kompetenzen von Mitarbeiterinnen teilweise neu geregelt. Gestützt auf § 15 JIOV wurden sämtliche Regelungen zur Unterstellung, den Aufgaben und Kompetenzen sowie zur Stellvertretung im Rahmen einer Organisationsordnung zusammengefasst.

Im Berichtsjahr wurden an Opfer und Angehörige insgesamt finanzielle Leistungen in der Höhe von Fr. 4 882 800 erbracht. Allein die Genugtuungszahlungen betragen Fr. 2 174 000. Die neun anerkannten Opferberatungsstellen erhielten Staatsbeiträge in der Höhe von Fr. 4 893 765.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Beurteilung von Gesuchen von Opfern um finanzielle Hilfe
A2	Administrative Aufsicht über Beratungsstellen, Finanzierung der Beratungsstellen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Senkung der durchschnittlichen Dauer von Opferhilfeverfahren Planmässig	bis 2012
E2	Transparente und leistungsorientierte Finanzierung der Beratungsstellen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung Planmässig	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,4	0,4	0,4	0,0
Aufwand	-10,5	-9,5	-11,6	-2,1
Saldo	-10,1	-9,1	-11,2	-2,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	6,7	7,1	7,0	-0,1

Erfolgsrechnung

Aufwand:

-2,1 Der Mehraufwand ist auf die höheren, nicht beeinflussbaren direkten Leistungen an Opfer, gestützt auf das Opferhilfegesetz, zurückzuführen. Der Kantonsratsbeschluss 201/10 (Haushaltsvollzug 2010) konnte nicht eingehalten werden.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen					
W1	Zufriedenheit der Beratungsstellen mit der administrativen Aufsicht (einschliesslich Finanzierung) und mit der Beurteilung der mithilfe von ihnen eingereichten Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe (messbar mittels Umfragen) (A2)	min.	gut	-	-
W2	Anteil vom Sozialversicherungsgericht gutgeheissener Beschwerden gegen im Rechnungsjahr erlassene Entscheide der Opferhilfestelle (A1)	max.	10%	5%	5%
					0
Leistungen					
L1	Anzahl der beurteilten Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe (A1)	P	579	510	691
					181
L2	Anzahl der beurteilten Gesuche von Beratungsstellen (A2)	P	20	25	0
					-25
L3	Anzahl der Pendenzen (spruchreife und nicht spruchreife Opferhilfegesuche) ohne sistierte Verfahren (A1)	max.	113	280	49
					-231
L4	Durchschnittliche Dauer eines Opferhilfeverfahrens (ohne Dauer allfälliger Sistierung) (A1)	max.	3,1	2 Mte.	2,6 Mte.
					-
Wirtschaftlichkeit					
B1	Kostendeckungsgrad der 50%-Regressstelle (A1)	P	100%	100%	100%
					0
B2	Kosten je Opferhilfeverfahren im Durchschnitt in Fr. (einschliesslich Leistungen an Opfer) (A1)	P	7 654	7 000	7 864
					864

Abweichungsbegründung

- L1 Mehr Beurteilungen infolge starkem Abbau von Pendenzen
- L2 Seit der Leistungsfinanzierung erfolgt die Ausrichtung der Staatsbeiträge der Opferberatungsstellen nicht mehr über die Genehmigung von Budget und Rechnung, sondern über den Abschluss von zweijährigen Leistungsaufträgen.
- L3 Im Bereich der Opferhilfverfahren konnten dank einer vermehrten systematischen Prüfung der sistierten Verfahren viele Pendenzen abgebaut werden.
- B2 Die durchschnittlichen Kosten liegen über dem budgetierten Wert, jedoch in etwa analog Vorjahr.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	21 001	-6 039	0	14 962	-6 039

Auflösung Rücklagen 2010

für Personalaufwendungen

Bildung von Rücklagen 2010

Die Fachstelle Opferhilfe beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2010.

2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich

Hauptereignisse

Die Fachstelle hat zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann elf Projekte lanciert oder weitergeführt, hat Gleichstellungswissen für Fachleute und Bevölkerung aufbereitet und vermittelt und war in zahlreichen verwaltungsinternen und -externen Arbeitsgruppen und Gremien aktiv.

Zur Förderung der Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern wurde die Website www.equality-lohn.ch publiziert. Sie dient als Schulungsinstrument und zeigt Unternehmen mit Filmsequenzen und umfangreichem Begleitmaterial, wie Lohndiskriminierung vermieden und Lohngleichheit Realität wird. Die Fachstelle hat zudem am Equal Pay Day – dem Tag der Lohngleichheit – am 11. März mitgewirkt.

Um Paare für die Rollenteilung innerhalb von Familie und Partnerschaft zu sensibilisieren, entwickelte die Fachstelle mit Kooperationspartnern das Impulsprogramm «Gemeinsam Regie führen». Es besteht einerseits aus drei Broschüren («Zusammen wohnen, zusammen leben», «Eine Familie gründen» und «So klappt's im Alltag»), mit denen Paare gegenseitige Vorstellungen klären und partnerschaftlich Pläne entwickeln können. Andererseits ist «Gemeinsam Regie führen» auch ein Messestand und Spiel. Damit war die Fachstelle im Mai an der Familienmesse FamExpo in Winterthur präsent und verzeichnete dort 520 Kundenkontakte in Form von Gesprächen, Rollenspielen und Informationsabgaben.

Im Bildungsbereich wurde der etablierte Tochtertag – ein Kooperationsprojekt mit anderen Gleichstellungsstellen – zum 10-Jahre-Jubiläum neu lanciert und erhielt einen neuen Namen: «Nationaler Zukunftstag – Seitenwechsel für Mädchen und Jungs». Die Fachstelle war an der Neulancierung als Mitglied der Steuergruppe massgeblich beteiligt. Die Durchführung des Nationalen Zukunftstages am 11. November war mit der Teilnahme von über tausend Mädchen und Jungen alleine im Kanton Zürich erneut ein grosser Erfolg.

Im Hinblick auf die Eishockey-Frauen-WM 2011 im Kanton Zürich hat die Fachstelle Unterrichtsmaterialien zum Thema «Sport und Geschlecht» erarbeitet, welche die Geschlechterrollen im Sport analysieren und Anregungen für den Sportunterricht liefern.

Im Bereich Gewalt engagiert sich die Fachstelle am Runden Tisch gegen Frauenhandel im Kanton Zürich und vertritt die Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten im Steuerungsorgan der Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel.

Weil das Budget der Fachstelle für das Berichtsjahr deutlich gekürzt wurde, hat sie ihre Leistungen überprüft und ihre Strategie an die neuen finanziellen Gegebenheiten angepasst: Die Fachstelle wird in Zukunft vermehrt als Kompetenzzentrum für Gleichstellungsfragen fungieren und Projekte nur noch zu einem jährlichen Schwerpunktthema durchführen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Förderung, Durchsetzung und Sicherung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen
A2	Verbesserung der Erkenntnis- und Informationsgrundlage über die Defizite der Gleichstellung von Frau und Mann im Kanton Zürich
A3	Aufzeigen und Beseitigung von Diskriminierungen
A4	Unterstützung von Regierungs- und Kantonsrat in der effizienten Steuerung der kantonalen Gleichstellungspolitik
A5	Sensibilisierung der Bevölkerung für Gleichstellungsfragen
A6	Förderung und Unterstützung einer gleichstellungskonformen Personalpolitik
A7	Gezielte Frauenförderung zur Verbesserung der beruflichen Stellung und Vertretung der Mitarbeiterinnen in der kantonalen Verwaltung
A8	Sicherung der gesamtheitlichen Konzeption und Steuerung der Vereinbarkeitspolitik des Regierungsrates, Leitung des dafür eingesetzten Koordinationsgremiums

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Gleichstellung von Frau und Mann im Sinne des Gender Mainstreaming in der Verwaltung verankern (Gender Mainstreaming bedeutet, Tätigkeiten und Vorhaben immer auf ihre eventuell geschlechtsspezifischen Auswirkungen zu prüfen.) Planmässig Der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes wurde im KEF 2011–2014 von 2010 auf 2014 verschoben.	2010
E2	Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern Planmässig Der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes wurde im KEF 2011–2014 von 2010 auf 2011 verschoben.	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2009

B 2010

R 2010

Abweichung
von B 2010

Erfolgsrechnung

Ertrag	0,1	0,1	0,0	-0,1
Aufwand	-1,4	-1,1	-1,1	0,0
Saldo	-1,3	-1,0	-1,1	-0,1

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	4,9	4,7	4,6	-0,1
----------------------------------	-----	-----	-----	------

Erfolgsrechnung

Die Rechnung 2010, unter Berücksichtigung des Kantonsratsbeschlusses (Verbesserung des Budgets 2010), schliesst trotz eines Stellenabbaus, der aus personalrechtlichen Gründen erst auf Mitte Jahr umgesetzt werden konnte, mit einer geringen Saldoverschlechterung ab. Unvorhersehbarer Ausfall von Mitarbeiterinnen führte zu weniger Ertrag als budgetiert.

Personal

Aufgrund des Kantonsratsbeschlusses zum Budget 2010 musste ein Stellenabbau auf Mitte Jahr umgesetzt werden.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit der Direktion, Ämter, Abteilungen mit den Leistungen der FFG (bis 2009) (A4)	min.	gut	-	-	-
W2	Zufriedenheit mit den Leistungen der FFG von anderen Leistungsempfängern/-innen / Umfrage alle 2 Jahre (bis 2009) (A1)	min.	-	-	-	-
W3	Berücksichtigung von Gleichstellungsfragen bei Sachgeschäften der Direktionen, Ämter und Abteilungen (ab 2010) (A4)	P	-	1	1	0
W4	Verbesserung des Wissens zu Gleichstellungsfragen; Umfrage alle 2 Jahre (ab 2010) (A5)	min.	-	gut	-	-
Leistungen						
L1	Gleichstellungsprojekte: Anzahl pro Jahr (A1)	min.	21	5	11	6
L2	Erarbeiten von Stellungnahmen (ab 2008) (A4)	min.	26	10	19	9
L3	Öffentlichkeitsarbeit Information: Besuche auf Website (Durchschnitt/Mt.) (ab 2008) (A5)	min.	9 700	7 500	10 280	2 780
L4	Auskünfte und Beratungen, Anz. Auskunfts- u. Beratungsstunden (Durchschnitt/Mt.) (ab 2008) (A7)	min.	30	30	26	-4
Abweichungsbegründungen						
W4	Umfrage auf 2011 verschoben					
L1+L2	Die Senkung der Anzahl Projekte und Stellungnahmen fiel aufgrund der neuen Strategie weniger deutlich aus als ursprünglich geplant.					
L3	Zunahme von Besuchen auf Website					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	34 456	-15 660	0	18 796	-15 660

Auflösung Rücklagen 2010

- davon Fr. 14 400 für Jubiläumsfeier der Fachstelle Gleichstellung
- davon Fr. 1260 für Personalaufwendungen

Bildung von Rücklagen 2010

Die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2010.

2234 Fachstelle Kultur

Hauptereignisse

Der Regierungsrat verlieh auf Antrag der Kulturförderungskommission den Kulturpreis in der Höhe von Fr. 50 000 an den Fotografen und Autor Daniel Schwartz sowie den Förderpreis im Bereich Musik, Theater und Tanz in der Höhe von Fr. 40 000 an das Künstlerduo Zimmermann Et de Perrot. Im Bereich Literatur wurden fünf Auszeichnungen in der Höhe von jeweils Fr. 10 000 verliehen.

Für 52 Kulturinstitutionen, einschliesslich Opernhaus Zürich AG, Genossenschaft Theater für den Kanton Zürich und Zürcher Filmstiftung, wurden Subventionen in der Höhe von Fr. 89 970 774 ausgerichtet.

Mit Einzelbeiträgen und subsidiären Beiträgen an die kulturellen Jahres- oder Saisonprogramme in den Gemeinden wurden rund 1000 Veranstaltungen aus den verschiedensten Kunstbereichen mit gesamthaft Fr. 946 059 unterstützt. Damit wurde ein reichhaltiges und interessantes Kulturleben im ganzen Kantonsgebiet gefördert.

Die kantonale Kulturförderungskommission prüfte 470 Gesuche und entschied in 208 Fällen positiv: Im Bereich Bildende Kunst wurden 22 Veranstaltungen und Publikationen mit Projektbeiträgen von gesamthaft Fr. 102 000 unterstützt. An 14 im Kanton wohnhafte Kunstschaaffende wurden Werkbeiträge von jeweils Fr. 18 000 (insgesamt Fr. 252 000) vergeben. Zudem wurden für die kantonale Kunstsammlung Werke von 46 Künstlerinnen und Künstlern im Wert von Fr. 488 691 angekauft. Aus den Musik-, Theater-, Literatur- und Tanzkrediten wurden Fr. 622 100 an 109 Musikprojekte, Fr. 465 500 an 38 Theaterproduktionen, 7 Literatur-Werkbeiträge mit einer Gesamtsumme von Fr. 242 000 sowie Fr. 195 000 an 19 Tanzproduktionen vergeben. Der Kanton Zürich ist im Tanzbereich zudem an einem kooperativen Fördermodell beteiligt: Zusammen mit der Stadt Zürich und der Kulturstiftung Pro Helvetia bestehen mit drei Zürcher Tanzkompanien kooperative Fördervereinbarungen. Der Anteil des Kantons betrug im Berichtsjahr Fr. 150 000.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Erhaltung des Kulturschaffens und Unterstützung der damit verbundenen Aufgaben der historischen Pflege, Aufbewahrung, Erforschung und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes zur Wahrnehmung der kulturellen Kontinuität
A2	Förderung zeitgenössischer künstlerischer Produktion: Ermöglichen von kürzeren und längeren Arbeitsprozessen, von Veranstaltungen und Projekten
A3	Förderung der Kunstvermittlung: Unterstützung der Bestrebungen, künstlerische Produktionen einem breiten Publikum näherzubringen
A4	Umsetzung des Kulturförderungsleitbildes, insbesondere die finanzielle Sicherung der traditionsreichen grossen Kulturinstitutionen, sowie die Förderung des kulturellen Lebens in den Landgemeinden und von überregionalen Kulturprojekten
A5	Sicherstellung der Qualität der Dienstleistungen trotz wachsender Zahl der Gesuche

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Erweiterung des Kreises der regelmässig durch Staats- und Betriebsbeiträge unterstützten Institutionen Planmässig	2016
E2	Ein neues Subventionssystem mit Schwerpunkt regionale Zentren erarbeiten (LZ RR 15.1) Abgeschlossen	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2009

B 2010

R 2010

Abweichung
von B 2010

Erfolgsrechnung

Ertrag	33,7	39,5	44,6	5,1
Aufwand	-123,6	-129,1	-129,1	-0,0
Beitrag an Opernhaus Zürich	-77,5	-79,9	-79,9	-0,0
Saldo	-89,9	-89,6	-84,5	5,1

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben		-3,0		3,0
Saldo		-3,0		3,0

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	6,2	6,3	5,8	-0,5
----------------------------------	-----	-----	-----	------

Erfolgsrechnung

Ertrag:

+5,1 Mehrerträgen von 5,74 Mio. Franken aus ILV-Beiträgen (Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen) und 2,0 Mio. Franken aus Finanzausgleichbeiträgen (saldoneutral, siehe auch Aufwand) stehen nicht beanspruchte Lotteriefondsmittel in der Höhe von 2,65 Mio. Franken (saldoneutral, siehe auch Aufwand) gegenüber, was einer Verbesserung des Ertrags von insgesamt 5,09 Mio. Franken gegenüber dem Budget 2010 entspricht.

Aufwand:

Nicht budgetierten ILV-Zahlungen (Kanton Luzern, Beitrag Geschäftsstelle, Stadt Zürich für ehemalige Beiträge des Kantons Zug) von insgesamt rund 0,9 Mio. Franken und Mehrausgaben von 2,0 Mio. Franken bei den Finanzausgleichsbeiträgen (saldoneutral, siehe auch Ertrag) stehen Minderausgaben bei den Spartenkrediten und Betriebsbeiträgen von 2,65 Mio. Franken gegenüber (saldoneutral, siehe auch Ertrag), was zusammen mit den Einsparungen bei den Personal- und Sachkosten sowie den internen Verrechnungen ein Aufwandtotal von 0,02 Mio. Franken über dem budgetierten Wert ergibt.

Saldo:

Die Rechnung 2010 der Fachstelle Kultur schliesst bei einem Saldo von Fr. 84 513 831 um Fr. 5 071 069 besser ab als im Budget 2010 vorgesehen.

Investitionsrechnung

+3,0 Keine Investitionszahlungen für das Opernhaus-Parking infolge Verzögerung des Baubeginns

Personal

Befristeter Ausfall infolge Krankheit und Stellenwechsel/Pensumsreduktion

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen					
W1 Publikumserfolg am Opernhaus, Publikumsumfrage mit Ergebnis «gut» (bis 2009)	min.	-	-	-	-
W2 Publikumserfolg am Opernhaus, Auslastung (A1, A2, A4)	min.	78,6%	74–78%	76,7%	-
W3 Zufriedenheit der Gesuchstellenden mit der Arbeit der Fachstelle Kultur mit Ergebnis mind. «gut» als Ziel geplant (Fragebogen, jährl. wechselnde Sparten) (bis 2009)	min.	-	-	-	-
W4 Theater für den Kanton Zürich: Anzahl Vorstellungen (A2, A3, A4)	P	135	125	132	7
W5 Theater für den Kanton Zürich: Zufriedenheit der Gemeinden, Umfrage mit Ergebnis mind. «gut»	min.	-	-	-	-
W6 Freie Kredite, Musik: Anzahl Uraufführungen, Neubearbeitungen, in % (bis 2009) (A2)	P	>40	-	-	-
W7 Freie Kredite: Anzahl geförderte Nachwuchsprojekte und Starthilfebeiträge (A2)	P	12	15	26	11
W8 Freie Kredite: Anzahl fremdsprachige Veranstaltungen (bis 2009) (A2, A3)	P	13	-	-	-
Leistungen					
L1 Anzahl mit regelmässigen Staatsbeiträgen unterstützte Institutionen (A1)	P	34	40	52	12
L2 Anzahl Geschäfte Fachstelle Kultur (A5)	P	1 900	1 600	1 700	100
L3 – davon Kulturkredit: Anzahl Gesuche / Anzahl daraus ergebende subsidiär unterstützte Veranstaltungen in den Zürcher Gemeinden (A5)	P	218/1 508	200/1 400	92/991	-108/-409
L4 – davon in Zürich und Winterthur / in den übrigen Gemeinden (neu ab 2008) (A1, A2, A4)	P	355/1 153	400/1 000	217/774	-183/-226
L5 – davon Projektbeiträge Musik, Tanz, Theater, Literatur und bildende Kunst: Anzahl Gesuche / Anzahl genehmigte Projekte (bis 2009)	P	537/168	-	-	-
L6 Anzahl Wiedererwägungsgesuche (A5)	max.	5	<=30	1	-
L7 Anzahl Kunstschaaffende, von denen Werke für die kantonale Kunstsammlung angekauft werden (bis 2009)	P	43	-	-	-

Wirtschaftlichkeit

B1	Eigenwirtschaftlichkeit des Opernhauses in %	min.	43,9	44–46	40,5	–
B2	Anteil Kosten in Fr./J./Einw. des Kt. Zürich am Saldo Opernhaus (bis 2009)	P	58,39	–	–	
B3	Jährliche Staatsbeiträge an die übrigen Institutionen (ohne Opernhaus, Mio. Franken) (bis 2009)	P	8,10	–	–	
B4	Freie Kredite bildende Kunst, Musik, Tanz, Theater, Literatur, Kulturkredit (in Mio. Franken) (bis 2009)	P	3,67	–	–	
B5	Freie Kredite (wie vorgängig) im Vergleich zu den regelmässigen Staatsbeiträgen in % (bis 2009)	P	4,28	–	–	
B6	Anteil Kosten in Fr./J./Einw. des Kt. Zürich am Saldo Kulturförderung	P	67,74	67,67	61,91	–5,76
B7	Anteil Personalkosten der Fachstelle Kultur im Vergleich zum Saldo der Laufenden Rechnung in %	P	1,14	1,20	1,18	–0,02

Abweichungsbegründungen

- W5 Es wurde keine Befragung durchgeführt (Intendantenwechsel).
- L3+L4 Auf Beginn der Saison 2010/2011 bzw. des Kalenderjahrs 2011 ist ein neues Subventionssystem betreffend die subsidiäre Unterstützung von kulturellen Veranstaltungen und Kulturprogrammen in den Gemeinden in Kraft getreten. Ein Vergleich zu Vorjahres- und Budgetwerten ist nur eingeschränkt möglich. Der Kulturkredit in seiner bisherigen Form existiert nicht mehr: Gemeinden und kulturelle Institutionen in den Gemeinden stellen neu Gesuche um Ausrichtung von Betriebsbeiträgen, Einzelgesuche werden über die Spartenkredite bzw. den Freien Kredit abgewickelt.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	2 022	0	16 000	18 022	16 000

Auflösung Rücklagen 2010

– keine

Bildung von Rücklagen 2010

Die Rechnung 2010 der Fachstelle Kultur schliesst bei einem Saldo von Fr. 84 513 831 um Fr. 5 071 069 besser ab als im Budget 2010 vorgesehen. Dank grossen Arbeitseinsatzes konnten Ausfälle infolge Krankheit und Stellenwechsel kompensiert und die Personalkosten tief gehalten werden. Zurückhaltung bei der Vergabe von Aufträgen an Dritte und der Wegfall von Verzinsungskosten infolge nicht getätigter Investitionen führten zu Minderaufwendungen bei den Sachkosten und internen Verrechnungen. Beim Aufwand ergeben sich somit Einsparungen von insgesamt Fr. 295 802. Der auf den 1. Januar in Kraft getretenen Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen (ILV) ist auch der Kanton Aargau beigetreten, wodurch der Nettoertrag aus ILV-Beiträgen um Fr. 4 775 267 höher ausfällt als erwartet.

2241 Fachstelle für Integrationsfragen

Hauptereignisse

Die Beratungen zum kantonalen Integrationsgesetz konnten im Berichtsjahr weitgehend abgeschlossen werden; die Fachstelle hat die zuständige Spezialkommission des Kantonsrates eng begleitet.

Die politische Gewichtung der Integrationsthematik ist in der Öffentlichkeit weiterhin hoch; die nationalen Abstimmungen zu den Bereichen Ausländerkriminalität und Integration haben im Kanton Zürich eine unterschiedliche Wahrnehmung in Stadt und Land aufgezeigt. Die Öffentlichkeitsarbeit wurde mit einer neuen Plakatkampagne und der vollständigen Erneuerung der Website gestärkt. Die Kampagne stiess auf ein grosses Echo.

Die Fachstelle hat die Projektförderung weiterhin ausgebaut und dazu auch Mittel des Bundes eingesetzt. Insbesondere das Angebot an Deutsch- und Alphabetisierungskursen konnte der steigenden Nachfrage angepasst werden. Es besteht aber noch Ausbaubedarf.

Das Pilotprojekt zur Einführung von Integrationsvereinbarungen konnte erfolgreich abgeschlossen werden; die wissenschaftliche Evaluation dieses in fünf Kantonen gestarteten Pilotprojekts hat für den Kanton Zürich die besten Ergebnisse gezeigt. Die sorgfältige Auswahl und Begleitung hat sich bewährt. Bei Annahme des Integrationsgesetzes ist der Ausbau des Projekts geplant.

Das Pilotprojekt «Integrationsmodule» ist in den Gemeinden Opfikon, Rümlang, Wallisellen, Kloten und Wangen-Brüttisellen abgeschlossen und für die Gemeinde Dübendorf, Dietlikon und Bassersdorf in Vorbereitung. Dieses auch von privaten Stiftungen mitgetragene Projekt erlaubt, den spezifischen Bedarf der einzelnen Gemeinden an Integrationsmassnahmen möglichst genau zu ermitteln und für sie wirtschaftlich und gesellschaftlich bestmögliche Lösungen zu entwickeln.

Zudem ist im Berichtsjahr die Kooperation mit den religiösen Gemeinschaften weiter intensiviert worden. Dabei ist insbesondere die Dialog-Plattform mit den Muslimen zu erwähnen. Der nationale Flüchtlingstag zum Thema Arbeitsintegration von vorläufig aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen wurde auf Initiative der Fachstelle hauptsächlich in Zürich begangen und hat Beachtung gefunden. Behördenvertreter des Bundes und die Leitung der SFH waren in Zürich anwesend.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Förderung der sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration von Migrantinnen und Migranten mit Information, Bildung und gezielter Projektförderung im Sinne von Fördern und Fordern – verbindlich ab dem ersten Tag – zur Herstellung von Chancengleichheit
A2	Aktive Koordination und Zusammenarbeit zum Thema Integration in der kantonalen Verwaltung, mit Gemeinden und privaten Organisationen
A3	Sensibilisierung der Bevölkerung und Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Integration
A4	Zusammenarbeit mit Partnerkantonen und den Bundesbehörden, insbesondere mit dem Bundesamt für Migration (BFM)
A5	Interdirektionale Koordination und Vernetzung der Integrationsaufgaben
A6	Unterstützung der Integrationsförderung in den Gemeinden

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Zielgruppenspezifischer und bedarfsgerechter Ausbau der Förderungsangebote in den Regionen Planmässig	2012
E2	Aktivitäten zur Unterstützung des Bereichs Frühförderung verstärken Planmässig	2012
E3	Aktive Integrationsbereitschaft fordern (LZ RR 13.2): Umsetzung des Pilotprojekts Integrationsvereinbarungen und Schaffung eines kantonalen Integrationsgesetzes Planmässig Die Fachstelle hat den Gesetzgebungsprozess in beratender Funktion begleitet.	2011
E4	Information zu Migration und Integration verbessern und Kampagne «Aller Anfang ist Begegnung» der Nordwestschweizer Kantone übernehmen (LZ RR 13.1) Abgeschlossen Im Berichtsjahr wurde eine eigene Öffentlichkeitskampagne entwickelt und gestartet.	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2009

B 2010

R 2010

Abweichung
von B 2010

	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,9	2,6	2,8	0,3
Aufwand	-4,9	-4,5	-4,6	-0,1
Saldo	-2,0	-2,0	-1,8	0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	5,3	6,0	6,1	0,1

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 0,25 Mio. Franken oder 9,9% über dem Budget.

Wichtigste Ursache:

+0,2 Projektgelder des Bundesamts für Migration für ein Projekt zur Entwicklung eines kantonalen Integrationsprogramms

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 0,1 Mio. Franken oder 2% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

-0,2 Projekt zur Entwicklung eines kantonalen Integrationsprogramms, mit je hälftiger Beteiligung von Bund und Kanton

+0,1 Weniger Projektunterstützung als vorgesehen

Saldo:

Die Rechnung 2010 schliesst um 0,15 Mio. Franken besser als budgetiert, vor allem darum, weil die Gelder des Bundesamts für Migration für das im Herbst gestartete Projekt zur Entwicklung eines kantonalen Integrationsprogramms zwar schon eingegangen, aber erst zur Hälfte im Berichtsjahr verwendet wurden.

Investitionsrechnung

Die Fachstelle für Integrationsfragen führt keine Investitionsrechnung.

Personal

Der Personalbestand entspricht dem Budget.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen					
W1 Zufriedenheit der Leistungsbezüger (Umfrage alle 2 Jahre ab 2009, erstmals 2010)	min.	–	gut	gut	–
Leistungen					
L1 Prüfung von Beitragsgesuchen / Beratung und Begleitung von Integrationsprojekten (A1)	P	116	90	83	–7
L2 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit (Zeitungs-/Plakatkampagne) (A3)	min.	2	2	3	1
L3 Begrüssungs- und Informationsveranstaltungen für Fremdsprachige/ Neuzuziehende (A1)	min.	17	10	6	–4
L4 Abschlüsse von Integrationsvereinbarungen (Pilot befristet 2009–2011). Ab Mitte 2009 Betreuung der Fälle bis Abschluss (A1)	P	51	40	57	17
L5 Unterstützung des Auf-/Ausbaus von beispielhaften Frühförderungsprojekten (A1)	P	13	5	16	11
L6 Kooperationen in der kantonalen Verwaltung, mit Gemeinden und privaten Organisationen (ab 2010) (A2, A5, A6)	min.		30	36	6
L7 Mitarbeit in interkantonalen Gremien und in Gremien des Bundes (ab 2010) (A4)	P		5	7	2
Wirtschaftlichkeit					
B1 Projektunterstützung (in Mio. Fr.) (ab 2010)	P		3,0	3,3	0,3
B2 Anteil Leistungen der Fachstelle / Kompetenzzentrum Integration am Gesamtaufwand (ohne Projektunterstützung) (ab 2010)	P		80%	81%	1%

Abweichungsbegründungen

- L1+L5 Es wurden mehr Frühförderprojekte unterstützt als vorgesehen. Das Total der eingereichten Projekte lag etwas unter den Erwartungen, dafür stieg der Anteil positiver Unterstützungsentscheide.

- L3 Zwar fanden nur sechs Veranstaltungen statt, dank einer Konzeptänderung wurde damit jedoch ein deutlich grösseres Publikum erreicht.

- L4 Es wurden 49 statt der geschätzten 40 bisherigen Fälle länger betreut, und wider Erwarten konnten noch einmal 8 neue Vereinbarungen abgeschlossen werden.

- B1 Im Berichtsjahr konnten zusätzliche Projekte für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge finanziert werden. Dafür wurden über Fr. 300 000 Bundesmittel zusätzlich gelöst und eingesetzt (erfolgsneutral).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	16 562	1 257	3 000	18 305	1 743

Auflösung Rücklagen 2010

- für Personalaufwendungen

Bildung von Rücklagen 2010

Dank effizienter Mittelverwendung (Beschränkung auf eine minimale Infrastruktur bzw. gemeinsam genutzte Arbeitsplätze, Public Private Partnership) und Akquisition von namhaften zusätzlichen Unterstützungsbeiträgen vom Bund konnte die Rechnung mit einem Saldoüberschuss abgeschlossen werden.

2251 Bezirksräte

Hauptereignisse

Bei den Rechtsmitteleingängen war gegenüber dem Vorjahr (1472) mit 1513 Eingängen gesamthaft eine Zunahme von 3% zu verzeichnen. Diese Entwicklung steht einerseits im Zusammenhang mit der im Jahr 2008 neu den Bezirksräten zugewiesenen Zuständigkeit für die Behandlung der Volksschulrekurse und andererseits mit der stetigen Zunahme der Eingänge in sämtlichen Bereichen, welche in den Zuständigkeitsbereich der Bezirksräte fallen. Wie bereits in den Vorjahren war auch im Geschäftsjahr wiederum eine zunehmende Komplexität der Rechtsmittelverfahren und damit auch ein grösserer zeitlicher Bearbeitungsaufwand der einzelnen Verfahren festzustellen.

Dank effizienter Geschäftserledigung entschieden die Bezirksräte im Geschäftsjahr 1503 Beschwerden und Rekurse. Trotz der weiterhin hohen Komplexität der Fälle wurde mit 70% fristgerecht erledigten Rechtsmitteln die Zielsetzung von 68,75% knapp übertroffen. Im Geschäftsjahr ist die Anzahl der erledigten Entscheide und Bewilligungen gesunken (-10%), während im Bereich Aufsicht und Genehmigungen eine Zunahme (+5,5%) der behandelten Geschäfte zu verzeichnen war.

Die Anzahl der spruchreifen ausstehenden Geschäfte ist leicht gesunken (-5%). Eine massive Zunahme um 25% erfuhr hingegen das Gesamttotal der ausstehenden Geschäfte auf Ende Geschäftsjahr. Die hohe Anzahl der erteilten Rechtsauskünfte an Gemeinden und Private (11 010) entsprach in etwa dem Niveau des Vorjahres.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Rechtspflegefunktion
A2	Aufsicht und Genehmigungen gegenüber Gemeinden
A3	Erstinstanzliche Entscheide und Bewilligungsverfahren
A4	Auskunfts-, Beratungs- und Schulungstätigkeit

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Verkürzung der Behandlungsdauer der Rechtsmittelverfahren (§ 27a Abs. 1 VRG) Planmässig	bis 2013
E2	Konsolidieren der einheitlichen Praxis VSG Planmässig	2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,0	1,7	2,1	0,5
Aufwand	-9,1	-9,5	-9,2	0,3
Saldo	-7,1	-7,8	-7,0	0,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben			-0,1	-0,1
Saldo			-0,1	-0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	38,8	39,1	38,5	-0,6

Erfolgsrechnung

Ertrag:

+0,5 Der Ertrag konnte gegenüber dem Budget gesteigert werden. Dies im Wesentlichen durch Mehrleistung mit dem zur Verfügung stehenden Personal und mehr gebührenpflichtigen Geschäften.

Aufwand:

+0,3 Beim Aufwand ist eine Budgetunterschreitung zu verzeichnen. Dies insbesondere durch geschicktes Personalmanagement. Beim Sachaufwand ist die Ergebnisverbesserung auf zurückhaltende und kostenbewusste Praxis im Umgang mit den benötigten Sach- und Betriebsmitteln zurückzuführen.

Personal

Einige der Arbeitsplätze werden mit Teilzeitpensen besetzt, wobei im Geschäftsjahr 2010 noch nicht alle Stellenprozente ausgeschöpft werden konnten.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Weiterzüge der Rechtsmittelentscheide (in %) (A1)	P	11,80	14,67	11,69	-2,98
Leistungen						
L1	Anzahl erledigte Rechtsmittel (A1)	P	1506	1560	1503	-57
L2	Anzahl Rechtsauskünfte (A4)	P	11 132	10 350	11 010	660
L3	Entscheide und Bewilligungen (A3)	P	1 078	1 170	978	-192
L4	Aufsicht und Genehmigungen: Jahresrech., Visitation u. Kontr.-Bericht (A2)	P	2 475	2 540	2 390	-150
L5	Aufsicht und Genehmigungen: Fürsorgebehörden, Heime, Stiftungen, Zivilstandsämter (A2)	P	762	795	792	-3

L6	Aufsicht und Genehmigungen: Berichte und Inventare Vormundschaftswesen (A2)	P	10 442	9 940	11 296	1 356
L7	Pendente Geschäfte: spruchreife Pendenzen (A1)	P	321	325	308	-17
L8	Pendente Geschäfte: total Pendenzen (A1, A3)	P	1 363	830	1 708	878

Wirtschaftlichkeit

B1	Fristgerecht erledigte Rechtsmittelverfahren gem. § 27a Abs. 1 VRG (in %) (A1)	P	72	69	70	1
----	--	---	----	----	----	---

Abweichungsbegründungen

L1	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2009 -3, zu Budget 2010 -57)
L2	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2009 -122, zu Budget 2010 +660)
L3	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2009 -100 zu Budget 2010 -192)
L4	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2009 -85 zu Budget 2010 -150)
L5	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2009 +30 zu Budget 2010 -3)
L6	Schwankungen im Eingang durch die Gemeinden betreffend Beurteilung im Vormundschaftswesen, nicht beeinflussbar (zu Rechnung 2009 +854 zu Budget 2010 +1356)
L7	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2009 -13 zu Budget 2010 -17)
L8	Grössere Arbeitslast durch erweiterte und zum Teil zeitintensive Aufgaben der BZR (zu Rechnung 2009 +345 zu Budget 2010 +878)

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	296 376	48 672	56 000	303 704	7 328

Auflösung Rücklagen 2010

- davon Fr. 7500 für Büromobiliar usw.
- davon Fr. 20 200 für Teamförderungen
- davon Fr. 21 000 für übrige Aufwendungen (Personalanlässe usw.)

Bildung von Rücklagen 2010

Das Ergebnis konnte sowohl durch Verminderung des Aufwandes als auch durch Mehreinnahmen bei den Gebühren verbessert werden. Auf der Aufwandseite konnten die hauptsächlichlichen Einsparungen durch geschicktes Personalmanagement (Rotationsgewinne) erzielt werden. Die Verminderung des Aufwandes ergibt sich allgemein aus zurückhaltendem und kostenbewusstem Umgang mit Sach- und Betriebsmitteln. Diese Ertragsverbesserung bei gleichbleibendem Personalbestand konnte nur dank grosser Mehrleistung und Einsatz des Personals erzielt werden.

2262 Baurekurskommissionen

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr waren rund 1000 Rekurseingänge zu verzeichnen, was dem langjährigen Durchschnitt entspricht. Da die Erledigungen die Eingänge leicht übertrafen, waren am Ende des Jahres noch 667 Geschäfte ausstehend, die dem neu geschaffenen Baurekursgericht zur weiteren Bearbeitung übergeben werden konnten. Das Baurekursgericht mit vier Abteilungen übernimmt die Aufgaben der Baurekurskommissionen ab dem 1. Januar 2011 und ist dem Verwaltungsgericht unterstellt. Wiederum gestiegen ist die Anzahl der Verfahren, in denen auf Gesuch der Parteien nach den ihnen zustehenden verfahrensrechtlichen Ansprüchen zwingend ein zweiter Schriftenwechsel (Replik/Duplik) angesetzt werden musste. Sodann führten die vier Baurekurskommissionen insgesamt 320 Augenscheine vor Ort durch, die in 37% dieser Verfahren zu einer einvernehmlichen Lösung führten. Innerhalb der vorgegebenen Behandlungsfrist von 6 Monaten (§ 339a PBG) konnten 85% aller Fälle erledigt werden. Seit dem 1. Juli sind die Baurekurskommissionen bzw. ist neu das Baurekursgericht zuständig für die Beurteilung von Rekursen betreffend das Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland.

Gesamtübersicht über die Erledigungen

Übersicht		vom Vorjahr pendent	Eingänge	total zu erledigen	erledigt	pendent			
Planungsrecht									
Bau- und Zonenordnung, Erschliessungsplan		20	20	40	30	10			
Bau- und Niveaulinien, Ski- und Schlittellinien		18	1	19	9	10			
Quartierplan, Grenzberreinigung		10	29	39	30	9			
Natur- und Heimatschutz		58	30	88	65	23			
Baupolizei-, Umweltschutzrecht und baurechtliches Verfahren		509	787	1 296	773	523			
UVP-pflichtige Vorhaben		9	7	16	15	1			
Vorhaben ausserhalb Bauzonen		62	110	172	86	86			
Verschiedenes		8	10	18	13	5			
Total		694	994	1 688	1 021	667			
Pendenzen aus dem Jahr	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	1	3	0	0	8	8	37	94	516
davon sistiert	1	3	0	0	8	6	31	80	192
Erledigungsart		Formelle Erledigung		Materielle Erledigung		Total			
		Rückzug/ gegen- standslos	Nicht- eintreten	Abweisung	Gutheissung				
					ganz	teilweise			
Total Erledigungen		468	95	242	119	97	1 021		

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Erstinstanzliche gerichtliche Beurteilung von bau-, planungs- und umweltschutzrechtlichen Anordnungen der Gemeinden sowie kantonaler Amtsstellen
A2	Qualitativ gute Rechtsprechung im Sinne eines hinreichenden Rechtsschutzes für die Rechtsuchenden
A3	Fristgerechte Erledigung der Rekursverfahren (§ 27a VRG; ab 1. Juli 2009: § 339a PBG)
A4	Für die Rechtsuchenden wohlfeile Behandlung und Erledigung der Rekursverfahren (Art. 18 KV)
A5	Sicherstellung einer einheitlichen Rechtsanwendung auf dem ganzen Kantonsgebiet
A6	Festsetzung von Gebühren zur Gewährleistung eines angemessenen Kostendeckungsgrades

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Wechsel der administrativen Unterstellung (Vorbereitung und Vollzug) von der Direktion der Justiz und des Innern zum Verwaltungsgericht Planmässig	2011
----	---	------

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2009

B 2010

R 2010

Abweichung
von B 2010

Erfolgsrechnung

Ertrag	2,1	1,6	1,8	0,2
Aufwand	-6,0	-6,2	-5,9	0,3
Saldo	-3,8	-4,6	-4,1	0,5

Investitionsrechnung

Einnahmen

Ausgaben

Saldo

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	28,4	27,0	28,0	1,0
----------------------------------	------	------	------	-----

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +0,2 Die budgetierten Gebühreneinnahmen konnten übertroffen und gegenüber dem Budget 2010 um rund 13% gesteigert werden. Dies aber nur, weil – trotz einer gegenüber dem Jahre 2009 tiefer ausgefallenen Gesamterledigungszahl – mehr, ertragsmässig ins Gewicht fallende materiellrechtliche Verfahren erledigt bzw. verrechnet werden konnten.

Aufwand:

+0,3 Die personalbezogenen Ausgaben verringerten sich hauptsächlich aufgrund der nicht vollständigen Ausschöpfung der bewilligten Stellen, der angefallenen Rotationsgewinne, der verbuchten Lohnrückerstattungen (Entschädigungen der Erwerbsersatzordnung für Mutterschaft und Militär sowie Rückerstattungen von der IV), der Gewährung unbezahlter Urlaube, eines mehrheitlichen Bezugs der Dienstaltersgeschenke in Urlaubstagen, der Lohnkürzungen infolge Krankheit und der geringer angefallenen Entschädigungszahlungen an die Mitglieder. Aufgrund dieser Einsparungen konnten nicht budgetierte Aufwendung für eine Rückstellung bezüglich Vorsorgeverpflichtung, die durch den Regierungsrat festgesetzte Erhöhung der Beförderungsquote sowie die Lohnzahlungen an den Vizepräsidenten der Baurekurskommission III für die interimistische Übernahme des Präsidiums jener Kommission bis zum 15. August ohne Weiteres kompensiert werden. Zudem ergaben sich durch eine angekündigte, aber nicht vollzogene Mietzinserhöhung sowie durch den sparsamen Umgang beim Sachaufwand insgesamt weitere Minderausgaben.

Saldo:

+0,5 Die Minderausgaben und die Mehreinnahmen führten zur positiven Budgetabweichung.

Personal

Der im Budget 2010 aufgeführte Beschäftigungsumfang von 27,0 Stellen bezieht sich nur auf die Stellen der Kanzlei. Die vom Kantonsrat gewählten Mitglieder mit insgesamt 2,5 Stellen sind darin nicht enthalten. Der vom Personalamt berechnete Beschäftigungsumfang für die Rechnung 2010 berücksichtigt hingegen auch die Stellen der Mitglieder. Um diesen Beschäftigungsumfang berichtigt, ergibt das für die Kanzlei einen tatsächlichen Beschäftigungsumfang von 25,3 Stellen. Die Abweichung von 1,7 Stellen gegenüber dem Budget 2010 ist die Folge von Vakanzen und unbezahlten Urlauben.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Weiterzüge (Beschwerden) ans Verwaltungsgericht (A2)	P	10,8%	< 15%	15,0%	-
W2	Vom Verwaltungsgericht korrigierte BRK-Entscheide (A2)	P	3,2%	< 5%	4,2%	-
W3	Abweisung von Beschwerden durch das Verwaltungsgericht (A2)	P	65,7%	> 66%	68,6%	-
Leistungen						
L1	Einhaltung Verfahrensdauer § 27a VRG (ab 1.7.2009 § 339a PBG) (A3)	min.	89,6%	> 80%	84,8%	-
L2	Verhältnis Eingänge : Erledigungen	min.	1 : 1	1 : 1	1 : 1,02	-
L3	Eingänge	P	1 122	1 100	994	-106
L4	Erledigungen	P	1 125	1 100	1 021	-79
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad (A4 + A6)	P	35,5%	25,9%	31,0%	-
B2	Kosten je Rekursverfahren in Franken (netto)	P	3 415	4 200	3 996	-204
Abweichungsbegründungen						
L3+L4	Weniger Eingänge als prognostiziert. Pendenzen konnten abgebaut werden.					
B1+B2	Vergleiche hierzu die Kommentierung der Erfolgsrechnung					
Bezugsgrössen der Wirkungsindikatoren:						
W1	Jahresausstoss der Baurekurskommissionen. Der Indikator lässt auf die Akzeptanz der BRK-Entscheide schliessen.					
W2	Jahresausstoss der Baurekurskommissionen					
W3	Alle durch das Verwaltungsgericht materiell beurteilten Fälle					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	241 519	-15 204	0	226 315	-15 204

Auflösung von Rücklagen 2010

- Rücklagenaufösungen für Personal- und Kommissionsanlässe

Bildung von Rücklagen 2010

- Die Baurekurskommissionen beantragen keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2010.

2263 Steuerrekurskommissionen

Hauptereignisse

Der Geschäftsgang im Berichtsjahr verlief sehr positiv. Es sind etwas mehr Geschäfte eingegangen und konnten deutlich mehr Geschäfte erledigt werden als prognostiziert. Dies führte im Vergleich zur Planung zu einer weiteren Verringerung der Pendenzenlast bei den Steuerrekurskommissionen. Die Verfahren dauerten einerseits durchschnittlich weniger lang als veranschlagt, andererseits auch weniger lang als in den Vorjahren. Der angestrebte Anteil Geschäftserledigungen mittels Dispositiventscheide konnte nicht ganz erreicht werden. Der Anteil an Anfechtungen von Urteilen der Steuerrekurskommissionen bei Oberinstanzen sowie die Anzahl oberinstanzlicher Urteilsaufhebungen entsprachen den Erwartungen. Die veranschlagten Nettokosten pro Verfahren wurden deutlich unterschritten. Begründet ist dies einerseits in der erheblich gestiegenen Erledigungszahl sowie in der Erreichung des budgetierten Gebührenertrags. Weiter haben sich erhebliche Einsparungen insbesondere im Personalkostenbereich positiv ausgewirkt. Der prognostizierte Kostendeckungsgrad wurde übertroffen. Insgesamt wurde der für das Berichtsjahr eingestellte Verlustsaldo der Laufenden Rechnung erheblich unterschritten.

Die Projektarbeiten für die Übertragung der administrativen Aufsicht von der Direktion auf das Verwaltungsgericht sowie die damit verbundene Reorganisation der Steuerrekurskommissionen im Sinn der Umwandlung in ein Steuerrekursgericht sind im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen worden. Die Anpassungen treten auf 1. Januar 2011 in Kraft.

Gesamtübersicht der Rekurse und Beschwerden sowie deren Erledigung

Steuerart	Vom Vorjahr pendent	Eingänge	Total	Erledigungen	Pendent
Staatssteuer	108	382	490	390	100
Verrechnungssteuer	1	5	6	6	0
Gemeindesteuer	6	1	7	7	0
Kirchensteuer	0	2	2	1	1
Ausstand	0	3	3	3	0
Grundsteuern	38	68	106	74	32
Direkte Bundessteuer	98	277	375	288	87
Wehrpflichtersatz	0	25	25	25	0
Total 2010	251	763	1 014	794	220
Total 2009	302	657	959	708	251

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Schutz der Steuerpflichtigen vor rechtswidrigen Veranlagungen im gesetzlich vorgegebenen Rahmen
A2	Sicherung des Bestands rechtmässiger Veranlagungen
A3	Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren unter Beachtung der notwendigen Qualität

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Neuordnung/Erweiterung Rechtsprechungszuständigkeiten Verzicht	2011
	Der durch den Regierungsrat in RRB Nr. 1947 vom 9. Dezember 2008 vorgezeichnete Rechtsmittelweg betreffend Rekursentscheide der Finanzdirektion oder des Regierungsrates in verschiedenen steuerrechtlichen Bereichen direkt an das Verwaltungsgericht ist im Rahmen des Gesetzes über die Anpassung des kantonalen Verwaltungsverfahrensrechts vom 22. März in das Steuergesetz übergeführt worden. Mit einer erneuten allgemeinen Neuordnung des Steuerjustizverfahrens auf Gesetzesstufe samt einer allfälligen Erweiterung der Rechtsprechungszuständigkeiten des künftigen Steuerrekursgerichts ist in absehbarer Zeit nicht mehr zu rechnen.	
E2	Reorganisation Planmässig	2011
	Die für die Reorganisation in ein Steuerrekursgericht benötigten Anpassungen auf Gesetzes- und insbesondere auf Verordnungsstufe sind im Laufe des Berichtsjahres abgeschlossen und – sofern erforderlich – von den zuständigen Instanzen (Verwaltungsgericht, Kantonsrat) genehmigt worden. Diese Änderungen treten auf den 1. Januar 2011 in Kraft. Die internen Umsetzungsarbeiten als Folge der Reorganisation dauern noch an.	
E3	Neuordnung der Administrativaufsicht (Verwaltungsgericht als neue Aufsichtsinstanz) Planmässig	2011
	Auch die für die Neuordnung der Administrativaufsicht erforderlichen Anpassungen auf Gesetzes- und Verordnungsstufe sind abgeschlossen und – sofern erforderlich – von den zuständigen Instanzen (Verwaltungsgericht, Kantonsrat) genehmigt worden. Auch diese Änderungen treten auf den 1. Januar 2011 in Kraft.	

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,8	0,9	0,9	0,0
Aufwand	-3,5	-3,8	-3,5	0,4
Saldo	-2,7	-2,9	-2,6	0,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	15,9	17,0	15,3	-1,7

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Gesamtertrag – bestehend aus Gebühren und Rückerstattungen – wurde zufolge der höheren Anzahl Fallerledigungen sowie aufgrund der neuen Kostenstruktur für Entscheide (separate Abrechnung Beschwerdegebühren direkte Bundessteuer und Rekursgebühren Staats- und Gemeindesteuern bei kombinierten Entscheiden) leicht übertroffen. Im Berichtsjahr war eine Verschiebung der Gebührenlast von den Rechtsuchenden hin zum kantonalen Steueramt feststellbar.

Aufwand:

+0,4 Aufwandseitig sparten die Steuerrekurskommissionen im Vergleich zur Planung vor allem bei den Personalkosten (kein Einsatz externer Richter, Abbau Richterstelle auf den 31. Januar, Abbau 50%-Stelle im juristischen Sekretariat, Gewährung unbezahlter Urlaub im juristischen Sekretariat, Rotationsgewinne). Bei den Sachkosten wurde das Budget zufolge der mit der Reorganisation zusammenhängenden Spezialkosten (neuer Webauftritt, Budgetierungsmaske JURIS) sowie aufgrund eines erhöhten Wertberichtigungsbedarfs betreffend Forderungen aus Lieferungen und Leistungen leicht überschritten. Insgesamt blieb der Aufwand sehr deutlich unter den Planungswerten.

Saldo:

Da sowohl der budgetierte Ertrag leicht übertroffen als auch der erwartete Aufwand deutlich unterschritten wurde, ist der in der Planung eingestellte Verlustsaldo zulasten der Laufenden Rechnung sehr deutlich um Fr. 387 700 unterschritten worden.

Personal

Nachhaltiger Abbau einer Richterstelle zufolge Altersrücktritts Hofstetter auf den 31. Januar.
Nachhaltiger Abbau einer 50%-Stelle im juristischen Sekretariat, Gewährung unbezahlter Urlaub im juristischen Sekretariat, Kurzvakanzen im juristischen Sekretariat.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Geringe Anzahl Weiterzüge (Akzeptanz der gefällten Urteile) (A3)	max.	19,83%	<20%	17,76%	-
W2	Geringe Anzahl oberinstanzlicher Urteilsaufhebungen (A3)	max.	41	<32	36	-
Leistungen						
L1	Verhältnis Eingänge/Erledigungen = 1 : 1	P	1 : 1,075	1 : 1	0,961 : 1	-
L2	Eingänge	P	657	750	763	13
L3	Erledigungen	P	706	750	794	44
L4	Pendenzen	P	253	<300	220	-
L5	Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten (A3)	max.	5,49	<6	4,3	-
L6	Anteil Dispositivurteile	min.	26,35%	>25%	23,3%	-
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kosten je Rekursverfahren im Durchschnitt (netto Fr.)	P	3 891	3 900	3 215	-685
B2	Kostendeckungsgrad	P	22,32%	23,4%	26,38%	-
Abweichungsbegründungen						
W1	Die Anzahl Weiterzüge an Oberinstanzen blieb im Rahmen der Erwartungen.					
W2	Die geplante Höchstanzahl der Urteilsaufhebungen wurde leicht überschritten.					
L2-L4	Die angestrebte Anzahl Eingänge wurde zufolge einer höheren Streitbereitschaft der Rechtsuchenden leicht, die angestrebte Anzahl Erledigungen aufgrund einer effizienten Fallbearbeitung deutlich überschritten. Dies führte zu einem weiteren Abbau der Pendenzenlast.					
L5	Die durchschnittliche Verfahrensdauer pro Fall blieb aufgrund einer speditiven Verfahrensführung deutlich unter dem eingestellten Wert.					
L6	Zufolge geringerer Bereitschaft der Parteien zu einer einvernehmlichen Erledigung der Verfahren lag die Anzahl Fallerledigungen mittels Dispositiventscheid tiefer als erwartet.					
B1	Die Nettoverfahrenskosten pro Fall wurden aufgrund der erheblich höheren Anzahl Erledigungen als geplant sowie aufgrund der Erreichung des Gebührenvolumens bei gleichzeitig hohen Einsparungen vor allem bei den Personalkosten deutlich unterschritten.					
B2	Der Kostendeckungsgrad lag aus denselben Gründen höher als prognostiziert.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	125 918	26 348	16 000	115 570	-10 348

Auflösung Rücklagen 2010

- Rücklagenauflösung für Betriebsanlässe und Dienstleistungen zugunsten des Personals

Bildung von Rücklagen 2010

Trotz des im Vergleich zur Budgetierung verminderten Personalbestands wurde mehr als die angestrebte Anzahl Fälle erledigt und wurde mehr Gebührenertrag generiert als vorgesehen. Aufgrund des vollständigen Verzichts auf den Beizug externer Richter, des Stellenabbaus bei der Richterschaft sowie im juristischen Sekretariat sowie zufolge der Gewährung eines unbezahlten Urlaubs im juristischen Sekretariat konnten die Personalkosten deutlich unter dem budgetierten Betrag gehalten werden.

2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften

Hauptereignisse

Mit Inkrafttreten des Kirchengesetzes (KiG) auf den 1. Januar wurden die bisherigen Leistungsgruppen Nrn. 2271 (Evangelisch-reformierte Landeskirche), 2272 (Römisch-katholische Körperschaft) und 2273 Christkatholische Kirchgemeinde zur Leistungsgruppe Nr. 2270 zusammengefasst, die auch die beiden anerkannten jüdischen Gemeinden (Israelitische Cultusgemeinde Zürich und Jüdische Liberale Gemeinde) umfasst. Im Berichtsjahr wurden zum ersten Mal die nach §§ 19 ff. KiG mit Globalbudget festgesetzten Kostenbeiträge (für die erste Beitragsperiode nach § 29 Abs. 1 KiG 50 Mio. Franken) im entsprechenden Umfang an die jeweilige Religionsgemeinschaft ausgerichtet. Gleichzeitig wurde der Betrag festgelegt, der nach § 30 KiG innert einer Übergangsfrist von 4 Jahren von der Evangelisch-reformierten Landeskirche auf die Römisch-katholische Körperschaft umzuverteilen ist, und der erste Schritt der Umverteilung vollzogen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Staatsbeiträge für Aufgabenerfüllung gemäss Tätigkeitsprogrammen (Kirchengesetz § 19 ff.)

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0			
Aufwand	-52,8	-56,2	-51,0	5,3
Kreditübertragungen aus 2009		-2,6		
Saldo	-52,8	-56,2	-51,0	5,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,7		-0,1	-0,1
Saldo	-0,7		-0,1	-0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Aufwand:

- +0,6 Das Budget 2010 enthält noch Abschreibungen und Zinsen für die Pfarrliegenschaften. Durch die nachträgliche Herabsetzung der Pfarrhausliegenschaftswerte auf null Franken auf den 1. Januar 2009 (Korrektur IPSAS-Restatement) fallen diese Kosten in der Rechnung 2010 nicht mehr an.
- +0,9 Die Auflösung von Rückstellungen aus dem Geschäftsjahr 2009 verursacht eine positive Budgetabweichung.
- +3,8 Durch die Verzögerung bei den Abtretungen der Kirchen und Pfarrhäuser an die Gemeinden wurden die Abgeltungen nicht ausgeschöpft. Dadurch wurde auch die Kreditübertragung 2009 nicht beansprucht. Es wurde eine neue Kreditübertragung von 2,8 Mio. Franken beantragt.

2291 Investitionsfonds

Hauptereignisse

Zulasten des Investitionsfonds wurden im Zusammenhang mit fünf Gesuchen 1,2 Mio. Franken zugesichert. Während der Berichtsperiode wurden Investitionsbeiträge im Umfang von 0,24 Mio. Franken vom Gemeindeamt ausbezahlt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Dient der Verminderung von Investitionslasten der Gemeinden durch Beiträge des Staates. Mit den Einlagen in den Fonds soll die Finanzierung der Abschreibungen der ausbezahlten Investitionsbeiträge sichergestellt werden. Übertrag von Mitteln aus Laufender Rechnung der Leistungsgruppe Finanz- und Lastenausgleich, Nr. 2215.
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	9,3	8,3	8,3	0,0
Übertrag aus Erfolgsrechnung	7,8	7,0	7,0	0,0
Aufwand	-13,2	-11,9	-11,9	0,0
Abschreibungen	-10,7	-10,1	-10,0	0,0
Saldo	-3,8	-3,6	-3,6	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,3	-1,2	-0,2	1,0
Saldo	-0,3	-1,2	-0,2	1,0
Fondsbestand				
Fondsbestand	42,7	39,1	39,1	0,0

Erfolgsrechnung

Die für die Kapitalfolgekosten benötigten Mittel in Form von Abschreibungen und Zinsen werden aus der Leistungsgruppe Finanz- und Lastenausgleich gespiesen und entsprechen den budgetierten Werten.

Investitionsrechnung

Ausgaben:

- + 1,0 Die ausbezahlten Investitionsbeiträge an Gemeinden im Umfang von 0,24 Mio. Franken haben die budgetierten Vorgaben von 1,2 Mio. Franken deutlich unterschritten (ergänzende Erklärungen vgl. Indikatoren).

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Erhaltung der finanziellen Selbstständigkeit der gesuchstellenden Gemeinden gemäss Leistungsindikator Nr. L1	P	4	5	5	0
Leistungen						
L1	Bearbeitung der Gesuche	P	7	8	7	-1
Abweichungsbegründungen						
W1	Bei der Kennzahl Erhaltung der finanziellen Selbstständigkeit der gesuchstellenden Gemeinden wurden für das Berichtsjahr fünf Verfügungen für die Ausrichtung von Investitionsbeiträgen erstellt.					
L1	Es sind sieben Gesuche um Ausrichtung von Investitionsbeiträgen eingegangen. Bei zwei Gemeinden konnte infolge fehlender oder lückenhafter Unterlagen noch kein Beitrag zugesichert werden.					

2292 Ausgleichsfonds

Hauptereignisse

Die weiterhin positive Entwicklung bei den Steuererträgen der Gemeinden im Kanton Zürich hatte eine Erhöhung des Kantonsmittels der relativen Steuerkraft (ohne Stadt Zürich) von Fr. 3418 auf Fr. 3457 zur Folge. Die Aufteilung der Gemeinden in solche mit höherer (Zunahme der Steuerkraft bei 109 Gemeinden) und solche mit tieferer Steuerkraft (Abnahme oder gleiche Steuerkraft bei 62 Gemeinden) zeigt, dass eine Mehrheit der Gemeinden von der nach wie vor positiven Ertragslage profitieren konnte. Die Differenz zwischen der finanzstärksten und der finanzschwächsten Gemeinde hat gegenüber dem Vorjahr abgenommen und beträgt Fr. 12 953. Die Steuerfussdisparität konnte im Berichtsjahr innerhalb der in § 8 des Finanzausgleichsgesetzes vorgegebenen Spannbreite gehalten werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Instrument des horizontalen Finanzausgleichs. Ziel: Annäherung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden untereinander. Mit dem Fondsbestand werden vorübergehende Schwankungen zwischen Abschöpfungen und Zuschüssen abgefangen.
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	397,2	281,2	377,7	96,6
Beiträge finanzstarker Gemeinden / Steuerkraftausgleich	396,0	280,0	376,3	96,3
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-397,2	-281,2	-377,7	-96,6
Beiträge an finanzschwache Gemeinden / Steuerkraftausgleich	-355,9	-280,0	-321,4	-41,4
Einlagen in Bestandeskonto	-11,3	-1,2	-26,4	-25,2
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	48,5	49,6	74,8	25,2

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +96,3 Die Abschöpfungen bei den finanzstarken Gemeinden richten sich nach dem Kantonsmittel der Steuerkraft des Vorjahres und dem Verhältnis der eigenen Steuerkraft zum Kantonsmittel. Die positive Entwicklung des Kantonsmittels sowie die Steuerkraft in einzelnen finanzstarken Gemeinden weichen von den getroffenen Annahmen ab. Die Abschöpfungen fielen entsprechend höher aus.
- +0,3 Der höhere Fondsbestand führte zu einer gestiegenen Verzinsung.

Aufwand:

- 25,2 Die Einlage in den Fonds ergibt sich aus dem Saldo aus Steuerkraftabschöpfungen, Steuerkraftzuschüssen und dem Beitrag an die Kunstinstitute. Gegenüber dem Budget fielen die Abschöpfungen und Zuschüsse höher aus, was der Einlage entspricht.
- 44,0 Die Zuschüsse an die Gemeinden richten sich nach dem Kantonsmittel der Steuerkraft des Vorjahres. Diese kann zum Zeitpunkt der Budgetierung nur geschätzt werden. Die erfreuliche Entwicklung der Steuererträge hat zu einer Erhöhung der Steuerkraft und damit zu höheren Beiträgen an die Gemeinden mit unterdurchschnittlicher Steuerkraft geführt.
- +2,6 Mehrere Zuschussgemeinden wiesen ein sehr gutes Vermögensverhältnis aus, sodass die Kürzungen der Zuschüsse höher als erwartet ausfielen.
- 30,0 Die Beiträge für die Fachstelle Kultur wurden als Beiträge budgetiert und in der Rechnung als interner Aufwand gebucht.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Erhaltung der gegebenen Strukturen und der finanziellen Eigenständigkeit (Anzahl Gemeinden)	P	95	91	92	1
W2	Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden möglichst tief halten (Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden in %)	P	50	51	49	-2
Leistungen						
L1	Angleichung der Steuerkraft in den Gemeinden zwischen 70% und 90% des Kantonsmittels (Anzahl Gemeinden)	P	95	93	92	-1
L2	Steuerkraftabschöpfung (Anzahl Verfügungen)	P	19	24	20	-4
L3	Steuerkraftzuschuss (Anzahl Gemeinden, Kulturinstitute)	P	94	99	95	-4
L4	Steuerkraftzuschuss (Kürzungen)	P	4	3	8	5

Abweichungsbegründungen

- W1 Der Planwert beim Erhalt der gegebenen Strukturen und der finanziellen Eigenständigkeit wurde um 1 Gemeinde verfehlt. 5 Gemeinden hatten keinen Anspruch auf Steuerkraftausgleichsbeiträge, da ihr Steuerfuss nicht mindestens dem Kantonsmittel entsprach. 65 Gemeinden konnten mit dem Steuerkraftausgleich ihre finanzielle Eigenständigkeit behaupten, während 22 Gemeinden zusätzlich auf Steuerfussausgleichsbeiträge angewiesen waren.
- W2 Mit den budgetierten Abschöpfungen und Zuschüssen im Berichtsjahr wurde der tiefste Steuerfuss auf 73% angesetzt, währenddem der Maximalsteuerfuss bei 122% lag.
- L1 Die Sollvorgabe konnte unterschritten werden. Die Zielnorm gemäss § 8 des Finanzausgleichsgesetzes – 95% (162 Gemeinden) aller Steuerfüsse innerhalb eines bestimmten Bereichs – wurde eingehalten. Die Anzahl Gemeinden mit unterdurchschnittlicher eigener Steuerkraft lag wenig tiefer als angenommen, wobei 5 Gemeinden aufgrund ihres zu tiefen Steuerfusses (unter dem Kantonsmittel von 112%) keinen Anspruch auf Beiträge hatten.
- L2 Die Anzahl Gemeinden mit überdurchschnittlicher Steuerkraft hat gegenüber der Planung abgenommen und ist um 4 Gemeinden tiefer als angenommen. Das Abschöpfungsvolumen ist gegenüber dem Vorjahr ebenfalls etwas zurückgegangen.
- L3 Es wurden Steuerkraftzuschüsse an 87 Gemeinden sowie Beiträge an die Kunstinstitute der Städte Zürich und Winterthur von kantonaler und regionaler Bedeutung ausbezahlt.
- L4 Bei 8 Gemeinden wurden Kürzungen vorgenommen.





Sicherheitsdirektion

Sicher – Sozial – Sportlich

Die Sicherheitsdirektion erfüllt Aufgaben aus den Bereichen:

- öffentliche Sicherheit
- soziale Sicherheit
- Verkehrssicherheit
- Bewältigung von ausserordentlichen Lagen
- Ausländerrecht
- ausserschulischer Sport
- Vollzug von Bundesrecht und kantonalem Recht.

Mit der Erfüllung dieser Aufgaben trägt die Sicherheitsdirektion dazu bei, dass Zürich ein sicherer, sozialer und sportlicher Kanton ist. Eine wachsende Wohnbevölkerung und eine nach wie vor zunehmende Mobilität führten vielfach zu einer Zunahme der Geschäftslast. Überall waren organisatorische Massnahmen gefordert, um diese zu bewältigen. Wiederum galt es aber auch, neue Vorgaben des Bundesrechts und des kantonalen Rechts zeit- und sachgerecht umzusetzen.

Lösungen für einen Kanton im Wachstum

Die Kantonspolizei kann den ausgewiesenen Sicherheitsbedürfnissen nur mit einem genügenden Personalbestand gerecht werden. Mit der Realisierung einer vierten Polizeischulklasse wird die Erreichung des Sollbestandes beschleunigt. Ebenso wichtig ist die Zusammenarbeit aller Polizeien im Kanton. Dem dient die Schaffung des gemeinsam mit der Stadtpolizei betriebenen Forensischen Instituts Zürich, das im März seinen Betrieb aufnahm. Und planmässig fortgeführt wurden die Vorarbeiten für den Start der Zürcher Polizeischule im Jahre 2012.

Im Migrationsamt wurde eine Überprüfung der Prozesse im Bewilligungsverfahren durchgeführt. Mit einem vollständigen Übergang zu elektronischen Dossiers sollen nun die Durchlaufzeiten gesenkt und die internen Abläufe verbessert werden.

Eine Studie über das Sportverhalten der Migrationsbevölkerung zeigte die Bedeutung des Integrationspotenzials des Sports für diese grosse Bevölkerungsgruppe auf. Grossanlässe können bekanntlich Motor sein, um zu eigener sportlicher Betätigung zu motivieren. Erfreulich ist es deshalb, dass die Leichtathletik-Europameisterschaften 2014 nach Zürich vergeben wurden.

Umsetzung von Bundesrecht

Die Umsetzungsarbeiten für die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) wurden fortgesetzt. Namentlich im Sozialbereich sind die Auswirkungen erheblich. Eine wichtige Aufgabe des Kantons ist die Förderung der Eingliederung invalider Personen. Ein entsprechendes Konzept hat der Bundesrat Ende Dezember genehmigt.

Von grosser Tragweite ist die neue Schweizerische Strafprozessordnung. In enger Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft wurde die Umsetzung vorbereitet und die notwendige Schulung durchgeführt.

Um das Ausweisrecht des Bundes umzusetzen, nahm Ende Februar das Kantonale Erfassungszentrum für biometrische Pässe den Betrieb auf. Und in Angriff genommen wurden die Arbeiten, um künftig den biometrischen Ausländerausweis für Drittstaatenangehörige auszustellen.

Interne Reorganisationen

Nachdem neuerdings die Amtsstellen der Sicherheitsdirektion grundsätzlich im eigenen Namen entscheiden, ist die Direktion in der Regel erste Rekursinstanz. Dies bedingte die Schaffung einer eigenen Rekursabteilung, die schrittweise aus bisherigem Personal des Rechtsdienstes der Staatskanzlei gebildet wird.

Im Rahmen der Umsetzung des neuen Psychiatrischen Versorgungskonzeptes sind die Wohnheime Hardoskop und Tilia sowie die Werkstätte Hardundgut aus der Gesundheitsdirektion herausgelöst worden und in die Sicherheitsdirektion (Kantonales Sozialamt) übergegangen.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	938,7	962,3	975,9	13,5
Aufwand	-1 795,3	-1 917,5	-1 862,7	54,9
Kreditübertragungen aus 2009		-0,9		
Saldo	-856,6	-955,2	-886,8	68,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen	11,4	2,5	2,7	0,1
Ausgaben	-53,3	-62,5	-36,3	26,3
Kreditübertragungen aus 2009		-9,0		
Saldo	-41,9	-60,0	-33,6	26,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	3 893,7	4 197,9	4 096,7	-101,2

Erfolgsrechnung

Der Ertrag steigt im Vergleich zum Budget 2010 um 13,5 Mio. Franken oder 1,4%.

Wichtigste Ursachen:

- +7,3 Mehrertrag vom Bund beim Sozialamt für wirtschaftliche Hilfe für Flüchtlinge (+12,7 Mio. Franken), teilweise kompensiert mit durchlaufenden Beiträgen im Rahmen des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG) (-4,1 Mio. Franken) und Bundesbeitrag für Nothilfe (-1,3 Mio. Franken)
- +4,9 Höhere Rückerstattungen des Bundes beim Sozialamt für Asylaufgaben (+7,4 Mio. Franken), teilweise kompensiert mit durchlaufenden Bundesbeiträgen (-2,5 Mio. Franken)
- +4,0 Mehrertrag aus Verkehrsabgaben infolge höheren Fahrzeugbestands
- +1,5 Höherer Anteil Wehrpflichtersatz
- +1,4 Mehrertrag bei der Kantonspolizei aus Entschädigungen des Bundes für zusätzliche Leistungen sowie Auflösung passivierter Investitionsbeiträge gemäss IPSAS
- +1,4 Höherer Ertrag beim Alkohol- und Lotteriespielsuchtfonds aus Bruttospielerträgen der Lotterieunternehmen
- 7,0 Ertragszunahme bei der Kantonspolizei geringer als geplant

Der Aufwand sinkt im Vergleich zum Budget 2010 um 54,9 Mio. Franken oder 2,9%.

Wichtigste Ursachen:

- +28,5 Minderaufwand beim Sozialamt für Invalideneinrichtungen einschliesslich ausserkantonaler Heimaufenthalte (NFA-bedingte fehlende Erfahrungswerte)
- +12,1 Minderaufwand beim Sozialamt für wirtschaftliche Hilfe (+20,4 Mio. Franken), teilweise kompensiert durch wirtschaftliche Hilfe für Flüchtlinge und für Nothilfe (-7,7 Mio. Franken)
- +7,6 Minderaufwand im Sachaufwand der Kantonspolizei (u. a. infolge Projektverzögerungen und Einsparungen im Informatikbereich)
- +7,4 Minderaufwand im Sportfonds infolge weniger Auszahlungsgesuche für zugesicherte Beiträge an Sportanlagen im Rahmen des Kantonalen Sportanlagenkonzepts (KASAK)

Investitionsrechnung

Die Investitionsausgaben fallen im Vergleich zum Budget 2010 um 26,3 Mio. Franken oder 42,1% besser aus.

Wichtigste Ursachen:

- +8,5 Minderausgaben bei der Kantonspolizei, v.a. aufgrund diverser Projektverzögerungen (Projekt Polycom) sowie Einsparungen und Projektverzichte (u.a. Informatikbereich)
- +6,6 Weniger Investitionsbeiträge beim Sozialamt aufgrund verzögerter Baufortschritte bei Invalideneinrichtungen
- +5,1 Minderausgaben beim Strassenverkehrsamt aufgrund von Projektverzögerungen (u.a. Hochbaubereich)
- +4,8 Minderausgaben infolge Verzögerung beim Neu- und Umbau des Übungsdorfs Andelfingen (AMZ-Projekt Nr. 3400.001)

Personal

Der Beschäftigungsumfang fällt im Vergleich zum Budget 2010 um 101,2 Stellen bzw. 2,4% tiefer aus als geplant.

Wichtigste Ursachen:

- 86 Bei der Kantonspolizei konnte die geplante Erhöhung des Beschäftigungsumfangs nicht im vorgesehenen Umfang erreicht werden.
- 9 Beim Migrationsamt war im Rahmen der Budgetierung für die Einführung der Biometrie-Erfassung beim Ausländerausweis zusätzliches Personal ab April des Berichtsjahres vorgesehen. Diese Stellen wurden wegen der bundesprojektbedingten Verzögerung erst Ende des Berichtsjahres besetzt.
- 6 Nichtbesetzung bzw. verzögerte Besetzung vakanter Stellen bei anderen Amtsstellen

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2010	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Ersatz Funknetz (Polycom)*	1,7	33,5	29,2	4,3
Übrige Investitionen	34,6			
Investition	36,3			

* ohne Funkgeräte

Leistungsgruppen

3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben

Hauptereignisse

Die Leistungsgruppe ist unterteilt in das Generalsekretariat als Direktionsstab, in die Zentralen Vollzugsaufgaben, die sich aus dem Passbüro, der Fachstelle Sport, dem Schalter Gewerbebewilligungen und Beglaubigungen und dem Eichamt zusammensetzen, sowie neu in die Rekursabteilung.

Für das Generalsekretariat standen auch im Berichtsjahr die Führungsunterstützung für den Direktionsvorsteher im gesamten Aufgabenbereich der Direktion und das Koordinieren der Aufgabenerfüllung der unterstellten Amtsstellen im Vordergrund. Einzelne Gesetzgebungsvorhaben erfolgten unter der federführenden Bearbeitung durch das Generalsekretariat (Polizeigesetzgebung, Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an übergeordnetes Recht). Das Generalsekretariat vertrat zudem die Direktion in verschiedenen direktionsübergreifenden Querschnittprojekten namentlich in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik und Infrastruktur.

Am 24. Februar hat das kantonale Erfassungszentrum für biometrische Pässe in der Liegenschaft Sihlquai 253 in Zürich den Betrieb aufgenommen. Nach der Behandlung entsprechender Vorstösse im Bundesparlament ist offen, ob die Verfahren für die Ausstellung der nichtbiometrischen Identitätskarte und des biometrischen Passes auf den 1. März 2012 zusammenzulegen sind. Diese Zusammenlegung würde zusätzliche Kapazitäten des Kantons erforderlich machen.

Im Bereich Sport stand die Vergabe der Leichtathletik-Europameisterschaften 2014 nach Zürich im Fokus. Die Sicherheitsdirektion wirkte aktiv bei der Kandidatur mit. Gemeinsam mit der Fachstelle für Integrationsfragen der Direktion der Justiz und des Innern wurden erstmals Ergebnisse über das Sportverhalten der Migrationsbevölkerung veröffentlicht. Diese verdeutlichen das Integrationspotenzial des Sports, zeigen aber auch, dass die Migrationsbevölkerung weniger aktiv ist. Bei «J+S-Kids», dem Programm von Jugend + Sport für Kinder zwischen fünf und zehn Jahren, konnte die Anzahl Kurse verzehnfacht werden. Die Fachstelle Sport beteiligte sich zudem mit verschiedenen Projekten am kantonalen Aktionsprogramm «Leichter leben» zur Stabilisierung des Übergewichts (LZ RR 17.4).

Am 1. Juli des Berichtsjahres hat die neu geschaffene Rekursabteilung der Sicherheitsdirektion den Betrieb aufgenommen. Sie wird schrittweise aus bisherigem Personal des Rechtsdienstes der Staatskanzlei gebildet. Die Rekursabteilung behandelt im Auftrag des Sicherheitsdirektors Rekurse gegen Verfügungen der Amtsstellen der Sicherheitsdirektion, wobei Verfügungen im Ausländer- und Asylrecht (Migrationsamt) sowie im Strassenverkehrsrecht (Strassenverkehrsamt) im Vordergrund stehen. Die entsprechenden Rekurse waren vorgängig durch den Regierungsrat behandelt worden, nachdem die Amtsstellen der Sicherheitsdirektion damals noch grundsätzlich im Namen der Direktion verfügten.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Unterstützung des Direktionsvorstehers und der Amtsstellen. Politische Lagebeurteilung und Planung («Think-Tank»)
A2	Koordination der Aufgabenerfüllung der unterstellten Ämter
A3	Sicherstellen eines einheitlichen, kompetenten Auftretens der Direktion nach aussen
A4	Gewerbepolizeiliche Bewilligungen, Bewilligung von Lotterien, Unterschriften-Beglaubigungen, Messwesen
A5	Bearbeitung von Ausweisgeschäften (Pässe und Identitätskarten) sowie Ausstellung von provisorischen Pässen
A6	Wahrnehmung und Koordination der kantonalen Aufgaben im Bereich des ausserschulischen Sports

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Optimierung Führungsunterstützung, Dienstleistungen gegenüber Ämtern, Koordination bei amts- und direktionsübergreifenden Aufgaben Planmässig	laufend
E2	Umsetzung von Grundlagen im Bereich Sport (sportpolitisches Konzept des Kantons, Sportanlagenkonzept) Planmässig	laufend
E3	Abschluss des Pilotprojektes Pass06 (biometrischer Pass) und ab März des Berichtsjahres flächendeckende Einführung (gemäss Bundesvorgaben) Abgeschlossen	2010
E4	Zusammenlegung der Verfahren zur Ausstellung von biometrischen Pässen und von Identitätskarten (gemäss Bundesvorgaben) Sistiert Nach der Behandlung entsprechender Vorstösse im Bundesparlament ist offen, ob die Verfahren für die Ausstellung der nichtbiometrischen Identitätskarte und des biometrischen Passes auf den 1. März 2012 zusammenzulegen sind. Diese Zusammenlegung würde zusätzliche Kapazitäten des Kantons erforderlich machen.	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2009

B 2010

R 2010

Abweichung
von B 2010

Erfolgsrechnung

Ertrag	12,9	15,0	15,3	0,3
Aufwand	-16,4	-19,0	-19,6	-0,6
Saldo	-3,5	-3,9	-4,3	-0,3

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben	-0,4	-2,0	-3,4	-1,4
Kreditübertragungen aus 2009		-1,4		
Saldo	-0,4	-2,0	-3,4	-1,4

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	46,7	63,8	64,7	0,9
----------------------------------	------	------	------	-----

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

Ertrag:

+0,4 Mehrertrag Beglaubigungen, J+S-Lager und -Leiterkurse sowie Verrechnung von IT-Dienstleistungen

-0,1 Minderertrag aus Ausweisgeschäften im Passbüro

Aufwand:

-1,0 Höherer Personal- und Sachaufwand, insbesondere im Passbüro

+0,3 Niedrigere Vorjahresinvestitionen haben tiefere kalkulatorische Zinsen und Abschreibungen zur Folge.

+0,1 Tiefere anteilmässige Ablieferung an den Bund aus Ausweisgeschäften im Passbüro

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

Ausgaben:

-2,1 Technische, IPSAS-bedingte Buchung ohne Mittelabfluss aus der Investitionsrechnung (vom Vermieter mitgetragene Grundausbaukosten im Passbüro)

Zum Zeitpunkt der Budgetierung war die Anwendung der relevanten IPSAS-Richtlinien noch nicht abschliessend geregelt.

+0,7 Projektbedingte Verzögerung von Informatikausgaben

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

Gestaffelte Übernahme des Personals von der Rekursabteilung der Staatskanzlei

Indikatoren						
	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Gesetzeskonformer Aufgabenvollzug					
W2	Zufriedenheit mit der Leistungserstellung (direktionsintern und -extern)					
Leistungen						
L1	Anzahl durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB (A1-3)	P	148	150	123	-27
L2	Fristgerechte Bearbeitung von parlamentarischen Vorstößen und Vernehmlassungen (in %) (A1-3)	P	100	100	100	0
L3	Anzahl gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Lotterien (A4)	P	1 274	1 200	1 268	68
L4	Anzahl Beglaubigungen (A4)	P	29 417	26 000	29 653	3 653
L5	Anzahl Ausweisgeschäfte (A5)	P	197 743	210 000	213 454	3 454
L6	Anzahl Teilnehmende Jugend + Sport-Kaderbildungskurse (Coachaus- und -fortbildung sowie Leiteraus- und -fortbildung) (A6)	P	2 309	2 100	2 519	419
L7	Anzahl abgerechnete Jugend + Sport-Kurse (A6)	P	6 882	6 400	7 527	1 127
L8	Anzahl geeichte/geprüfte Messmittel (A4)	P	16 383	15 000	15 442	442
L9	Anzahl statistisch geprüfte Fertigpackungs-Lose (A4)	P	1 886	1 800	1 891	91
Wirtschaftlichkeit						
B1	Anteil Mitarbeitende Führungsunterstützung am Gesamtpersonalbestand der Direktion (in %) (Beschäftigungsumfang)		0,5	0,5	0,5	0
B2	Anteil Sachaufwand Führungsunterstützung am Sachaufwand der Direktion (in %)		0,4	0,4	0,6	-0,2
Leistungen						
L1	Anzahl durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB: Weniger Beschlüsse, vor allem im Bereich Ordnungsbussen auf Gemeindeebene					
L4	Anzahl Beglaubigungen: Mehr Beglaubigungen als erwartet; die Auswirkungen der Wirtschaftskrise waren weniger gravierend als zum Zeitpunkt der Budgetierung angenommen.					
L6	Anzahl Teilnehmende Jugend + Sport-Kaderbildungskurse (Coachaus- und fortbildung sowie Leiteraus- und -fortbildung): Mehr Teilnehmende an Aus- und Fortbildungskursen infolge erweiterten Jugend + Sport-Kursangebot mit mehr Anmeldungen					
L7	Anzahl abgerechnete Jugend + Sport-Kurse: Mehr Anmeldungen für Jugend + Sportkurse aufgrund des erweiterten Kursangebots					
Wirtschaftlichkeit						
B2	Anteil Sachaufwand Führungsunterstützung am Sachaufwand der Direktion (in %): Geringerer Sachaufwand der Direktion					
Rücklagen						
	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand	
Rücklagen	50 056.35	-40 326.27	0.00	9 730.08	-40 326.27	

3100 Kantonspolizei

Hauptereignisse

Im Rahmen eines Projekts und in enger Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft wurden die Umsetzung der neuen Schweizerischen Strafprozessordnung vorbereitet und inhaltliche, organisatorische sowie infrastrukturelle Fragen geklärt. Durch intensive Schulungsmassnahmen wurden alle Angehörigen des Korps auf die Einführung bzw. Anwendung der neuen Strafprozessordnung vorbereitet.

Die Massnahmen zur Erreichung des Sollbestandes im Polizeikorps wurden umgesetzt. Neben der Intensivierung der Personalwerbung wurde im März eine vierte Polizeischule umgesetzt.

Im Projekt «Polizeiwissenschaften Zürich» sind die Kriminaltechnische Abteilung der Kantonspolizei Zürich und der Wissenschaftliche Dienst der Stadtpolizei Zürich im März zum Forensischen Institut Zürich zusammengeführt worden. Die Projektarbeiten im Hinblick auf die rechtliche Verselbstständigung verlaufen plangemäss.

Die Projektarbeiten zur Zusammenführung der beiden Polizeischulen der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Zürich zur «Zürcher Polizeischule» (ZHPS) konnten im Frühjahr gestartet werden und verlaufen planmässig. Die ZHPS soll ihren Betrieb im März 2012 aufnehmen und ab diesem Zeitpunkt die Ausbildung der Aspirantinnen und Aspiranten der Kantonspolizei Zürich, der Stadtpolizei Zürich und der Stadtpolizei Winterthur sowie der Kommunalpolizeien im Kanton Zürich sicherstellen.

Der Objektkredit für den Bau des Polizei- und Justizzentrums wurde im Kantonsrat abgelehnt, was zur Folge hat, dass die Planungen bezüglich des zukünftigen Standorts der zentralen Einheiten der Kantonspolizei wieder offen sind. Vordringlich zu klären ist die Situation der Gefängnisplätze.

Durch die Eröffnung der A4 im Zürcher Weinland konnte die Verkehrssicherheit in einem unfallträchtigen Strassenabschnitt deutlich verbessert werden. Die dritte Bauetappe der Glattalbahn wurde im Dezember in Betrieb genommen. Im Rahmen einer Einsatzübung hat sich die Kantonspolizei auf die Bewältigung eines potenziellen Grossereignisses auf diesem neuen Verkehrsträger (Tram) in ihrem Zuständigkeitsbereich gezielt vorbereitet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Durchsetzen der Rechtsordnung
A2	Prävention (sichtbare Präsenz, Beratung und Information)
A3	Aufrechterhaltung/Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung
A4	Ermittlung/Aufklärung/Strafverfolgung
A5	Schutz von Menschen und Sachwerten vor kriminellen Handlungen, polizeiliche Ermittlungen bei strafbaren Handlungen
A6	Grenzkontrolle im Flughafen Zürich

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Schaffung einer Verordnung über die Führungsorganisation in ordentlichen und ausserordentlichen Lagen sowie Einbindung von Partnerorganisationen im Rahmen von Übungen Planmässig Die Verordnung wurde im Dezember des Berichtsjahres durch den Regierungsrat verabschiedet. Mit den Partnerorganisationen sind 2011 weitere Übungen eingeplant.	bis 2010
----	---	-------------

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E2	Umsetzung des Polizeigesetzes Planmässig Anpassungen unter anderem aufgrund Bundesgerichtsentscheid zum Polizeigesetz sind ausstehend.	2010
E3	Entstehung rechtsfreier Räume und Verslumung vermeiden (LZ RR 16.1) Planmässig Durch zielgerichtete Schwerpunktbildung der Kantonspolizei wird die Voraussetzung für rasche Interventionen geschaffen. Zwingende Voraussetzung dafür ist, dass das entsprechende Personal zur Verfügung steht (Annäherung an den Sollbestand).	2010
E4	Grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit verstärken und die Abläufe zwischen Justiz und Polizei harmonisieren (LZ RR 16.2) Planmässig Gemeinsame Aktionen und Weiterbildungsveranstaltungen der Kantonspolizei mit anderen kantonalen Polizeikorps sowie Stadt- und Gemeindepolizeien des Kantons Zürich führten zur angestrebten intensiveren Zusammenarbeit und stellen die rasche gegenseitige Unterstützung sicher. Die angestrebte örtliche Zusammenlegung von Spezialstaatsanwaltschaften und Spezialabteilungen der Kantonspolizei ist nach der Ablehnung des Objektkredits zum Bau des Polizei- und Justizentrums infrage gestellt.	2010
E5	Umsetzung der Schengen/Dublin-Abkommen in den Bereichen Asyl, Visa und Polizeikooperation (u.a. Fahndungssystem) Planmässig Die Umsetzung ist erfolgt. Optimierungsmassnahmen werden im Bereich der Abläufe erarbeitet und umgesetzt. Aufgrund der weiterhin zunehmenden Passagierzahlen im Flughafen Zürich und der steigenden Kontrollaufgaben an der Schengen-Aussengrenze (z.B. Visa-Kontrollen) hat die personelle Belastung der Flughafenpolizei deutlich zugenommen. Zu prüfen ist, ob die dringend benötigte Entlastung des Polizeikorps durch spezifisch geschulte Sicherheitsassistentinnen/-assistenten erreicht werden kann.	2010
E6	Umsetzung der Eidg. Strafprozessordnung (Umschulung, Änderung Prozessabläufe, neue Schnittstellen) Planmässig Die Umsetzung der Schweizerischen Strafprozessordnung wurde im Rahmen eines Projekts vorbereitet. Die Mitarbeitenden wurden im Hinblick auf die Anwendung der Eidg. Strafprozessordnung systematisch geschult, die zusätzlichen Anforderungen im Bereich der Infrastruktur (Informatik und Räume) wurden umgesetzt. Die Umsetzung wird in Zusammenarbeit mit der Justiz systematisch evaluiert.	2011
E7	Gesamtkonzept Prävention, Vernetzung und Umsetzung Planmässig Das Gesamtkonzept Prävention liegt vor. Die Umsetzung der Präventionsaktivitäten erfolgt 2011 in engem Kontakt mit den lokalen Partnern.	2011
E8	Umsetzung des Projektes Schwerpunktbildung Kriminalitätsbekämpfung gemäss RR-Entscheid Planmässig Im Themenbereich Internetkriminalität konnten die Vorarbeiten abgeschlossen werden. Das Projekt zur Erarbeitung eines Konzepts zur Bekämpfung der Internetkriminalität (Kompetenzzentrum) wurde gestartet. Im Bereich der Vermögensabschöpfung wird eine neue Arbeitsmethodik für komplexe Fälle der Vermögens-einziehung erarbeitet. Die Arbeiten erfolgen in enger Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft und der Stadtpolizei Zürich.	2013

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	159,2	169,7	162,9	-6,8
Aufwand	-500,6	-514,5	-508,2	6,3
Kreditübertragungen aus 2009		-0,9		
Saldo	-341,4	-344,8	-345,3	-0,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen	9,6	0,1	0,4	0,3
Ausgaben	-26,7	-21,6	-13,1	8,5
Kreditübertragungen aus 2009		-5,7		
Saldo	-17,1	-21,5	-12,6	8,9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	3 136,4	3 266,3	3 180,2	-86,1

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

Ertrag:

- 7,0 Minderertrag: Ertragszunahme geringer als geplant
- 1,0 Minderertrag: Zunahme Bussenerlös geringer als geplant
- +1,4 Mehrertrag: Entschädigungen des Bundes für zusätzliche Leistungen der Kantonspolizei (+0,8 Mio. Franken) sowie Auflösung passivierter Investitionsbeiträge gemäss IPSAS (+0,6 Mio. Franken)

Aufwand:

- +7,6 Minderaufwand: Tieferer Sachaufwand, vor allem Projektverzögerungen und allgemeine Einsparungen im Informatikbereich (+3,7 Mio. Franken), weniger Unterhaltskosten (+0,8 Mio. Franken), geringere Mehrwertsteuerabgaben (+0,7 Mio. Franken), tiefere Planungs- und Projektierungskosten (+0,6 Mio. Franken), weniger Dienstleistungen Dritter (+0,5 Mio. Franken) und Einsparungen bei Mietkosten (+0,5 Mio. Franken)
- +1,2 Minderaufwand: Tiefere Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen
- 2,6 Mehraufwand: Höherer Personalaufwand als geplant, unter anderem IPSAS-bedingte Rückstellungen sowie Dolmetscherkosten

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

Einnahmen:

- +0,3 Mehreinnahmen: Höhere Zahlung des Bundes an das Projekt Polycom

Ausgaben:

- +8,5 Minderausgaben: Aufgrund von diversen Projektverzögerungen (u. a. Antennenanlagen Projekt Polycom) verschieben sich etliche Teilzahlungstermine auf 2011; Einsparungen und Projektverzichte unter anderem im Informatikbereich

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

Der geplante Beschäftigungsumfang konnte nicht erreicht werden (Korps -44, Sicherheitsbeauftragte Flughafen -31, Zivilangestellte -12)

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Relative Entwicklung Anzahl Verstösse (vgl. Kantone BE, GE, SG [in %])	P	-	0		
W2	Positive Zufriedenheit Bürger mit Kontakt, Befragung (in %)	min.	95	85	91	6
W3	Durchschnittliche Interventionszeit bei Notrufen (in Min.; A1)	max.	18	20	23	3
W4	Anteil Interventionszeit über 30 Min. (in %; A1)	max.	14	10	15	5
W5	Aufklärungsquote (alle Delikte [in %]; A4)	min.	38	30	41	11
W6	Aufklärungsquote (schwere Delikte: Verbrechen gegen Leib und Leben [in %]; A4)	min.	80	81	81	0
Leistungen						
L1	Anzahl Spezialkontrollen (z. B. Schwerverkehrs- und Schwerpunktkontrolle; A1)	P	60	70	101	31
L2	Anzahl Aktivitäten Verkehrsinstruktion (Unterricht, Aktionen; A2)	P	7 796	7 500	7 938	438
L3	Anzahl Notrufe (A5)	P	177 086	200 000	166 058	-33 942
L4	Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen (A1)	P	74 509	65 000	75 660	10 660
L5	Anzahl Interventionen pro Korpsangehörigen (A1)	P	49	44	51	7
L6	Anzahl Verkehrsunfälle (ohne Städte Zürich und Winterthur; A3)	P	8 695	8 500	8 782	282
L7	Anzahl Ordnungsdienst-Stunden (A3)	P	36 644	35 000	32 275	-2 725
L8	Anzahl Geschwindigkeitskontrollen (A1)	P	2 414	2 500	2 475	-25
L9	Anzahl erfasste Straftaten (A4)	P	136 887	150 000	126 000	-24 000
L10	Anzahl erfasste Straftatverdächtige (A4)	P	-	34 000	23 457	-10 543
L11	Anzahl Ordnungsbussen (A1)	P	87 384	100 000	77 180	-22 820
L12	Anzahl Arrestanteneingänge (A4)	P	11 116	11 500	10 737	-763
L13	Anzahl Arrestantentransporte (A4)	P	42 012	41 000	39 520	-1 480
L14	Anzahl Patrouillenstunden der Flughafenpolizei (A2)	P	199 465	233 000	208 301	-24 699
L15	Anzahl sicherheitskontrollierte Passagiere, Mio. (A3)	P	11,0	10,3	11,4	1,1
L16	Anzahl sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck (A3)	P	10 941	11 000	64 653	53 653
L17	Anzahl Ausschaffungen auf dem Luftweg (A1)	P	5 283	5 200	6 237	1 037
Wirtschaftlichkeit						
B1	Budgetunterschreitung Erfolgsrechnung (in %)	P	-0,2	0	-0,4	-0,4

Abweichungsbegründungen

W1	Relative Entwicklung Anzahl Verstösse: Werte der Vergleichskantone waren zum Zeitpunkt der Abgabe des Geschäftsberichts im Berichtsjahr noch nicht bekannt.
W2	Positive Zufriedenheit Bürger mit Kontakt, Befragung: Im Rechnungsjahr 2010 wurden Beteiligte an Verkehrsunfällen befragt.
W4	Anteil Interventionszeit über 30 Minuten: Der Wert liegt auf annähernd gleichem Niveau wie 2009.
W5	Aufklärungsquote alle Delikte: Infolge Umstellung auf die neue Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundes (PKS) können Budget- und Rechnungswert nicht verglichen werden.
W6	Aufklärungsquote schwere Delikte: Infolge Umstellung auf die neue Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundes (PKS) können Budget- und Rechnungswert nicht verglichen werden.
L1	Anzahl Spezialkontrollen: Intensivierung der Spezialkontrolltätigkeiten (gezielte Schwerverkehrs- und Schwerpunktkontrollen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit)
L2	Anzahl Aktivitäten Verkehrsinstruktion: Die Aktivitäten wurden im Sinne der Prävention intensiviert.
L3	Anzahl Notrufe: Die Anzahl der Notrufe ist rückläufig, da weniger Mehrfachanrufe via Mobiltelefone erfolgen.
L4	Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen: Wert auf Vorjahresniveau. Entwicklung zur «24-Stunden-Gesellschaft»
L5	Anzahl Interventionen pro Korpsangehöriger: Aufgrund der gestiegenen Anzahl Interventionen und des Unterbestands im Korps ist eine Zunahme zu verzeichnen.
L7	Anzahl Ordnungsdienst-Stunden: Weniger Anlässe mit Ordnungsdienstaufgebot
L8	Anzahl Geschwindigkeitskontrollen: Der Kontrolldruck auf den Strassen konnte trotz Unterbestand im Korps auf Niveau Vorjahr gehalten werden.
L9	Anzahl erfasste Straftaten: Infolge Umstellung auf die neue Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundes (PKS) können Budget- und Rechnungswert nicht verglichen werden.
L10	Anzahl erfasste Straftatverdächtige: Infolge Umstellung auf die neue Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundes (PKS) können Budget- und Rechnungswert nicht verglichen werden.
L11	Anzahl Ordnungsbussen: Die Anzahl Ordnungsbussen hat sich gegenüber dem Vorjahr verringert. Die Kommunalpolizeien haben ihre Tätigkeit im Bereich Ordnungsbussen weiter intensiviert. Zudem ist der Rückgang eine Folge des Unterbestands im Korps der Kantonspolizei.
L13	Anzahl Arrestantentransporte: Die Anzahl Arrestantentransporte konnte durch weitere Optimierung des Transportdienstes reduziert werden.
L14	Anzahl Patrouillenstunden: Mehr Patrouillenstunden als im Vorjahr, aber weniger als geplant infolge Unterbestand bei der Flughafenpolizei.
L15	Anzahl sicherheitskontrollierte Passagiere: Die Zahl der Passagiere im Flughafen Zürich weist weiterhin steigende Tendenz auf (trotz Einstellung Flugbetrieb während Vulkanausbruch).
L16	Anzahl sichergestellte gefährliche Gegenstände im reg. Gepäck: Der Katalog der erfassten Gegenstände wurde erweitert.
L17	Anzahl Ausschaffungen auf dem Luftweg: Dieser Leistungsindikator kann von der Kantonspolizei nur marginal beeinflusst werden. Für die Ausschaffungsverfügungen sind das Bundesamt für Migration (Asylgesetz) und die kantonalen Migrationsämter (Ausländergesetz) zuständig.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	2 603 000	-605 000	0	1 998 000	-605 000

Auflösung von Rücklagen 2010: Total Fr. 605 000

– davon Fr. 578 000 für die Beschaffung von Waffenholstern

3200 Strassenverkehrsamt

Hauptereignisse

Das Strassenverkehrsamt befindet sich nach wie vor in einem Spannungsfeld zwischen den hohen Kundenerwartungen an einen modernen Dienstleistungsbetrieb einerseits und steigenden Geschäftszahlen andererseits. Der Bestand der Strassenfahrzeuge hat sich innerhalb des letzten Jahres weiterhin erhöht, nämlich um 1,3% von 871 969 auf 883 573 Fahrzeuge. Nur dank der ständigen Überprüfung und Verbesserung der Prozesse und des Einsatzes moderner Hilfsmittel lassen sich weitere Effizienzsteigerungen erzielen, mit denen die wachsende Geschäftslast mit unverändertem Personalbestand bearbeitet werden kann. Dass dies gut gelungen ist, zeigt das Ergebnis der im März durchgeführten Kundenumfrage. In allen wichtigen Geschäftsfeldern attestiert die Kundschaft dem Strassenverkehrsamt eine hohe Arbeitsqualität, gepaart mit Zuverlässigkeit und Freundlichkeit.

Im Bereich der technischen Verkehrssicherheit sind in allen Prüfbereichen (theoretische und praktische Führerprüfungen, Fahrzeugprüfungen) leicht höhere Zahlen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Die höhere Produktivität der Verkehrsexperten wurde durch weniger Ausfalltage wegen Unfall oder Krankheit möglich.

Im Bereich der administrativen Verkehrssicherheit ist eine ähnliche Entwicklung festzustellen. Das Total der Geschäftsfälle hat ebenfalls zugenommen. Durch die leichte Abnahme des Personalbestandes ergibt sich eine höhere Arbeitsmenge pro Mitarbeitenden. Bei Betrachtung von einzelnen Sektoren zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen. Der rückläufige Umtausch des blauen Führerausweises in einen Führerausweis im Kreditkartenformat konnte durch die Ausstellung von unbefristeten Ausweisen nach Ablauf der dreijährigen Probezeit (Zwei-Phasen-Ausbildung) nicht mehr ganz kompensiert werden. Erfreulich ist der leichte Rückgang der Versicherungsgeschäftsfälle, bedeutet dies doch, dass die Fahrzeughalterinnen und -halter ihrer Prämienzahlungspflicht grösstenteils nachkommen. Die mengenmässige Mehrarbeit ergibt sich hauptsächlich aus den Fahrzeugzulassungen, bei denen die Einlösung von Neuwagen gegenüber dem Vorjahr spürbar zugenommen hat.

Im Bereich der Massnahmen hat sich bei den administrativ-rechtlichen Anordnungen mengenmässig keine Verschiebung ergeben. Die einheitliche Beurteilung der polizeilich rapportierten Verkehrsregelverletzungen bleibt anspruchsvoll und zeitintensiv. Das Gleiche gilt für die verkehrsmedizinischen Befunde, die für die Führerausweisinhaberinnen und -inhaber in leicht verständliche Auflagen umgesetzt werden müssen.

Die zukünftige Herausforderung wird sein, den hohen Standard bezüglich Leistungsbereitschaft und Qualität halten zu können. Dazu beigetragen hat unter anderem das 2009 eingeführte elektronische Archivierungs- und Informationssystem (AIS). Mit dieser modernen Lösung können elektronisch abgelegte Papiere (insbesondere die Fahrzeugprüfberichte) rasch und zuverlässig reproduziert werden. Das AIS eignet sich auch als Qualitätssicherungssystem, wie es vom Bund für die Durchführung von technischen Nachprüfungen gefordert wird, indem künftig die Fahrzeugprüfberichte elektronisch ausgewertet werden können.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugneulenkerinnen und Fahrzeugneulenkern anlässlich der Führerprüfungen
A2	Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung des Fahrzeugzustandes anlässlich der Fahrzeugprüfungen sowie Überprüfung der Konformität mit den Bundesvorschriften
A3	Zulassung von Fahrzeugen, Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern gemäss Bundesvorschriften; Beantwortung von Anfragen
A4	Aufrechterhaltung und Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Anordnung von Administrativmassnahmen nach dem Strassenverkehrsrecht (SVG) gegenüber fehlbaren oder nicht fahrgerechten Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern (Verwarnung, Führerausweisentzug, Verkehrsunterricht usw.)
A5	Kontrollschilderentzüge (fehlende Motorfahrzeugversicherung bzw. geschuldete Verkehrsabgaben), Inkasso kantonaler Verkehrsabgaben und Gebühren sowie der pauschalen Schwerverkehrsabgabe des Bundes (PSVA)

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Optimierung der Verkehrssicherheit (u. a. Umsetzung Neuanforderungen des Bundesamts für Strassen [ASTRA]) Abgeschlossen	bis 2010
E2	Konsequente Einhaltung der Intervalle für periodische Fahrzeugprüfungen, insbesondere bei älteren Fahrzeugen Planmässig Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2011 verschoben.	2010
E3	Keine oder nur minimale Rückstände bei Fahrzeugen, die dem berufsmässigen Personentransport oder dem Transport gefährlicher Güter dienen Planmässig Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2011 verschoben.	2010
E4	Konzentration auf Fälle gravierender Verkehrsregelverletzungen und Rückfalltäter/innen (Administrativmassnahmen) Planmässig Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2011 verschoben.	2010
E5	Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen (umfasst LZ RR 9.1 Anreize zur Verwendung von Motorfahrzeugen mit tieferem Treibstoffverbrauch und geringerem Emissionsausstoss) Planmässig Die Vorlage wurde im April des Berichtsjahres zuhanden des Kantonsrates verabschiedet.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	375,0	374,8	378,9	4,1
Verkehrsabgaben	293,3	292,0	296,0	4,0
Aufwand	-354,3	-353,6	-356,7	-3,1
Übertrag an Strassenfonds	-292,1	-291,1	-294,9	-3,8
Saldo	20,7	21,3	22,3	1,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-2,1	-5,6	-0,4	5,1
Saldo	-2,1	-5,6	-0,4	5,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	344,1	345,0	345,0	0,0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +4,0 Mehrertrag aus Verkehrsabgaben infolge höheren Fahrzeugbestands
- +0,1 Leicht höherer Gebührenertrag dank vermehrter Geschäfte

Aufwand:

- 3,8 Höhere Einlage in den Strassenfonds infolge höheren Fahrzeugbestands
- 0,7 Ausserplanmässige Abschreibung (Übertrag Softwareeigentumsanteil an neu gegründete Viacar AG)
- +1,0 Tieferer Personalaufwand
- +0,4 Tieferer Sachaufwand vor allem Material- und Warenaufwand

Investitionsrechnung

Ausgaben:

- +5,1 Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerungen unter anderem im Hochbaubereich

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Kundenzufriedenheit (Erhebung alle 3–5 Jahre)	min.	–	–	gut	gut
Leistungen						
L1	Theoretische Führerprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen- u. Wasser-Fz.) (A1)	P	235	230	236	6
L2	Praktische Führerprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen- u. Wasser-Fz.) (A1)	P	254	240	257	17
L3	Technische Fahrzeugprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen- u. Wasser-Fz.) (A2)	P	1 871	1 800	1 926	126
L4	Anzahl Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer) (A2)	P	496	500	537	37
L5	Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle) (A3)	P	7 424	7 200	7 601	401
L6	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führerzulassung) (A3)	P	4 866	5 300	4 960	–340
L7	Anzahl eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte (A4)	P	53 494	52 000	54 636	2 636
L8	Anzahl Aufforderungen zu verkehrsmedizinischen Kontrollen (A4)	P	74 169	55 000	65 432	10 432
L9	Verfügte Adm.-Massnahmen (Geschäftsfälle) pro Mitarbeiter/in (A4)	P	2 245	1 600	2 010	410
L10	Anzahl erstellte Rechnungen (Mio.) (A5)	P	1,642	1,600	1,660	0,060
L11	Anzahl erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge) (A5)	P	265 323	256 000	251 669	–4 331
L12	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen) (A5)	P	7 378	6 800	7 721	921
L13	Anzahl Chauffeurfahrten	P	1 655	1 700	1 699	–1
L14	Anzahl Selbstfahrten durch Verwaltungsmitarbeiter/innen	P	6 446	6 000	6 465	465
Wirtschaftlichkeit						
B1	Gesamtaufwand pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds)	P	175 922	178 000	175 079	–2921
B2	Gesamtertrag pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds)	P	237 415	236 000	240 264	4264
Abweichungsbegründungen						
W1	Kundenzufriedenheit: Die für 2009 geplante Kundenumfrage erfolgte erst im 1. Quartal 2010. Das Image des Strassenverkehrsamts hat sich erneut verbessert und kann in allen Bereichen als gut bis sehr gut bezeichnet werden.					
L3	Technische Fahrzeugprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen- und Wasser-Fz.): Aufgrund der bilateralen Verträge müssen schwere Fahrzeuge (LKW usw.) in kürzeren Intervallen geprüft werden.					
L5	Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle): Mehr Geschäftsfälle mit tieferem Personalbestand					
L6	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führer-Zulassung): Dank der Weiterentwicklung der Internetseiten (E-Government/Formulare) des Strassenverkehrsamts konnten die Anfragen trotz höheren Fahrzeugbestands reduziert werden.					
L7	Anzahl eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte: Die Menge der eingegangenen Polizeirapporte ist u. a. abhängig von der polizeilichen Schwerpunktbildung.					
L8	Anzahl Aufforderungen zu verkehrsmedizinischen Kontrollen: Deutlicher Anstieg infolge Systemänderung im Aufgebotswesen und demografischer Entwicklung					
L9	Verfügte Adm.-Massnahmen (Geschäftsfälle) pro Mitarbeiter/in: Mehr verarbeitete Geschäftsfälle als geplant					
L11	Anzahl erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge): Optimierung der Mahnläufe (Einsparung bei Druck- und Portokosten)					
L12	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen): Höhere Anzahl beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	582 332	-254 242	+300 000	628 090	+45 758

Auflösung von Rücklagen 2010: Total Fr. 254 242

– davon Fr. 55 000 für die Förderung des Fahrsicherheitsverhaltens

Bildung von Rücklagen 2010

Die Produktivität in den Bereichen der administrativen und der technischen Verkehrssicherheit konnte gegenüber Budget und Vorjahr weiter gesteigert werden, was zu Mehreinnahmen führt.

Im Finanz- und Rechnungswesen konnten trotz personeller Kapazitätsengpässe der gesamte In- und Output aufrechterhalten und die Debitorenverluste weiterhin auf sehr tiefem Niveau gehalten werden.

Ausserhalb des Tagesgeschäfts wurden wichtige Projekte erfolgreich abgeschlossen oder weiterentwickelt (z. B. Erweiterung Archivierungssystem, Initialisierung Migration Windows 7, Migration Lotus Notes Version 8.5).

3300 Migrationsamt

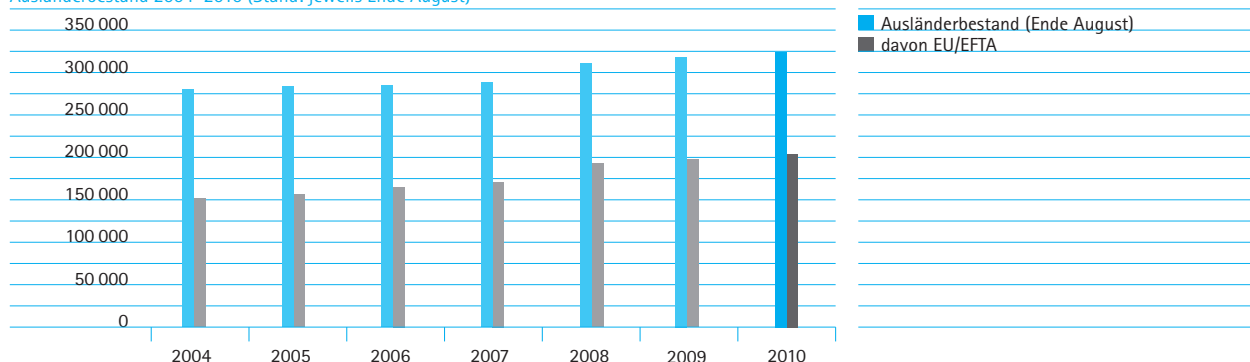
Hauptereignisse

Das Berichtsjahr war geprägt durch die sich fortsetzende Zuwanderung sowie von den Auswirkungen der Assoziierung der Schweiz an die Abkommen von Schengen und Dublin.

Zunahme des Bestandes der ausländischen Wohnbevölkerung

Der trotz wirtschaftlicher Abkühlung andauernde Anstieg der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung des Kantons Zürich führte dazu, dass die Zahl zu bearbeitender Bewilligungsgeschäfte erneut anstieg. Diese Entwicklung beeinflusste neben den im Bewilligungsbereich tätigen Abteilungen insbesondere die Abteilung Dienste und die dort integrierten Aufgabenbereiche Publikumsverkehr (Schalter und Telefonische Auskunftsstelle) und Rückwärtiger Dienst. Dank der im Vorjahr bewilligten und rekrutierten zusätzlichen 18 Stellen (4 davon befristet) für die Bewältigung des Tagesgeschäfts konnten im Berichtsjahr die Pendenzen weiter abgebaut und die Dauer der Verfahren spürbar vermindert werden.

Ausländerbestand 2004–2010 (Stand: jeweils Ende August)



Umsetzung der Abkommen von Schengen und Dublin

Das Schengener Recht schreibt vor, dass Reisedokumente an Asylsuchende oder vorläufig aufgenommene Personen seit März des Berichtsjahres mit biometrischen Daten versehen sein müssen. Während die Ausstellung der Reisedokumente dem Bundesamt für Migration obliegt, sind die kantonalen Migrationsbehörden für die Erfassung der biometrischen Daten zuständig. Von März bis Dezember wurden bei insgesamt 1274 Personen biometrische Daten erfasst. Anfänglich wurden dafür die Einrichtungen des Passbüros genutzt, seit September verfügt das Migrationsamt über eigene Erfassungsstationen.

Im Hinblick auf den am 24. Januar 2011 einzuführenden biometrischen Ausländerausweis für Drittstaatsangehörige (AA10) waren bauliche und betriebliche Massnahmen zu treffen. So wurden die Schalterhalle des Migrationsamts zulasten der Büroarbeitsfläche erweitert und dort zehn Erfassungsstationen eingerichtet. Für den Betrieb der Erfassungsstationen und die mit der Erfassung einhergehenden administrativen Arbeiten mussten 15 Personen rekrutiert und eingearbeitet werden. Die mit dem AA10 zusammenhängenden Abläufe wurden gemeinsam mit den Einwohnerkontrollen überarbeitet und die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden neu festgelegt. Zur Verbesserung des Informationsaustausches wurde die Datenplattform «Migrationsamt-Einwohnerkontrollen» (MiGEK) eingerichtet. Die neue Verteilung der Aufgaben führte zu einem neuen Schlüssel für die Aufteilung der ausländerrechtlichen Gebührenerträge zwischen den beteiligten Stellen. Aufgabenteilung und Gebührenertragschlüssel wurden vom Regierungsrat am 7. Dezember des Berichtsjahres beschlossen (RRB Nr. 1775/2010). Auch der AA10 wird durch die Firma Trüb AG in Aarau produziert werden. EG/EFTA-Staatsangehörige und Personen des Asylbereichs erhalten weiterhin den herkömmlichen, vom Migrationsamt hergestellten Ausländerausweis ohne biometrische Daten.

Im Berichtsjahr war die Umsetzung der am 1. Januar 2011 in Kraft getretenen EU-Rückführungsrichtlinie vorzubereiten. Sie bringt vorab eine neue Regelung für das Wegweisungsverfahren bei illegal anwesenden Personen, namentlich einen verstärkten Rechtsschutz. Die damit verbundene Formalisierung des Wegweisungsverfahrens wird einen Anstieg des Verwaltungsaufwandes zur Folge haben.

Das Dubliner Abkommen hatte auch im Berichtsjahr insoweit positive Auswirkungen, als zahlreiche Personen aus Gründen der Zuständigkeit anderen Staaten übergeben werden konnten. Im Berichtsjahr waren dies für den Kanton Zürich 324 (Vorjahr 359) Personen; in 234 (Vorjahr: 235) Fällen steht die Überführung noch aus. Die Zahl der vollzogenen Ausschaffungen blieb auf dem hohen Stand des Vorjahres.

Öffentlichkeitsprinzip

In Anwendung des Informations- und Datenschutzgesetzes hat das Migrationsamt am 1. Oktober des Berichtsjahres die internen Praxisweisungen auf seiner Homepage (www.ma.zh.ch) publiziert. Damit sind die Voraussetzungen für Erteilung, Verlängerung sowie den Entzug von ausländerrechtlichen Bewilligungen auf einfache Art zugänglich.

Organisation

Zur weiteren Steigerung der Effizienz wurde im Migrationsamt eine Überprüfung der Prozesse im Bewilligungsverfahren durchgeführt. Die vollständige Einführung der elektronischen Archivierung und des elektronischen Dossiers wird als wichtigste Massnahme zur zusätzlichen Senkung der Durchlaufzeiten und zur Verbesserung der internen Abläufe weiter vorangetrieben.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vollzug des Ausländerrechts des Bundes unter möglichst optimaler Abstimmung der Interessen und Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen (Personen ausländischer Nationalität, Öffentlichkeit, Arbeitgebende, Behörden, kommunale, kantonale und eidgenössische Amtsstellen u.a.)
A2	Vollzug der kantonalen Aufgaben im Rahmen des Asylrechts des Bundes
A3	Die Hauptaufgaben des Amtes sind: – Die Prüfung von Gesuchen und das Erteilen, Verweigern, Verlängern, Nichtverlängern oder Widerrufen von Bewilligungen – Treffen von Rückkehrmassnahmen im Falle von Wegweisungen und administrative Aufgaben im Asylbereich sowie – Treffen von angemessenen Massnahmen im Falle von Straffälligkeit, dauerhaftem Sozialhilfebezug, Verstössen gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung und bei Missbräuchen sowie von illegaler Anwesenheit

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Verfeinerung und Anwendung des amtsinternen Controllingkonzepts Planmässig	bis 2010
	Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2012 verschoben.	
E2	Einführung/Umsetzung Neuregelung Ausländerausweis (gemäss Bundesvorgaben) Planmässig	2011
	Kurz vor Abschluss (Einführung biometrischer Ausländerausweis auf 24.1.2011)	
E3	Planung und Umsetzung der Änderungen des Bundes im Ausländer- und Asylbereich	2015

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	16,3	17,3	15,0	-2,3
Aufwand	-25,0	-29,6	-26,4	3,2
Saldo	-8,7	-12,3	-11,4	0,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,1	-1,1	-1,1	0,0
Kreditübertragungen aus 2009		-0,1		
Saldo	-0,1	-1,1	-1,1	0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	133,2	156,3	147,1	-9,2

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

Ertrag:

- 1,2 Tiefere Gebührenerträge infolge Rückgang der Bewilligungen und der neuen Aufgabenteilung bzw. Gebührenverteilungsschlüssel zwischen Kanton und Gemeinden
- 1,1 Zunahme der Rückerstattungen des Bundes für Ausschaffungshaft ist wegen weniger Hafttage tiefer als geplant

Aufwand:

- +2,3 Geringerer Personalaufwand u. a. infolge bundesprojektbedingter Verzögerung (Einführung Biometrie-Erfassung für Ausländerausweise, ab 24. Januar 2011)
- +1,2 Geringere Strafvollzugskosten als budgetiert wegen weniger Hafttage (u. a. Stopp bei Sonderflügen durch den Bund)
- 0,3 Höherer Sachaufwand für die Herstellung von Ausländerausweisen und höhere Gebühren für das Zentrale Migrationsinformationssystem (ZEMIS) des Bundes

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

Im Rahmen der Budgetierung wurde der Stellenplan für die Einführung der Biometrie-Erfassung (Ausländerausweise) erweitert. Diese Stellen wurden wegen der bundesprojektbedingten Verzögerung erst Ende des Berichtsjahres besetzt.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Anteil der gutgeheissenen Rekurse (in %)	max.	10	5	11	6
Leistungen						
L1	Anzahl bewilligte Einreisegesuche (A1)	P	16 476	10 000	16 514	6 514
L2	Anzahl Visageschäfte/Schaltevorsprachen (A1)	P	71 504	50 000	45 965	-4 035
L3	Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung (A2)	P	153 834	140 000	135 241	-4 759
L4	Anzahl Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit (A2)	P	11 215	12 000	11 760	-240
L5	Anzahl Massnahmen gegen ausländische Personen (A3)	P	6 112	6 000	6 024	24
L6	Anzahl Hafttage abgewiesener Asylsuchender (A2)	P	22 387	32 000	23 374	-8626
L7	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall (in Tagen) (A1)	P	21	8	12	4
L8	Anzahl beantwortete telefonische Anfragen (Durchschnitt pro Tag) (A1)	P	537	800	530	-270
L9	Anzahl Ausländerausweise für Drittstaatsangehörige (A1)	P	75 339	50 000	72 923	22 923
Wirtschaftlichkeit						
B1	Saldo pro Bewilligung (in Fr.; A3)	P	7	5	0	-5
Abweichungsbegründungen						
W1	Anteil der gutgeheissenen Rekurse (in %): Im Rahmen des Vorjahreswertes (B 2010: zu tief budgetiert)					
L1	Anzahl bewilligte Einreisegesuche: Im Rahmen des Vorjahreswertes (B 2010: zu tief budgetiert)					
L2	Anzahl Visageschäfte/Schaltevorsprachen: Der Pendenzenabbau verbunden mit der Reduktion der durchschnittlichen Bearbeitungsdauer (Bewilligungen) hatte weniger Schaltevorsprachen zur Folge.					
L3	Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung: Weniger Zuwanderung aus dem EG/EFTA-Raum					
L6	Anzahl Hafttage abgewiesener Asylsuchender: Der Stopp bei den Sonderflügen durch den Bund führte zu weniger Ausschaffungshafttagen als budgetiert.					
L7	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall (in Tagen): Im Berichtsjahr verminderte sich die Anzahl der pendenten Geschäftsfälle von anfänglich 2400 auf 1300, was etwa zwei Tagesleistungen entspricht.					
L8	Anzahl beantwortete telefonische Anfragen (Durchschnitt pro Tag): Im Rahmen des Vorjahreswertes (B 2010: zu hoch budgetiert)					
L9	Anzahl Ausländerausweise für Drittstaatsangehörige: Im Rahmen des Vorjahreswertes (B 2010: zu tief budgetiert)					
B1	Saldo pro Bewilligung (in Fr.): Saldoverschlechterung pro Bewilligung aufgrund erforderlicher Verbesserungen bei der Bearbeitungsdauer, die einen höheren Aufwand zur Folge hatten (mehr Personal sowie höhere Ausweiskosten und ZEMIS-Gebühren).					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	165 051.10	-49 294.85	0.00	115 756.25	-49 294.85

3400 Amt für Militär und Zivilschutz

Hauptereignisse

Der Zivilschutz verfügt nun mit der Einführung des digitalen Bündelfunksystems «POLYCOM» über ein modernes Führungsmittel, das die Kommunikation mit den übrigen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes (Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technische Betriebe) sicherstellt. Damit ist die Ära des legendären Funkgerätes «SE-125» zu Ende gegangen.

An 116 (117) Orientierungstagen wurden 6038 (6277) Stellungspflichtige über die Möglichkeiten der Dienstleistungen informiert. Es gingen 6194 (8149) Dienstverschiebungsgesuche ein; von 4402 (5787) Gesuchen im Zuständigkeitsbereich des Kantons wurden 1535 (2093) abgelehnt. Es wurden insgesamt 4099 (4092) Angehörige der Armee (403 [403] Offiziere) aus der Militärdienstpflicht entlassen. Für die Soldaten, Unteroffiziere und höheren Unteroffiziere fanden hierzu acht Entlassungsfeiern auf dem Militärflugplatz Dübendorf statt. Die Offiziere wurden an einer würdigen Feier im Albisgütli durch den Sicherheitsdirektor verabschiedet. Die neu brevetierten Leutnants begrüsst der Sicherheitsdirektor – in Zusammenarbeit mit der Kantonalen Offiziersgesellschaft – an einem besonderen Anlass.

Der Umsatz des Armeeshops im kantonalen Zeughaus betrug Fr. 429 570 (469 771); davon brachte der Verkauf über das Internet (www.a-shop.ch) Fr. 93 033 (86 019) ein. Es wurden rund 2000 (2000) Sturmgewehre 90 instand gestellt und wieder der Rekrutenausrüstung zugeführt und an rund 2000 (3500) Stgw 90 wurde eine grosse Revision durchgeführt. Während eines Aktionstages der Kantonspolizei zur Entgegennahme von privaten Waffen bot das Zeughaus massgebliche logistische Unterstützung und nahm 632 private Ordonnanzwaffen entgegen.

Der Waffenplatz Zürich-Reppischtal war mit den Inf Bat 141, 142 und 143 der Infanterie Durchdienernschule 14 – neben der Militärakademie – praktisch vollständig belegt. Die Ausbildungs- und Schiessplätze waren sehr gut ausgelastet.

Es wurden 44 518 (41 841) Ersatzpflichtige veranlagt, was zu einer Vereinnahmung von rund 31,3 (29,8) Mio. Franken führte. 20% fallen dem Kanton als Bezugsprovision zu (rund 6,2 Mio. Franken [5,9]).

Im kantonalen Ausbildungszentrum Andelfingen wurden 1209 (1223) Angehörige des Zivilschutzes aus- und weitergebildet. Die insgesamt 11 795 Kursteilnehmer aus Zivilschutz (37%), Feuerwehr (35%), Polizei (10%), Militär (14%) und Dritten (4%) erbrachten rund 26 700 Teilnehmertage. Der Werterhalt von Schutzräumen, Anlagen und Material erforderte rund 8200 (6300) Personentage. Der Zivilschutz unterstützte verschiedene Organisationen im Rahmen von Einsätzen zugunsten der Gemeinschaft und betreute zahlreiche Menschen in Spitälern, Kranken- und Altersheimen mit insgesamt 12 580 (11 000) Personentagen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das AMZ mit seinen Abteilungen Militärverwaltung, Zeughaus, Waffenplatz Reppischtal, Wehrpflichtersatzverwaltung sowie Zivilschutz erfüllt vor allem vom Bund vorgeschriebene Aufgaben in den Bereichen Militärwesen und Zivilschutz.
A2	Dazu gehören insbesondere das Dienstverschiebungswesen und die Überprüfung der obligatorischen Schiesspflicht der im Kanton Zürich wohnhaften Angehörigen der Armee sowie das Verhängen und der allfällige Vollzug von Disziplinarstrafen.
A3	Sodann werden die Wehrpflichtersatzpflichtigen (jährlich rund 30 000) veranlagt, Zivilschutzpflichtige ausgebildet sowie bestehende Zivilschutzinfrastrukturanlagen unterhalten.
A4	Weiter werden alle in der Schweiz wohnhaften Schweizerinnen und Schweizer im 16. Altersjahr über die Möglichkeiten der Dienstleistungen vororientiert, und für alle Stellungspflichtigen werden Orientierungstage durchgeführt.
A5	Schliesslich ist das AMZ zuständig für die persönliche Ausrüstung der Angehörigen der Armee und für die Entlassung mehrerer Tausend Armeeangehöriger aus der Militärdienstpflicht.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Einbezug der Entwicklungsschritte des Bevölkerungsschutzes Planmässig Der Sicherheitspolitische Bericht 2010 des Bundes ist erschienen und geht 2011 in die politische Diskussion in der Bundesversammlung.	2011
E2	Umsetzung neues Entschädigungsmodell (Mietermodell) Verzögert Die gegenwärtig geltenden Verträge für die Nutzung der kantonalen Waffenplätze sind bis Ende 2013 verlängert worden. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2011 auf 2013 verschoben.	2011
E3	Einbezug der Entwicklungsschritte der Armee (u.a. «08/11») Planmässig Der Armeebericht 2010 des Bundes ist erschienen und wird parallel zum Sicherheitspolitischen Bericht in den eidgenössischen Räten behandelt.	2012
E4	Neues Übungsdorf (Ersatz der bestehenden Anlage; Projekt Nr.3400.001) Verzögert Der Objektkredit gelangt erst 2011 in den Kantonsrat.	2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2009

B 2010

R 2010

Abweichung
von B 2010

Erfolgsrechnung

Ertrag	19,3	17,5	19,3	1,8
Aufwand	-31,9	-32,3	-33,1	-0,8
Saldo	-12,6	-14,8	-13,8	1,0

Investitionsrechnung

Einnahmen	1,8	2,2	2,2	0,1
Ausgaben	-5,2	-12,4	-4,5	7,9
Kreditübertragungen aus 2009		-1,9		0,0
Saldo	-3,3	-10,2	-2,3	8,0

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	125,6	133,0	129,5	-3,5
----------------------------------	-------	-------	-------	------

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

Ertrag:

+1,5 Höherer Anteil Wehrpflichtersatz

+0,3 Mehrertrag aus Verkauf von Liquidationsmaterial Zivilschutz

Aufwand:

-0,9 Ausserordentliche Abschreibungen Zivilschutzmaterial

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

Ausgaben:

+4,8 Verzögerung Neu- und Umbau Übungsdorf Andelfingen (Projekt Nr. 3400.001)

+3,1 Verschiebung geplanter Vorhaben und abklärungsbedingte Verzögerungen

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

-3,5 Nichtbesetzung bzw. verzögerte Besetzung vakanter Stellen

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Verschiebungsgesuche einrückungspflichtiger Angehöriger der Armee (AdA); Erledigung innerhalb von 14 Tagen (in %; A2)	min.	96	90	97	7
W2	Zufriedenheit der Stellungspflichtigen bezüglich Information und Ablauf am Orientierungstag (OT) (in %; A4)	min.	92	90	92	2
W3	Erhaltung der Werte; Mängelfreiheit: Schutzbauten/Material (in %; A1, A3)	min.	92	80	93	13
W4	Durchschnittliche Bearbeitungszeit für militärische Gesuche (in Tagen; A2)	P	6	7	5	-2
Leistungen						
L1	Betreuung Anzahl Meldepflichtige (einschliesslich Stellungspflichtige) mit Wohnsitz im Kt. ZH pro Mitarbeitende in der Militärverwaltung (A1)	P	3 857	3 400	3 807	407
L2	Zeitgerechter Arrestvollzug; Anzahl Verjährungen (A2)	P	5	7	14	7
L3	Ausbildungsleistung Zivilschutz; Anzahl Teilnehmertage (A3)	P	9 686	9 600	8 940	-660
L4	Auslastungsgrad Kaserne Reppischtal (in %; A1)	P	100	90	100	10
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kosten pro Teilnehmer am Orientierungstag (OT) (in Fr.; A4)	max.	24	28	27,24	-0,76
B2	Kostendeckungsgrad der Abteilung Wehrpflichtersatz (in %; A3)	min.	228	124	239	115
B3	Kostendeckungsgrad Schiesspflichtversäumer (in %; A2)	min.	137	90	125	35
Abweichungsbegründungen						
W3	Erhaltung der Werte; Mängelfreiheit: Schutzbauten/Material (in %): Abnahme der Mängel mit dem Ausscheiden von alten Anlagen					
W4	Durchschnittliche Bearbeitungszeit für militärische Gesuche (in Tagen): Im Rahmen des Vorjahreswertes					
L1	Betreuung Anzahl Meldepflichtige (einschliesslich Stellungspflichtige) mit Wohnsitz im Kt. ZH pro Mitarbeitende in der Militärverwaltung: Mehr Meldepflichtige pro Mitarbeitenden wegen Stellenreduktion					
L2	Zeitgerechter Arrestvollzug; Anzahl Verjährungen: Höhere Anzahl an Verjährungen wegen mehr vermisster und zur Fahndung ausgeschriebener Personen (RIPOL)					
L3	Ausbildungsleistung Zivilschutz; Anzahl Teilnehmertage: Anzahl Nichteingerückte und Dienstverschieber höher als erwartet					
L4	Auslastungsgrad Kaserne Reppischtal (in %): Zusätzliche ungeplante Belegungen					
B2	Kostendeckungsgrad der Abteilung Wehrpflichtersatz (in %): Insgesamt mehr Ersatzpflichtige und höhere Veranlagungen					
B3	Kostendeckungsgrad Schiesspflichtversäumer (in %): Trotz tieferer Bussenerträge im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr Erhöhung des Kostendeckungsgrades dank Personaleinsparungen					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	30 373.00	-29 574.45	+30 000.00	30 798.55	+425.55

Bildung von Rücklagen 2010

Mehreinnahmen durch Massnahmen zur Steigerung der Belegung des Waffenplatzes Reppischtal und des Ausbildungszentrums Andelfingen (Drittvermietungen) sowie Mehrumsätze des Zeughauses (Verkäufe Liquidationsmaterial Zivilschutz)

3500 Sozialamt

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr wurden die Umsetzungsarbeiten für die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) fortgesetzt. Während es einerseits galt, den Invalideneinrichtungen für ein weiteres Jahr die bisherigen Leistungen des Bundes zu gewährleisten, wurden parallel dazu die Arbeiten für ein neues leistungsorientiertes Abgeltungssystem fortgesetzt. Das Konzept zur Förderung der Eingliederung invalider Personen für Invalideneinrichtungen im Erwachsenenbereich wurde vom Bundesrat im Dezember genehmigt. Schwerpunkte im Bereich der Öffentlichen Sozialhilfe bildeten die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes, die Weiterentwicklung der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) sowie die Verbesserung der Koordination der beruflichen und sozialen Integrationsmassnahmen. Zudem konnte zusammen mit einer externen Firma ein Bericht zu den Fehlanreizen im Steuer- und Sozialsystem fertiggestellt werden, auf dessen Grundlage nun deren Beseitigung durch die einzelnen Direktionen geprüft wird. Im Bereich der Familienzulagen wurden verschiedene Umsetzungsfragen im Zusammenhang mit der neuen Einführungsgesetzgebung zum Bundesgesetz über die Familienzulagen bearbeitet. Bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV galt es, Bestimmungen, die sich aus der Neuordnung der Pflegefinanzierung ergaben, umzusetzen. Zudem wurden die Arbeiten aufgenommen, um neue Bestimmungen betreffend die Direktüberweisung der Durchschnittsprämie der obligatorischen Krankenversicherung für Ergänzungsleistungen beziehende Personen direkt an den Krankenversicherer zu gewährleisten. Weitere wichtige Geschäfte waren die Gewährleistung ausreichender Unterbringungsplätze für die vom Bund den Kantonen zugewiesenen Asylsuchenden und die Gewährung von Nothilfe für Personen mit einem rechtskräftig abgewiesenen Asylgesuch oder einem Gesuch, auf welches nicht eingetreten worden war. Im Rahmen der Umsetzung des neuen psychiatrischen Versorgungskonzepts sind die Wohnheime Hardoskop und Tilia sowie die Werkstätte Hardundgut von der Psychiatrie abgelöst worden und auf den 1. Januar des Berichtsjahres zum Kantonalen Sozialamt übergegangen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vollzug der kantonalen Aufgaben im Sozialwesen (Beratung, Unterstützung, Beaufsichtigung und Koordination der Gemeinden)
A2	Vollzug des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger und die Koordination der Asylfürsorge
A3	Ausrichtung von Beiträgen an die Gemeinden für die Zusatzleistungen zur AHV/IV (Ergänzungsleistungen, Beihilfen und Zuschüsse)
A4	Vollzug des Bundesgesetzes über die Familienzulagen
A5	Aufsicht, Bewilligung und Subventionierung von Heimen und Einrichtungen für Erwachsene

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	<p>Verstärkte berufliche und soziale Integration von vorläufig aufgenommenen Personen, Flüchtlingen und Sozialhilfeempfängern (umfasst LZ RR 14.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt fördern)</p> <p>Abgeschlossen</p> <p>Die im Rahmen des Projektes BUSI (berufliche und soziale Integration) erstellte Bestandesaufnahme über die im Kanton Zürich für den Personenkreis der Sozialhilfebeziehenden zugänglichen Arbeits-, Bildungs- und Beschäftigungsangebote ist abgeschlossen. Sie wird in Form einer Datenbank (abrufbar unter www.sozialamt.zh.ch) den Behörden, Gemeinden, Sozialdiensten und weiteren Interessierten zur Verfügung gestellt und dient der Unterstützung, um das passende Angebot für Klientinnen und Klienten zu finden. Der Schlussbericht mit der Analyse der Angebote liegt vor. Zudem wurden im Auftrag des Kantonalen Sozialamtes 22 Bildungs-, Beschäftigungs- und Integrationsprogramme für rund 900 Personen des Asylbereichs durchgeführt.</p>	2010
E2	<p>Fehlanreize im Sozialsystem beseitigen (LZ RR 12.2)</p> <p>Abgeschlossen</p> <p>Der Regierungsrat hat den Schlussbericht «Fehlanreize im Steuer- und Sozialsystem» am 7. September 2010 zur Kenntnis genommen und den betroffenen Direktionen Nachfolgeaufträge erteilt (RRB Nr. 1311/2010).</p>	2010
E3	<p>Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit im Kanton Zürich zusammen mit der Volkswirtschafts- direktion, der Bildungsdirektion und der SVA Zürich (umfasst LZ RR 14.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt fördern)</p> <p>Abgeschlossen</p> <p>Die Neukonzeption des «iiz netzwerk kanton zürich» ist abgeschlossen und wurde dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt.</p>	2010
E4	<p>Umsetzung NFA in den Bereichen Behinderteneinrichtungen und Zusatzleistungen zur AHV/IV (umfasst LZ RR 13.3 Soziale Integration erwachsener invalider Menschen fördern)</p> <p>Planmässig</p> <p>Das Konzept zur Förderung der Eingliederung invalider Personen für Invalideneinrichtungen im Erwachsenenbereich wurde vom Regierungsrat im Juni des Berichtsjahres beschlossen und im Dezember des Berichtsjahres vom Bundesrat genehmigt.</p>	2011

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	309,4	319,3	334,0	14,7
Rückerstattung an wirtschaftliche Hilfe	30,5	40,2	47,6	7,3
Rückerstattungen an Asylaufgaben	83,4	72,0	76,9	4,9
Rückerstattungen an Zusatzleistungen und Kinderzulagen	195,2	196,8	198,0	1,2
Aufwand	–826,5	–924,5	–876,2	48,3
Beiträge an wirtschaftliche Hilfe	–132,3	–156,3	–144,3	12,1
Beiträge an Asylaufgaben	–92,3	–89,6	–87,6	2,0
Beiträge an Zusatzleistungen und Kinderzulagen	–305,6	–329,7	–324,1	5,6
Beiträge an Soziale Einrichtungen	–275,5	–307,0	–278,5	28,5
Beiträge an Sozialversicherungen des Bundes	–2,9	–3,3	–2,3	1,0
Saldo	–517,1	–605,2	–542,2	63,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–15,4	–18,8	–12,9	5,9
Saldo	–15,4	–18,8	–12,9	5,9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	48,3	171,5	170,2	–1,3

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

Ertrag:

- +7,3 Mehrertrag vom Bund für wirtschaftliche Hilfe für Flüchtlinge (+12,7 Mio. Franken), teilweise kompensiert durch durchlaufende Beiträge im Rahmen des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG) (–4,1 Mio. Franken) und Bundesbeitrag für Nothilfe (–1,3 Mio. Franken)
- +4,9 Höhere Rückerstattungen des Bundes für Asylaufgaben (+7,4 Mio. Franken), teilweise kompensiert durch tiefere durchlaufende Bundesbeiträge (–2,5 Mio. Franken)
- +1,3 Mehrertrag, v. a. bei IV-Betrieben
- +1,2 Höherer Bundesbeitrag an die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV

Aufwand:

- +28,5 Minderaufwand für Invalideneinrichtungen einschliesslich ausserkantonaler Heimaufenthalte (NFA-bedingte fehlende Erfahrungswerte)
- +12,1 Minderaufwand für wirtschaftliche Hilfe (+20,4 Mio. Franken), teilweise kompensiert v. a. durch wirtschaftliche Hilfe für Flüchtlinge und für Nothilfe (–7,7 Mio. Franken)
- +5,6 Minderaufwand für Familienzulagen für Nichterwerbstätige (+16,5 Mio. Franken, fehlende Grundlagen zum Zeitpunkt der Budgetierung), teilweise kompensiert durch höheren Staatsbeitrag für Zusatzleistungen zur AHV/IV (–10,9 Mio. Franken)
- +2,0 Geringere durchlaufende Beiträge im Asylwesen
- +1,0 Tieferer Beitrag an den Bund für Familienzulagen in der Landwirtschaft

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

Ausgaben:

- +6,6 Weniger Investitionsbeiträge aufgrund verzögerter Baufortschritte bei Invalideneinrichtungen
- +0,5 Geringere Informatikinvestitionen
- 1,2 Übernahme einer Asylliegenschaft aus dem Finanzvermögen

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

- 1,3 Verzögerte Besetzung vakanter Stellen

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an Soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen (in Mio. Fr.; A1, 2, 3, 4, 5)	P	796.9	882.6	834.2	-48.4
W2	Anteile des Kantons an den Sozialversicherungen des Bundes für AHV und IV und an den Bundesausgaben für landwirtschaftliche Familienzulagen (in Mio. Fr.)	P	2.9	3.3	2.3	-1.0
Leistungen						
L1	Anzahl Rechnungen im Bereich Öffentliche Sozialhilfe (A1)	P	16 411	20 000	15 612	-4 388
L2	Vom Bund zugewiesene Asylbewerber (A2)	P	1 920	2 000	2 073	73
L3	Anzahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden im Kanton Zürich (A2)	P	5 100	6 000	4 219	-1 781
L4	Verfügbare Plätze in sozialen Einrichtungen (A5)	P	14 163	13 850	14 268	418
L5	Anzahl Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV (A3)	P	42 440	44 000	44 041	41
L6	Anzahl Leistungserbringer im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV (A3)	P	107	105	103	-2
Wirtschaftlichkeit						
B1	Auslastungsgrad Asylunterkünfte (in %; A2)	P	75	90	80	-10
B2	Auslastungsgrad soziale Einrichtungen (in %; A5)	P	97	94	97	3

Abweichungsbegründungen

- W1 Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an Soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen (in Mio. Franken): Minderaufwand für wirtschaftliche Hilfe (Ausgaben sind weniger stark gestiegen als zum Zeitpunkt der Budgetierung erwartet), für Soziale Einrichtungen (mit der NFA neu übernommene Aufgabe, zur Budgetierung fehlten Erfahrungswerte) und für Familienzulagen (neue Aufgabe, zur Budgetierung fehlten Erfahrungswerte). Mehraufwand für Zusatzleistungen zur AHV/IV (höherer Staatsbeitrag als erwartet) und für Sozialhilfe für Flüchtlinge (höhere Vergütungen an Gemeinden)
- W2 Anteile des Kantons an den Sozialversicherungen des Bundes für AHV und IV und an den Bundesausgaben für landwirtschaftliche Familienzulagen (in Mio. Franken): Beitrag niedriger als Voranschlag des Bundesamtes für Sozialversicherungen
- L1 Anzahl Rechnungen im Bereich Öffentliche Sozialhilfe: Analog der Ausgaben für wirtschaftliche Hilfe fiel auch die Anzahl Rechnungen tiefer aus als erwartet.
- L3 Anzahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden im Kanton Zürich: Starke Zunahme der Anzahl Erwerbstätigen in der zweiten Jahreshälfte bewirkte Rückgang der Anzahl fürsorgeabhängiger Personen.
- B1 Auslastungsgrad Asylunterkünfte (in %): Es war keine Steigerung der Zuweisungen des Bundes zu verzeichnen (auf Vorjahresniveau). Das Angebot an Unterkünften muss auch eine starke Zunahme der Zuweisungen oder den Wegfall einer Unterkunft auffangen können.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	199 044.15	-27 025.25	+100 000	272 018.90	+72 974.75

Nachdem die IV-Betriebe auf 1. Januar des Berichtsjahres dem Kantonalen Sozialamt zugeordnet worden waren, erfolgten im Laufe des Jahres umfangreiche Arbeiten zur Integration der Geschäftsprozesse in die Amtsstruktur. Die Bearbeitung verschiedener sozialpolitischer Themen, zusätzlich zur Bewältigung des Tagesgeschäfts, wie die Umsetzung der NFA im Invalidenbereich, Fragen der interinstitutionellen Zusammenarbeit sowie der beruflichen und sozialen Integration, die Thematik der Fehlanreize im Steuer- und Sozialsystem, die Auswirkungen der Pflegefinanzierung auf die Zusatzleistungen zur AHV/IV oder die Ausrichtung von Nothilfe an Personen mit einem rechtskräftig abgewiesenen Asylgesuch oder einem Gesuch, auf das nicht eingetreten worden ist, stellten an das Personal hohe Anforderungen, die über das normale Mass hinausgingen.

3600 Statthalterämter

Hauptereignisse

Hauptaufgaben der Statthalter und ihrer Verwaltungsteams sind die Strafverfolgung im Übertretungsstrafbereich des Bundes und des Kantons. In diesen Bereichen bereiteten sie sich im Berichtsjahr auf die rechtlichen und administrativen Anforderungen der neuen Schweizerischen Strafprozessordnung und des neuen kantonalen Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG) vor, die auf 1. Januar 2011 in Kraft traten. Im Rahmen des am 1. Juli des Berichtsjahres in Kraft gesetzten Gesetzes über die Anpassung des kantonalen Verwaltungsverfahrensrechts wurde die Regelung beibehalten, dass die Statthalter neben der Wahrnehmung der Aufsicht über die Ortspolizei, das Strassenwesen der Gemeinden und das Feuerwehrewesen weiterhin als Rekursinstanz über Rechtsmittel aus diesen Gebieten entscheiden.

Wie im Vorjahr sind im Berichtsjahr sowohl die Gesamtgeschäftslast wie auch die Anzahl der Einsprachen angestiegen. Zu dieser Entwicklung haben mit 28% Steigerung die Fälle mit Übertretungen gegen Tatbestände des Strafgesetzbuches und mit 37% Steigerung die Fälle gegen fremdenpolizeiliche Vorschriften am deutlichsten beigetragen. Um 10% abgenommen haben die Fallbearbeitungen wegen Schwarzfahrens, was auf den im Personenbeförderungsgesetz neu formulierten Tatbestand zurückzuführen ist.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Übertretungsstrafrecht von Bund und Kanton vollziehen
A2	Aufsicht über Polizei- und Feuerwehrewesen mit Bearbeiten von Rekursen, Aufsichtsbeschwerden gegen Gemeinden, Kontrolle der feuerpolizeilichen Arbeit, Inspektionen der Feuerwehren
A3	Ausstellen von Invalidenbegleitkarten, Ausgabe von Mofavignetten und die Abnahme von Handgelübden
A4	Meldungen von Brand- und Elementarschäden für kantonale Gebäudeversicherung sowie Wirkung als Präsident der Schätzungskommission bei der Abschätzung grösserer Schadenergebnisse
A5	Ausstellen von Waffentragscheinen und Beschlagnahmung von Waffen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Konzentration der Zuständigkeit im Übertretungsstrafrecht beim Statthalter 2011 Planmässig	bis 2013
	Im KEF 2010–2013 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2011 auf 2013 verschoben. Grund waren die schwer einzuschätzenden Auswirkungen der Einführung/Umsetzung des neuen allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches (nStGB). Zwischenzeitlich hat sich dieser etabliert. Auf den 1. Januar 2011 wurde das GOG in Kraft gesetzt. In diesem Gesetz ist die Strafkompetenz im Übertretungsstrafrecht grundsätzlich den Statthalterämtern zugewiesen. Gemeinden, welche die Übertretungsstrafkompetenz ausüben wollen, bedürfen dazu nach Ablauf der einjährigen Übergangsfrist ab 1. Januar 2012 einer Bewilligung des Regierungsrates.	
E2	Ausdehnung der Aufsichts- und Strafkompetenz der Statthalter 2011 Planmässig	2013
	Das GOG, das auf den 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt wurde, sieht grundsätzlich die Zuteilung der Strafkompetenz im Übertretungsstrafrecht an die Statthalterämter vor. Im KEF 2010–2013 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2011 auf 2013 verschoben. Grund sind die Auswirkungen der Einführung/Umsetzung des neuen allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches (nStGB).	

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	23,3	22,8	25,1	2,3
Aufwand	-17,3	-18,2	-17,1	1,1
Saldo	6,1	4,6	8,0	3,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,0	-0,4	-0,1	0,3
Saldo	-0,0	-0,4	-0,1	0,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	59,4	62,0	60,0	-2,0

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

Ertrag:

- +0,9 Höherer Bussenertrag
- +1,1 Höherer Gebührenertrag vor allem im Bereich Strafverfügungen
- +0,3 Ausserordentlicher Ertrag aus eingezogenen Vermögenswerten

Aufwand:

- +0,5 Einsparungen beim Personalaufwand (u. a. vorübergehende Nichtbesetzung von vakanten Stellen und Rotationsgewinne)
- +0,5 Tiefere Wertberichtigungen und Forderungsverluste
- +0,1 Weniger kalkulatorische Abschreibungen als geplant

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

Ausgaben:

- +0,3 Minderausgaben aufgrund Projektverzögerung im Informatikbereich

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

- 2,0 Nichtbesetzung von vakanten Stellen

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen (A1)	P	2 277	2 250	2 376	126
W2	– in % der erledigten Fälle (A1)	P	4,42	4,50	4,22	–0,28
W3	Anzahl ausstehende Straffälle Ende Jahr (A1)	P	4 875	4 500	4 591	91
W4	– in % aller Fälle (A1)	P	8,64	9,00	7,54	–1,46
W5	Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als sechs Monate (A1)	P	1 237	1 350	1 351	1
W6	– in % der erledigten Fälle (A1)	P	2,40	2,70	2,40	–0,30
Leistungen						
L1	Anzahl erledigte Straffälle (A1)	P	51 561	50 000	56 275	6 275
L2	Anzahl Rechtsmittelverfahren (A1)	P	87	45	60	15
L3	Anzahl ausgestellte Bewilligungen/Ausweise (A3, A5)	P	4 118	4 000	1 720	–2 280
L4	Anzahl übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen (A2, A4)	P	2 747	3 000	1 946	–1 054
L5	Anzahl Bussenbezugsmassnahmen (A1)	P	71 571	80 000	83 611	3 611
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht (in %; A1)	P	70,7	70,0	96,7	26,7
Abweichungsbegründungen						
W1	Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen: Im Rahmen der Vorjahreswerte (Abweichungen: zu Planwert 2010 +126, zu Rechnung 2009 +99)					
W2	Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen (in % der erledigten Fälle): Im Rahmen der Vorjahreswerte (Abweichungen: zu Planwert 2010 –0,28%, zu Rechnung 2009 –0,20%)					
W3	Anzahl pendente Straffälle Ende Jahr: Im Rahmen der Vorjahreswerte (Abweichungen: zu Planwert 2010 +91, zu Rechnung 2009 –284)					
W4	Anzahl pendente Straffälle Ende Jahr (in % aller Fälle): Im Rahmen der Vorjahreswerte (Abweichungen: zu Planwert 2010 –1,46%, zu Rechnung 2009 –1,10%)					
W5	Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als sechs Monate: Im Rahmen der Vorjahreswerte (Abweichungen: zu Planwert 2010 +1, zu Rechnung 2009 +114)					
W6	Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als sechs Monate (in % der erledigten Fälle): Im Rahmen der Vorjahreswerte (Abweichungen: zu Planwert 2010 –0,30%, zu Rechnung 2009 +0,00%)					
L1	Anzahl erledigte Straffälle: Es wurden deutlich mehr Fälle bearbeitet und gleichzeitig Pendenzen abgebaut (Abweichungen: zu Planwert 2010 +6275, zu Rechnung 2009 +4714)					
L2	Anzahl Rechtsmittelverfahren: Zunahme von Aufsichtsbeschwerden gegen Gemeinden (+18)					
L3	Anzahl ausgestellte Bewilligungen und Ausweise: Abnahme bei den Invalidenbegleitkarten, die nur alle vier Jahre neu ausgestellt werden					
L4	Anzahl übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen: Abnahme vor allem bei Elementarschäden (Abweichungen: zu Planwert 2010 –1054, zu Rechnung 2009 –801)					
L5	Anzahl Bussenbezugsmassnahmen: Die Menge der eingegangenen Polizeirapporte kann nicht beeinflusst werden (Abweichungen: zu Planwert 2010 +3611, zu Rechnung 2009 +12 040)					
B1	Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht (in %): Verbesserung wegen höherer Bussen- und Gebührenerträge sowie geringeren Personal- und Sachaufwands					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	154 964.72	-37 318.80	+50 000.00	167 645.92	+12 681.20

Das Ergebnis konnte sowohl durch Reduktion des Aufwandes als auch durch Mehreinnahmen bei den Gebühren verbessert werden.

Trotz tieferen Personalaufwands konnten dank grossen Einsatzes des Personals deutlich mehr Geschäfte bearbeitet (u. a. Straffälle, Bussenbezugsmassnahmen) und gleichzeitig Pendenzen abgebaut werden.

3910 Sportfonds

Hauptereignisse

Der Beitrag der interkantonalen Landeslotterie (Swisslos) betrug Fr. 16 038 000. Insgesamt wurden Fr. 10 096 000 zur Unterstützung des Jugend-, Breiten- und Amateursports ausbezahlt.

Dem Zürcher Kantonalverband für Sport (ZKS) und den ihm angeschlossenen Sportverbänden und -vereinen wurden Beiträge von insgesamt Fr. 6 199 000 bewilligt (einschliesslich Betriebsbeitrag für kantonales Sportzentrum und Entschädigung an ZKS aus Leistungsvereinbarung). Zudem wurden an neun Bauvorhaben von Sportanlagen, die im Katalog des kantonalen Sportanlagenkonzepts aufgeführt sind, Beiträge von Fr. 3 215 000 gesprochen. Für weitere 28 Bauvorhaben von Gemeinden und Dritten wurden Beiträge von Fr. 1 237 000 genehmigt. Deren Auszahlung erfolgt in den kommenden Jahren.

Im Berichtsjahr wurden folgende Beiträge ausbezahlt: Fr. 4 550 000 an 66 Sportanlagen von Gemeinden und nicht dem ZKS angehörenden Institutionen (einschliesslich 2. Rate Neubau Stadion Letzigrund Fr. 2 000 000), Fr. 119 000 an 26 Sportanlässe im ungebundenen Sport und Fr. 257 000 an 12 Sportprojekte.

Die Kosten für den Bau und Unterhalt des kantonalen Sportzentrums Kerenzerberg belasteten den Fonds (Aufwand Erfolgsrechnung einschliesslich Zinsen und Abschreibungen) mit Fr. 2 792 000. Das Sportzentrum und das dazugehörige Hotel beherbergten 3298 Anlässe und Kurse mit 30 450 Übernachtungen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Einsatz/Verwendung der kantonalen Swisslos-Gelder zur Förderung des Jugend-, Breiten- und Amateursportes (Beiträge an Sportorganisationen, Gemeinden und Private [vor allem Anlässe, Kurse, Geräte, Sportanlagen und Projekte]; Unterstützung Sportstättenbau; Betrieb des Sportzentrums Kerenzerberg)
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	18,5	20,8	18,6	-2,3
Toto/Lotto	15,9	16,0	16,0	0,0
Zinsen	2,5	2,4	2,5	0,1
Entnahme Bestandeskonto		2,5		-2,5
Aufwand	-18,5	-20,8	-18,6	2,3
Betriebsbeiträge	-9,4	-17,5	-10,1	7,4
Einlagen in Bestandeskonto	-6,3	0,0	-5,5	-5,5
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0,3		-0,3
Ausgaben	-3,4	-0,7	-0,7	-0,0
Saldo	-3,4	-0,4	-0,7	-0,3
Fondsbestand				
Fondsbestand	83,4	81,0	89,0	-8,0

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

Ertrag:

-2,5 Aufgrund des positiven Jahresergebnisses (geringere Betriebsbeiträge als budgetiert) war die geplante Entnahme aus dem Fondsbestand nicht erforderlich.

+0,1 Höherer Zinsertrag

Aufwand:

+7,4 Weniger Auszahlungsgesuche für zugesicherte Beiträge an Sportanlagen im Rahmen des Kantonalen Sportanlagenkonzepts KASAK

+0,2 Minderaufwand baulicher Unterhalt am Sportzentrum Kerenzerberg

+0,2 Niedrigere Vorjahresinvestitionen haben tiefere kalkulatorische Zinsen und Abschreibungen zur Folge.

-5,5 Minderaufwandbedingte Einlage in den Sportfonds

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

Einnahmen:

-0,3 Kein geplanter Förderbeitrag für die Holzschnitzelheizung im Sportzentrum Kerenzerberg

3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht

Hauptereignisse

Gemäss Bundesverfassung erhalten die Kantone 10% des Reinertrags aus der Besteuerung der gebrannten Wasser. Diese Mittel sind für die Bekämpfung der Ursachen und Wirkungen von Suchtproblemen zu verwenden. Im Berichtsjahr konnten erstmals zusätzliche Mittel, die den Fondsbestand in der Höhe einer Jahresausgabe überschreiten, an die bestehenden Einrichtungen im Präventions- und Behandlungsbereich (Alkoholberatungsstellen) verteilt werden. Die gesamte Leistungsabgeltung an die Alkoholberatungsstellen erfolgte wiederum auf der Grundlage von Berechnungen des Instituts für Sucht- und Gesundheitsforschung der Universität Zürich.

Nach der Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten erhalten die Kantone 0,5% des Bruttospielertrags der Lotterieunternehmen. Diese Mittel sind zur Prävention und Bekämpfung von Spielsucht im Lotterie- und Wettbereich zu verwenden (Art. 18 der Interkantonalen Vereinbarung). Ein Konzept, das eine kontinuierliche Prävention und Beratung durch anerkannte Fachstellen vorsieht, befindet sich in Ausarbeitung.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Der Alkoholfonds dient der Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen und richtet finanzielle Beiträge an öffentliche, eigene und private Institutionen aus. Übertrag von Mitteln an die Erfolgsrechnung der Gesundheitsdirektion (Bereich Prävention).
A2	Der Lotteriespielsuchtfonds dient der Bekämpfung der Spielsucht im Lotterie- und Wettbereich in ihren Ursachen und Wirkungen. Er richtet finanzielle Beiträge an die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Lotteriespielsucht und an Institutionen aus.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	4,8	5,0	6,7	1,7
Alkoholfonds: Anteil am Eidg. Alkoholmonopol	4,7	4,3	4,6	0,3
Zinsen aus Bestandeskonto	0,1	0,1	0,1	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Lotteriespielsuchtfonds:				
Anteil aus Bruttospielerträgen der Lotterieunternehmen		0,6	2,0	1,4
Zinsen aus Bestandeskonto		0,0		-0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-4,8	-5,0	-6,7	-1,7
Alkoholfonds: Betriebsbeiträge	-2,1	-2,2	-2,5	-0,3
Übertrag an GD / Prävention Alkoholismus	-1,8	-1,8	-1,8	0,0
Einlagen in Bestandeskonto	-0,9	-0,4	-2,4	-2,0
Lotteriespielsuchtfonds: Betriebsbeiträge		-0,4		0,4
Einlagen in Bestandeskonto		-0,2		0,2
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0

Investitionsrechnung

Einnahmen

Ausgaben

Saldo

Fondsbestand Total

Fondsbestand	4,1	6,4	6,5	0,0
--------------	-----	-----	-----	-----

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

Ertrag:

+1,4 Höherer Ertrag aus Bruttospielerträgen der Lotterieunternehmen

+0,3 Höherer Ertrag der Eidgenössischen Alkoholverwaltung

Aufwand:

-1,7 Höhere Einlage in das Bestandeskonto des Spezialfonds

Fondsbestand

Rechnung 2010: Total 6,5 Mio. Franken, davon Alkoholfonds 4,5 Mio. Franken und Lotteriespielsuchtfonds 2,0 Mio. Franken

Die Erhöhung des Fondbestandes um 2,4 Mio. Franken gegenüber 2009 begründet sich einerseits mit einer Einlage in den Alkoholfonds von 0,4 Mio. Franken sowie einer Einlage in den Lotteriespielsuchtfonds von 0,6 Mio. Franken. Andererseits kommt eine mit der Fondseröffnung des Lotteriespielsuchtfonds verbundene Fondseinlage von 1,4 Mio. Franken hinzu.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Erfüllung der Grundvoraussetzungen durch die Alkoholberatungsstellen gemäss kantonalem Behandlungskonzept (in %; A1)	P	100	100	100	0
W2	Erfüllung der Grundvoraussetzungen für die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Lotteriespielsucht (in %; A2)	P	100	100	100	0
Leistungen						
L1	Durchschnittlicher Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkoholberatungsstellen (Vorjahreswert in Fr.; A1)	P	25	26	30	4
Wirtschaftlichkeit						
B1	Bestand Alkoholfonds in % der jährlichen Ausgaben (A1)	P	82	80	104	24
Abweichungsbegründungen						
L1	Durchschnittlicher Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkoholberatungsstellen (Vorjahreswert in Franken): Höhere Subventionen an die Alkoholberatungsstellen					
B1	Bestand Alkoholfonds in % der jährlichen Ausgaben: Nach der erneuten Fondseinlage am Jahresende hat der Fondsbestand die Zielgrösse von einem Jahresbetreffnis erreicht.					





Finanzdirektion

Der grösste Teil der Aufgaben in der Finanzdirektion lässt sich unter dem Begriff Querschnittsaufgaben zusammenfassen. Die meisten dieser Dienstleistungen kommen der Bevölkerung nicht direkt, sondern höchstens indirekt zugute, indem die übrige Verwaltung bei ihrer Aufgabenerfüllung unterstützt wird. Die Querschnittsaufgaben lassen sich in Planung und Steuerung einerseits sowie interne Dienstleistungen andererseits unterteilen. Aufgaben mit Aussenbeziehungen – das heisst ein direkter Kontakt mit natürlichen und juristischen Personen – bestehen ausgeprägt nur beim Steueramt.

Internes Kontrollsystem (IKS)

Gemäss den §§ 39ff. der Rechnungslegungsverordnung führen die Verwaltungseinheiten ein Internes Kontrollsystem (IKS). Die Finanzdirektion hat am 13. Oktober 2009 die Grundsätze zum IKS festgelegt. Das IKS unterstützt die Führungskräfte bei der verlässlichen finanziellen Berichterstattung, der Einhaltung der relevanten Gesetze und Normen, dem Schutz des Kantonsvermögens und – zweitrangig – der Sicherstellung der Effektivität und Effizienz der Abläufe. Für die Einführung des Internen Kontrollsystems bis Ende 2012 wurde im April des Berichtsjahres unter der Leitung der Finanzverwaltung ein direktionsübergreifendes Projekt gestartet. Im Berichtsjahr wurde das Grobkonzept erarbeitet. Zudem wurden die Arbeiten am IKS-Leitfaden aufgenommen sowie mit der Planung der für Mitte 2011 vorgesehenen Lancierung der direktionsinternen Teilprojekte zur Umsetzung des IKS begonnen.

Sanierungsprogramm San10

Um den mittelfristigen Haushaltsausgleich 2010–2017 zu sichern, leitete der Regierungsrat im September 2009 ein Sanierungsprogramm ein. Er legte für die Direktionen, die Staatskanzlei sowie die Behörden und die Rechtspflege finanzielle Ziele fest, welche die Erfolgsrechnung 2011 um 200 Mio. Franken und 2012/2013 jährlich um 511 Mio. Franken entlastet hätten. Mit Sanierungsmassnahmen der Direktionen und der Staatskanzlei sollte zudem das Nettoinvestitionsvolumen 2011–2013 so vermindert werden, dass sich bei einer ausgeglichenen Erfolgsrechnung für die Jahre 2011–2013 für die Nettoinvestitionen ein Selbstfinanzierungsgrad von 80% ergeben hätte, allerdings ohne Berücksichtigung der Vorfinanzierung des Durchgangsbahnhofs Löwenstrasse und ohne Berücksichtigung des Polizei- und Justizentrums.

Das Sanierungsprogramm San10 enthält vor allem Massnahmen zum Leistungsabbau oder zum Leistungsverzicht. Die Leistungserbringer mussten ihren Leistungskatalog zeigen und vorschlagen, auf welche Leistungen verzichtet werden kann, damit die vom Regierungsrat vorgegebene finanzielle Verbesserung erreicht wird. Der Regierungsrat ging dabei davon aus, dass die Amtsstellen und Direktionen sowie die Gerichte, Behörden und die kantonalen Anstalten ihre Leistungen und Finanzen wirtschaftlich steuern, und dass sie die Leistungen in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich effizient erbringen. Deshalb sah er von einer allgemeinen Überprüfung der Wirtschaftlichkeit und der Effizienz ab. Hingegen wurden bei der Erarbeitung der Massnahmen des Entlastungsprogramms Hinweise gesammelt, wo sich die Wirtschaftlichkeit und die Effizienz in der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen verbessern liessen.

Zusammen mit den Richtlinien für die Erstellung des KEF 2011–2014 und des Budgetentwurfs 2011 legte der Regierungsrat im März des Berichtsjahres die Sanierungsvorgaben zur Verbesserung der Erfolgs- und Investitionsrechnung für die Direktionen und die Staatskanzlei fest. Die kantonalen Behörden und die Rechtspflege wurden eingeladen, ebenfalls einen Sanierungsbeitrag beizusteuern.

Zwischen Mitte März und Mitte Mai des Berichtsjahres haben die Direktionen und die Staatskanzlei die Massnahmen zur Verbesserung der Erfolgs- und der Investitionsrechnung erarbeitet und anschliessend der Finanzverwaltung gemeldet und in den Entwurf des KEF 2011–2014 eingestellt.

Im zweiten Quartal des Berichtsjahres deuteten die markant höheren Steuersollmeldungen der Gemeinden sowie die höheren Nachträge darauf hin, dass der für das Berichtsjahr und die Folgejahre prognostizierte Aufwandüberschuss geringer ausfallen würde als angenommen. Die deutlich bessere Lage des Staatshaushaltes bewog den Regierungsrat, auf den Verzicht betreffend den Teuerungsausgleich für das Personal zurückzukommen und Korrekturen am Sanierungsprogramm vorzunehmen. Er reduzierte die finanziellen Entlastungsziele für San10 für 2012 und 2013 um je knapp 100 Mio. Franken nach unten. Zudem entschied er, dass auch für 2014 Sanierungsmassnahmen und -beiträge im KEF 2011–2014 eingestellt und der Finanzverwaltung eingereicht werden müssen.

Im August des Berichtsjahres legte der Regierungsrat die Massnahmen San10 fest. Mit insgesamt 221 Einzelmassnahmen der Direktionen und der Staatskanzlei wurde die Erfolgsrechnung 2011–2014 um 1479 Mio. Franken entlastet. Die Behörden und die Rechtspflege haben keine Massnahmen gemeldet. Zusätzlich zu diesen Sanierungsbeiträgen der Direktionen und der Staatskanzlei beschloss der Regierungsrat, die Erfolgsrechnung 2011–2014 dank höherer jährlicher Gewinnausschüttungen der ZKB um 120 Mio. Franken und durch Lohnmassnahmen um 273 Mio. Franken zu verbessern. Die Nettoinvestitionen 2011–2014 wurden um 288,3 Mio. Franken gekürzt. Die Sanierungsmassnahmen wurden in den KEF 2011–2014 eingestellt.

Im Weiteren verabschiedete der Regierungsrat im Rahmen von San10 im Dezember des Berichtsjahres Projektanträge zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Effizienz in der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen.

Vor wichtigen Volksabstimmungen im Steuerbereich

Am 12. Juni 2008 hatte der Regierungsrat dem Kantonsrat eine Vorlage für eine Änderung des Steuergesetzes betreffend Steuerentlastung für natürliche Personen unterbreitet. Die Vorlage sah – neben dem Ausgleich der kalten Progression und Steuererleichterungen für Familien – Steuerentlastungen für tiefe Einkommen sowie für sehr hohe Einkommen und Vermögen vor. Mit der Vorlage sollte unter anderem die Konkurrenzfähigkeit des Kantons Zürich im interkantonalen Steuerwettbewerb verbessert werden. Der Kantonsrat stimmte der Vorlage am 30. März 2009 zu, wobei er die Steuererleichterungen für Familien erhöhte. Gegen die Änderung des Steuergesetzes wurden jedoch, neben dem Kantonsratsreferendum, zwei Volksreferenden mit Gegenvorschlägen von Stimmberechtigten ergriffen. In der Folge erklärte der Kantonsrat einen der beiden Gegenvorschläge für ungültig, worauf diese Ungültigerklärung vor Bundesgericht angefochten wurde. Nachdem das Bundesgericht im August des Berichtsjahres über die Beschwerde entschieden und auf eine teilweise Gültigkeit des Gegenvorschlags erkannt hat, kann nun die Volksabstimmung über die Änderung des Steuergesetzes vom 30. März 2009 und die beiden Gegenvorschläge im Mai 2011 stattfinden. Ebenfalls im Jahr 2011 wird über eine zweite Änderung des Steuergesetzes vom 12. Juli des Berichtsjahres abgestimmt. Mit dieser Änderung wurde das Steuergesetz an das Unternehmenssteuerreformgesetz II des Bundes vom 23. März 2007 angepasst; zudem wurde von der im Unternehmenssteuerreformgesetz II vorgesehenen (fakultativen) Möglichkeit einer Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer Gebrauch gemacht. Gegen diese Änderung des Steuergesetzes wurde ein Gemeinderreferendum durch den Gemeinderat der Stadt Zürich ergriffen; zudem wurde auch ein Volksreferendum eingereicht. Schliesslich steht auch die Volksabstimmung über die Volksinitiative «Für einen wettbewerbsfähigen Kanton Zürich» an, mit der die Vermögenssteuer halbiert werden soll.

PULS-ZH

Nachdem der Regierungsrat 2009 beschlossen hatte, das heutige Personalinformationssystem PALAS durch das System SAP HCM zu ersetzen, stand im Berichtsjahr die Umsetzung an. Nach der Verabschiedung und Freigabe der Detailkonzepte durch den Projektausschuss im Januar konnte mit der Realisierung des Projektes, unter der Bezeichnung PULS-ZH, begonnen werden. Die Realisierungsphase umfasste eine Test-, Migrations- und Schulungsphase und dauerte von Januar bis November. Während der Testphase wurden zur Überprüfung der Datenqualität und Funktionstüchtigkeit des Systems zahlreiche Funktions- und Integrationstests durchgeführt. Die Migrationsphase war geprägt vom Aufbau des Organisationsmanagements im neuen System, dessen Evaluation und der damit verbundenen Datenbereinigung. Im Oktober wurde erstmals parallel zur regulären Lohnverarbeitung eine Lohnverarbeitung im PULS-ZH durchgeführt. 95% der rund 54 000 Lohnabrechnungen waren korrekt oder wiesen eine Differenz von weniger als 1 Franken aus. Die Evaluation der Parallellohnläufe führte zu weiteren Korrekturen und Integrationstests. Im Dezember konnten die Personal- und Anstellungsdaten migriert und noch im selben Monat die neue Applikation zur Vollständigkeitsprüfung freigegeben werden. Seit dem 27. Dezember steht PULS-ZH für den Produktivbetrieb zur Verfügung. Die Anwender wurden nach einem eigens dafür aufgebauten Programm geschult. Zum 1. Januar 2011 erfolgt die Ablösung des bisherigen Personalinformationssystems durch PULS-ZH. Die ersten drei Monate 2011 zählen noch zur Einführungs- und Nachbetreuungphase und sind somit noch Bestandteil des Projektes.

Nachhaltige Finanzierung der Pensionskasse (BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich)

Die Finanzdirektion wurde beauftragt, einen Massnahmenkatalog zur nachhaltigen Finanzierung und zur allfälligen Sanierung der BVK zu erarbeiten, nachdem der Deckungsgrad unter die Grenze von 90% gefallen war.

Zur nachhaltigen Sicherung der Leistungen soll der technische Zinssatz herabgesetzt werden. Als Folge davon wird der Umwandlungssatz reduziert. Ohne Anpassung des Umwandlungssatzes führt jede neue Altersrente zu einem sogenannten Umwandlungsverlust und somit zu einem Transfer von Vermögenswerten von den Aktivversicherten zu den Rentnerinnen und Rentnern. Es sind verschiedene Abfederungsmassnahmen geplant. Um die Rentenhöhe zu halten, müssen zudem die Sparbeiträge um durchschnittlich 3% erhöht werden. Die laufenden Renten sind von den Massnahmen nicht betroffen und werden in unveränderter Höhe weiter ausgerichtet.

Die Unterdeckung führt zu einer zusätzlichen Umverteilung von den Aktiven zu den Austretenden und Rentenbeziehenden. Ein Massnahmenpaket, bestehend aus reduzierter Verzinsung der Sparguthaben der versicherten Personen sowie der Erhebung von Sanierungsbeiträgen bei den versicherten Personen und Arbeitgebern, soll innert maximal zehn Jahren zur Ausfinanzierung führen. Auch diese Massnahmen orientieren sich am jeweils aktuellen Deckungsgrad, genauso wie die mit dieser Vorlage ebenfalls festgelegten Regeln für die Verzinsung und allfällige Rentenanpassungen bei Deckungsgraden von über 100%.

Die Vorlage ging im Herbst des Berichtsjahres in die Vernehmlassung bei über 600 Vernehmlassungsadressaten, darunter 530 angeschlossenen Arbeitgebern.

Administrativuntersuchung BVK

Im Mai des Berichtsjahres ist der damalige Anlagechef der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich wegen dringenden Korruptionsverdachts verhaftet, in Untersuchungshaft gesetzt und fristlos entlassen worden. Unmittelbar darauf hat die Finanzdirektorin zusätzlich zur Strafuntersuchung der Staatsanwaltschaft III eine unabhängige, externe Administrativuntersuchung angeordnet. Diese besteht aus drei Berichten, die seit Ende des Berichtsjahres vorliegen und an einer Medienkonferenz am 13. Januar 2011 der Öffentlichkeit vorgestellt worden sind.

Ziel der Administrativuntersuchung war es, Schwachstellen im organisatorischen Bereich vor allem der Vermögensverwaltung der BVK zu eruieren und daraus Empfehlungen für Verbesserungen abzuleiten. Die Gutachter haben mit ihren Berichten mehrere Verbesserungsmöglichkeiten präsentiert, die dazu geeignet sein können, einem Korruptionsverdacht künftig früher und wirkungsvoller zu begegnen.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	7 196,5	6 697,0	7 673,1	976,2
Aufwand	-1 270,9	-1 181,5	-1 288,7	-107,2
Kreditübertragungen aus 2009		-2,3		
Saldo	5 925,6	5 515,5	6 384,4	869,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	9,1	0,0	15,2	15,2
Ausgaben	-21,5	-17,1	-18,0	-0,9
Kreditübertragungen aus 2009		-1,6		
Saldo	-12,4	-17,1	-2,8	14,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	842,7	871,0	836,9	-34,1

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

- +838,5 Markant höhere Staatssteuererträge (netto)
- +100,4 Höhere Erträge aus Anteilen an der direkten Bundessteuer
- +53,9 Die Beitragszahlungen des Lotteriefonds fielen im Berichtsjahr tiefer aus als budgetiert, da der vom Kantonsrat bewilligte Beitrag von 20 Mio. Franken zugunsten des Landesmuseums wegen eines Referendums nicht ausbezahlt werden konnte und sich der Fortgang anderer Geschäfte (z.B. Rheinau, Villa Flora) teilweise verzögerte.
- +40,2 Höhere Erträge aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer (netto)
- +22,2 Höherer Ertrag aus Kantonsanteil an der Verrechnungssteuer und der EU-Zinsbesteuerung
- +20,0 Höhere Gewinnausschüttung der Zürcher Kantonalbank
- +18,7 Tieferer Aufwand für die Verzinsung des Fremdkapitals infolge geringerer Kapitalaufnahmen
- +12,8 Tiefere kalkulatorische Verzinsung von Vermögenswerten und Fondsmitteln aufgrund geringerer Investitionen und Fondsbestände als budgetiert
- +10,2 Höhere Dividenden der Flughafen Zürich AG (+6,1 Mio. Franken), der Rheinsalinen AG (+3,6 Mio. Franken) sowie erstmalige Auszahlung einer Dividende der Abraxas Informatik AG (+0,5 Mio. Franken)
- +8,3 Höhere Erträge von Swisslos
- +6,4 Geringere Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter. Davon entfallen aufgrund tieferer Case-Management-Aufwände +2,4 Mio. Franken auf das Personalamt, +0,5 Mio. Franken auf die Direktionsübergreifende Informatik und +3,6 Mio. Franken auf die Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz).
- +4,7 Geringerer Informatik-Nutzungsaufwand im Steueramt aufgrund tieferer betrieblicher Folgekosten durch Projektverzögerungen (+4,2 Mio. Franken) und im Personalamt aufgrund tieferer Betriebsaufwände im Bereich des Personalinformationssystems (+0,8 Mio. Franken aus geringeren Betriebskosten des bisherigen Personaladministrationssystems PALAS und -0,3 Mio. Franken aus SAP-Lizenzen)

- +3,6 Erstmalige, zentrale Verbuchung des Ertrags aus der Rückverteilung der CO₂-Abgabe des Bundes
- +2,8 Die Fachstelle Kultur hat ihren Betriebsbeitrag nicht ausgeschöpft.
- +1,8 Höherer Ertragsanteil der Schweizerischen Nationalbank
- +1,0 Marktwertanpassung der Beteiligung an der Flughafen Zürich AG aufgrund der Bewertung nach IPSAS zum Anschaffungswert
- 100,0 Die durch den Kantonsrat im Budget 2010 beschlossene Saldoverbesserung von +100 Mio. Franken wird in allen Direktionen realisiert.
- 65,7 Die geringeren Beitragszahlungen und die höheren Erträge im Lotteriefonds führten dazu, dass sich anstelle der geplanten Netto-Entnahme aus dem Fondsbestand (von -37,4 Mio. Franken) eine Netto-Einlage in den Fondsbestand (von -28,3 Mio. Franken) ergab.
- 33,5 Die vom Kantonsrat im Budget 2010 beschlossene Kürzung der Zahlung in den Ressourcenausgleich von +33,5 Mio. Franken wurde aufgrund übergeordneten Bundesrechts sowie eines entsprechenden Regierungsratsbeschlusses nicht umgesetzt.
- 32,3 Geringe kalkulatorische Zinserträge aufgrund der tieferen Investitionen in den übrigen Leistungsgruppen
- 17,0 Nicht budgetierte, zentrale Verbuchung der Rückstellungen aus der Ruhegehaltsordnung der Professoren, Lehrer, Regierungsräte und Richter. Diese erfolgte im Berichtsjahr erstmals zentral in der Finanzdirektion (früher in der Staatskanzlei, der Bildungsdirektion, der Rechtspflege usw.).
- 7,8 Zentral budgetierter Minderaufwand bei den Abschreibungen (wegen der Annahme, dass das Investitionsbudget 2009 nur zu 80% ausgeschöpft wurde) fiel in den einzelnen Leistungsgruppen an.
- 5,3 Die im Budget 2010 zentral eingestellte Korrektur aus dem Konsolidierungsabgleich (Ausgleich der Intercompany-Beziehungen) entfällt in der Rechnung.
- 4,7 Tiefere Erträge aus den Quellensteuern (netto)
- 3,7 Tiefere Dividende der Axpo Holding AG
- 2,4 Niedrigerer Ertrag auf Neukonversionen des ZKB-Grundkapitals infolge tieferer Zinsen
- 1,9 Höherer Aufwand für die Verzinsung der Kontokorrentkonten aufgrund höherer Kontokorrentsaldi (Leistungsgruppe Nr. 4930)
- 2,2 Übrige Belastungen

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

- +15,0 Rückzahlung der letzten Grundkapitaltranche der EKZ
- +3,8 Aufgrund von Projektverzögerungen nicht erfolgte Investitionsinformationen.
Davon entfallen +2,8 Mio. Franken auf das Steueramt, +0,5 Mio. Franken auf die Finanzverwaltung und +0,4 Mio. Franken auf die Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz).
- 2,5 Gewährung zusätzlicher Investitionsdarlehen an die Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse (ZLK)
- 2,2 Dringlicher Erneuerungsunterhalt an der Liegenschaft Bändliweg 21 des kantonalen Steueramtes
- +0,2 Übrige, nicht getätigte Investitionen

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2010 / Rechnung 2010:

- 29,4 Steueramt: Der Beschäftigungsumfang im Berichtsjahr hat sich gegenüber dem Budget 2010 um 29,4 Stellen vermindert, gegenüber dem Rechnungsjahr 2009 um 11,3 Stellen. Aufgrund der seinerzeitigen Kürzung des Personalaufwandes im Budget um 1,3 Mio. Franken wurden in der Folge nur noch zeitlich verzögerte Einstellungen bewilligt, um die Vorgaben des Kantonsrates möglichst erfüllen zu können.
- 6,0 Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale: Die Personalkapazitäten sind auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr, wobei auch Vakanzen per Ende des Berichtsjahres zu verzeichnen waren.
- 1,5 Personalamt: Reduktion von -2,2 budgetierten Planstellen für direktionsübergreifende Kadernachwuchsförderung (-1,2 Stellen) und Lohncontrolling (-1,0 Stellen). Es wurden +0,6 Stellen für eine weitergeführte befristete Anstellung im Bereich Personalentwicklung erhöht. Die restlichen +0,1 Stellen erklären sich durch Anpassungen des Beschäftigungsgrads, Personalwechsel und Aushilfen.
- 0,5 Generalsekretariat: Die Wiederbesetzung einer Juristenstelle wurde aufgeschoben.
- +0,3 Direktionsübergreifende Informatik: Temporäre Erhöhung des Beschäftigungsgrades für die Migration des Content-Management-Systems.
- +3,0 Finanzverwaltung: Zusätzliche Anstellungen im Buchungszentrum und im Kompetenzzentrum SAP. Die zusätzlichen Personalaufwände wurden an die Bildungsdirektion bzw. an die Fachhochschulen und die Baudirektion weiterverrechnet.

Investitionen

Das Programm ZüriPrimo und die Applikation PULS-ZH sind die grössten Investitionen der Finanzdirektion. Mit ZüriPrimo wird ein Informatiksystem verwirklicht, das eine umfassende und integrierte Ausrichtung des Prozesses «Steuern erheben» vorsieht. Das Programm ist in zwölf Realisierungseinheiten (RE) unterteilt und wird zwischen 2004 und 2018 ausgeführt. Das heute im Einsatz stehende Personalmanagement- und Lohnabrechnungssystem PALAS wird durch die SAP-Applikation PULS-ZH abgelöst. Die Einführung von PULS-ZH erfolgt auf Januar 2011.

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2010	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
ZüriPrimo	-6	-66	-23	-43
PULS-ZH	-7,0	-10,1	-9,8	-0,3

Allgemeine Bemerkungen zu ZüriPrimo: Die in der tabellarischen Übersicht ausgewiesenen Werte umfassen den voraussichtlichen Anteil der Investitionsrechnung über die gesamten zwölf Realisierungseinheiten des Programms ZüriPrimo. Der finanzielle Gesamtrahmen des Programms von 126,7 Mio. Franken ergibt sich aus dem Konzept-RRB Nr. 307/2004 abzüglich der Sparmassnahmen MH06 und beinhaltet unter IPSAS sowohl Ausgaben in der Erfolgs- wie auch in der Investitionsrechnung.

Bemerkung zu den «Total bewilligten Ausgaben» im Projekt ZüriPrimo: Auf Ende des Berichtsjahres wurde von den notwendigen Ausgabenbewilligungen für die einzelnen Realisierungseinheiten erst ein Teil durch einen Regierungsratsbeschluss genehmigt.

Leistungsgruppen

4000 Generalsekretariat

Hauptereignisse

Neben den üblichen Unterstützungsleistungen zugunsten der Direktionsvorsteherin bzw. der Ämter beschäftigte sich das Generalsekretariat insbesondere mit den folgenden Schwerpunkten:

- Der Bereich der Versicherungsdienste betreute im Berichtsjahr insgesamt über 90 Policen. Das Schwergewicht lag wiederum bei der Betreuung der Haftpflichtpolicen und der Schadenfälle der kantonalen Spitäler.
- Im Berichtsjahr wurden sechs Notariatsgebührenrekurse erledigt. Des Weiteren konnten acht Erbschafts- und Vermächtnisfälle abgeschlossen werden. Aufgrund dieser Fälle erbte der Kanton insgesamt Fr. 486 000.
- Kommunikation San10 und Steuern: Das Sanierungsprogramm San10 und die unerwartet hohen Steuereinnahmen führten zu einem hohen Koordinationsbedarf bezüglich der Erstellung von amts- und direktionsübergreifenden Analysen sowie zu einem erhöhten internen und externen Kommunikationsbedarf.
- Kommunikation Korruptionsverdacht und Neufinanzierung der BVK: Noch grösser war der Kommunikations- und Koordinationsbedarf im Zusammenhang mit der Verhaftung des Anlagechefs der BVK wegen dringenden Korruptionsverdachts und der geplanten neuen Finanzierung der BVK. Dabei wurde das Generalsekretariat durch die neu geschaffene Stelle eines Kommunikationsbeauftragten wirkungsvoll entlastet.
- Geschäftsverwaltung: Die Aktualisierung des Geschäftsverwaltungssystems war für das Generalsekretariat mit grossem Aufwand verbunden. Der Upgrade war nötig geworden, da das bisherige System vom Betreiber künftig nicht mehr unterhalten wird. Aufgrund der bisherigen guten Erfahrungen bezüglich Anlage, Verwaltung, Aktenablage und -archivierung wurde das bisherige Produkt beibehalten und auf den neuesten Stand der Technik gebracht.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Stabsdienste: Unterstützung der Direktionsvorsteherin, Koordinationsaufgaben gegenüber den Ämtern und anderen Direktionen sowie Dritten.
A2	Diverse eigenständige Leistungen: Bearbeitung von Erbschaften und Vermächtnissen, Notariatsgebührenrekurse, Abordnungen in Institutionen und Kommissionen.
A3	Versicherungsdienste: Abschluss und Verwaltung der Policen; Begleitung der versicherten Schadenfälle des Personals und des Staates sowie Bearbeitung der Staatshaftungsfälle.
A4	Lotteriefonds: Verwaltung des Fonds. Siehe Leistungsgruppe Nr. 4980.
A5	Kommunikation: Kontinuierliche Information der Öffentlichkeit, Bearbeiten von Medienanfragen und Pflege des Internetauftritts.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2009

B 2010

R 2010

Abweichung
von B 2010

Erfolgsrechnung

Ertrag	1,4	1,0	1,4	0,4
Übertrag aus Lotteriefonds	0,4	0,4	0,4	0,0
Regalien	0,4	0,3	0,4	0,1
Ertrag aus Erbanfällen	0,4	0,2	0,5	0,3
Aufwand	-2,5	-3,0	-2,8	0,2
Saldo	-1,2	-2,0	-1,4	0,6

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	10,6	11,6	11,1	-0,5
----------------------------------	------	------	------	------

Erfolgsrechnung

Ertrag:

+0,4 Die Erträge aus Erbanfällen waren höher als budgetiert. Ebenfalls waren die Einnahmen aus dem Salzregal infolge des kalten Winters höher als geplant.

Aufwand:

+0,2 Zurückhaltung beim Personal-, Sach- und Betriebsaufwand und bei den Dienstleistungen Dritter infolge teilweise nicht beeinflussbarer Faktoren.

Personal

-0,5 Die Wiederbesetzung einer Juristenstelle wurde aufgeschoben.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Durch Gericht korrigierte Notariatsgebührenrekursentscheide (vgl. A2)	max.	0%	10%	0%	-10%
W2	Durch Gericht korrigierte Haftpflichtentscheide (vgl. A3)	max.	0%	1%	0%	-1%
Leistungen						
L1	Arbeitsstunden für Unterstützung der Direktionsvorsteherin (vgl. A1)	P	4 796	5 600	7 223	1 623
L2	Anzahl überprüfter und z. T. mitgestalteter RR-Anträge der FD (vgl. A1)	P	177	170	164	-6
L3	Anzahl überprüfter RR-Anträge der anderen Direktionen (vgl. A1)	P	1 969	1 900	1 738	-162
L4	Anzahl erledigter Notariatsgebührenreurse (vgl. A2)	P	10	10	6	-4
L5	Anzahl erledigter Erbschafts- und Vermächtnisfälle (vgl. A2)	P	14	10	8	-2
L6	Anzahl Abordnungen in Institutionen und Kommissionen (vgl. A2)	P	20	16	22	6
L7	Anzahl erledigter nicht versicherter Haftpflichtfälle (vgl. A3)	P	74	60	98	38
L8	Anzahl erledigter versicherter Haftpflichtfälle (vgl. A3)	P	123	155	175	20
L9	Anzahl Abschlüsse, Änderungen und Aufhebungen von Policen (vgl. A3)	P	21	23	26	3
L10	Anzahl eingegangener Gesuche Lotteriefonds (vgl. A4)	P	423	415	441	26
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittliche Anzahl Stunden pro nicht versicherten Haftpflichtfall (vgl. A3)	P	13	25	13	-12
B2	Durchschnittliche Anzahl Stunden pro versicherten Haftpflichtfall (vgl. A3)	P	7	9	5	-4
B3	Aufwand für Versicherungen in % der Jahresprämien (vgl. A3)	max.	0,33%	0,8%	0,32%	-0,48%

Abweichungsbegründungen

- L1 Die Erhöhung der Arbeitsstunden ist mehrheitlich auf die Anstellung des Kommunikationsbeauftragten zurückzuführen.
- L7 Der Anstieg erfasste mehrheitlich einfache Fälle.
- L8 Die Erledigungskadenz ist abhängig von der Komplexität der Fälle. Im Berichtsjahr waren vorwiegend einfachere Fälle zu beurteilen bzw. abzuschliessen.
- B1 Der Anstieg bei der Erledigung nicht versicherter Haftpflichtfälle (L7) umfasste mehrheitlich einfachere Fälle.

Bei Indikatoren, die sich auf Haftpflichtfälle beziehen, werden Haftpflichtfälle, die auf Verkehrsunfälle zurückzuführen sind, nicht mitgezählt. Bei der durchschnittlichen Anzahl Stunden pro (nicht) versicherten Haftpflichtfall (L7) werden für Prozesse aufgewendete Stunden nicht mitgezählt (vgl. B1).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	78 252	-14 699	20 000	83 553	+5 301

Bildung von Rücklagen 2010

- Die Aufwandverminderung ergab sich aus der Zurückhaltung beim Sachaufwand bzw. den internen Verrechnungen vor allem bei der Informatik.

4100 Finanzverwaltung

Hauptereignisse

Das Sanierungsprogramm San10 hat die Finanzverwaltung im abgelaufenen Jahr stark beschäftigt (siehe Direktionsteil). Darüber hinaus haben folgende Schwerpunktthemen die Arbeit der Finanzverwaltung geprägt:

Bundespolitik

Entscheide des Bundes wirken sich zunehmend negativ auf den Staatshaushalt der Kantone und die Haushalte der Gemeinden aus. Dies nicht nur durch direkte Abwälzungen von Aufgaben durch den Bund, sondern auch indirekt durch neue gesetzliche Bestimmungen, welche die Steuerbarkeit der Finanzhaushalte von Kantonen und Gemeinden einschränken. Im Berichtsjahr standen die Bemühungen des Bundes zur Sanierung des Bundeshaushalts im Rahmen des Konsolidierungsprogramms 2012/2013 im Vordergrund. Der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme zum Konsolidierungsprogramm Sparmassnahmen des Bundes, welche zu einer Abwälzung von Kosten auf die Kantone führen würden, abgelehnt und darauf bestanden, dass der Bund seinen Verpflichtungen gemäss den Vereinbarungen zum Bundesfinanzausgleich nachkommt.

Bundesfinanzausgleich

Der Bundesrat erstellte im Berichtsjahr den ersten Wirksamkeitsbericht zum Bundesfinanzausgleich. Der Wirksamkeitsbericht analysiert die Zielerreichung des Bundesfinanzausgleichs in der Periode 2008–2011, welcher die Grundlage für die Dotierung der Ausgleichsgefässe in der zweiten Vierjahresperiode 2012–2015 bildet. Aus Sicht des Kantons Zürich sind die Schlussfolgerungen und Empfehlungen des Bundesrats im Wirksamkeitsbericht enttäuschend ausgefallen. Der Regierungsrat ortet daher für die nächste Finanzierungsperiode insbesondere folgenden Revisionsbedarf:

- Der Ausgleichstopf für den soziodemografischen Lastenausgleich der Kernstädte ist im Vergleich zum geografisch-topografischen Lastenausgleich unterdotiert und ist der tatsächlichen Lastenverteilung anzupassen.
- Die Beiträge der Geberkantone müssen auf das verfassungsmässige Minimum von zwei Dritteln der Bundesbeiträge begrenzt werden, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Geberkantone nicht zu belasten. Zudem sind Lösungen für einen fairen Steuerwettbewerb anzustreben, die eine unlautere Steuerpolitik (Steuerdumping) einzelner Kantone unterbinden.
- Die Haushaltsneutralität beim Übergang zum Finanzausgleich ist vom Bund einzuhalten.
- Die grossen Kaufkraftunterschiede zwischen den Kantonen sind bei der Berechnung des Ressourcenpotenzials zu berücksichtigen.
- Der Härteausgleich ist aufzuheben.

Erstmaliger Jahresabschluss 2009 nach CRG/IPSAS mit Finanzberichterstattung

Im Berichtsjahr wurden erstmals die konsolidierte Rechnung und der Finanzbericht für den Kanton Zürich gemäss den Vorgaben des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG) erstellt. Dabei musste eine Vielzahl von Daten termingerecht und mit der notwendigen Qualität aufbereitet und die verdichteten Informationen im vollständig neu gestalteten Finanzbericht kommentiert werden. Der Bericht der Finanzkontrolle zur konsolidierten Rechnung des Kantons Zürich für den Jahresabschluss 2009 enthält keine Einschränkungen. Der Kantonsrat hat am 12. Juli den Geschäftsbericht mit dem Finanzbericht 2009 genehmigt.

Konzentration des SAP-Betriebs bei Siemens

2009 wurde der bis dahin von mehreren Dienstleistern erbrachte Betrieb für kantonale SAP-Anwendungen zusammen mit dem Betrieb für weitere finanznahe Umsysteme ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielt die Firma Siemens IT Solution und Services (Siemens). Bereits Ende 2009 wurde mit dem Aufbau der neuen Personalsysteme beim neuen Betreiber begonnen. Im Berichtsjahr wurden die SAP-Systeme der zentralen Verwaltung und der psychiatrischen Kliniken sowie das Kreditorenworkflowsystem und das Zahlungsverkehrssystem des Buchungszentrums der Finanzverwaltung zu Siemens migriert. Insgesamt wurden 43 Systeme ohne nennenswerte Probleme migriert bzw. neu aufgebaut. Dem Kanton Zürich steht nun eine moderne, flexible und redundante sowie während 7 x 24 Stunden betreute Systemlandschaft zur Verfügung.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Organisation/Koordination des Rechnungswesens der Gesamtverwaltung, Betreuung eines Buchungszentrums sowie eines Kompetenzzentrums SAP, Führung der konsolidierten Buchhaltung
A2	Controllerdienst für Finanzdirektion und Regierungsrat, Erstellung des konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplanes, des Budgets und des Rechnungsabschlusses
A3	Weiterentwicklung des finanziellen Controllingsystems

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Einführung neue Rechnungslegung (IPSAS, vgl. A3) Abgeschlossen Mitte des Berichtsjahres mit dem erstmaligen Rechnungsabschluss 2009	2010
E2	Umsetzung des Finanzcontrollings der Beteiligungen des Kantons, der Risiken und der Substanzerhaltung des kantonalen Vermögens (vgl. A3) Das finanzielle Risikocontrolling ist im Geschäftsbericht umgesetzt.	2012
E3	Entwicklung von Finanz- und Rechnungswesenanwendungen im SAP (bis 2012) und im Bereich E-Government Planmässig	2013
E4	Finanzstrategie des Regierungsrates erarbeiten (LZ RR 2.1) Abgeschlossen Die Eckwerte der Finanzstrategie wurden vom Regierungsrat 2009 festgelegt. Im Berichtsjahr wurden die Vorgaben aus dem Sanierungsprogramm San10 von den Direktionen und der Staatskanzlei im KEF 2011–2014 umgesetzt. Der Regierungsrat hat die Direktionen und die Staatskanzlei beauftragt, die Umsetzung der Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz in der Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungseinheiten zu prüfen und dem Regierungsrat Projektaufträge zu beantragen.	2011
E5	Entwicklung und Umsetzung der Grundsätze für ein internes Kontrollsystem für die Rechnungslegung und Rechnungsführung, den Zahlungsverkehr sowie das Finanzcontrolling Planmässig	2011

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,3	2,2	3,0	0,8
Interne Verrechnungen Dienstleistungen	2,2	2,1	2,9	0,8
Aufwand	–9,6	–10,6	–10,8	–0,2
Personalaufwand	–6,1	–6,7	–6,7	–0,0
Abschreibungen und Zinsen	–0,3	–0,3	–0,4	–0,0
Kreditübertragungen aus 2009		–0,2		
Saldo	–7,4	–8,4	–7,8	0,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–0,2	–0,6	–0,1	0,5
Kreditübertragungen aus 2009		–0,3		
Saldo	–0,2	–0,6	–0,1	0,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	41,7	43,8	46,8	3,0

Erfolgsrechnung

- +0,8 Zusätzliche interne Erträge aus nicht budgetierten Dienstleistungen des SAP-Kompetenz-zentrums (u. a. Verrechnung zusätzlicher Lizenzen zur Ablösung des Logistiksystems LISA im Tiefbauamt) und aus nicht budgetierten Leistungen des Buchungszentrums (höhere Belegvolumina sowie zusätzlicher Kunden, v. a. aus der Bildungsdirektion)
- 0,7 Den nicht budgetierten internen Erträgen im SAP-Kompetenzzentrum und im Buchungszent-rum stehen nicht budgetierte Personalaufwände von rund –0,25 Mio. Franken und restliche zusätzliche Aufwände von gut –0,4 Mio. Franken (insbesondere für Lizenzen, Betrieb, Honorare und Räumlichkeiten/Mobiliar) gegenüber.
- +0,2 Geringere Personalaufwände im Controllerdienst des Regierungsrates und im Stab aufgrund von durchschnittlich rund 40 vakanten Stellenprozenten sowie aufgrund von Rotationsgewinnen
- +0,2 Nicht ausgeschöpfte Projektaufwände im Projekt Internes Kontrollsystem (IKS) wegen Projekt-verlängerung um zwei Jahre. Die im Berichtsjahr nicht beanspruchten Mittel werden auf das Budget 2011 übertragen.

Investitionsrechnung

- +0,3 Aufgrund mangelnder personeller Ressourcen konnte das Projekt zur Einführung des SAP-Berechtigungstools nicht im vorgesehenen Umfang umgesetzt werden.
- +0,1 Wegen Verzögerungen im Projekt Internes Kontrollsystem (IKS) wird das IKS-Tool erst 2011 eingeführt.
- +0,1 Auf die Einführung eines Tools für das Beteiligungscontrolling wird verzichtet.

Personal

- +3,0 Zusätzliche Anstellungen im Buchungszentrum und im Kompetenzzentrum SAP. Die zusätzlichen Personalaufwände wurden an die Bildungsdirektion bzw. an die Fachhochschulen und die Baudirektion weiterverrechnet.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Mittelfristiger Ausgleich der Erfolgsrechnung gemäss Planung (Kumulierter Saldo der jeweils letzten 8 Jahre in Mio. Franken, vgl. A2)	P	1 598	486	1 954	1 468
W2	Verschuldung (Fremdkapital ./i. Finanzvermögen in Mrd. Franken, vgl. A2)	P	4,1	5,1	3,6	-1,5
W3	Angemessene Selbstfinanzierung gemäss Planung (durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad der jeweils letzten 8 Jahre [in %], vgl. A2)	P	122	95	125	30

Leistungen

L1	Anzahl Buchungen (vgl. A1)	P	1 260 000	950 000	1 257 000	+307 000
L2	Anzahl SAP-Benutzer, die durch das CCC SAP (Kompetenzzentrum) betreut werden (vgl. A1)	P	1 765	1 250	1 961	+711
L3	Anzahl Support-Tickets CCC SAP (Kompetenzzentrum, vgl. A1)	P	2 430	2 100	2 458	+358
L4	Arbeitsstunden für Planung des Regierungsrates (KEF/Budget/ Nachtragskredite, Haushalts- und Finanzpolitik, vgl. A2)	P	3 054	5 690	4 248	-1 442
L5	Arbeitsstunden für Berichtswesen für den Regierungsrat (Rechnung/ Zwischenberichte/Kreditüberschreitungen, vgl. A2)	P	1 299	1 890	1 850	-40
L6	Anzahl bearbeitete KR-Überweisungen: komplexe über Fr. 50 000 / einfache unter Fr. 50 000 (vgl. A2)	P	0/10	0/10	0/11	0/+1
L7	Anzahl Stellungnahmen (vgl. A2)	P	912	800	844	+44
L8	Anzahl Grossprojekte (über 1 Mio. Franken, vgl. A3)	P	1	1	1	0
L9	Anzahl Projekte (zwischen 100 000 und 1 Mio. Franken, vgl. A3)	P	4	4	3	-1

Abweichungsbegründungen

L1	Im Vergleich zum Budget 2010 wurden mehr Kreditorenbelege für das Volksschulamt, das Hochschulamt, die Kantonspolizei und die Invalidenbetriebe des Sozialamtes verarbeitet (die Anzahl Buchungen war 2009 höher wegen der Erstellung der Eingangsbilanz). Wegen des verstärkten Einsatzes der elektronischen Belegverarbeitung ist der Indikator für die Leistungen der Finanzverwaltung nicht mehr aussagekräftig. Im Budget 2011 wurde er durch den Indikator L9 «Anzahl bearbeiteter Kreditorenbelege» ersetzt.
L2/L3	Mehr Benutzer aus dem Projekt zur Einführung des neuen Personaladministrationssystems SAP HCM (Projekt PULS-ZH), den Fachhochschulen (Projekt ZAP) sowie aus der Ablösung des Logistiksystems im Tiefbauamt durch SAP (System LISA)
L4	Aufgrund der KEF-Portallösung konnte die Planung effizienter erstellt werden, und die Plausibilitätsprüfungen im KEF durch den Controllerdienst des Regierungsrates wurden auf das Wesentliche beschränkt (-1738). Dieser Minderaufwand wurde durch zusätzlichen Aufwand im Sanierungsprogramm San10 teilweise kompensiert (+322).
L8	Das Projekt Neue Rechnungslegung nach CRG/IPSAS wurde Mitte des Berichtsjahres abgeschlossen.
L9	Im Berichtsjahr standen die Arbeiten an den Projekten «Berechtigungstool», «IKS» und «SAP-Migration zu Siemens» im Vordergrund. Die Projekte «Weiterentwicklung Controlling» und «Dokumentenmanagement» wurden zurückgestellt.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	220 594	-11 942	+13 500	222 152	-1 558

Bildung von Rücklagen 2010

- Es wurden rund 270 Arbeitsstunden geleistet, die Ende Jahr verfallen sind (Gründe für die hohe Belastung: diverse SAP-Projekte, Sanierungsprogramm San10). Für den Rücklagenbildungs-Antrag wurden diese Stunden mit Fr. 50 bewertet.

4300 Amt für Tresorerie

Hauptereignisse

Das Amt für Tresorerie sorgt für die stete Zahlungsbereitschaft des Staates. Dazu wurden 149 Geldmarktgeschäfte mit einem Volumen von rund 9 Mrd. Franken getätigt. Dabei wurde grosser Wert auf die Auswahl der Gegenparteien und die Überwachung der Risiken gelegt. Zur Deckung des Kapitalbedarfes musste – bei Fremdkapitalfälligkeiten von rund 571 Mio. Franken und Rückzahlung von Kontokorrentguthaben der BVK von 194 Mio. Franken – neues Fremdkapital in Höhe von 200 Mio. Franken auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden.

Im Finanz- und im Verwaltungsvermögen sind folgende Hauptereignisse zu verzeichnen: Rückzahlung eines Darlehens der Abraxas AG in Höhe von 4 Mio. Franken sowie Rückzahlung der letzten Grundkapitaltranche der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) in Höhe von 15 Mio. Franken. Die fälligen Grundkapitaltranchen der Zürcher Kantonalbank wurden wie üblich zu den jeweiligen Refinanzierungskosten des Kantons erneuert.

Die finanziellen Auswirkungen der Ereignisse werden in der Leistungsgruppe Nr. 4930, Kapital- und Zinsendienst Staat, ausgewiesen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Tresorerie (staatliche Mittelaufnahmen, -bewirtschaftung und Cash-Management)
A2	Anlagebewirtschaftung der Legate und Stiftungen sowie des Fluglärmfonds (Airport Zürich Noise Fonds)
A3	Administrative Führung von Beteiligungen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens
A4	Beratung des Kantonsrates und des Regierungsrates in Kapitalmarktfragen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufwand	-0,8	-0,8	-0,8	0,0
Saldo	-0,8	-0,8	-0,8	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	4,0	4,0	4,0	0,0

Indikatoren						
	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Anzahl Überbrückungskredite (vgl. A1)	max.	3	0	0	
W2	Kreditwürdigkeit: Rating Standard Et Poor's (vgl. A1)	P	AAA	AAA	AAA	
Leistungen						
L1	Arbeitsstunden für Tresorerie (vgl. A1)	max.	3 920	4 000	3 070	-930
L2	Arbeitsstunden für Anlagebewirtschaftung der Legate/Stiftungen sowie des AZNF (vgl. A2)	max.	558	500	1 392	+892
L3	Arbeitsstunden für Beteiligungen des Verwaltungs- und Finanzvermögens (vgl. A3)	max.	1 035	1 200	1 043	-157
L4	Arbeitsstunden für Anfragen / Beratung KR / RR (vgl. A4)	max.	414	400	322	-78
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittlicher Zinssatz des ausstehenden Fremdkapitals, in % (vgl. A1)	P	3,05	2,91	2,88	
B2	Verwaltungskosten für Legate und Stiftungen im Verhältnis zum Vermögen, in % (vgl. A2)	P	0,12	0,10	0,16	
Abweichungsbegründungen						
L1	Die geringere Anzahl an Geldmarktgeschäften aufgrund tieferer Liquidität führte zu einem deutlich geringeren Arbeitsstundeneinsatz.					
L2	Die Neustrukturierung des Rechnungswesens für die Legate und Stiftungen (mit Einzelbuchhaltungen) führte zu einem erheblich höheren Arbeitsstundeneinsatz.					
L3	Geringerer Arbeitsstundeneinsatz, weil weniger Projekte als geplant anfielen.					
L4	Tieferer Arbeitsstundeneinsatz, da weniger Anfragen zu bearbeiten waren.					
B2	Der höhere Arbeitsstundeneinsatz (L2) führte zu deutlich höheren Verwaltungskosten.					

Rücklagen					
	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	17 405	0	0	17 405	0

4400 Steuern Betriebsteil

Hauptereignisse

Das Berichtsjahr brachte eine sprunghafte Zunahme von Nachsteuerverfahren, da viele Steuerpflichtige die seit 1. Januar des Berichtsjahres bestehende Möglichkeit zur straflosen Selbstanzeige und zur erleichterten Nachbesteuerung in Erbfällen genutzt haben. Die sogenannte «kleine Steueramnestie» führte dazu, dass im Berichtsjahr die Nachsteuern aus Selbstanzeigen etwa auf das Zehnfache der bisher aus Selbstanzeigen vereinnahmten Nachsteuern und Bussen anstiegen. Dem Interesse gegenüber diesen neuen Bestimmungen wurde durch ein Merkblatt, Referate sowie regelmässige öffentliche Berichterstattung Rechnung getragen. Die straflose Selbstanzeige und die erleichterte Nachbesteuerung in Erbfällen und deren Berücksichtigung im kantonalen Steuergesetz sind auch Bestandteil einer Sammelgesetzesvorlage, welche im Berichtsjahr vom Regierungsrat an den Kantonsrat überwiesen wurde.

Weitere Anpassungen des Steuergesetzes betreffen verschiedene Bestimmungen im Bereich E-Government. Diese regeln den elektronischen Datenaustausch zwischen Steuerpflichtigen und Steuerbehörden und damit insbesondere die Möglichkeit zur elektronischen Einreichung der Steuererklärung. Sodann befassen sich Bestimmungen mit der elektronischen Erfassung und Aufbewahrung von Steuerakten und der Vernichtung von Papierakten. Schliesslich wird die gesetzliche Grundlage für ein elektronisches Verzeichnis der steuerbefreiten Institutionen beantragt; damit können die Steuerpflichtigen rasch abklären, ob ihre Spenden abzugsfähig sind.

Ausgelöst durch den Umstand, dass die Steuereinnahmen im Berichtsjahr wesentlich höher ausfielen als budgetiert, wurde die durch das Steueramt angewendete Methode der Steuerertragschätzung durch einen externen Gutachter überprüft. Das Gutachten bescheinigte der vom Steueramt angewendeten Methode für die Steuerertragsprognosen einen hohen Standard und eine im Vergleich zu den übrigen Kantonen erheblich höhere Genauigkeit. Vorschläge aus dem Gutachten werden jedoch analysiert und können allenfalls in den Prozess zukünftiger Steuerertragsprognosen einfließen.

Im Berichtsjahr erfolgte die Ausbreitung der Steuerapplikation NAPEDUV in den drei Branchendivisionen für die Einschätzung von selbstständig erwerbenden Steuerpflichtigen und von Aktionären, welche mit zürcherischen Gesellschaften verbunden sind. Damit werden nun zusammen mit der im Vorjahr abgeschlossenen Ausbreitung von NAPEDUV in den Gebietsdivisionen grundsätzlich alle natürlichen Personen im kantonalen Steueramt IT-unterstützt eingeschätzt. Für Steuern, Steuerbussen und Gebühren, welche durch das kantonale Steueramt vereinnahmt werden, erfolgte eine Zentralisierung der Inkassohandlungen ab Stufe Betreibung. Damit konnte das dafür notwendige spezialisierte Fachwissen konzentriert werden, was zu einem effizienten und tatsächlichen Vortreiben der Inkassohandlungen führt. Weiter wurden im Berichtsjahr die rechtlichen, technischen und organisatorischen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Einschätzung für die Staats- und Gemeindesteuern sowie die Veranlagung für die direkte Bundessteuer gemeinsam eröffnet werden können. Dies soll den Steuerpflichtigen ermöglichen, gleichzeitig gegen beide Veranlagungen Einsprache zu erheben.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Veranlagung der direkten Steuern von Bund, Kanton und Gemeinden sowie der Erbschafts- und Schenkungssteuern des Kantons
A2	Bezug der direkten Bundessteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuern und der Quellensteuer
A3	Durchführung des Quellensteuerverfahrens für ausländische Arbeitnehmende und im Kanton arbeitende Personen mit Wohnsitz im Ausland

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		bis
E1	Umsetzung des Informatikprojekts ZüriPrimo Planmässig Vgl. Legislaturbericht 2007–2011, Textteil Finanzdirektion. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2015 auf 2018 verschoben.	2018
E2	Verbesserung des Standortmarketings durch Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit (LZ RR 3.6) Abgeschlossen Vgl. Legislaturbericht 2007–2011	2010
E3	Steuerstrategie und begleitende Massnahmen erarbeiten und umsetzen (LZ RR 4.1) Verzögert Vgl. Legislaturbericht 2007–2011. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes vom Berichtsjahr auf 2011 verschoben.	2011
E4	Fehlansätze im Steuersystem beseitigen (LZ RR 12.2) Verzögert Vgl. Legislaturbericht 2007–2011. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes vom Berichtsjahr auf 2012 verschoben.	2012
E5	Sich beim Bund für weitere Möglichkeiten zur steuerlichen Geltendmachung von Kinderbetreuungskosten im Rahmen des Steuerharmonisierungsgesetzes einsetzen (LZ RR 12.3) Abgeschlossen Vgl. Legislaturbericht 2007–2011	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	4,7	5,5	4,4	-1,1
Aufwand	-147,3	-152,1	-147,6	4,4
Personalaufwand	-94,0	-93,4	-94,0	-0,6
Abschreibungen und Zinsen	-6,9	-7,9	-7,7	0,2
Betrieb Informatik	-10,4	-12,4	-10,3	2,1
Hard- und Softwareaufwand	-16,3	-16,2	-16,3	-0,1
Mieten und Sachaufwand	-19,6	-20,1	-19,3	0,8
Kreditübertragungen aus 2009		-2,1		
Saldo	-142,6	-146,6	-143,2	3,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0,0		0,0
Ausgaben	-5,3	-9,0	-8,4	0,6
Kreditübertragungen aus 2009		-1,3		0,0
Saldo	-5,3	-9,0	-8,4	0,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	688,9	707,0	677,6	-29,4

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- 1,1 Weniger Betriebsgebühren rückerstattet (-0,6), weniger Verfahrenskosten und Gebühren vereinnahmt (-0,6) und tiefere Zinseinnahmen sowie Mindertrag diverser Dienstleistungen (-0,2)

Aufwand:

- 0,6 Die Personalaufwandkürzung um 1,3 Mio. Franken im Budget 2010 konnte nicht vollumfänglich durch Sperrung der Wiederbesetzung vakanter Stellen aufgefangen werden. Im Weiteren stiegen die Überbrückungsrenten und Aus- und Weiterbildungskosten für das Personal (wovon 0,15 Mio. Franken den Rücklagen belastet) an.
- + 2,1 Betrieb Informatik: Aufgrund von Projektverzögerungen entfielen die entsprechenden betrieblichen Folgekosten.
- + 0,8 Mieten und Sachaufwand:
- + 0,3 Gesunkener Mietaufwand infolge vorgeschriebener Umqualifizierung von Miet- in Zins- und Abschreibungskosten (Finanzierungsleasing, siehe auch Investitionsrechnung).
- + 0,3 Tiefere Telematik- und Gebäudeunterhaltskosten
- + 0,2 Diverse Einsparungen in verschiedenen Konten
- + 2,1 Nicht beanspruchte Kreditübertragungen, da Vorhaben aus dem ordentlichen Budget finanziert werden konnten.

Investitionsrechnung

Ausgaben:

- 2,2 Mehrausgaben infolge vorgeschriebenen (HBR) Finanzierungsleasings (Aktivierung Anteil Sanierung Klima- und Lüftungsanlage)
- + 1,5 Minderinvestitionen gemäss Projektfortschritt (Informatik)
- + 1,3 Nicht beanspruchte Kreditübertragungen

Personal

- 29,4 Der Beschäftigungsumfang im Berichtsjahr hat sich gegenüber dem Budget 2010 um 29,4 Stellen vermindert, gegenüber dem Rechnungsjahr 2009 um 11,3 Stellen. Aufgrund der seinerzeitigen Kürzung des Personalaufwandes im Budget um 1,3 Mio. Franken wurden in der Folge nur noch zeitlich verzögerte Einstellungen bewilligt, um die Vorgaben des Kantonsrates möglichst erfüllen zu können.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Durch Rechtsmittelinstanzen wesentlich korrigierte Entscheide des Steueramtes	max.	6%	5%	6%	1%
W2	Projekt ZüriPrimo: Anzahl Steuerpflichtige am zentralen Register (vgl. E1)	P	84%	80%	86%	6%

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Leistungen						
L1	Anzahl steuerpflichtige natürliche Personen (vgl. A1)	P	822 294	831 000	832 605	1 605
L2	Anzahl steuerpflichtige juristische Personen (vgl. A1)	P	59 019	60 000	61 615	1 615
L3	Anzahl einzuschätzende Steuererklärungen der Staatssteuern (vgl. A1)	P	1 070 263	1 030 000	1 098 670	68 670
L4	– davon eingeschätzt durch Kanton	min.	396 793	345 000	406 765	61 765
L5	– davon eingeschätzt durch Gemeinden	P	481 619	475 000	501 452	26 452
L6	– davon ausstehend Ende Jahr	max.	191 851	210 000	190 453	–19 547
L7	Fristgerechte Veranlagungen: 1 Jahr nach Steuerperiode	min.	62%	60%	64%	4%
L8	– 2 Jahre nach Steuerperiode	min.	97%	97%	98%	1%
L9	– 3 Jahre nach Steuerperiode	min.	99%	99%	99%	0%
L10	Anzahl quellensteuerpflichtige Personen (vgl. A3)	P	110 905	95 000	116 139	21 139
L11	Anzahl veranlagte Erbschaftsfälle (vgl. A1)	P	1 440	1 300	1 246	–54
L12	Anzahl veranlagte Schenkungen (vgl. A1)	P	418	500	469	–31

Wirtschaftlichkeit

B1	Staatssteuer: Kosten pro Veranlagung für natürliche Personen (vgl. A1)	P	225	265	222	–43
B2	Staatssteuer: Kosten pro Veranlagung für juristische Personen (vgl. A1)	P	294	380	260	–120

Abweichungsbegründungen

W1	Der Wert liegt innerhalb der normalen Bandbreite von 5% bis 8%.
W2	Durch die erfolgreiche Abwicklung der Schnittstellenprojekte (NEST-Gemeinden) im Vorjahr und die Produktivsetzung der Schnittstellen in drei weiteren Gemeinden im Berichtsjahr konnte die Anzahl der am zentralen Steuerregister geführten Steuerpflichtigen (natürliche Personen) um 6% übertroffen werden.
L3–L7	Gegenüber dem Budget waren rund 68 000 Steuererklärungen mehr zu erledigen (L3). Dank höherer Produktion (Anzahl erledigte Steuererklärungen) sowohl des Kantons (L4) als auch der Gemeinden (L5) liegt der Pendenzenstand auf Ende Berichtsjahr (L6) um 19 547 Fälle unter dem Budget. Demgemäss liegt der Indikator Fristgerechte Veranlagungen (L7) um 4% über dem Budget.
L10	Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne Niederlassungsbewilligung, die im Quellensteuerverfahren besteuert werden, hat weiter zugenommen.
L11	Die Anzahl der veranlagten Erbschaftsfälle bewegt sich im Rahmen der normalen Bandbreite.
L12	Weniger Schenkungssteuerfälle als erwartet.
B1/B2	Bei praktisch unveränderter Kostenbasis sinken die Kosten pro Veranlagung infolge Anstiegs der Anzahl Einschätzungen durch den Kanton.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	2 023 262	–150 000	0	1 873 262	–150 000

Auflösung Rücklagen 2010

- Fr. 150 000 für Aus- und Weiterbildung Personal (Schulung in Sachen Kundenorientierung und Schulung Teamleiterinnen und Teamleiter)

4500 Personalamt

Hauptereignisse

Für direktionsübergreifende wichtige Projekte wird auf den Funktions- und Querschnittsbereich Personal verwiesen. Für das Personalamt waren folgende Projekte und Ereignisse von Bedeutung:

- Personalentwicklung: Das nach eduQua-Standard zertifizierte Qualitätsmanagementsystem der Bereiche Weiterbildung und Management Development der Abteilung Personalentwicklung wurde in einem Zwischenaudit erfolgreich bestätigt. eduQua ist ein schweizerisches Zertifizierungsverfahren für Weiterbildungsinstitutionen. Das eduQua-Zertifikat bietet unseren Kundinnen und Kunden im Sinne eines Qualitätslabels eine Garantie für die Gesamtqualität unserer betrieblichen Weiterbildung.
- Das bereits in einem Pilotprojekt für die unteren und mittleren Kader umgesetzte Programm der Kadernachwuchsförderung in der Finanzdirektion wurde im Berichtsjahr endgültig eingeführt.
- Human Resources Finanzdirektion: Für die Personalrekrutierung wurden die Grundlagen für einen Standardprozess erarbeitet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Umsetzen der Personalpolitik durch den Regierungsrat und der Personalmanagementstrategie mit den Stossrichtungen Personalführung und -entwicklung, Stärkung der Personalbereiche und Marktpositionierung. Steuerung und Planung mittels Personalcontrolling
A2	Förderung der Personal- und Kaderentwicklung. Fachliche Betreuung der kaufmännischen und Informatiklehrlingsausbildung
A3	Beratung in Fragen des Personalrechts. Begleitung von Rechtsmittelverfahren. Entwicklung des Personalrechts. Koordination von Case Management
A4	Sicherstellen und Veranlassen der Lohnauszahlung für die gesamte Verwaltung. Entwicklung und Pflege des kantonalen Lohnsystems
A5	Umsetzung der Personalpolitik innerhalb der Finanzdirektion

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Projekt Teilrevision Lohnsystem, Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten (LZ RR 6.2; vgl. A4) Planmässig Die Teilprojekte für eine flexiblere und leistungsorientiertere Lohnentwicklung sowie die Anpassung der Richtpositionen wurden im Berichtsjahr in Kraft gesetzt. Das Teilprojekt für die Entwicklung eines Betriebskonzeptes zur Anwendung und Nachführung des Lohnsystems geht zu Beginn 2011 in die Vernehmlassung.	2010
E2	Umsetzung der Personalmanagementstrategie 2007–2011, Einführung des Personalcontrollings in den Direktionen (LZ RR 6.3; vgl. A1) Planmässig (vgl. Funktions- und Querschnittsbereich Personal, Hauptereignisse)	2011
E3	Einführung einer direktionsübergreifenden Kadernachwuchsförderung (vgl. A2) Planmässig Wird in Direktionen umgesetzt.	2011
E4	Einführung Case Management, Neuregelung Lohnfortzahlung Planmässig Case Management hat sich in der kantonalen Verwaltung erfolgreich etabliert. Die Neuregelung der Lohnfortzahlung ist für 2011 geplant.	2010

E5	Rechtskonforme, faire und unterstützende Umsetzung der Personalmassnahmen San04 und MH 06 (vgl. Leistungsgruppe Nr. 4970) Abgeschlossen Vereinzelte Arbeiten wie die Auszahlung von Überbrückungszuschüssen werden jedoch noch mehrere Jahre andauern.	2010
E6	Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung direktionsübergreifend koordinieren (LZ RR 12.4) Sistiert aufgrund der finanziellen Situation des Kantons Eine Wiederaufnahme wird für den KEF 2012–2015 überprüft.	2010
E7	Flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitarbeit auf allen Stufen fördern (LZ RR 12.5) Planmässig (vgl. Legislaturbericht, LZ RR 12.5)	2011
E8	Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe einführen (LZ RR 12.6) Planmässig (vgl. Legislaturbericht, LZ RR 12.6)	2011
E9	Einführung des neuen Personalmanagement- und Lohnabrechnungssystems PULS-ZH Planmässig (vgl. Funktions- und Querschnittbereich Personal Hauptereignisse sowie Hauptereignisse Finanzdirektion)	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,6	3,3	2,4	–0,9
Interner Ertrag Aus- und Weiterbildung	1,8	2,2	1,6	–0,6
Aufwand	–18,4	–23,3	–20,4	3,0
Personalaufwand (einschliesslich Lernende)	–8,2	–8,8	–8,7	0,1
Betrieb Informatik	–4,5	–5,3	–4,8	0,5
Case Management	–0,8	–3,7	–1,3	2,4
Saldo	–15,8	–20,0	–18,0	2,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–2,8	–7,1	–7,0	0,1
Saldo	–2,8	–7,1	–7,0	0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	39,1	40,7	39,2	–1,5

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- 0,9 Die Erträge der internen Aus- und Weiterbildung werden jedes Jahr durch die Ämter und Betriebe zu hoch budgetiert. Im Berichtsjahr wurden rund 0,6 Mio. Franken zu hoch veranschlagt. Zudem wurden 0,2 Mio. Franken zu hoch ins Budget für Kursgelder eingestellt. Des Weiteren wurden für 0,1 Mio. Franken weniger Dienstleistungen im Bereich der Lohnadministration in Anspruch genommen.

Aufwand:

- +0,8 Tiefere Betriebs- und Wartungskosten des Personalmanagement- und Lohnabrechnungssystems PALAS
- 0,3 Kosten für die Wartung von SAP-Lizenzen im Rahmen der Einführung von PULS-ZH
- +2,4 Tiefere Kosten im Case Management (CM). Dem Kanton lagen zum Zeitpunkt der Budgetierung noch zu geringe Erfahrungswerte vor. Deshalb wurde im KEF 2011–2014 das Budget bereits reduziert.

Personal

- 1,5 Reduktion von –2,2 budgetierten Planstellen für direktionsübergreifende Kadernachwuchsförderung (–1,2 Stellen) und Lohncontrolling (–1,0 Stellen). Es wurden +0,6 Stellen für eine weitergeführte befristete Anstellung im Bereich Personalentwicklung erhöht. Die restlichen +0,1 Stellen erklären sich durch Anpassungen des Beschäftigungsgrads, Personalwechsel und Aushilfen.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit mit Dienstleistungen Personalamt, mind. «gut» (vgl. A1–4)					
W2	Beurteilung Programme zur Führungsentwicklung, mind. «gut» (vgl. A2)	min.	91%	85%	87%	2%
W3	Kursbeurteilung Personalschulung, mind. «gut» (vgl. A2)	min.	91%	90%	92%	2%
W4	Selbstbeurteilung Lehrlingsausbildung, mind. «gut» (vgl. A2)	min.	87%	90%	92%	2%
Leistungen						
L1	Anzahl Teilnehmende an Programmen zur Führungsentwicklung (vgl. A2)	max.	124	84	106	22
L2	Anzahl durchgeführte Teilnehmende-Schulungstage einschliesslich Führungsbildung (vgl. A2)	P	6 790	7 100	6 194	-906
L3	Anzahl betreute Lernende (vgl. A2)	max.	181	185	191	6
L4	Anzahl juristische Beratungen (vgl. A3)	P	2 100	2 000	2 200	200
L5	Anzahl begleitete juristische Verfahren (vgl. A3)	P	21			
L6	Anzahl Lohnauszahlungen pro Monat (vgl. A4)	P	37 600	35 500	36 000	500
L7	Anzahl mit PALAS bewirtschafteter Personaldossiers (ZST 1; vgl. A4)	P	15 900	15 500	15 000	-500
L8	Anzahl betreute Mitarbeitende in der Finanzdirektion pro HR-Stelle (vgl. A5)			191	191	0
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kosten pro Teilnehmende an Programmen Führungsentwicklung (vgl. A2)	P	3 291	3 800	2 906	-894
B2	Kosten pro Teilnehmende an Kursen der internen Weiterbildung (vgl. A2)	P	528	650	558	-92
B3	Kosten pro Lernende, ohne Arbeitsplatzkosten (vgl. A2)	P	19 253	21 000	20 720	-280
B4	Kosten pro juristische Beratung (vgl. A3)	P	56	70	51	-19
B5	Betriebskosten pro Lohnauszahlung und Jahr (vgl. A4)	P	108	150	106	-44
Abweichungsbegründungen						
L1	Wie bereits im Geschäftsbericht 2009 erläutert, wurden ab 2009 mehrere zusätzliche Führungsprogramme durchgeführt. Der Budgetwert im Berichtsjahr darf jedoch nicht angepasst werden und ist entsprechend zu niedrig.					
L2	Niedrigere Anzahl Schulungstage aufgrund der Kürzung der Dauer einiger Seminare. Des Weiteren wird eine Grundausbildung für Führungskräfte weniger angeboten (vgl. Indikatorenwerte L1 GB 2010 versus R 2009).					
L4	Zunahme von Rechtsauskünften insbesondere bezüglich Kündigung und Entlohnung.					
L5	Dieser Indikator wird nicht mehr weitergeführt (vgl. KEF 2010–2013).					
B1	Tiefere Kosten pro Teilnehmerin und Teilnehmer, da bereits in den Vorjahren das Programm der Führungsentwicklung neu konzipiert und verkürzt wurde und der Budgetwert nicht mehr angepasst werden konnte.					
B2	Tiefere Kosten als budgetiert, da im Berichtsjahr die Kosten für Referentinnen und Referenten optimiert und die Teilnehmendenzahl pro Klasse erhöht werden konnten.					
B4	Tiefere Kosten, da mehr Rechtsberatungen im Berichtsjahr durchgeführt wurden (vgl. L4).					
B5	Die tieferen Betriebs- und Wartungskosten für PALAS reduzierten die Kosten pro Lohnauszahlung und Jahr.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	298 696	0	0	298 696	0

4600 Direktionsübergreifende Informatik

Hauptereignisse

Informatikstrategie

Die Umsetzungseinheit 1 besteht aus den vier Teilprojekten «Zentralisierung der Informatik auf Direktionsstufe», «Projektportfolio-Management», «Informatikcontrolling» sowie «Standards und Architekturen». Zwei der Lösungskonzepte sind genehmigt, zwei sind in fortgeschrittenen Phasen. Zudem hat das KITT die Informatiksicherheit als Inhalt der zweiten Umsetzungseinheit festgelegt.

Projekte ZHcom und Notes2010

Während des Berichtsjahres wurde die Migration der beiden verbleibenden Plattformen (Steueramt, Amt für Jugend und Berufsberatung) ins Service Center Lotus Notes der Direktion der Justiz und des Innern durchgeführt (Projekt ZHcom). Im Projekt Notes2010 wurde mit erheblichem Migrations- und Schulungsaufwand die Lotus-Notes-Umgebung vereinheitlicht. Am Jahresende war die Version 8.5.1 nahezu flächendeckend im Einsatz.

Datennetzwerk LEUnet

Im Datennetzwerk LEUnet wurde zunächst der wegen der Abtretung eines Unternehmensteils nötige Übergang des Dienstleistungsvertrags von Siemens an Swisscom vorgenommen. Anschliessend wurde ein neuer Dienstleistungsvertrag ausgearbeitet und unterzeichnet. Dank einer Verlängerung der Vertragsdauer werden die Preise ab 2011 wesentlich tiefer sein.

Projekt Split-DNS

Mit diesem Projekt wurde die Verwaltung der drei Netzwerkdienste DNS, IP-Adressierung und DHCP vereinfacht und von einer dezentralen auf eine zentrale Lösung umgestellt. Dazu wurden über 30 Systemadministratoren aus allen Direktionen auf der neuen Plattform geschult. Mit dem erfolgreichen Abschluss des Projekts ist ein weiterer dezentraler Dienst auf eine zentrale Grundlage umgestellt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Kantonale Informatikstrategie entwickeln, pflegen und umsetzen
A2	Definition, Implementation und Betrieb von direktionsübergreifenden Informatikdienstleistungen (Kompetenzzentren und Servicezentren)
A3	Definition und Durchsetzung von Informatikstandards in der kantonalen Verwaltung

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		bis
E1	Umsetzung der im Dezember 2008 festgelegten Informatikstrategie (LZ RR 6.4; vgl. A1) Planmässig	2012
E2	als Teil der Umsetzung: Weiterentwicklung des Informatikcontrollings Leicht verzögert	2011
E3	als Teil der Umsetzung: Definition und Durchsetzung von weiteren Informatikstandards in der kantonalen Verwaltung (vgl. A3) Planmässig	2010
E4	Standardisierung und Modernisierung Internetzugriff Abgeschlossen	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0		0,0	0,0
Aufwand	-5,7	-6,7	-6,1	0,6
Saldo	-5,7	-6,7	-6,1	0,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	7,6	7,9	8,2	0,3

Erfolgsrechnung

Aufwand:

- + 0,3 Projekte konnten mit weniger Aufwand umgesetzt werden (insbesondere Umsetzung Informatikstrategie und Trennung KOMBV-Netz Kanton – Abraxas).
- + 0,3 Minderaufwand für Betrieb Active Directory, Miete von Lichtwellenleitern, Beiträge an Netzwerkkosten der Gemeinden, Betrieb Internet Access und Betrieb Maildrehscheibe

Personal

- + 0,3 Temporäre Erhöhung Beschäftigungsgrad für Migration des Content Management Systems

Indikatoren						
	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Verfügbarkeit des Datennetzwerks LEUnet in %	min.	99,89	99,4	99,92	
Leistungen						
L1	Für Informatikstrategie eingesetzte Stunden (vgl. A1)	P	1 104	1 200	1 740	540
L2	Für zentrale Dienstleistungen eingesetzte Stunden (vgl. A2)	P	3 656	4 000	2 324	-1 676
L3	Für Informatikstrategie und Standards gefasste Beschlüsse (vgl. A1, A3)	P	9	10	10	0
L4	Anzahl betreute Anschlüsse des Datennetzwerks LEUnet (vgl. A2)	P	11 692	11 500	12 538	1 038
L5	Anzahl Anschlussänderungen LEUnet (vgl. A2)	P	1 962	2 500	2 321	-179
Abweichungsbegründungen						
L1	Stelle, welche die Umsetzung der Informatikstrategie betreut, war im Berichtsjahr ganzjährig besetzt.					
L2	Krankheitsbedingter Ausfall; die Mitarbeit beim Projekt PULS-ZH erlaubte weniger Einsatz für zentrale Dienstleistungen.					
L4/L5	Aus- und Umbauten sowie Umzug von Arbeitsstellen; Zahl ist durch Leistungsgruppe wenig beeinflussbar.					

Rücklagen					
	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	8 226	0	0	8 226	0

4700 Drucksachen und Material

Hauptereignisse

Die Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz) hat im Auftrag ihrer Kunden wiederum ein grosses Beschaffungsvolumen abgewickelt, das sich insgesamt in einem ähnlichen Rahmen wie im Vorjahr bewegte. Folgende Entwicklungen sind besonders zu erwähnen:

- Wie im Vorjahr war eine grosse Nachfrage nach den verschiedenen Beschaffungsgütern (u.a. Büromaterial, Reinigungsmittel, Drucksachen, Publikationen, Informatikmittel, Outputsysteme) zu verzeichnen, wobei auch die elektronische Bestellplattform stark genutzt wurde.
- Die kdmz erbrachte weiterhin Leistungen für die Führung und den Betrieb der landesweiten E-Government-Plattformen «Simap» (Informationssystem über das öffentliche Beschaffungssystem der Schweiz) und «Publicjobs» (das Schweizer Stellenportal). Bei «Publicjobs» ist weiterhin eine wachsende Verbreitung zu verzeichnen.
- Die kdmz hat eine Verlagerung ihrer Informatik-Basisinfrastruktur zur Finanzdirektions-Informatik vorgenommen, damit direktionsweite Synergiepotenziale bestmöglich genutzt werden können. Sie hat zudem die Vorbereitungen getroffen, um ihr Zeiterfassungssystem durch ein kantonsweit verbreitetes Leistungs- und Zeiterfassungssystem abzulösen.
- Die ökologische Beschaffung ist wiederum aktiv gefördert worden, auch in Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle für Umweltschutz (KofU) und der Trägergruppe Büroökologie. Für die Ermittlung des Anteils von Recyclingpapier gemäss RRB Nr. 1244/2009 wurde neu eine Recyclingpapierstatistik entwickelt und eingeführt.
- Mit RRB Nr. 235/2009 wurde das weitere Vorgehen beim verwaltungsweiten Projekt «Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens» festgelegt. Die kdmz als federführende Stelle hat dieses Projekt weiter vorangetrieben und bei den sie betreffenden Teilprojekten «Büromaterial» und «Publikationen» Sofortmassnahmen eingeleitet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Kostengünstige, effiziente, ökologisch vertretbare und zentrale Beschaffung (Kanton tritt gegenüber der Privatwirtschaft als ein Kunde auf) aller für eine Verwaltung im administrativen Bereich notwendigen Produkte und Erbringung der damit zusammenhängenden Dienstleistungen, und zwar kostendeckend.
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens Planmässig Siehe Legislaturbericht 2007–2011, Textteil Finanzdirektion	2012
E2	Weitere Förderung von E-Business (u.a. elektronische Bestellabwicklung) Planmässig Es ist eine weiterhin zunehmende Nutzung der elektronischen Bestellabwicklung zu verzeichnen.	2013

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	46,2	48,4	46,0	–2,4
Aufwand	–45,8	–48,1	–45,4	2,7
Saldo	0,4	0,3	0,6	0,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		–0,4		0,4
Saldo		–0,4		0,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	50,8	56,0	50,0	–6,0

Erfolgsrechnung

- 2,4 Die Abweichung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Printinserate nicht mehr über die Erfolgsrechnung der kdmz, sondern direkt über diejenigen der Endkunden verrechnet wurden.
- +2,7 Der Aufwand verminderte sich in ähnlichem Umfang.

Investitionsrechnung

- +0,4 Wegen veränderter Voraussetzungen für die weitere Geschäftsentwicklung wurden die Investitionen nicht beansprucht.

Personal

- 6,0 Die Personalkapazitäten sind auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr, wobei auch Vakanzen auf Ende des Berichtsjahres zu verzeichnen waren.

Indikatoren						
		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Anzahl Kunden, die E-Business verwenden	P	6 900	6 300	7 300	1 000
Leistungen						
L1	Anzahl Bestellungen	P	98 772	99 000	89 000	-10 000
L2	Anteil Bestellungen über E-Shop an Anzahl Bestellungen	P	45%	46%	48%	2%
Abweichungsbegründungen						
W1	Die Anzahl Kunden, die E-Business verwendeten und im E-Shop der kdmz registriert waren, hat sich im Berichtsjahr weiter erhöht.					
L1	Die bisherige Ermittlung der Anzahl Bestellungen auf der Basis «verstellte Rechnungen» verlor mit der Zunahme der elektronischen Bestellabwicklung (u. a. mit Sammelrechnungen, Teilrechnungen) an Aussagekraft, weshalb neu «eingehende Aufträge» gemessen wurden.					

Rücklagen					
	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	410 613	0	0	410 613	0

4910 Steuererträge

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	6 026,1	5 490,4	6 505,1	1 014,7
Staatssteuern	4 992,1	4 622,1	5 478,8	856,7
– davon Laufende Periode NP	3 301,8	3 196,0	3 447,1	251,1
– davon Laufende Periode JP	752,7	714,0	794,7	80,7
– davon Nachträge NP	667,7	492,0	915,0	423,0
– davon Nachträge JP	194,0	156,0	227,5	71,5
– davon Übrige Erträge	76,0	64,1	94,4	30,3
Quellensteuer	192,9	165,0	160,5	–4,4
Erbschafts- und Schenkungssteuer	204,9	170,0	210,2	40,2
Direkte Bundessteuer	558,3	472,0	572,4	100,4
Verrechnungssteuer und EU-Zinsbesteuerung	77,9	61,0	83,2	22,2
Aufwand	–154,2	–139,4	–157,9	–18,5
Staatssteuern	–133,2	–116,2	–134,4	–18,3
Quellensteuern	–19,7	–21,9	–22,2	–0,3
Erbschafts- und Schenkungssteuer	–1,3	–1,4	–1,3	0,0
Saldo	5 871,9	5 351,1	6 347,2	996,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- + 331,8 Laufende Periode: Die Staatssteuererträge der laufenden Periode liegen sowohl bei den natürlichen Personen (+251,1 Mio. Franken) als auch bei den juristischen Personen (+80,7 Mio. Franken) über dem budgetierten Steuersoll. Im Zeitpunkt der Budgetierung für das Berichtsjahr wiesen die Indikatoren auf einen massiven Wirtschaftsabschwung hin; die Budgetierung fiel dementsprechend vorsichtig aus.
- + 494,5 Nachträge an direkten Steuern für frühere Steuerperioden: Die höheren Steuererträge der laufenden Periode führten zu höheren Nachträgen (§ 19 Abs. 2 lit. b RLV). Hohe Nachträge für die abzurechnende Steuerperiode 2006 (§ 19 Abs. 2 lit. c RLV) sowie die Nachträge für die Perioden 2005 und früher (§ 19 Abs. 2 lit. d RLV) trugen zum Ergebnis bei. Gemäss § 19 Abs. 3 RLV kann die Schätzung der Nachträge schon vor dem Rechnungsjahr n+4 korrigiert werden. Aufgrund der bereits vereinnahmten hohen Nachträge 2007 wurde die Schätzung demgemäss um 281 Mio. Franken korrigiert. (Hinweis: Im Anhang ist unter «Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze» das genaue Vorgehen für die Verbuchung der Staatssteuererträge umschrieben.)

+ 30,3	Übrige Erträge: Die hohe Anzahl eingegangener Selbstanzeigen aufgrund des Bundesgesetzes über die Vereinfachung der Nachbesteuerung in Erbfällen und die Einführung der straflosen Selbstanzeige vom 20. März 2008 (gültig ab 1. Januar des Berichtsjahres) führten zum überproportionalen Anstieg der Nachsteuern, zudem stiegen die Zinserträge überdurchschnittlich an.
-4,4	Quellensteuer: Bei den Quellensteuern wurde das Budget knapp unterschritten (-4,4 Mio. Franken). Der Grund liegt im steigenden Anteil Quellensteuerpflichtiger, die wegen Überschreitung des Grenzwertes (Fr. 120 000) der nachträglichen Veranlagung im ordentlichen Steuerverfahren unterliegen.
+ 40,2	Erbschafts- und Schenkungssteuer: Die Einnahmen der Erbschafts- und Schenkungssteuer schwanken aufgrund von Nachlässen mit hohem Steuerertrag.
+ 100,4	Direkte Bundessteuer: Der Anteil des Kantons Zürich am Bundessteuerertrag beruht auf den tatsächlich eingegangenen Zahlungen (Ist-Methode) und ist damit vom Zahlungsverhalten abhängig. Die Budgetierung im Berichtsjahr fiel zu pessimistisch aus, da auch hier die Prognose genau im Zeitpunkt der Finanzkrise erfolgt ist.
+ 22,2	Verrechnungssteuer und EU-Zinsbesteuerung: Höherer Kantonsanteil an Verrechnungssteuern infolge Mehrertrags des Bundes
Aufwand:	
-18,3	Staatssteuern: Mehraufwand infolge höherer Wertberichtigungen auf Steuerforderungen und höheren Vergütungszinsen.

4921 Schadenausgleich

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Aus dieser Leistungsgruppe werden den Amtsstellen Aufwendungen für nicht versicherte Haftpflichtschäden sowie Reparatur und Ersatzbeschaffungskosten für nicht versicherte Sachschäden vergütet.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	-1,5	-2,2	-1,8	0,4
Versicherungsprämien	-1,2	-1,3	-1,2	0,1
Schadenausgleich	-0,3	-0,9	-0,6	0,3
Saldo	-1,5	-2,2	-1,8	0,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Aufwand:

+0,4 Die budgetierten Schadenausgleichszahlungen basieren auf Erfahrungswerten der Vorjahre. Diese fielen im Berichtsjahr tiefer aus als im langjährigen Mittel, aber 0,3 Mio. Franken höher als in der Rechnung 2009.

4930 Kapital- und Zinsdienst Staat

Hauptereignisse

Die Hauptereignisse werden in der Leistungsgruppe Nr. 4300, Amt für Tresorerie, dargestellt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die prognostizierten Passivzinsen und Vermögenserträge aufgeführt. Diese sind nur indirekt steuerbar.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	596,0	590,7	617,7	26,9
Finanzertrag	106,4	101,1	106,2	5,1
Gewinnanteil ZKB	200,0	200,0	220,0	20,0
Gewinnanteil Nationalbank	289,4	289,4	291,2	1,8
Aufwand	-137,0	-123,2	-106,3	16,9
Finanzaufwand	-136,8	-123,0	-106,1	17,0
Saldo	458,9	467,5	511,3	43,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen	9,1		15,2	15,2
Ausgaben	-13,2		-2,5	-2,5
Saldo	-4,2		12,7	12,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +21,8 Höhere Gewinnausschüttung der ZKB (+20,0) sowie der Schweizerischen Nationalbank (+1,8)
- +10,2 Höhere Dividende der Flughafen Zürich AG (+6,1), der Rheinsalinen AG (+3,6) sowie der erstmaligen Auszahlung einer Dividende der Abraxas Informatik AG (+0,5)
- +1,0 Marktwertanpassung der Beteiligung an der Flughafen Zürich AG
- 3,7 Tiefere Dividende der Axpo Holding AG
- 2,4 Niedrigerer Ertrag auf Neukonversionen des ZKB-Grundkapitals infolge tieferer Zinsen

Aufwand:

- +18,7 Tieferer Aufwand für die Verzinsung des Fremdkapitals infolge geringerer Kapitalaufnahmen
- 1,9 Höherer Aufwand für die Verzinsung der Kontokorrentkonten aufgrund höherer Kontokorrentsaldi

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- +15,2 Rückzahlung der letzten Grundkapitaltranche der EKZ (+15,0)

Ausgaben:

- 2,5 Gewährung zusätzlicher Investitionsdarlehen an die Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse (ZLK)

4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Die kalkulatorischen Zinsen auf dem Verwaltungs- und dem Finanzvermögen werden den Amtsstellen durch interne Verrechnungen belastet. Die entsprechenden Erträge werden auf dieser Leistungsgruppe gutgeschrieben.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	362,4	372,5	338,6	-34,0
Kalkulatorischer Zinsertrag	362,4	367,3	334,9	-32,3
Aufwand	-67,2	29,4	-82,5	-111,9
Kalkulatorischer Zinsaufwand	-67,6	-78,4	-65,6	12,8
Zentrale Korrektur Abschreibungen		7,8		-7,8
Zentrale Korrektur Budget 2010		100,0		-100,0
Saldo	295,2	401,9	256,1	-145,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

- 100,0 Die durch den Kantonsrat im Budget 2010 beschlossene Saldoverbesserung von +100 Mio. Franken wird in anderen Leistungsgruppen realisiert.
- 32,3 Geringere kalkulatorische Zinserträge aufgrund der tieferen Investitionen in den übrigen Leistungsgruppen
- 17,0 Nicht budgetierte, zentrale Verbuchung der Rückstellung aus der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren, Lehrerinnen und Lehrer, Regierungsrätinnen und Regierungsräte sowie Richterinnen und Richter. Diese erfolgte im Berichtsjahr erstmals zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 (früher in der Staatskanzlei, der Bildungsdirektion, der Rechtspflege usw.).
- 7,8 Die im Budget 2010 zentral eingestellten Aufwandminderungen für planmässige Abschreibungen fallen aufgrund nicht ausgeschöpfter Investitionsbudgets in den anderen Leistungsgruppen bei diesen an.
- 5,3 Die im Budget 2010 zentral eingestellte Korrektur aus dem Konsolidierungsabgleich (Intercompany-Beziehungen) entfällt in der Rechnung.
- +3,6 Erstmalige zentrale Verbuchung des Ertrags aus der Rückverteilung der CO₂-Abgabe des Bundes
- +12,8 Geringere Aufwände für die Verzinsung der Fonds und der internen Kontokorrente

4960 Interkantonaler Finanzausgleich

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die finanziellen Auswirkungen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) erfasst, soweit sie nicht einer spezifischen Leistungsgruppe zugeordnet werden können.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	87,5	86,1	86,1	0,0
Soziodemografischer Lastenausgleich	87,5	86,1	86,1	0,0
Aufwand	-613,3	-604,8	-638,3	-33,5
Ressourcenausgleich	-592,7	-584,2	-617,7	-33,5
Härteausgleich	-20,6	-20,6	-20,6	0,0
Saldo	-525,8	-518,7	-552,2	-33,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

-33,5 Die vom Kantonsrat im Budget 2010 beschlossene Kürzung der Zahlung in den Ressourcenausgleich von +33,5 Mio. Franken wurde aufgrund übergeordneten Bundesrechts sowie eines entsprechenden Regierungsrats-Beschlusses nicht umgesetzt.

4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen

Hauptereignisse

- San04 und MH06 sind grundsätzlich abgeschlossen, für die Leistungsgruppe Nr. 4970 sind nur noch vereinzelt Arbeiten im Gange.
- Die personellen Auswirkungen aus dem Sanierungsprogramm San10 sind zum Ende des Berichtsjahres noch nicht bekannt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Verantwortungsbewusster Umgang mit Mitarbeitenden, deren Stellen abgebaut werden müssen.
A2	Erarbeitung von Sozialplänen und weiteren Massnahmen für das betroffene Personal nach einheitlichen Grundsätzen.
A3	Unterstützung von Personen, deren Entlassung im Rahmen von Sanierungsprogrammen unvermeidlich ist.
A4	Einhaltung von Verpflichtungen, die sich aus Bestimmungen des Personalrechts und der Richtlinien des Sozialplanes ergeben.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Entwicklung und Bereitstellung von Begleitmassnahmen und Unterstützungsangeboten	2010
E2	Koordinierte und personalrechtskonforme Ausrichtung von Abgangsentschädigungen	2010
E3	Zentrale Ausrichtung von Leistungen gemäss Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal (BVK)	2010
E4	Erarbeitung von Regelungen für Härtefälle gemäss dem Grundsatz der Gleichbehandlung	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,2		0,0	0,0
Aufwand	–0,2		0,4	0,4
Saldo	0,0		0,4	0,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Aufwand:

- 0,4 Korrektur der Rückstellungen für Vorsorgeleistungen 2009
- +0,9 San04 und MH06 sind weitgehend abgeschlossen, daher Auflösung der Rückstellungen für andere Ansprüche Personal.
- 0,1 Bildung Rückstellungen für Überbrückungsrenten aus den Sanierungsmassnahmen

4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich

Hauptereignisse

Mit Vorlage 4574b bewilligte der Kantonsrat erneut einen Beitrag von 20 Mio. Franken an den Erweiterungsbau des Schweizerischen Landesmuseums Zürich. Zudem bewilligte der Rat mit Vorlage 4640 einen Beitrag von 4,4 Mio. Franken für den 1. Teil der Rechtsquellen-Edition Zürich.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Die Fondsgelder werden für gemeinnützige Zwecke – vorwiegend im sozialen und kulturellen Bereich – verwendet.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	67,2	96,7	68,4	-28,3
Interkantonale Landeslotterie / Swisslos	59,7	52,0	60,3	8,3
Entnahme aus Bestandeskonto		37,4		-37,4
Kalkulatorischer Zinsertrag	7,4	7,3	8,1	0,8
Aufwand	-67,2	-96,7	-68,4	28,3
Zahlungen an Private und Dritte	-19,1	-78,0	-24,1	53,9
Einlagen in Bestandeskonto	-39,6		-28,3	-28,3
Übertrag an Leistungsgruppen	-8,0	-18,7	-15,8	2,8
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	268,7	231,3	297,0	65,7

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +8,3 Der Ertrag von Swisslos ist abhängig von deren Leistung. Swisslos ging bei der Budgetierung davon aus, dass der Ertrag im Vergleich zum Vorjahr sinken werde.
- 37,4 Bei der Budgetierung bestand die Annahme, dass einerseits die Einnahmen etwas zurückgehen würden und andererseits grosse Beiträge zur Auszahlung kommen würden (Rheinau, Landesmuseum, Villa Flora). Die entsprechenden Gesuchseingaben bzw. die abschliessenden Beitragsentscheide haben sich verzögert. Folglich kam es zu einer Einlage in das Bestandeskonto.

Aufwand:

- +53,9 Die Beitragszahlungen im Berichtsjahr sind gegenüber dem Vorjahr nur leicht angestiegen und nicht – wie budgetiert – wesentlich stärker. Dies hängt u.a. damit zusammen, dass der vom Kantonsrat bewilligte Beitrag von 20 Mio. Franken zugunsten des Landesmuseums wegen eines Referendums nicht ausbezahlt werden konnte und sich der Fortgang anderer grosser Geschäfte zum Teil (z. B. Rheinau, Villa Flora) verzögerte.
- 28,3 Einlage in das Bestandeskonto wegen der Auszahlungen, die tiefer waren als budgetiert.
- +2,8 Die Fachstelle Kultur hat den ihr zustehenden Betriebsbeitrag nicht vollständig ausgeschöpft. Zudem hat sich die Umsetzung von Vorhaben verzögert, was zu geringeren Auszahlungen bzw. Überträgen führte.

Fondsbestand

Der Fondsbestand liegt mit knapp 300 Mio. Franken höher als budgetiert, weil es infolge der geringeren Auszahlungen und der höheren Swisslos-Erträge nicht zu einer Entnahme aus, sondern zu einer Einlage in das Bestandeskonto des Lotteriefonds kam (vgl. Erfolgsrechnung).

Indikatoren	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Leistungen					
L1	Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder in %:				
L2	P	6	9	14	5
L3	P	11	8	18	10
L4	P	44	61	44	-17
L5	P	23	4	5	1
L6	P	7	9	11	2
L7	P	4	5	4	-1
L8	P	5	4	4	0
L9	P	423	425	441	16
Wirtschaftlichkeit					
B1	P	946	941	907	34
Abweichungsbegründungen					
Die Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder auf die verschiedenen Kategorien ist abhängig von den einzelnen Gesuchen (vor allem von den grossen Gesuchen), die eingereicht werden und über die entschieden wird. Der Inhalt der einzelnen Gesuche ist nicht steuerbar. Hinzu kommt die schlechte Planbarkeit bei grossen Gesuchen bzw. Beitragszusagen des Kantonsrates.					
L2	Die gesamte im Berichtsjahr bewilligte Beitragssumme war geringer als budgetiert. Die Denkmalpflegeleistungen entsprachen der ursprünglichen Annahme. Somit bilden sie einen höheren Anteil an den gesamten Zusprechungen.				
L3	Über die Inlandhilfe 2009 wurde erst Anfang des Berichtsjahres entschieden, somit umfasst diese Leistungsgruppe die Inlandhilfen 2009 und 2010 sowie die Auslandhilfe im Berichtsjahr.				
L4	Für das Budget 2010 bestand die Annahme, dass im Laufe des Jahres über die Geschäfte Villa Flora, Winterthur, und Rheinau entschieden würde. Infolge Verzögerung sind diese Geschäfte noch nicht antragsbereit bzw. die entsprechenden Gesuche liegen noch nicht vor.				
L9	Die Anzahl der Gesuche ist nicht steuerbar.				





Volkswirtschaftsdirektion

Die Volkswirtschaftsdirektion schafft die Rahmenbedingungen für einen attraktiven Wirtschaftsraum.

Es gilt, die Standortattraktivität von Zürich zu erhalten bzw. zu steigern und das zunehmende Mobilitätsbedürfnis menschen- und umweltverträglich zu bewältigen.

Im Berichtsjahr lagen die Schwerpunkte der Volkswirtschaftsdirektion beim Erhalt des überaus guten internationalen Rufs von Zürich als Standortregion sowie bei der konsequenten Weiterverfolgung der kantonalen Politik zur Stärkung der Verkehrsinfrastrukturen. Hervorzuheben sind die Eröffnung der 3. Etappe der Glattalbahn sowie die Inbetriebnahme der Miniautobahn im Weinland.

Wirtschaftliche Erholung im Kanton

Das Berichtsjahr stand im Zeichen der wirtschaftlichen Erholung. Die Arbeitsmarktlage im Kanton Zürich verbesserte sich deutlich und entwickelte sich insgesamt besser als erwartet. Von Januar bis Dezember des Berichtsjahres sank die Arbeitslosenquote von 4,5% auf 3,7%.

Ein neues Konzept zur interinstitutionellen Zusammenarbeit wurde erarbeitet und umgesetzt. Es regelt die Leistungskoordination der Institutionen RAV, Sozialhilfe, IV und Berufsberatung für Stellensuchende, bei denen die Zusammenarbeit aller Akteure erforderlich ist, um eine Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen.

Der Regierungsrat bewilligte einen Übergangskredit von 1,88 Mio. Franken an die Greater Zurich Area (GZA) für 2011. Er stimmte den vom Stiftungsrat der GZA vorgeschlagenen Eckwerten für eine Neuausrichtung zu. Die Arbeit der GZA soll künftig schwergewichtig auf der Akquisition liegen.

Weiterer Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Im Mai des Berichtsjahres feierte der Zürcher Verkehrsverbund ZVV sein 20-jähriges Bestehen. Während dieser Zeit stieg die Nachfrage im öffentlichen Verkehr um fast 150%. Die Zahl der ZVV-Abonnentinnen und -Abonnenten (einschliesslich Z-Pass) stieg auch im Jubiläumsjahr erneut an auf rund 360 000 (+10 000). Dies wirkte sich auch auf die Frequenzen aus: Pro Werktag wurden in den S-Bahnen an der Zürcher Stadtgrenze im Durchschnitt 395 000 Fahrgäste gezählt (Vorjahr 386 000).

Nach insgesamt sechs Jahren Bauzeit konnte im Dezember das Grossprojekt Glattalbahn vollendet werden. Die dritte und letzte Etappe führt vom Bahnhof Stettbach zum Flughafen. Die Linie 12 verbindet im 15-Minuten-Takt grosse Wohn- und Arbeitsplatzgebiete sowie wichtige Entwicklungsgebiete im Glattal. Abgestimmt auf die Glattalbahn, wurde auch das Buskonzept in der Region angepasst.

Beim Verkehrsfonds entfiel der Grossteil der Ausgaben auf den Bau der Durchmesserlinie. Im Herbst bewilligte der Kantonsrat einen Rahmenkredit für die 4. Teilergänzungen der Zürcher S-Bahn.

Flughafen: Auf dem Weg zur Rechtsicherheit

Nachdem der Bund am 2. Februar den im Jahr 2004 gestarteten Koordinationsprozess für das SIL-Objektblatt Flughafen Zürich mit einem Schlussbericht beendet hatte, führte er vom 23. August bis 29. Oktober das öffentliche Anhörungs- und Mitwirkungsverfahren durch. In der gleichen Zeitspanne legte der Kanton Zürich den Entwurf für die Teilrevision des kantonalen Richtplans, Kapitel 4.7.1 «Flughafen Zürich», öffentlich auf. Der Sachplan als Instrument des Bundes definiert die Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung des Flughafenbetriebs und der Flughafenanlagen. Der Richtplan als Instrument des Kantons Zürich definiert die Zielvorstellungen und die Vorgaben zur Umsetzung für die Raumentwicklung in der Flughafenregion insgesamt. Nach Auswertung der zahlreichen Einwendungen aus der öffentlichen Auflage werden beide Planentwürfe überarbeitet. Die Festsetzung des Richtplans fällt in den Zuständigkeitsbereich des Kantonsrates, bedarf jedoch der Genehmigung durch den Bundesrat.

ZFI-Bericht 2009

Der Bericht zum Zürcher Fluglärm-Index (ZFI) 2009 hält fest, dass der bei 47 000 Personen festgelegte Richtwert leicht unterschritten wurde: 2009 waren rund 46 800 Personen vom Fluglärm tagsüber stark belästigt bzw. während der Nacht im Schlaf stark gestört (Monitoringwert). Dieser Rückgang war in erster Linie auf die Abnahme der Flugbewegungen zwischen 2008 und 2009 zurückzuführen. Würde die Bevölkerungsentwicklung alleine zählen, wäre der ZFI-Monitoringwert erneut angestiegen. Anlässlich der Verabschiedung des ZFI-Berichts 2009 hat der Regierungsrat auch Kenntnis genommen vom Stand der Umsetzung des ZFI-Massnahmenkonzepts. Anfang November hat er die Volkswirtschaftsdirektion beauftragt, eine Verordnung zur Förderung der Wohnqualität in der Flughafenregion auszuarbeiten.

Flughafen Zürich AG (FZAG) – Strategie-Controlling 2010

2008 legte der Regierungsrat die Eigentümerstrategie für die Beteiligung des Kantons Zürich an der FZAG fest. Darin hat er für die folgenden vier Bereiche Leitplanken und Erwartungen des Kantons Zürich an die Flughafenhalterin formuliert: Bedeutung des Flughafens Zürich für Verkehr und Volkswirtschaft, Umweltschutz, Unternehmensführung und Beziehungspflege. Der Controlling-Bericht 2010 gibt einerseits einen Überblick über den Stand und die Entwicklungsdynamik des Geschäftsumfeldes, in dem sich die FZAG und ihre Hauptkundin SWISS bewegen, andererseits vergleicht er die in der Eigentümerstrategie festgelegten Ziele mit der tatsächlichen Entwicklung. Die in den Leitplanken festgelegten Ziele wurden wie im Berichtsjahr 2009 erreicht. Seit der Festlegung der Eigentümerstrategie durch den Regierungsrat hat sich das für die Flughafen Zürich AG massgebliche Umfeld nicht grundlegend verändert. Da sich die Strategie bewährt hat, besteht zurzeit kein Bedarf für eine Anpassung.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	740,9	777,2	759,2	-18,0
Aufwand	-996,0	-1 024,9	-1 006,9	18,0
Kreditübertragungen aus 2009		-0,7		
Saldo	-255,1	-247,8	-247,7	0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen	18,8	20,7	19,0	-1,7
Ausgaben	-264,1	-316,2	-232,2	84,0
Kreditübertragungen aus 2009		-0,2		
Saldo	-245,3	-295,5	-213,2	82,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	656,4	817,7	726,6	-91,1

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 18,0 Mio. Franken oder 2,3% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 15,8 Tiefere Rückvergütung des SECO aufgrund des geringeren Aufwandes für den Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes AVIG (saldoneutral)
- +13,5 Höhere kantonale Anteile an der LSVA (11,2) und an der Mineralölsteuer (2,3)
- 8,7 Tieferer Zinsertrag auf dem Flughafenfonds-Bestand, als Folge des Übertrags der Beteiligung an der Flughafen Zürich AG ans Amt für Tresorerie
- 7,3 Tiefere Buchgewinne auf Liegenschaften des Finanzvermögens (Strassenfonds)
- +3,8 Höherer Ertrag aus Verkehrsabgaben
- 2,7 Geringerer Zinsertrag auf dem Strassenfonds-Bestand als budgetiert

Der Aufwand liegt 18,0 Mio. Franken oder 1,8% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 16,0 Höhere Überträge aus dem Strassenfonds an Tiefbauamt (14,5) und Amt für Verkehr (1,5)
- +15,8 Aufgrund der wirtschaftlichen Erholung entwickelte sich der Arbeitsmarkt besser als erwartet, daher wurden die budgetierten Kosten im Vollzug AVIG nicht ausgeschöpft (Personal-, Sach- und übriger Aufwand; saldoneutral)
- +8,4 Durch tiefere zu verzinsende Anlagebestände des Verkehrsfonds (Verwaltungsvermögen) ergeben sich tiefere interne Zinskosten
- 6,2 Höhere Beitragszahlungen an den Strassenunterhalt für Städte und Gemeinden
- +5,5 Der Kantonsbeitrag an die Kostenunterdeckung des ZW fällt geringer aus als budgetiert
- +4,7 Tiefere Beiträge an Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte (EG AVIG). Das AWA kann die Auslastung nicht beeinflussen, die Gemeinden weisen die ausgesteuerten Personen zu.
- +4,0 Korrektur latenter Steuerrückstellungen, die im Rahmen der Einführung von IPSAS aufgrund der Neubewertung des Finanzvermögens im Strassenfonds gebildet wurden

Investitionsrechnung

Die Einnahmen liegen 1,7 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 6,8 Die Entschädigungszahlungen im Rahmen der Lärmrechnung fielen tiefer aus als geplant
- +3,1 Nicht eingeplante pauschale Investitionsbeiträge des Bundes an Lärmschutzmassnahmen im Strassenbau

Die Ausgaben liegen 84,0 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +53,1 Bei den Investitionsbeiträgen für Bauvorhaben im öffentlichen Verkehr fielen für die Durchmesserlinie wesentlich tiefere Ausgaben an (35,8). Weitere Minderausgaben ergaben sich bei Beiträgen für die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes und bei der 4. Teilergänzung.
- +23,4 Tiefere Beiträge an Strassenbauten an Städte und Gemeinden als Folge veränderter Berechnungsgrundlagen
- +8,1 Die Auszahlungen von Wohnbaudarlehen verzögern sich, da erst wenige Abrechnungen eingetroffen sind

Personal

Der Personalbestand im Vollzug AVIG im Amt für Wirtschaft und Arbeit wurde laufend und umsichtig an die Entwicklung der Stellensuchenden angepasst. Der budgetierte Stellenplan im Vollzug AVIG wurde im Jahresdurchschnitt um 77,9 Vollzeitstellen nicht ausgeschöpft.

Im Amt für Verkehr liegt der Personalbestand durchschnittlich um 8,9 Stellen unter dem budgetierten Wert, da sich einzelne Stellenbesetzungen verzögert haben.

Im Generalsekretariat liegt der Personalbestand im Jahresdurchschnitt um 4,8 Stellen unter dem budgetierten Wert, da sich einzelne Stellenbesetzungen als vorerst nicht notwendig erwiesen haben.

Investitionen

Der Grossteil der Mittel aus dem Verkehrsfonds wurde für die Finanzierung der Durchmesserlinie verwendet. Für die 4. Teilergänzung wurden noch keine Mittel benötigt. Das Total der noch zulässigen Ausgaben für die Glattalbahn und das Tram Zürich-West wird nicht ausgeschöpft werden, da es sich bei den bewilligten Ausgaben um Bruttokredite handelt und der Bund Beiträge aus dem Agglomerationsfonds leistet. Die Investitionen für Staatsstrassen und die Netzfertigstellung der Nationalstrassen werden im Tiefbauamt ausgewiesen.

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2010	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Beiträge an Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	-80,0	-702,7	-355,1	-347,6
Vorfinanzierung Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	-74,6	-500,0	-247,0	-253,0
Beiträge an Stadtbahn Glattal	-31,9	-615,2	-399,9	-215,3
Beiträge an 3. Teilergänzungen	-0,4	-83,2	-63,0	-20,2
Beiträge an Tram Zürich-West	-11,4	-100,1	-33,6	-66,5
Beiträge an 4. Teilergänzung	0	-346,6	0	-346,6
Rahmenkredit an die Anpassung verschiedener Haltestellen für Mobilitätsbehinderte	-1,2	-32,0	-1,8	-30,2
Investitionsbeiträge an Städte und Gemeinden für Strassenbauten	-26,8	-50,2		
Wohnbaudarlehen	+7,6	*	*	*
Übrige Investitionen	+5,5	-14,8		
Total	-213,2			

* Gemäss §7 des Gesetzes über die Wohnbau- und Wohneigentumsförderung beträgt der Rahmenkredit für ausstehende Darlehen 180 Mio. Franken. Auf 31. Dezember des Berichtsjahres sind rund 115 Mio. Franken aus Darlehen an verschiedene Empfänger ausstehend, weitere 17,4 Mio. Franken wurden für Wohnbaudarlehen zugesichert. Die Höhe der noch zulässigen Ausgaben verändert sich laufend aufgrund der gewährten Darlehen sowie den Amortisationen, (freiwilligen) Rückzahlungen und den neuen Zusicherungen.

Leistungsgruppen

5000 Generalsekretariat

Hauptereignisse

Im Frühling des Berichtsjahres trat der neue Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker sein Amt an. Das Generalsekretariat unterstützte ihn bei der Einarbeitung in die Dossiers der Direktion.

Weiterhin beanspruchten die Flughafenpolitik sowie die Pflege der Aussenbeziehungen, besonders zu Deutschland, das Generalsekretariat. In Zusammenarbeit mit dem Europa Institut der Universität Zürich wurden diverse öffentlich zugängliche Veranstaltungen organisiert, unter anderem trat Günter Verheugen, ehemaliger Vizepräsident der Europäischen Kommission, an einem Anlass auf.

Unter der Projektleitung des Generalsekretariats führte ein Grossteil der Direktion in einem ersten Schritt das neue Corporate Design ein. Gemeinsam mit zwei weiteren Direktionen erscheint die Volkswirtschaftsdirektion frisch und modern. Ebenfalls unter Federführung des Generalsekretariats wurde der neue, von der Staatskanzlei erarbeitete Internetauftritt direktionsweit umgesetzt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Unterstützt und berät den Direktionsvorsteher und die Ämter.
A2	Plant, bearbeitet und kontrolliert die Geschäfte.
A3	Dienstleistungen und Support für die Ämter in den Bereichen Informatik, Personal, Finanzen und Controlling
A4	Europafachstelle

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Neuordnung des Verkehrsrechts Planmässig	2011
E2	Aufbau strategisches Controlling Abgeschlossen. Prozess und Report umgesetzt und aktiv	2010

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3,8	4,9	4,2	–0,6
Interne Informatik-Dienstleistungen	3,2	4,3	3,6	–0,7
Aufwand	–8,2	–10,0	–8,2	1,8
Saldo	–4,3	–5,1	–3,9	1,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,0			
Ausgaben		–0,3	–0,1	0,2
Kreditübertragungen aus 2009		–0,2		
Saldo	0,0	–0,3	–0,1	0,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	32,1	35,0	30,2	–4,8

Erfolgsrechnung

Der Saldo liegt um 1,2 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +0,5 Tiefere Personalkosten (Abweichungsbegründung Personal)
- +0,3 Das Informatikdienstleistungscenter der VD schliesst dank tieferen Sachkosten, insbesondere beim Projektaufwand Server-Erneuerung, kostenneutral und damit im Saldo besser als budgetiert ab.
- +0,2 Geringerer Sachaufwand und Verzicht auf verschiedene budgetierte Dienstleistungen von Dritten im GS.
- +0,2 Die Europafachstelle konnte nicht alle geplanten Projekte durchführen.

Investitionsrechnung

Die Erneuerung der Server-Infrastruktur der VD konnte günstiger abgeschlossen werden als geplant.

Personal

Die Arbeitsprozesse wurden weiterhin straff und Schnittstellen möglichst einfach gehalten. Bei Personalfluktuationen wurden Aufgaben, Arbeitsprozesse und Schnittstellen konsequent überprüft und wo sinnvoll neu strukturiert. Dadurch mussten wiederum nicht alle Vakanzen besetzt werden.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Gesamtzufriedenheit mit der VD-Informatik (höchste Note 6) (A3)	min.	4,9	>=5	5,0	-
Leistungen						
L1	Anzahl von der VD erledigte Rekurse (A2)	P	25	30	33	3
L2	Anteil Rekurse, die innerhalb von fünf Monaten erledigt sind (A2)	min.	76%	>60%	85%	25%
L3	Anzahl zu betreuende PC-Arbeitsplätze (A3)	P	969	920	962	42
L4	Bürgerbriefe, innerhalb von einem Monat beantwortet (A1)	min.	93%	80%	92%	12%

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	112 316	-14 291	0	98 025	-14 291

5205 Amt für Verkehr

Hauptereignisse

Gesamtverkehr

Bund und Kanton regelten die Umsetzung des Agglomerationsprogramms Siedlung und Verkehr der 1. Generation im Rahmen einer Leistungsvereinbarung. Damit ist auch die Voraussetzung geschaffen, dass der Bund ab 2011 Beiträge an Infrastrukturprojekte ausrichten kann.

Die Arbeiten für die Agglomerationsprogramme der 2. Generation wurden aufgenommen. Die regionalen Gesamtverkehrskonzepte Oberland und Flughafenregion sowie das städtische Gesamtverkehrskonzept Winterthur wurden abgeschlossen. Die Arbeiten für die Stadt Zürich und das Limmattal begannen.

Die Erarbeitung des directionsübergreifenden Gesamtverkehrscontrollings wurde aufgenommen. Das Planungs- und Steuerungsinstrument befindet sich ab 2011 im operativen Einsatz.

Strassenverkehr

Im Bereich der strategischen Netzentwicklung konnten Planungsstudien für Volketswil, zur Umfahrung Dielsdorf und zur Angebotsentwicklung des MIV im Limmattal abgeschlossen werden.

Die Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung der Regionalen Verkehrssteuerung wurden vorangetrieben, sodass das Amt für Verkehr die Massnahmen dem Tiefbauamt zur Ausführung übergeben kann.

Die Planungen für eine Regionale Leitzentrale für den Verkehrsraum Zürich (RL-VRZ) wurden zusammen mit den Städten Zürich und Winterthur sowie dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) weiter konkretisiert. Die entsprechenden Vereinbarungen liegen unterschrittsreif vor.

Der Kanton hat die Wahrung seiner Interessen in Schlüsselvorhaben des Bundes aktiv wahrgenommen. Besondere Beachtung fanden dabei die laufende Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) der Glattalautobahn, die Projektierung des Ausbaus der Nordumfahrung Zürich sowie die Projektierung der Einhausung Schwamendingen. Für diese hat Anfang des Berichtsjahres der Bund die Federführung übernommen.

Die Koordination zwischen dem Amt für Verkehr und dem Tiefbauamt, die einen reibungslosen Übergabeprozess sicherstellt, hat sich erneut sehr bewährt. Dabei sind im Berichtsjahr ungefähr 130 Projektübergaben vom Amt für Verkehr ans Tiefbauamt erfolgt.

Luftverkehr

Am 29. Juli trat am Flughafen Zürich die neue siebenstündige Nachtflugordnung in Kraft. Dies führte im Dezember des Berichtsjahres winterbedingt zu mehr Ausnahmegewilligungen. Das Amt für Verkehr hat alle erteilten Ausnahmegewilligungen beurteilt und gestützt auf § 3 des Flughafengesetzes 24 Übertretungen der Sperrordnung beim Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) angezeigt. Bezüglich der Verzeigungen aus früheren Jahren teilte das BAZL dem Kanton mit Schreiben vom 9. November mit, dass es, von einer Ausnahme abgesehen, in sämtlichen bis Ende 2009 angezeigten Fällen keine Strafverfahren eröffnet hat bzw. eröffnete Verfahren eingestellt worden sind.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Umsetzung Gesamtverkehrskonzept und Gesamtverkehrsprozess sowie Anwendung Gesamtverkehrscontrolling Beim Gesamtverkehrscontrolling liegt ein Bericht mit Zielkonkretisierung und Indikatorenvorschlag vor.
A2	Betrieb eines Gesamtverkehrsmodells Weiterentwicklung ermöglicht vollständigen Betrieb einschliesslich Mittelfristprognosen
A3	Umsetzung Eigentümerstrategie und kontinuierliche Überwachung der kantonalen Beteiligungen im Bereich Flughafen und Luftverkehr
A4	Wahrung der kantonalen Interessen im Bereich der strategischen Planung und Kontrolle im Bereich Luftverkehr
A5	Infrastrukturplanungen für Strassen, Radwege und strategische Öv-Projekte
A6	Strategisches Verkehrsmanagement Rahmenkredit von 60,5 Mio. Franken für die Umsetzung der RVS-Massnahmen (Regionale Verkehrssteuerung) vom KR beschlossen und rechtskräftig
A7	Baupolizei und Beitragswesen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Durch eine wirksame Interessenvertretung die termingerechte Inbetriebnahme grosser Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr und im motorisierten Individualverkehr anstreben (LZ RR 11.1) Planmässig Aktive Projektbegleitung bei der Projektierung des Ausbaus der Nordumfahrung, des Kapazitätsausbaus Winterthur, der Einhausung Schwamendingen sowie des Baus der Umgestaltung der A1 im Bereich Grünau	2011
E2	Aufbau eines Strategieprozesses Gesamtverkehr und eines umfassenden Gesamtverkehrscontrollings (LZ RR 11.3) Verzögert Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes vom Berichtsjahr auf 2011 verschoben. Zwischenbericht mit Zielkonkretisierung und Indikatorenvorschlag liegt vor.	2010
E3	Kantonalen Richtplan im Bereich Verkehr zielgerichtet umsetzen (LZ RR 11.4) Planmässig Für dringliche Vorhaben aus dem Richtplan wurden ZMB erarbeitet.	2011
E4	Mitwirkung im Verfahren Sachplan Infrastruktur und Luftfahrt (SIL) sowie raumplanerische Vorsorge in der Flughafenregion (LZ RR 11.2) Planmässig Stellungnahme des Kantons im Verfahren der öffentlichen Anhörung/Mitwirkung liegt vor. Massnahme «raumplanerische Vorsorge» wird zeitlich auf den SIL-Prozess abgestimmt.	2011
E5	Weiterentwicklung und Definition von langfristigen Optionen für die Verkehrsfinanzierung; Umsetzung in der Gesetzgebung (Strassengesetz u. a.) Planmässig Vorlage zuhänden Kantonsrat wurde vom RR im März des Berichtsjahres verabschiedet.	2011
E6	Ausarbeitung eines Strategieberichtes Strassenverkehr und einer zugehörigen Finanzplanung für den Bereich der Strassen (Ablösung Bauprogramm Strassen) Planmässig Eine Teilstrategie Strassen liegt als Vorlauf für den Strategiebericht Strassen im Entwurf vor.	2011
E7	Interessenwahrung beim Bund zur Aufnahme der wichtigen Vorhaben im Nationalstrassennetz in den Netzbeschluss bzw. in die Programmbotschaft Engpassbeseitigung Planmässig Programm Botschaft Engpassbeseitigung wurde im Berichtsjahr von den eidgenössischen Räten verabschiedet. Prozesse bzgl. Glattalautobahn, Oberlandautobahn und Stadttunnel sind im Gang. Netzbeschluss wird im Sommer 2011 erwartet.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	122,4	129,9	129,9	0,0
Übertrag aus Strassenfonds und Flughafenfonds	118,8	126,5	126,9	0,4
Aufwand	-126,2	-134,6	-135,2	-0,6
Eigene Beiträge an Städte und Gemeinden	-74,4	-80,0	-86,3	-6,2
Abschreibungen	-18,1	-18,7	-18,3	0,5
Saldo	-3,9	-4,7	-5,3	-0,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,1	1,3	4,5	3,1
Ausgaben	-28,9	-50,2	-26,8	23,4
Investitionsbeiträge an Nationalstrassen		-1,0		1,0
Saldo	-27,7	-48,9	-22,4	26,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	44,8	54,5	45,6	-8,9

Erfolgsrechnung

Die Budgetüberschreitung um 0,6 Mio. Franken ist bedingt durch Mehrleistungen (verrechnete Stunden) und Mehraufwand (Drittaufträge) bezüglich Arbeiten für die Agglomerationsprogramme, die im Hinblick auf die ab 2011 vom Bund erwarteten Beiträge erbracht wurden.

Der Aufwand liegt um 0,6 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +2,2 Insgesamt weniger Ausgaben für Fremdaufträge, davon Minderausgaben im Strassenbereich (1,3) sowie Flughafenbereich (0,8) und Mehrausgaben beim Gesamtverkehr (-0,3)
- +1,6 Personalaufwand (vakante Stellen)
- +1,0 Tiefere Abschreibungen und Zinsen, aufgrund des geringeren Bestands an aktivierten Investitionsbeiträgen an Städte und Gemeinden
- 6,2 Höhere Beitragszahlungen an Strassenunterhalt für Städte und Gemeinden

Investitionsrechnung

Die Einnahmen liegen 3,1 Mio. Franken über dem Budget.

Ursache:

- +3,1 Nicht eingeplante pauschale Investitionsbeiträge des Bundes an Lärmschutzmassnahmen

Die Ausgaben liegen um 23,4 Mio. Franken unter dem Budget.

Ursache:

- +23,4 Tiefere Investitionsbeiträge an Städte und Gemeinden an Strassenbauten als Folge veränderter Berechnungsgrundlagen (tiefere Ausgaben des Kantons im Vorjahr als Basis)

Personal

Der Personalbestand liegt 8,9 Stellen unter Budget.

Ursachen:

- Neubesetzungen von Stellen erfolgen im Einklang mit der Entwicklung des sich im Aufbau befindenden Amtes.
- Einzelne, für das Jahr 2010 vorgesehene Stellenbesetzungen haben sich verzögert (z. T. mangels qualifizierter Bewerbungen).

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Interregionale Erreichbarkeit Kt. Zürich	P	147,4	130,5	n. a.	
W2	Interkontinentale Erreichbarkeit Kt. Zürich	P	111,5	111,0	n. a.	
W3	NOx-Emissionen im Strassenverkehr (in t)	P	5 710	5 450	5 390	-60
W4	PM10-Emissionen im Strassenverkehr (in t)	P	624	622	619	-3
W5	CO ₂ -Emissionen im Strassenverkehr (in 1000 t)	P	2 074	2 074	2 079	+5
Leistungen						
L1	Bimodaler Modal Split (in %, Basis Anzahl Fahrten, prov. Werte); A1, A2	P	29,5	31,5	31,6	0,1
L2	Anzahl überprüfte Flugwegabweichungen und Ausnahmegewilligungen Nachtflugsperr; A4	min.	5 370	5 400	5 480	80
L3	Anzahl behandelte Geschäfte für Infrastrukturanlagen und Änderungen des Betriebsreglements; A4	P	482	300	543	143
L4	Anzahl interne Berichte zum Berichtswesen Beteiligungscontrolling; A3	P	-	24	24	0
L5	Anzahl behandelte Geschäfte im Rahmen der Bauverfahrensverordnung (Baugesuche, UVP); A7	P	-	700	781	81
Abweichungsbegründungen						
L3	Weiterhin viele Gesuche/Kontrollen bei Infrastrukturanlagen der Luftfahrt für Um-/Ausbauten; Projektänderungen, technische Ausrüstungen und Ausstattungen im Zusammenhang mit Schengen-2010-Projekten sowie Ausbau der Sicherheitskontrollstellen einschliesslich der notwendigen Verlegungsprojekten.					
W1/W2	Die Werte vom Berichtsjahr liegen erst im Herbst 2011 vor.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	274 207	-39 972	0	234 235	-39 972

5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr

Hauptereignisse

Diese Leistungsgruppe dient der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Der Aufwand setzt sich zusammen aus dem Beitrag des Kantons an die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) und der Einlage in den Verkehrsfonds.

Die Geschäfte des Verkehrsfonds sind bei der Leistungsgruppe Nr. 5920 (Verkehrsfonds), beschrieben, diejenigen des ZVV in dessen Geschäftsbericht.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Siehe Leistungsgruppe Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag		0,0	0,0	0,0
Aufwand	-248,9	-261,8	-256,3	5,5
Beitrag an den ZVV (LG Nr. 9300)	-173,0	-185,9	-180,4	5,5
Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr	-81,1	-81,1	-81,1	0,0
Saldo	-248,9	-261,8	-256,3	5,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Über diese Leistungsgruppe wird die Finanzierung des ZVV und des Verkehrsfonds abgewickelt. Die materiellen Begründungen für die finanzielle Entwicklungen sind in den jeweiligen Leistungsgruppen ersichtlich.

Indikatoren

Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
-----	--------	--------	---------	--------------------------

Wirkungen

W1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»

Leistungen

L1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»

Wirtschaftlichkeit

B1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»

5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit

Hauptereignisse

Der Bereich Arbeitsmarkt des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA) erarbeitete eine Strategie zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern. Die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) verstärkten die Kontaktpflege mit den Arbeitgebern und veranstalteten wiederum mehrere erfolgreiche Arbeitgeberanlässe. Um den Gemeinden erweiterte Dienstleistungen anzubieten, verfügt seit Ende des Berichtsjahres jedes der 17 kantonalen RAV über eine Person, die auf die interinstitutionelle Zusammenarbeit spezialisiert ist. Damit können die RAV gezielt Dienstleistungen für Bezüger von Sozialhilfe oder von Leistungen der IV erbringen.

Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung gingen die Gesuche für Kurzarbeitsentschädigung zurück. Ein Spezialfall stellte die vorübergehende Sperrung des Flugraumes während der Aschewolke über weiten Teilen Europas dar. Rund 30 flugnahe Betriebe reichten bei der kantonalen Arbeitslosenkasse ein Gesuch um Kurzarbeitsentschädigung ein.

Die kantonale Standortförderung führte das Management der Branchencluster fort (Finanzmarkt, Life Sciences, Informations- und Kommunikationstechnologie, Kreativsektor). Sie veranstaltete verschiedene Anlässe, die der Vernetzung der Akteure dienen, und stiess damit auf grosses Interesse. Verschiedene Clusterstudien wurden publiziert, die teilweise erstmals Zahlenmaterial zur Bedeutung der einzelnen Cluster enthalten.

Die Stadt Kloten kündigte an, den Zugang ausländischer Taxis zum Flughafen einzuschränken, um die ausländische Konkurrenz einzudämmen. Daraufhin fanden Gespräche zwischen Bund, Volkswirtschaftsdirektion, Stadt Kloten und Flughafen statt mit dem Ziel, eine Lösung zu finden, welche die schweizerischen wie auch die grenzüberschreitenden Interessen berücksichtigt. Der Bund bestätigte formell, dass die deutschen Taxifahrer unter das Personenfreizügigkeitsabkommen fallen und berechtigt sind, während 90 Tagen als Dienstleistungserbringer in der Schweiz zu arbeiten.

Im Bereich der Flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit wurden 4464 Arbeitnehmer hinsichtlich Einhaltung der Arbeits- und Lohnbedingungen kontrolliert. Dabei wurde in rund 3% eine Unterbietung der üblichen Arbeits- und Lohnbedingungen festgestellt. Die überwiegende Mehrheit der in der Schweiz tätigen in- und ausländischen Arbeitgeber hält die Lohnstandards ein. Die 1824 ebenfalls durchgeführten Kontrollen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit konzentrierten sich auf Risikobranchen, in denen die Gefahr von Missbräuchen besonders gross erscheint.

Im Lohnbuch, einem neuen Nachschlagewerk des AWA, sind alle orts-, berufs- und branchenüblichen Löhne in der Schweiz dargestellt. Es stellt eine wertvolle Berechnungsgrundlage für Arbeitsmarktbehörden, Sozialpartner und Personalabteilungen dar.

Das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) ist ein wichtiger Teil der Personalpolitik des AWA. Um einen aktiven Beitrag für gesundheitserhaltende Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze zu leisten, wurde das BGM als Schwerpunkt definiert. Das Thema Ergonomie bildete den Startpunkt eines mehrjährigen Programms.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Stärkung des Wirtschaftsstandorts Kanton Zürich bzw. des Wirtschaftsraumes Zürich	
A2	Arbeitnehmerschutz (Vollzug Arbeitsgesetz und Unfallversicherungsgesetz)	
A3	Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung Stellensuchender (Vollzug AVIG)	
A4	Förderung des Wohnungsbaus für Personen mit geringem Einkommen	
A5	Fairer Wettbewerb (Vollzug Entsendegesetz und Schwarzarbeitsgesetz)	

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) stärken und ausweiten Planmässig Neukonzeption implementiert. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2015 verschoben.	2010
E2	Vollzug der flankierenden Massnahmen im Rahmen der Personenfreizügigkeit mit der EU Planmässig Die mit dem SECO vereinbarte Anzahl Kontrollen wurde erreicht.	2010
E3	Clusterentwicklung in wichtigen und zukunftsträchtigen Branchen Planmässig Zweiter Clusterbericht veröffentlicht. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2011 verschoben.	2010
E4	Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen neu positionieren (LZ RR 5.5) Geplant Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2011 verschoben.	2010
E5	Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem nahen Ausland ausbauen (LZ RR 5.4) Abgeschlossen	2010
E6	Führung der Marke Zürich beanspruchen (LZ RR 3.1) Geplant Grundsatz-RRB im 2. Quartal 2011. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2011 verschoben.	2010
E7	Finanzplatz im internationalen Wettbewerb stärken (LZ RR 3.3) Planmässig Studie Finanzplatzmonitoring abgeschlossen. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2011 verschoben.	2010
E8	Standortqualitäten in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern (LZ RR 3.4) Planmässig Medienkonferenz Imagemonitoring durchgeführt. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2011 verschoben.	2010
E9	Neuansiedlung von juristischen und natürlichen Personen in den Kanton Zürich unterstützen (LZ RR 3.6) Planmässig Die Zahl der Arbeitsplätze aus Ansiedlungen konnte gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht werden. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2011 verschoben.	2010

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	86,3	110,0	94,3	–15,6
Vollzug AVIG	75,2	98,4	82,6	–15,8
Aufwand	–122,4	–153,5	–132,1	21,4
Vollzug AVIG, ohne Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	–75,6	–98,6	–82,8	15,8
Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	–21,7	–21,8	–23,2	–1,4
Kreditübertragungen aus 2009		–0,7		
Saldo	–36,1	–43,5	–37,8	5,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen	12,9	9,4	10,4	1,0
Ausgaben	–2,1	–10,1	–2,8	7,3
Saldo	10,8	–0,7	7,6	8,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	579,5	728,2	650,8	–77,4

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 15,6 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- 15,8 Tiefere Rückvergütung des SECO aufgrund des geringeren Aufwandes im Vollzug AVIG (Personal-, Sach- und übriger Aufwand, saldoneutral).

Der Aufwand liegt um 21,4 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +15,8 Der budgetierte Stellenplan im Vollzug AVIG wurde im Jahresdurchschnitt um 77,9 Vollzeitstellen nicht ausgeschöpft (saldoneutral, siehe auch Abweichung Personal).
- +4,7 Tiefere Beiträge an Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte (EG AVIG). Das AWA kann die Auslastung nicht beeinflussen, die Gemeinden weisen die ausgesteuerten Personen zu.

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- +0,8 Rückvergütung des SECO für Umbau und Mobiliaranschaffungen auf verschiedenen RAV (saldoneutral).

Ausgaben:

- +8,1 Geplante Auszahlungen von Wohnbaurdarlehen verzögern sich, da erst wenige Abrechnungen eingetroffen sind.
- 0,8 Umbau und Mobiliaranschaffungen in verschiedenen RAV (saldoneutral).

Personal

- 77,9 Im Vollzug AVIG (saldoneutral) wurde der Personalbestand umsichtig an die tatsächliche Entwicklung der Anzahl Stellensuchenden angepasst. Diese verlief günstiger als prognostiziert (vgl. L5).

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Ansiedlung von Unternehmen: kurzfristig neue Arbeitsplätze im Kanton ZH (A1)	min.	308	300	352	52
W2	Von neu angesiedelten Firmen längerfristig zusätzlich geplante Arbeitsplätze (A1)	min.	247	300	256	-44
W3	Wirkungsindex RAV gemäss Vereinbarung 2006–2009 mit dem SECO (A3)	min.	102	100	103	3
Leistungen						
L1	Ansiedlung von Unternehmen: Anzahl Ansiedlungsprojekte (A1)	min.	21	15	19	4
L2	Anzahl Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen (A1)	P	14 222	16 000	14 503	-1 497
L3	Anzahl Meldeverfahren von EU/EFTA-Bürger/innen (A1)	P	50 778	45 000	56 316	11 316
L4	Arbeitssicherheit: Anzahl Betriebskontrollen (ArG/UVG) (A2)	min.	1 359	1 200	1 458	258
L5	Anzahl eingeschriebene Stellensuchende im Kanton (Jahresmittel) (A3)	P	33 218	51 000–56 000	34 958	-16 042
L6	Anzahl neu unterstützte Mietwohnungen (Zusicherungen) (A4)	P	0	200	108	-92
L7	Anzahl Kontrollen Flankierende Massnahmen (FlaM) (A5)	min.	-	1 879	2 627	748
L8	Anzahl Kontrollen Schwarzarbeit (BGSA) (A5)	min.	-	1 500	1 824	324
Wirtschaftlichkeit						
B1	Wirtschaftliche Betriebsführung, sodass der Kanton durch den AVIG-Vollzug finanziell nicht belastet wird: vollständige Kostenvergütung durch den Bund (Ausnahme: Kantonsbeteiligung nach Art. 92 Abs. 7 ^{bis} , Art. 59d bzw. Art. 27 Abs. 5 AVIG) (A3)	min.	99,5%	99,8%	99,7%	
Abweichungsbegründungen						
W1	Angaben gemäss Businessplan der Unternehmungen. Ausgewiesen werden Ansiedlungsprojekte mit Entscheidung der Unternehmung für einen Standort im Kanton Zürich, bei denen die kantonale Standortförderung Beratung und Unterstützung mit grösserem Aufwand bot.					
W2	vgl. W1					
W3	100 = Schweizer Durchschnitt. Die aktuellste und endgültige Berechnung bezieht sich auf den Zeitraum Januar bis Dezember 2009.					
L2	Weniger Gesuche als erwartet von EU-8-Staatsangehörigen					
L3	Starke Nutzung des Meldeverfahrens aufgrund der wirtschaftlichen Erholung					
L4	Effizienterer Einsatz der personellen Ressourcen					
L5	Die Planungsangaben stützten sich auf die zum Planungszeitpunkt aktuellen Prognosen der Expertengruppe des Bundes, der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF), anderer Institute und eigener Einschätzung.					
L6	Das AWA hat keinen direkten Einfluss auf die Anzahl eingereichter Gesuche. Diese hat mit der Wohnbauförderungsverordnungs-Änderung 2009 wieder zugenommen.					
L7	Die Vorgabe des SECO für das Berichtsjahr wurde nachträglich auf 2255 Kontrollen erhöht. Effizienterer Einsatz der personellen Ressourcen.					
L8	Effizienterer Einsatz der personellen Ressourcen					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	2 040 562	-200 937	100 000	1 939 625	-100 937

Auflösung Rücklagen 2010: Fr. 200 937

- davon Fr. 74 929 für Mitarbeiteranlass

Bildung von Rücklagen 2010: Fr. 100 000

- Optimierte Abläufe und Synergien führen zu Mehreinnahmen bei Bewilligungen und Rückvergütung der Arbeitskontrollstelle des Kantons Zürich (AKZ).

5920 Verkehrsfonds

Hauptereignisse

Die Bauarbeiten an der Durchmesserlinie einschliesslich 7./8. Gleis in Oerlikon schreiten planmässig voran. Im November des Berichtsjahres konnte der Durchstich des Weinbergtunnels gefeiert werden. Mitte 2014 soll der Bahnhof Löwenstrasse in Betrieb genommen werden, Ende 2015 der Anschluss Altstetten. Der Kantonsrat hat am 4. Oktober des Berichtsjahres den Baukredit von 347 Mio. Franken für die weiteren Ausbauten der S-Bahn Zürich (4. Teilergänzungen) gutgeheissen. Die Bauarbeiten sollen ab 2012 ausgeführt werden. Die Inbetriebnahme erfolgt etappenweise 2014, 2015 und 2018.

Mit der Inbetriebnahme der 3. Etappe Flughafen–Wallisellen–Stettbach der Glattalbahn im Dezember des Berichtsjahres wird das vom Zürcher Stimmvolk Anfang 2003 bewilligte Projekt abgeschlossen.

Die Projektierung der Limmattalbahn ist im Gang. Die Leitung obliegt der im April des Berichtsjahres von den Kantonen Zürich und Aargau gegründeten Limmattalbahn AG. Erste Bauarbeiten sollen nach Bewilligung der Baukredite ab 2015 ausgeführt werden.

In der Stadt Zürich verlaufen die Bauarbeiten für die Tramnetzerweiterung Zürich West planmässig. Die Neubaustrecke soll im Dezember 2011 in Betrieb genommen werden. In einem nächsten Schritt soll mit der Tramverbindung Hardbrücke eine wichtige Lücke im Tramnetz geschlossen werden. Die Planungsarbeiten sind im Gang. Das Infrastrukturkonzessionsgesuch ist im November des Berichtsjahres dem Bund eingereicht worden. Das Vorhaben soll abgestimmt mit dem Agglomerationsprogramm des Bundes ab 2015 ausgeführt werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Fonds mit reiner Finanzierungsfunktion auf Grundlage von Verpflichtungskrediten zur Finanzierung von Investitionen zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr); Übertrag von Mitteln aus Laufender Rechnung der Leistungsgruppe öffentlicher Verkehr (5210)
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	107,2	106,5	105,7	–0,8
Zinserträge	26,1	24,5	24,6	0,1
Übertrag Erfolgsrechnung (LG 5210)	81,1	81,1	81,1	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	–107,2	–106,5	–105,7	0,8
Zinsaufwände	–33,0	–43,5	–35,1	8,4
Abschreibungen	–57,7	–47,6	–51,5	–3,9
Einlagen in Bestandeskonto	–16,5	–15,5	–19,1	–3,6
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,9	0,0	0,9	0,9
Ausgaben	–233,1	–255,6	–202,5	53,1
Saldo	–232,2	–255,6	–201,6	54,1
Fondsbestand				
Fondsbestand	819,6	835,1	838,7	3,6

Erfolgsrechnung

- +8,4 Durch tiefere zu verzinsende Anlagebestände im Verwaltungsvermögen ergeben sich tiefere interne Zinskosten.
- 3,9 Die Abschreibungen (auf Stand Investitionsbeiträge zum Zeitpunkt der Umstellung auf IPSAS) wurden zu tief budgetiert.
- 3,6 Aufgrund des Leistungsgruppenergebnisses können 19,1 Mio. Franken in den Fondsbestand eingelegt werden (Budget 15,5 Mio. Franken).

Investitionsrechnung

- +53,1 Bei der Durchmesserlinie fielen sowohl die ordentlichen Beiträge als auch die Bevorschussung wesentlich tiefer aus. Weitere Minderausgaben ergaben sich bei Beiträgen für die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes und bei der 4. Teilergänzung.

Details zu einzelnen Bauvorhaben können der Tabelle «Indikatoren» entnommen werden.

Fondsbestand

- +3,6 Durch die höhere Einlage in das Bestandeskonto ist der Fondsbestand höher als budgetiert.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1 Die Investitionsbeiträge dienen dem Ausbau und der Verbesserung der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zürich.						
Leistungen						
L1	Beiträge an Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	P	-165,6	-190,4	-154,6	35,8
L2	Beiträge an die Umsetzung Behindertengesetz	P	0	-7,0	-1,2	5,8
L3	Beiträge an Stadtbahn Glattal (ab 2012 Beitrag aus IFG)	P	-54,5	-31,5	-31,9	-0,4
L4	Beiträge an Privatbahnen und Busunternehmen	P	-2,6	-5,9	-2,1	3,8
L5	Beiträge an Tram Zürich-West (ab 2012 Beitrag aus IFG)	P	-9,8	-14,3	-11,4	2,9
L6	Beiträge an Gemeinden und deren Verkehrsbetriebe	P	-0,1	-1,1	-1,1	0
L7	Beiträge an 4. Teilergänzungen SBB	P	0	-5,4	-0	5,4
Wirtschaftlichkeit						
B1 Die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Investitionsprojekte wird jeweils im Rahmen der Verpflichtungskreditvorlagen geprüft.						
Abweichungsbegründungen						
W1 Darauf aufbauende Angebotsverbesserungen und deren Wirkung sind in der Leistungsgruppe Nr. 9300, Verkehrsverbund, ersichtlich.						
L1 Sowohl der ordentliche Beitrag als auch die Bevorschussung des Bundesbeitrag fielen 15 bzw. 20 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert.						
L2 Insbesondere bei der Forchbahn haben sich grössere Projekte, wie die Haltestelle «Spital Zollikerberg», verzögert.						
L4 Der Umfang der Projekte blieb hinter den Erwartungen zurück.						
L5 Dank höheren Zahlungen des Bundes aus dem Infrastrukturfonds, mussten anstelle der geplanten Bevorschussung von 4 Mio. Franken lediglich 0,4 Mio. Franken bevorschusst werden.						
L7 Im Berichtsjahr fielen noch keine grösseren Planungskosten für die 4. Teilergänzung an.						

5921 Flughafenfonds

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr wurden Fluglärm-Entschädigungszahlungen von 3,2 Mio. Franken ausgerichtet. Demgegenüber sind der Lärmrechnung insgesamt 31,5 Mio. Franken an Lärmgebührenanteilen aus dem Airport Zurich Noise Fund (AZNF) und andererseits 2,3 Mio. Franken an Vermögenserträgen aus der Lärmrechnung zugeflossen. Damit erhöht sich der Bestand der Lärmrechnung auf Ende des Berichtsjahres auf 183,9 Mio. Franken. Unter Berücksichtigung der neuesten Entscheide des Bundesverwaltungsgerichts kann aus heutiger Sicht die Wahrscheinlichkeit einer tatsächlichen Vorfinanzierung durch den Kanton als gering beurteilt werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Staat zukommenden Aufgaben im Bereich Luftverkehr gemäss Flughafenfondsgesetz.
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	15,2	22,5	14,3	-8,2
Zinsertrag	12,1	20,1	11,4	-8,7
Aufwand	-5,8	-5,8	-5,0	0,7
Übertrag an Amt für Verkehr (AFV)	-2,8	-3,3	-2,2	1,1
Saldo	9,3	16,7	9,3	-7,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen	3,8	10,0	3,2	-6,8
Ausgaben				
Saldo	3,8	10,0	3,2	-6,8
Fondsbestand				
Fondsbestand	381,3	398,1	390,6	-7,41

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 8,2 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

-8,7 Tieferer Zinsertrag aufgrund der Neuberechnung des Fondsbestandes, als Folge des Übertrags der Beteiligung an der Flughafen Zürich AG ans Amt für Tresorerie.

Der Aufwand liegt um 0,7 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

+1,1 Geringere Vergütung an das Amt für Verkehr für verrechenbare Leistungen gemäss Flughafenfondsgesetz.

Investitionsrechnung

Die Einnahmen sind um 6,8 Mio. Franken tiefer als budgetiert

-6,8 Die Entschädigungszahlungen im Rahmen der Lärmrechnung fielen tiefer aus als geplant.

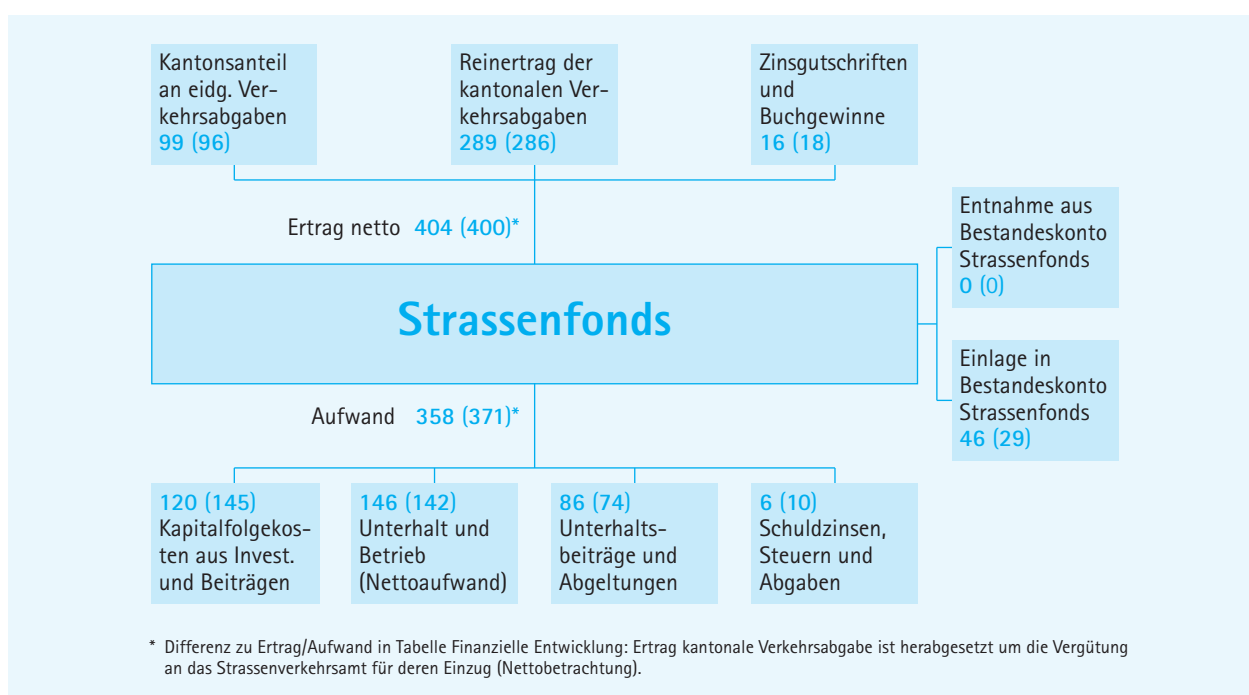
Fondsbestand

Der Fondsbestand liegt um 7,4 Mio. Franken oder 1,9% unter dem budgetierten Wert. Dies insbesondere als Folge des Übertrags der Beteiligung an der Flughafen Zürich AG ins Amt für Tresorerie.

5925 Strassenfonds

Hauptereignisse

Strassenfinanzierung 2010: Beträge in Mio. Franken
(in Klammern Vorjahreswerte)



Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

- A1 Ausweis über die Verwendung der jährlich verfügbaren eidgenössischen und kantonalen Verkehrsabgaben sowie Buchgewinne aus der Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens (Liegenschaften Strassenfonds). Finanzierung der Nettoaufwendungen von Tiefbauamt (TBA, LG Nr. 8400) sowie strassenbezogenem Teil des Amtes für Verkehr (AFV, LG Nr. 5205), allfälliger Zinsen für Vorschüsse aus der Staatskasse und möglicher Buchverluste.

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	406,0	403,4	410,7	7,3
Buchgewinne (Liegenschaften)	3,9	10,0	2,7	–7,3
Ertrag Treibstoffzoll	43,2	39,5	41,8	2,3
Ertrag LSVA	52,6	46,2	57,3	11,2
Übertrag kantonale Verkehrsabgabe aus LG Nr. 3200 StVA	292,1	291,1	294,9	3,8
Aufwand	–377,2	–352,8	–364,4	–11,6
Vergütung an Arbeitsstellen	–6,1	–6,3	–6,2	0,1
Übertrag an TBA und AFV	–361,4	–335,5	–351,5	–16,0
Saldo	28,8	50,7	46,3	–4,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	466,1	516,7	512,4	–4,4

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 7,3 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +13,5 Höhere Einnahmeanteile an der LSVA (+11,2) und an Mineralölsteuern (+2,3)
- +3,8 Höherer Ertrag aus Verkehrsabgaben
- 7,3 Tiefere Buchgewinne auf Liegenschaften des Finanzvermögens
- 2,7 Geringerer Zinsertrag auf Fondsbestand als budgetiert

Der Aufwand liegt um 11,6 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 16,0 Höhere Überträge an Tiefbauamt (14,5) und Amt für Verkehr (1,5)
- +4,0 Korrektur latenter Steuerrückstellungen, die im Rahmen der Einführung von IPSAS gebildet wurden
- +1,1 Geringere Verzinsung auf Liegenschaften im Finanzvermögen

Fondsbestand

Der Fondsbestand vermindert sich gegenüber dem budgetierten Wert um 4,4 Mio. Franken oder 0,9%. Dies ist vor allem die Folge des höheren Übertrags an das Tiefbauamt.





Gesundheitsdirektion

Die Gesundheitsdirektion strebt die Erhaltung und Förderung der Gesundheit, die Sicherstellung einer für alle Patientinnen und Patienten zugänglichen Gesundheitsversorgung, die Begrenzung des Wachstums der Ausgaben im Aufgabenbereich der Gesundheitsdirektion sowie die Erhöhung der Kosten- und Leistungstransparenz an.

Spitalplanung

Im Berichtsjahr stand bei der neuen Spitalplanung 2012, die als Folge der Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung vom 21. Dezember 2007 (KVG) die Anpassung der geltenden Zürcher Akutspitalliste zum Ziel hat, das Bewerbungsverfahren für die künftige Spitalliste im Zentrum. Als Grundlage für das Bewerbungsverfahren entwickelte die Gesundheitsdirektion zusammen mit über 100 Fachexperten verschiedener Zürcher Spitäler rund 125 medizinische Leistungsgruppen, die Tausende von medizinischen Diagnosen und Behandlungen zu medizinisch sinnvollen Leistungseinheiten zusammenfassen. Die Fachexperten legten für jede dieser Leistungsgruppen fest, welche Anforderungen (Fachpersonal, Intensivstation, Nachsorge usw.) die Leistungserbringer zu erfüllen haben. Von Mitte September bis Ende November konnten sich alle an einem Listenplatz interessierten Spitäler für diese Leistungsgruppen bewerben. Die Ergebnisse des Bewerbungsverfahrens werden in einem Strukturbericht zusammengefasst, zu dem im Frühjahr 2011 eine Vernehmlassung geplant ist. Die Zürcher Spitalplanung 2012 findet auch jenseits der Kantons Grenzen grosse Beachtung, bisher haben mehr als zehn Kantone das Prognosemodell übernommen; weitere Kantone waren am von der Gesundheitsdirektion und der Ärzteschaft entwickelten Leistungsgruppen- und am Bewerbungsprozess interessiert.

Neues Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz

Eng mit der Spitalplanung verknüpft sind die Vorbereitungsarbeiten für ein neues Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG): Das Gesetz ist ebenfalls Folge der Teilrevision des KVG vom 21. Dezember 2007 und ändert das bisherige kantonale Ausführungsrecht grundlegend. Nachdem die Gesundheitsdirektion einen Entwurf für ein neues SPFG erarbeitet hatte, wurde dieser mit Beschluss des Regierungsrates vom 7. Juli des Berichtsjahres zur Vernehmlassung freigegeben. Der Entwurf sieht im Wesent-

lichen vor, die Versorgungsverantwortung im Spitalbereich neu beim Kanton zu konzentrieren und die Aufteilung der Beitragsleistungen der öffentlichen Hand an die Kosten der Spitäler und der Pflegeversorgung zwischen Kanton und Gemeinden umfassend neu zu regeln. Die Vorlage nutzt sodann die kantonalen Kompetenzen, um wettbewerbsstärkende Impulse zu setzen, die freie Spitalwahl zu unterstützen und die Privatspitäler vermehrt in die Gesamtverantwortung einzubeziehen. Neue Investitionsvorhaben sollen künftig über Kredite finanziert und unter bisherigem Recht gewährte Staatsbeiträge an Investitionen zu ihrem Restbuchwert in verzinsliche und amortisierungspflichtige Darlehen umgewandelt werden. Bis zum Ablauf der Vernehmlassungsfrist Ende Oktober gingen zahlreiche Stellungnahmen ein, die in der Folge ausgewertet wurden und bei der Überarbeitung der Vorlage in vielen Punkten Berücksichtigung fanden. Die Vorlage soll im Januar 2011 vom Regierungsrat zuhanden des Kantonsrates verabschiedet werden.

Neues Pflegegesetz

Auf Antrag des Regierungsrates vom 28. April des Berichtsjahres verabschiedete der Kantonsrat im September ein neues Pflegegesetz. Dies in Ausführung des Bundesgesetzes über die Neuordnung der Pflegefinanzierung vom 31. Juni 2008, das im Bereich der Finanzierung von ambulanten und stationären Pflegeleistungen zu erheblichem und dringlichem Anpassungsbedarf im kantonalen Recht führte. Das neue Pflegegesetz ist geprägt vom Grundsatz «ambulant vor stationär». Es stellt das Mindestangebot an Leistungen im ganzen Kanton sicher und sorgt für Transparenz bei der Abrechnung der verschiedenen Leistungen. Neben den Krankenversicherern, die neu in der ganzen Schweiz einheitliche Beiträge an die Pflegekosten entrichten, müssen künftig auch Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen sowie Spitex-Klientinnen und -Klienten einen Teil der Kosten der Pflegeleistungen übernehmen. Die restlichen Kosten der Pflege decken die Wohngemeinden; sie beteiligen sich auch an den Kosten der notwendigen hauswirtschaftlichen und betreuenden Spitex-Leistungen. Der Kanton unterstützt die Gemeinden dabei mit Staatsbeiträgen, die sich an einem Durchschnittswert bei wirtschaftlicher Leistungserbringung orientieren. Die bisherigen staatlichen Beiträge an die Investitionskosten der Pflegeheime werden künftig entfallen. Das neue Pflegegesetz wurde vom Kantonsrat als dringlich erklärt und ist rechtzeitig auf den 1. Januar 2011 in Kraft getreten.

Psychiatrieplanung

Analog zu den laufenden Arbeiten zur Spitalplanung lancierte die Gesundheitsdirektion im Berichtsjahr auch das Projekt «Psychiatrieplanung 2012». Darin wird auf Grundlage des revidierten KVG eine neue Spitalliste Psychiatrie vorbereitet. Das Projekt lehnt sich an das Vorgehen der Spitalplanung bei der Akut-somatik und Rehabilitation an. Es umfasst eine aktuelle Ist-Analyse der stationär-psychiatrischen Versorgung und eine Bedarfsprognose für 2020. Dabei wird die demografische und ökonomische Entwicklung ebenso berücksichtigt wie die Bedarfsentwicklung der psychiatrischen Versorgungsleistungen. Das im Dezember eröffnete Bewerbungsverfahren umschreibt die einzelnen Versorgungsleistungen nach Diagnosen und Altersgruppen; es läuft noch bis Februar 2011. Die Ergebnisse der Bewerbungen sollen im Sommer 2011 publiziert und zusammen mit einer provisorischen Spitalliste Psychiatrie in die Vernehmlassung gegeben werden.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	811,3	819,4	808,9	-10,5
Aufwand	-2 085,1	-2 178,9	-2 114,5	64,5
Nachtragskredite		-20,7		
Saldo	-1 273,8	-1 359,6	-1 305,6	54,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	19,5	8,5	30,4	21,9
Ausgaben	-102,6	-158,8	-133,4	25,5
Kreditübertragungen aus 2009		-1,2		
Saldo	-83,1	-150,3	-103,0	47,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	2 537,5	2 404,5	2 332,7	-71,8

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 10,5 Mio. Franken oder 1,3% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 12,8 Tiefere Rückerstattungen durch die Krankenversicherer wegen tieferer Impfrate bei der pandemischen Grippe (H1N1)
- 10,6 Minderertrag infolge des Verkaufs der Zentralwäscherei Zürich auf 1. Juli des Berichtsjahres
- +9,7 Umsatzzunahme bei der Kantonsapotheke
- +3,2 Übrige Abweichungen

Der Aufwand liegt 64,5 Mio. Franken oder 3,0% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +28,0 Tiefere Staatsbeiträge an USZ und KSW (v.a. Taxmehrerträge und Rückgang Anlage-
nutzungskosten)
- +21,2 Minderaufwand bei der psychiatrischen Versorgung
- +15,1 Minderaufwand infolge der tieferen Impfrate bei der pandemischen Grippe (H1N1)
- +9,0 Minderaufwand infolge des Verkaufs der Zentralwäscherei Zürich auf 1. Juli des Berichtsjahres
- +8,4 Geringere ordentliche Abschreibungen und Zinsen bei den psychiatrischen Kliniken
- 9,7 Wertberichtigung Gebäude am Standort Hard
- 8,0 Höhere Kosten infolge Umsatzzunahme bei der Kantonsapotheke
- +0,5 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

Die Einnahmen liegen um 21,9 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

+20,9 Übertragung von Liegenschaften (PZR, PUK, ZWZ) vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen

+1,0 Rückzahlung Darlehen Pflegeheim Sonnhalde

Die Ausgaben liegen um 25,5 Mio. Franken oder 16,0% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

+36,1 Projektverzögerungen USZ (insbesondere Projekte Bettenhaus Ost I-III, BIGART+, Energetische Sanierung sowie Berufungsprojekte Neurologie/Neurochirurgie)

-17,6 Mehrbedarf Staatsbeiträge an Akutsomatik (Triemli, Energie- und Medienversorgung u. a.)

+7,0 Übrige Abweichungen

Personal

Der Beschäftigungsumfang liegt unter dem Planwert, da die Zentralwäscherei Zürich auf 1. Juli des Berichtsjahres in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und verkauft wurde.

Die Angestellten der ZWZ sind für die zweite Jahreshälfte nicht mehr im Beschäftigungsumfang enthalten.

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2010	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
USZ, Radio-Onkologie, BIGART+	1,5	13,8	12,2	1,6
USZ, Brandschutz, Etappen II und III	1,3	14,6	8,7	5,9
USZ, Sanierung Bettenhaus Ost I-III	0,9	122,1	57,6	63,8
USZ, Notstromversorgung, Provisorium	3,8	7,5	5,6	1,9
USZ, Notstromversorgung, Erweiterung	0,1	22,1	0,1	22,0
USZ, Sanierung Zentralsterilisation	5,8	6,5	6,5	0,0
USZ, Nordtrakt 2, OP-Sanierung	0,3	17,7	0,3	17,4
USZ, Nordtrakt 1, Energetische Sanierung	1,2	15,0	1,6	13,4
KSW, Personalhaus 5, Teilsanierung	0,5	2,5	2,5	0,0
PUK, Sanierung Stromversorgung	0,4	2,7	2,7	0,0
PUK, Sanierung Trakt WT	0,2	25,6	0,8	24,8
PUK, HSM-Projekt «Neuro-Imaging/MRI»	0,1	3,8	0,1	3,7
Triemlispital, Neubau Bettenhaus	9,3	82,5	13,0	60,2
Triemlispital, Energie- und Medienversorgung	23,0	45,8	23,0	22,8
Spital Bülach, Gesamtsanierung	5,0	50,0	38,8	11,2
Spital Zollikerberg, Neubau Westtrakt	3,0	9,4	5,3	4,1
Waidspital, Personalparkhaus, NF-Garage	4,4	8,2	3,8	0,0
Spital Affoltern, Einrichtung Palliativstation	1,2	2,8	1,4	0,2
Übrige Investitionen	71,3			
Total Investitionen	133,4			

Leistungsgruppen

6000 Steuerung Gesundheitsversorgung

Hauptereignisse

Neben den umfangreichen Arbeiten für das neue Pflegegesetz sowie für das neue Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz, für die Spital- und die Psychiatrieplanung (vgl. dazu die Ausführungen zu den Schwerpunktthemen) stand im Berichtsjahr abermals die Hochspezialisierte Medizin (HSM) im Fokus der Tätigkeiten:

Grundlage zu der im KVG vorgegebenen gemeinsamen schweizweiten Planung der HSM ist das unter dem Namen «Interkantonale Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin (IVHSM)» seit dem 1. Januar 2009 in Kraft stehende Konkordat. Die Koordination und Konzentration der HSM erfolgt in einer aus einem Fach- und einem Beschlussorgan bestehenden Organisationsstruktur, ohne dass die föderalen Besonderheiten der Schweiz vernachlässigt werden. Zu Beginn des Berichtsjahres legte das Fachorgan nach einer Vernehmlassung bei den betroffenen Institutionen dem Beschlussorgan Optionen zu ersten Konzentrationen in folgenden Bereichen vor: Organtransplantationen, Protonentherapie, schwere Verbrennungen, Cochlea-Implantate und allogene Stammzellentransplantationen. Im Mai entschied sich das Beschlussorgan der IVHSM in allen fünf Bereichen für den Miteinbezug des Standortes Zürich. Insbesondere im Bereich der Herztransplantation wurde die erfreuliche Entwicklung des Standortes Zürich seit 2008 berücksichtigt. Durch konkrete Investitionsvorhaben im Universitätsspital (USZ) – unter anderem eine neue Überwachungsstation für die Klinik für Herz- und Gefässchirurgie, einen sogenannten Hybrid-OP zur Durchführung der fortschrittlichsten Operationstechniken in der Herzchirurgie sowie ein Magnetresonanztomograf für die psychiatrische Diagnostik in der Psychiatrischen Universitätsklinik (PUK) – konnte die Position der Zürcher Leistungserbringer der HSM weiter gestärkt und ausgebaut werden. Im Bereich der Protonentherapie entschied sich das Beschlussorgan HSM für das Paul-Scherrer-Institut (PSI) als Standort für die ganze Schweiz. Mitte des Berichtsjahres konnten das USZ und die Universität Zürich (UZH) mit dem PSI eine Absichtserklärung zur künftigen Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich der Protonen unterzeichnen. Wie bereits durch die Massnahmen im Rahmen der kantonalen Gesamtstrategie Hochspezialisierte Medizin soll damit der Wissensstand und Forschungsstandort Zürich auch neben den Schwerpunkten Neurowissenschaften, Herz/Kreislauf, Onkologie, Transplantationsmedizin, Immunologie, molekulare Medizin, Traumatologie, Orthopädie sowie Life Support gezielt gefördert und gestärkt werden.

Im Bereich des Veterinäramtes waren aufgrund des stark gewachsenen Aufgabenumfanges und der veterinärrechtlichen Einbindung der Schweiz in die EU organisatorische Neuausrichtungen notwendig. Das Veterinäramt überprüfte im Projekt Veterinärdienst 2010 seine bisherige Organisation und erarbeitete eine neue, wirkungsvolle und wirtschaftliche Struktur zur Erfüllung der Bundesvorgaben und zur Professionalisierung im gesamten Veterinärbereich. Mit Regierungsratsbeschluss vom 16. Juni wurde die Neuorganisation verabschiedet. Die Fleischkontrolle geht demnach auf den 1. Januar 2011 vollständig in die Zuständigkeit des Kantons über und wird stufenweise zusammen mit anderen amtstierärztlichen Funktionen in den Regionen auf weniger Personen mit höheren Pensen konzentriert. Mit dem Systemwechsel werden die amtstierärztlichen Funktionen der zahlreichen Bezirkstierärztinnen und -ärzte und der Fleischkontrolleure für Kleinschlachtbetriebe bei weiterhin regional verankerten wenigen Amtstierärzten zusammengefasst, die neu vom Kanton angestellt sind. Das neue Modell soll gestaffelt umgesetzt werden.

Aufgrund der zunehmenden Regulierungsdichte im Bund, des steten Aktualisierungsbedarfs auf Gesetzes- und Verordnungsstufe sowie der Zunahme der Rechtsmittelverfahren wurde im Rahmen der Neustrukturierung im Veterinäramt auch eine Juristenstelle geschaffen. Nach dem Wegfall des bisher auf Vorschlag der Tierschutzorganisationen ernannten Tieranwalts und nach der Änderung des kantonalen Tierschutzgesetzes (KTSchG) ist damit gewährleistet, dass in Strafverfahren wegen Verletzungen von Bestimmungen der Tierschutzgesetzgebung die Geschädigtenrechte vom Veterinäramt wahrgenommen werden können.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Steuerung aller Leistungsgruppen der Gesundheitsdirektion (Kernaufgabe)
A2	Politische und strategische Geschäfte
A3	Aufsicht und Bewilligungen im Bereich der Gesundheitsberufe und -institutionen
A4	Planung, Sicherstellung und Steuerung der Gesundheitsversorgung

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Neuregelung Spital- und Pflegefinanzierung (LZ RR 7.6) Planmässig	2012
E2	Innovative und zukunftsgerichtete Versorgungsmodelle fördern (LZ RR 17.2) Planmässig	2012
E3	Interkantonale Vereinbarung zur hochspezialisierten Medizin Abgeschlossen	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2009

B 2010

R 2010

Abweichung
von B 2010

Erfolgsrechnung

Ertrag	1,8	1,8	1,7	-0,0
Aufwand	-24,0	-25,3	-22,9	2,4
Saldo	-22,2	-23,5	-21,1	2,4

Investitionsrechnung

Einnahmen		0,0		0,0
Ausgaben	-0,4	-1,2	-0,6	0,5
Kreditübertragungen aus 2009		-0,3		
Saldo	-0,4	-1,2	-0,6	0,5

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	82,9	87,1	87,8	0,7
----------------------------------	------	------	------	-----

Erfolgsrechnung

- +1,1 Geringere Ausgaben für Dienstleistungen Dritter
- +0,4 Der Vertrag mit dem Weiterbildungszentrum für Gesundheitsberufe wurde von der Gesundheitsdirektorenkonferenz auf Ende des Berichtsjahres gekündigt. Aufgrund der Abrechnung ergab sich eine Rückzahlung an die Gesundheitsdirektion, weshalb die budgetierten Ausgaben von Fr. 310 000 nicht anfielen.
- +0,2 Geringere Abschreibungen
- +0,3 Verbesserung aufgrund der Verrechnung von Leistungen an andere Kantone im Zusammenhang mit der Spitalplanung und Zahlung der Gesundheitsdirektorenkonferenz an das Medical Board
- +0,4 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

- +0,5 Verschiedene Software-Projekte konnten aufgrund fehlender personeller Ressourcen nicht oder nur teilweise realisiert werden.

Personal

- +0,7 Aufgrund von Abwesenheiten infolge Mutterschaft und längerer Krankheit sowie zur Bewältigung ausserordentlicher Aufgaben wurde das Stellenbudget überschritten.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Generelle Zufriedenheit der Bürger/innen mit der Gesundheitsversorgung insgesamt (Skala 1–10) (A1, A4)	min.	7,77	7,5	7,87	0,37
W2	Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden mit Spitalerfahrung mit der Behandlung im Spital (Skala 1–10) (A1, A4)	min.	8,67	8	8,61	0,61
W3	Sicherheitsgefühl gegenüber der Gesundheitsversorgung (Skala 1–10) (A1, A4)	min.	8,53	8	8,85	0,85
W4	Zugänglichkeit der medizinischen Dienste insgesamt (Skala 1–10) (A1, A4)	min.	8,16	7,5	8,29	0,79
Leistungen						
L1	Anzahl gesteuerte Leistungsgruppen (A1)	P	6	6	6	0
L2	Anzahl gesteuerte akutsomatische Krankenhäuser / Betriebe (A4)	P	20	20	20	0
L3	Anzahl gesteuerte psychiatrische Kliniken (A4)	P	10	9	9	0
L4	Anzahl gesteuerte Aufsichts- und Bewilligungsämter (A3)	P	3	3	3	0
L5	Anzahl Kreditbewilligungen im Investitionsbereich (A1, A4)	P	166	150	213	63
L6	Anzahl erteilte Bewilligungen zur selbstständigen/unselbstständigen Berufsausübung (A3)	P	2 045	1 800	1 839	39
L7	Anzahl Erlasse in Bearbeitung (Gesetzgebungsprogramm) (A2)	P	3	2	3	1
L8	Anzahl erledigte Rekurse (A2)	P	47	40	42	2
L9	Anzahl parlamentarische Vorstösse (erledigt und in Bearbeitung) (A2)	P	40	40	38	-2
Wirtschaftlichkeit						
B1	Entwicklung Krankenkassenprämien Kanton Zürich (in % im Vergleich zum Vorjahr) (A1, A4)		0,7	n/a	8,9	-
B2	Entwicklung Krankenkassenprämien Schweiz (in % im Vergleich zum Vorjahr) (A1, A4)		2,6	n/a	8,7	-
B3	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)		16,52	17,76	15,57	-2,19

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	537 534	-107 871	170 000	599 663	+62 129

Bildung von Rücklagen 2010

Es konnten Einsparungen bei den Dienstleistungen Dritter erreicht werden. Zusätzlich wurden Mehrerträge im Bereich der Verrechnung von Leistungen der Spitalplanung für andere Kantone erzielt.

6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen

Hauptereignisse

Kantonales Labor

Die risikobasiert durchgeführten Analysen und Inspektionen zur Lebensmittelkontrolle verliefen ohne nennenswerte Zwischenfälle. Indem in Verpflegungsbetrieben stetig Warenproben genommen, mikrobiologische Untersuchungen durchgeführt und bei Vorliegen von Mängeln konsequent Massnahmen angeordnet wurden, konnte die Lebensmittelsicherheit weiter erhöht werden.

In lebensmittelrechtlicher Hinsicht war die Einführung des sogenannten «Cassis-de-Dijon-Prinzips» in der Schweiz auf den 1. Juli auch für die kantonalen Vollzugsbehörden von grosser Bedeutung. Danach kann ein Unternehmen mit Bewilligung des Bundesamtes für Gesundheit Lebensmittel in der Schweiz in Verkehr bringen, die den Anforderungen der schweizerischen Lebensmittelgesetzgebung nicht entsprechen, sofern das Produkt den Regeln der EU oder eines EU- oder EWR-Staats genügt. Die kantonale Marktüberwachung von Lebensmitteln, die nach dem Cassis-de-Dijon-Prinzip aus dem Ausland in die Schweiz eingeführt wurden, beschränkt sich damit auf die Prüfung, ob von diesen Lebensmitteln eine Gesundheitsgefährdung ausgeht.

Das Kantonale Labor führte auch dieses Jahr Kurse zur Aus- und Weiterbildung durch. Es nahmen auch Fachleute aus dem Ausland daran teil, was als Zeichen für die Qualität und die Reputation der Kurse anzusehen ist.

Kantonale Heilmittelkontrolle

Die Auswirkungen des am 1. Juli 2008 in Kraft getretenen Gesundheitsgesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen waren auch im Berichtsjahr noch deutlich spürbar. So wurden überdurchschnittlich viele Berufsausübungsbewilligungen an im Kanton Zürich niedergelassene Apothekerinnen und Apotheker sowie an Drogistinnen und Drogisten neu erteilt. Daneben wurden erstmals Meldebestätigungen von den in öffentlichen Apotheken, Spitalapotheken und Drogerien nach eigener Formel hergestellten und der Kantonalen Heilmittelkontrolle gemeldeten Arzneimitteln ausgestellt. Hinter den Bestätigungen steht ein Prüfungsverfahren für in kleinen Mengen hergestellte Arzneimittel, für die bei Swissmedic keine eigene Zulassung notwendig ist.

Bei der Marktüberwachung, die unter anderem im Rahmen von Inspektionen erfolgt, zeigte sich, dass eine regelmässige Kontrolle der Betriebe wichtig ist. Insbesondere bei der Kühlung von Arzneimitteln waren in einzelnen inspizierten Detailhandelsgeschäften Mängel festzustellen. Nicht fachgerecht gelagerte Arzneimittel, wie z. B. Impfstoffe, können qualitativ minderwertig und im schlimmsten Falle wirkungslos sein. Mittels chemisch-analytischer Prüfung gelang es, minderwertige Arzneimittel zu identifizieren und vom Markt zu nehmen oder bewusst gefälschte Präparate zu entdecken. So wurden beispielsweise bei einem als rein pflanzlich angepriesenen, über das Internet vertriebenen Mittel zur Erektionsförderung synthetische Wirkstoffe in gesundheitsgefährdender Kombination nachgewiesen.

Die Heilmittelkontrolle ist seit dem 1. März des Berichtsjahres organisatorisch unabhängig von der Kantonsapotheke und neu direkt dem Gesundheitsdirektor unterstellt. Im Sommer des Berichtsjahres wurde sie erfolgreich von der Schweizerischen Akkreditierungsstelle (SAS) als Inspektions- und Prüfstelle für die Periode 2010 bis 2015 reakkreditiert.

Veterinäramt

Zum dritten Mal in Folge standen im Berichtsjahr das Projekt zur Ausrottung der Bovinen Virus Diarrhoe (BVD) und die Impfkampagne gegen die Blauzungenkrankheit im Zentrum der Arbeiten zur Förderung der Tiergesundheit. Die Meldungen über gesundheitliche Probleme in Tierbeständen, die auf einen möglichen Zusammenhang mit der Impfung abzuklären waren, gingen stark zurück. Insgesamt konnte in fünf Fällen ein solcher Zusammenhang nicht vollständig ausgeschlossen werden.

Die Zahl der Bruterkrankungen der Bienenvölker blieb unverändert hoch und verursachte wiederum einen hohen Bekämpfungsaufwand. Mit neuen, noch umfassenderen Massnahmen dürfte jedoch eine Besserung möglich sein.

Die Informations- und Umsetzungsarbeiten zur neuen Tierschutzgesetzgebung im Nutz- und Heimtierbereich wurden weitergeführt. Im Heimtierbereich war ein Anstieg von gravierenden Tierschutzfällen zu verzeichnen. Im Vollzugsbereich «öffentliche Sicherheit vor Hunden» waren verschiedene Umsetzungsarbeiten zu dem auf Jahresanfang in Kraft gesetzten Hundegesetz und der Ausführungsverordnung notwendig. Neben der Erteilung von übergangsrechtlichen Sonderbewilligungen für verbotene Rassetypen verursachte auch die Anerkennung der Hundeausbildnerinnen und Hundeausbildner einen erheblichen Aufwand.

Zur strukturellen und personellen Entwicklung des Veterinäramts (vgl. dazu auch die Ausführungen in LG 6000 Steuerung Gesundheitsversorgung) konnten die wesentlichen Entscheide gefällt und erste Umsetzungsteile auf Ende Jahr abgeschlossen werden. Die Abläufe der Kontrollen in der Primärproduktion und diejenige zur Erteilung der Detailhandelsbewilligung für Tierarzneimittel wurden erfolgreich durch die Schweizerische Akkreditierungsstelle (SAS) abgenommen. Ferner hat ein weiterer Anteil des Personals den vom Bund vorgeschriebenen Nachdiplomstudiengang für im öffentlichen Veterinär-dienst tätige Personen mit Erfolg abgeschlossen.

Meldungen und Bewilligungen über Tierversuche

Anzahl der im Kalenderjahr 2009 in Versuchen eingesetzten Tiere

Bewilligungspflichtige Tierversuche (741 gültige Bewilligungen, davon 741 mit Einschränkungen)

Tiergruppe	Grundlagen- forschung	Entwicklung	Toxiko- logische Prüfung	Krankheits- diagnostik	Ausbildung	Anderer Zusammen- hang	Total	Davon Tiere im Schwere- grad 0
Mäuse	75 923	1 829	0	163	1 666	57	79 638	22 308
Ratten	4 518	110	0	43	1 517	0	6 188	1 776
Meerschweinchen	9	0	0	0	48	0	57	48
Hamster	11	0	0	0	10	0	21	10
Andere Nager	200	0	0	0	0	0	200	21
Kaninchen	97	13	0	0	69	0	179	6
Hunde	434	68	0	132	18	67	719	642
Katzen	129	41	0	16	3	16	205	63
Primaten	109	0	0	0	0	10	119	35
Rindvieh	53	52	26	30	874	31	1 066	287
Schafe, Ziegen	96	194	0	16	60	0	366	57
Schweine (einschliesslich Minipigs)	339	86	0	5	31	0	461	253
Pferde, Esel	23	4	0	76	225	49	377	359
Vögel (einschliesslich Geflügel)	400	30	0	0	27	200	657	288
Amphibien, Reptilien	11 479	0	0	0	9	1 436	12 924	12 148
Fische	215	0	238	0	32	450	935	467
Diverse Säuger	1 086	0	0	15	5	803	1 909	1 534
Total	95 121	2 427	264	496	4 594	3 119	106 021	40 302
in %	89,7	2,3	0,2	0,5	4,3	3	10	38,0

194 Bewilligungen wurden 2009 neu erteilt, alle mit Einschränkungen.

1 Gesuch wurde zurückgezogen. 0 Gesuche wurden nicht als Tierversuch eingestuft. 0 Gesuche wurden abgelehnt.

Die Tierversuchskommission bearbeitete alle bewilligungspflichtigen Gesuche, besprach an 12 Sitzungen neben allgemeinen Fragestellungen 19 Gesuche mit erhöhtem Schweregrad.

Die Mitglieder kontrollierten zweimal alle Versuchstierhaltungen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Erteilung von Bewilligungen und Marktüberwachung im Heilmittelbereich
A2	Verbraucherschutz durchsetzen (Prüfung von Lebensmitteln, Verbrauchs- und Gebrauchsgegenständen)
A3	Chemikaliengesetz vollziehen (Betriebs- und Marktkontrollen)
A4	Tierseuchen vorbeugen und bekämpfen
A5	Tierschutz durchsetzen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Professionalisierung des Veterinärdienstes Planmässig Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2014 verschoben.	2012
E2	Konsolidierung der Anpassungen des Vollzuges an die neuen lebensmittelrechtlichen Vorgaben Planmässig Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2015 verschoben.	2010
E3	Abstimmung des Vollzuges der geänderten Heilmittel- und der neuen Medizinalberufegesetzgebung Planmässig Der Prozess «Meldung von Arzneimitteln nach eigener Formel» (§ 4 Heilmittelverordnung) wurde implementiert. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2011 verschoben.	2010
E4	Umsetzung der kantonalen Hundegesetzgebung Planmässig	2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2009

B 2010

R 2010

Abweichung
von B 2010

Erfolgsrechnung

Ertrag	5,2	6,7	7,2	0,5
Aufwand	-22,5	-23,7	-21,9	1,8
Saldo	-17,2	-17,0	-14,7	2,3

Investitionsrechnung

Einnahmen		0,0		0,0
Ausgaben	-0,7	-2,1	-0,5	1,6
Kreditübertragungen aus 2009		-0,9		
Saldo	-0,7	-2,1	-0,5	1,6

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	113,1	118,4	112,9	-5,5
----------------------------------	-------	-------	-------	------

Erfolgsrechnung

Gegenüber dem Budget schliessen die drei Ämter wie folgt ab:

Kantonale Heilmittelkontrolle:

+0,5 Die positive Abweichung gegenüber dem Budget ist vor allem auf geringere Personalkosten zurückzuführen, die sich aufgrund der Nachfolgeregelung des Kantonsapothekers, der verzögerten Besetzung einer Stelle sowie Pensenreduktionen ergaben.

Kantonales Labor:

+0,3 Das bessere Ergebnis gegenüber dem Budget ist auf geringere Personalkosten infolge zeitweise unbesetzter Stellen und der Gewährung von unbesoldetem Urlaub zurückzuführen.

Veterinäramt:

+1,5 Zum besseren Ergebnis gegenüber dem Budget haben Mehrerträge (+0,5) und Minderaufwendungen (+1,0) beigetragen. Zu verzeichnen sind Mehrerträge aus den Abgaben für Hunde wegen einer höheren Anzahl von gehaltenen Hunden sowie höherer Fallzahlen im Tierschutzbereich. Zum Minderaufwand haben vor allem tiefere Kosten für Hundepräventionskurse, die entgegen der Planung erst ansatzweise durchgeführt werden konnten, tiefere Abschreibungen und Zinsen und ein tieferer Aufwand für Fleischuntersuchungen beigetragen.

Investitionsrechnung

+ 1,6 Die tieferen Investitionsausgaben sind primär auf Verzögerungen bei der Realisierung des neuen Tierheimes zurückzuführen.

Personal

Der tiefere Beschäftigungsumfang ist auf verzögerte Stellenbesetzung und Gewährung von unbesoldetem Urlaub zurückzuführen. Zudem erfolgte im Rahmen der Nachfolgeregelung des Kantonsapothekers auf 1. Mai des Berichtsjahres eine Verschiebung von 0,6 Stellen von der Heilmittelkontrolle in die Kantonsapotheke.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen					
W1 Sichere Herstellung, Vertrieb und Abgabe von Heilmitteln: Anteil der kontrollierten Betriebe ohne kritische Mängel (A1)	min.	79%	90%	78%	-12%
W2 Guter Hygienestand in den Lebensmittelbetrieben: Anteil der kontrollierten Betriebe mit gewährleistetester Lebensmittelsicherheit (A2)	min.	92%	85%	93%	8%
W3 Nachhaltige Verbesserung der Lebensmittelbetriebe mit Mängeln: Anteil der Lebensmittelbetriebe mit einer deutlichen Verbesserung innerhalb von acht Monaten (A2)	min.	62%	75%	77%	2%
W4 Wenig Tierseuchenfälle: Anzahl Tierseuchenfälle (A4, neu)	max.	-	150	217	67
W5 Rasche Behebung schwerer Tierschutzfälle: Anteil schwerer Tierschutzfälle, die innerhalb von zwei Tagen behoben sind (A5, neu)	min.	-	90%	90%	0%
W6 Wenig schwere Bissvorfälle von Hunden: Anzahl gemeldete schwere Bissvorfälle von Hunden mit Menschen (A5, neu)	max.	-	300	68*	-232

Leistungen

L1	Anzahl bewirtschaftete Kundendossiers (Heilmittelkontrolle, A1)	P	8 668	8 400	9 120	720
L2	Anzahl Inspektionen von Heilmittelbetrieben (Heilmittelkontrolle, A1)	min.	403	410	459	49
L3	Anzahl Bewilligungen (Heilmittelkontrolle, A1)	P	2 362	1 960	2 913	953
L4	Anzahl erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierseuchenrecht z. B. für Viehhandelspatente (Veterinäramt, A4, neu)	P	–	320	303	–17
L5	Anzahl erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierschutzrecht z. B. für Wildtiere, Tierversuche, Zoohandlungen, Hunde (Veterinäramt, A5, neu)	P	–	950	1 216	266
L6	Anzahl Fallaufarbeitungen im Tierschutz und mit auffälligen Hunden (Veterinäramt, A5, neu)	P	–	1 850	1 839	–11
L7	Anzahl untersuchte Proben (Kantonales Labor, A2, A3)	min.	19 844	19 000	20 242	1 242
L8	Mikrobiologische Prüfungen (Proben, Kantonales Labor, A2)	min.	12 005	11 000	12 301	1 301
L9	Gehaltsanalysen (Proben, Kantonales Labor, A2)	min.	6 412	6 000	6 557	557
L10	Anzahl bearbeitete Fälle Findeltiere (Veterinäramt, A5)	P	1 409	1 300	1 422	122

Wirtschaftlichkeit

B1	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	12,82	13,06	10,86	–2,2
----	--	---	-------	-------	-------	------

*Als schwerer Bissvorfall gilt neu eine Verletzung im Kopf- oder Rumpfbereich oder eine Verletzung mit Muskelperforation oder noch gravierender.

Abweichungsbegründungen

W1	Die Abweichung ist darauf zurückzuführen, dass im Bereich Detailhandel viele Betriebe zum ersten Mal geprüft wurden.
W4	Die höhere Anzahl von Tierseuchenfällen ergibt sich aufgrund des BVD-Ausrottungsprogramms und der Bruterkrankungen der Bienen.
L5	Die Anzahl der Gesuche zur Haltung von Hunden mit erhöhtem Gefährdungspotenzial (Rassetypenliste II) ist höher als erwartet ausgefallen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	631 120	50 678	54 000	634 442	+3 322

Kantonale Heilmittelkontrolle: Fr. 15 000

Zusätzlich erbrachte Leistungen (Inspektionen, Bewilligungen) bei gleichzeitig tieferem Aufwand u. a. aufgrund verzögerter Stellenbesetzung.

Kantonales Laboratorium: Fr. 33 000

Minderaufwand aufgrund temporär nicht besetzter Stellen und von unbezahltem Urlaub bei gleicher Leistung.

Veterinäramt: Fr. 6000

Geringerer Aufwand bei insgesamt höherer Leistungserbringung.

6200 Prävention und Gesundheitsförderung

Hauptereignisse

Das kantonale Aktionsprogramm «Leichter leben» ist Teil der Legislaturziele des Regierungsrats. Ziel des Programms ist es, der Bevölkerung Anregungen für einen möglichst gesunden Lebensstil zu geben und den Anteil der Personen mit krankhaftem Übergewicht zu stabilisieren. Praktisch alle der 29 Projekte, die gemeinsam mit der Bildungsdirektion und der Fachstelle Sport der Sicherheitsdirektion ausgearbeitet worden sind, befinden sich in der Umsetzungsphase. Mütter und Kinder sind dabei wichtige Zielgruppen. Die Projekte sind auf Nachhaltigkeit angelegt und werden auch von Gesundheitsförderung Schweiz mitunterstützt. Eine Übersicht über die Projekte und Massnahmen des Aktionsprogramms ist im Internet unter www.leichter-leben-zh.ch abrufbar. Die Medienkampagne «Der Alltag prägt Ihre Gesundheit. Leichter leben» ergänzt die Projekte des Aktionsprogramms und soll breite Bevölkerungskreise ebenfalls auf leicht verständliche Art und Weise sensibilisieren. Die Kampagne vermittelt Tipps für gesünderes Verhalten im Alltag direkt am Ort oder zum Zeitpunkt möglicher Verhaltensänderungen. Die Evaluation der ersten Phase der Kampagne durch das Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich ergab erfreuliche Ergebnisse: 88% von 600 befragten Zürcherinnen und Zürcher kannten die Kampagne und 53% zeigten sich bereit, konkrete Vorschläge umzusetzen. Die Kampagne wurde als gut verständlich beurteilt und die Sujets wurden überwiegend als alltagstauglich und originell eingeschätzt. Die Idee, konkrete Bewegungs- und Ernährungstipps zu geben, wurde von 92% der Befragten begrüsst. Der Evaluationsbericht empfiehlt die Weiterführung der Medienkampagne.

Der auch im Berichtsjahr wieder durchgeführte Zürcher Präventionstag stand unter dem Motto «Krebsprävention – vom Wissen zum alltäglichen Handeln». Er ergänzt den im Vorjahr publizierten Bericht «Krebs im Kanton Zürich», in dem dieses Thema erstmals in einem Deutschschweizer Kanton im Detail aufgearbeitet worden war. Der Präventionstag dient mit seinen Vorträgen, den vielfältigen Parallelveranstaltungen und Podiumsdiskussionen der Öffentlichkeitsarbeit und der Vernetzung der Präventionsfachleute. Herausragende Botschaft der diesjährigen Tagung war, dass durch einen gesunden Lebensstil viel zur Senkung des individuellen Risikos, an Krebs zu erkranken, getan werden kann.

Bei Jugendlichen sind das Rauchen und der Umgang mit Rauschmitteln wichtige Themen im Bereich der Gesundheitsförderung. Im Vorjahr hatten die Stellen für Suchtprävention im Kanton Zürich die Broschüre «Trinken, Rauchen und Kiffen bei Jugendlichen. Was Sie als Eltern, Lehrperson oder Berufsbildnerinnen und Berufsbildner tun können» überarbeitet und in über 110 000 Exemplaren an die entsprechenden Kontaktpersonen von 11- bis 18-jährigen Jugendlichen verschickt. Im Berichtsjahr wurde die Broschüre neu auch in die neun häufigsten, im Kanton gesprochenen Fremdsprachen übersetzt. Im Wissen, dass Personengruppen mit einem Migrationshintergrund ein erhöhtes Risiko für Gesundheitsstörungen aufweisen, wurde die Schrift gezielt an ausländische Eltern von Jugendlichen verteilt.

Der Jahresanfang war noch stark geprägt von der pandemischen Grippe (H1N1) 2009. Nach dem Höhepunkt im Dezember 2009 unterschritt Ende Februar die Zahl der gemeldeten Neuerkrankungen den epidemischen Schwellenwert wieder. Im Kanton Zürich erkrankten schätzungsweise 170 000 bis 250 000 Personen an einer Infektion mit dem pandemischen Virus. Die Erkrankungen verliefen aber vergleichsweise milde; lediglich rund 100 Personen benötigten Spitalpflege. Todesfälle waren äusserst selten und betrafen Menschen mit chronischen Vorerkrankungen. Als Grundlage künftiger Planungen ist die Impfkampagne gegen das Influenzavirus A (H1N1) 2009 im Kanton Zürich von externer Stelle evaluiert worden. Dabei zeigte sich, dass der Entscheid, die Impfung in bestehenden Infrastrukturen wie Arztpraxen und Spitälern sowie im Impfinstitut des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich durchzuführen, für ein in kurzer Zeit breit angelegtes Impfangebot richtig war und mit dieser Organisationsform auch eine wesentlich höhere Zahl von Impfungen hätte bewältigt werden können.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellung der Prävention und Gesundheitsförderung (einschliesslich Suchtprävention), die der Gesundheitsdirektion direkt zugewiesen sind
A2	Direktionsübergreifende Koordination der übrigen, dem Staat obliegenden Prävention und Gesundheitsförderung
A3	Aufrechterhaltung einer wirksamen epidemiologischen Überwachung übertragbarer Krankheiten
A4	Ermöglichung und Unterstützung von Impfungen für die Bevölkerung sowie Planung von Massnahmen zur Bewältigung aussergewöhnlicher Bedrohungen durch übertragbare Krankheiten

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich; Massnahmen zur Umsetzung Planmässig Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes auf 2014 verschoben.	2010
E2	Informationskampagnen für gesunden Lebensstil durchführen (LZ RR 14.2) Planmässig	2012
E3	Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI >30) durch Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung stabilisieren (LZ RR 17.4) Planmässig	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2009

B 2010

R 2010

Abweichung
von B 2010

Erfolgsrechnung

Ertrag	9,7	15,1	0,9	-14,1
Aufwand	-15,7	-24,1	-6,6	17,5
Saldo	-6,1	-9,0	-5,7	3,4

Investitionsrechnung

Einnahmen		0,0		0,0
Ausgaben		0,0		0,0
Saldo		0,0		0,0

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte		0,0		0,0
----------------------------------	--	-----	--	-----

Erfolgsrechnung

- +2,3 Da die Impfrate bei der pandemischen Grippe (H1N1) tiefer war als erwartet, fielen die Erträge aus den Rückerstattungen durch die Krankenversicherer um 12,8 Mio. Franken geringer aus. Der Aufwand liegt 15,1 Mio. Franken unter dem Budget.
- +0,3 Minderaufwand bei der Umsetzung der Legislaturziele 14.2 und 17.4
- +0,3 Bei der vom Bund im Rahmen kantonaler Programme zugelassenen HPV-Impfung bei Mädchen und Frauen zwischen 11 und 19 Jahren ergab sich infolge niedrigerer Impfrate ein Minderaufwand von 1,8 Mio. Franken gegenüber dem Budget. Die Erträge durch die Rückerstattungen der Krankenversicherer fielen um 1,5 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert.
- +0,5 Übrige Abweichungen

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen					
W1 Medienkampagne «Der Alltag prägt Ihre Gesundheit. Mit Bewegung, Ernährung, Entspannung» (A1, A2)	P	>70%	50%	88%	-
W2 Leichte Reduktion des mindestens einmal wöchentlichen Tabakkonsums 15-jähriger Personen (Männer/Frauen) (A1, A2)	max.	15%/19%	19%/19%	15%/19%*	-
W3 Stabilerhaltung der Tb-Neuerkrankungen (A1, A3, A4)	max.	103	110	114	4
W4 Stabilerhaltung der Aids-Neuerkrankungen (A1, A3, A4)	max.	26	65	22	-43
W5 Stabilerhaltung bei Selbsttötung (A1)	max.	257	270	264**	-6
W6 Stabilerhaltung Todesursache Krebs (A1)	max.	2 555	2 600	2 547**	-53
W7 Leichte Reduktion Todesursache Herz- und Gefässkrankheiten (A1, A2)	max.	3 727	4 200	3 658**	-542
Leistungen					
L1 Regelmässiger Bericht über die Gesundheit der Zürcher Bevölkerung (A1, A2, A3)	min.	0	0	0	-
L2 Punktuelle Zwischenberichte (A1, A2, A3)	min.	1	1	0	-1
Wirtschaftlichkeit					
B1 Im Rahmen des Gesundheitsberichtes und der Zwischenberichte auch Prüfung der Wirtschaftlichkeit (A1, A2, A3)	P	1	1	0	-1
B2 Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	4,52	5,21	4,16	-1,05

* für 2010 Werte 2006 verfügbar (Erhebung alle vier Jahre)

** für 2010 Werte 2008 verfügbar

Abweichungsbegründungen

L2, B1 Die Publikation des vorgesehenen Berichtes «Gesundheitsbericht zu Übergewicht und Adipositas im Kanton Zürich» hat sich verzögert und ist für das erste Quartal 2011 vorgesehen.

6300 Somatische Gesundheitsversorgung und Rehabilitation

Hauptereignisse

Das Berichtsjahr war gekennzeichnet von den Vorbereitungen auf den Systemwechsel in der Steuerung und Finanzierung der Akutspitäler, die auf 2012 auf SwissDRG umgestellt werden. Die Arbeiten zur kantonalen Umsetzung der KVG-Revision mit einem neuen Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG) waren äusserst anspruchsvoll (vgl. dazu die Ausführungen in den Schwerpunktthemen). Parallel dazu wurde die Spitalplanung selbst als Grundlage für die Neufestsetzung der Spitalliste für die Akutsomatik und die Rehabilitation weitergeführt; dasselbe gilt auch für die Beteiligung an der Festlegung wichtiger Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene (SwissDRG, nationale Qualitätssicherungsprogramme).

Für die Strategische Entwicklungsplanung der Universität und des Universitätsspitals (RRB Nr. 1545/2009) wurden unter der Leitung des kantonalen Immobilienamts nach konzeptionellen und definitorischen Vorarbeiten im Berichtsjahr Testplanungen in Angriff genommen. Hauptszenarien sind dabei der Verbleib des USZ und der universitären Medizin am bisherigen Standort und die Prüfung einer Verlagerung an einen neuen Standort. Der Schlussbericht zu dieser Projektphase wird für den Sommer 2011 erwartet. Die Stärkung des Standorts Zürich im Bereich der Hochspezialisierten Medizin (HSM) wurde mit der Inangriffnahme verschiedener Investitionsvorhaben im USZ – u.a. für eine Überwachungsstation in der Herz- und Gefässchirurgie sowie einen besonderen Hybrid-OP-Saal – weiter konkretisiert. Schliesslich wurde im Berichtsjahr mit dem Start des Architekturwettbewerbs für den Neubau des Kinderspitals ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Situation in der kindermedizinischen Versorgung getan.

Die Tätigkeit des Medical Board, der vom Kanton Zürich initiierten unabhängigen Organisation für die Kosten-Nutzen-Beurteilung medizinischer Verfahren, wurde mit erweiterter Trägerschaft fortgeführt: Künftig werden sich auch die FMH – die Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte – und die SAMW – die Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften – an den Kosten des Medical Board beteiligen. An den Aufwendungen für die drei im Berichtsjahr durchgeführten Analysen beteiligten sich via die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und direktoren (GDK) auch die übrigen Schweizer Kantone. Der erste der drei Fachberichte zum Thema «Perkutane, Katheterbasierte Behandlung der schweren Mitralklappeninsuffizienz» wurde im Dezember veröffentlicht; die Berichte zur Antibiotikaphylaxe und zur PET-CT-Diagnostik folgen Anfang 2011.

Die Arbeit der Kantonsapotheke war zu Beginn des Geschäftsjahres noch von der H1N1-Pandemie geprägt, die allerdings wesentlich milder verlief, als ursprünglich befürchtet. Im Rahmen einer Reorganisation wurden die bisher unter der Leitung des Kantonsapothekers zusammengefassten Geschäftsbereiche «Apotheke» (Produktion und Vertrieb von Medikamenten) und «Heilmittelkontrolle» (Aufsicht und Bewilligungen) voneinander gelöst und je einer eigenen Leitung unterstellt.

Vollständig auf neue Beine gestellt wurde die Zentralwäscherei Zürich (ZWZ): Im Februar folgte der Kantonsrat einem Antrag des Regierungsrates, die ZWZ aus der kantonalen Trägerschaft zu entlassen und in eine private Aktiengesellschaft umzuwandeln. Die Übergabe des Betriebes an die neuen Träger – neben der Stadt Zürich sind dies die beiden selbstständigen Anstalten USZ und das Kantonsspital Winterthur (KSW) – erfolgte auf den 1. Juli des Berichtsjahres.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellen einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung für die Behandlung und Betreuung von Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen durch Planung und Festlegung der Leistungserbringer und der jeweiligen Leistungsspektren. Die Leistungsgruppe 6300 umfasst die Staatsbeiträge an die kantonalen Betriebe Kantonsapotheke Zürich, Zentralwäscherei Zürich, an die selbstständigen Anstalten Universitätsspital Zürich und Kantonsspital Winterthur sowie an 15 weitere Spitäler.
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	In die strategischen Schwerpunktbereiche der hochspezialisierten Medizin gezielt investieren (LZ RR 1.2) Planmässig	2012
E2	Neuregelung Spitalfinanzierung (LZ RR 7.6) Planmässig Zum Entwurf eines neuen SPFG wurde im Berichtsjahr eine Vernehmlassung durchgeführt; die Verabschiedung des Gesetzes durch den Regierungsrat ist im Januar 2011 vorgesehen.	2012
E3	Spitalplanung 2012 (LZ RR 17.1) Planmässig	2012
E4	Medical Board (Fachkommission für Überprüfung diagnostischer und therapeutischer Verfahren) Planmässig Der Einbezug weiterer Anspruchsgruppen in die Trägerschaft und Finanzierung des Medical Board gestaltete sich aufwendiger als erwartet. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2011 verschoben.	2010

Finanzielle Entwicklung

<i>(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)</i>	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	284,0	273,7	275,6	1,9
Aufwand	-927,3	-943,4	-915,5	27,8
Saldo	-643,3	-669,7	-640,0	29,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,6	8,5	12,1	3,6
Ausgaben	-81,0	-125,4	-106,9	18,5
Saldo	-80,3	-116,9	-94,8	22,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	264,2	244,0	172,2	-71,8

Erfolgsrechnung

Verbesserungen (in Mio. Franken)

- +21,9 USZ: Globalbudgetunterschreitung (v. a. Tarfmehrerträge und Rückgang Anlagenutzungskosten, siehe Begründungen in der LG 9510)
- +9,7 KAZ: Umsatzzunahme (siehe entsprechender Mehraufwand)
- +6,1 KSW: Globalbudgetunterschreitung (v. a. Tarfmehrerträge und Rückgang Anlagenutzungskosten, siehe Begründungen in der LG 9520)
- +1,5 Verschiedene Mehrerträge

Verschlechterungen (in Mio. Franken)

- 8,0 KAZ: Höhere Kosten infolge Umsatzzunahme (siehe entsprechender Mehrertrag)
- 1,5 Verschiedene Mehraufwendungen

Investitionsrechnung

- + 3,6 Mehreinnahmen aus Übertragung Liegenschaft ZWZ ins Finanzvermögen (für Verkauf)
- + 36,1 Projektverzögerungen USZ (insbesondere Projekte Bettenhaus Ost I-III, BIGART+, Energetische Sanierung Nordtrakt 1 sowie Berufungsprojekte Neurologie/Neurochirurgie)
- 17,6 Mehrbedarf Staatsbeiträge (Triemlispital, Energie- und Medienversorgung sowie Neubau Bettenhaus)

Personal

Entlassung ZWZ aus der bisherigen Trägerschaft auf 1. Juli des Berichtsjahres und Umwandlung in eine private Aktiengesellschaft (-71 vollzeitäquivalent Beschäftigte)

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Beurteilung der Spitalbetreuung insgesamt: Anteil Unzufriedene (A1)	max.	2,0%	< 8%	2,7%	-5,3%
W2	Ungeplante Rehospitalisationen (A1)	max.	4,0%	< 5%	2,4%	-2,6%
Leistungen						
L1	Stationäre Patientenaustritte total (A1)	P	181 071	180 400	187 815*	7 415
L2	davon eigene Anstalten					
L3	- Grundversicherte (GV)	P	46 270	46 100	47 706	1 606
L4	- Zusatzversicherte (ZV)	P	11 783	11 600	12 509	909
L5	davon staatsbeitragsberechtigzte Spitäler					
L6	- Grundversicherte (GV)	P	94 178	94 000	97 686*	3 686
L7	- Zusatzversicherte (ZV)	P	28 840	28 700	29 914*	1 214
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kantonaler Beitrag pro Einwohner/Einwohnerin (in Fr.)	P	479	508	471	-37
B2	Kosten je APDRG-Normfall in Fr. (nur som. Akutversorgung)	P	9 246	9 200	n.a.**	

* Hochrechnung

** Daten 2010 liegen erst ab Juli 2011 vor.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	409 927	203 216	0	206 711	-203 216

Auflösung Rücklagen 2010

- davon Fr. 141 169 bei Verkauf ZWZ
- davon Fr. 49 849 für Jubiläumsausstellung 200 Jahre KAZ

6400 Psychiatrische Versorgung

Hauptereignisse

Auf den 1. Januar des Berichtsjahres wurde die Fusion der Integrierten Psychiatrie Winterthur (ipw) mit dem Psychiatriezentrum Hard (PZH) vollzogen. Damit einher ging der Zusammenschluss der Psychiatrieregionen Winterthur und Zürcher Unterland. Mitte Jahr verabschiedete die ipw für die Region ein Versorgungskonzept, welches die Entwicklungsplanung für die nächsten Jahre umfasst. Für die weitere Nutzung der frei gewordenen Gebäude des ehemaligen Psychiatriezentrums Hard konnte mit dem Krankenhausverband Zürcher Unterland (KZU) eine gute Lösung gefunden werden. Der KZU baut in Embrach ein neues Pflegezentrum auf und schafft dabei rund neunzig neue Arbeitsplätze. Er wird für den Betrieb der Infrastruktur in der Hard einen grossen Teil des entsprechenden technischen Personals der ipw übernehmen.

Nach vertieften Abklärungen kam die Gesundheitsdirektion zu Beginn des Berichtsjahres zum Schluss, dass eine Integration des Psychiatriezentrums Rheinau (PZR) in die Psychiatrische Universitätsklinik (PUK) positive Perspektiven eröffnet. Das klinische Angebot des PZR kann damit im Bereich der forensischen wie auch der rehabilitativen Psychiatrie besser an die universitäre Forschung angebunden werden. Im Gegenzug erhält die wissenschaftliche Tätigkeit der Forensik der PUK wieder einen direkten Zugang zur klinischen Praxis. Gleichzeitig sollen Synergien und Möglichkeiten zur Prozessoptimierung genutzt werden. Der Standort Rheinau wird durch den Zusammenschluss für die Zukunft aufgewertet und gesichert. Die formelle Integration des PZR in die PUK ist auf Mitte 2011 geplant.

Zur Umsetzung der kantonalen Gesamtstrategie Hochspezialisierte Medizin (HSM) trägt die PUK in Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst des Kantons Zürich (KJPD) durch den Betrieb eines neuen Exzellenzzentrums für funktionelle Magnetresonanztomografie (fMRI) bei. Die neuen bildgebenden Verfahren dienen der Früherkennung, der differenzierteren Indikationsstellung und der Frühbehandlung psychiatrischer Erkrankungen sowie zur Unterstützung der Therapieverlaufsforschung. Die Inbetriebnahme des fMRI-Systems ist im Januar 2011 geplant.

Die Gesundheitsdirektion lancierte im Berichtsjahr ausserdem das Projekt «Psychiatrieplanung 2012», das – analog zur Spitalplanung der Akutsomatik und Rehabilitation – die Grundlagen einer neuen Spitalliste Psychiatrie gemäss den Vorschriften des revidierten KVG erarbeiten soll (vgl. dazu auch die Ausführungen zu den Schwerpunktthemen).

Das von der Gesundheitsdirektion initiierte Projekt «Psychiatrie-Tarifsysteem» (P-TAR) näherte sich im Berichtsjahr kontinuierlich dem Projekt «psysuisse» an, das vom Verband H+, die Spitäler der Schweiz getragen wird und ähnliche Ziele verfolgt. Ein Zusammenschluss der beiden Projekte soll 2011 realisiert werden. Mit dem Projekt könnte erstmals ein gesamtschweizerisch gültiges Tarifsysteem für die stationäre Psychiatrie realisiert werden.

Im Berichtsjahr wurden Kredite von rund 1,4 Mio. Franken für die Ausarbeitung eines Bauprojekts zur Sanierung und Erweiterung der Kinderstation Brüsshalde des KJPD in Männedorf, 19,7 Mio. Franken für die Sanierung eines Patientenpavillons im PZR und 25,6 Mio. Franken für umfangreiche Sanierungen von Küche, Personalrestaurant und Wäscherei der PUK bewilligt.

Das Zürcher Impulsprogramm zur nachhaltigen Entwicklung der Psychiatrie (ZInEP), das dank einer grosszügigen privaten Spende 2009 lanciert wurde, konnte im Berichtsjahr tatkräftig weitergeführt werden. Die sechs Teilprojekte des Programms sind gut angelaufen und leisten bereits heute einen Beitrag zur nachhaltigen Qualitätsverbesserung der psychiatrischen Versorgung im Kanton Zürich.

Die Forel Klinik eröffnete im April des Berichtsjahres am Sihlquai in Zürich eine Tagesklinik für alkoholabhängige Menschen. Der Start der Tagesklinik war ein ausserordentlicher Erfolg und die Nachfrage ist gross.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellen einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung für die Behandlung und Betreuung psychisch Kranker und Suchtkranker durch Planung und Festlegung der Leistungserbringer und der Leistungsspektren. Die Leistungsgruppe 6400 umfasst die Staatsbeiträge an die kantonalen Betriebe Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK), Psychiatrie-Zentrum Rheinau (PZR), Integrierte Psychiatrie Winterthur-Zürcher Unterland (ipw) und Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD) sowie fünf weitere psychiatrische Kliniken.
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Fallgruppensystem Psychiatrie entwickeln (LZ RR 17.5) Planmässig	2012
E2	Zusammenschluss der Kliniken Psychiatrie-Zentrum Hard und ipw Abgeschlossen	2010
E3	Planung der Psychiatrie optimieren (LZ RR 17.1) Planmässig	2014
E4	Leistungsorientierte, wettbewerbsfördernde Abgeltungssysteme weiterentwickeln (LZ RR 17.6) Planmässig	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2009

B 2010

R 2010

Abweichung
von B 2010

Erfolgsrechnung

Ertrag	192,1	174,3	175,7	1,3
Aufwand	-438,8	-415,0	-394,2	20,9
Saldo	-246,7	-240,7	-218,5	22,2

Investitionsrechnung

Einnahmen	18,8	0,0	18,4	18,4
Ausgaben	-11,4	-21,1	-15,9	5,2
Saldo	7,4	-21,1	2,5	23,6

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	2 077,3	1 955,0	1 959,8	4,8
----------------------------------	---------	---------	---------	-----

Erfolgsrechnung

Verbesserungen (in Mio. Franken)

- +19,8 Tax-Mehrerträge und ambulante Mehrleistungen
- +8,2 Geringere ordentliche Abschreibungen und Zinsen
- +5,2 Produktivitätssteigerungen bei kantonalen und staatsbeitragsberechtigten Betrieben
- +3,5 ipw: Rücknahme der im Jahr 2009 erfolgten Wertberichtigung auf den Pavillons 3 und 4
- +1,3 PUK: Transfer Nebenbetriebsgebäude ins Finanzvermögen
- +2,0 Verschiedene Mehrerträge

Verschlechterungen (in Mio. Franken)

- 13,2 ipw: Wertberichtigung Pavillons 5 und 6 sowie zentrale Einrichtungen vor Übergabe an den Krankenheimverband Zürcher Unterland (KZU)
- 3,5 ipw: Nichterreichen Kostendeckungsvorgaben bei Tageskliniken und Nebenbetrieben
- 0,7 PZR: nicht ausreichende Bettenauslastung in der rehabilitativen Psychiatrie
- 0,4 Mehraufwand Teilrevision Lohnsystem

Investitionsrechnung

- +17,4 Einnahmen aus Übertragung von Liegenschaften ins Finanzvermögen (PUK, Personalhaus; PZR, Wasserversorgung Rheinau)
- +1,0 Rückzahlung Darlehen Pflegeheim Sonnhalde
- +1,9 Projektverzögerungen PUK/KJPD (HSM-Projekt «Neuro-Imaging/MRI»)
- +1,0 Projektverzögerungen ipw (Sofortmassnahmen Küche Hard)
- +2,3 Übrige Minderausgaben

Personal

- +45,3 PUK: Nicht budgetierte fremdfinanzierte Stellen, befristete Projektstellen für KIS-Novo und Ersatz für Krankheitsausfälle
- +22,9 KJPD: Übernahme Personal der Regionalstellen von der Bildungsdirektion und Ausbau Jugendforensik
- 53,6 ipw: Geringerer Personalbedarf infolge Fusion und Stellenvakanzen
- 9,8 PZR: Ausgliederung Nebenbetriebe und Stellenvakanzen

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Leistungen						
L1	Stationäre Patientenaustritte total (A1)	P	11 587	12 180	11 426*	-754
L2	– davon Erwachsenenpsychiatrie		9 801	10 300	–	
L3	– davon Psychogeriatric		1 548	1 640	–	
L4	– davon Kinder- und Jugendpsychiatrie		238	240	–	
L5	Stationäre Pflorgetage total (A1)	P	499 876	503 400	487 888*	-15 512
L6	– davon Erwachsenenpsychiatrie		354 058	358 200	–	
L7	– davon Psychogeriatric		128 359	126 300	–	
L8	– davon Kinder- und Jugendpsychiatrie		17 459	18 900	–	
L9	Ambulante Einzelkonsultationen (A1)	P	195 805	184 000	214 876*	30 876
L10	Teilstationäre Fälle (A1)	P	1 775	1 600	2 125*	525
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	184	180	161	-19
B2	Kantonaler Beitrag pro Behandlung (in Fr.)	P	1 179	1 222	955*	-267

* Hochrechnung

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	4 635 606	152 272	-4 071 740	411 594	-4 224 012

Auflösung Rücklagen 2010

- davon Fr. 152 272 für Personalanlässe PUK

Bildung Rücklagen 2010

- PUK Fr. 438 000:
Prozessoptimierung und Mehrerträge in der ambulanten Versorgung

Auflösung Rücklagen zur Deckung Jahresverlust 2010

- PZR Fr. -983 000:
v. a. nicht ausreichende Bettenauslastung in der rehabilitativen Psychiatrie
- ipw Fr. -3 526 740:
Nichterreichung Kostendeckungsvorgaben bei Tageskliniken und Nebenbetrieben

6500 Langzeitversorgung Gesundheitswesen

Hauptereignisse

Hauptereignis im Bereich der Langzeitversorgung war im Berichtsjahr die Erarbeitung und Verabschiedung des neuen Pflegegesetzes, das am 27. September vom Kantonsrat mit 148:0 Stimmen verabschiedet wurde und rechtzeitig auf den 1. Januar 2011 in Kraft treten wird. Mit dem neuen Erlass wird das Mindestangebot, das die Gemeinden sowohl im ambulanten als auch im stationären Teil zur Verfügung stellen müssen, definiert; ausserdem werden neue einheitliche Finanzierungsregelungen vorgegeben (vgl. dazu auch die Ausführungen zu den Schwerpunktthemen).

Mit hoher Dringlichkeit wurde im Berichtsjahr auch an den Ausführungsbestimmungen zum Pflegegesetz gearbeitet. In der Verordnung wurde auf eine bestmögliche Abstimmung mit den Aufgaben und Anliegen der Gemeinden und der Leistungserbringer Wert gelegt. Die Ausführungsbestimmungen konnten an die bewährten Regelungen in der Spitex angelehnt werden, wie sie schon rund zwei Jahre vorher im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) eingeführt worden waren.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Unterstützung der Gemeinden bei der Versorgung der Bevölkerung mit Pflegeplätzen in Alters- und Pflegeheimen sowie Spitex-Dienstleistungen. Die Leistungsgruppe Nr. 6500 umfasst nur Staatsbeiträge.
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Neuregelung Pflegefinanzierung (LZ RR 7.6) Abgeschlossen	bis 2011
----	---	-------------

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung					
Ertrag		0,3	0,0	0,0	0,0
Aufwand		-34,5	-34,4	-36,4	-2,0
Saldo		-34,2	-34,4	-36,4	-2,0
Investitionsrechnung					
Einnahmen			0,0		0,0
Ausgaben		-9,1	-9,0	-9,4	-0,4
Saldo		-9,1	-9,0	-9,4	-0,4
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte			0,0		0,0

Erfolgsrechnung

Verbesserungen (in Mio. Franken)

+0,4 Tiefere Kosten für Alters- und Pflegeheime

Verschlechterungen (in Mio. Franken)

-2,1 Höhere Kosten für Spitex-Leistungen

-0,3 Höhere Abschreibungen

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Leistungen						
L1	Pflegetage in Alters- und Krankenheimen (in Mio. Franken) (A1)	P	2,8	2,8	2,6	-0,2
L2	Leistungsstunden Spitex (in Mio.) (A1)	P	1,9	2,3	1,9	-0,4
L3	Anteil des Staates am Betriebsaufwand von Alters- und Pflegeheimen (A1)	P	0,2%	0,2%	0,2%	0
L4	Anteil des Staates am Betriebsaufwand von Spitex-Diensten (A1)	P	13,1%	14%	12,3%	-1,7%
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.) mit Abschreibungen und Zinsen	P	25	26	27	1
B2	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.) ohne Abschreibungen und Zinsen	P	19	19	20	1

6700 Beiträge an Krankenkassenprämien

Hauptereignisse

Der Kanton Zürich richtete im Berichtsjahr rund 437 000 Personen oder 32,2% der Gesamtbevölkerung Beiträge an Krankenkassenprämien aus. Rund 377 000 Personen wurden individuelle Beiträge gewährt (IPV). Die Einkommens- und Vermögensgrenzen, die zum Bezug der Prämienverbilligung berechtigen, blieben im Berichtsjahr unverändert. Die Beiträge für die IPV hingegen mussten teilweise erheblich erhöht werden, da die Krankenkassenprämien im Berichtsjahr stark angestiegen sind (Erwachsene 9%, Kinder 10%, junge Erwachsene 15%).

Der kantonale Beitrag an die Prämienverbilligung hat gemäss geltendem Recht mindestens dem Bundesbeitrag zu entsprechen; dieser wiederum folgt der Entwicklung der Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Da die Prämien stetig steigen, steigen auch die Bundes- und Kantonsbeiträge an die Prämienverbilligung von Jahr zu Jahr.

Im Rahmen des Sanierungsprogramms San10 hat der Regierungsrat eine Gesetzesänderung beantragt, wonach der Kanton nicht mehr – wie heute – verpflichtet würde, an die Prämienverbilligung mindestens gleich viel beizusteuern wie der Bund, sondern nur noch mindestens 80%. Die Gesetzesvorlage befindet sich derzeit im Kantonsrat. Der Regierungsrat hatte sich im Berichtsjahr aber auch mit der – genau in die Gegenrichtung zielenden – Volksinitiative «Tragbare Krankenkassenprämien für alle (Prämienverbilligung jetzt)» zu befassen: Diese verlangt für die Jahre 2010 bis 2012 eine Aufstockung der Prämienverbilligung auf 115% des Bundesbeitrages. Weil der Kantonsbeitrag jeweils im Vorjahr festgesetzt werden muss, kann die Initiative jedenfalls für das Berichtsjahr und 2011 nicht umgesetzt werden; der Kantonsrat hat sie deshalb für teilweise ungültig erklärt. Der gültige Teil der Initiative wird dem Stimmvolk voraussichtlich am 15. Mai 2011 zur Abstimmung unterbreitet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Der Kanton richtet gestützt auf das Krankenversicherungsgesetz (KVG) und das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) Prämienverbilligungen an die obligatorische Krankenversicherung von Personen aus, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben.
A2	Seit Inkrafttreten von Art. 65 Abs. 1 ^{bis} KVG sind auch familienpolitische Ziele zu berücksichtigen.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Optimierung des Prämienverbilligungssystems Verzögert	bis 2013
	Da der Aufbau eines zentralen Steuerregisters nicht abgeschlossen ist, wird sich die Umsetzung des Projekts weiter verzögern.	

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	314,9	345,1	345,1	–0,0
Aufwand	–625,1	–709,4	–714,4	–5,1
Entschädigung SVA	–5,1	–5,3	–5,1	0,1
Individuelle Prämienverbilligung	–374,7	–433,4	–447,7	–14,3
Prämienübernahmen	–245,1	–249,8	–260,5	–10,7
Nachtragskredite		–20,7		
Saldo	–310,2	–364,3	–369,4	–5,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0,0		0,0
Ausgaben		0,0		0,0
Saldo		0,0		0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte		0,0		0,0

Erfolgsrechnung

Mehraufwand:

- 5,1 Der Mehraufwand ist in erster Linie auf die höheren Nachmeldungen im Bereich der individuellen Prämienverbilligung zurückzuführen. Verändern sich die wirtschaftlichen Verhältnisse einer Person, kann sie eine Erhöhung der individuellen Prämienverbilligung im Auszahlungsjahr beantragen. Bisher war dazu eine Veränderung des steuerbaren Einkommens um mindestens 30% notwendig. Aufgrund eines Urteils des Sozialversicherungsgerichts aus dem Jahr 2008 darf diese Regel nicht mehr angewendet werden. Der effektive Mehraufwand lag höher als die im Rahmen des Nachtragskredits vorgenommene Schätzung.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Umverteilung/Erhöhung der verfügbaren Einkommen in Mio. Fr. (A1)	P	620	651	709	58
Leistungen						
L1	mindestens 30% der Versicherten: Anspruch auf Prämienverbilligung (A1)	min.	33%	32%	32%	0%
L2	mindestens 30% der Haushalte mit Kindern: Anspruch auf Prämienverbilligung (A2)	min.	41%	39%	40%	1%
L3	Kantonsbeitrag (in Mio. Fr.) entspricht mindestens dem Bundesbeitrag (ausgenommen SVA-Entscheidung für den Vollzugaufwand) (A1)	min.	305,1	325,7	364,2	38,5
Wirtschaftlichkeit						
B1	Vollzugaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro bearbeiteten Bezugsberechtigten in Fr. bei der individuellen Prämienverbilligung	P	14	14	14	0
Abweichungsänderungen						
W1	Der Budgetwert des Indikators ging von einem Bundesbeitrag von 325,7 Mio. Franken aus. Infolge der starken Prämienteuerung im Berichtsjahr hat der Bund eine um 19,4 Mio. Franken höhere Pauschale ausgerichtet. Um der gesetzlichen Vorgabe in Bezug auf die Höhe des Kantonsbeitrages im Verhältnis zum Bundesbeitrag zu entsprechen, wurden mittels Novemberbrief die individuellen Prämienverbilligungen (IPV) angepasst. Unerwartet hohe IPV-Nachmeldungen und höhere Prämienübernahmen als geplant machten zudem einen Nachtragskredit im Umfang von 20,7 Mio. Franken erforderlich.					
L3	Der Kantonsbeitrag muss gemäss § 17 EG KVG mindestens so hoch sein wie der Bundesbeitrag. Letzterer belief sich im Berichtsjahr auf 345,1 Mio. Franken, währenddem die Ausgaben zulasten des Kantons 364,2 Mio. Franken ausmachten. Wird die Entschädigung an die SVA für die Administrationskosten mitberücksichtigt, wurde das Ausgabenziel im Berichtsjahr um 24,3 Mio. Franken überschritten. Mit dem Ergebnis im Berichtsjahr findet damit zum Teil ein Ausgleich der letzten beiden Jahre statt, in denen der Kantonsbeitrag um 39 Mio. Franken (2008) bzw. 10 Mio. Franken (2009) unter dem Bundesbeitrag lag.					

6900 Tierseuchenfonds

Hauptereignisse

Die Überwachungsphase zum Ausrottungsprogramm der Bovinen Virus Diarrhoe (BVD) konnte mit Unterstützung der Vertreter der Landwirtschaft und der Tierärztinnen und Tierärzte planmässig fortgeführt werden. Insgesamt wurden 43 708 Kälber in 2264 Betrieben untersucht. Dabei erwiesen sich 72 Kälber als BVD-positiv und wurden geschlachtet. Die stete Abnahme der Anzahl positiv getesteter Tiere (0,17% der neugeborenen Kälber) entspricht den Erwartungen. Zur vollständigen Ausrottung der BVD wird die Untersuchung der neugeborenen Kälber bis Ende 2011 fortgeführt. Die Problematik einer erhöhten Leerprobenhäufigkeit aus dem Vorjahr konnte gelöst werden.

Nach Vorgaben des Bundes waren zwischen 1. Februar und 31. Mai grundsätzlich alle Rinder und Schafe obligatorisch gegen die Blauzungenkrankheit zu impfen. Allerdings erlaubte die günstige epidemiologische Situation im Berichtsjahr Ausnahmen. 602 Betriebe haben Ausnahmegenehmigungen beantragt und ihren Bestand von der Impfung befreien lassen. In den übrigen 2445 Betrieben wurden insgesamt 52 859 Rinder und 10 864 Schafe geimpft. Erstmals behandelte Tiere der Rindergattung waren zur Grundimmunisierung zweimal zu impfen. 40 Betriebe erstatteten Meldung über negative Auswirkungen der Impfung. Die hierzu veranlassten Untersuchungen zeigten, dass bei 5 Fällen ein ursächlicher Zusammenhang mit der Impfung nicht ausgeschlossen werden konnte. Sämtliche Meldungen und die zugehörigen Untersuchungsergebnisse wurden vorschriftsgemäss auch der zuständigen Bundesstelle übermittelt; diese kam in ihren Überprüfungen zur selben Bewertung. Mit den Impfkampagnen 2008 bis 2010 konnte die Blauzungenkrankheit in der Schweiz erfolgreich bekämpft werden; 2011 wird es keine staatliche Impfkampagne mehr brauchen.

Bei den Bruterkrankungen der Bienen waren erneut hohe Fallzahlen zu verzeichnen: 89 mit Sauerbrut verseuchte Bestände und ein Bestand mit Faulbrut waren zu sanieren. Mit den angepassten Bekämpfungsmassnahmen darf davon ausgegangen werden, dass es künftig nicht zu einem weiteren Anstieg der Fallzahlen kommen wird.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Fonds zur Finanzierung von Leistungen des Staates an die Bekämpfung von Tierseuchen und anderen übertragbaren Tierkrankheiten
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3,3	2,7	2,7	-0,0
Patente, Entgelte, Beiträge	1,0	1,0	1,0	-0,0
Tiermehlfabrik Bazenheid	0,8	0,8	0,7	-0,1
Interne Verrechnungen	1,5	0,9	0,9	0,1
Aufwand	-3,1	-3,6	-2,8	0,8
Sachaufwand	-1,9	-2,5	-1,8	0,7
Tiermehlfabrik Bazenheid	-0,8	-0,8	-0,7	0,1
Bereitstellungskosten TMF	-0,1	-0,2	-0,1	0,0
Eigene Beiträge	-0,2	-0,2	-0,1	0,1
Saldo	0,2	-0,9	-0,2	0,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	4,6	3,7	4,5	0,8

Erfolgsrechnung

- +0,6 Der Minderaufwand ist auf geringere Impfkosten gegen die Blauzungenkrankheit und geringere Entschädigungen aus Seuchenfällen zurückzuführen.
- +0,2 Übrige Abweichungen

Fondsbestand

Der Fondsbestand nahm gegenüber 2009 dank dem geringeren Aufwand statt den budgetierten 0,9 Mio. Franken nur um 0,2 Mio. Franken ab und beträgt Ende des Berichtsjahres 4,5 Mio. Franken.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Leistungen						
L1	Anzahl Tierseuchenfälle	P	178	150	217	67
L2	Anzahl Laboruntersuchungen zur Überwachung von Tierseuchen (neu)	P	-	43 000	51 720	8 720
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	1,01	0,58	0,58	0
B2	Kantonaler Beitrag pro Grossvieheinheit (in Fr.)	max.	18,92	11,3	10,98	-0,32
Abweichungsbegründungen						
L1	Die höhere Anzahl von Tierseuchenfällen ist auf das BVD-Ausrottungsprogramm und die Bruterkrankungen der Bienen zurückzuführen.					

6999 Lohnnachzahlungen; Berufe im Gesundheitswesen

Hauptereignisse

Mit den Urteilen vom 22. Januar 2001 stellte das Verwaltungsgericht für verschiedene Gesundheitsberufe eine diskriminierende Festlegung der massgebenden Lohnklassen im Rahmen der Strukturellen Besoldungsrevision fest. Für die gestützt darauf vorzunehmenden Neueinreihungen der betroffenen Berufsangehörigen gewährte der Kantonsrat einen Nachtragskredit von 280 Mio. Franken. Ausgehend von diesen Grundsatzentscheiden konnten weitere Rechtsverfahren und entsprechende Gerichtsent-scheide 2008 und 2009 im Wesentlichen vollzogen werden. Nach vier weiteren Lohnnachzahlungen an ehemalige Mitarbeitende aus staatsbeitragsberechtigten Betrieben im Berichtsjahr können diese als abgeschlossen betrachtet werden. Für ehemalige Mitarbeitende von kantonalen Betrieben sind indes noch verschiedene Gerichtsent-scheide offen. Es ist deshalb auch im laufenden Jahr mit Lohnnachzahlungen zu rechnen. Im Berichtsjahr wurden neben den vier erwähnten Lohnnachzahlungen an ehemalige Mitarbeitende von staatsbeitragsberechtigten Betrieben zwei Lohnnachzahlungen an ehemalige Mitarbeitende von kantonalen Betrieben ausgerichtet.

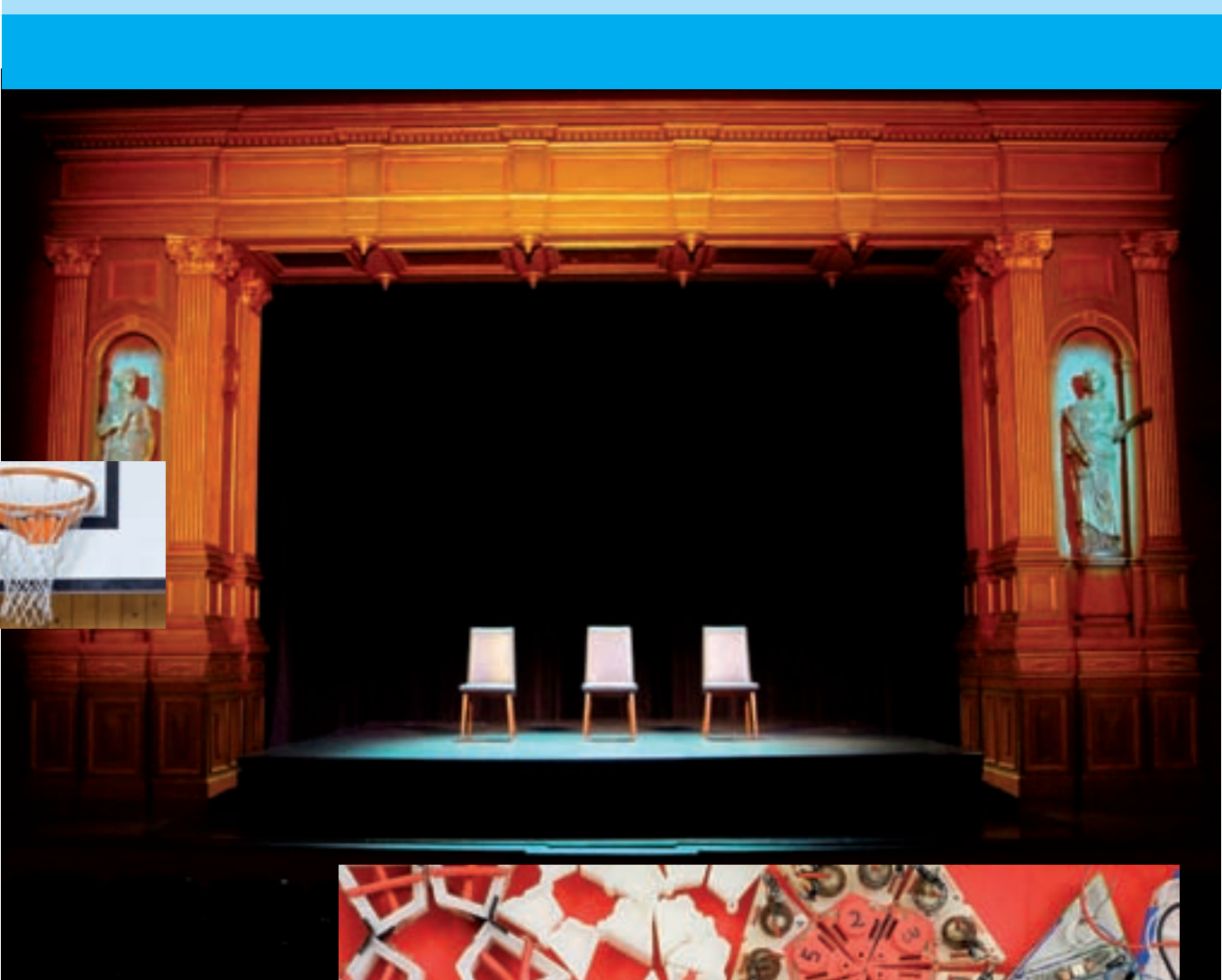
Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	5,9		0,3	0,3
Lohnnachzahlungen	-1,0		-0,1	-0,1
Entnahme aus Rückstellungen	1,0		0,1	0,1
Auflösung nicht benötigte Rückstellungen	5,9		0,3	0,3
Saldo	5,9		0,3	0,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Im Berichtsjahr wurden Lohnnachzahlungen im Umfang von 0,1 Mio. Franken geleistet. Die Aufwendungen für Lohnnachzahlungen werden durch die Entnahme aus Rückstellungen gedeckt. Die Höhe der Rückstellung wurde überprüft. Aufgrund der Schätzungen zu den Lohnnachzahlungen, mit denen inskünftig noch gerechnet werden muss, wurde die Rückstellung um den Betrag von Fr. 294 004 auf Fr. 1 600 000 verringert.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Eingang Gesuche Pflegepersonal		54		11	
W2	- kantonale Betriebe		13		0	
W3	- staatsbeitragsberechtigte Betriebe		41		4	
W4	- nicht berechnete Personen		0		7	
W5	Eingang Gesuche Pflegekader/TOA usw. ab 2004		0		2	
W6	- kantonale Betriebe		0		2	
W7	- staatsbeitragsberechtigte Betriebe		0		0	
W8	- nicht berechnete Personen		0		0	
Leistungen						
L1	Bearbeitete Gesuche Pflegepersonal		54		11	
L2	- kantonale Betriebe		13		0	
L3	- staatsbeitragsberechtigte Betriebe		41		4	
L4	- Rückweisungen		0		7	
L5	Bearbeitete Gesuche Pflegekader/TOA usw. ab 2004		0		2	
L6	- kantonale Betriebe		0		2	
L7	- staatsbeitragsberechtigte Betriebe		0		0	
Wirtschaftlichkeit						
B1	Ausbezahlte durchschnittliche Lohnnachzahlungen in Fr. für Pflegepersonal		17 313		4 547	
B2	- kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge < 20 000)		7		0	
B3	- kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge < 40 000)		6		0	
B4	- kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge > 40 000)		0		0	
B5	- staatsbeitragsberechtigte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge < 20 000)		41		4	
B6	- staatsbeitragsberechtigte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge < 40 000)		0		0	
B7	- staatsbeitragsberechtigte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge > 40 000)		0		0	
B8	Ausbezahlte durchschnittliche Lohnnachzahlungen in Fr. für Pflegekader/TOA		0		30 896	
B9	- kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge < 20 000)		0		1	
B10	- kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge > 20 000)		0		1	
B11	- staatsbeitragsberechtigte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge < 20 000)		0		0	
B12	- staatsbeitragsberechtigte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge > 20 000)		0		0	





Bildungsdirektion

Die Bildungsdirektion übernimmt für sämtliche Bereiche des Bildungswesens Koordinations- und Steuerungsaufgaben, vom Frühbereich mit Krippen über den Volksschulbereich mit Horten und Tagesstrukturen, Mittel- und Berufsfachschulen, Sonderschulen und Heimen bis zu den Hochschulen und zur Weiterbildung im Erwachsenenalter. Neben der Zurverfügungstellung von Infrastrukturen und Dienstleistungen dienen regelmässig erhobene Leistungs- und Wirkungsdaten, die systematischen Evaluationen der Fachstelle für Schulbeurteilung und die Aktivitäten des Lehrmittelverlages des Kantons Zürich der Qualitätssicherung im Bildungsbereich.

Die Anzahl der Lernenden im Kanton Zürich ist erneut leicht angestiegen. Gegenwärtig besuchen über 269 800 Personen eine öffentliche oder private Bildungseinrichtung. Auch dieses Jahr war das stärkste Wachstum in den nachobligatorischen Schulstufen zu verzeichnen. Daneben sind rund 13 118 Personen im öffentlichen Bildungswesen des Kantons als Lehrkräfte, Schulleitende oder Verwaltungsangestellte beschäftigt.

Bericht aus dem Bildungsrat

Der Bildungsrat befasste sich im Berichtsjahr vor allem mit Fragen im Zusammenhang mit Lehrmitteln an der Volksschule und beschloss verschiedene Änderungen von Lehrplänen an einzelnen Mittelschulen. Im Bereich der Berufsbildung beschloss er insbesondere die Durchführung einer Vernehmlassung zum Bericht «Berufszuteilung 2010 Berufsfachschulen». Er beschloss Massnahmen zur Förderung von Naturwissenschaft und Technik auf allen Schulstufen und nahm zuhanden der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) zu den Basisstandards für das 4., 8. und 11. Schuljahr Stellung, die im Rahmen des HarmoS-Konkordates entwickelt werden. Ferner legte er die Fächerprofile für die neuen Studiengänge für Quereinsteigende auf der Primarstufe und der Sekundarstufe I an der Pädagogischen Hochschule Zürich fest.

Harmonisierung der Sekundarstufe

Ein Fokus im Berichtsjahr lag auf der Sekundarstufe der Volksschule. Als Ergebnis des zweijährigen Projektes «Chance Sek» wird die Sekundarstufe in den kommenden Jahren auf inhaltlicher Ebene harmonisiert. Der Unterricht soll sich künftig an Kompetenzbeschreibungen orientieren, wie sie im Lehrplan 21 vorgesehen sind. Ebenso wird die Neugestaltung 3. Sek, die mit verschiedenen Massnahmen die Jugendlichen auf den Übergang ins Berufsleben vorbereitet, flächendeckend umgesetzt. In der Erprobungsphase fand das neue System gute Resonanz bei Schülerinnen und Schülern, Eltern und den Lehrbetrieben. Im Dezember beschloss der Bildungsrat die Änderung der Lektionentafel für die 3. Sek.

Aufwertung des Lehrberufs

Ein besonderes Augenmerk galt der Aufwertung des Lehrberufs: Im Projekt «Belastung – Entlastung im Schulfeld» haben die Bildungsdirektion und die Verbände der Lehrpersonen, Schulleitungen und -behörden sowie die Pädagogische Hochschule gemeinsam ermittelt, wie die Arbeitsbedingungen an der Volksschule verbessert werden können. Einen wichtigen Beitrag zur Attraktivitätssteigerung des Lehrberufs leistet auch die von Regierungs- und Kantonsrat beschlossene Lohnrevision, die höhere Einstiegsgehälter für neue Lehrpersonen und einen verbindlichen Mechanismus für Stufenanstiege mit Einführung ab 1. Januar 2011 vorsieht. Eines der Hauptziele der kommenden Jahre bleibt es, für die Volksschule genügend gut ausgebildete Lehrpersonen zu finden und zu halten. Ein wichtiger Baustein hierfür sind die im Berichtsjahr neu geschaffenen Ausbildungsgänge für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger, die auf sehr hohes Interesse gestossen sind.

Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

Zum neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz hat die Kommission für Bildung und Kultur im Oktober ihren Antrag verabschiedet. Mit diesem Gesetz soll der Kanton eine zeitgemässe Rechtsgrundlage für die ambulante Kinder- und Jugendhilfe erhalten. Regionale Verwaltungsstrukturen der nach wie vor dezentralen Versorgung lösen die bisherige bezirksweise Organisation ab. Mit der Verpflichtung der Gemeinden, bedarfsgerechte Angebote an familienergänzender Betreuung für Vorschulkinder und Schulsozialarbeit bereitzustellen, soll die Kinder- und Jugendhilfe den heutigen Anforderungen angepasst werden. Im Juni 2010 haben die Stimmberechtigten einer Änderung des Jugendhilfegesetzes zugestimmt, mit der die familienergänzende Betreuung für Vorschulkinder gesetzlich geregelt wird. Diese Änderung trat am 1. Januar 2011 in Kraft. Die Gemeinden werden damit verpflichtet, bis Ende 2013 ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot zu schaffen – auch dies ein Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Neue interne Revisionsstelle

Im April haben die Bildungsdirektion und der Fachhochschulrat eine diesen Stellen direkt unterstellte interne Revisionsstelle geschaffen. Diese ist zuständig für die Durchführung von internen Revisionen in der Zürcher Fachhochschule, den Sonderschulen und Heimen des Volksschulamtes und des Amtes für Jugend und Berufsberatung.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	819,0	794,9	826,1	31,2
Aufwand	–3 218,9	–3 242,3	–3 186,1	56,1
Kreditübertragungen aus 2009		–9,3		
Saldo	–2 399,9	–2 447,3	–2 360,0	87,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen	17,4	7,0	12,1	5,1
Ausgaben	–140,2	–169,1	–134,9	34,2
Kreditübertragungen aus 2009		–8,6		
Saldo	–122,8	–162,1	–122,8	39,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	12 829,4	13 228,0	13 118,1	–109,9

Erfolgsrechnung

Ertrag (+31,2):

- +9,6 Neue Durchlaufposten Bundesamt für Justiz (BJ), da das Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) kantonale Verbindungsstelle für BJ-Beiträge an Kinder-/Jugendheime ist.
- +7,9 Vermehrte bezirksübergreifende Tätigkeiten des AJB führen zu entsprechenden Verrechnungen, die sich im Aufwand und Ertrag niederschlagen.
- +6,4 Höhere Schulgeldeinnahmen für ausserkantonale Lernende/Studierende
- +5,1 Höhere Beiträge aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung IUV als budgetiert
- +4,0 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Teilschulen der ZFH
- +2,6 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Universität als budgetiert
- +2,3 Höhere Beiträge der Gemeinden an das Untergymnasium und höhere Beiträge bei den Schulgeldern für ausserkantonale Schüler sowie übrige Erträge
- +1,3 Höhere Nutzungskosten für die von den staatlichen Teilschulen der ZFH benutzten Liegenschaften und höhere Auflösung von passivierten Investitionsbeiträgen
- +1,2 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge vom Bundesamt für Justiz an Sonderschulheime im VSA
- +0,7 Mehrerträge resultierten aus der Begleichung bedingt rückzahlbarer Ausbildungsdarlehen
- +0,7 Der budgetierte Verkaufserlös des Lehrmittelverlags wurde übertroffen.
- 2,7 Lohnweiterverrechnungen an Dritte werden nach IPSAS neu als Minus-Aufwand berücksichtigt. Im Planungszeitpunkt wurden diese Rückerstattungen als Ertrag budgetiert.
- 2,5 Tiefere kalkulatorische Mieteinnahmen bei den Berufsfachschulen und übrige Mindereinnahmen
- 1,8 Tieferer Bundesbeitrag an die Berufsbildung
- 1,6 Verschiedene geringere Erträge der Berufsberatung (verschobene Bundesbeiträge Case Management, geringere Gemeindebeiträge)
- 1,3 Der Verzicht auf Leistungsangebote (begleitete Besuchstreffs, Frühförderung) führte zu geringeren Beitragseinnahmen.
- 1,2 Tiefere Verrechnungen von Informatikleistungen infolge Zentralisierung der Informatik bei der GS-IT und geringere Clientanzahlen im AJB

Aufwand (+56,1):

- +15,8 Tieferer Staatsbeitrag an Schulheime des Volksschulamtes infolge höherer Bundesbeiträge (Bundesamt für Justiz) als budgetiert (+1,2 Mio. Franken), nicht budgetierter Beiträge der Invalidenversicherung (+2,5 Mio. Franken), tieferer Pauschalen aufgrund hoher Auslastung in Schulheimen (+4,2 Mio. Franken) sowie Rückzahlungen an den Kanton als Folge geöffneter Schwankungsfonds (+7,9 Mio. Franken)
- +8,8 Durch die Schliessung der altrechtlichen Gesundheitsschulen ergaben sich im Rahmen der Abschlussrechnungen nicht budgetierte Guthaben zugunsten des Kantons sowie weitere Minderaufwendungen.
- +7,2 Die Nettopersonalkosten bei den Volksschulen liegen um rund 1,9% unter dem Budget. Ursachen: Tieferer Beschäftigungsumfang (-23,8 Stellen), höhere Rotationsgewinne sowie leicht tiefere durchschnittliche Besoldungskosten. Zudem lag der Personalaufwand in der Rechnung 2009 bereits unter dem Ausgangswert für das Budget 2010 (Basiseffekt).
- +7,2 Nicht beanspruchte Kreditübertragungen aus dem Vorjahr an die ZFH
- +6,9 Tieferer Beitrag an die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften ZHAW
- +6,6 Minderaufwand für Unterrichts-, Verwaltungs- und Betriebspersonal und für übrige Personalkosten der Berufsfachschulen
- +5,8 Tiefere Staatsbeiträge an Tagessonderschulen aufgrund besserer Abschlüsse (+4,3) sowie der Umstellung der Finanzierungsmethode bei Spitalschulen (+1,5)
- +5,5 Minderaufwand für Lehrmittel, Dienstleistungen Dritter, Hard- und Software der Berufsfachschulen
- +4,6 Tiefere kalkulatorische Mieten, tiefere Unterhaltskosten für Berufsfachschulgebäude und tiefere Planungskosten für Investitionen
- +4,7 Minderaufwand für Unterrichts-, Verwaltungs- und Betriebspersonal und für übrige Personalkosten bei den Mittelschulen
- +3,7 Bei den Stipendien trat der budgetierte Anstieg als Folge einer sich verschlechternden Wirtschaftslage nicht ein.
- +3,6 Zahlungen an Berufsfachschulen über die Leistungsgruppe Nr. 7305 anstelle von Leistungsgruppe Nr. 7303
- +2,9 Auf den Ausbau von Leistungen (begleitete Besuchstreffe, Frühförderung) wurde verzichtet, gleichzeitig blieb die Zunahme der Angebote mit vollumfänglicher Kostenverrechnung an die Gemeinden (Familienbegleitung, Schulsozialarbeit, Krippenaufsicht) unter den Erwartungen (siehe auch unter Ertrag und Personal).
- +2,9 Minderaufwand bei Lehrmitteln, Hard- und Software an den Mittelschulen
- +2,7 Lohnweiterverrechnungen der Jugend- und Familienhilfe an Dritte werden nach IPSAS neu als Minus-Aufwand berücksichtigt. Im Planungszeitpunkt wurden diese Rück-erstattungen als Ertrag budgetiert.
- +2,4 Tiefere Planungs-, übrige Sachkosten und Zinsen an den Teilschulen der ZFH
- +2,3 Weitere Aufwandminderungen wie tiefere kalkulatorische Kosten und Beiträge an Schulgemeinden
- +2,0 Tiefere Beiträge an Projektkosten bei den Volksschulen
- +2,0 Verschiedene Minderaufwendungen im Mittelschul- und Berufsbildungsamt (verzögerte Stellenbesetzung, IT-Einsparungen, weniger angeschaffte Mobilien)
- +1,8 Tiefere Unterhaltskosten für Gebäude, tiefere Planungskosten für Investitionen, tiefere Heizkosten sowie übriger Minderaufwand der Mittelschulen
- +1,7 Weitere geringere Aufwandpositionen als geplant in der Berufsberatung
- +1,6 Tieferer Anstieg der Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen für Zürcher Studierende im Rahmen der FHV als budgetiert
- +1,4 Der Start des Projektes Case Management Berufsbildung in der Berufsberatung verzögerte sich.

- +1,4 Personalveränderungen führten zu nicht budgetierten Rotationsgewinnen in der Berufsberatung.
- +1,4 Tiefere Weiterbildungskosten der Lehrpersonen im VSA
- +1,4 Verschiedene Minderaufwendungen im VSA infolge tieferer Besoldungen, weniger Aufwand für Lehrmittelprojekte, sowie geringerer Leistungsbezüge von der Pädagogischen Hochschule
- +1,3 Einsparungen im IT-Bereich sowie weitere Minderaufwendungen
- +1,3 Berufskundliche Material- und Drucksachenanpassungen wurden in der Berufsberatung aufgeschoben bzw. nicht getätigt.
- +1,2 Verschiedene Minderaufwände im Berufsschulbereich
- +1,1 Nichtbesetzung bewilligter Stellen im HSA sowie weniger Dienstleistungen Dritter als Folge eines Projektverzichts
- +1,0 Verzögerungen von Projekten im VSA und im MBA
- +0,9 Tiefere Dienstleistungen Dritter infolge Projektverzögerungen, Austritt aus dem EDK-Ost und tiefere Beiträge an EDK-NW sowie tiefere Kosten der Informatikleistungen im Generalsekretariat
- +0,8 Tiefere Zinsen der Universität
- +0,7 Die Mehrkosten für Sonderpädagogische Massnahmen im Frühbereich (-2,2 Mio. Franken) konnten durch geringere Sachaufwendungen (+2,9 Mio. Franken) kompensiert werden.
- +0,5 Der Abschreibungsaufwand fiel tiefer als geplant aus.
- 16,9 Nicht budgetierte Rückstellung für Teuerungszulagen Witwen-, Waisen- und Pensionskasse der Professoren der Universität WWPK
- 9,6 Neue Durchlaufposten Bundesamt für Justiz (BJ), da das Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) kantonale Verbindungsstelle für BJ-Beiträge an Kinder-/Jugendheime ist
- 7,9 Vermehrte bezirksübergreifende Tätigkeiten der Jugendsekretariate führen zu entsprechenden Verrechnungen, die sich im Aufwand und Ertrag niederschlagen.
- 5,1 Höhere an die Universität überwiesene Beiträge aus der IUV als budgetiert
- 4,0 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge an die Teilschulen der Zürcher Fachhochschule ZFH
- 2,6 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Universität Zürich
- 2,3 Mehraufwendungen bei den Beiträgen für Heimplatzierungen (-3,3 Mio. Franken) konnten durch geringere übrige Staatsbeiträge (+1,0 Mio. Franken) teilweise kompensiert werden.
- 1,9 Höhere Abschreibungen auf Immobilien, Investitionsbeiträgen und Mobilien der ZFH
- 1,5 Höhere Beiträge, die der Kanton Zürich im Rahmen der IUV für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten entrichtete
- 1,4 Höhere Beiträge an die auswärtige Sonderschulung aufgrund ansteigender Schülerzahl in Sonderschulen
- 1,3 Mehraufwand Finanzleasing sowie Planungskosten Dritter
- 1,3 Der Aufbau der Hauswirtschaftskurse erfolgte rascher als geplant, dabei entstanden Mehrausgaben für Personal- und Sachaufwand.
- 1,2 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge vom Bundesamt für Justiz an Sonderschulheime
- 1,2 Höhere Abschreibungen auf Hochbauten und Mobilien der Universität
- 1,0 Der Aufwand im Lehrmittelverlag fiel infolge höherer Entwicklungskosten und Bestandesveränderungen Vorräte höher aus.
- 0,6 Höhere Staatsbeiträge an kommunale Sonderschulen aufgrund ansteigender Schülerzahl in kommunalen Sonderschulen
- 0,3 Höherer Beitrag an die Hochschule für Technik Zürich zur Abgeltung der höheren Anzahl Zürcher Studierender

Investitionsrechnung

Einnahmen (+5,1):

- +1,7 Zahlung Investitionsbeiträge des Bundes für den Bau Berufsbildungsschule Anton Graff, Winterthur
- +1,7 Nicht budgetierte Bundesbeiträge für Bauprojekte der ZHAW in Winterthur und Wädenswil
- +0,7 Höhere Beiträge durch Dritte an die Gesamtsanierung der Kantonsschule Hohe Promenade
- +0,7 Die Rückerstattung von bedingt rückzahlbaren Ausbildungsdarlehen der Jugend- und Familienhilfe übertraf die Erwartungen

Ausgaben (+34,2):

- +8,3 Verzögerter Baufortschritt an der Universität mit den Projekten Sanierung Haustechnik Irchel (2. Etappe), Medizinische Fakultät Irchel Y36, Kuppelschauhäuser Botanischer Garten, Instandsetzung Gloriastrasse 30/32 und Ersatz Schliessanlage Irchel
- +6,9 Verzögerung beim Mieterausbau Toni-Areal
- +5,5 Diverse Projekte haben sich durch die Ausarbeitung einer Gesamtstrategie oder aus anderen Gründen verzögert: Gesamtsanierung Berufsschule Mode und Gestaltung Zürich, Erweiterungsneubau Berufsbildungszentrum Zürichsee Horgen, Aufstockung Mühlethal der Berufsfachschule Winterthur, Aufstockung Turnhallen Rennweg Berufsbildungsschule Winterthur und weitere.
- +4,8 Tieferer Investitionsbeitrag an private Sonderschulen und Sonderschulheime aufgrund erhöhter Budgetwerte (Ursache: NFA-bedingte Unsicherheiten hinsichtlich der Finanzierung)
- +2,1 Bei den nichtstaatlichen Schulen fiel der Landkauf (+1,6) für den Neubau des Bildungszentrums für Gärtnerberufe in Pfäffikon weg, der bereits 2009 getätigt wurde. Zudem: Minderaufwand (+0,5) durch Verzögerungen bei Bauprojekten.
- +1,7 Nicht beanspruchte Kreditübertragungen der ZFH aus dem Vorjahr
- +1,6 Tiefere Investitionsbeiträge an Schulhausbauten und kommunale Sonderschulen
- +1,5 Minderausgaben beim Neubau Sihlpost für die PHZH
- +1,4 Geringere Ausgaben durch Projektverzögerungen bei den Mittelschulen
- +1,2 Verzögerung im IT-Projekt ZAP/PULS bei der ZFH
- +1,2 Verzögerung von Hard- und Software-Beschaffungen in der Bildungsverwaltung
- +0,8 Geplante Softwareerweiterungen der Jugend- und Familienhilfe konnten infolge zeitlicher Verzögerungen noch nicht umgesetzt werden.
- +0,5 Wegfallender Erneuerungunterhalt durch die Überführung des Zentrums für Gehör und Sprache (ZGSZ)
- 1,5 Schneller Baufortschritt Neubau Kleintierklinik an der Universität
- 1,2 Ungeplanter Investitionsbeitrag an die Zentralbibliothek
- 0,6 Der Aufwand für Ausbildungsdarlehen überstieg den budgetierten Rahmen.

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2010	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Grossinvestitionen				
Projekt Nr. 33049 Calatrava Hofeinbau und Aufstockung	0,5	70,5	63,6	6,9
Projekt Nr. 27463 Toni-Areal Ausstattung	0,1	89,5	0,2	89,3
Übrige Investitionen	122,2			
Total Investitionen	122,8			

Leistungsgruppen

7000 Bildungsverwaltung

Gesamtübersicht der Lernendenzahlen im Kanton Zürich

	Total	Total	Frauen		Ausländer/innen		Öffentliche Schulen	
	2009 ¹	2010	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Vorschulstufe	26 873	27 074	13 207	48,8%	7 093	26,2%	25 499	94,2%
Regelkindergarten ²	25 692	26 224	12 867	49,1%	6 693	25,5%	25 031	95,5%
Sonderkindergarten ³	645	468	159	34,0%	187	40,0%	468	100,0%
Alternativer Kindergarten ⁴	536	382	181	47,4%	213	55,8%	–	–
Primarstufe	80 740	80 895	39 101	48,3%	20 724	25,6%	76 680	94,8%
Primarschule ²	75 718	76 023	37 153	48,9%	18 171	23,9%	74 041	97,4%
Besondere Klassen	970	600	202	33,7%	325	54,2%	516	86,0%
Sonderschulen	1 939	2 139	714	33,4%	805	37,6%	2 123	99,3%
Alternativer Lehrplan ⁴	2 113	2 133	1 032	48,4%	1 423	66,7%	–	–
Sekundarstufe I	41 398	41 554	20 206	48,6%	8 749	21,1%	37 822	91,0%
Sekundarschule	32 144	32 089	15 399	48,0%	6 789	21,2%	29 914	93,2%
Besondere Klassen	293	219	72	32,9%	138	63,0%	162	74,0%
Sonderschulen	984	1 039	350	33,7%	315	30,3%	1 008	97,0%
Gymnasien	6 880	6 974	3 756	53,9%	793	11,4%	6 606	94,7%
Übrige Mittelschulen ⁵	141	132	74	56,1%	6	4,5%	132	100,0%
Alternativer Lehrplan ⁴	956	1 101	555	50,4%	708	64,3%	–	–
Sekundarstufe II	58 342	59 115	28 494	48,2%	9 330	15,8%	52 301	88,5%
Brückenangebote	2 397	2 370	1 374	58,0%	763	32,2%	2 004	84,6%
Gymnasien	8 368	8 456	4 858	57,5%	732	8,7%	7 552	89,3%
Übrige Mittelschulen ⁶	1 084	1 058	681	64,4%	76	7,2%	963	91,0%
Berufslehren ⁷ (einschliesslich BMS I)	43 652	44 183	20 185	45,7%	6 860	15,5%	39 911	90,3%
Anlehren	410	407	114	28,0%	126	31,0%	407	100,0%
BMS II	1 369	1 515	755	49,8%	98	6,5%	1 253	82,7%
Sonderschulen	162	211	71	33,6%	66	31,3%	211	100,0%
Alternativer Lehrplan ⁴	900	915	456	49,8%	609	66,6%	–	–
Tertiärstufe	60 672	61 205	32 372	52,9%	9 817	16,0%	50 233	82,1%
Vorbereitung Berufsprüfung	6 525	5 650	2 406	42,6%	1 438	25,5%	3 158	55,9%
Vorbereitung Höhere Fachprüfung	1 985	2 440	813	33,3%	299	12,3%	1 071	43,9%
Höhere Fachschulen FH	5 129	5 131	2 383	46,4%	813	15,8%	3 209	62,5%
Übrige Fachausbildung	4 783	4 042	2 585	64,0%	667	16,5%	1 207	29,9%
Fachhochschulen ⁸	16 396	17 774	9 431	53,1%	2 042	11,5%	15 420	86,8%
Universität	25 854	26 168	14 754	56,4%	4 558	17,4%	26 168	100,0%
Total	268 025	269 843	133 380	49,4%	55 713	20,6%	242 535	89,9%

¹ Die Angaben für 2009 können von bereits publizierten Angaben abweichen, da die Daten wenn nötig rückwirkend korrigiert werden.

² einschliesslich Projekt Grundstufe

³ einschliesslich Sprachheilkindergarten

⁴ Private Bildungseinrichtungen mit Abweichung vom Zürcher Lehrplan (z. B. ausländische Schulprogramme, Rudolf-Steiner-Schulen)

⁵ Handelsmittelschule

⁶ Handelsmittelschule, Informatikmittelschule, Fachmittelschule, Passerellenlehrgang

⁷ Berufliche Grundbildung EFZ und EBA

⁸ Fachhochschulen im Kanton Zürich (ZFH, HfH; ohne Zürcher Standorte der Kalaidos Fachhochschule und der Fernfachhochschule Schweiz)

Bildungsstatistik

Im Schuljahr 2010/11 besuchten im Kanton Zürich 269 843 Lernende eine öffentliche oder private Bildungsinstitution vom Kindergarten bis in die Tertiärstufe. Damit ist die Anzahl Lernender gegenüber dem Vorjahr bei einer leichten Zunahme um 1818 bzw. um 0,7% fast gleich geblieben. Insgesamt besuchen 89,9% der Lernenden eine öffentliche Bildungseinrichtung.

Die Schülerzahl auf der Kindergartenstufe ist leicht gestiegen, und zwar um 201 Kinder (+0,7%). Auf der Primarstufe (+0,2%) und der Sekundarstufe I (+0,4%) blieb die Zahl der Lernenden insgesamt praktisch unverändert. Auf der obligatorischen Schulstufe zeigt sich eine markante Abnahme der Lernenden in den Sonderkindergärten und in den «besonderen Klassen»: Seit dem Schuljahr 2008/09 werden die vom neuen Volksschulgesetz vorgegebenen integrativen Schulungsformen in den Gemeinden umgesetzt. Dies wirkt sich reduzierend auf die Anzahl der Lernenden in besonderen Klassen aus. Auf der anderen Seite ist eine Zunahme bei den Sonderschulen festzustellen.

Die Zahl der Lernenden auf der Sekundarstufe II ist um 773 bzw. +1,3% ebenfalls leicht gestiegen. Leichte Zunahmen sind zu verzeichnen bei den Gymnasien, den Berufslehren, der BMS II und den Sonderschulen.

Die Tertiärstufe ist im Gegensatz zu den Jahren zuvor nur wenig gewachsen. Sie umfasst gegenwärtig 61 205 Studierende (+0,9%). Im Bereich der Höheren Berufsbildung weisen die Vorbereitungskurse auf die höheren Fachprüfungen einen deutlichen Zuwachs auf (+22,9%). Hingegen ist eine Abnahme von 13,4% der Vorbereitungskurse auf die Berufsprüfungen zu verzeichnen. Die Zahl der Studierenden an der Zürcher Fachhochschule und an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik hat um 8,4% Studierende zugenommen. Die Zunahme lässt sich durch das starke Interesse der Studierenden an einzelnen Fachbereichen, insbesondere Wirtschaft und Angewandte Psychologie, sowie Gesundheit, Chemie und Life Sciences erklären.

Die Ergebnisse der bildungsstatistischen Erhebungen werden unter www.bista.zh.ch zugänglich gemacht.

Hauptereignisse

Erhebungen zur Schulqualität

Ein Instrument zur Feststellung sprachlicher Kompetenzen auf der Kindergartenstufe – wie im Regierungsratsbeschluss vom 23. Januar 2008 vorgesehen – wurde entwickelt und geht im Schuljahr 2011/12 in die Erprobung.

Die kantonale Erhebung zu den Fachleistungen von Schülerinnen und Schülern der sechsten Klassen in Lesen, Wortschatz und Mathematik wurde ausgewertet. Die Ergebnisse werden 2011 veröffentlicht.

Die nationalen Ergebnisse der internationalen Vergleichsstudie PISA 2009 wurden im Dezember des Berichtsjahres veröffentlicht. Erfasst wurden die Kompetenzen von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften in 65 Staaten weltweit.

Im Bereich der Mittelschulen wurden die Ergebnisse der Befragung ehemaliger Mittelschülerinnen und Mittelschüler in einem Bericht veröffentlicht. Die vollständigen schulgenauen Ergebnisse wurden auf dem Internet zugänglich gemacht. 89% der Befragten sind rückblickend mit der Mittelschule zufrieden. 79% der Befragten fühlen sich in fachlicher Hinsicht grundsätzlich gut auf ein Hochschulstudium vorbereitet. Damit wurden die Vorgaben erreicht. Die Interkantonale Fachstelle für externe Schulevaluation der Universität Zürich (IFES) evaluierte vier Mittelschulen und eine Berufsfachschule.

Massnahmen gegen Gewalt im schulischen Umfeld

Im Rahmen der Massnahmen zur Amokprävention fand eine weitere Informationsveranstaltung «Amok in Schulen – Was tun?» statt, die sich an die Schul- und Heimleitungen im Sonderschulbereich sowie deren Trägerschaften richtete. Aufgeschaltet wurde das Internetportal www.stopp-gewalt.zh.ch. Dieses informiert Lehrpersonen, Schulleitungen, Schulbehörden und schulnahe Dienste sowie Eltern darüber, was sie bei Gewaltvorfällen tun sollen, wie sie Gewalt vorbeugen können und wo sie Hilfe finden. Die Koordinationsgruppe Jugendgewalt hat einen Aktionsplan Jugendgewalt erarbeitet.

Projekt Chance Sek – Weiterentwicklung der Sekundarstufe der Volksschule

Auf der Grundlage der Ergebnisse der breit angelegten Diskussion zur Weiterentwicklung der Sekundarstufe der Volksschule 2009 wurden Vorschläge für die Weiterentwicklung der Sekundarstufe der Volksschule erarbeitet. Der Bildungsrat hat den vorgeschlagenen Massnahmen zugestimmt. Die Bildungsdirektion wurde beauftragt, einen Beschluss des Bildungsrates mit den Massnahmen vorzubereiten. Am 2. November hat die Bildungsdirektion die Massnahmen an einer Medienkonferenz vorgestellt.

Förderung von Naturwissenschaft und Technik in der Allgemeinbildung

Ausgehend von den Ergebnissen einer Expertise durch das Zürcher Hochschulinstitut für Schulpädagogik und Fachdidaktik ZHSF und einem Bericht der Bildungsdirektion hat der Bildungsrat am 26. April des Berichtsjahres Massnahmen zur Förderung von Naturwissenschaft und Technik beschlossen. Schwerpunkte liegen in der Entwicklung von Lehrmitteln und Unterrichtsmaterialien für die obligatorische Schule, bei der Verbesserung der Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen sowie der Stärkung von Naturwissenschaft und Technik an den Mittelschulen.

Die externe Evaluation vermittelt den Schulen eine professionelle Aussensicht, welche die Schulen und insbesondere die Führungsverantwortlichen darin unterstützt, die Qualität zu sichern und weitere Entwicklungsschritte anzugehen. Im Schuljahr 2009/10 wurden 138 Schulen evaluiert, davon 10 Sonderschulen. In allen Schulen wurde das Qualitätsprofil untersucht, eine Reihe von Qualitätsmerkmalen aus den Bereichen Lebenswelt Schule, Lehren und Lernen sowie Schulführung und Zusammenarbeit. Die Schulen konnten zudem ein Thema für eine Fokusevaluation wählen. Rund 80% der von der Fachstelle abgegebenen Entwicklungshinweise flossen in die Massnahmenplanung der Schulen ein (vgl. www.fsb.zh.ch).

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Bildungsverwaltung umfasst das Generalsekretariat und die Ämter der Bildungsdirektion: Hochschulamt, Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Volksschulamt, Amt für Jugend und Berufsberatung. Der Lehrmittelverlag wird als separate Leistungsgruppe geführt. Folgende Aufgaben obliegen der Bildungsverwaltung:
A2	Sie steuert das Bildungswesen des Kantons Zürich mit und übt die behördliche Aufsichtspflicht aus.
A3	Sie erarbeitet die gesetzlichen Grundlagen sowie weitere Entscheidungsgrundlagen zuhanden von Regierungs- und Kantonsrat.
A4	Sie verfolgt die aktuellen Entwicklungen im Bildungswesen auf nationaler und internationaler Ebene und legt die Entwicklungsschwerpunkte fest.
A5	Sie koordiniert die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund.
A6	Sie unterstützt die Bildungsinstitute (Universität, Fachhochschule, Mittel- und Berufsfachschulen, Volksschule, Sonderschulen, Bezirksjugendsekretariate sowie weitere beitragsberechtignte Institutionen) in den Bereichen IT, Personal- und Finanzwesen sowie Recht.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Volksschulreform (siehe auch LG 7200) (LZ RR 1.5, 12.1, 13.4, 13.5) Planmässig	2012
E2	Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz (siehe auch LG Nrn. 7303 und 7305) Abgeschlossen Inkraftsetzung des neuen EG BBG auf 1. Januar 2011	2009
E3	Kantonalen Förderpreis für innovative Lösungen zur Stärkung des Wissens- und Forschungsstandortes Zürich schaffen (LZ RR 1.3) Sistiert mit Regierungsratsbeschluss Vgl. RRB Nr. 1186/2010 vom 18. August	2011
E4	Gewaltprävention koordinieren und im schulischen Umfeld verstärken (LZ RR 16.7) Planmässig	2011

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	11,1	16,1	15,8	-0,3
Aufwand	-87,5	-95,7	-87,9	7,8
Kreditübertragungen aus 2009		-1,0		
Saldo	-76,3	-79,6	-72,1	7,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-1,0	-2,1	-0,8	1,2
Kreditübertragungen aus 2009		-0,4		
Saldo	-1,0	-2,1	-0,8	1,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	314,9	327,8	323,4	-4,4

Erfolgsrechnung

Ertrag (-0,3):

- +0,9 Verrechnung der Nutzungskosten der Liegenschaften des Zentrums für Gehör und Sprache (ZGSZ)
- +0,2 Höhere Einnahmen aus Kulturangebot im Volksschulamt (VSA)
- 1,2 Tiefere Verrechnungen von Informatikleistungen infolge Zentralisierung der Informatik bei der GS-Informatik und geringere Clientanzahlen im Amt für Jugend- und Berufsberatung (AJB)
- 0,2 Tieferer Transferertrag im Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA)

Aufwand (+7,9):

- 0,9 Zusätzliche Abschreibungen und Zinsen durch Übernahme der Anlagen Liegenschaften ZGSZ
- +0,9 Tiefere Dienstleistungen Dritter infolge Projektverzögerungen, Austritt aus dem EDK-Ost und tiefere Beiträge an EDK-NW sowie tiefere Kosten der Informatikleistungen im GS
- +0,4 Tiefere Besoldungen infolge verzögerter Neubesetzung von Vakanz und Abbau von Überzeitkonten im VSA
- +1,4 Tiefere Weiterbildungskosten der Lehrpersonen im VSA
- +0,5 Weniger Aufwand für Lehrmittelprojekte infolge Verzögerungen
- +0,5 Tiefere Leistungen an die Pädagogische Hochschule im Rahmen des Jahreskontraktes VSA
- +0,2 Weniger Aufwand für Informatikdienstleistung (Korrektur der Verrechnungspauschale) VSA
- 0,4 Höhere Beanspruchung von internen Dienstleistungen
- +1,0 Verzögerungen von Projekten im VSA und im MBA
- +0,9 Verzögerte Besetzung von bewilligten Stellen für Umsetzung Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz (EG BBG) sowie verzögerte Wiederbesetzungen von vakanten Stellen im MBA
- +0,5 Minderaufwand aufgrund Verschiebung von Migration auf kantonale Website auf 2011 und Einsparungen bei Einführung EG BBG
- +0,2 Weniger Neuanschaffungen von Mobilien im MBA
- +0,4 Günstigere Verrechnung für interne Informatikdienstleistungen im MBA
- +0,4 Nichtbesetzung bewilligter Stellen im Hochschulamt (HSA)
- +0,7 Weniger Dienstleistungen Dritter wegen teilweisem Verzicht auf externe Beratungsleistungen im HSA
- +0,9 Verzicht auf geplante IT-Personalaufstockung im AJB
- 0,5 Höherer Informatik-Nutzungsaufwand bzw. Dienstleistungen Dritter im AJB

- +0,4 Weniger Informatik-Abschreibungen infolge nicht getätigter Vorjahresinvestitionen im AJB
- +0,4 Übriger Minderaufwand

Investitionsrechnung

Ausgaben (+1,2):

- +1,2 Verzögerung von Hard- und Software-Beschaffungen

Personal

- +4,4 Verzicht auf geplante IT-Personalaufstockung im AJB (+3,7) und Verzögerungen bei der Besetzung von Vakanzen sowie zeitliche Verschiebung von Projekten im VSA (+0,7)

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen					
W1 Anteil Privatschüler/innen am Total der Lernenden (1.–9. Klasse) in %	P	6,5	6,2	6,6	0,4
Leistungen					
L1 Monitoring/-controlling; Anzahl Erhebungen Struktur- und Leistungsdaten A2, A4	P	6	6	5	1
L2 Monitoring/-controlling; Anzahl Wirkungserhebungen A2, A4	P	3	2	2	0
L3 Anzahl Leistungsgruppen (einschliesslich 9690/9600/9710/9720/9740) A2	P	18	19	19	0
L4 Anzahl strategische Projekte A2, A4	P	14	14	14	0
L5 Beschäftigungsumfang administrierte Mitarbeiter/innen (BU) A6	P	12 829	13 228	13 118	-110
L6 Anzahl Erlasse in Bearbeitung A3, A2, A6	P	7	5	5	0
L7 Anzahl Rekurse (eingegangen/erledigt)	P	209/191	260/260	258/253	2/7
L8 Anzahl parlamentarische Vorstösse (eingegangen/erledigt) A3	P	49/49	45/45	37/41	8/4
L9 Anzahl interkantonale Gremien mit Zürcher Vertretung A5	P	90	90	90	90
Wirtschaftlichkeit					
B1 Personalkosten Bildungsverwaltung in Bezug zum Nettoaufwand für Bildung in %	P	2,19	2,29	2,17	0,12
Abweichungsbegründungen					
W1 Die erwartete Wirtschaftsabschwächung liess eine leichte Rückbildung des Anteils Privatschüler/innen erwarten. Beides ist nicht eingetroffen.					
L1 Die Erhebung Sonderpädagogische Massnahmen fand nicht statt.					
L5 Der Beschäftigungsumfang liegt unter dem budgetierten Stand, weil der Anstieg bei den Volksschullehrpersonen (-24) geringer war als geplant, desgleichen bei den Berufsschullehrpersonen (-55), bei der Jugend- und Familienhilfe (-23) und bei der Berufs- und Studienberatung (-11).					
Rücklagen					
	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	883 000	0	0	883 000	0

7100 Lehrmittelverlag

Hauptereignisse

Die folgenden Projekte wurden im Berichtsjahr bearbeitet:

www.lehrmittelclub.ch

Im Auftrag des Bildungsrates entwickelte der Lehrmittelverlag in Zusammenarbeit mit dem Volksschulamt eine Austauschplattform, die Zusatzmaterialien zu Produkten aus dem Lehrmittelverlag für die integrative Förderung anbietet. Dabei stellt der Lehrmittelverlag einerseits Materialien zur Verfügung, die er von Autorinnen und Autoren entwickeln lässt. Andererseits eröffnet die Plattform Lehrpersonen die Möglichkeit, ihre eigenen Materialien hochzuladen und diese damit anderen Lehrpersonen zugänglich zu machen.

Englisch für die Sekundarstufe

Der Lehrmittelverlag hat in Zusammenarbeit mit der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (ilz) das Lehrmittel «Voices 2» auf das Schuljahr 2010/11 herausgegeben. Damit ist der zweite Jahrgangsband der Englischreihe für die Sekundarschule 1–3 erschienen.

Deutsch Mittelstufe

Im Berichtsjahr wurde das stufenübergreifende Lehrmittel «Sprachland» abgeschlossen. Dieses wurde in Zusammenarbeit mit der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (ilz) und in Kooperation mit der Schulverlag plus AG entwickelt. Damit steht das Gesamtlehrmittel auf das Schuljahr 2010/11 zur Verfügung.

Mathematik für die Primar- und die Sekundarstufe

Die bestehende Mathematikreihe des Lehrmittelverlages wird vollständig abgelöst. Die Praxiserprobungen für die Primar- und Sekundarstufe im Kanton und der Stadt Zürich sowie in drei weiteren Kantonen sind erfolgreich abgeschlossen worden. Auf das Schuljahr 2010/11 ist der 1. Jahrgangsband Primarstufe erschienen, auf das Schuljahr 2011/12 erscheint der 1. Jahrgangsband Sekundarstufe sowie der 2. Jahrgangsband Primarstufe. Für die nachfolgenden Jahre sind die weiteren Jahrgangsbände geplant.

Religion und Kultur für die Primar- und Sekundarstufe

Die Autorenschaft arbeitete an den Manuskripten für die Primar- und die Sekundarstufe. Die Manuskripte werden laufend erprobt, die Layoutarbeiten wurden aufgenommen. Für die Unter- bzw. Mittelstufe ist die Veröffentlichung in den Jahren 2012 bzw. 2013 geplant, für die Sekundarstufe 2013.

Der Lehrmittelverlag an der Worlddidac 2010 in Basel – Ausgezeichnete Produkte

An der Worlddidac 2010, der internationalen Schulmedienmesse, die alle zwei Jahre in Basel ausgetragen wird, präsentierte der Lehrmittelverlag am Messestand der Interkantonalen Lehrmittelzentrale sein Sortiment. An die 20 000 Messebesucher orientierten sich über das Programm und die Neuerscheinungen des Lehrmittelverlages. Anlässlich der Messe wurden die beiden Softwareprodukte «Lesewerkstatt» und «Multidingsda» mit dem Worlddidac Award 2010 ausgezeichnet, nachdem diese beiden Produkte bereits mit dem Comenius EduMedia Siegel bedacht worden waren.

Relaunch Website Lehrmittelverlag und Produktewebsites

Die Kundschaft des Lehrmittelverlages nutzt den Webshop des Verlages intensiv. Zur Optimierung des Bestellvorganges sowohl für die Kundschaft als auch für die internen Abläufe wurde die Lehrmittelverlagswebsite einem Relaunch unterzogen, dessen erste Phase im Berichtsjahr abgeschlossen wurde. Die zweite Phase wird 2011 angegangen.

Kundschaftsbefragung im Berichtsjahr

Die alle zwei Jahre durchgeführte Kundschaftsbefragung unter 700 Befragten zeitigte ein sehr gutes Gesamtergebnis hinsichtlich Dienstleistungen und Produkten des Lehrmittelverlages. Die Kundschaftsbefragung wird anonymisiert durch das Statistische Amt durchgeführt und dient dem Lehrmittelverlag zur laufenden Verbesserung seiner Dienstleistungen und Produkte.

Laufende Aufgaben
Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	<p>Entwicklung, Produktion und Vertrieb von politisch neutralen und interkantonal koordinierten Lehrmitteln für die Zürcher Volksschule, die einen Beitrag für gleiche Bildungschancen gewährleisten (Kernleistung) und für andere Bildungsbereiche (Mehrleistung)</p> <p>Entwicklung des Sortiments: 50 (Vorjahr: 82) neue Artikel stammten aus dem Eigenverlag. 146 (171) waren nachgeführte Auflagen, 65 (113) Übernahmen aus Fremdverlagen. Aus der Kernleistung (Produktion für die Zürcher Volksschulen) entstanden im Berichtsjahr 51% des Umsatzes (Vorjahr 48%), aus der Mehrleistung (Umsatz mit den übrigen Kantonen, Sekundarstufe II, Buchhandel) 49% (52%).</p>
A2	Finanzielle Entlastung des Kantons und der Gemeinden durch günstige Lehrmittelpreise
A3	Lehrmittelproduktion für kleine Bildungsgruppen

Entwicklungsschwerpunkte
Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	<p>Lehrmittelentwicklung und -produktion Deutsch für die Mittelstufe</p> <p>Planmässig</p> <p>Vgl. Abschnitt Hauptereignisse</p>	2010
E2	<p>Lehrmittelentwicklung und -produktion Religion und Kultur für die Oberstufe</p> <p>Verzögert</p> <p>Abschluss voraussichtlich 2013</p> <p>Vgl. Abschnitt Hauptereignisse</p>	2010
E3	<p>Lehrmittelentwicklung und -produktion Religion und Kultur für die Primarstufe</p> <p>Verzögert</p> <p>Abschluss voraussichtlich 2013</p> <p>Vgl. Abschnitt Hauptereignisse</p>	2011
E4	<p>Lehrmittelentwicklung und -produktion Englisch für die Oberstufe</p> <p>Planmässig</p> <p>Vgl. Abschnitt Hauptereignisse</p>	2011
E5	<p>Lehrmittelentwicklung und -produktion Mathematik für die Primarstufe</p> <p>Verzögert</p> <p>Abschluss voraussichtlich 2015</p> <p>Vgl. Abschnitt Hauptereignisse</p>	2013
E6	<p>Lehrmittelentwicklung und -produktion Mathematik für die Oberstufe</p> <p>Planmässig</p> <p>Vgl. Abschnitt Hauptereignisse</p>	2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	23,7	23,1	23,9	0,7
Aufwand	–21,0	–20,3	–21,3	–1,0
Saldo	2,6	2,8	2,6	–0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	25,3	25,0	25,6	0,6

Erfolgsrechnung

Ertrag (+0,7):

+0,7 Die Umsatzsteigerung konnte hauptsächlich durch höhere Verkäufe in den Fachbereichen Deutsch und Englisch sowie Mathematik erzielt werden.

Aufwand (–1,0):

–1,0 Von der Aufwandsteigerung entfallen 0,3 Mio. Franken auf höhere Entwicklungskosten bei laufenden Lehrmittelprojekten und 0,7 Mio. Franken auf Bestandesänderungen der Vorräte und angefangene Arbeiten.

Saldo:

Der Saldo fiel um 0,2 Mio. Franken tiefer als budgetiert aus und entspricht einem Deckungsgrad von 112%.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit der Lehrkräfte mit der Qualität der Lehrmittel: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundschaftsbefragung (A1, A3)	P	n. q.	95%	94%	–1%
W2	Zufriedenheit der Lehrkräfte mit den Dienstleistungen des Lehrmittelverlages: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundschaftsbefragung (A1, A3)	P	n. q.	97%	99%	2%
W3	Koordination der Lehrmittel: Anteil des Gesamtumsatzes mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (A2)	P	75%	72%	75%	3%
W4	Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen im Bereich Mehrleistung (A1)	P	73%	68%	67%	–1%

Leistungen

L1	Lehrmittelumsatz mit der Volksschule des Kantons Zürich (Kernleistung) (A1)	P	11,5 Mio.	10,3 Mio.	12,1 Mio.	1,8 Mio.
L2	Lehrmittelumsatz mit übrigen Schulen und Dritten (Mehrleistung) (A1)	P	12,4 Mio.	12,5 Mio.	11,7 Mio.	-0,8 Mio.

Wirtschaftlichkeit

B1	Preis für Lehrmittel LMV in Mathematik pro Schüler/in der Volksschule in Fr. (in % der Preise übriger Verlage)	min.	226 (62%)	226 (62%)
B2	Preis für Lehrmittel LMV in Deutsch pro Schüler/in der Volksschule in Fr. (in % der Preise übriger Verlage)	min.	135 (57%)	134 (57%)
B3	Preis für Lehrmittel LMV in Französisch pro Schüler/in der Volksschule in Fr. (in % der Preise übriger Verlage)	min.	92 (68%)	92 (65%)
B4	Preis für Lehrmittel LMV in Englisch pro Schüler/in der Volksschule in Fr. (in % der Preise übriger Verlage)	min.	388 (88%)	388 (83%)

Abweichungsbegründungen

W1/W2	Die Kundchaftsbefragung zur Erhebung der Zufriedenheit mit der Qualität der Lehrmittel und mit den Dienstleistungen wird im 2-Jahres-Turnus durchgeführt. Die Werte beruhen auf der im Herbst des Berichtsjahres durchgeführten Erhebung. Die Abweichungen liegen in der Bandbreite der Budgetgenauigkeit.
W3	Die Einführung neuer Lehrwerke vor allem im Fachbereich Sprachen führte zu einer Steigerung des Umsatzanteils mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittelzentrale am Gesamtumsatz.
L1/L2	Die Einführung neuer Lehrwerke in den Fachgebieten Sprachen und Mathematik in der Zürcher Volksschule führte zu höheren Umsätzen und damit zu einer Verschiebung der Umsatzanteile Kern- und Mehrleistung.
B1-B4	Für diese Indikatoren werden keine Planwerte berechnet. Der Vergleich beruht auf den aktuellen Verkaufspreisen der Lehrwerke. Der Indikator bezieht sich auf die laufende Aufgabe A2, Kanton und Gemeinden durch günstige Lehrmittelpreise zu entlasten.

7200 Volksschulen

Hauptereignisse

Die Hauptereignisse der Leistungsgruppe Volksschulen bilden insbesondere die unter der Rubrik Entwicklungsschwerpunkte (siehe unten) aufgeführten Umsetzungsarbeiten für die Volksschulreform. Mit grossen Anstrengungen aller im Schulfeld Beteiligten konnten die offenen Stellen auf Beginn des Schuljahres 2010/11 besetzt werden. Zur Behebung des Lehrermangels wurden verschiedene Massnahmen eingeleitet, darunter hervorzuheben ist die Schaffung eines verkürzten Ausbildungsangebots für Quereinsteigende. Die Pädagogische Hochschule Zürich hat verschiedene Quereinsteigerausbildungen für alle Schulstufen ausgearbeitet, die auf starkes Interesse gestossen sind. Der erste Ausbildungsgang beginnt im März 2011, weitere sind auf Sommer 2011 und in den Jahren 2012 und 2013 geplant.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen und Fertigkeiten für Schülerinnen und Schüler zum Erkennen von Zusammenhängen
A2	Förderung der Achtung von Mitmenschen und Umwelt und der ganzheitlichen Entwicklung der Kinder zu selbstständigen, verantwortungsbewussten und gemeinschaftsfähigen Menschen
A3	Förderung des Urteilsvermögens
A4	Chancengleiche Ausbildung unter Berücksichtigung der individuellen Lernfähigkeit und Förderung des lebenslangen Lernens

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes (VSG) gemäss Volksabstimmung vom 5. Juni 2005 (umfasst LZ RR 12.1, LZ RR 13.4 sowie LZ RR 13.5). Planmässig Gemäss den Standortbestimmungstools haben rund 80 Schulgemeinden das neue Volksschulgesetz vollständig umgesetzt. In den übrigen Schulgemeinden müssen noch einzelne Schritte in den Bereichen Eltern- und Schülermitwirkung und Sonderpädagogik vollzogen werden.	2011
E2	Allgemeine Sprachförderung, insbesondere auch Steigerung der Lese- und Schreibkompetenzen in der Standardsprache Planmässig In den Volksschulen wird eine Vielzahl von Massnahmen umgesetzt, die einerseits die Leseförderung und andererseits den Unterricht in Deutsch als Zweitsprache verstärken. Ein Schlussbericht zu diesem Entwicklungsschwerpunkt ist 2011 vorgesehen.	2011
E3	Neuregelung des Sonderschulwesens durch den Kanton infolge Rückzug des Bundes aus der Sonderschulung (NFA) Verzögert Die Vernehmlassung zum sonderpädagogischen Konzept für den Kanton Zürich hat zu unterschiedlichen Einschätzungen geführt. Neben einer breiten Zustimmung zu wichtigen Punkten wurde die Vorlage in einigen bedeutsamen Punkten abgelehnt. Deshalb werden die unbestrittenen und zentralen Punkte weiter als Einzelthemen bearbeitet. Die bewilligten Sonderschuleinrichtungen bleiben im kantonalen Versorgungsplan. Die geltenden Bestimmungen des Volksschulgesetzes und der Verordnung zu den sonderpädagogischen Massnahmen sind ausreichend, um der Forderung des Bundes bezüglich klarer Regelung des Sonderschulwesens nachzukommen.	2010

E4	Durchführung von Schulversuchen mit der Grundstufe Planmässig Mit Kantonsratsbeschluss vom 6. Dezember wurde der Regierungsrat beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, die dem Begehren der Volksinitiative «prima-Initiative» entspricht. Zudem soll der Regierungsrat einen Gegenvorschlag ausarbeiten, der die Wahlmöglichkeit der Gemeinden zwischen Kindergarten und Grundstufe im Sinne des laufenden Schulversuchs umfasst. Damit der Schulversuch Grundstufe während des politischen Entscheidungsprozesses weitergeführt werden kann, wurde er bis Sommer 2014 verlängert.	2012
E5	Inhaltliche/organisatorische Neuausrichtung des 9. Schuljahres auf der Grundlage einer Standortbestimmung der Schüler/innen Planmässig Flächendeckende Einführung der neu gestalteten 3. Klasse der Sekundarschule ab dem Schuljahr 2009/10. Der förderorientierte Leistungstest Stellwerk 8 wird ab Februar 2011 erstmals in allen 2. Klassen der Sekundarschule durchgeführt.	2012
E6	Gezielte Nachqualifikation jener Lehrpersonen, insbesondere auf der Sekundarstufe I, die nicht über das für die Stufe notwendige Diplom verfügen. Verzögert Die Einführung der Nachqualifikation für stufenfremde Lehrpersonen («Stufenumstieg») an der PHZH musste wegen der vorgezogenen Umsetzung der Quereinsteigerausbildung um ein Jahr verschoben werden. Vorgesehen ist nun eine erste Durchführung im Sommer 2012. Die notwendigen Entscheide (z. B. Umfang) wurden gefällt.	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	4,6	3,0	3,6	0,6
Aufwand	-539,9	-551,4	-521,4	29,9
Personalaufwand	-359,2	-369,2	-362,0	7,2
Saldo	-535,2	-548,3	-517,8	30,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,7			
Ausgaben	-10,5	-17,7	-10,7	6,9
Saldo	-9,7	-17,7	-10,7	6,9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	8 731,5	8 962,5	8 938,7	-23,8

Erfolgsrechnung

Ertrag (+0,6):	
+1,2	Höhere durchlaufende Bundesbeiträge vom Bundesamt für Justiz an Sonderschulheime
-0,6	Wegfall der kalkulatorischen Erträge durch die Überführung des Zentrums für Gehör und Sprache (ZGSZ)

Aufwand (+29,9):

- +7,2 Die Nettopersonalkosten liegen um rund 1,9% unter dem Budget.
Ursachen: Tieferer Beschäftigungsumfang (-23,8 Stellen), höhere Rotationsgewinne sowie leicht tiefere durchschnittliche Besoldungskosten. Zudem lag der Personalaufwand in der Rechnung 2009 bereits unter dem Ausgangswert für das Budget 2010 (Grundlageeffekt).
- 1,4 Höhere Beiträge an die auswärtige Sonderschulung aufgrund ansteigender Schülerzahl in Sonderschulen
- 0,6 Höhere Staatsbeiträge an kommunale Sonderschulen aufgrund ansteigender Schülerzahl in kommunalen Sonderschulen
- +5,8 Tiefere Staatsbeiträge an Sonderschulen aufgrund besserer Abschlüsse (+4,3) sowie der Umstellung der Finanzierungsmethode bei Spitalschulen (+1,5)
- +15,8 Der tiefere Staatsbeitrag an Schulheime setzt sich folgendermassen zusammen:
höhere Bundesbeiträge (Bundesamt für Justiz) als budgetiert (+1,2 Mio. Franken),
nicht budgetierte Beiträge der Invalidenversicherung (+2,5 Mio. Franken),
tiefere Pauschalen aufgrund hoher Auslastung in Schulheimen (+4,2 Mio. Franken)
sowie Rückzahlungen an den Kanton als Folge geöffneter Schwankungsfonds (+7,9 Mio. Franken).
- +2,0 Tiefere Beiträge an Projektkosten
- +1,1 Tiefere kalkulatorische Kosten (Abschreibungen und Zinsen), u. a. durch die Überführung des ZGSZ
- 1,2 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge vom Bundesamt für Justiz an Sonderschulheime
- +0,8 Tiefere Beiträge an Schulgemeinden
- +0,4 Übriger Minderaufwand

Investitionsrechnung

Das Volksschulamt hat keinen Einfluss auf den Zeitpunkt und die Höhe der eingehenden Bauabrechnungen.

Ausgaben (+6,9):

- +4,8 Tieferer Investitionsbeitrag an private Sonderschulen und Sonderschulheime aufgrund erhöhter Budgetwerte (Ursache: NFA-bedingte Unsicherheiten hinsichtlich der Finanzierung)
- +1,6 Tiefere Investitionsbeiträge an Schulhausbauten und kommunale Sonderschulen
- +0,5 Wegfallender Erneuerungunterhalt durch die Überführung des ZGSZ

Personal

Die um rund 24 Vollzeiteinheiten unter dem Budget liegende Stellenzahl (0,27%) hat folgende Ursachen:

-11 Stellen:

Die Veränderung des Schuleintrittsalter (Harmos) wurde verschoben und führte – entgegen den Annahmen im Budget – zu keiner Stellenausweitung.

-13 Stellen:

Übrige Einflussfaktoren, insbesondere weniger Stellen, die zu 100% zulasten der Schulgemeinden gehen.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	PISA, 9. Klassen, Lesen (Abweichung in Punkten vom CH-Durchschnitt), der Wert in Spalte R09 stammt aus der Studie 2006 (A1, A4)	P	-2	-	-	
W2	PISA, 9. Klassen, Mathematik (Abweichung in Punkten vom CH-Durchschnitt), der Wert in Spalte R09 stammt aus der Studie 2006 (A1, A4)	P	-1	-	-	
W3	Lernstandserhebung 6. Klassen Primar Deutsch (Lehrplanziele erreicht), der Wert in Spalte R09 stammt aus der Studie 1999 (A1, A4)	P	85%	-	-	
W4	Lernstandserhebung 6. Klassen Primar Mathematik (Lehrplanziele erreicht), der Wert in Spalte R09 stammt aus der Studie 1998 (A1, A4)	P	84%	-	-	
W5	Lernstandserhebung 6. Klassen Primar Schulzufriedenheit (Werte 1-4,4 = bester Wert), der Wert in Spalte R09 stammt aus der Studie 1998 (A1, A2, A3, A4)	P	3,1	-	-	
W6	Regelverlaufsquote Primarschule in % (A1, A4)	P	88,8	87,5	88,4	0,9
W7	Keine Anschlusslösung nach Volksschule einschliesslich 12. Schuljahr in % (A1, A4)	P	5,5	6,5	5,8	-0,7
Leistungen						
L1	am Schulversuch mit der Grundstufe beteiligte Anzahl Klassen (A1, A2, A3, A4)	P	86	85	86	1
L2	durchschnittliche Klassengrösse Kindergartenstufe (A1, A2, A3, A4)	P	18,7	18,4	18,9	0,5
L3	durchschnittliche Klassengrösse Primarstufe (A1, A2, A3, A4)	P	21,2	20,7	21,0	0,3
L4	durchschnittliche Klassengrösse Sekundarstufe (A1, A2, A3, A4)	P	18,7	18,4	18,7	0,3
L5	Anzahl Volksschüler/innen (A1, A2, A3, A4)	P	129 680	129 524	129 831	307
Wirtschaftlichkeit						
B1	Personalaufwand pro Volksschüler/in in Fr. (mit Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)	P	2 770	2 850	2 788	-62
B2	Nettoaufwand (Saldo) pro Volksschüler/in in Fr. (mit Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)	P	4 127	4 234	3 988	-246
Abweichungsbegründungen						
W1/W2	Die Ergebnisse von PISA 2006 liegen seit 2008 vor. Das angestrebte Ziel, den Schweizer Durchschnitt zu erreichen, kann als knapp erfüllt betrachtet werden (siehe Geschäftsbericht 2008). Eine Abweichung von 2 Punkten (Lesen) bzw. 1 Punkt (Mathematik) ist ein sehr geringer Rückstand; als bedeutsam gelten Unterschiede ab 20 Punkten. Die Ergebnisse zu PISA 2009, kantonale Werte, liegen zurzeit noch nicht vor, weshalb in der Spalte GB10 keine Werte enthalten sind. Gegenüber dem Geschäftsbericht 2008 sind deshalb keine gegenwärtigeren Ergebnisse verfügbar.					
W3-W5	Die zweite Lernstandserhebung 6. Klassen fand Ende Schuljahr 2008/09 statt. Die entsprechenden Ergebnisse werden erst mit dem Geschäftsbericht 2011 vorliegen. In der Spalte R 2009 sind die Ergebnisse der ersten Lernstandserhebung 6. Klassen aus dem Schuljahr 1997/98 eingetragen. Erwartet werden in der Erhebung 2008/09 mindestens so hohe Werte wie in der Erhebung 1997/98. Da diese noch nicht bekannt sind, können in die Spalte GB10 keine Werte eingetragen werden.					
W6	Die günstige Budgetabweichung von 0,9 Prozentpunkten bei der Regelverlaufsquote ergibt sich u. a. daraus, dass Schülerinnen und Schüler vermehrt integrativ in den Regelklassen geschult werden. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass bereits der Wert R 2008 über dem Budgetwert 2009 lag (Grundlageeffekt).					

W7	Die Kennzahl liegt 0,7 Prozentpunkte tiefer bzw. besser als budgetiert. Der mutmassliche konjunkturelle Einbruch hat nicht stattgefunden.
L2	Bei der Kantonalisierung der Kindergärten fehlte die Erfahrung, wie sich die kantonale Ressourcensteuerung auf die durchschnittliche Klassengrösse auswirken wird. Es wurden leicht grössere Klassen gebildet, dafür aber auch mehr Personalressourcen zur Verfügung gestellt (was in der Kennzahl nicht zum Ausdruck kommt).
L 5	Die für 2010 prognostizierte Stagnation der Schülerzahlen fand nicht statt; die Schülerzahlen erhöhten sich leicht um 300.

7301 Mittelschulen

Hauptereignisse

Zentrale Aufnahmeprüfung

Das Projekt Zentrale Aufnahmeprüfung (ZAP) ist mit dem Schlussbericht der Projektleitung abgeschlossen worden. Der Test über allgemeine kognitive Fähigkeiten (AKF-Test) wurde nach Abschluss der Erprobungsphase 2009 gesamthaft ausgewertet und nicht mehr durchgeführt.

Zweisprachige Maturität

Seit Schuljahr 2010/11 führen zwei Mittelschulen neu einen zweisprachigen Maturitätsgang Deutsch/Französisch. Zu den bisher 13 Mittelschulen mit dem Angebot eines zweisprachigen Maturitätsgangs Deutsch/Englisch werden auf Schuljahr 2011/12 zwei weitere Mittelschulen stossen.

Selbst organisiertes Lernen

Alle kantonalen Gymnasien setzen im Schuljahr 2010/11 ein eigenes, schulspezifisches Konzept zur Förderung der überfachlichen Kompetenzen in Form selbst organisierten Lernens (SOL) um und führen in verschiedenen Fächern SOL-Unterrichtseinheiten durch. Die Schlussergebnisse der begleitenden wissenschaftlichen Evaluation des Projekts SOL werden auf Frühjahr 2012 erwartet.

Ergänzungsfach Informatik

Neun kantonale Mittelschulen bieten im Rahmen eines Pilotprojekts das 2007 schweizweit neu eingeführte Ergänzungsfach Informatik an. Um den Bedarf an qualifizierten Lehrpersonen sicherzustellen, absolvieren die Lehrpersonen berufsbegleitend eine auf die Erfordernisse eines Maturitätsfachs ausgerichtete Informatikausbildung.

Führung und Organisation der Mittelschulen

An vier Schulen ist die Umsetzung vollzogen. An acht Mittelschulen sind schulinterne Vorhaben für die Organisationsentwicklung am laufen. Aufgrund der KEF-Erklärung zum KEF 2010–2014 wurde das Vorhaben angepasst.

Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen

Im Rahmen der Wiedereinführung der Hauswirtschaft an Mittelschulen wurden 33 Kurse in fünf Kurszentren durchgeführt. Die drei kantonalen Zentren Affoltern a.A., Bülach und Weesen wurden saniert und mit einer zeitgemässen Infrastruktur für den hauswirtschaftlichen Unterricht ausgerüstet. Der Regierungsrat hat die neue Verordnung über die Lehrpersonen der Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen beschlossen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Ausbildung nach Maturitätsprofilen gemäss Maturitätsanerkennungsreglement
A2	Ausbildung an der Fachmittelschule
A3	Ausbildung zum eidgenössischen Fähigkeitszeugnis und Berufsmaturität an der Handelsmittelschule (einschliesslich Informatikmittelschule)
A4	Durchführung von Vorbereitungskursen für das Aufnahmeverfahren an die Pädagogische Hochschule Zürich
A5	Durchführung des einjährigen Vorbereitungskurses für Berufsmaturanden und der Prüfung für die «Passerelle» zur Hochschule

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Zentrale Aufnahmeprüfungen an Mittelschulen ZAP Abgeschlossen	2010
E2	Selbst organisiertes Lernen an gymnasialen Mittelschulen, neue Lehr- und Lernformen SOL Planmässig	2012
E3	Weiterentwicklung der Führung und Organisation der Zürcher Mittelschulen Planmässig aber in reduziertem Umfang	2013
E4	Wiedereinführung der Hauswirtschaftskurse Planmässig	2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2009

B 2010

R 2010

Abweichung
von B 2010

Erfolgsrechnung

Ertrag	49,3	49,7	52,0	2,3
Aufwand	-385,4	-383,5	-375,0	8,5
Personalaufwand	-296,4	-296,2	-292,3	3,9
Hauswirtschaftskurse	0,0	-1,0	-2,4	-1,3
Saldo	-336,1	-333,8	-323,1	10,7

Investitionsrechnung

Einnahmen	0,1	0,0	0,7	0,7
Ausgaben	-36,1	-45,4	-44,0	1,4
Kreditübertragungen aus 2009		-6,6		
Saldo	-35,9	-45,4	-43,3	2,0

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	1 786,0	1 807,0	1 805,0	-2,0
----------------------------------	---------	---------	---------	------

Erfolgsrechnung

Ertrag (+2,3):

- +1,9 Höhere Beiträge der Gemeinden an das Untergymnasium und höhere Beiträge bei den Schulgeldern für ausserkantonale Schüler
- +0,4 Übrige Erträge

Aufwand (+8,5):

- +4,7 Minderaufwand für Unterrichts-, Verwaltungs- und Betriebspersonal und für übrige Personalkosten
- +2,9 Minderaufwand bei Lehrmitteln, Hard- und Software
- +1,8 Tiefere Unterhaltskosten für Gebäude, tiefere Planungskosten für Investitionen und tiefere Heizkosten
- +0,4 Übriger Minderaufwand
- 1,3 Der Aufbau der Hauswirtschaftskurse erfolgte rascher als ursprünglich angenommen.

Investitionsrechnung

Einnahmen (+0,7):

- +0,7 Nicht budgetierte Beiträge durch Dritte an die Gesamtsanierung der Kantonsschule Hohe Promenade.

Ausgaben (+1,4):

- +1,4 Bauverzögerungen bei laufenden Projekten. Die Kreditübertragung vom 2009 für die Gesamtsanierung der Kantonsschule Hohe Promenade sowie für die Hauswirtschafts-Kurszentren in Affoltern a. A. und Weesen wurden vollständig verwendet. Die Gesamtsanierung der Kantonsschule Hohe Promenade konnte, einschliesslich Garantiarbeiten, abgeschlossen werden.

Personal

Der Beschäftigungsumfang enthält die Verwaltungsstellen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von den Klassenzahlen sowie vom Lektionenfaktor ab.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Allgemeiner Zufriedenheitsgrad zwei Jahre nach Schulabschluss. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens «eher zufrieden» (A1)	min.	n. q.	75%	75%	0%
W2	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Zufriedenheitsgrad betreffend fachliche Vorbereitung auf eine Hochschule. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens «eher gut» (A1)	min.	n. q.	75%	75%	0%
W3	Maturitätsschulbestände im 10. Schuljahr in % (A1)	P	20,3	20,5	20,9	0,4
Leistungen						
L1	Einhaltung des Maturitätsreglementes: Lektionenfaktor (A1)	P	1,95	1,95	1,95	0
L2	Anzahl Schülerinnen oder Schüler, die in den Kontrakten finanziert werden (A1, A2, A3)	P	15 354	15 420	15 488	68
L3	Anzahl Lernende in Mittelschulen (A1, A2, A3)	P	14 969	15 220	15 175	-45
L4	Davon Lernende in den Informatikmittelschul-Klassen (A3)	P	141	180	135	-45
L5	Anzahl Lernende mit Zeugnissen zweisprachige Matur	P	219	240	215	-25
Wirtschaftlichkeit						
B1	Nettoaufwand pro kontraktfinanzierte Schülerin oder Schüler in Fr.	P	21 890	21 650	20 860	-790
Abweichungsbegründungen						
W1	Der Zufriedenheitsgrad wird mit einer Befragung ermittelt, die in dreijährigem Rhythmus durchgeführt wird. In der Auswertung 2010 wurde der Zielwert übertroffen.					
W2	Der Zufriedenheitsgrad wird mit einer Befragung ermittelt, die in dreijährigem Rhythmus durchgeführt wird. In der Auswertung 2010 wurde die Vorgabe erfüllt.					
W3	Dieser Indikator misst den Anteil an Maturitätsschülerinnen und Maturitätsschülern im 10. Schuljahr, gemessen an den Volksschülern in 6. Primarklassen vier Jahre zuvor. Dieser Indikator entspricht dem bisherigen Indikator «Maturitätsquote».					
L1	Lektionenfaktor 1,95 bedeutet, dass der Schule pro Schüler/Schülerin und Schuljahr 1,95 Lektionen pro Woche zu Verfügung stehen. Damit müssen alle unterrichtsbedeutsamen Aufwände finanziert werden, einschliessliche Projektwochen, Maturitätsarbeit usw.					
L2	Anzahl Schülerinnen und Schüler nach Schultypus: Gymnasium 14 401, Fachmittelschulen 558, Handels-/Informatikmittelschulen 529.					
B1	Der Nettoaufwand pro Schüler/Schülerin im Berichtsjahr ging im Vergleich zur Rechnung 2009 zurück, da die Kosten gesenkt werden konnten.					
Rücklagen						
	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand	
Rücklagen	6 988 555.75	0	0	6 988 555.75	0	

7302 Schulen im Gesundheitswesen

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr wurden die letzten drei altrechtlich geführten Schulen im Gesundheitswesen geschlossen. Die beiden Zentren für Ausbildungen im Gesundheitswesen – das Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich sowie die Careum AG, Berufsbildung im Gesundheitswesen Zürich – haben sich als Kompetenzzentren etabliert. Sowohl bei der Rekrutierung von Studierenden auf Stufe höhere Berufsbildung als auch bei der Akquisition von Ausbildungsplätzen auf der Stufe berufliche Grundbildung konnte eine Verbesserung verzeichnet werden. Curaviva Zürich und der Spitex Verband des Kantons Zürich gründeten im August des Berichtsjahres den Lehrbetriebsverbund «Spicura» mit dem Ziel, Spitexorganisationen und kleinere Alters- und Pflegeheime zur Ausbildung von Lernenden der beruflichen Grundbildung Fachfrau bzw. Fachmann Gesundheit mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ) zu motivieren. Es wurden bereits 20 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen.

Das Projekt zur Einführung der zweijährigen Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest (EBA) Gesundheit/Soziales, welche die vom Schweizerischen Roten Kreuz (SRK) anerkannte Ausbildung Pflegeassistentin ablöst, startete im Januar des Berichtsjahres. Im Rahmen eines Pilotprojekts werden ab Schuljahr 2011/12 64 Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Die Ausbildung Pflegeassistentin wird bis Ende 2012 weiterhin im bisherigen Umfang angeboten.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Durchführung des Berufsfachschulunterrichts der Ausbildung Fachangestellte/r Gesundheit (FaGe), des Validierungsverfahrens und der ergänzenden Bildung FaGe sowie des schulgestützten Ausbildungsganges FaGe
A2	Durchführung des Eignungsverfahren für alle Bildungsgänge der Höheren Fachschulen Gesundheit
A3	Umsetzung der Bildungsgänge Pflege HF, bio-med. Analytik HF, Operationstechnik HF, med.-tech. Radiologie HF, Dentalhygiene HF und Aktivierungstherapie HF gemäss Verordnung über die Schulen im Gesundheitswesen und Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen (SR 412.101.61).
A4	Entwicklung und Umsetzung eines zeitgemässen Weiterbildungsangebotes

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Evaluation, Anpassung und Etablierung der Ausbildung FaGe, des Validierungsverfahrens und der ergänzenden Bildung Abgeschlossen	bis 2010
E2	Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den Bildungsstufen durch modulare, sich ergänzende Bildungsangebote Abgeschlossen	2010
E3	Etablierung des Zentrums für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich. Unterstützung des Aufbaus der Careum AG, Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Zürich. Einführung der vergleichenden Befragung zwischen den beiden Zentren und der gemeinsamen Qualitätsindikatoren Abgeschlossen	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	16,8	9,9	9,7	-0,2
Aufwand	-60,4	-52,6	-43,7	8,9
Eigene Beiträge	-33,3	-30,0	-21,9	8,1
Saldo	-43,6	-42,8	-34,0	8,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,3		-0,3	-0,3
Saldo	-0,3		-0,3	-0,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	97,4	92,0	100,5	8,5

Erfolgsrechnung

Aufwand (+8,9):

- +8,1 Durch die Schliessung der altrechtlichen Gesundheitsschulen ergaben sich im Rahmen der Abschlussrechnungen nicht budgetierte Guthaben zugunsten des Kantons. Die Schliessung konnte mit weniger Mitteln als budgetiert erfolgen
- +0,8 Übriger Minderaufwand

Investitionsrechnung

Ausgaben (-0,3):

- 0,3 Restabrechnung des Ausbaus «Kranbahn» (Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen, Winterthur)

Personal

Der Beschäftigungsumfang des Zentrums für Ausbildung im Gesundheitswesen umfasst die Verwaltungsstellen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von der Klassenzahl ab.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen					
W1	Zufriedenheit der Lernenden und Studierenden mit der Ausbildung im Hinblick auf den Berufseinstieg (A1 und A3).	min.	87%	88%	n.q.
W2	Zufriedenheit der Arbeitgeber/innen mit der Ausbildung im Hinblick auf den Berufseinstieg (A1 und A3)	min.	n.q.	85,2%	n.q.
W3	Arbeitszufriedenheit der Mitarbeitenden der Zentren (A1 und A3)	min.	83,6%	84,2%	n.q.
W4	Ausbildungsabbrüche im Verhältnis zu den Diplombildungen (A2)	max.	6%	10%	4,3%
					-5,7%

Leistungen

L1	Insgesamt Anzahl Lernende und Studierende (A1, A2 und A3)	P	2 851	2 623	2 820	197
L2	Insgesamt Absolvent/innen des Validerungsverfahrens FaGe (A1 und A4)	P	352	300	368	68
L3	Auslastung der Careum AG, Bildungszentrum für Gesundheitsberufe: Kapazität 1894 (A1, A2 und A3)	P	69%	78%	71%	-7%
L4	Auslastung des Zentrums für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich: Kapazität 1770 (A1,A2 und A3)	P	65%	64%	63%	-1%

Wirtschaftlichkeit

B1	Durchschnittliche vom Kanton ausgerichtete Pauschale pro Studierende Lehrgänge HF für Verwaltung und Lehrkörper in Fr. (A3)	P	15 565	15 431	15 600	169
B2	Durchschnittliche vom Kanton ausgerichtete Pauschale pro Lernende Fachangestellte/r Gesundheit für Verwaltung und Lehrkörper in Fr. (A1)	P	13 534	13 471	13 480	9
B3	Durchschnittliche vom Kanton ausgerichtete Pauschale pro Lernende Pflegeassistent für Verwaltung und Lehrkörper in Fr. (A1)	P	10 930	10 307	10 999	692
B4	Durchschnittliche Gesamtkosten pro Studierende bzw. Lernende (A1 und A3)	P	15 281	16 698	12 749	-3 949

Abweichungsbegründungen

W1-W3	Die Indikatoren bezüglich Zufriedenheit waren in der Aufbauphase der beiden Gesundheitsschulen ZAG und Careum wichtig. Die Integration der beiden Schulen ins Berufsbildungssystem ist abgeschlossen, die Befragung wurde im Berichtsjahr nicht mehr durchgeführt.					
W4	Die Zahl der Ausbildungsabbrüche im Verhältnis zu den Diplombildungen ist tief. Das Zulassungsverfahren bewährt sich.					
L2	Das Validierungsverfahren konnte wie geplant erweitert werden.					
B4	Die starke Senkung der durchschnittlichen Gesamtkosten ergibt sich aufgrund der Schliessung der altrechtlichen Schulen.					
L3/L4	Die Anzahl Lehrverhältnisse und Studierende liegt unter den Erwartungen. Entsprechende Massnahmen werden national und kantonal ergriffen.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	58 371.30	-58 371.30	0	0	-58 371.30

Auflösung Rücklagen 2010

- Schliessung der altrechtlichen Schule für Krankenpflege der Psychiatrischen Uniklinik Zürich
Auflösung der Rücklagen und Übertragung ins Eigenkapitals des Kantons

7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen

Hauptereignisse

Verordnung über die Finanzierung von Leistungen der Berufsbildung

Der Regierungsrat hat die Verordnung über die Finanzierung von Leistungen der Berufsbildung gemäss Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz (EG BBG) neu erlassen und die entsprechenden Bestimmungen des EG BBG auf 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt. Die Verordnung enthält Bestimmungen über Kostenübernahmen, Kostenanteil und Subventionen einerseits und Gebühren, Schul- und Kursgelder andererseits sowie Kriterien zur Auftragserteilung mit Leistungsvereinbarung an Dritte. Materiell orientiert sich die neue Verordnung am bisherigen Recht. Die bisherige Verordnung über Staatsbeiträge an die Berufsbildung vom 2. Dezember 1987 und das Kursgeldreglement vom 4. Oktober 2004 werden auf den Zeitpunkt der Inkraftsetzung aufgehoben.

Berufsbildungsfonds

An der Volksabstimmung vom September 2008 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Zürich das EG BBG mit einem Berufsbildungsfonds angenommen. Dieser stellt neben den bestehenden Branchenfonds sicher, dass alle Betriebe einen solidarischen Beitrag an die Berufsbildung leisten. Zweck des kantonalen Berufsbildungsfonds ist es, eine Entlastung der Lehrbetriebe zu erwirken, indem für Ausbildungsaufwendungen Beiträge aus dem Fonds zur Verfügung gestellt werden. Der Regierungsrat hat die Verordnung über den Berufsbildungsfonds gemäss EG BBG erlassen. Sie tritt auf den 1. Januar 2011 in Kraft.

Berufsvorbereitungsjahre

Die Umstellung der Berufsvorbereitungsjahre (BVJ) auf die neuen gesetzlichen Bestimmungen ist im Schuljahr 2009/10 erfolgt. Dabei waren unter anderem die Angebotspflicht der Gemeinden, die Schulwahl und das Zulassungsverfahren Themen zu klären. Die auf zwei Jahre angesetzte Erprobungsphase der neuen Bestimmungen soll voraussichtlich um zwei Jahre verlängert und die endgültigen Ausführungsbestimmungen erlassen werden.

Überbetriebliche Kurse

Die Subventionierung der Überbetrieblichen Kurse wurde von einer aufwandorientierten in eine leistungsorientierte Beitragsleistung überführt. In diesem Zusammenhang wurden mit allen Anbietenden auf Kantonsgebiet insgesamt 85 Leistungsvereinbarungen abgeschlossen, die neben der Finanzierung auch die Qualitätssicherung und die Aufsicht durch den Kanton regeln.

Weiterbildung und höhere Berufsbildung

Das von der Bildungsdirektion in Auftrag gegebene Weiterbildungskonzept wurde veröffentlicht. Die Arbeiten zur Optimierung des kantonalen Weiterbildungssystems wurden aufgenommen mit dem Ziel, ein neues Modell für die Finanzierung der berufsorientierten und der allgemeinen Weiterbildung auszuarbeiten. Im Bereich der höheren Berufsbildung laufen zurzeit auf Bundesebene Arbeiten zur Neuregelung der Finanzierung, die auf kantonaler Ebene mit zu berücksichtigen sind. Ebenfalls auf Ebene Bund laufen die Vorarbeiten für ein nationales Weiterbildungsgesetz.

Hauswirtschaftliche Fortbildung

Der Kantonsrat hat im Dezember des Berichtsjahres beschlossen, das Gesetz über die hauswirtschaftliche Fortbildung aufzuheben. Die Aufhebung dieses Gesetzes ist Teil der Sanierungsmassnahmen San10, was jährlich eine Einsparung von 1,4 Mio. Franken ergibt. Die Schulgemeinden können auf freiwilliger Grundlage weiterhin hauswirtschaftliche Kurse anbieten, die Kostenbeteiligung des Kantons entfällt.

Schulordnungen

Die bestehenden Schulordnungen der Berufsfachschulen sind den neuen Bestimmungen des EG BBG und der Verordnung zum EG BBG (VEG BBG) anzupassen. Von der Bildungsdirektion wurden die Schulordnungen der privaten KV Zürich Business School und der Wirtschaftsschule KV Winterthur genehmigt. Weiter wurden die Schulordnungen von zwei kantonalen Berufsfachschulen auf den Jahresbeginn genehmigt. Die weiteren Schulen werden im Schuljahr 2011/12 folgen.

Berufszuteilung Berufsfachschulen

Der Bildungsrat führte in Anwendung von § 3 EG BBG eine Vernehmlassung zu Veränderungen in der Berufszuteilung durch. Aufgrund der Vernehmlassungsantworten sind zusätzliche Abklärungen in Auftrag gegeben worden.

Konferenz Berufsbildung Zürich

Im Berichtsjahr widmete sich die dritte Konferenz Berufsbildung der Nachwuchssituation im Gesundheitswesen. Die Bildungsdirektorin und der Gesundheitsdirektor mit Vertreterinnen und Vertretern aus Gesundheit, Politik und Bildung verabschiedeten Empfehlungen: Der Nachwuchs soll auf allen Ebenen der Ausbildung gefördert, das Marketing gezielt verstärkt und die Datengrundlage zur Steuerung von Bildungsmassnahmen im Gesundheitsbereich verbessert werden. Weiter sollen Arbeitgeber im Gesundheitswesen ihre Ausbildungstätigkeit verstärken.

Kantonale Lehrstellenkonferenz

Im April des Berichtsjahres wurde unter der Federführung des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes gemeinsam mit den Arbeitgeberorganisationen die vierte kantonale Lehrstellenkonferenz zum Thema «Berufsbildung – ein Erfolgsmodell sichern» durchgeführt. Rund 250 Teilnehmende trafen sich in der Messe Zürich Oerlikon zu Fachreferaten und Workshops. Mit der Konferenz soll die Verbundpartnerschaft auf kantonaler Ebene gestärkt und der direkte Dialog mit interessierten Berufsbildnern geführt werden.

Lehraufsicht – weiterhin über 11 000 Lehrverträge

Es wurden die Qualitätsstandards der Bildung in beruflicher Praxis in rund 13 500 Lehrbetrieben überwacht, Bildungsbewilligungen an 872 (Vorjahr: 847) neue Lehrbetriebe erteilt, 11 748 (11 469) neue Lehrverträge genehmigt, 1339 (1172) Beratungsgespräche in den Lehrbetrieben und 1013 (861) auf dem Amt durchgeführt, rund 80 000 telefonische Auskünfte erteilt und in 161 (153) Berufsbildner/innen-Kursen über die rechtlichen Grundlagen der Berufsbildung unterrichtet.

Von 885 (878) Gesuchen zur erstmaligen Ausbildung von Lernenden konnten 872 (Vorjahr: 847) bewilligt werden. Es wurden geeigneten Lehrbetrieben in bestimmten Branchen Bewilligungen zur Ausbildung von 155 (81) zusätzlichen Lernenden erteilt. 1074 (1001) Lernenden wurde aus individuellen Gründen die Lehrzeit verkürzt oder verlängert. Mit 445 (413) Kandidierenden wurden im Beisein des verantwortlichen Berufsbildners und der Eltern die Ursachen des Nichtbestehens der Abschlussprüfung

besprochen und nach Lösungen gesucht. 3089 (3093) Lehrverhältnisse wurden durch die Parteien aufgelöst; davon konnten schätzungsweise 90% der betroffenen Lernenden ihre Lehre, vielfach dank Vermittlung der Berufsinspektorinnen und -inspektoren, in einem anderen Beruf oder in einem anderen Lehrbetrieb fortsetzen.

Abschlussprüfungen fanden in 366 verschiedenen Berufen (Fachrichtungen und Branchen) statt. Neben den Abschlussprüfungen wurden noch für 1409 (Vorjahr: 1338) Kandidierende Teilprüfungen durchgeführt. Zusätzlich nahmen 2194 (1878) Lernende mit Lehrort in einem anderen Kanton an den Abschlussprüfungen und 74 (66) an den Teilprüfungen teil.

671 Kandidierende nahmen an den Abschlussprüfungen nach Art. 15 der Verordnung über die Berufsbildung teil; 603 erhielten das eidgenössische Fähigkeitszeugnis, 68 bestanden diese Prüfung nicht. 259 Kandidierende nahmen an den Abschlussprüfungen nach Art. 32 der Verordnung über die Berufsbildung teil; 205 erhielten das eidgenössische Fähigkeitszeugnis, 54 bestanden diese Prüfung nicht. Über 500 Kandidatinnen und Kandidaten haben nach Art. 31 der Verordnung über die Berufsbildung ihre Dossiers zur Validierung von Bildungsleistungen dem Amt eingereicht. 143 (Vorjahr: 175) Kandidatinnen und Kandidaten haben das Verfahren abgeschlossen und das eidgenössische Fähigkeitszeugnis erhalten. 62% der Abschlüsse betreffen den Beruf Fachangestellte Gesundheit. Bei den Prüfungskommissionen wurden 175 (149) Einsprachen gegen die Durchführung der Abschlussprüfungen oder die Beurteilung der Prüfungsleistungen eingereicht. Davon wurden 25 (21) gutgeheissen, 21 (16) teilweise gutgeheissen, 75 (48) abgewiesen, 52 (64) zurückgezogen. 0 (0) Entscheide sind noch offen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Schulische Bildung im Vollzug des eidg. Berufsbildungsgesetzes an staatlichen und nichtstaatlichen Berufsfachschulen und Lehrwerkstätten: Berufliche Grundbildung mit Attest; Berufliche Grundbildung mit Fähigkeitszeugnis; Berufliche Grundbildung mit Berufsmaturität; Stützkurse; Freikurse
A2	Organisation und Durchführung der berufsorientierten Weiterbildung und allgemeinen Weiterbildung in Form von Kursen und Lehrgängen; Organisation und Durchführung von Vorbereitungskursen auf Berufsprüfungen und auf Höhere Fachprüfungen und Diplomelehrgänge an Höheren Fachschulen (Tertiär B)
A3	Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren (ohne Mitarbeitende der zentralen Verwaltung MBA)

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Weiterentwicklung Globalbudget und Leistungsvereinbarungen (Kontrakte) mit den Berufsfachschulen Planmässig	2011
E2	Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz/Umsetzung BBG (Projekt 148) (LZ RR 13.6) Abgeschlossen Inkraftsetzung des neuen EG BBG auf 1. Januar 2011	2011
E3	Erstellung eines Weiterbildungskonzepts im Kanton Zürich (Projekt 152) (LZ RR 13.7) Abgeschlossen	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2009

B 2010

R 2010

Abweichung
von B 2010

Erfolgsrechnung

Ertrag	149,3	142,3	146,2	3,9
Aufwand	-411,2	-424,9	-403,4	21,6
Eigene Beiträge	-64,0	-67,4	-63,7	3,6
Kreditübertragungen aus 2009		-1,0		
Saldo	-261,9	-282,6	-257,2	25,4

Investitionsrechnung

Einnahmen			1,7	1,7
Ausgaben	-9,9	-22,2	-16,7	5,5
Saldo	-9,9	-22,2	-15,0	7,2

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	1 353,1	1 446,0	1 390,9	-55,1
----------------------------------	---------	---------	---------	-------

Erfolgsrechnung

Ertrag (+3,9):

- +6,4 Höhere Schulgeldeinnahmen für ausserkantonale Lernende/Studierende
- 1,7 Tiefere kalkulatorische Mieteinnahmen
- 0,8 Übrige Mindereinnahmen

Aufwand (+21,5):

- +6,6 Minderaufwand für Unterrichts-, Verwaltungs- und Betriebspersonal und für übrige Personalkosten
- +5,5 Minderaufwand für Lehrmittel, Dienstleistungen Dritter, Hard- und Software
- +4,6 Tiefere kalkulatorische Mieten, tiefere Unterhaltskosten für Gebäude und tiefere Planungskosten für Investitionen
- +3,6 Zahlungen an Schulen über die Leistungsgruppe Nr. 7305 anstelle von Leistungsgruppe Nr. 7303
- +1,2 Übrige Minderaufwände

Investitionsrechnung

Einnahmen (+1,7):

- +1,7 Zahlung Investitionsbeiträge des Bundes an die Sanierung «Anton Graff»
(Berufsbildungsschule Winterthur)

Ausgaben (+5,5):

- +2,2 Verschiedene Projekte haben sich verzögert: Gesamtsanierung Berufsschule Mode und Gestaltung Zürich (0,7), Erweiterungsneubau Berufsbildungszentrum Zürichsee Horgen (1,0), Aufstockung der Berufsfachschule Winterthur (0,3), Aufstockung Turnhallen «Rennweg» Berufsbildungsschule Winterthur (0,2)
- +3,3 Minderausgaben wegen Verzögerungen oder Verschiebungen von Bauprojekten

Personal

Der Beschäftigungsumfang enthält die Verwaltungsstellen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von der Klassenzahl ab.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Weiterbildung: Quote der EduQua-zertifizierten Schulen gemäss Aufgabe A2		100%	100%	100%	0
W2	Berufmaturitätsquote in %, Aufgabe A1	P	13,9	14,0	13,9	0,1
Leistungen						
L1	Anzahl Lernende in der schulischen Grundbildung im Rahmen der Aufgabe A1	P	35 051	34 350	35 701	1351
L2	– davon Anzahl Berufsmaturanden nach Aufgabe A1	P	5 594	5 600	5 637	37
L3	Anzahl durchgeführte Lehrabschluss-Einzelprüfungen entsprechend der Aufgabe A3	P	13 432	13 455	14 153	698
L4	– davon Anzahl Absolventen BM im Rahmen der Aufgabe A3	P	1 972	2 050	2 129	79
L5	Lektionenpauschale im obligatorischen Unterricht aller BFS einschliesslich KV für den Aufgabenbereich A1	P	171	196	181	–15
L6	Jahrespauschale für Verwaltung und Betrieb pro Lernende/r im obligatorischen Unterricht gemäss Aufgabe A1	P	1 465	1 136	1 506	370
L7	Anzahl Teilnehmendenlektionen in der Weiterbildung im Rahmen der Aufgabe A2	P	n.q.	2 300 000	n.q.	
L8	Studierende an Weiterbildungsangeboten nur in der Höheren Berufsbildung an kantonalen und kaufmännischen Bildungseinrichtungen gemäss Aufgabe A2	P	3 192	2 900	4 048	1 148
L9	Anzahl Berufe, für die schulische Grundbildung in der LG gemäss Aufgabe A1 angeboten wird	P	151	138	131	–7

Wirtschaftlichkeit

B1	Aufwand pro Lernende in der Berufsbildung (ausgenommen LAP und Löhne WB)	P	9 314	10 258	8 976	-1 282
B2	Nettoaufwand (Saldo) pro Lernende in der Berufsschulbildung	P	7 473	8 204	7 204	-1 000
B3	LAP-Aufwand pro geprüfte(n) Lernende(n) in Fr.	P	1 472	1 072	1 453	381
B4	Lehrpersonalaufwand pro Teilnehmerlektion in der Weiterbildung in Fr.	P	n.q.	16.65	n.q.	

Abweichungsbegründungen

W2	Die Berufsmaturitätsquote zeigt den Anteil Lernende in Berufsmaturitätsschulen, gemessen am Total der Lernenden in der schulischen Grundbildung der Berufsbildung.
L1/L2	Diese Indikatoren beruhen auf der Schulstatistik und sind pro rata temporis von den Schuljahren auf das Geschäftsjahr umgerechnet.
L3	Dieser Indikator errechnet sich aus 14 010 Abschlussprüfungen, davon sind 2194 ausserkantonale Kandidatinnen und Kandidaten, und 143 abgeschlossene Validierungsverfahren.
L4	Der Indikator zeigt die Anzahl Prüfungskandidaten und -kandidatinnen der Berufsmaturität an kantonalen und nicht-staatlichen kaufmännischen Berufsfachschulen. Der Anteil der Berufsmaturität 2 (insgesamt 804) beträgt 38%.
L5	Die Löhne der Lehrpersonen in der Grundbildung betragen 211,1 Mio. Franken. Diese Lehrpersonen erteilten 1 165 000 Lektionen.
L8	Die Erhöhung ist auf eine Bereinigung der statistischen Daten zurückzuführen. Ohne diese Bereinigung ist die Anzahl Studierende konstant.
L9	An den Berufsfachschulen, die in der Leistungsgruppe Nr. 7303 enthalten sind, werden 115 Berufe mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis und 16 Berufe mit eidgenössischem Berufsattest geführt. Anlehren und Berufsmaturität werden nicht mitgezählt.
B3	Der Aufwand für die Lehrabschlussprüfungen wird durch die Anzahl Lehrabschlussprüfungen geteilt. Die Gesamtkosten enthalten auch den Aufwand für die Teilprüfungen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	1 000 000	0	0	1 000 000	0

7305 Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Festsetzung und Ausrichtung von Beiträgen an Massnahmen zur Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung, an Mittelschulunterricht und an schulische Grundbildung, an die berufliche Fort- und Weiterbildung, an Erwachsenenbildung und an Überbetriebliche Kurse für Lernende bei kommunalen und privaten Trägerschaften sowie Koordination im ganzen Beitragsbereich.
----	---

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz Abgeschlossen	2011
E2	Einführung der leistungsorientierten Beitragsleistung (Subventionierung); Abkehr von der aufwandorientierten Beitragsgewährung Planmässig	2011
E3	Reform Brückenangebote (Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung) (Projekt 140) Abgeschlossen Die Grundsätze zu den neuen Berufsvorbereitungsjahren sind im Einführungsgesetz zum BBG (EG BBG) enthalten. Zusätzlich sind vom Regierungs- und Bildungsrat Verordnungen über die Berufsvorbereitungsjahre für die Schuljahre 2009/2010 und 2010/2011 erlassen worden.	2010

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	29,7	25,2	23,4	–1,8
Aufwand	–66,9	–59,2	–59,2	–0,0
Eigene Beiträge	–64,0	–58,4	–58,9	–0,5
Saldo	–37,2	–33,9	–35,7	–1,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–2,5	–6,3	–4,2	2,1
Saldo	–2,5	–6,3	–4,2	2,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag (–1,8):

–1,8 Tieferer Bundesbeitrag an die Berufsbildung als vorgesehen

Aufwand (unverändert):

–3,6 Zahlungen an Berufsfachschulen über Leistungsgruppe Nr. 7305 anstelle von Leistungsgruppe Nr. 7303

+3,6 Minderaufwand bei Staatsbeiträgen, insbesondere für die Berufsvorbereitungsjahre (+1,2) und für überbetriebliche Kurse (+2,3)

Investitionsrechnung

Ausgaben (+2,1):

+ 1,6 Der Landkauf für den Neubau des Bildungszentrums für Gärtnerberufe in Pfäffikon wurde bereits 2009 verbucht.

+ 0,5 Minderaufwand durch Verzögerungen bei Bauprojekten

Personal

Die Leistungsgruppe Nr. 7305 hat eine reine Finanzierungsfunktion für nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse und hat im Wesentlichen keinen Bezug zu kantonalen Stellen.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Die verschiedenen Aus-, Fort- und Weiterbildungen in dieser Leistungsgruppe sind nicht vergleichbar. Die Heterogenität dieser Ausbildungen verunmöglicht eine Definition von kohärenten Indikatoren.					
W2	Weiterbildung: Quote der EduQua-zertifizierten Schulen	100%	100%	100%	0	
Leistungen						
L1	Anzahl Lernende in beitragsberechtigter Berufsausbildung im Kt. Zürich	P	2 851	2 800	2 838	38
L2	Studierende Vorbereitungskurse Berufsprüfung	P	820	910	832	-78
L3	Studierende Vorbereitung höhere Fachprüfung	P	120	180	134	-46
L4	Studierende Höhere Fachschulen (HF)	P	1 262	900	1 776	876
L5	Studierende übrige Fachausbildungen	P	589	640	218	-422
L6	Insgesamt Studierende an WB-Angeboten nur in der höheren Berufsbildung an beitragsberechtigten Bildungseinrichtungen im Kt. Zürich	P	2 791	2 400	2 960	560
Wirtschaftlichkeit						
B1	Die Finanzierung der Berufsbildung einschliesslich Weiterbildung wird im Einführungsgesetz zum BBG auf Verordnungsstufe geregelt.					
Abweichungsbegründungen						
L4/L5	Durch die Umsetzung der Verordnung des eidg. Volkswirtschaftsdepartements über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen vom 11. März 2005 ist es zu Umklassierungen von Bildungsgängen gekommen. Dadurch steigt die Anzahl Studierende bei den höheren Fachschulen (L4) zulasten der übrigen Fachausbildungen (L5)					

7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)

Hauptereignisse

Die Diskussion zur parlamentarischen Initiative zur Aufhebung des Antragsrechts des Senats betreffend die Wahl der Rektorin oder des Rektors und der Prorektorinnen und Prorektoren wurde im Berichtsjahr weitergeführt und hat – neben der Thematik der Studiengebühren – den politischen Diskurs rund um die Universität Zürich massgeblich geprägt. Der Universitätsrat hatte die Stossrichtung der Initiative bereits 2009 anerkannt und in der Folge ein neues Wahlverfahren erarbeitet. Dieses orientiert sich an folgenden Eckwerten: Verfahrensleitung durch den Universitätsrat, Einrichtung einer Findungskommission, Verbindung von Top-down- und Bottom-up-Elementen sowie Begrüssung des Senats. Die betreffende Änderung der Universitätsordnung ist im Februar in Kraft getreten. Der Kantonsrat hat die Bemühungen der Universität um das neue Wahlverfahren nach längerer Diskussion mehrheitlich gewürdigt und die erwähnte parlamentarische Initiative im Dezember abgelehnt.

Als konkretes Wahlgeschäft oblag dem Universitätsrat die Regelung der Nachfolge von Prof. Heini Murer, der als Prorektor Medizin und Naturwissenschaften (MNW) altershalber auf Ende Juli zurücktrat. Für die Amtsdauer vom 1. August des Berichtsjahres bis 31. Juli 2012 hat der Universitätsrat neu Prof. Daniel Wyler, Ordinarius für theoretische Physik, zum Prorektor MNW gewählt.

Im Rahmen einer Strategietagung setzte sich der Universitätsrat neben dem Verfahren zur Festlegung der universitären Forschungsschwerpunkte und der Investitionspolitik vertieft mit den strategischen Zielen und deren Verhältnis zum Leitbild der Universität auseinander. Neu sollen die strategischen Ziele auf ihre kurz- und mittelfristige Erreichbarkeit ausgerichtet werden, währenddem das Leitbild das universitäre Fundament wie auch den langfristigen Entwicklungshorizont der Universität abbilden soll. Die betreffenden Arbeiten wurden in Auftrag gegeben und sollen 2011 abgeschlossen werden.

Im Berichtsjahr waren an der Universität (UZH) einschliesslich Weiterbildung über 26 000 Studierende eingeschrieben. Grosse Bedeutung wurde wiederum den Berufungsgeschäften beigemessen. Im Berichtsjahr haben 15 Professorinnen und 41 Professoren ihr Amt an der Universität angetreten, wovon 22 schweizerische Staatsangehörige sind. 16 Professorinnen und Professoren kamen aus Deutschland, 18 aus dem übrigen Ausland.

Weitere Geschäfte des Universitätsrats betrafen die Genehmigung eines Kompetenzzentrums für Medizin, Ethik und Recht, den Kooperationsvertrag zwischen der Universität, dem USZ und dem Paul-Scherrer-Institut (PSI) zur Forschungszusammenarbeit auf dem Gebiet der Protonentherapie sowie die Errichtung eines Postmortalen Imaging Center am Institut für Rechtsmedizin.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Leistungsgruppe umfasst in der Erfolgsrechnung die Finanzierung der Universität durch den Bund und den Kanton Zürich. Zudem enthält sie Raummieten in der Höhe der kalkulatorischen Kosten auf den der Universität für Lehre und Forschung zur Verfügung gestellten Liegenschaften und Räumen.
A2	Die Investitionsrechnung umfasst die Investitionen im Liegenschaftsbereich und die Investitionsbeiträge des Bundes für Ausstattungen, die vom Kanton an die Universität weitergeleitet werden.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	212,7	209,4	212,4	3,0
Aufwand	-771,5	-768,2	-772,6	-4,3
Kostenbeitrag an Universität	-558,8	-558,8	-558,8	0,0
Saldo	-558,8	-558,8	-560,1	-1,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen	10,8	6,5	6,8	0,3
Ausgaben	-56,1	-50,2	-43,5	6,8
Saldo	-45,4	-43,7	-36,7	7,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Der Saldo der Erfolgsrechnung entspricht dem Kostenbeitrag der Bildungsdirektion an die Universität Zürich. Die Differenz von -1,3 Mio. Franken zwischen Saldo und Kostenbeitrag in der Rechnung 2010 ergibt sich aus neu hinzugekommenen Aufwendungen für Planungs-/Projektierungsaufträge an Dritte im Investitionsbereich der Universität sowie einem einmaligen Mehraufwand im Bereich Finanzleasing (Beträge vgl. unterste beide Positionen Abweichungsbegründungen Aufwand). Beide Positionen werden ausserhalb des Kostenbeitrags an die Universität über die Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe 7401 finanziert.

Ertrag (+3,0):

- +2,6 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Universität als budgetiert
- +0,5 Höhere kalkulatorische Nutzungskostenverrechnung für die der Universität zur Verfügung gestellten staatlichen Liegenschaften
- 0,1 Tiefere Auflösung von passivierten Investitionsbeiträgen

Aufwand (-4,3):

- 2,6 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Universität
- 1,2 Höhere Abschreibungen auf Hochbauten und Mobilien
- +0,8 Tiefere Zinsen
- 0,8 Mehraufwand Finanzleasing Binzmühlestrasse
- 0,5 Planungskosten Dritter

Investitionsrechnung

Ausgaben (+6,8):

- +8,3 Verzögerter Baufortschritt in den Projekten Sanierung Haustechnik Irchel (2. Etappe), Medizinische Fakultät Irchel Y36, Kuppelschauhäuser Botanischer Garten, Instandsetzung Gloriastrasse 30/32 und Ersatz Schliessanlage Irchel
- 1,5 Schnellerer Baufortschritt Neubau Kleintierklinik

Indikatoren

Art R 2009 B 2010 GB 2010 Abweichung von B 2010

Wirkungen

W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages an der Universität ist in der Leistungsgruppe Nr. 9600 ersichtlich.

Leistungen

L1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages an der Universität ist in der Leistungsgruppe Nr. 9600 ersichtlich.

Wirtschaftlichkeit

B1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages an der Universität ist in der Leistungsgruppe Nr. 9600 ersichtlich.

7402 Sonstige universitäre Leistungen

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Leistungsgruppe setzt sich aus den Bereichen ausserkantonale Konkordatsbeiträge und Beiträge an Zentralbibliothek/Sozialarchiv zusammen.
A2	Im Bereich der ausserkantonalen Konkordatsbeiträge ist die Leistungsgruppe ein Durchgangskonto für die Beiträge von anderen Kantonen an die Universität Zürich für ausserkantonale Studierende und weist die Beiträge des Kantons an andere Schweizer Universitäten für Zürcher Studierende aus.
A3	Der Bereich Zentralbibliothek und Sozialarchiv umfasst die vertraglich festgesetzten jährlichen Beiträge des Kantons an diese Institutionen. Die Beträge dienen der Schaffung und Vermehrung der Sammlungen sowie deren Unterbringung und der Verwaltung. Das Globalbudget der Zentralbibliothek ist in der Leistungsgruppe Nr. 9690 abgebildet.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Die Leistungsgruppe weist keine Entwicklungsschwerpunkte aus, da es sich um reine Finanztransaktionen an die Leistungserbringer handelt. Die Entwicklungsschwerpunkte der Zentralbibliothek können der Leistungsgruppe 9690 entnommen werden.
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	124,3	124,4	129,5	5,1
Aufwand	-193,3	-178,0	-201,5	-23,5
Eigene Beiträge an Kantone (IUV)	-23,5	-23,2	-24,7	-1,5
Kostenbeiträge an Universitätsbibliotheken	-27,7	-28,1	-28,1	0,0
Saldo	-69,0	-53,7	-72,1	-18,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,1		0,1	0,1
Ausgaben	-0,1		-1,2	-1,2
Saldo	0,0		-1,1	-1,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag (+5,1):

+5,1 Höhere Beiträge aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung IUV als budgetiert

Aufwand (-23,5):

-16,9 Nicht budgetierte Rückstellung für Teuerungszulagen Witwen-, Waisen- und Pensionskasse der Professoren der Universität (WWPK).

-5,1 Höhere an die Universität überwiesene IUV-Beiträge als budgetiert (vgl. Ertrag)

-1,5 Höhere IUV-Beiträge des Kantons für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten

Investitionsrechnung

Ausgaben (-1,2):

-1,2 Investitionsbeitrag an die Zentralbibliothek (wurde nur in der Leistungsgruppe Nr. 9690 budgetiert)

Indikatoren

Art R 2009 B 2010 GB 2010 Abweichung von B 2010

Wirkungen

W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt

Leistungen

L1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt

Wirtschaftlichkeit

B1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt

7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)

Hauptereignisse

An der Zürcher Fachhochschule (ZFH) ist die Umstellung von den früheren Fachhochschulstudiengängen auf Bachelor- und Masterstudiengänge weitgehend abgeschlossen. Auf Beginn des Herbstsemesters wurden an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) mit Bewilligung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) zwei neue Masterstudiengänge eingeführt: ein Kooperationsmaster in Pflege in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Ostschweiz und der Berner Fachhochschule sowie ein Kooperationsmaster in Physiotherapie in Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule. Mehrere früher eingeführte Masterstudiengänge der ZHAW und der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) wurden vom EVD akkreditiert (ZHAW: Angewandte Psychologie, Banking and Finance, ZHdK: Composition and Theory, Film, Fine Arts); für weitere Masterstudiengänge laufen die Akkreditierungsverfahren.

Die Studierendenzahlen der ZFH sind gegenüber 2009 angestiegen. An der ZHAW betrifft der Anstieg vor allem die Fachbereiche Gesundheit, Chemie und Life Sciences sowie den Bereich Wirtschaft, der das stärkste Wachstum auswies. Eine geringere Zunahme der Studierendenzahlen verzeichneten die ZHdK, wo die Studienplätze für neu eintretende Studierende beschränkt sind, sowie die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH). Veranlasst durch den Lehrermangel an der Volksschule, erarbeitete die PHZH in Absprache mit der Bildungsdirektion ein Konzept für Studiengänge für Quereinsteigende in den Lehrberuf. Die verkürzten Ausbildungen unterscheiden sich gegenüber den ordentlichen Studiengängen insbesondere dadurch, dass die von den Studierenden in einer anderen Ausbildung und aufgrund ihrer Berufserfahrung erworbenen Kompetenzen an die Studienleistungen angerechnet werden. Das Studium ist in ein Vorbereitungsstudium (Grundausbildung) an der PHZH und ein berufsintegriertes Studium (Lehrtätigkeit an der Schule mit berufsbegleitendem Studium) gegliedert. Der Regierungsrat hat am 17. November des Berichtsjahres das besondere Aufnahmeverfahren für diese Studiengänge und die Aufnahmekapazität festgelegt. Der erste Studiengang Primarstufe für Quereinsteigende beginnt im März 2011.

Der Fachhochschulrat, dem als oberstes Organ der ZFH die strategische Führung der Hochschulen obliegt, hat Ende des Berichtsjahres seine dritte vierjährige Amtsdauer beendet. Aufgrund der gesetzlichen Amtszeitbeschränkung traten die Mitglieder zurück, die ihm seit der Einführung 1999 angehört hatten: Karl Bochsler, Hanspeter Lienhart und Regula Zweifel (Vizepräsidentin). Ein Thema, das den Fachhochschulrat über längere Zeit beschäftigte, war die Neuregelung des Professorentitels ZFH, die im Reglement über den Titel der Professorin oder des Professors an der Zürcher Fachhochschule vom 6. Juli festgelegt wurde. Überdies verabschiedete der Fachhochschulrat Studienordnungen und Reglemente für mehrere Studiengänge der drei staatlichen Hochschulen und genehmigte neue Weiterbildungsmasterprogramme. Als Nachfolger für den auf Beginn des Herbstsemesters 2011/12 zurücktretenden Gründungsrektor der ZHAW, Prof. Dr. Werner Inderbitzin, wählte er Prof. Dr. Jean-Marc Piveteau, seit 2002 Professor für Interne Technologien und seit 2004 Prorektor an der Hochschule Rapperswil.

Die Rektorenkonferenz, der die Rektoren der Hochschulen und der Chef des Hochschulamts angehören, befasste sich insbesondere mit der Koordination hochschulübergreifender Angelegenheiten und der Vorbereitung von Geschäften zuhanden des Fachhochschulrats.

Die Bauvorhaben für die künftigen Hochschulstandorte auf dem Toni-Areal in Zürich-West und auf dem Gelände der ehemaligen Sihlpost im Zentrum von Zürich kamen voran. Ein Meilenstein auf dem ersten Baufeld der ehemaligen Sihlpost wurde erreicht; 15 Monate nach dem Spatenstich konnte im September in der Europaallee die Aufrichte der ersten Etappe gefeiert werden. Der Umzug der PHZH in den Campus auf dem Sihlpost-Gelände findet im Sommer 2012 statt; der Bezug des Toni-Areals durch die ZHdK und Teile der ZHAW ist für den Sommer 2013 geplant.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Die Erfolgsrechnung zeigt die Finanzierung der Zürcher Fachhochschule ZFH durch Bund und Kanton Zürich. Die Globalbudgets der drei staatlichen Teilschulen der ZFH sind in den Leistungsgruppen Nrn. 9710, 9720 und 9740 abgebildet. Die Investitionsrechnung umfasst die Investitionen im Liegenschaftsbereich und die Erstausrüstung an die Teilschulen der ZFH. Die kalkulatorischen Kosten auf dem Anlagevermögen werden den staatlichen Schulen als Raummiete in Rechnung gestellt.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1 Die Entwicklungsschwerpunkte der drei staatlichen Teilschulen der ZFH können den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 entnommen werden.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	114,3	114,1	119,3	5,3
Aufwand	-419,2	-441,4	-431,2	10,2
Kostenbeiträge an die staatlichen Teilschulen	-288,9	-304,6	-297,6	6,9
Kostenbeiträge an die privaten Teilschulen	-5,0	-4,2	-4,5	-0,3
Kreditübertragungen aus 2009		-7,2		
Saldo	-304,9	-327,3	-311,8	15,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen	4,7		1,7	1,7
Ausgaben	-15,6	-20,4	-8,9	11,5
Kreditübertragungen aus 2009		-1,7		
Saldo	-10,8	-20,4	-7,3	13,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag (+5,3):

- +4,0 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Hochschulen der ZFH
- +0,7 Höhere Nutzungskosten für die von den staatlichen Hochschulen der ZFH benutzten Liegenschaften
- +0,6 Höhere Auflösung von passivierten Investitionsbeiträgen

Aufwand (+10,2):

- +6,9 Tieferer Beitrag an die ZHAW
- 4,0 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge an die Teilschulen der Zürcher Fachhochschule
- 1,9 Höhere Abschreibungen auf Immobilien, Investitionsbeiträgen und Mobilien

- +1,2 Tiefere Planungs- und übrige Sachkosten
- +1,2 Tiefere Zinsen
- 0,3 Höherer Beitrag an die Hochschule für Technik Zürich zur Abgeltung der höheren Anzahl Zürcher Studierender
- 0,1 Verwaltungsinterne Verrechnungen
- +7,2 Nicht beanspruchte Kreditübertragungen aus dem Vorjahr

Investitionsrechnung

Einnahmen (+1,7):

- +1,7 Nicht budgetierte Bundesbeiträge für Bauprojekte der ZHAW in Winterthur und Wädenswil

Ausgaben (+11,5):

- +6,9 Verzögerung beim Mieterausbau Toni-Areal aufgrund des Rekurses des Betreibers des «Rohstofflagers»
- +1,5 Minderausgaben beim Neubau Sihlpost für die PHZH
- +1,2 Verzögerung im IT-Projekt SAP/PULS
- +0,2 Minderausgaben in verschiedenen Kleinprojekten
- +1,7 Nicht beanspruchte Kreditübertragungen aus dem Vorjahr

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen					
W1	Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages der drei staatlichen Teilschulen der ZFH ist in den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 unter der Rubrik Indikatoren ersichtlich.				
Leistungen					
L1	Insgesamt Studierende	11 950	13 530	13 438	-92
L2	Die übrigen Indikatoren zur Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages der drei staatlichen Teilschulen der ZFH sind in den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 unter der Rubrik Indikatoren ersichtlich.				
Wirtschaftlichkeit					
B1	Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages der drei staatlichen Teilschulen der ZFH ist in den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 unter der Rubrik Indikatoren ersichtlich.				

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	4 000 000	0	0	4 000 000	0

7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Leistungsgruppe umfasst einerseits die Finanzierung der Hochschulen ausserhalb der Zürcher Fachhochschule, denen der Kanton Zürich im Rahmen einer interkantonalen Vereinbarung als Träger angehört (Konkordatsschulen). Der Kanton Zürich gehört den interkantonalen Vereinbarungen der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft Zollikofen SHL und der Hochschule für Heilpädagogik Zürich (HfH) an. Der Kanton Zürich leistet für die Lehre Beiträge im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) und beteiligt sich anteilmässig an den Restkosten.
A2	Andererseits umfasst die Leistungsgruppe die Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen, die im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) für Zürcher Studierende ausgerichtet werden.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	-42,7	-48,2	-46,7	1,6
Saldo	-42,7	-48,2	-46,7	1,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Aufwand (+1,6):

+1,6 Tiefere FHV-Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen für Zürcher Studierende als budgetiert

7501 Jugend- und Familienhilfe

Hauptereignisse

Jugend- und Familienberatung

Die 19 kantonalen Jugend- und Familienberatungsstellen führten Beratungen von 7267 Familien mit 11 016 Kindern (Vorjahr: 7193 Familien, 10 900 Kinder). Im Auftrag der Vormundschaftsbehörden der Gemeinden führten sie gesetzliche Mandate für 5936 Kinder aus 4041 Familien (5533 Kinder/3864 Familien). Ebenfalls im Auftrag von Vormundschaftsbehörden oder Gerichten wurden Abklärungen und Gutachten über 800 Familien mit 1306 Kindern (754 Familien/1260 Kinder) erstellt. Um die anhaltend hohe Belastung der Mitarbeitenden der Jugend- und Familienberatungsstellen zu senken, wurde das Projekt IMPACT zur Verbesserung der Führung, Organisation und Fachlichkeit eingeleitet.

Einführungsschulung Kinderrechte

Um die Orientierung an den Kinderrechten im Berufsalltag zu fördern, wurden in Winterthur und Andelfingen Einführungsschulungen durchgeführt. 220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besuchten 19 Schuleinheiten. Die Teilnehmenden befassten sich mit der Entstehung der UN-Kinderrechtskonvention und entwickelten konkrete Möglichkeiten für die Umsetzung der Forderungen der Kinderrechtskonvention, insbesondere betreffend den angemessenen Einbezug der Kinder im Berufsalltag.

Elternbildung und Schule

In einem Pilotprojekt soll erprobt werden, ob und wie durch eine stärkere Verankerung der Elternbildung in den Schulen die Erziehungskompetenz der Eltern gefördert werden kann. Im Schuljahr 2010/11 startete eine erste Staffel mit zwanzig Pilotschulen. Bedeutend mehr Schulen haben sich für eine Teilnahme am Projekt beworben, sodass eine Auswahl getroffen werden musste. Für das Projekt wurde ein Pool mit neun qualifizierten Elternbildnerinnen und Elternbildnern aufgebaut und ein Angebotskatalog mit sieben standardisierten Erziehungskursen und sechzehn Themenmodulen ausgearbeitet. Das Projekt wird durch die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften evaluiert.

Schulsozialarbeit

Bereits bieten 58% der Primarschulen (Vorjahr: 50%) und 85% (83%) der Sekundarschulen im Kanton Zürich Schulsozialarbeit in mindestens einer Schuleinheit an. Die Regionalstellen des AJB bzw. die Jugendsekretariate bieten ihre Unterstützungsleistungen im Aufbau und im Betrieb von Schulsozialarbeit den interessierten Gemeinden auf der Grundlage von kostenpflichtigen Leistungsvereinbarungen an. Die Nachfrage der Gemeinden nach dieser Leistung ist weiterhin hoch.

Spielgruppen plus

Fachpersonen der Wissenschaft, der Kleinkindberatung und des Volksschulamtes entwickelten einen Praxisleitfaden «Deutschlernen in Spielgruppen plus» für die Sprachfördersequenzen in Spielgruppen plus. Die Bildungsdirektion stellt damit eine wichtige Grundlage für eine qualitativ gute Sprachförderung in Spielgruppen plus zur Verfügung.

Sonderpädagogik im Vor- und Nachschulbereich

Die sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich werden ausschliesslich von privaten Anbietenden (Frühberatungsstellen oder Freipraktizierende) erbracht, die über eine entsprechende Zulassung vom AJB verfügen und auf der Grundlage von Tarifverträgen ihre Leistungen dem AJB verrechnen. Im Rahmen der Verlängerung der Tarifverträge hat die Zentralstelle Sonderpädagogik Frühbereich ein vereinfachtes Tarifsysteem eingeführt, das den administrativen Aufwand für die Verrechnungsprozesse verringern wird. Im Hinblick auf das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz hat die Zentralstelle ausserdem den Entwurf zur sonderpädagogischen Verordnung erstellt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Planung, Koordination und Aufsicht der ambulanten und stationären Jugendhilfe
A2	Führung von Jugend- und Familienberatungsstellen im Kanton Zürich
A3	Ausrichtung von Staatsbeiträgen an stationäre Einrichtungen sowie an die Betreuung von Zürcher Jugendlichen in ausserkantonalen Jugendheimen
A4	Amtsvormundschaft für minderjährige, alleinstehende Asylsuchende (Zentralstelle Mineurs non accompagnés)
A5	Koordination, Administration und Mitfinanzierung der Heilpädagogischen Früherziehung sowie pädagogisch-therapeutischer Massnahmen im Vor- und Nachschulalter
A6	Gewährung von Stipendien und Darlehen an in Ausbildung stehende Jugendliche und Erwachsene
A7	Mitfinanzierung allgemeiner Bereiche der Jugend- und Familienhilfe

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Anpassung und Erweiterung der gesetzlichen Grundlagen für die ambulante Jugend- und Familienhilfe (umfasst LZ RR 12.1 Gesetzliche Grundlage für eine bedarfsgerechte ausserfamiliäre Betreuung von Kindern im Vorschulalter schaffen) Planmässig Die gesetzliche Grundlage für die familienergänzende Betreuung (§ 15a Jugendhilfegesetz) wurde auf 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt.	2011
E2	LZ RR 16.8 Bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit in den Gemeinden gewährleisten und an einheitlichen Standards ausrichten Verzögert Abschluss neu im Rahmen des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) für 2012 geplant	2011
E3	Schaffung neuer bezirksübergreifender Organisationsstrukturen in der Jugend- und Familienhilfe Verzögert Abschluss im Rahmen des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) für 2012 geplant	2011
E4	Erarbeitung und Einführung von Grundlagen und Instrumenten zur Steuerung der stationären Jugend- und Familienhilfe über Leistungsaufträge Verzögert Weitere Grundlagenarbeit im Hinblick auf ein Leistungsvereinbarungskonzept 2011	2010
E5	Eltern zur Teilnahme an Kursen zur Gewaltprävention und Elternbildung verpflichtet (LZ RR 16.9) Verzögert Die gesetzlichen Anpassungen im Volksschulgesetz werden zurzeit in der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beraten.	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	66,4	58,4	72,6	14,2
Aufwand	-186,2	-178,7	-188,0	-9,3
Kreditübertragungen aus 2009		-0,1		
Saldo	-119,8	-120,2	-115,3	4,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,0	0,5	1,2	0,7
Ausgaben	-8,2	-4,6	-4,6	0,1
Saldo	-7,2	-4,1	-3,4	0,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	406,0	441,0	418,5	-22,5

Erfolgsrechnung

Ertrag (+14,2):

- +9,6 Neue Durchlaufposten Bundesamt für Justiz (BJ), da das Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) kantonale Verbindungsstelle für BJ-Beiträge an Kinder-/Jugendheime ist.
- +7,9 Vermehrte bezirksübergreifende Tätigkeiten führen zu entsprechenden Verrechnungen, die sich im Aufwand und Ertrag niederschlagen.
- 2,7 Lohnweiterverrechnungen an Dritte werden nach IPSAS neu als Minus-Aufwand berücksichtigt. Im Planungszeitpunkt wurden diese Rückerstattungen als Ertrag budgetiert.
- 1,3 Der Verzicht auf weitere Leistungsangebote (begleitete Besuchstreffe, Frühförderung) führte zu geringeren Beitragseinnahmen. Ebenso blieb der Zuwachs an Leistungsaufträgen mit Vollkostenverrechnung an Gemeinden/Dritte (u. a. Mobile Familienbegleitung, Schulsozialarbeit, Krippenaufsicht) unter den Erwartungen.
- +0,7 Mehrertrag ergab sich aus der Begleichung bedingt rückzahlbarer Ausbildungsdarlehen.

Aufwand (-9,3):

- 9,6 Neue Durchlaufposten Bundesamt für Justiz (BJ), da das Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) kantonale Verbindungsstelle für BJ-Beiträge an Kinder-/Jugendheime ist.
- 7,9 Vermehrte bezirksübergreifende Tätigkeiten führen zu entsprechenden Verrechnungen, die sich im Aufwand und Ertrag niederschlagen.
- +2,7 Lohnweiterverrechnungen an Dritte werden nach IPSAS neu als Minus-Aufwand berücksichtigt. Im Planungszeitpunkt wurden diese Rückerstattungen als Ertrag budgetiert.
- 2,3 Mehraufwendungen bei den Beiträgen für Heimplatzierungen (-3,3 Mio. Franken) konnten durch geringere übrige Staatsbeiträge (+1,0 Mio. Franken) teilweise kompensiert werden.
- +3,7 Bei den Stipendien trat der budgetierte Anstieg, als Folge einer sich verschlechternden Wirtschaftslage, nicht ein.

- +2,9 Auf den Ausbau von Leistungen (begleitete Besuchstreffe, Frühförderung) wurde verzichtet, gleichzeitig blieb die Zunahme der Angebote mit vollumfänglicher Kostenverrechnung an die Gemeinden (Familienbegleitung, Schulsozialarbeit, Krippenaufsicht) unter den Erwartungen (siehe auch unter Ertrag und Personal).
- +0,7 Die Mehrkosten für Sonderpädagogische Massnahmen im Frühbereich (–2,2 Mio. Franken) konnten durch geringere Sachaufwendungen (+2,9 Mio. Franken) kompensiert werden.
- +0,5 Der Abschreibungsaufwand fiel tiefer als geplant aus.

Investitionsrechnung

Einnahmen (+0,7):

- +0,7 Die Rückerstattung von bedingt rückzahlbaren Ausbildungsdarlehen übertraf die Erwartungen.

Ausgaben (+0,1):

- 0,1 Mobiliarersatzbeschaffungen der Bezirksjugendsekretariate führten zu einer Budgetüberschreitung.
- +0,8 Geplante Softwareerweiterungen konnten infolge zeitlicher Verzögerungen noch nicht umgesetzt werden.
- 0,6 Der Aufwand für Ausbildungsdarlehen überstieg den budgetierten Rahmen.

Personal

Der Beschäftigungsumfang blieb unter dem geplanten Wert, da einerseits auf zusätzliche Leistungen (begleitete Besuchstreffe, Frühförderung) verzichtet wurde und andererseits die Angebote mit vollumfänglicher Kostenverrechnung an die Gemeinden (Familienbegleitung, Schulsozialarbeit, Krippenaufsicht) nicht im erwarteten Masse zunahm.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Anzahl zivilrechtlicher Kinderschutzmassnahmen bezogen auf die Gesamtzahl der geführten Fälle (Bezirksjugendsekretariate, A2)	P	34%	< 38%	35%	-3%
W2	Austritte aus stationären Einrichtungen gemäss individuellen Planungen (A1, A3)	P	83%	> 80%	82%	2%
Leistungen						
L1	Anzahl Fälle Jugend- und Familienberatung (Bezirksjugendsekretariate, A2)	P	16 433	16 000	16 952	952
L2	Durchlaufzeit der Stipendien- und Darlehensgesuche: Anteil der Gesuche, die zwei Monate nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen entschieden sind (A6).	P	90%	> 80%	83%	3%
Wirtschaftlichkeit						
B1	Nettoaufwand pro Jugend- und Familienberatung (Bezirksjugendsekretariate, A2)	P	1 026	1 200	1 087	-113
B2	Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Einrichtungen mit sozialpädagogischem Angebot (A1, A3)	P	353	381	332	-49
B3	Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Einrichtungen mit Berufsbildungsangebot (A1, A3)	P	481	489	447	-42
Abweichungsbegründungen						
L1	Die Fallzahlen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 519 bzw. 3,2% an, was zur Hauptsache auf 403 zusätzliche gesetzliche Mandate zurückzuführen war. Die prognostizierte Gesamtzahl wurde um 6,0% überschritten.					
L2	Personalmutationen und komplexere Abklärungen führten zu einer gegenüber dem Vorjahr knapperen Zielerreichung.					
B1	Die höheren Fallzahlen (Ist 16952 / prognostiziert 16000) trugen massgeblich zur Unterschreitung des geplanten Durchschnittswertes bei. Wären die prognostizierten Fallzahlen eingetroffen, hätte sich ein Durchschnittswert von Fr. 1152 (Ist-Kosten : Planmenge) ergeben.					
B2/B3	Die Angebotskategorien wurden überarbeitet und auf diejenigen der Versorgertaxtarife ausgerichtet. Vorjahres- und Budgetvergleiche sind dadurch nicht bzw. nur beschränkt möglich.					

7502 Berufs- und Studienberatung

Hauptereignisse

Berufsberatungsstellen und Berufsinformationszentren

In den kantonalen Berufsberatungsstellen wurden 13 975 Einzelberatungen durchgeführt (Vorjahr 13 889), davon entfielen 11 544 (11 388) auf die allgemeine Berufsberatung und 2431 (2501) auf die spezialisierte Beratung (Studienberatung, Gesundheitsberufe, Kompetenzenbilanz). 8312 oder 58% der beratenen Personen waren unter 20 Jahre alt (8687 bzw. 63%). Die sieben Berufsinformationszentren (biz) verzeichneten rund 58 300 Besucherinnen und Besucher (56 700). Im Rahmen der Zusammenarbeit Berufsberatung und Schule boten die biz in allen 112 Oberstufenschulgemeinden Schulhaussprechstunden und weitere Veranstaltungen zur Berufsfindung an. Insgesamt fanden rund 1800 Anlässe in Schulhäusern statt. Das Sprechstundenangebot wurde über 14 900 Mal genutzt.

biz Medien

Die Zusammenlegung der Fachstelle Dokumentation in Winterthur (FADO) mit der Abteilung Info/Doku der Berufs- und Studienberatung in Oerlikon konnte im Sommer abgeschlossen werden. Die Mitarbeitenden (12 Vollzeitstellen) der neu geschaffenen Abteilung biz Medien erstellen und versenden nun die Informationsmaterialien an die Infotheken in den sieben kantonalen biz von Oerlikon aus.

Case Management Berufsbildung

Das vom Regierungsrat beschlossene Projekt «Case Management Berufsbildung» startete im Mai die operative Phase. Seit August betreut je ein Casemanager im biz Urdorf und in der Berufsberatung Dielsdorf Jugendliche mit erschwerten Startbedingungen beim Einstieg in die berufliche Grundbildung und bei Schwierigkeiten während der beruflichen Grundbildung. Im Laufe des nächsten Jahres werden weitere Casemanager in allen Regionen ihre Arbeit aufnehmen. Die Betreuung der Jugendlichen erfolgt stufenübergreifend und in enger Zusammenarbeit mit der Berufsberatung sowie den Lehrpersonen auf der Sekundarstufe I bzw. auf der Sekundarstufe II und den Lehrbetrieben.

Validierungsverfahren

Es wurden 46 Informationsveranstaltungen über das Validierungsverfahren zur Erlangung eines Eidg. Fähigkeitsausweises (EFZ) durchgeführt. Insgesamt nahmen 1350 Teilnehmende an diesen Informationsveranstaltungen teil (Vorjahr 753). Neben den Validierungsverfahren für das EFZ Fachangestellte/r Gesundheit und Informatiker/Informatikerin besteht nun auch die Möglichkeit, das EFZ als Fachangestellte Betreuung mit einem Validierungsverfahren zu erlangen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Planung, Koordination und Aufsicht der allgemeinen Berufsberatung
A2	Führung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (einschliesslich Kompetenzenbilanz)
A3	Führung von allgemeinen Berufsberatungsstellen sowie Berufsinformationszentren im Kanton Zürich

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Unterstützung der Jugendlichen im Übergang in die Berufsbildung und ins Berufsleben; Verbesserung der Berufseinstiegschancen von Jugendlichen Verzögert, Verlängert Der Bund unterstützt die Bestrebungen im Rahmen des Projektes «Case Management Berufsbildung» bis ins Jahr 2015.	2009
E2	Bezirksübergreifende, interdisziplinäre und interinstitutionelle Erbringung von Leistungen der Jugendhilfe und Berufsberatung Planmässig, Abschluss Die Grundlagen für eine funktionierende interinstitutionelle Zusammenarbeit (iiz) zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosen konnten mit dem «iiz netzwerk kanton zürich» geschaffen werden und werden ab 2011 umgesetzt.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2009

B 2010

R 2010

Abweichung
von B 2010

	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	16,9	19,2	17,7	-1,6
Aufwand	-33,8	-40,1	-34,3	5,8
Saldo	-16,9	-20,9	-16,6	4,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,1	-0,3		0,3
Saldo	-0,1	-0,3		0,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	115,2	126,7	115,5	-11,2

Erfolgsrechnung

Ertrag (-1,6):

- 0,9 Die Beiträge des Bundes an das Projekt «Case Management Berufsbildung» verlagern sich aufgrund des verschobenen Projektbeginns ins Folgejahr.
- +0,5 Für das Projekt «Mentoring» konnten für ein weiteres Jahr Bundesbeiträge erwirkt werden.
- 0,6 Die Gemeindebeiträge reduzierten sich als Folge der tiefer als budgetiert ausgefallenen biz-Betriebskosten.
- 0,6 Die Kursgeld- und Beratungsdienstleistungseinnahmen wurden zu optimistisch budgetiert.

Aufwand (+5,8):

- +1,4 Der Start des Projektes «Case Management Berufsbildung» verzögerte sich (siehe auch Ertrag und Personal).
- +0,3 Auf den geplanten Ausbau des Bereichs Kompetenzenbilanzierung wurde verzichtet (siehe auch Personal / Beschäftigungsumfang Angestellte).
- +1,4 Personalmutationen und Pensionierungen führten zu nicht budgetierten Rotationsgewinnen.
- +0,3 Geringere Staatsbeiträge und Abschreibungen entlasteten die Aufwandseite.
- +1,3 Berufskundliche Material- und Drucksachenanpassungen wurden aufgeschoben bzw. nicht getätigt.
- +0,3 Die Reorganisation der Fachstellen Information und Dokumentation konnte kostenneutral umgesetzt werden.
- +0,8 Die Sachaufwendungen der Berufsinformationszentren biz (Anschaffungen, Unterhalt, Mieten) fielen tiefer als erwartet aus.

Investitionsrechnung**Ausgaben (+0,3):**

- +0,3 Geplante Softwareerweiterungen (Fallführungsapplikation) und Mobiliarersatzbeschaffungen verzögerten sich.

Personal

Die Abweichung ist einerseits auf Umsetzungsverzögerungen beim Projekt «Case Management Berufsbildung» zurückzuführen. Andererseits wurde der Aufbau des Bereichs Kompetenzenbilanzierung in reduziertem Umfang mit bestehenden Personalressourcen bewerkstelligt.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Anteil Berufsberatener mit Integration in die Bildungs- und Arbeitswelt (Allgemeine Berufsberatung / Bezirksjugendsekretariate; A1, A3)	P	95%	> 98%	97%	-1%
Leistungen						
L1	Anzahl Berufsberatungen (Allgemeine Berufsberatung / Bezirksjugendsekretariate, A3)	P	11 388	11 500	11 544	44
Wirtschaftlichkeit						
B1	Nettoaufwand pro Berufsberatung (Allgemeine Berufsberatung / Bezirksjugendsekretariate, A3)	P	1 062	1 150	1 079	-71
Abweichungsbegründungen						
W1	Der Vorjahreswert wurde übertroffen, das Ziel noch nicht ganz erreicht. Die Steigerung konnte durch zusätzliche niederschwellige Angebote für Jugendliche mit besonderen Schwierigkeiten im Berufswahlprozess bewirkt werden (Mentoring-Projekt «Ithaka», aufsuchende Beratungsangebote im Rahmen der Zusammenarbeit von Berufsberatung und Sekundarschulen, Schulhaussprechstunden und Klasseninfos).					
L1	Die eigentlichen Beratungszahlen haben sich den Erwartungen entsprechend entwickelt.					
B1	Die nahezu unveränderten Beratungszahlen führten bei stabilen Kosten zu gleichbleibenden Durchschnittskosten je Beratung.					

7403 Fonds Teilverlegung der Universität

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Dieses Globalbudget stellt in Form eines Fonds die Investitionsausgaben und Bundeseinnahmen für Bauten auf dem Irchelareal der Universität dar. Der Fonds wurde 1971 zur Tilgung der durch die Teilverlegung der Universität entstehenden und vom Kanton zu tragenden Baukosten per Gesetz (Gesetz über die Teilverlegung der Universität vom 14. März 1971) geschaffen. In dieser Leistungsgruppe werden die Abschreibungen und Zinsen gemäss den Bilanzwerten der Liegenschaft der Universität Irchel sowie der Eingang der Bundessubventionen für die 1.–4. Bauetappe verbucht. Die Investitionen der 5. und 6. Bauetappe sind in der Leistungsgruppe 7401 enthalten, da sie nicht mehr Bestandteil des Projekts «Teilverlegung der Universität» sind.
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag		0,0		0,0
Rückerstattung aus Laufender Rechnung		0,0		0,0
Aufwand		0,0		0,0
Abschreibungen		0,0		0,0
Zinsen		0,0		0,0
Saldo		0,0		0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
--	-----	--------	--------	---------	--------------------------

Wirkungen

W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt.

Leistungen

L1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt.

Wirtschaftlichkeit

B1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt.





Baudirektion

Die Baudirektion trägt in vielfältiger Weise dazu bei, dass der Kanton Zürich ein nachhaltig attraktiver Standort ist und bleibt. Sie plant und koordiniert die gesamträumliche Entwicklung, erstellt öffentliche Infrastrukturen wie Spitäler, Schulen oder Verkehrswege, engagiert sich für die Zürcher Land- und Forstwirtschaft, gestaltet den Zürcher Lebens- und Wirtschaftsraum und sichert das kulturelle Erbe (Archäologie, Denkmalpflege und historische Ortsbilder). Sie setzt sich ein für Landschaft und Natur, für Wälder und bedrohte Tier- und Pflanzenarten, für saubere Flüsse, Seen und Luft sowie für eine effizientere Energienutzung.

Planungs- und Bautätigkeit

Im Rahmen der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans wurde unter der Leitung des Amtes für Raumentwicklung (ARE; bis 30.9. ARV) die Anhörung ausgewertet, ferner erfolgte die Überarbeitung der Richtplandokumente. Dies geschah unter dem intensiven Einbezug aller Planungsträger. Die Regionen wurden eingeladen, ihre Richtpläne einer Gesamtüberarbeitung zu unterziehen, insbesondere um Grundlagen für die Agglomerationsprogramme des Bundes bereitzustellen.

Bei der Schaffung der Grundlagen zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Raumplanung wirkte das ARE massgeblich mit. Zur Wahrnehmung der kantonalen Interessen wurden für verschiedene Schlüsselgebiete sowohl im Siedlungs- als auch im Landschaftsraum vertiefende Planungen ausgelöst, bearbeitet und begleitet. Der Regierungsrat formulierte Eckwerte für die künftige Entwicklung des Flugplatzareals Dübendorf, und für das Rafzerfeld konnten Fragen zur Ablagerung von sauberem Aushub geklärt werden.

Für das geologische Tiefenlager wurde im Rahmen des Sachplanverfahrens die Suche nach geeigneten Lagerstandorten fortgesetzt. Sechs Standorte wurden zur weiteren Untersuchung vorgeschlagen. Zwei davon liegen im Nordosten des Kantons. Das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) prüfte die technischen Berichte, unterstützte die betroffenen Gemeinden und informierte die Bevölkerung zwei Mal mit dem Fachbulletin «Standpunkt». Bei den laufenden Sachplanprozessen des Bundes zum geologischen Tiefenlager leistete das ARE massgebliche Beiträge.

Unter Leitung des Immobilienamtes erarbeiteten die Gesundheits- und die Bildungsdirektion Grundlagen, um den Standortentscheid für die universitäre Medizin – im Zentrum oder «auf der grünen Wiese» – fundiert vorzubereiten. Das Projektziel ist eine gesamtheitliche strategische Entwicklungsplanung für die bauliche Infrastruktur sowohl des Universitätsspitals Zürich (USZ) als auch der medizinbezogenen Bereiche der Universität Zürich (UZH).

Am 7. September des Berichtsjahres wurde der Waldentwicklungsplan (WEP) durch die Baudirektion festgesetzt. Damit wurde für den Zürcher Wald eine Waldnutzung und -entwicklung festgelegt, die auf die lokal bedeutsamen Waldfunktionen (Holznutzung, Schutz, biologische Vielfalt, Erholung) und die naturräumlichen Standortgegebenheiten abgestimmt ist.

Das Hochbauamt (HBA) konnte im Berichtsjahr den Neubau Kleintierklinik Universität Zürich, den Neubau Bezirksgebäude Dietikon, die Erweiterung der Webmaschinensammlung Neuthal in Bäretswil und die Gesamtsanierung der Kantonsschule Hohe Promenade erfolgreich abschliessen und einweihen. Darüber hinaus befasste es sich unter anderem mit Bauvorhaben der Personalvorsorge BVK sowie mit zwei grossen Mietobjekten (Toni-Areal und Sihlpost).

Bewirtschaftung

Das Immobilienamt (IMA) legte dem Regierungsrat im April die Grundstrategie Immobilien Kanton Zürich zur Genehmigung vor. Der Entscheid ist noch offen. Diese Strategie sieht vor, dass die Immobilienverantwortlichen für die internen und externen Nutzer bestmögliche bauliche sowie infrastrukturelle Voraussetzungen zur Unterstützung der Erfüllung ihrer Aufgaben hervorbringen. Die Bewirtschaftung entspricht wirtschaftlichen, ökologischen und fallweise auch denkmalpflegerischen Anforderungen und richtet sich nach der jeweiligen Nutzungsart und Objektstrategie. Um die Betriebskosten zu optimieren, werden die Anforderungen der Gebäudebewirtschaftung bereits während der Planung von Neu- und Umbauten berücksichtigt.

Im Sommer und Herbst des Berichtsjahres wurden sämtliche Liegenschaften (bebaute und unbebaute Grundstücke) im allgemeinen Finanzvermögen besichtigt und auf Zustand und Potenzial beurteilt. Viele Liegenschaften (bebaute Grundstücke) befinden sich in einem baulich ungenügenden und einzelne sogar in besorgniserregendem Zustand. Dies ist insbesondere auf die vernachlässigte Instandsetzung in den letzten Jahren zurückzuführen.

Die Tourismusdestination Schloss Laufen am Rheinfluss konnte am 28. März feierlich wiedereröffnet werden. Die Erneuerung des Gastronomie-, Veranstaltungs- und Verkaufskonzeptes, das Bekenntnis zur Berücksichtigung von lokalen Produkten sowie aktive Vermarktungsmassnahmen bilden die Grundlage für einen erfolgreichen Betrieb. Mit der gleichzeitigen Umsetzung eines einheitlichen und flexiblen Ticketing- und Kassensystems unter Einbezug aller Angebote wurden für Naherholende und für Touristinnen und Touristen vielfältige Möglichkeiten eröffnet und beste Voraussetzungen geschaffen, den Besucherrückgang zu stoppen, die Aufenthaltsdauer zu verlängern und dadurch die Wertschöpfung für den Kanton und die Region zu sichern.

Schutz und Erhaltung

Im Natur- und Heimatschutzfonds wurden im Rahmen des Naturschutz-Gesamtkonzeptes Mittel für Projekte und Schutzobjekte verwendet. Dazu wurden zahlreiche Unterhalts- und Pflegemassnahmen zur Förderung der Biodiversität durchgeführt (z.B. Pflege lichter Waldflächen, Aufwertung Magerwiesen).

Das UNO-Jahr der Biodiversität wurde zum Anlass einer Informationsoffensive genommen. Am Tag der Artenvielfalt (12. Juni) erhoben Expertinnen und Experten an verschiedenen Standorten im Kanton die Artenvielfalt. Die Bevölkerung konnte diese Arbeiten vor Ort mitverfolgen und sich über die Ergebnisse sowie die Leistungen des Kantons für die Erhaltung der Artenvielfalt informieren lassen. Der Kanton Zürich trat im Februar als Gastkanton an der Messe Natur 2010 in Basel auf.

Für die Archäologie und Denkmalpflege stellten die Wiedereröffnung des im Jahr 2007 durch einen Brand zerstörten Zunfthauses zur Zimmerleuten in Zürich sowie die Einweihung der europaweit einzigartigen Sammlung von gut 60 historischen Webstühlen und Webmaschinen im Industrie-Ensemble Neuthal die Höhepunkte im Berichtsjahr dar. Daneben erfolgten zahlreiche Rettungsgrabungen und Baubegleitungen. Die grossflächigen Ausgrabungen im Bereich des geplanten Installationsplatzes für den Ausbau des Gubrist-Tunnels (Autobahnbau) konnten abgeschlossen werden. Im Zusammenhang mit der von der Stadt Zürich durchgeführten Ausgrabung Opéra war die gesamte Nassfundkonservierung (kantonale Aufgabe) zu organisieren. Einen weiteren Schritt voran kam die internationale Unesco-Welterbe-Kandidatur «Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen». Die offizielle Übergabe des Dossiers erfolgte im Januar in Paris.

Energieplanungsbericht 2010

Der vom Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) erarbeitete und am 17. November vom Regierungsrat beschlossene Energieplanungsbericht 2010 zeigt, dass der Pro-Kopf-Verbrauch an Strom und Treibstoff in den letzten Jahren stabil war, während der CO₂-Ausstoss und insbesondere der Wärmebedarf leicht abnahmen. Der Gesamtenergiebedarf im Kanton Zürich von 38 800 GWh liegt jedoch infolge der weiterhin steigenden Bevölkerungszahl leicht über dem Wert von 2006. Mit Vorlage 4744 wird dem Kantonsrat beantragt, den Energieplanungsbericht zu genehmigen.

Interne Reorganisation und Entwicklung

Das bisherige Amt für Raumordnung und Vermessung (ARV) wurde auf den 1. Oktober zum Amt für Raumentwicklung (ARE). Der Begriff Raumentwicklung steht für das gesamte Aufgabenspektrum des Amtes: vom Planen und Bewilligen über das Bewahren und Schützen bis zum Dokumentieren und zur Aufbereitung von Grundlagen. Auch die Struktur des Amtes hat sich geändert, um beste Voraussetzungen für eine konstruktive und effiziente Zusammenarbeit mit anderen Behörden, mit allen Planungspartnern und allen weiteren Geschäftspartnern zu schaffen. Einzelne Fachabteilungen wurden zusammengelegt, ein Bereich (Bauen ausserhalb Bauzonen) wurde aus dem Generalsekretariat der Baudirektion herausgelöst und neu in das Amt für Raumentwicklung integriert.

Der Strickhof wurde zum überkantonalen landwirtschaftlichen Kompetenzzentrum weiterentwickelt. Die Vorarbeiten für die Integration des Berufsbildungszentrums Wädenswil auf den 1. Januar 2012 wurden vorangetrieben. Eine Vorstudie für ein gemeinsames Rindviehzentrum von Strickhof, ETH und Universität Zürich in Lindau liegt vor. Zudem wurde das Amt für Landschaft und Natur (ALN) von der Baudirektion und der Bildungsdirektion beauftragt, ab dem Schuljahr 2011/2012 die Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen unter die organisatorische Führung des Strickhofs zu stellen. Im Schuljahr 2010/2011 wurden am Strickhof wie im Vorjahr 1600 Berufslernende ausgebildet und 200 Anlässe der beruflichen Weiterbildung durchgeführt.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	689,4	621,3	763,9	142,6
Aufwand	–952,1	–897,0	–1 027,4	–130,4
Kreditübertragungen aus 2009		–3,3		
Nachtragskredite		–1,1		
Saldo	–262,7	–275,7	–263,5	12,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	167,1	146,1	116,1	–30,0
Ausgaben	–340,1	–472,1	–275,2	196,9
Kreditübertragungen aus 2009		–17,8		
Saldo	–173,0	–326,0	–159,1	166,9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 337,2	1 368,7	1 337,1	–31,6

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 142,6 Mio. Franken oder 23,0% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +95,4 Tiefbauamt (8400): Grössere Abweichungen im Ertrag und Aufwand, die sich gegenseitig aufheben (Saldoneutralität). Relevant für den Budgetkredit ist der Ertrag aus dem Übertrag vom Strassenfonds, der um 14,5 Mio. Franken höher als Budget ausgefallen ist.
- +29,5 Liegenschaftenerfolg (8710): Hauptursache sind Buchgewinne aus der Veräusserung von Liegenschaften in der Höhe von 27,0 Mio. Franken.
- +11,2 Amt für Landschaft und Natur (8800): Hauptursache sind die durchlaufenden Beiträge, die um 11,0 Mio. Franken höher ausgefallen sind. Sie führen jedoch zu einem Mehraufwand in gleicher Höhe und sind deshalb saldoneutral.
- +8,8 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (8500): Mehrerträge aufgrund verschiedener Ursachen. Zum Teil stehen diesen Erträgen wieder gleich oder ähnlich hohe Aufwände gegenüber, somit sind sie saldoneutral.

Der Aufwand liegt um 130,4 Mio. Franken oder 15,5% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen sind:

- 95,4 Tiefbauamt (8400): Grössere Abweichungen im Ertrag und Aufwand, die sich gegenseitig aufheben (Saldoneutralität). Der Budgetkredit des Tiefbauamtes, der dem Übertrag vom Strassenfonds entspricht ist um 14,5 Mio. Franken überschritten worden, was hauptsächlich auf höheren betrieblichen und baulichen Strassenunterhalt von 13,0 Mio. Franken zurückzuführen ist.
- 23,7 Altlasten (8510): Hauptursache ist die Bildung einer Rückstellung für die Sanierung der Schiessanlagen im Kanton Zürich in der Höhe von 26,4 Mio. Franken.
- 13,1 Liegenschaftenerfolg (8710): Hauptursachen sind die Erhöhung von Rückstellungen für latente Steuern (–5,0 Mio. Franken) und Wertberichtigungen auf Liegenschaften des Finanzvermögens (–6,1 Mio. Franken).

- 8,1 Amt für Landschaft und Natur (8800): Hauptursache sind die durchlaufenden Beiträge, die um 11,0 Mio. Franken höher ausgefallen sind. Sie führen jedoch zu einem Mehrertrag in gleicher Höhe und sind deshalb saldoneutral. Daneben gibt es noch Minderaufwände aufgrund verschiedener Ursachen.
- +6,5 Immobilienamt (8700): geringere Aufwände aus verschiedenen Ursachen wie Kapitalfolgekosten (+1,9 Mio. Franken: Abschreibungen und Zinsen), Aufwand für Büromobilien (1,7 Mio. Franken), Ver- und Entsorgung, Liegenschaftenunterhalt, Personal, Telematik und Informatik.

Investitionsrechnung

Die Investitionseinnahmen sind um 30,0 Mio. Franken oder 20,5% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 22,8 Tiefbauamt (8400): Ausserordentlicher Bundesbeitrag im Rahmen des Agglomerationsprogramms (+15,5 Mio. Franken) und geringere Investitionseinnahmen im Staatsstrassenbau (-15,0 Mio. Franken) sowie im Nationalstrassenbau (-23,3 Mio. Franken)
- 5,1 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (8500): Geringere erhaltene Investitionsbeiträge und Rückerstattungen für Hochwasserschutzprojekte und geringere durchlaufende Investitionsbeiträge in den Bereichen Gewässer- und Hochwasserschutz.

Die Investitionsausgaben sind um 196,9 Mio. Franken oder 41,7 % unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +116,2 Immobilienamt (8700): Hauptursachen sind die Sistierung des Projektes PJZ (105,5 Mio. Franken) sowie die Nichtbeanspruchung der Reserve für Hochbauinvestitionen des Regierungsrates (8,0 Mio. Franken). Daneben gab es bei verschiedenen Hochbauprojekten Mehr- und Minderausgaben aufgrund diverser Einflüsse.
- +57,5 Tiefbauamt (8400): Projektverzögerungen im Staatsstrassenneubau (+35,3 Mio. Franken) und geringere Investitionsausgaben im Nationalstrassenbau (+22,4 Mio. Franken)
- +18,0 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (8500): Geringere Investitionsbeiträge im Bereich Energie (+8,9 Mio. Franken) und geringere Wasserbauinvestitionen (+7,1 Mio. Franken) sowie geringere durchlaufende Investitionsbeiträge (+1,4 Mio. Franken)

Personal

- 28,6 Unterschreitung des Beschäftigungsumfangs in allen Leistungsgruppen in der Grössenordnung zwischen 0,4%–3,5% durch die zeitweise Nichtbesetzung von Stellen oft infolge von Lücken zwischen zwei Beschäftigungen (Rotationsgewinne).
- 3,0 Abbau von Reinigungspersonal durch natürliche Fluktuation in der Leistungsgruppe Nr. 8700, Immobilienamt.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden Ausgaben für folgende bedeutende Investitionsprojekte getätigt:

Investitionen				
Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2010	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Neubau Bezirksgebäude, Dietikon	-22,6	-60,0	-63,2	3,2
Sanierung Hauptgebäude Rechberg, Zürich (Projektierungskredit)	-0,3	-1,3	-0,8	-0,5
Neubau Polizei- und Justizzentrum, Zürich (Projektierungskredit)	-8,5	-34,3	-35,7	1,5
Ersatzneubau Stampfenbachstrasse 28/30, Zürich (Projektierungskredit)	-0,7	-1,0	-0,7	-0,3
Thurmündung/Rhein, Hochwasserschutz und Auenlandschaft, Ausführung	-3,9	-53,6	-17,1	-36,5
Bau Hochwasserrückhaltebecken an der Eulach in Winterthur, Hegmatten (Projektierungskredit)	-0,1	-1,1	-0,9	-0,2
Beitrag des Kantons Zürich an die Sanierung des Linthkanals	-1,8	-7,5	-6,3	-1,2
Neubau Westumfahrung der Stadt Zürich (N 4.1.4 / N 4.1.5 / N 20.1.4)	-86,6	-3 116,9	-2 923,0	-194,0
Neubau N 4 Knonaueramt (N 4.1.6 / N 4.1.7)	-49,0	-1 237,3	-864,7	-373,6
Entschädigungen des Bundes für Nationalstrassen 2010 für Westumfahrung und Knonaueramt	108,4			
Neubau Einhausung Schwamendingen, Zürich	0,0	-51,4	0,0	-51,4
Summe der übrigen Nettoinvestitionen	-94,1			

Neubau Polizei- und Justizzentrum (PJZ): Der Kantonsrat hat den Objektkredit für das PJZ nicht bewilligt und das PJZ-Gesetz aufgehoben. Dagegen wurde das Referendum ergriffen, weshalb das Projekt vorderhand sistiert ist.

Neubau Einhausung Schwamendingen: Das Projekt wird neu durch das Bundesamt für Strassen (ASTRA) verwirklicht. Der Kanton Zürich beteiligt sich in Form eines Staatsbeitrags am Projekt, der durch die Volkswirtschaftsdirektion ausgerichtet wird. Im KEF 2012–2015 wird das Projekt nicht mehr aufgeführt.

Leistungsgruppen

8000 Generalsekretariat

Hauptereignisse

Umweltbericht 2010

Die neueste Ausgabe des Umweltberichts vermittelt eine aktualisierte Gesamtschau über die Umweltauswirkungen menschlicher Tätigkeiten sowie über den Zustand einzelner Umweltbereiche wie Luft, Wasser oder Boden. Weiter informiert der Bericht über die wichtigsten Umweltziele des Kantons Zürich und beurteilt deren Erreichung. Zudem werden Massnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation aufgezeigt. Wie bereits der letzte Bericht zeigt auch die neueste Ausgabe auf, in welchen Bereichen sich der Kanton Zürich auf Kurs befindet und wo verstärkte Anstrengungen gefragt sind. Insgesamt kommt der Bericht zum Schluss, dass der Umweltschutz im Kanton in vielen Bereichen ein sehr hohes Niveau erreicht hat. Für eine weitere Verbesserung der Umweltqualität braucht es sowohl einen bewussteren Umgang mit den Ressourcen als auch geeignete ökonomische Anreize.

Der Umweltbericht bildet neu eine Grundlage für die Lagebeurteilung des Regierungsrates, welche gegen Ende der Legislatur 2007–2011 durchgeführt wird. Um diese neue Funktion zu erfüllen, wurde er terminlich auf den Erarbeitungsprozess der Legislaturziele abgestimmt und erscheint deshalb – in reduziertem Umfang – bereits zwei Jahre nach der letzten Ausgabe.

Controlling

Der Prozess zur Erarbeitung der Massnahmen des Sanierungsprogrammes San10 wurde koordiniert und unterstützt sowie im KEF 2011–2014 umgesetzt. Ein Baudirektionsprojekt zur Überprüfung und Verbesserung des Controllings von Bauprojekten (Hochbau, Tiefbau und Wasserbau) wurde durchgeführt. Aus den Teilprojekten sind neue Instrumente und Prozesse für die Planung, Berichterstattung und Steuerung von Bauprojekten entwickelt worden, die 2011 schrittweise eingeführt werden. Das Leistungscontrolling wurde durch die Einführung eines Indikatorenbewirtschaftungssystems gestärkt. Damit werden ab dem Geschäftsbericht 2010 alle Indikatoren der Baudirektion (Leistungs-, Wirtschaftlichkeits- und Wirkungsindikatoren) in einem zentralen System erfasst, geplant und berichtet.

Informatik

Die Abteilung Organisation und Informatik hat die sechsjährige Client-Infrastruktur komplett erneuert. Die rund 1250 EDV-Arbeitsplätze wurden zwischen August und Oktober mit neuer Hard- und Software ausgerüstet. Mit der neuen Infrastruktur verfügen die Benutzer über eine zeitgemässe Arbeitsumgebung, die gemäss der langfristigen Planung wiederum fünf Jahre in Betrieb sein soll. Die neue Hardware ergibt zudem praktisch eine Halbierung des bisherigen Energieverbrauches gegenüber der alten Client-Infrastruktur.

Neu wird seit dem Frühling des Berichtsjahres auch der IT-Support für die Staatskanzlei durch die Organisation+Informatik erbracht. Im November wurde die Staatskanzlei mit der identischen Client-Infrastruktur ausgerüstet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Managementsupport für die Direktion und die Leistungsgruppen der Baudirektion (insbesondere Controlling, Finanzen, Informatik, Kommunikation, Organisationsentwicklung, Personal, Politik, Recht und Beschaffungswesen)
A2	Leitung und Koordination des Natur- und Heimatschutzfonds sowie des Denkmalpflegefonds
A3	Rechtsetzung insbesondere in den Bereichen Planung, Bau und Umwelt
A4	Leitung Baubewilligungsverfahren, formelle/materielle Koordination Baubewilligungen, Beratung von Gemeinden und Bauherren bezüglich Bauverfahren
A5	Erbringung von Querschnittsleistungen im Bereich Umwelt, Mitberichtsverfahren UVP, Umweltberichterstattung, vollzugsunterstützende Information, Ökologische Beschaffung, Beratung und Dokumentation

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Konzentration auf die Kerngeschäfte / Effizienzsteigerungen / straffes Kostenmanagement Planmässig Der Bereich Bauen ausserhalb Bauzonen wurde aus dem Generalsekretariat herausgelöst und in das Amt für Raumentwicklung integriert. Ein Projekt zur Verbesserung des Controllings von Bauprojekten wurde durchgeführt; neue Planungs-, Steuerungs- und Reportinginstrumente und -prozesse werden 2011 schrittweise eingeführt. Massnahmen des Sanierungsprogramms San10 wurden erarbeitet und im KEF 2011–2014 umgesetzt.	bis 2012
E2	Teilrevision Planungs- und Baurechte Verzögert Für die zwei Teilrevisionen des Planungs- und Baugesetzes (PBG) in den Bereichen Verfahren und Rechtsschutz sowie Behindertengerechtes Bauen wurden nach planmässiger Auswertung der Vernehmlassung die Arbeiten an den Vorlagen auf Projektstufe abgeschlossen. Die Vorlagen werden voraussichtlich im Februar 2011 vom Regierungsrat beschlossen werden können. Beim Teilprojekt «Parkierungsregelungen und stark verkehrs-erzeugende Nutzungen» sind die Stellungnahmen in der Vernehmlassung sehr kontrovers ausgefallen. Die Baudirektion hat eine vertiefte Analyse vorgenommen und ist zum Schluss gekommen, dass eine Überarbeitung der Vorlage notwendig ist. Diese Arbeiten konnten im dritten Quartal begonnen werden. Im Sommer 2011 wird eine überarbeitete Vorlage dem Regierungsrat vorgelegt werden können. Betreffend den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) ist ein Entwurf über eine mögliche Umsetzung im Kanton Zürich vorhanden. Der weitere Verlauf im Hinblick auf einen Beitritt des Kantons Zürich zur IVHB soll 2011 geklärt werden. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2011 verschoben.	2010
E3	Umsetzung Personalpolitik und Personalmanagement-Strategie Planmässig Im Bereich Stärkung der Personalbereiche wurden verschiedene Massnahmen zur Optimierung der Prozesse und der Qualitätssicherung getroffen. Das Lohnanteilprojekt zur Bereinigung der Einstufung von Informatikstellen wurde umgesetzt. Im Bereich der Personalentwicklung hat die Baudirektion intern neue Führungsgrundsätze erarbeitet und verabschiedet, deren Umsetzung in den Ämtern 2011 erfolgen wird. Zudem wurde im Berichtsjahr die Mitarbeiterumfrage zum dritten Mal durchgeführt; aufgrund der Ergebnisse wurden ämterspezifische Massnahmen definiert, welche nun umgesetzt und in den kommenden Jahren evaluiert werden. Neu veranstaltet die Baudirektion für die Mitarbeitenden seit dem Berichtsjahr Anlässe zum Thema Gesundheitsprävention.	2011

E4	Umsetzung Controllingkonzept/Indikatorenbewirtschaftungssystem Abgeschlossen	2010
	Das Leistungscontrolling wird durch die Einführung eines Indikatorenbewirtschaftungssystems, welches erstmals für den Geschäftsbericht 2010 zum Einsatz kommt, unterstützt.	

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	15,6	17,1	16,1	-1,0
Aufwand	-46,4	-48,6	-46,2	2,4
Übertrag in den NHS-Fonds (8910)	-18,0	-18,0	-18,0	0,0
Saldo	-30,8	-31,5	-30,2	1,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,1	-3,8	-3,6	0,2
Saldo	-0,1	-3,8	-3,6	0,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	88,3	90,7	88,8	-1,9

Erfolgsrechnung

Die zentrale Informatik der Baudirektion verrechnet ihre Leistungen den Nutzern zu 100% und beeinflusst somit den Saldo der Erfolgsrechnung nicht. Es ergeben sich aber saldoneutrale Bewegungen in Aufwand und Ertrag:

- +1,2 Geringerer Informatikaufwand infolge geringerer Kosten für die Client-Migration (Gesamterneuerung Hard- und Software) sowie Verzögerung anderer Projekte
- 1,2 Tiefere Erträge aus Verrechnungen von Informatikleistungen an die Ämter der Baudirektion infolge geringeren Informatikaufwands
- +0,7 Geringerer Aufwand für Stabsleistungen vor allem aufgrund von geringerem Personalaufwand (geringerer Beschäftigungsumfang) sowie geringeren Dienstleistungen Dritter
- +0,4 Geringerer Personalaufwand im Bereich Human Resources aufgrund von geringerem Beschäftigungsaufwand sowie weniger Personalwerbung
- +0,2 Höhere Nettoerträge für Baubewilligungen

Investitionsrechnung

- 0,4 Höhere Ausgaben für die Client-Migration infolge Kompatibilitätsproblemen bestehender Software mit der neuen Betriebsumgebung
- +0,6 Neben der Gesamterneuerung Hard- und Software wurden weniger Informatikprojekte verwirklicht

Personal

- 1,9 Geringerer Beschäftigungsumfang aufgrund von verschiedenen Vakanzen

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Kundenzufriedenheit aller Dienstleistungen (Kundenbefragung alle drei Jahre) (A1)	min.	-	75%	-	-
W2	Arbeitnehmerszufriedenheit ganze Baudirektion (Personalbefragung alle drei Jahre) (A1)	min.	-	-	74%	-
W3	Standard Service und Helpdesk erfüllt (Vereinbarung mit den Ämtern) (A1)	min.	86%	80%	74%	-6%
Leistungen						
L1	Anzahl betreute Mitarbeitende in der Baudirektion pro HR-Stelle (HR-Administration) (A1)	min.	122	125	131	6
L2	Anzahl betreuter Informatikarbeitsplätze pro Supporterstelle (Helpdesk, First- und Second-Level-Support; Benchmark: gut > 150) (A1)	min.	205	190	200	10
L3	Einhaltung der internen kantonalen Fristen für Baugesuche (A4)	min.	81%	80%	83%	3%
L4	Einhaltung der gesetzlichen Fristen für Umweltverträglichkeitsprüfungen (A5)	min.	78%	90%	92%	2%
L5	Verhältnis der Ausbildungskosten zu den Bruttolohnkosten für die gesamte Baudirektion (Benchmark: 1-3%) (A1)	min.	1,3%	1,3%	1,4%	0,1%
Abweichungsbegründungen						
W1	Der Indikator wird alle drei Jahre erhoben. Die nächste Erhebung ist für 2011 geplant.					
W2	Der Indikator wird alle drei Jahre erhoben. Die Arbeitnehmerszufriedenheit gegenüber der letzten Erhebung ist um 2% gestiegen.					
W3	Das durch die Client-Migration bedingte hohe Supportaufkommen hat zu einer deutlichen Erhöhung der Erledigungszeiten in der zweiten Jahreshälfte geführt. Für 2011 ist wieder mit normalen Werten zu rechnen.					
L1	Das Betreuungsverhältnis ist infolge vorübergehender Vakanzen aufgrund von Personalwechseln leicht angestiegen.					
L2	Mit der Übernahme des Informatik-Supports für die Staatskanzlei hat sich die Anzahl der zu betreuenden Arbeitsplätze erhöht; gleichzeitig wurde ab Mai des Berichtsjahres ein Informatik-Supporter mit einem Arbeitspensum von 80% von der Staatskanzlei übernommen. Im Budgetwert 2010 war die Zunahme der Arbeitsplätze im 2009 in der Baudirektion noch nicht berücksichtigt (vgl. auch Rechnung 2009).					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	345 589	-9 533	50 000	386 055	40 467

Auflösung Rücklagen 2010:

- davon Fr. 9533 für Früchte und übrigen Personalaufwand

Bildung von Rücklagen 2010:

- Die Aufgaben und Projekte konnten nur durch zusätzliche Arbeitsstunden des Personals bewältigt werden. Von den dadurch entstandenen Gleitzeitguthaben sind im Berichtsjahr über 900 Stunden entschädigungslos verfallen. Dadurch konnte auf den Bezug zusätzlicher, externer Ressourcen verzichtet werden.

8100 Hochbauamt

Hauptereignisse

Planung und Bau

Auch im Berichtsjahr entsprach das Auftragsvolumen im Hochbauamt etwa der Grössenordnung des Vorjahres. Eine hohe Anzahl von Bauaufträgen, Machbarkeitsstudien und Wettbewerben generierte ein Planungs- und Bauvolumen von annähernd 455 Mio. Franken. Zusätzlich wurden auch einzelne Bauvorhaben der Personalvorsorge BVK sowie die zwei grossen Mietobjekte der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) «Toni-Areal» sowie der Pädagogischen Hochschule (PHZH) «Sihlpost» weiter bearbeitet. Einmal mehr zeigte sich hier, dass hochkomplexe Mieterausbauprojekte, ähnlich wie PPP-Projekte, einen hohen Betreuungsaufwand abverlangen, da die komplizierten Bauherrenverhältnisse mit privaten Eigentümern bzw. Investoren und dem kantonal verantworteten Mieterausbau zusätzliche und in der Betreuung aufwendige Schnittstellen im Projektmanagement erzeugen.

Erfolgreich abgeschlossen und eingeweiht werden konnten im Berichtsjahr der Neubau Kleintierklinik Universität Zürich, der Neubau Bezirksgebäude Dietikon, die Webmaschinensammlung Neuthal in Bäretswil, die Gesamtsanierung der Kantonsschule Hohe Promenade in Zürich sowie das touristische Gesamtkonzept Schloss Laufen mit dem Umbau des neuen Besucherzentrums und der Neuinszenierung einer ausserordentlichen touristischen Attraktion am Rheinfl. Es gelang umfassend, den Kosten- und Terminaspekten und der Aufgabe zur Förderung der Baukultur bei öffentlichen Bauten projektspezifisch und adäquat gerecht zu werden.

Stellvertretend für die im Berichtsjahr durchgeführten, zahlreichen Wettbewerbsverfahren sollen an dieser Stelle die beiden Wettbewerbe des Ersatzbaus Hochhaus Kantonsspital Winterthur und das Neunutzungskonzept Klosterinsel Rheinau aufgeführt werden.

Mit der Ablehnung des Objektkredits für das Grossprojekt Polizei- und Justizzentrum Zürich (PJZ) im September des Berichtsjahres durch den Kantonsrat musste das Hochbauamt die Betreuung und Bauherrenvertretung des grössten eigenen Hochbauprojektes einstweilen einstellen. Dies zu einem Zeitpunkt, als das mit den Nutzerdirektionen abgestimmte und hinsichtlich Kosten konsolidierte Projekt, die Baubewilligung, wenn auch rekuriert, der detaillierte Kostenvoranschlag sowie die Generalunternehmersubmission termin- und phasengerecht vorlagen.

Beiträge und Beratung

Die Anzahl der abgeschlossenen Geschäfte bei den Staats- und Fonds-Beitragsgesuchen liegt mit 387 bearbeiteten Gesuchen etwa im Bereich des Vorjahres. Die Investitionskosten der darin enthaltenen, kostenerfassten Projekte belaufen sich auf rund 384 Mio. Franken.

Kunstsammlung Kanton Zürich

Auch im Berichtsjahr hat die Popularität der Kunstsammlung Kanton Zürich weiter zugenommen. Aus den Sammlungsbeständen wurden über 60 Kunstgestaltungsprojekte realisiert. Zahlreiche Kunstwerke wurden als Leihgaben in wichtigen Museumsausstellungen präsentiert. Mitarbeitende der kantonalen Verwaltung machen regen Gebrauch vom Angebot für die Ausleihe von Kunstwerken für den Arbeitsplatz. Ein Konzept für die Publikation der Kunstwerke ist in Vorbereitung.

Erhebungen und Schlussfolgerungen

Bei der im Berichtsjahr für den Management Review durchgeführten Ermittlung des Investitionsvolumens konnte festgestellt werden, dass das in den vergangenen Jahren jeweils angeführte Planungs- und

Bauvolumen unvollständig wiedergegeben wurde. Das im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtungsweise ermittelte Gesamtinvestitionsvolumen, welches über einen Zeitraum von durchschnittlich 8,5 Jahren in Bearbeitung ist, beträgt knapp 3,9 Mrd. Franken bzw. rund 455 Mio. Franken pro Jahr. Bei dieser Ermittlung noch nicht berücksichtigt sind die eingangs erwähnten Vorhaben der Beamtenversicherungskasse und die Investitionen in den Grundausbau bei den ebenfalls erwähnten Mieterausbauprojekten von rund 502 Mio. Franken.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Auftrag: Planung und Bau von Neu- und Umbauten, Erneuerungen und Unterhalt im Auftrag der Fachdirektionen, Ämter und Betriebe. Leistungen: Projektmanagement Bauherrschaft, Planerleistungen Bau, Instandhaltung, Unterhaltsplanung Liegenschaften Verwaltungsvermögen
A2	Beurteilung staatsbeitragsberechtigter Vorhaben im Auftrag der Fachdirektionen und Ämter
A3	Betreuung Kunstsammlung Kanton Zürich: Inventarführung, künstlerischer Schmuck für öffentliche Zonen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Bereitstellung staatlicher Hochbauten zu angemessenen Kosten, unter Berücksichtigung gesellschaftlicher, städtebaulicher, architektonischer und ökologischer Anliegen Planmässig Für alle grösseren Projekte wird gemäss den Vorgaben des Beschaffungswesens ein spezifisches Wettbewerbsverfahren durchgeführt. Neben der städtebaulichen und architektonischen Beurteilung werden auch vertiefte Vorprüfungen zu den Kosten und den energetischen und ökologischen Anforderungen durchgeführt. Für sämtliche Projekte gelten die Vorgaben aus dem zertifizierten Qualitätsmanagement (ISO 9001:2008) und Umweltmanagement (ISO 14001:2004).	2012
E2	Erstellen von Neubauten nach Minergie- oder höherwertigem Standard, Umbauten entsprechend den Möglichkeiten nach Minergie-Standard (LZ RR 9.3) Planmässig	2011
E3	Umsetzen der Grossverbraucher-Vereinbarungen bezüglich Energieeffizienz Planmässig Die kantonalen Zielvereinbarungen mit den 42 kantonseigenen Energie-Grossverbrauchern konnten grossmehheitlich abgeschlossen werden.	2012
E4	Steigern des Anteils von Recycling-Baustoffen Planmässig Bei der Verwendung von Beton werden unter Berücksichtigung der einschlägigen Normen konsequent Recycling-Zusatzstoffe eingesetzt. Der diesbezügliche Anteil soll noch gesteigert werden. Die technischen Grundlagen dazu (SIA-Merkblatt) sind seit dem Berichtsjahr vorhanden, die Messmethoden werden laufend verfeinert. In Zusammenarbeit mit dem Verein Eco-Bau werden Baustoffe ohne umweltschonende Entsorgung (Recycling, vollständige Verbrennung oder unschädliche Lagerung) von einer ökologischen Kennzeichnung ausgeschlossen. Das Hochbauamt verwendet grundsätzlich nur ökologisch gekennzeichnete Baustoffe.	2012

E5	Erarbeitung eines Programms zur energetischen Sanierung der kantonalen Bauten, Investitionsstrategie Verzögert Das Immobilienamt wird in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt bis Sommer 2011 ein Programm erarbeiten. Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde zu Beginn des Berichtsjahrs in den Zuständigkeitsbereich des Immobilienamts übertragen.	2012
E6	Öffentliche Hoch- und Tiefbauten vorbildlich gestalten (LZ RR 8.7) Planmässig Der vorbildlichen Gestaltung öffentlicher Bauten wird in allen Bauvorhaben Rechnung getragen. Sie wird im Rahmen der öffentlichen Wettbewerbsverfahren nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit und damit einer erhöhten Wertschöpfung laufend sichergestellt.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,8	1,2	0,4	-0,8
Aufwand	-20,2	-21,9	-20,3	1,7
Saldo	-19,4	-20,7	-19,8	0,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	104,4	108,8	106,4	-2,4

Erfolgsrechnung

- 0,8 Weniger Erträge für Eigenleistungen des Hochbauamts: Das Budget basierte auf der Annahme, dass die Eigenleistungen zu einem branchenüblichen Honoraransatz (KBOB-Tarif ohne Zuschlag für Gewinn und Risiko) verrechnet werden können. Mit Beschluss vom 25. November 2009 (RRB Nr. 1860/2009) wurde festgelegt, dass nur die aktivierbaren Leistungen und diese wiederum nur zum internen Personalkostensatz verrechnet werden können.
- +1,0 Geringerer Informatikaufwand durch geringere Bezüge und Projektkosten gegenüber Budget
- +0,5 Geringerer Lohnaufwand aufgrund von geringerem Beschäftigungsumfang sowie geringerer übriger Personalaufwand
- +0,2 Geringerer Aufwand für Planungen Dritter, für Drittmieten sowie für Reisekosten und Spesen

Personal

- 2,4 Vakanzen infolge verzögerter Wiederbesetzung diverser Stellen

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Gesamtausgaben zulasten Baukredite (BKP 1–9) sowie im Berichtsjahr bearbeitetes Planungs- und Bauvolumen in Mio. Fr. (A1)	P	245	500	428	-72
W2	Anteile Gesamtausgaben für Projektmanagement/Planerleistungen/ Instandhaltung in % (A1)	P	95/3/2	90/4/6	96/2/2	6/-2/-4
W3	Anzahl neu abgeschlossene Verträge Stk. (A1)	P	2 622	2 800	2 623	-177
W4	Gesamtumfang neu abgeschlossener Verträge in Mio. Franken (A1)	P	213	350	176	-174
W5	Anzahl bearbeitete Rechnungen Stk. (A1)	P	16 989	18 000	16 300	-1 700
W6	Anzahl Wettbewerbe Planer Stk. (A1)	P	7	6	7	1
W7	Umweltmanagement: Zielwerte Energie bzw. Minergie erreicht in % (A1)	min.	96	95	100	5
W8	Beiträge und Beratung: Anzahl bearbeiteter Staatsbeitragsgesuche (einschliesslich Fonds) Stk. (A2)	P	409	400	390	-10
Leistungen						
L1	Anzahl Projekte in Bearbeitung: Projektmanagement/Planerleistungen Stk. (A1)	P	538/87	400/100	574/88	174/-12
L2	Anteil mit Anlagekosten 0,1–1,0 Mio. Franken Stk. (A1)	P	338/78	220/90	356/81	136/-9
L3	Anteil mit Anlagekosten 1,0–3,0 Mio. Franken Stk. (A1)	P	67/8	60/15	83/5	23/-10
L4	Anteil mit Anlagekosten 3,0–20 Mio. Franken Stk. (A1)	P	96/1	80/-	99/2	19/2
L5	Anteil mit Anlagekosten 20–100 Mio. Franken Stk. (A1)	P	29/-	30/-	28/-	-2/-
L6	Anteil mit Anlagekosten >100 Mio. Franken Stk. (A1)	P	8/-	10/-	8/-	-2/-
L7	Anzahl Instandhaltungsaufträge (durchlaufend) Stk. (A1)	P	71	70	85	15
L8	Beiträge und Beratung: Staatsbeitragsgesuche in Stufe Projekt/ Abrechnung/andere Stk. (A2)	P	268/117/24	250/150	220/170	-30/20
Wirtschaftlichkeit						
B1	Planung und Bau: Verhältnis Aufwand HBA zu Ausgaben z. L. Baukrediten, Mittelwert pro Jahr: Projektmanagement in % (A1)	P	5,9	5,0	6,1	1,1
B2	Planung und Bau: Verhältnis Aufwand HBA zu Ausgaben z. L. Baukrediten, Mittelwert pro Jahr: Planerleistungen in % (A1)	P	10,7	6,0	17,7	11,7
B3	Planung und Bau: Verhältnis Aufwand HBA zu Ausgaben z. L. Baukrediten, Mittelwert pro Jahr: Instandhaltung in % (A1)	P	32,0	15,0	34,0	19,0
Abweichungsbegründungen						
L2+L3	Die Beschränkung des Nettoinvestitionsvolumens Hochbau führt tendenziell zum Verzicht auf grosse Bauvorhaben zugunsten zahlreicher kleinerer Bauprojekte.					
B1–B3	Die Bearbeitung kleinerer Bauprojekte hat im Verhältnis zu Grossprojekten einen überproportionalen Stundenaufwand zur Folge.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	168 821	0	100 000	268 821	100 000

Bildung von Rücklagen 2010:

- Aufgrund ausserordentlichen Einsatzes in den bauenden Bereichen konnte auf die Inanspruchnahme von Planungsleistungen Dritter verzichtet werden. Gleichzeitig waren in verschiedenen Abteilungen Personalstellen temporär vakant. Von den dadurch entstandenen Gleitzeitguthaben sind über 650 Stunden entschädigungslos verfallen.

8300 Amt für Raumentwicklung

Hauptereignisse

Das Amt für Raumordnung und Vermessung (ARV) wurde reorganisiert und führt seit dem 1. Oktober den Namen Amt für Raumentwicklung. Das Amt besteht neu aus den Abteilungen Raumplanung, Bauen ausserhalb Bauzonen, Archäologie und Denkmalpflege, Geoinformation und den Zentralen Diensten.

Weitere Informationen im Überblick der Baudirektion

Archäologie und Denkmalpflege

Im Aufgabenbereich der Archäologie und Denkmalpflege erfolgten zahlreiche Rettungsgrabungen (u. a. Opéra gemeinsam mit Stadt Zürich) und Baubegleitungen; wichtige Denkmäler wurden restauriert und neuen Nutzungen zugeführt, darunter das Zunfthaus zur Zimmerleuten in Zürich sowie die Sammlung von Webstühlen und Webmaschinen im Industrie-Ensemble Neuthal. Die Denkmalpflege legte den 18. Bericht (Jahre 2005–2006) vor, die Archäologie wartete mit zwei Monografien (Pfäffikon-Burg, Wetzikon-Robenhausen/Himmerich) auf.

Weitere Informationen im Überblick der Baudirektion

Raumplanung

Die Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans konnte weitere Etappen (Auswertung Anhörung, Gespräche mit Gemeinden, Vorbereitungen öffentliche Auflage) nehmen. Die Regionen haben mit der Revision der regionalen Richtpläne gestartet. Zu weiteren raumrelevanten Vorhaben hat die Raumplanung wichtige Beiträge geleistet.

Weitere Informationen im Überblick der Baudirektion

Geoinformation (Fachstellen Vermessung, GIS und Datenlogistik ZH)

Mit RRB Nr. 58/2008 hat der Regierungsrat die Baudirektion beauftragt, ein kantonales Geoinformationsgesetz auszuarbeiten. Hierzu wurde bis im Frühjahr 2009 ein Entwurf erstellt, der dem Kantonsrat als Antrag auf Zustimmung unterbereitet wurde (Vorlage 4703). Das Amt für Raumentwicklung hat bis Ende des Berichtsjahres die zugehörigen kantonalen Verordnungen zum kantonalen Geoinformationsgesetz zur Vernehmlassung ausgearbeitet. Die Fachstelle amtliche Vermessung hat die vollnumerische Vermessung (AV93) weiter vorangetrieben. Auf Ende des Berichtsjahres ist für über 89% der Kantonsfläche die vollnumerische Vermessung ausgeführt, rund 11% sind in Arbeit. Die Fachstelle Datenlogistik hat im Berichtsjahr zur Unterstützung der Zürcher Gemeinden wichtige technische Grundlagen für die elektronisch gestützte Volkszählung 2010 erarbeitet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Raumplanung (Orts-, Regional- und Kantonalplanung): Sach-, Richt- und Nutzungsplanung, Ortsbild- und Landschaftsschutz; Raumbewachung und -controlling
A2	Geoinformation (Vermessung, GIS-Zentrum und Datenlogistik ZH): Amtliche Vermessung, Lage- und Höhenfixpunkt-netz, Übersichts- und Spezialpläne, Geografisches Informationssystem, Datentransportsystem, Geodaten, Daten-logistik
A3	Kulturelles Erbe (Archäologie und Denkmalpflege): Inventarisierung, Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit, Schutz-massnahmen, Bauberatung, Untersuchungen, Begutachtungen, Studiensammlung/Bauteilelager

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Richtplanvorlage aufgrund der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans an den Kantonsrat zur Festsetzung überweisen (LZ RR 8.1) Verzögert Die Regionen und Gemeinden wurden vor und während der einzelnen Verfahrensschritte intensiv einbezogen. Diese Aufwendungen dürften sich allerdings bezüglich der Tragfähigkeit der Richtplanvorlage positiv auswirken.	2011
E2	Erarbeitung Nutzungskonzept Flugplatzareal Dübendorf und Festsetzung entsprechender Rahmenbedingungen (LZ RR 8.2) Abgeschlossen	2011
E3	Langfristige Erhaltung der Fruchtfolgefläche von 44 000 ha als Produktionsgrundlage für die Landwirtschaft Planmässig Die lagegenaue Erhebung geeigneter Böden wurde unter Einbezug der Gemeinden im Berichtsjahr abgeschlossen. Es hat sich gezeigt, dass der Kanton Zürich den im Sachplan vorgegebenen Mindestumfang nur unter Miteinrechnung bedingt geeigneter Fruchtfolgeflächen knapp erfüllen kann. Mit den zuständigen Stellen des Bundes wird nun abgeklärt, in welchem Umfang bedingt geeignete Flächen einbezogen werden dürfen.	2011
E4	Revision Bauordnungsrecht, Gesetzesvorlage an Kantonsrat Verzögert Dieser Entwicklungsschwerpunkt besteht aus der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) sowie der Teilrevision Parkplatzverordnung des Planungs- und Baugesetzes (PBG). Für die IVHB sind intensive Abklärungen über die Auswirkungen auf den Revisionsbedarf der Bau- und Zonenordnung der Gemeinden und auf weitere Bestimmungen des Planungs- und Baugesetzes und dessen Verordnungen notwendig. Abzuklären sind auch die Fristen für die allfälligen Anpassungen in den Gemeinden. Zur Teilrevision Parkplatzverordnung PBG wurde eine Vernehmlassung durchgeführt und die sehr divergierenden komplexen Stellungnahmen wurden ausgewertet. Für die Ausarbeitung eines Revisionsvorschlags auf das Jahr 2012 hin wurde ein Begleitgremium gebildet. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2011 verschoben.	2010

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	4,8	4,3	4,3	0,0
Aufwand	–24,2	–24,2	–22,9	1,3
Abschreibungen und Zinsen	–1,5	–1,6	–1,5	0,1
Staatsbeiträge	–0,2	–0,2	–0,3	–0,1
Kreditübertragungen aus 2009		–0,1		
Saldo	–19,4	–20,0	–18,6	1,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,4	0,6	0,7	0,1
Ausgaben	–1,4	–2,4	–2,3	0,1
Kreditübertragungen aus 2009		–0,3		
Saldo	–1,0	–1,8	–1,5	0,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	103,4	103,4	100,7	–2,7

Erfolgsrechnung

- +0,7 Weniger Lohnaufwand infolge geringeren Beschäftigungsumfangs sowie geringeren übrigen Personalaufwands
- +0,5 Tieferer Aufwand für Dienstleistungen Dritter durch Projektverzögerungen
- +0,2 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

- +0,3 Tiefere Informatikinvestitionen aufgrund Projektverzögerungen in der Datenlogistik

Personal

- 2,7 Tieferer Beschäftigungsumfang durch verzögerte Wiederbesetzungen verschiedener Stellen sowie Reduktionen des Beschäftigungsgrades

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Bauzonenbeanspruchung in m ² (A1)	max.	118,7	117	117,9	0,9
W2	Bauzonenmanagement in ha (A1)	max.	8,70	10	10,3	0,3
W3	Bauzonenverbrauch in ha (A1)	max.	151,4	130	128,3	-1,7
W4	Kundenbeziehungen Datenmanagement (A2)	min.	252	60	85	25
W5	Dienstleistungen Datentransport: Anzahl Anschlüsse (A2)	min.	119	95	175	80
W6	Dienstleistungen Datentransport: Anzahl Datentransfers (A2)	min.	656 000	420 000	694 000	274 000
W7	Dienstleistungen Datentransport: Transfervolumen in Gigabytes (A2)	min.	1 048	370	996	626
W8	Anzahl Abfragen im Intranet bezüglich GIS-Daten (A2)	min.	1 956 000	1 400 000	2 109 807	709 807
W9	Anzahl Gemeinden Vermessungswerk abgeschlossen / in Arbeit ohne KMAF § 5 KVAV (A2)	min.	148/23	155/16	154/17	-1/1
W10	Geschützter oder untersuchter Flächenanteil bei geplanten/ungeplan- ten Rettungsgrabungen an archäologischen Objekten in % (A3)	min.	68/14	65/15	77/18	12/3
W11	Kundenzufriedenheit GIS-Zentrum; Anteil Bewertung «gut oder sehr gut» in % (A2)	min.	-	80	85,8	5,8
W12	Kundenzufriedenheit Denkmalpflege: Anteil Bewertung «gut oder sehr gut» in % (A3)	min.	75	75	79,2	4,2
W13	Kundenzufriedenheit Archäologie: Anteil Bewertung «gut oder sehr gut» in % (A3)	min.	99	75	100	25
W14	Fruchtfolgefläche gemäss Sachplan des Bundes in ha (A1)	min.	1	1	44 350	-
Leistungen						
L1	Anzahl Beteiligungen an Kooperationsprojekten (A1)	min.	8	8	8	0
L2	Vollnumerisch vermessene Kantonsfläche in Bauzonen / gesamthaft in % (A2)	min.	98/87	99/88	99/89	0/1
L3	Stand Erneuerung Fixpunktnetz: aufgearbeitete Fläche in % (Lagefixpunktnetz / Höhenfixpunktnetz) (A2)	min.	100/65	100/80	100/70	0/-10
L4	Anzahl laufende Archäologieprojekte: nach Aufwandgruppen (A3)	min.	57/68/51	55/70/50	51/72/21	-4/2/-29
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad GIS-Zentrum in % (A2)	min.	99,2	100	89	-11
B2	Kostendeckungsgrad Datenlogistik ZH in % (A2)	min.	75,9	100	77,8	-22,8

Abweichungsbegründungen

W4+W5	Zusätzliche Gemeinden wurden an das Datentransportsystem angeschlossen.
W6+W7	Höhere Anzahl Datentransfers und mehr Transfervolumen durch Rollout Züri Primo / NAPEDUV (Natürliche Personen EDV-unterstützte Veranlagung)
W14	Der Indikator wurde nach Abschluss der Grundlagenarbeiten im Berichtsjahr erstmals erhoben.
L3	Es sind umfangreiche Nivellementslinien dazugekommen, die erneuert werden müssen. 100% kann deshalb erst Ende 2016 erreicht werden.
L4	Bei Flächen, die aufgrund der Vorkenntnisse als weniger informativ beurteilt wurden, sind Prioritäten zugunsten der grossen und mittleren Projekte gesetzt worden.
B1	Mit RRB Nr. 1525/2009 wird der Kostendeckungsgrad des GIS-Zentrums auf 75% reduziert.
B2	Gemäss RRB Nr. 1766/2007 fällt bei der Datenlogistik ZH die jährliche Entschädigung des Statistischen Amtes von Fr. 400 000 weg. Die Entschädigung steht im Zusammenhang mit dem Betrieb des Gebäude- und Wohnungsregisters des Kantons Zürich. Der vorgegebene Kostendeckungsgrad von 100% der Datenlogistik kann laut zitiertem RRB im Umfang dieser Fr. 400 000 unterschritten werden. Der Aufwandüberschuss der Datenlogistik per 31. Dezember beträgt rund Fr. 350 000.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	259 600	0	100 000	359 600	100 000

Bildung von Rücklagen 2010:

- Im Berichtsjahr haben zwei Projekte (Überarbeitung des kantonalen Richtplans sowie Flächen und Bauland Strategie) zu deutlichem Mehraufwand geführt. Das bestehende Personal konnte – trotz vakanten Stellen in verschiedenen Abteilungen – den Mehraufwand durch ausserordentlichen Einsatz ohne Beizug von Dienstleistungen Dritter bewältigen. Von den dadurch entstandenen Gleitzeitguthaben sind im Berichtsjahr über 1000 Stunden entschädigungslos verfallen.

8400 Tiefbauamt

Hauptereignisse

Bau und bauliche Anpassung der Strasseninfrastruktur

Im Nationalstrassenbereich erfolgten die Hauptarbeiten an den Fertigstellungsarbeiten auf den Strecken Uetlibergtunnel und Nationalstrasse im Knonaueramt. Bei den Staatsstrassen lagen die Schwerpunkte bei Anpassungen des Strassennetzes, die zur Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen (wie die Sanierung von Unfallschwerpunkten), und der Vervollständigung des Velowegnetzes (Schliessung der Lücken gemäss den regionalen Verkehrsrichtplänen) zur Erhöhung der Sicherheit auf den Rad-, Wander-, Schul- und Arbeitswegen.

Bewirtschaftung des National- und Staatsstrassennetzes

Im Vordergrund stand auch im Berichtsjahr der Betrieb und Unterhalt der Staats- und Nationalstrassen (Bundesauftrag) mittels einer kostenoptimierten Organisation. Das Strasseninspektorat konnte den für die Volkswirtschaft des Kantons wichtigen Verkehrsfluss jederzeit gewährleisten.

Im ersten Winterhalbjahr wurden aufgrund des europäischen Salz mangels ausserordentliche Anordnungen im Winterdienst nötig, um jederzeit einen ausreichenden Verkehrsfluss sicherzustellen.

Mit der Einführung einer neu entwickelten Sicherheitssignaletik auf Fahrzeugen und Dienstkleidern der Mitarbeiter des Tiefbauamtes konnte die Arbeitssicherheit markant verbessert werden. Verbunden mit den kommunikativen Massnahmen wird so die Wahrnehmung unserer Mitarbeitenden und deren Leistung für die Strasse in der Öffentlichkeit verbessert.

Verkehrstechnik Strasse

Neben dem Betrieb aller elektromechanischen Anlagen auf Staats- und Nationalstrassen im Kanton sind unter anderem folgende Projekte bearbeitet worden: Westumfahrung Zürich, Nordumfahrung Zürich, Gubrist-Tunnel, regionale Verkehrsmanagementsysteme, Verkehrsdatenaustausch mit den Städten (City-Link) und verschiedene Verkehrs- und Systemüberwachungsanlagen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Bau: Projektierung und Bauausführung von National-, Haupt- und Staatsstrassenneu- und -ausbauten, einschliesslich Brücken
A2	Unterhalt und Betrieb: National- und Staatsstrassen, einschliesslich Tragkonstruktionen und Verkehrseinrichtungen
A3	Querschnittaufgaben: Verkehrszählungen, Lärmschutzsanierungen
A4	Unterhalt: keine Zustandsverschlechterung bei Staatsstrassen ausserorts sowie bei Einrichtungen zur Regelung des Verkehrs

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Bau: Vervollständigen des beschlossenen Autobahnnetzes zur Entlastung der Bevölkerung in den grösseren Siedlungsräumen Planmässig Die vorhandenen Projekte konnten in Zusammenarbeit mit dem ASTRA weiter bearbeitet werden, sodass das Ziel planmässig erreicht werden kann.	bis 2020
----	---	-------------

E2	Bau: Vervollständigen des Velowegnetzes zur Erhöhung der Sicherheit auf den Rad-, Wander-, Schul- und Arbeitswegen Planmässig Im Berichtsjahr konnten verschiedene Radwegprojekte geplant, projektiert und realisiert werden so, dass das Ziel planmässig erreicht werden kann.	2020
E3	Bau: Lärmsanierungen und Schallschutzmassnahmen an Staatsstrassen rasch umsetzen (Einhaltung der eidgenössischen Lärmschutzvorschriften) (LZ RR 8.6) Planmässig Der Regierungsrat hat die Baudirektion im Januar des Berichtsjahres beauftragt, die Sanierung in den Regionen Irchel, Oberland Nord und Seeufer rechts Nord durchzuführen. Mit dem Einsatz eines Projektmanagements können die Abläufe der Strassenlärmsanierung vereinheitlicht, strukturiert und ein zielgerichteter und optimierter Sanierungsablauf gewährleistet werden. Erste Lärmschutzwand- und Schallschutzfensterprojekte liegen vor und sollen 2011 realisiert werden.	2018
E4	Bau: Erneuerung nicht mehr genügend tragfähiger Strassenoberbauten, besonders innerorts und an Kreuzungen (Unfallsschwerpunkte) Planmässig Im Berichtsjahr konnten verschiedene Projekte geplant, projektiert und realisiert werden, sodass das Ziel planmässig erreicht werden kann. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2012 auf 2020 verschoben. Dies, weil der Umfang der betroffenen Strassenabschnitte erweitert wurde. Die bis anhin geplanten Erneuerungen können planmässig bis 2012 abgeschlossen werden.	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	343,8	285,0	380,4	95,4
Beiträge vom Bund	31,9	1,7	1,3	–0,4
Übertrag aus Strassenfonds	245,3	212,3	226,8	14,5
Übrige Erträge	66,5	70,9	152,3	81,4
Aufwand	–343,8	–285,0	–380,4	–95,4
Abschreibungen und Zinsen	–114,2	–92,2	–174,3	–82,1
Betriebsaufwand	–229,5	–192,7	–206,1	–13,4
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	156,1	128,0	105,2	–22,8
Ausgaben	–264,2	–236,3	–178,8	57,5
Saldo	–108,1	–108,3	–73,6	34,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	422,7	439,2	424,0	–15,2

Erfolgsrechnung

Der Saldo der Erfolgsrechnung ist immer Null, da die Aufwendungen des Tiefbauamtes zu 100% durch den Strassenfonds (Volkswirtschaftsdirektion) finanziert werden. Innerhalb des Aufwandes und des Ertrages gab es grössere Verschiebungen, die sich jedoch grösstenteils sowohl betragsmässig als auch ursachenmässig wieder aufheben und somit saldoneutral sind. Der Budgetkredit betrug 212,3 Mio. Franken. Der Übertrag aus dem Strassenfonds betrug 226,8 Mio. Franken, was zu einer Überschreitung des Budgetkredites von 14,5 Mio. Franken oder 6,83% geführt hat. Die Überschreitung ergibt sich aus folgenden Positionen:

Ertrag:

- 14,0 Projektierungskosten wurden direkt auf die Bauprojekte aktiviert und führen nicht zu einem Aktivierungsertrag wie im Budget angenommen
- +13,3 Mehrertrag infolge höheren betrieblichen Nationalstrassenunterhalts

Aufwand:

- 5,1 Mehraufwand betrieblicher Strassenunterhalt sowie für Salzverbrauch, Winterdienst usw.
- 7,9 Projektbezogener Mehraufwand baulicher Strassenunterhalt

Investitionsrechnung

- +20,3 Geringere Nettoinvestitionen im Staatsstrassenneubau infolge von Projektverzögerungen. Dies vor allem aufgrund von Einsprachen und Rekursen sowie Verzögerungen bei Dritten wie Gemeinden oder Werken.
- +15,5 Eingang eines einmaligen a. o. Ertrages des Bundes zugunsten des Agglomerationsprogrammes.

Personal

- 15,2 Tieferer Beschäftigungsumfang infolge nicht besetzter Stellen. Dies vor allem, weil Spezialistenstellen noch nicht oder nur verzögert besetzt werden konnten und Stellen bei der normalen Fluktuation zeitweise unbesetzt waren.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen					
W1 Zustand Kunstbauten, max. Anteil in schlechtem Zustand (Ziel: 1,5%) (A2)	max.	1,1%	2,5%	1,4%	-1,1%
W2 Entwässerungsleitungen, max. Anteil in mangelhaftem oder schlechtem Zustand (Ziel: 1,5%) (A2)	max.	1,3%	1,5%	1,3%	-0,2%
W3 Zustandsindex Fahrbahnoberflächen Staatsstrassen, max. Anteil in schlechtem oder kritischem Zustand (Ziel: 3,5%, Erhebung alle drei Jahre) (A2)	max.	4,28%	-	-	-
W4 Mitteleinsatz für baulichen Unterhalt und Erneuerungen (zur Bauwerkserhaltung), Soll: rund 50 Mio. Franken für Strassen sowie 9 Mio. Franken für Kunstbauten (A1, A2)	P	73,5	70,4	73,1	2,7

Leistungen

L1	Minimales Investitionsvolumen zur Vervollständigung des Radwegnetzes (in Mio. Franken pro Jahr, einschliesslich Land) (A1)	min.	6,1	16,8	11,5	-5,3
----	---	------	-----	------	------	------

Wirtschaftlichkeit

B1	Rund 90% der Ausgaben des Tiefbauamtes sind Fremdleistungen, die unter Konkurrenz offeriert und nach den Vergabekriterien normalerweise an den wirtschaftlich günstigsten Bewerber in Auftrag gegeben werden (A1, A2)
----	---

Abweichungsbegründungen

W1	Das Erfassen der Stützmauern und Lärmschutzwände konnte erst im Herbst des Berichtsjahres in Angriff genommen werden und dauert etwa bis Ende 2011.
L1	Projektbezogene Verzögerungen aufgrund von Einsprachen und Rekursen sowie bei Verzögerungen bei Dritten wie Gemeinden oder Werken.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	1 689 420	156 511	0	1 532 909	-156 511

Auflösung Rücklagen 2010:

– davon Fr. 156 511 für Früchte und übrigen Personalaufwand

8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

Hauptereignisse

Änderung Energiegesetz

Vollzug Stromversorgung:

Der Kantonsrat hat am 20. September der Vorlage 4617 zur Anpassung des Energiegesetzes an das neue eidgenössische Stromversorgungsgesetz zugestimmt. Das Gesetz regelt die Zuteilung der Netzgebiete, das Anschlussrecht und die Anschlusspflicht und gibt dem Regierungsrat die Möglichkeit, Leistungsaufträge zu erteilen sowie allzu unterschiedliche Netznutzungstarife auszugleichen. Die Inkraftsetzung erfolgt auf den 1. März 2011.

Langfristige Zielsetzung:

Aufgrund der Diskussion über die zwischenzeitlich zurückgezogene Volksinitiative 2000-Watt-Gesellschaft wurde das Energiegesetz auf den 1. September mit dem Ziel ergänzt, dass der CO₂-Ausstoss bis ins Jahr 2050 auf 2,2 Tonnen pro Einwohnerin und Einwohner und Jahr zu senken ist. Seit dem Jahr 2000 hat sich dieser Wert von rund 6 Tonnen auf gegenwärtig 5,2 Tonnen reduziert.

Sachplanverfahren geologisches Tiefenlager

Nachdem der Bundesrat 2007 den Entsorgungsnachweis für radioaktive Abfälle im Opalinuston genehmigt hat, werden mit dem Sachplanverfahren geologische Tiefenlager geeignete Lagerstandorte gesucht. Im Rahmen der ersten Etappe des Sachplanverfahrens werden sechs Lagerstandorte zur weiteren Untersuchung vorgeschlagen. Zwei dieser Standorte liegen im Norden beziehungsweise im Nordosten des Kantons. Das AWEL prüfte die technischen Berichte, unterstützte die betroffenen Gemeinden und informierte die betroffene Bevölkerung zweimal mit dem Fachbulletin «Standpunkt».

Langfristig sichere Wasserversorgung

In enger Zusammenarbeit mit den Gemeindebehörden der beiden Regionen Kohlfirst und Wehntal wurden ausgedehnte hydrogeologische und versorgungstechnische Abklärungen durchgeführt. Damit wurde die Grundlage für die Festlegung einer Langfriststrategie für die beiden regionalen Wasserversorgungen gelegt.

Vision abwasserfreie Töss

Damit die einwandfreie Trinkwassergewinnung längs der Töss weiterhin gewährleistet werden kann, soll die Töss oberhalb Winterthur mittelfristig von gereinigtem Abwasser befreit werden. Dazu wurde ein umfangreiches abwassertechnisches Variantenstudium mit den betroffenen Gemeindebehörden und der Stadt Winterthur durchgeführt.

Hochwasserschutz/Renaturierungen

Für die Reppisch an der Kantonsgrenze ZH/AG zwischen Dietikon und Bergdietikon sowie für den Aabach in Uster, Bereich Stadtpark ist der bauliche Hochwasserschutz erstellt. Mittels Fördergeldern des Bundes und aus dem Ökofonds des EWZ konnten an der Töss im Linsental (Winterthur) und an der Reppisch bei Birmensdorf-Landikon Aufwertungsmassnahmen durchgeführt werden.

Thurauen:

Die wesentlichsten Bauarbeiten konnten abgeschlossen werden. Das Flaacherfeld und Ellikon am Rhein sind hochwassergeschützt. Die letzten 2 km der Thur verlaufen nun in einem natürlichen Flussbett. Das Landwirtschaftsgebiet im Flaacherfeld (ungefähr 26 ha) wurde erfolgreich aufgewertet.

Leitbild Aabach Aathal / Entwicklungskonzept Tössegg:

Für beide Gebiete wurde zusammen mit den betroffenen Gemeinden, Anstössern und weiteren Interessenträgern ein Leitbild bzw. Entwicklungskonzept erarbeitet. Ziel dieser Planungen war, die verschiedenen Nutzungs- und Interessenansprüche aufeinander abzustimmen und zukunftsweisende Leitplanken für die Entwicklung für die Räume rund um die Gewässer festzulegen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellung einer einwandfreien Trinkwasserversorgung und zunehmend besserer Luft
A2	Sorge für den häuslicherischen Umgang mit Energie, Wasser und Rohstoffen
A3	Verbesserung der Wasser- und Luftqualität sowie Minimierung der Belastung durch Abfälle
A4	Vermehrung attraktiver Erholungsräume am Wasser und Vernetzung vielfältiger aquatischer Lebensräume
A5	Schutz vor Hochwasser, Schadeneignissen im Bereich Biologie, Chemie und Elektromog
A6	Sicherstellen einer kostengünstigen, sicheren, ausreichenden und benutzeroptimierten Energie- und Wasserversorgung sowie Abfall- und Abwasserentsorgung
A7	Kompetente Beratung und rasche Bewilligungsverfahren mit angemessenen Entscheiden. Gewährleistung von Rechtssicherheit

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Eigentümerstrategie Strom neu festlegen (LZ RR 10.2) Sistiert	2010
E2	Einführungsgesetzgebung zum Stromversorgungsgesetz erarbeiten (LZ RR 10.3) Abgeschlossen	2010
E3	Energetische Vorschriften anpassen zur Senkung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich (LZ RR 9.2) Planmässig Die Änderung des Energiegesetzes (neben den zwei anderen in den Hauptereignissen beschriebenen Gesetzesanpassungen) wurde am 3. März vom Regierungsrat beschlossen und mit Vorlage 4667 dem Kantonsrat zugeleitet.	2010
E4	Energieplanungsbericht 2010 Abgeschlossen Der Bericht wurde vom Regierungsrat am 17. November beschlossen und mit Vorlage 4744 dem Kantonsrat zugeleitet.	2010
E5	Festlegung der Fahrzeugflottenpolitik für die Baudirektion (neu) Verzögert Die Bearbeitung erfolgt gleichzeitig mit der Festlegung der kantonalen Fahrzeugflottenpolitik (E12).	2010
E6	Vision Zürichsee 2050 Verzögert Die ersten beiden Workshops mit den Planungsregionen einschliesslich Gemeinden konnten planmässig bis Ende 2009 durchgeführt werden. Infolge Wechsel der Gemeindeexekutive erfolgte auf deren Wunsch ein Unterbruch bis Januar 2011. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2011 verschoben.	2010

E7	Hochwassermanagement Zürichsee – Sihl – Limmat: Planungen Planmässig Die Projektierung des Schwemmholzrechens an der Sihl sowie die Machbarkeitsstudien und Konzepte für die eigentlichen Hochwasserschutzbauten sind angelaufen. Eine Machbarkeitsstudie für einen Hochwasserentlastungsstollen Sihl–Zürichsee liegt vor. Die Grundlagen seitens des Kantons für die Notfallplanung der Stadt Zürich sind abgeschlossen.	2010
E8	Revision Wasserwirtschaftsgesetz WWG (Gewässerraumsicherung und Renaturierung): Antrag an den Kantonsrat (LZ RR 8.3) Planmässig Der Regierungsrat beschloss im Berichtsjahr eine umfassende Gesetzesrevision des kantonalen Wasserrechts, welche voraussichtlich 2012/2013 abgeschlossen sein wird. Die Revision WWG beinhaltet einen Teilbereich des Legislaturziels 8.3, Renaturierung von Gewässern fördern, dessen Umsetzungsstand im Berichtsjahr im Legislaturbericht ausgewiesen ist.	2010
E9	Festlegung der Anforderungen an den kantonalen Trinkwasserverbund Verzögert Die Arbeiten konnten erst nach der Teilrevision des Kantonalen Richtplanes Gewässer, Gefahren, Ver- und Entsorgung begonnen werden. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2011 auf 2013 verschoben.	2011
E10	Kataster der belasteten Standorte Planmässig	2011
E11	Neuausrichtung Klärschlamm Entsorgung Planmässig	2011
E12	Festlegung der kantonalen Fahrzeugflottenpolitik Planmässig Die Grundlagen sind zu 90% vorhanden. Der Handlungsbedarf ist festgelegt, d. h., die Teilprojekte sind definiert und angelaufen. Die Konzeptphase ist angelaufen.	2011
E13	Umsetzung StromVG / Netzgebietszuteilung (neu) Planmässig Die Inkraftsetzung des geänderten Energiegesetzes erfolgt am 1. März 2011. Danach beginnt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Energieversorgern sowie unter Berücksichtigung der heutigen Versorgungsstruktur die Netzgebietszuteilung.	2012
E14	Definition und Festsetzung der kantonalen und regionalen Grundwasserschutzareale Verzögert Die Arbeiten konnten erst nach der Teilrevision des Kantonalen Richtplanes Gewässer, Gefahren, Ver- und Entsorgung begonnen werden. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2013 auf 2014 verschoben. Es muss jedoch mit einer Verzögerung bis 2016 gerechnet werden.	2013
E15	Naturgefahrenkarten Verzögert Infolge Budgetkürzung im Berichtsjahr musste ein Arbeitsunterbruch erfolgen. Nach Genehmigung des Nachtragskredites Mitte des Berichtsjahres konnten die Arbeiten, wenn auch nur verzögert infolge Sanierungsprogramm San10, wieder aufgenommen werden. Die Arbeiten können voraussichtlich entgegen der Bundesvorgabe anstatt 2011 erst 2016 fertiggestellt werden. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2013 auf 2015 verschoben.	2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	24,8	20,7	29,5	8,8
Aufwand	-123,7	-117,0	-118,3	-1,3
Abschreibungen und Zinsen	-60,5	-55,7	-55,4	0,2
Kreditübertragungen aus 2009		-1,1		
Nachtragskredite		-1,1		
Saldo	-99,0	-96,3	-88,8	7,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen	6,3	13,2	8,2	-5,1
Ausgaben	-24,7	-49,7	-31,7	18,0
Kreditübertragungen aus 2008		-8,9		
Saldo	-18,5	-36,5	-23,6	12,9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	238,6	236,9	235,9	-1,0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +3,4 Höherer Ertrag wie auch höherer Aufwand (saldoneutral) in den Bereichen «Ostluft» und «Minergie»
- +1,6 Höherer Ertrag in den Bereichen Konzessionen, Gebühren und Dienstleistungen, u. a. aufgrund der anhaltend hohen Anzahl an verrechenbaren Leistungen (Bewilligungen, Kontrollen) sowie des höheren für die Erhebung von Staats- und Ausfertigungsgebühren massgebenden Zeit-Mitteltarifs beruhend auf der Empfehlung zur Honorierung von Architekten und Ingenieuren der Koordination der Bau- und Liegenschaftsorgane des Bundes (KBOB). Die Staats- und Ausfertigungsgebühren der Baudirektion betragen 80% dieses Zeit-Mitteltarifs.
- +1,5 Höherer Transferertrag, v. a. aufgrund höherer Beiträge von Dritten an Renaturierungsprojekte
- +0,8 Höherer Ertrag wie auch höherer Aufwand (saldoneutral) im Bereich der durchlaufenden Beiträge
- +0,6 Die Heimfallverzichtsentschädigung Kraftwerk Eglisau im Zusammenhang mit dem Wasserbauprojekt Thurauen war höher als budgetiert.
- +0,3 Nichtbudgetierte Rückforderung von Beiträgen
- +0,6 Höherer interner Ertrag sowie diverse kleinere Abweichungen

Aufwand:

- 3,5 Höherer Aufwand wie auch höherer Ertrag (saldoneutral) in den Bereichen «Ostluft» und «Minergie»
- 0,8 Höherer Aufwand wie auch höherer Ertrag (saldoneutral) im Bereich der durchlaufenden Beiträge
- +0,8 Geringere Abschreibungen/Zinsen aufgrund von geringeren Investitionsausgaben und -beiträgen (siehe Abweichung Investitionsrechnung)
- +1,3 Geringerer Sachaufwand u. a. infolge Projektstartverzögerungen. So wurde z. B. für die Gefahrenkartierung im Berichtsjahr ein Nachtragskredit beantragt und bewilligt. Da die Bewilligung erst Mitte Jahr erfolgte, verzögerten sich die Arbeiten, weshalb nicht das gesamte Budget einschliesslich Nachtragskredit beansprucht wurde.
- +0,3 Geringerer restlicher Transferaufwand (ohne Abschreibungen von Investitionsbeiträgen und Zahlungen im Zusammenhang mit «Ostluft»)
- +0,6 Diverse kleinere Abweichungen

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- 3,7 Geringere Investitionsbeiträge sowie Rückerstattungen an Hochwasserschutzprojekte
- 1,4 Geringere durchlaufende Beiträge (Beiträge vom Bund an die Gemeinden) in den Bereichen Gewässerschutz sowie Hochwasserschutz

Ausgaben:

- +8,9 Mittels Kreditübertragung aus dem Jahr 2009 wurde das Budget für Investitionsbeiträge im Bereich Energie auf 16,9 Mio. Franken erhöht. Aufgrund von Projektverzögerungen bei den Beitragsempfängern konnten im Berichtsjahr lediglich 8,0 Mio. Franken ausgerichtet werden, weshalb per Ende des Berichtsjahres ein Überhang an zugesicherten, aber noch nicht ausgerichteten Beiträgen (Kantonsanteil) im Bereich Energie von 11,3 Mio. Franken besteht.
- +1,2 Im Budget 2010 waren 2,9 Mio. Franken in der Investitionsrechnung aufgrund fehlender Verpflichtungskredite gesperrt. Da diese teilweise im Berichtsjahr wie z. B. für das Wasserbauprojekt Kempt in Illnau-Fehraltorf noch nicht vorlagen, blieben diese Budgetkredite im Berichtsjahr gesperrt. Bisher wurden nur Planungs-/Projektierungskosten auf diese Projekte gebucht, weshalb eine Abweichung von 1,2 Mio. Franken resultiert.
- +5,9 Geringere Wasserbauinvestitionen (Hochwasserschutzbauten), deren Budgetkredite nicht gesperrt waren bzw. aufgrund vorliegender Ausgabenbewilligungen nicht mehr sind.
- +1,4 Geringere durchlaufende Beiträge vom Bund an Dritte (Gemeinden usw.) in den Bereichen Gewässerschutz sowie Hochwasserschutz
- +0,7 Geringere Ausgaben für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge (Verzicht und Verschiebung von Anschaffungen)

Personal

- +0,5 Zusätzlich bewilligte 50%-Stelle im Sozialstellenplan, die im Beschäftigungsumfang nicht budgetiert war
- 1,5 Vakanzen (u. a. infolge verzögerter Wiederbesetzungen verschiedener Stellen)

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Die Anforderungen an oberirdische Gewässer sind bis 2020 zu 90% erfüllt. (A1, A3)	min.	73%	74%	77%	3%
W2	Die Anforderungen an unterirdische Gewässer sind bis 2020 zu 90% erfüllt. (A1, A3)	min.	80%	83%	81%	-2%
W3	% der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigtem allgemeinem Entwässerungsplan (GEP). (A6)	min.	84%	81%	90%	9%
W4	% der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigtem allgemeinem Wasserversorgungsprojekt (GWP). (A2, A6)	min.	94%	95%	93%	-2%
W5	Anteil Trinkwasser (ohne Seewasser) aus Grund- u. Quellwasserfassung mit rechtskräftigen Schutzzonen (Ziel 2020=100%). (A1, A6)	min.	98%	96%	98%	2%
W6	Aufwertung nicht natürlicher Fluss-, Bachabschnitte und Seeufer [km/J]. (A4)	min.	7,3 km	4 km	9,6 km	5,6 km
W7	% der Bevölkerung mit Gefahrenkartierung (A5, E15)	min.	57%	88%	66%	-22%
W8	Jährlicher Zuwachs an Minergie-Flächen (Ist 31.12.08=3,74 Mio. m ²) [m ²] (A2)	min.	93 139	200 000	1 227 992	1 027 992
W9	% der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigter Energieplanung (EP) (A2, A6)	min.	65%	64%	66%	2%
W10	Erfüllungsgrad der Anforderungen an luftschadstoffemitt. Anlagen. (A1, A3)	min.	75%	85%	82%	-3%
W11	Erfüllungsgrad der Anforderungen an Strahlung emittierende Funkanlagen (A5)	min.	92%	96%	90%	-6%
W12	Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezügl. NO ₂ (A1, A3)**	max.	21%	9%	19%	10%
W13	Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezügl. PM10 (A1, A3)	max.	24%	10%	15%	5%
Leistungen						
L1	Überprüfte Verdachtsflächen Altlasten aufsummiert (Ziel 13 000) (A3, E10)	min.	11 465	12 100	12 524	424
L2	Anzahl genehmigte GEP (A6)	P	13	6	8	2
L3	Anzahl genehmigte GWP (A1, A6)	P	7	7	10	3
L4	Anzahl genehmigte Grundwasser-Schutzzonen (A1)	P	29	15	31	16
L5	Produktive Stunden Gewässerunterhalt (A4, A5)	min.	75 959 h	89 500 h	75 585 h	-13 915 h
L6	Realisierte Hochwasserschutzprojekte [Anzahl pro Jahr] (A5)	min.	2	2	2	0
L7	Anzahl neue Minergie-Labels jährlich (A2)	P	960	400	918	518
L8	Anzahl genehmigte EP (A2, A6)	P	4	3	3	0
L9	Anzahl Einsätze des AWEL-Piketts bei B-/C-Schadenfällen (A5)	P	7/220	10/160	5/185	-5/25
L10	BVV-Verfahren: Einhaltung der Behandlungsfristen (A7)	P	93%	95%	92%	-3%

Wirtschaftlichkeit

B1	Energetische Wirkung pro Fr. Subventionen aus dem Förderprogramm Energie (kWh/Fr.) (A2, A6)	min.	224	200	Wert liegt erst Ende März vor.	
B2	Förderprogramm Energie: eingesetzte Fr. pro Einwohner/in (Durchschnitt der Kantone 2002 = 4.93 Fr./EW) (A2, A6)	min.	Fr. 5.00	Fr. 4.90	Fr. 5.87	Fr. 0.97
B3	Kostenentwicklung Luftschadstoffüberwachung («OSTLUFT») in Fr./Einw. und Jahr; Basis 2000 = Fr. 1.40 (A1, A3)	max.	Fr. 1.01	Fr. 1.10	Fr. 0.95	-Fr. 0.15

Abweichungsbegründungen

W3+L2	GEP-Erarbeitung durch Gemeinden war schneller als erwartet, zudem wurden GEP von grossen Gemeinden genehmigt.
W7	Negativer Budgetentscheid im KR (Dezember 2009) zwang zur Sistierung von sechs laufenden Gefahrenkartierungsprojekten. Trotz Nachtragskredit und Wiederaufnahme der Projekte (Juli 2010) entstanden Projektverzögerungen.
W8+L7	Die Anforderung an den Minergie-Standard wird bald verschärft.
W10	Wert setzt sich zusammen aus Belastungen zu Feinstaub (PM10), Stickoxide (NOx) und Ozon-Vorläufersubstanzen (VOC). Der PM10-Wert ist noch ungenügend (78%) und senkt auch den Gesamtwert.
W11	10% der UMTS-Funkanlagen werden zu knapp projektiert und ergeben bei der Abnahmemessung ungenügende Werte, sodass die Sendeleistung reduziert werden muss.
L1	Alle Verdachtsflächen sind überprüft, Projektabschluss 2011.
L5	Reorganisation und vermehrte Übernahme von Führungsaufgaben durch Betriebsleiter führt nachhaltig zu weniger produktiven Stunden.
L9	Rückgang der C-Schadenfälle gegenüber dem Vorjahr bei Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft.
W12+W13	Ziel- und Messwerte weichen seit Jahren voneinander ab, mit den bisherigen Massnahmen wurden nur ungenügende Schadstoffreduktionen erreicht. Der Massnahmenplan Luftreinhaltung definiert weiter gehende Massnahmen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	754 397	-102 095	100 000	752 302	-2 095

Auflösung Rücklagen 2010:

- davon Fr. 102 095 für Anlässe und Gesundheitsvorsorge

Bildung von Rücklagen 2010:

- Endogene Einsparungen beim Büro- und Betriebsmaterial sowie bei Maschinen und Geräten

8510 Altlasten

Hauptereignisse

Sondermülldeponie Kölliken

Beruhend auf den Erfahrungen der ersten Rückbauetappe, wurde das Rückbau- und Entsorgungskonzept für den Hauptteil der Sanierung der SMDK überarbeitet und im Dezember auch behördlich bewilligt. Zudem konnten die erforderlichen Vertragsanpassungen vorgenommen werden. Die Sanierungsarbeiten können im 1. Quartal 2011 weitergeführt werden.

Kataster der belasteten Standorte

Die Arbeiten zur Erstellung des Katasters der belasteten Standorte (KbS) sind so weit fortgeschritten, dass im Berichtsjahr das siebte und letzte Paket für die Betriebsstandorte ausgelöst werden konnte. Bis September 2011 kann der KbS in den letzten 39 Gemeinden abgeschlossen werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	In dieser Leistungsgruppe werden die Verpflichtungen des Kantons Zürich im Zusammenhang mit der Untersuchung, Überwachung und Sanierung von Altlasten im Sinne der Umweltschutzgesetzgebung aufgeführt. Mit der Revision des Umweltschutzgesetzes sind auf den 1. November 2006 Bestimmungen in Kraft getreten, wonach der Kanton unter bestimmten Bedingungen nicht nur als Verhaltens- oder Zustandsstörer Kosten zu tragen hat. Es fallen für den Kanton auch sogenannte Ausfallkosten an, wenn die Verursacher nicht ermittelt werden können oder zahlungsunfähig sind. In der Leistungsgruppe Altlasten werden neben den Verpflichtungen für die Sanierung der Altlast in Kölliken auch die Verpflichtungen des Kantons aus der USG-Revision geführt. Beide Bereiche werden separat ausgewiesen.
A2	Die Sondermülldeponie Kölliken (SMDK) stellt eine Altlast dar, die aufgrund des Umwelt- und des Gewässerschutzgesetzes sowie der Altlasten-Verordnung des Bundes zu sanieren ist. Der Kanton Zürich bildet zusammen mit dem Kanton Aargau, der Stadt Zürich und der Basler Chemischen Industrie das Konsortium SMDK. Mit Beschluss Nr. 5154/1977 hat der Regierungsrat der Gründung dieses Konsortiums zugestimmt. Die Beteiligung von 41,67% an der einfachen Gesellschaft SMDK ist massgeblich für den Anteil, den der Kanton Zürich an die Kosten zur Sanierung der Deponie zu tragen hat.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Sondermülldeponie Kölliken: Sanierung (LZ RR 8.4) Verzögert Die erste Rückbauetappe ist abgeschlossen. Gestützt auf die damit gewonnenen Erfahrungen, wurde das Rückbau- und Entsorgungskonzept überarbeitet. Die Rückbauarbeiten können ab März 2011 weitergeführt werden. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2012 auf 2014 verschoben. Es ist jedoch mit einer Verzögerung bis 2016 zu rechnen.	2012
E2	Sondermülldeponie Kölliken: Nachsorge ab 2012 Verzögert Der Beginn der Nachsorge ist auf 2016/2017 geplant. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2020 auf 2024 verschoben.	2020
E3	Altlasten: Durchführung der Voruntersuchungen Planmässig	2017

E4	Altlasten: Detailuntersuchungen ab 2011 Planmässig	2022
E5	Altlasten: Sanierungsprojekte ab 2011 (LZ RR 8.4) Planmässig Im Altlastenprogramm des Kantons Zürich von November 2008 wurde das Ziel kommuniziert, dass 25 Jahre nach der Inkraftsetzung der Ausführungsbestimmungen vom Altlastenrecht (1989) die Altlastensituation im Kanton Zürich bereinigt ist (d. h. die wichtigsten Altlasten sind saniert bzw. gesichert). Daher wurde im Legislativbericht 2023 als Abschlussdatum aufgenommen.	2024
E6	Altlasten: Untersuchungen, Überwachungen und Sanierungen bei Zustandsänderungen oder Schutzgut- beeinträchtigungen Planmässig	2024

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,2	1,2	0,5	-0,7
Aufwand	-0,3	-3,8	-27,5	-23,4
Kreditübertragungen aus 2009		-1,2		
Saldo	-0,2	-2,6	-27,0	-24,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

- 24,7 Im Kanton Zürich bestehen rund 400 Kugelfänge (25/50/300 m) sowie drei Jagdschiessanlagen. Aufgrund verschiedener Anpassungen der Rechtsgrundlagen im Jahr 2009 (Änderung des USG sowie der AltIV und VASA) sind die Rahmenbedingungen für die Sanierung der Schiessanlagen nun geklärt. Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr den entsprechenden Rahmenkredit für die Sanierung der rund 320 Kugelfängen und der drei Jagdschiessanlagen bewilligt. Für die Sanierung wurden Rückstellungen gebildet, wozu eine Kreditüberschreitung von 24,7 Mio. Franken bewilligt wurde.
- +0,3 Verschiedene Abweichungen

8700 Immobilienamt

Hauptereignisse

Strategische Raumentwicklungsplanung Universitäre Medizin

Die strategische Raumentwicklungsplanung Universitäre Medizin, die vom Immobilienamt geführt wird, bildet die Voraussetzung, um im Jahre 2011 den künftigen Standort der Universitären Medizin (USZ) und der medizinbezogenen Bereiche (UZH), mit Darlegung möglicher Projektfinanzierungsmodelle und des weiteren Vorgehens, dem Regierungsrat zu beantragen.

Im Berichtsjahr wurden die Bedürfnisse des Universitätsspitals Zürich (USZ) sowie der medizinbezogenen Bereiche der Universität Zürich (UZH) für den Betrachtungszeitraum bis 2030 ermittelt und zum gesamtheitlichen Bedarf für die Universitäre Medizin (medizinische Versorgung, Forschung und Lehre) am Standort Zürich zusammengeführt. Dieser gesamtheitliche Bedarf wird nun anhand von Testplanungen auf seine Machbarkeit und deren Auswirkungen, sowohl am heutigen Standort, aber auch an einem neuen Standort, überprüft.

Immobilienstrategie

Das Immobilienamt hat im April des Berichtsjahres die Grundstrategie Immobilien Kanton Zürich dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt. Der Regierungsrat hat entschieden, die Immobilienstrategie erst nach einer umfassenden Überprüfung des Immobilienmanagements (direktionsübergreifende San10-Massnahme) zu beurteilen. Die Grundstrategie Immobilien Kanton Zürich bildet das Grunddokument, das durch insgesamt 24 spezifische Teilstrategien ergänzt wird. Die Teilstrategien Finanzvermögen und Hochschulen wurden im Berichtsjahr angefangen und zum Teil fertiggestellt.

Grundstücksgeschäfte

Die Abteilung Landerwerb hat im Berichtsjahr für eine Vielzahl von Strassen- und Wasserbauprojekten Verhandlungen mit den betroffenen Grundeigentümern geführt, die bis auf wenige Ausnahmen ohne Verfahren vor der Schätzungskommission abgeschlossen werden konnten. Nach Beendigung der Bauarbeiten konnten der grundbuchliche Vollzug sowie die Auszahlung der Entschädigungen veranlasst werden. Für den Natur- und Heimatschutzfonds konnten verschiedene Liegenschaften erworben werden. Die Übertragung von kirchlichen Liegenschaften an die Kirchgemeinden gestützt auf § 32 Kirchengesetz konnte zur Hälfte (8 Liegenschaften) vollzogen werden. Zehn kantonale Grundstücke wurden öffentlich zur Veräusserung ausgeschrieben.

Submission Reinigungsleistung

Die Reinigungsfläche der Zentral- und der Bezirksverwaltung sowie der Rechtspflege beträgt rund 280 000 m² und verteilt sich auf das gesamte Kantonsgebiet mit Schwerpunkt in der Stadt Zürich. Die Mehrheit dieser Fläche wurde bis anhin durch private Unternehmen gereinigt, wobei pro Gebäude ein Vertragsverhältnis bestand. Durch die Vielzahl der Beauftragten ergaben sich nicht nur ein kontinuierlich zunehmender Koordinationsaufwand, sondern auch erhebliche Qualitätsunterschiede in der Leistungserbringung. Deshalb wurden sämtliche Reinigungsarbeiten, welche bereits durch private Unternehmen erledigt werden, gebündelt und in mehreren grösseren Losen neu ausgeschrieben. Mit der Neuorganisation wird den Merkmalen Sauberkeit und Werterhaltung unter gleichzeitiger Rücksichtnahme auf einen reibungslosen Betriebsablauf in den Objekten höchster Wert beigemessen. Ausserdem werden die standardisierten Reinigungsleistungen einheitlich überprüft und dokumentiert.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Strategieentwicklung, Steuerung und Führungsunterstützung: Als Eigentümervertretung steuert das Immobilienamt im Auftrag des Regierungsrates die Immobilieninvestitionen und Fremdmieten. Es erarbeitet Strategien, Standards und Controllinggrundlagen und betreibt zusammen mit Fachdirektionen den Standardprozess für Immobilieninvestitionen.
A2	Die Abteilung Bewirtschaftung erbringt nachhaltige Dienstleistungen als Bewirtschafter: Betriebsführung und Instandhaltung von Gebäuden und technischen Anlagen, kaufmännisches Gebäudemanagement und infrastrukturelle Dienstleistungen.
A3	Die Abteilung Landerwerb erwirbt und veräussert Grundstücke entsprechend den kantonalen Bedürfnissen. Sie bildet ein Kompetenzzentrum für Enteignungsrecht und unterstützt die Amtsstellen in juristischen Fragen.
A4	Das Controlling unterstützt die Abteilungen beim Benchmarking, koordiniert das Reporting mit den Fachdirektionen und erstattet dem Regierungsrat Bericht.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Minergie-Standards bei Neubauten und wo wirtschaftlich vertretbar bei Umbauten und Erneuerungsvorhaben des Kantons konsequent durchsetzen (LZ RR 9.3) Planmässig	2011
E2	Immobilienstrategie, Umsetzung von Teilprojekten (Handlungsfelder) Verzögert Die Grundstrategie Immobilien Kanton Zürich wurde vorerst nicht beschlossen. Die daraus ableitbaren Teilportfoliostrategien wurden im Berichtsjahr jedoch weiter vorangetrieben. 2011 werden die Teilportfoliostrategien Immobilien der Zürcher Fachhochschule mit Standort Wädenswil und Winterthur fertig erstellt.	2011
E3	Erscheinungsbild der Verwaltungsgebäude modernisieren (LZ RR 6.1) Verzicht Nach dem Verzicht des Regierungsrates auf dieses Legislaturziel werden bei Umbauten und Erneuerungen wie bisher, nach Massgabe der Verhältnismässigkeit, die betroffenen Innenräume nach heutigen gestalterischen Grundsätzen gestaltet.	2015
E4	Sicherheit in der Zentralverwaltung verbessern (LZ RR 6.5) Planmässig. Das Baueingabeprojekt wurde Ende des Berichtsjahres bei der zuständigen Baubehörde (Stadt Zürich) eingereicht. Der Baubeginn ist für Juni 2011 geplant; die Bauzeit beträgt ungefähr vier Monate. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2011 verschoben.	2010
E5	Projekt Neunutzung Klosterinsel Rheinau Verzögert Die Nutzeranforderungen sind komplexer als erwartet. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2012 auf 2013 verschoben.	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	51,0	52,0	49,2	-2,8
Kalkulatorische Mieten und Nebenkosten	35,3	32,8	33,2	0,3
Aufwand	-75,2	-82,2	-75,6	6,5
Abschreibungen und Zinsen	-34,3	-35,2	-33,4	1,9
Kreditübertragungen aus 2009		-0,9		
Saldo	-24,3	-30,2	-26,5	3,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,2	2,0	0,2	-1,8
Ausgaben	-29,5	-152,6	-36,4	116,2
Kreditübertragungen aus 2009		-6,9		
Saldo	-28,3	-150,6	-36,2	114,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	115,1	118,6	114,4	-4,2

Erfolgsrechnung

- 1,8 Geringerer Mobilienverkauf
- 1,5 Geringere externe Miet- und Nebenkostenerträge infolge Übertragung zweier Liegenschaften an die Bildungsdirektion sowie Verschiebung von externen Mieten zu kalkulatorischen Mieten durch Mieterwechsel
- +0,3 Höhere kalkulatorische Miet- und Nebenkostenerträge infolge Verschiebung von externen zu kalkulatorischen Mieten
- +1,9 Geringere Kapitalfolgekosten (Abschreibungen und Zinsen), v. a. infolge Übertrags einer Liegenschaft an die Rechtspflege Kanton Zürich und verzögerter Inbetriebnahme der Bezirksgebäude Meilen und Dietikon
- +1,7 Geringerer Mobiliareinkauf
- +1,5 Geringerer Objektbewirtschaftungsaufwand infolge geringerer Ver- und Entsorgungskosten, geringeren Liegenschaftenerhaltungskosten sowie tieferer Kosten für Telematikdienstleistungen
- +1,1 Geringerer Lohnaufwand infolge geringeren Beschäftigungsumfangs sowie geringerer übriger Personalaufwand
- +0,4 Geringerer Informatikaufwand infolge vorübergehender Sistierung der Einführung des Immobilienmanagementsystems

Investitionsrechnung

- +105,5 Verzicht auf Landerwerb (+100 Mio. Franken) für das Polizei- und Justizzentrum (PJZ) im 2010 sowie Sistierung der Planungs- und Projektierungsarbeiten infolge Aufhebung des PJZ-Gesetzes durch den Kantonsrat
- +8,0 Nichtbeanspruchung der Regierungsratsreserve
- +1,9 Verzögerung des Projekts Sicherheit in der Zentralverwaltung infolge zeitlichem Mehrbedarf für das objektbezogene Schutzkonzept
- +1,7 Verzögerung des Projekts Rechbergs infolge Projektanpassungen
- +1,4 Engere Zentralverwaltung: Sistierung des Projekts Sanierung Nasszellen sowie nutzerseitig beantragter Verzicht der baulichen Auffrischung des Kaspar-Escher-Hauses
- +1,1 Verzögerung des Projekts Neubau Stampfenbachstrasse 28/30 infolge Projektanpassungen
- +0,5 Projektverzögerung beim Ausbau Telematik infolge zeitintensiver Abklärungen der Nutzerbedürfnisse
- 6,2 Mehrausgaben für das Bezirksgebäude Dietikon als Folge diverser Projektverzögerungen
- 2,0 Weniger Einnahmen, da die Ausrichtung der Bundessubventionen für das Bezirksgebäude Dietikon bereits im Jahr 2009 erfolgte

Personal

- 1,2 Verschiedene Vakanzen, v. a. im Bereich Projektentwicklung und Immobilienmanagementsystem
- 3,0 Abbau Reinigungspersonal

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Prozentualer Anteil an einvernehmlichen Einigungen in Enteignungsverfahren (A3)	min.	90%	90%	90%	0
W2	Grad der Kundenzufriedenheit Bewirtschaftung (A2)	min.	80%	-	-	-
Leistungen						
L1	Anzahl betreuter Mietverhältnisse in zugemieteten Liegenschaften (A1)	P	463	470	469	-1
Wirtschaftlichkeit						
B1	Werterhaltungsindex (Werterhaltungsinvestitionen Hochbau: Gesamtinvestitionen Hochbau) (A1)	min.	59,1%	60%	57%	-3%
B2	Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Arbeitsplatz im Bürobereich engere Zentralverwaltung (A2)	P	18,8 m ²	17,0 m ²	18,4 m ²	1,4 m ²
B3	Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Arbeitsplatz im Bürobereich übrige Zentralverwaltung (A2)	P	18,3 m ²	14,5 m ²	17,8 m ²	3,3 m ²
B4	Baulicher Zustandswert (A1, A3)	min.	0,79	0,85	0,80	-0,05
Abweichungsbegründungen						
W2	Der Indikator wird nur alle zwei Jahre erhoben.					
B1	Aufgrund der dezentralen Datenhaltung kann der Indikator nicht zuverlässig ermittelt und gesteuert werden.					
B2	Der durchschnittliche Flächenbedarf in der engeren Zentralverwaltung entspricht noch nicht dem angestrebten Flächenstandard. Geplante Umzugsprojekte zur Optimierung der Belegung haben sich verzögert und werden erst im 2011 und 2012 umgesetzt.					
B3	Der durchschnittliche Flächenbedarf ausserhalb der engeren Zentralverwaltung ist mehrheitlich von der Veränderungsmöglichkeit in Fremdmieten abhängig. In den letzten drei Jahren sind über 30 kleine Mietverhältnisse aufgehoben worden. Weitere Optimierungen in grösseren Fremdmieten sind geplant, werden aber erst 2011 bis 2013 umgesetzt.					
B4	Die zuverlässige Nachführung der Daten zur Ermittlung des Indikators ist momentan nicht gewährleistet.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	335 294	52 959	50 000	332 335	-2 959

Auflösung Rücklagen 2010:

- davon 52 959 für Personalanlässe und Früchte

Bildung von Rücklagen 2010:

- Ein längerer, unfallbedingter Personalausfall konnte ohne Beizug externer Ressourcen bewältigt werden.

8710 Liegenschaftenerfolg

Hauptereignisse

Die Leistungsgruppe Nr. 8710 Liegenschaftenerfolg setzt sich zusammen aus den Fluglärmliegenschaften (ehemaliger Fluglärmfonds) und den Liegenschaften im allgemeinen Finanzvermögen.

Strategie Liegenschaften im allgemeinen Finanzvermögen

Im Sommer/Herbst des Berichtsjahres wurden sämtliche Liegenschaften (bebaute und unbebaute Grundstücke) im allgemeinen Finanzvermögen vor Ort besichtigt und analysiert. In der Folge wurden in Anlehnung an die noch nicht genehmigte Grundstrategie Immobilien Kanton Zürich Objektstrategien erarbeitet. 2011 werden die Teilportfoliostrategie Liegenschaften im allgemeinen Finanzvermögen sowie die einzelnen Objektstrategien teilweise umgesetzt.

Schloss Laufen

Die Tourismusdestination Schloss Laufen am Rheinfall konnte am 28. März feierlich wiedereröffnet werden. Der Tag der offenen Tür stiess auf grosses Interesse. Über 10 000 Besucherinnen und Besucher erwarteten neben geführten Rundgängen zahlreiche Attraktionen. Regierungsrat Markus Kägi übergab im Beisein von Regierungsrat Reto Dubach, Vorsteher des Baudepartementes des Kantons Schaffhausen, die Gesamtanlage Schloss Laufen an Patrick Camele, CEO von SV (Schweiz) AG. Mit SV Schweiz konnte als Ergebnis eines offenen Betreiberwahlverfahrens eine anerkannte, kompetente Partnerin gefunden werden, welche die Tourismusdestination Schloss Laufen aus einer Hand führen wird.

Die im Wesentlichen auf die Mitte des letzten Jahrhunderts zurückgehende touristische Infrastruktur der Fiskalliegenschaft Schloss Laufen präsentierte sich vor Beginn der über ein Jahr dauernden Bauarbeiten zur Umsetzung des touristischen Gesamtkonzeptes in einem sehr schlechten Zustand. Für das aus zwei Wettbewerben hervorgegangene Projekt bewilligte der Regierungsrat Anfang 2008 einen Objektkredit von 12,14 Mio. Franken. Das touristische Gesamtkonzept umfasst eine Reihe von Elementen, die zusammenwirken: die Einrichtung eines Besucherzentrums mit Ticketing, Souvenirshop und Imbiss, die Errichtung einer neuen Ausstellung im Nordtrakt Schloss Laufen, die Renovation der Zugangswege zum Rheinfall und die gezielte Bepflanzung des Nordhangs. Eine Doppelaufzugsanlage und ein behindertengerechter Belvedereweg ermöglichen den Besuch als Rundgang und dessen Inszenierung mit akustischen Elementen.

Die Umsetzung des Projektes erforderte die Anpassung des Betriebskonzeptes der Tourismusdestination Schloss Laufen am Rheinfall (siehe Direktionsteil).

Die Zahl von rund 400 000 Besuchern und Besucherinnen seit der Eröffnung gegenüber rund 300 000 jährlichen Besuchern und Besucherinnen vor Baubeginn erfüllt die hohen Erwartungen und bestärkt die Baudirektion in ihren Bemühungen, die Tourismusdestination Schloss Laufen stetig zu verbessern und weiterzuentwickeln.

Laufende Aufgaben
Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellung des staatlichen Liegenschaftenverkehrs	
A2	Operative Liegenschaftsbewirtschaftung	
A3	Strategisches Portfoliomanagement FV	

Entwicklungsschwerpunkte
Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Wiederinbetriebnahme Tourismusdestination Schloss Laufen am Rheinfall Abgeschlossen	2010
E2	Periodische Neubewertung FV Planmässig Die nächste Bewertung mit Wertberichtigung Liegenschaften im allgemeinen Finanzvermögen ist für 2013 geplant.	2013
E3	Überarbeitung Immobilienstrategie FV Planmässig Die Teilportfoliostrategie der Immobilien im allgemeinen Finanzvermögen wird Mitte 2011 abgeschlossen. Im Berichtsjahr wurden sämtliche Liegenschaften vor Ort besichtigt; pro Objekt wurden eine Zustandsanalyse und ein Objektrating erstellt.	2011
E4	Einführung Immobilien-Management-System Verzögert Das Projekt wird nach Abschluss der Überprüfung Immobilienmanagement wieder aufgenommen. Das Teilprojekt Immobilienregister wird weitergeführt.	2012
E5	Erarbeitung Objektstrategie und Unterhalts-/Sanierungsplanung FV (neu) Verzögert Im Rahmen der Ausarbeitung der Teilportfoliostrategie Liegenschaften im allgemeinen Finanzvermögen wird pro Objekt eine Unterhaltsstrategie erarbeitet. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2011 verschoben.	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	23,1	18,2	47,8	29,5
Mietzinsertrag	17,2	17,5	19,0	1,5
Aufwand	-25,4	-23,1	-36,2	-13,1
Kalkulatorischer Zinsaufwand	-19,5	-18,2	-18,1	0,1
Saldo	-2,3	-4,9	11,6	16,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

- +27,0 Buchgewinne infolge Veräusserung diverser Liegenschaften
- +1,5 Marktwertanpassung diverser Liegenschaften infolge Neubewertung
- +1,5 Höhere Mietzinserträge infolge Übertrag von Liegenschaften vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen (Areal Lengghalde Zürich)
- 0,9 Mehr Dienstleistungen Dritter aufgrund von Marketingmassnahmen für das Tourismuskonzept Schloss Laufen
- 5,0 Anpassung der Rückstellungen für latente Steuern auf Liegenschaften des Finanzvermögens
- 6,1 Wertberichtigungen auf Liegenschaften des Finanzvermögens aufgrund von Neubewertungen
- 0,8 Höhere Unterhaltskosten für Liegenschaften des allgemeinen Finanzvermögens

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Nettorendite aller Liegenschaften des FV (A3)	P	1,8%	1,9%	2,0%	0,1%
W2	Nettorendite der überbauten Liegenschaften des FV (A2)	P		4,4%	-	-
Leistungen						
L1	Bilanzwert Liegenschaften FV (in Mio. Franken) (A1, A2)	P	504	541	493	-48
L2	Anzahl Liegenschaften FV (A3)	P	347	330	346	16
Wirtschaftlichkeit						
B1	Aufwand für Bewirtschaftung von Liegenschaften des FV in % des Ertrags (Benchmark private Treuhänder 5%) (A1)	P	2,80	3,1	3,0	-0,1
Abweichungsbegründungen						
W2	Dieser Indikator kann aufgrund der vorliegenden Datenstruktur nicht mehr erhoben werden.					
L1	Der Bilanzwert wird durch eine Vielzahl von Bewegungen beeinflusst und ist nur schwer planbar. Neben den Zugängen erfolgten im Geschäftsjahr wertmässig grosse Verkäufe sowie Wertberichtigungen, die insgesamt zu einer Abnahme des Bilanzwertes führten.					
L2	Die Anzahl Liegenschaften ergibt sich aus Abgängen und Zugängen, die nur schwer planbar sind. Im Geschäftsjahr hielten sich Abgänge und Zugänge die Waage. Letztere sind auf Übertragungen vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen sowie durch Splittung und Einzelbewertung von Sammelanlagen zurückzuführen.					

8800 Amt für Landschaften und Natur

Hauptereignisse

Waldentwicklungsplan Kanton Zürich wurde festgesetzt

Bis 2007 wurden im ganzen Kanton Zürich 14 regionale Waldentwicklungspläne (WEP) für rund 40% der Kantonsfläche ausgearbeitet. Bis zum Berichtsjahr wurden die bereits festgesetzten regionalen WEP zusammengefasst, Planungslücken wurden geschlossen und am 7. September als WEP für den ganzen Zürcher Wald durch die Baudirektion festgesetzt (siehe Überblick Baudirektion). Mit der Umsetzung des WEP wurde bereits gestartet. Eine erste Zwischenbilanz ist nach vier Jahren vorgesehen.

Bestand an Fruchtfolgeflächen im Kanton Zürich steht fest

Im Rahmen der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans wurde auf der Grundlage der landwirtschaftlichen Bodenkarte und der 2009 erhobenen Felddaten eine gegenwärtige Karte der Fruchtfolgeflächen (FFF) erstellt. Nach Auswertung aller Daten steht der Bestand an Fruchtfolgeflächen im Kanton Zürich des Berichtsjahres mit 44 350 Hektaren fest. Der im Sachplan des Bundes definierte Mindestbestand von 44 400 Hektaren wird knapp nicht erfüllt. Um die Notwendigkeit des Schutzes der Fruchtfolgeflächen bei den Gemeinden zu verankern, wurde zusammen mit dem Amt für Raumentwicklung (ARE) ein Merkblatt zum Schutz der Ressource Boden und der Fruchtfolgeflächen erarbeitet.

UNO-Jahr der Biodiversität wurde für Informationsoffensive zum Artenschutz genutzt

Die Fachstelle Naturschutz hat das Jahr der Biodiversität benutzt, um bei verschiedenen Veranstaltungen die Bevölkerung für die Wichtigkeit des Artenschutzes zu sensibilisieren und über die diesbezüglichen Anstrengungen des Kantons zu informieren (siehe Überblick Baudirektion). Im Rahmen des Konjunkturpaketes des Bundes konnte rund 1 Mio. Franken zusätzliche Bundesgelder u. a. für Aufwertungsmaßnahmen in Flachmooren verwendet werden.

Projekt zur Senkung der Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft beim Bund eingereicht

Ein Projektteam aus Amt für Landschaft und Natur (ALN), Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) sowie landwirtschaftlichen Interessensvertretern hat ein Ressourcenprojekt Ammoniak gemäss Bundesagrarpolitik ausgearbeitet. Ziel ist es, die Stickstoffemissionen aus der Nutztierhaltung im Kanton Zürich gemäss den Vorgaben des Massnahmenplans Luft 2008 des Regierungsrats zu senken und die Stickstoffeffizienz für die Landwirtschaftsbetriebe zu verbessern. Das Projekt wurde im Berichtsjahr beim Bund zur Genehmigung eingereicht und soll, vorbehältlich der Zustimmung des Kantonsrats zur Mitfinanzierung, 2012 starten.

Strickhof wurde zum überkantonalen landwirtschaftlichen Kompetenzzentrum weiterentwickelt

Die Nachfrage nach Aus- und Weiterbildung am Strickhof war im Berichtsjahr weiterhin sehr hoch. Die Land- und Ernährungswirtschaft ist mehr denn je angewiesen auf fundiert ausgebildete und leistungsorientierte Menschen mit unternehmerischem Weitblick. Im Berichtsjahr wurden wichtige Etappenziele des weiteren Ausbaus des Strickhofs zu einem landwirtschaftlichen Kompetenzzentrum erreicht (siehe Überblick Baudirektion).

Ziele des E-Governments bei der Ausrichtung der landwirtschaftlichen Direktzahlungen erreicht

Seit mehreren Jahren wurden die Grundlagen erarbeitet und bereitgestellt, damit die Landwirtschaftsbetriebe die für das Ausrichten der Bundesbeiträge erforderlichen Betriebsdaten via Internet erfassen und dem Kanton weiterleiten können. Im Berichtsjahr wurde erstmals erreicht, dass sämtliche Betriebe dieses Angebot nutzen. Damit verkleinert sich der administrative Aufwand sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Verwaltung erheblich.

Konzept zur Sicherung des jagdlichen Schiessens liegt vor

Zur langfristigen Sicherstellung des jagdlichen Schiessens im Kanton Zürich wurden in Zusammenarbeit mit dem Bund wichtige Fragen betreffend Sanierung und Weiterbetrieb von bestehenden sowie Anforderungen an künftige Jagdschiessanlagen geklärt.

Laufende Aufgaben*Aufgabe / Stand und Kommentar*

A1	Fördern und erhalten einer konkurrenzfähigen, multifunktionalen Landwirtschaft
A2	Nutzen, pflegen und schützen des Waldes als nachhaltige Rohstoffquelle und naturnahe Lebensgemeinschaft mit Erholungsraum
A3	Schützen und fördern der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume (Biodiversität) sowie angemessene Nutzung der Wildtier- und Fischbestände
A4	Schutz des Bodens: Überwachung und Gefährdungsabschätzung; Gefahrenabwehr

Entwicklungsschwerpunkte*Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar*

		<i>bis</i>
E1	Umsetzung und Weiterentwicklung der Ergebnisse aus dem Projekt «Kompetenzzentrum Strickhof» (RRB Nr. 40/2006) Verzögert Im Projekt «Kompetenzzentrum Strickhof» wurden in vier Teilprojekten eine Stärkung des grünen Bildungs- und Beratungszentrums Strickhof vorbereitet und eine verlängerte Umsetzung bis 2012 beschlossen. Im KEF 2011–2014 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2014 verschoben.	2010
E2	Anpassung der Infrastrukturen am Strickhof an die Ausbildungsbedürfnisse und Tierhaltungsbestimmungen Verzögert Sowohl die mit E1 angestrebte Stärkung des Strickhofs als auch allgemein die sich ändernden Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft führen zu Anpassungserfordernissen der Infrastrukturen am Strickhof. In einem Massnahmenplan werden im Berichtsjahr alle Erfordernisse aufgezeigt und die Umsetzungsschritte vorgeschlagen.	2010
E3	Langfristige und verbindliche Sicherung der Fruchtfolgeflächen von 44 000 ha (KEF-Erklärungen Nr. 22 & 23; RRB Nr. 503/2008) Planmässig	2012
E4	Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft (LZ RR 8.5) Verzögert In der Vollzugsarbeit der Abteilungen Landwirtschaft und Wald, aber auch am Strickhof, im Naturschutz, der Jagd/Wildökologie und im Bodenschutz werden alle Massnahmen darauf ausgerichtet, die unter starkem ökonomischem Druck stehende Land- und Forstwirtschaft in ihrer unternehmerischen Entwicklung nicht zu behindern bzw. zu stärken. Der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes wurde im KEF 2011–2014 auf das Ende der Laufenden Legislatur 2008–2011 angepasst. Danach wird das Entwicklungsziel auf die neuen Legislaturziele ausgerichtet.	2010
E5	Umsetzung der E-Government-Lösung für die Direktzahlungen bei Landwirten Abgeschlossen	2010

E6	Entwickeln und umsetzen der Strategie zur Abwehr der Bodenversauerung Planmässig Analysen der Fachstelle Bodenschutz und der Abteilung Wald zeigen, dass Waldböden immer mehr versauern. Im Massnahmenplan Luft 2008 des Regierungsrats werden daher Massnahmen gefordert, um die für die Versauerung mitverantwortlichen Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft zu senken. In einem sogenannten «Ressourcenprojekt» werden hierzu Vorschläge erarbeitet. Das Projekt wurde im Berichtsjahr dem Bund zur Genehmigung eingereicht. Gleichzeitig werden Massnahmen geprüft, um die bereits versauerten Standorte zu «neutralisieren».	2015
E7	Erstellen des Waldentwicklungsplanes für den Kanton Zürich (gemäss kantonalem Waldgesetz vom 7. Juli 1998) Planmässig	2011
E8	Förderung der eigentümerübergreifenden Holznutzung im Privatwald Planmässig	2011
E9	Langfristige und verbindliche Sicherung der bezüglich Artenvielfalt wertvollsten Lebensräume (etwa 3600 ha) Planmässig	2012
E10	Umsetzung der Massnahmen aus dem Naturschutzgesamtkonzept (NSGK) Planmässig Das Naturschutzgesamtkonzept (NSGK) von 1995 sieht eine Umsetzung der darin definierten Massnahmen bis 2015 vor. 2005 erfolgte durch das Amt eine Zwischenbilanz mit Bericht an den Regierungsrat (10 Jahre NSGK, RRB Nr. 1556/2006). Beruhend darauf, wurde ein Umsetzungsplan erarbeitet, der mit RRB Nr. 195/2010 von der Regierung beschlossen wurde.	2025

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	186,5	180,2	191,4	11,2
Durchlaufende Bundesbeiträge	163,8	155,4	166,4	11,0
Aufwand	-253,7	-247,1	-255,1	-8,1
Durchlaufende Bundesbeiträge	-163,8	-155,4	-166,4	-11,0
Saldo	-67,2	-66,9	-63,8	3,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen	2,5	2,3	1,9	-0,4
Durchlaufende Bundesbeiträge	2,1	2,1	1,7	-0,4
Ausgaben	-12,9	-14,5	-11,7	2,8
Durchlaufende Bundesbeiträge	-2,1	-2,1	-1,7	0,4
Kreditübertragungen aus 2009		-1,7		
Saldo	-10,5	-12,2	-9,8	2,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	264,7	271,1	266,9	-4,2

Erfolgsrechnung

Ertrag:

+11,0 Höhere durchlaufende Beiträge

Aufwand:

+0,9 Geringerer Personalaufwand (Geringerer Beschäftigungsumfang um 4,2 Stellen)

+0,9 Geringerer Sachaufwand (Waldbodenkartierung, Planungsarbeiten Rindviehstall, Maschinen und Geräte, Unterhaltsarbeiten usw.)

+0,8 Geringerer Kapitalaufwand (Abschreibungen und Zinsen)

+0,4 Geringere Staatsbeiträge (1,0 Mio. Franken geringerer Aufwand für Feuerbrand, Wald-erhaltung, agronomische Projekte sowie Schaderreger / 0,6 Mio. Franken höherer Aufwand für landwirtschaftliche Kinderzulagen sowie Berg- und Hügelzonen)

-11,0 Höhere durchlaufende Beiträge

Investitionsrechnung

+1,8 Geringere Ausgaben bei Hochbauprojekten (Wald und Strickhof), Waldstrassen (Wald) sowie Maschinen, Geräte und Fahrzeuge (Wald und Bodenschutz)

+0,7 Geringere Ausgaben für Investitionsbeiträge im Bereich Landwirtschaft

Personal

Die zeitliche Verschiebung der erwarteten zusätzlichen Lektionen am Strickhof sowie die Verzögerungen bei der Besetzung von Vakanzen führten zu einem tieferen Beschäftigungsumfang.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Strickhof: Anteil der Betriebsleiter mit abgeschlossener landwirtschaftlicher Ausbildung am Strickhof (A1)	min.	-	-	-	-
W2	Landwirtschaft: Anteil gut unterhaltener Meliorationen (A1)	min.	91%	90%	86%	-4%
W3	Wald: Holznutzung im Privatwald (vgl. z. Zuwachs) (A2)	min.	102%	100%	83%	-17%
W4	Wald: Holznutzung im öffentlichen Wald (vgl. z. Zuwachs) (A2)	min.	108%	100%	109%	9%
W5	Naturschutz: Bestandessicherung bedrohter Arten (A3)	min.	1,44	1	1,32	0,32
W6	Bodenschutz: Bodenbeeinträchtigender Flächenanteil bei Bodenrekultivierungen mit weniger als 5000m ² Fläche (A4)	min.	18%	15%	16%	1%
W7	Fischerei/Jagd: Erhalten ausgewogener Rehwildbestände; Anzahl Rehwild (A3)	P	10 700	11 000	10 690	-310
Leistungen						
L1	Strickhof: Anzahl Schülertage (Grundausbildung) (A1)	P	78 222	70 000	75 067	5 067
L2	Strickhof: Anzahl Kursteilnehmerstunden (Weiterbildung) (A1)	P	56 838	55 000	58 003	3 003
L3	Naturschutz: Anteil durch Schutzmassnahmen gesicherter Lebensräume (A3)	P	81%	84%	82%	-2%
L4	Naturschutz: Anzahl Bewirtschafter Naturschutzflächen (A3)	P	1 661	1 700	1 670	-30
L5	Bodenschutz: Erfasste Verschiebungen von schadstoffbelastetem Bodenmaterial (A4)	min.	78%	75%	81%	6%
L6	Fischerei/Jagd: Ausgestellte Fischereiberechtigungen (A3)	P	10 474	9 200	10 005	805
L7	Wald: Anteil gepflegte Schutzwaldfläche (A2)	min.	-	7%	2%	-5%
Wirtschaftlichkeit						
B1	Landwirtschaft: Mittlere Arbeitsstunden (Median) pro landwirtschaftliches Hochbauprojekt (A1)	P	38	45	33	-12
B2	Wald: Kostendeckungsgrad im Staatswald (A2)	min.	49%	45%	49%	4%
B3	Fischerei/Jagd: Kostendeckungsgrad (A3)	min.	77%	64%	72%	8%
Abweichungsbegründungen						
W1	Der Indikator wird alle vier Jahre erhoben (2011, 2015, 2019 usw.).					
W3	Die Nutzung im privaten Wald blieb aufgrund der tiefen Holzpreise unter den Prognosen zurück.					
L1	Die Anzahl der Lernenden am Strickhof hat sich auf hohem Niveau stabilisiert.					
L7	Die Anlaufphase für die Pflege des Schutzwaldes dauert länger als erwartet, es konnte nur ein kleiner Teil der vorgesehenen Pflegemassnahmen ausgeführt werden.					
B1	Einfachere und kleinere Bauvorhaben reduzierten den Arbeitsaufwand pro Projekt erheblich.					
B3	Mehreinnahmen aus dem Fischereiregal als auch Beiträge des Bundes an Wasser- und Zugvogelreservate verbesserten den Kostendeckungsgrad.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	600 134	108 252	200 000	691 883	+91 748

Auflösung Rücklagen 2010: Fr. 108 252

- davon Fr. 54 927 Teamentwicklung
- davon Fr. 53 325 übrige Personalkosten (Personalanlässe und Infrastruktur)

Bildung von Rücklagen 2010: Fr. 400 000

- Die verzögerte Besetzung der vakanten Stellen konnte nur durch den überdurchschnittlichen Einsatz des Personals aufgefangen werden. Der Verzicht auf den Beizug von temporärem Personal und externen Dienstleistern hat sich in einem tieferen Sachaufwand niedergeschlagen. Von den dadurch angehäuften Gleitzeitsaldi mussten mehr als 6000 Stunden entschädigungslos gestrichen werden.

8910 Natur- und Heimatschutzfonds

Hauptereignisse

Im Bereich Naturschutz wurden im Rahmen des Naturschutz-Gesamtkonzeptes Mittel des Fonds für Projekte und Schutzobjekte verwendet. Dazu wurden zahlreiche Unterhalts- und Pflegemassnahmen zur Förderung der Biodiversität durchgeführt (z. B. Pflege lichter Waldflächen, Aufwertung Magerwiesen). Es wurden Massnahmen im Bereich Arten- und Biotopschutz unterstützt sowie Projekte gemäss dem Konjunkturprogramm des Bundes (z. B. Flachmoorregeneration Feldbacher Bucht) umgesetzt. Weiter richtete der Fonds Bewirtschaftungsbeiträge für die Pflege von Naturschutzgebieten von überkommunaler Bedeutung und von Obstgärten aus.

Im Bereich der Denkmalpflege wurden Garten- und Parkanlagen mit Beiträgen unterstützt und Massnahmen für den Erhalt von Schutzobjekten geleistet (z. B. Kronentor in Regensberg). Beim Kraftwerk in Ottenbach wurde mit der Instandsetzung des historischen Streichwehres und der Sanierung der Uferböschung begonnen.

Bei archäologischen Vorhaben wurden Fondsmittel für Rettungsgrabungen (z. B. in Lufingen, Otelfingen und Dielsdorf), für Projekte der Unterwasserarchäologie (z. B. Installation von Erosionsmarkern in verschiedenen Seeufersiedlungen und fachliche Unterstützung der Opéra-Grabung am Theaterplatz in Zürich) und für Fundkonservierungen durch das Landesmuseum verwendet.

Der Ortsbild- und Landschaftsschutz wurde mit Fondsbeiträgen an planerische Mehrleistungen (z. B. in Marthalen) und an die Signalisation der Fuss- und Wanderwege im Kanton unterstützt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Finanzierung von Massnahmen zur Unterstützung privater und öffentlicher Natur- und Heimatschutzbestrebungen
A2	Erwerb von Grundstücken (z. B. Wiesen, Moore, Erholungsgebiete mit Infrastruktur) zu Schutzzwecken
A3	Ausrichtung von Entschädigungen für Eigentumsbeschränkungen infolge von Schutzmassnahmen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	31,8	28,6	31,6	3,0
Übertrag vom GS (8000)	18,0	18,0	18,0	0,0
Aufwand	-32,4	-31,4	-32,5	-1,1
Abschreibungen und Zinsen	-5,6	-5,1	-4,1	1,1
Saldo	-0,5	-2,9	-0,9	2,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,6			
Ausgaben	-4,1	-3,6	-2,5	1,1
Saldo	-3,5	-3,6	-2,5	1,1
Fondsbestand				
Fondsbestand	17,6	14,7	16,7	2,0

Erfolgsrechnung

- 1,7 Höhere Ausgaben aufgrund des Konjunkturprogramms des Bundes im Bereich Naturschutz
- 0,8 Höhere durchlaufende Beiträge im Bereich Naturschutz (Aufwand)
- 0,6 Höhere Ausgaben für archäologische Arbeiten
- +0,9 Weniger Sofortabschreibungen infolge geringerer Investitionsbeiträge
- +1,1 Geringere Beiträge für Denkmalpflegeprojekte
- +0,8 Höhere durchlaufende Beiträge im Bereich Naturschutz (Ertrag)
- +1,2 Höhere Bundesbeiträge, v. a. infolge Konjunkturprogramm des Bundes im Bereich Naturschutz
- +0,8 Höhere Entschädigungen und Beiträge für archäologische Arbeiten

Investitionsrechnung

- +0,9 Weniger Investitionsbeiträge
- +0,2 Etwas weniger Ausgaben für Sanierungsmassnahmen/Umbauten von Denkmalpflegeobjekten sowie für Maschinen und Geräte im Bereich Naturschutz

Fondsbestand

- +2,0 Im Geschäftsjahr wurden dem Fondsbestand nur 0,9 Mio. Franken entnommen, anstatt wie geplant 2,9 Mio. Franken.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Leistungen						
L1	Anzahl Beiträgsempfänger Naturschutz (A1)	P	1 661	1 700	1 670	-30
L2	Anzahl Beitragszusicherungen an Denkmalschutzprojekte (A1)	P	2	5	1	-4
L3	Anzahl archäologische Projekte (A1)	P	176	175	144	-31
L4	Anzahl Ortsbild- und Landschaftsschutzprojekte (A1)	P	4	5	2	-3

Abweichungsbegründungen

- L2 Der Indikator ist primär abhängig von exogenen Faktoren. Die Anzahl liegt unter dem Prognosewert, da im Geschäftsjahr weniger Beitragsgesuche gestellt wurden.
- L3 Durchführung von weniger Baubegleitungen und Konzentration auf grosse und mittlere Projekte.
- L4 Der Indikator ist primär abhängig von exogenen Faktoren. Im Geschäftsjahr sind weniger Gesuche von Gemeinden eingegangen als erwartet.

8940 Denkmalpflegefonds

Hauptereignisse

Aus dem Denkmalpflegefonds wurden Fondsmittel für Renovations- und Instandsetzungsarbeiten von denkmalgeschützten Liegenschaften verschiedener Eigentümer verwendet. So wurden Beiträge an die Aussenrenovation des Stadthauses in Winterthur, an die Restaurierung der Aubrücke in Zell (Kollbrunn) und an die Restaurierung der Stuckdecke sowie des Turmdaches der evangelisch-reformierten Kirche in Oberrieden geleistet. Mit den Restaurationsarbeiten an der Villa Patumbah in Zürich wurde begonnen. Die Wiederinstandstellung des Zunfthauses zur Zimmerleuten, Zürich, konnte finanziell massgebend unterstützt werden. Das Museum Schloss Kyburg und das Museum des Ritterhauses Bubikon erhielten Betriebsbeiträge aus dem Denkmalpflegefonds.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das Auftragschwergewicht liegt bei der Finanzierung von Erhaltungs- und Pflegemassnahmen von Denkmalschutzobjekten Privater auf Grundlage von Subventionen.
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	4,2	9,6	9,3	-0,3
Übertrag vom Lotteriefonds	3,4	8,5	8,5	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto		0,4		-0,4
Aufwand	-4,2	-9,6	-9,3	0,3
Staatsbeiträge	-0,4	-0,4	-0,4	0,0
Abschreibungen und Zinsen	-3,0	-9,2	-8,2	1,0
Einlage in Bestandeskonto	-0,8	0,0	-0,6	-0,6
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-3,0	-9,2	-8,2	1,0
Saldo	-3,0	-9,2	-8,2	1,0
Fondsbestand				
Fondsbestand	25,8	25,4	26,4	1,0

Erfolgsrechnung

- +1,0 Weniger Sofortabschreibungen infolge geringerer Investitionsbeiträge
- 0,4 Keine Entnahme aus dem Fondskapital notwendig, da die Ausgaben des Fonds durch den Übertrag aus dem Lotteriefonds sowie den Zinsertrag auf dem Fondskapital vollumfänglich gedeckt wurden
- 0,6 Einlage in das Fondskapital

Investitionsrechnung

- +1,0 Weniger Investitionsbeiträge

Fondsbestand

- +1,0 Im Geschäftsjahr wurden 0,6 Mio. Franken in den Fondsbestand eingelegt, anstatt wie geplant 0,4 Mio. Franken entnommen.

Indikatoren

		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Leistungen						
L1	Anzahl Zusicherungen von Beiträgen (A1)	P	31	50	22	-28
Abweichungsbegründung						
L1	Im Geschäftsjahr wurden anzahlmässig weniger Zusicherungen ausgesprochen; betragsmässig wurde aber ein ausserordentlich hoher Beitrag von rund 13 Mio. Franken zugesichert.					

8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen

Hauptereignisse

Das System zur Rücknahme von Sonderabfällen aus Haushaltungen ist gut eingeführt und wird rege benutzt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Zur Finanzierung seiner Aufwendungen für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen führt der Kanton einen Fonds, der durch eine jährliche Abgabe der Gemeinden je Einwohnerin und Einwohner gespeist wird. Dabei handelt es sich um die Aufwendungen für den Betrieb der kantonalen Sonderabfallsammelstelle in Zürich, in welche die aus Haushaltungen und Kleingewerbe anfallenden Kleinmengen von Sonderabfällen gesammelt, triagiert und zur Entsorgung weitergeleitet werden, sowie um die Aufwendungen für mobile Sammlungen in den Gemeinden.
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,6	1,7	1,7	0,0
Abgaben von Gemeinden	1,6	1,6	1,6	0,0
Aufwand	-1,2	-1,4	-1,2	0,2
Beiträge an Betriebe	-0,5	-0,7	-0,7	0,0
Saldo	0,4	0,3	0,5	0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	1,8	2,1	2,3	0,2

Erfolgsrechnung

+0,1 Gegenüber Budget geringerer interner Aufwand

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Gesammelte Menge Sonderabfall in t (A1)	P	306	300	334	34
W2	Abgeber bei Sonderabfallsammlungen (A1):	P	27 803	24 200	31 423	7 223
W3	– davon bei der stationären Sammelstelle Hagenholz	P	4 452	3 000	4 605	1 605
W4	– davon bei mobilen Sammlungen in den Städten Zürich und Winterthur	P	3 668	4 200	5 209	1 009
W5	– davon bei mobilen Sammlungen im restlichen Kantonsgebiet (d. h. ohne die Städte Zürich und Winterthur)	P	19 483	17 000	21 609	4 609
Leistungen						
L1	Anzahl mobile Sammlungen von Sonderabfällen jährlich (A1):	min.	276	270	276	6
L2	– davon in den Städten Zürich und Winterthur (A1)	min.	39	40	39	-1
L3	– davon im restlichen Kantonsgebiet (d. h. ohne die Städte Zürich und Winterthur) (A1)	min.	237	230	237	7
Wirtschaftlichkeit						
B1	Höhe der Sonderabfallabgabe pro Einwohner und Einwohnerin (A1)	P	Fr. 1.20	Fr. 1.20	Fr. 1.20	0

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Der Kanton übernimmt gemäss Abfallgesetz nach dem Abschluss der gegenwärtig betriebenen Deponien einen Teil der Nachsorgekosten und der Kosten der allfälligen Sanierung. Dazu äufnen die Deponiebetreiber den Deponiefonds mit einer jeweiligen deponierisikoabhängigen Abgabe auf das abgelagerte Material.
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,9	1,2	1,3	0,2
Beiträge von Deponiebetreibern	0,4	0,7	0,9	0,2
Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0,5	0,5	0,5	-0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-0,9	-1,2	-1,3	-0,2
Einlagen in Bestandeskonto	-0,9	-1,1	-1,3	-0,2
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	16,3	17,4	17,6	0,2

Erfolgsrechnung

- +0,2 Die Deponiebetreiber äufnen den Deponiefonds mit einer jeweiligen deponierisikoabhängigen Abgabe auf das im Vorjahr abgelagerte Material. Bei den Beiträgen von Deponiebetreibern wurde eine geringere Menge angenommen, als tatsächlich die Berechnungsgrundlage bildete.
- 0,2 Entsprechend höher gegenüber Budget war auch die Einlage in das Bestandeskonto des Fonds, die sich aus der Abweichung zwischen Aufwand und Ertrag ergibt, da der Saldo der Erfolgsrechnung des Fonds im Fremdkapital ausgeglichen sein muss.

8960 Deponiefonds

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr fanden im Waldfonds keine Bewegungen statt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Walderhaltungsmassnahmen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0	0,0	0,0	–0,0
Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0,0	0,0	0,0	–0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	–0,0	–0,0	–0,0	0,0
Einlage in Bestandeskonto	–0,0	–0,0	–0,0	0,0
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	0,8	0,8	0,8	–0,0

8970 Kantonaler Waldfonds

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr haben sowohl die Anzahl der Wildschäden als auch die Summe der Schäden stark zugenommen. Es wurden insgesamt Fr. 256 000 an Schäden registriert.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,3	0,4	0,5	0,1
Erträge aus Regalien	0,1	0,1	0,1	0,0
Interne Zinsen und weitere interne Erträge	0,1	0,1	0,1	–0,0
Übertrag aus ALN (8800), Fischerei- und Jagdverwaltung	0,2	0,3	0,4	0,1
Aufwand	–0,4	–0,5	–0,5	0,1
Beiträge für Wildschäden, Zäune und Sofortmassnahmen	–0,3	–0,4	–0,3	0,1
Übertrag für Verwaltungsentschädigung an ALN (8800)	–0,1	–0,1	–0,1	0,0
Saldo	–0,1	–0,1	0,0	0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	1,6	1,5	1,6	0,2

Erfolgsrechnung

- +0,1 Geringere Beiträge für Wildschäden, Zäune und Sondermassnahmen
- +0,1 Höherer Übertrag in den Wildschadenfonds aus der Rechnung der Leistungsgruppe Nr. 8800, Amt für Landschaft und Natur

8980 Wildschadenfonds

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Vergütung von Wildschäden an Waldbäumen, Feldern und Wiesen sowie Obstbäumen und Reben in Fr. (A1)	P	197 054	295 000	203 764	-91 236
Leistungen						
L1	Anzahl vergütete Wildschadensfälle (einschliesslich Schäden durch Wildschweine) (A1)	P	320	350	367	17
L2	Anzahl bearbeitete Fälle für Wildschaden-Verhütungsmassnahmen (A1)	P	53	75	34	-41
L3	Anzahl bearbeitete Gesuche für Projekte zur ökologischen Verbesserung der Lebensräume (A1)	P	45	60	34	-26
Wirtschaftlichkeit						
B1	Aufwand für die Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen im Verhältnis zu den Erträgen aus Jagdpachtzinsen und Jagdpässen (A1)	P	39%	49%	42%	-7%
Abweichungsbegründungen						
W1	Die Vergütung für Wildschäden lag erneut unter den durchschnittlichen Schadenswerten der Vorjahre.					
L2	Die Zahl der Fälle von Wildschaden-Verhütungsmassnahmen hat sich mit der neuen Vergütungsregelung für Einzäunungen weiter verringert.					
L3	Die Jagdgesellschaften reichten jagdliche Projekte nach wie vor zurückhaltend ein.					



Funktions- und Querschnittsbereiche

Immobilien

Hauptereignisse

Überprüfung Immobilienmanagement

Im Zuge des Sanierungsprogrammes San10 hat der Regierungsrat beschlossen, eine Reihe von Vorschlägen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Effizienz in der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen weiterzuverfolgen (RRB Nr. 901/2010). Darunter befindet sich auch die Überprüfung des kantonalen Immobilienmanagements, deren Rahmenbedingungen im Oktober des Berichtsjahres festgelegt wurden (RRB Nr. 1482/2010). Diese Überprüfung steht unter externer Leitung und erfolgt unter Miteinbezug der Direktionen und der Staatskanzlei. Ziel sind die Wahl eines für den Kanton Zürich optimalen Immobilienmanagementmodells und die Entwicklung der entsprechenden Umsetzungsmassnahmen.

Immobilienstrategie des Kantons Zürich

Im April des Berichtsjahres hat der Regierungsrat die vom Immobilienamt erarbeitete Grundstrategie Immobilien Kanton Zürich zur Kenntnis genommen, aber noch nicht verabschiedet. Die Grundstrategie soll erst nach Vorliegen der Ergebnisse aus der Überprüfung des Immobilienmanagements beschlossen werden. Aus diesem Grund verzögert sich auch die Ausarbeitung der auf der Grundstrategie aufbauenden Teilportfoliostrategien.

Immobilienhandbuch

Mit der Verabschiedung der Immobilienverordnung im Jahr 2007 wurde das Immobilienamt beauftragt, die Verordnung durch ein Handbuch zu ergänzen. In diesem sollten die Bestimmungen der Immobilienverordnung näher ausgeführt werden. Bevor das Immobilienhandbuch verfasst werden konnte, musste sich eine gewisse Praxis etablieren. Im Berichtsjahr wurde das Immobilienhandbuch in den Direktionen und der Staatskanzlei breit vernehmlasst. Die Genehmigung durch den Regierungsrat kann erst nach der Überprüfung der Immobilienstrategie erfolgen.

Projekte im Bereich Immobilienbewirtschaftung

Die Reinigungsfläche der Zentral-, Bezirksverwaltung und der Rechtspflege beträgt rund 280 000 m² und verteilt sich auf das gesamte Kantonsgebiet mit Schwerpunkt in der Stadt Zürich. Die Mehrheit dieser Flächen wurden bis anhin durch private Unternehmen gereinigt, wobei pro Gebäude ein Vertragsverhältnis bestand. Durch die Vielzahl der Beauftragten ergab sich nicht nur ein kontinuierlich zunehmender Koordinationsaufwand, sondern auch erhebliche Qualitätsunterschiede in der Leistungserbringung. Deshalb wurden sämtliche Reinigungsarbeiten, die bereits durch private Unternehmen erledigt werden, gebündelt und in mehreren grösseren Losen neu ausgeschrieben. Die Leistungsaufnahme der ersten Lose erfolgte im November und wird sich bis ins Frühjahr 2011 hinziehen.

Projektplan Immobilienmanagement Kanton Zürich

Der Aufbau der erforderlichen Grundlagen für das kantonale Immobilienmanagement erfolgt in einzelnen, planbaren Handlungsfeldern bzw. Teilschritten (gemäss «Roadmap», Fahrplan Immobilienmanagement).

Nr.	Thema/Projekt	Ziel/Nutzen	Realisierungszeitraum
1	Zustandsbewertung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens	Basis für Projekt 2 (Einzelbewertung) sowie Unterhalts- und Investitionsplanung Durchführung und Nachführung: Hochbauamt	Abgeschlossen Nachführung laufend
2	Einzelbewertung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens	Grundlage für Anlagenbuchhaltung (IPSAS) sowie Unterhalts- und Investitionsplanung/-strategie	Abgeschlossen
3	Bewertung der Liegenschaften des Natur- und Heimatschutzfonds	Grundlage für Anlagenbuchhaltung (IPSAS) sowie Unterhalts- und Investitionsplanung/-strategie	Abgeschlossen
4	Zustandsbewertung der Liegenschaften des Finanzvermögens	Grundlage für Unterhalts- und Investitionsplanung	Abgeschlossen
5	Neubewertung der Liegenschaften des Finanzvermögens	Grundlage für Anlagenbuchhaltung (IPSAS) sowie Unterhalts- und Investitionsplanung/-strategie	Abgeschlossen
6	Immobilienhandbuch	Schriftliche Regelung aller relevanten Rollen, Prozesse und Pflichtenhefte sind in einem Dokument festgehalten Transparentes und klärendes Nachschlageinstrument und Hilfsmittel für sämtliche für die Immobilien zuständigen Stellen Einheitliche Terminologie und Verständnis bei allen Beteiligten	Im Anschluss an die «Überprüfung Immobilienmanagement Kanton Zürich»
7	Überarbeitung der Grundstrategie Kanton Zürich sowie der verschiedenen Teilstrategien	Der Kanton Zürich verfügt für seine Liegenschaften (Verwaltungs-, Finanzvermögen, Fonds) über spezifische Immobilienstrategien. Die Strategie unterstützt den Kanton bei der langfristigen Erfüllung seiner Aufgaben, der Effizienz der Verwaltung und der Sicherung einer nachhaltigen Rentabilität.	Im Anschluss an die «Überprüfung Immobilienmanagement Kanton Zürich»
8	Immobilienmanagementsystem	Gesamtkonzept für die Daten und IT im Bereich Immobilien zur Sicherstellung von Schnittstellen und Datenaustausch Auf das Gesamtkonzept abgestimmte Softwarelösung für das Portfoliomanagement im Immobilienamt (Spezialsoftware für die Steuerung des grossen Portfolios)	Aus Kostengründen vorerst sistiert

Nr.	Thema/Projekt	Ziel/Nutzen	Realisierungszeitraum
9	Liegenschaftsrechnung, Raumkostenrechnung	Liegenschaftsrechnung auf Stufe Liegenschaft/Objekt (Objektrechnung) Gliederung der Liegenschaftsrechnung nach Kostenträgern (Eigentümer, Nutzer, Betreiber), Kostenstellen, Profitcenter mit entsprechenden internen Verrechnungen Gliederung der Kosten nach immobilienwirtschaftlichen Konten und Kontengruppen Datenbasis für Benchmarking mit Dritten (Kantone und Wirtschaft)	Für Liegenschaften im Eigentum der Baudirektion abgeschlossen Restliche Liegenschaften ab 2012–2013
10	Controlling	Das Immobilienamt verfügt über die geeigneten immobilienwirtschaftlichen Steuerungsinstrumente zur Verifikation von Immobilienleistungen und künftigen Immobilienentscheiden.	Für Liegenschaften im Eigentum der Baudirektion abgeschlossen Restliche Liegenschaften ab 2012–2013
11	Nutzervereinbarungen (über alle kantonalen Liegenschaften)	Langfristige Vereinbarungen betreffend räumliche und bauliche Bedürfnisse und Nutzerstrategien; Definition Serviceleistungen, -standard, -kosten und Verrechnung	Ab 2012

Informatik

Hauptereignisse

Das KITT und die KITT-Geschäftsstelle erbringen Leistungen für die direktionsübergreifende Informatik. Die Informatikabteilungen und -stellen der Direktionen erbringen in erster Linie Leistungen für die direktion-internen Bedürfnisse, teilweise aber auch direktionsübergreifende Leistungen durch Erneuerungen wie auch im betrieblichen Bereich. Das Kantonale IT-Team KITT ist seit 2005 für die strategische Führung der direktionsübergreifenden Informatik verantwortlich. Es besteht aus Vertretern der Direktionen und der Staatskanzlei sowie dem Leiter der KITT-Geschäftsstelle.

Das KITT hat im Berichtsjahr die folgenden Projekte und Geschäfte erfolgreich abgeschlossen:

- Zentralisierung des Betriebs der Groupwareplattformen auf der Grundlage der Groupwarestrategie und Standardisierung der Lotus-Notes-Umgebung: Die beiden verbleibenden Plattformen (Steueramt, Amt für Jugend und Berufsberatung) wurden ins Service Center Lotus Notes der Direktion der Justiz und des Inneren migriert (Projekt ZHcom). Im Projekt Notes2010 wurden die Lotus-Notes-Anwendungen vereinheitlicht. Auf Ende des Berichtsjahres war mit ganz wenigen Ausnahmen in allen Amtsstellen die Version 8.5.1 im Einsatz.
- Im Datennetzwerk LEUnet wurde zunächst der wegen der Abtretung eines Unternehmensteils nötige Übergang des Dienstleistungsvertrags von Siemens an Swisscom vorgenommen. Anschliessend wurde die Vertragsdauer verlängert, wodurch die Preise ab 2011 erheblich tiefer sein werden.
- Abgeschlossen werden konnte die Zusammenführung der Active Directory DNS und der QIP DNS. Sie erleichtert spätere Änderungen im Betrieb wesentlich.
- An dieser Stelle ist insbesondere auch die Weiterarbeit an der Umsetzung der Informatikstrategie zu erwähnen. Die erste Umsetzungseinheit befasst sich in vier Teilprojekten mit der Zentralisierung der Informatik auf Direktionsstufe, dem Projektportfolio-Management, dem Informatikcontrolling und der Festlegung von Standards und Architekturen. Die Lösungskonzepte der Direktionen zu IT-Governance und jene des KITT zu den übrigen Teilprojekten sind in fortgeschrittenen Phasen. Des Weiteren wurde die Informatiksicherheit mit der Organisation und den Anwendungen sowie der Festlegung von Vorgaben und Standards als Inhalt der zweiten Umsetzungseinheit festgelegt.

Über die Arbeit der KITT-Geschäftsstelle und der ihr angegliederten Kompetenzzentren informiert der Abschnitt der Leistungsgruppe Nr. 4600 Direktionsübergreifende Informatik.

Kompetenzzentren und überdirektionale Statistiken

Kompetenzzentren

Das KITT steuert drei Kompetenzzentren:

- das Kompetenzzentrum «Netzwerkdienste»
- das Kompetenzzentrum «Messaging-Services»
- das Kompetenzzentrum «CC/SC IT-Sicherheit».

Entwicklung der Arbeitsplatzkosten

Mit einer KEF-Erklärung aus dem Jahr 2007 hat der Kantonsrat den Regierungsrat um Informationen zur Entwicklung der Arbeitsplatzkosten gebeten. Über diesen Sachverhalt wird nun jeweils im Querschnittsbereich Informatik des Geschäftsberichts und des Koordinierten Entwicklungs- und Finanzplans (KEF) berichtet. Es werden zwei Zahlenreihen wiedergegeben:

Informatikgesamtaufwand pro Arbeitsplatz

Die Kennzahl gibt an, wie viel eine Direktion im Jahr pro Arbeitsplatz für Informatik aufgewendet hat. Der Wert «Informatikgesamtaufwand» wird jährlich im Rahmen der Erhebung der Informatikkennzahlen errechnet. Der Wert «Anzahl Arbeitsplätze» wird in einer Umfrage der Informatikcontroller bei den Arbeitsstellen ermittelt.

Informatikgesamtaufwand in Fr. Direktion	Ist 2009	Budget 2010	Ist 2010
1 Regierungsrat und Staatskanzlei	16 819	40 500	15 379
2 Direktion der Justiz und des Innern	8 230	8 050	7 040
3 Sicherheitsdirektion	12 866	12 809	12 565
4 Finanzdirektion	38 679	33 500	37 478
5 Volkswirtschaftsdirektion	5 046	6 245	4 619
6 Gesundheitsdirektion	5 006	9 100	4 751
7 Bildungsdirektion	6 409	5 305	6 337
8 Baudirektion	10 792	12 700	11 017
4600 Direktionsübergreifende Informatik			
Gesamtdurchschnitt	11 467	12 142	11 151

Im Informatikgesamtaufwand sind die Beschaffungs-, Nutzungs- und Projektkosten einschliesslich Personalkosten und Abgeltungen der Leistungsgruppen an die Informatikabteilungen sowie die Abschreibungen enthalten.

Die Unterschiede zwischen den Direktionen und Jahren zeigen die unterschiedliche Informatikintensität einer Direktion (Einsatz der Informatik für die Leistungserstellung) und reflektieren auch grössere Beschaffungen (z. B. Erneuerung der Arbeitsplatzausrüstung) und Projekte im Berichtsjahr.

(In den Zahlen einzelner Direktionen sind auch Informatikleistungen für die gesamte Verwaltung enthalten, z. B. für die Personalverwaltung [FD/Personalamt]. Im Gesamtdurchschnitt sind die Ausgaben für die direktionsübergreifende Informatik enthalten).

Basisarbeitsplatzkosten pro Arbeitsplatz

Die Kennzahl zeigt die Basisarbeitsplatzkosten einer Direktion. Sie umfasst die Kosten für Helpdesk und Support, für die Servicedeskinfrastruktur, für die Arbeitsplatzausrüstung (Personalcomputer, Drucker, Software, Nutzung Lotus Notes, Virenschutz), für die Basis- (File-, Print-, Terminal-, Storage-)Server sowie für das Netzwerk.

Basisarbeitsplatzkosten pro AP in Fr. Direktion	Ist 2009	Budget 2010	Ist 2010
1 Regierungsrat und Staatskanzlei	3193	3730	3282
2 Direktion der Justiz und des Innern	1831	1850	1414
3 Sicherheitsdirektion	2012	2947	1908
4 Finanzdirektion	2927	2780	2574
5 Volkswirtschaftsdirektion	1758	1900	1786
6 Gesundheitsdirektion	2739	3000	2475
7 Bildungsdirektion	2133	2263	2103
8 Baudirektion	2272	1900	2070
Gesamtdurchschnitt	2302	2525	2095

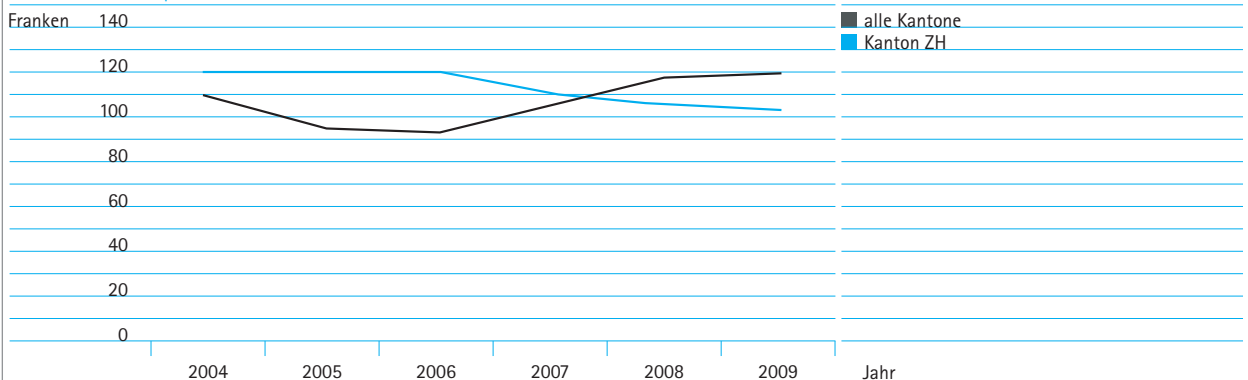
Die Kennzahl ist für 2008 erstmals erhoben worden. Dabei zeigten sich noch methodische Unsicherheiten. Für die Erhebung der Zahlen ab 2009 wurden neue, präzisere Definitionen verwendet. Dadurch sind die Zahlen zwischen den Direktionen seither besser vergleichbar

Schweizweite Statistiken

Vergleich Informatikgesamtaufwand pro Einwohner

Dem KITT ist es dank zunehmender Standardisierungen gelungen, den Informatikgesamtaufwand kontinuierlich zu senken. Mittlerweile ist der Aufwand pro Einwohner bereits tiefer als der Vergleichswert aller 17 teilnehmenden Kantone.

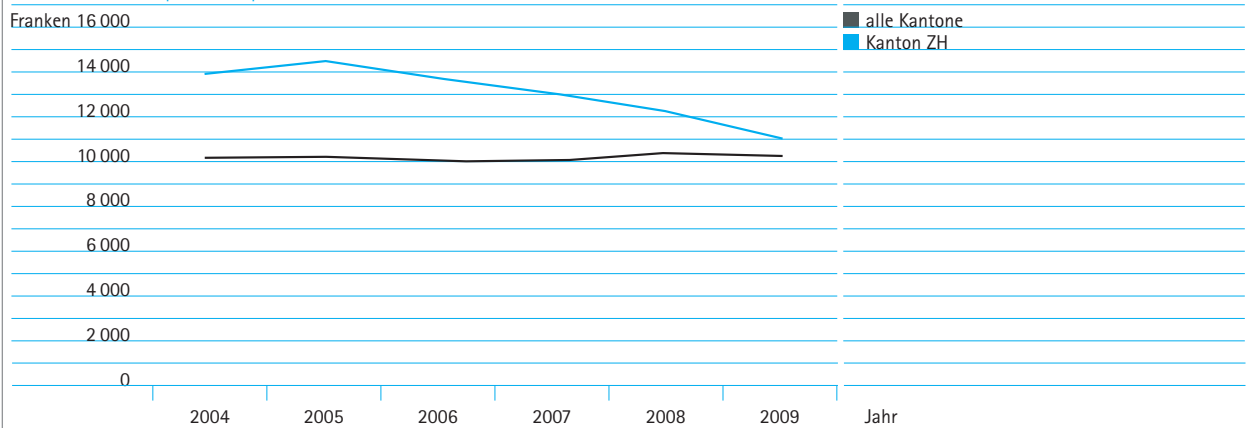
Informatikaufwand pro Einwohner



Vergleich Informatikaufwand pro PC-Arbeitsplatz

Die Kostenentwicklung auf der Vergleichsbasis der Arbeitsplätze tendiert in die gleiche Richtung. Der erfreuliche Verlauf ist etwas langsamer, weil ein grosser Kanton vermehrt komplexe Anwendungssysteme einsetzen muss.

Informatikaufwand pro Arbeitsplatz



Personal

Hauptereignisse

- PULS ZH: Die Umsetzung des Projektes PULS-ZH verlief im Berichtsjahr weitgehend planmässig. PULS-ZH stand bereits ab Ende Dezember des Berichtsjahres für den produktiven Betrieb zur Verfügung. Die Ablösung des bisherigen Personalinformationssystems PALAS durch das System SAP HCM erfolgte termingerecht am 1. Januar 2011. Die Abnahme des Systems ist auf Ende März 2011 geplant.
- Projekt Teilrevision Lohnsystem: Das Teilprojekt für eine flexiblere und verstärkt leistungsorientierte Lohnentwicklung trat am 1. Januar des Berichtsjahres und das Teilprojekt der Anpassung einzelner Richtpositionen am 1. Juli des Berichtsjahres in Kraft. Des Weiteren wurde im Berichtsjahr der Entwurf des Antrags für den Regierungsrat zur Entwicklung eines Betriebskonzeptes für die Anwendung und Nachführung des Lohnsystems erarbeitet. Der Antrag für den Regierungsrat geht auf Beginn 2011 in die Vernehmlassung.
- Überbrückungsstellen für Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger: Für Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger, die weder verwaltungsintern noch -extern eine Festanstellung gefunden haben, wurde das Programm «Überbrückungsstellen für Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger» geschaffen. Das Programm wird in den Jahren 2010/2011 und 2011/2012 umgesetzt.
- Projekt familienergänzende Kinderbetreuung: Für eine wirksame Umsetzung des Legislaturziels ist ein Betrag von rund 10 Mio. Franken erforderlich. Aufgrund der derzeitigen Situation des Finanzhaushaltes und im Hinblick auf San10 musste auf die Budgetierung dieses Betrags in den KEF 2011–2014 verzichtet werden. Die Einstellung von entsprechenden Mitteln wird für den KEF 2012–2015 erneut geprüft.
- Personalcontrolling: Im Berichtsjahr wurden erstmals die Kennzahlen zu Langzeitabsenzen erhoben. Zudem wurde der Zusammenhang zwischen Mitarbeiterbeurteilungen und Individuellen Lohn-erhöhungen ausgewertet und als neue Kennzahl in das Personalcontrolling eingebunden.

Für den Funktionsbereich Personal ist das Personalamt, Leistungsgruppe Nr. 4500, zuständig.

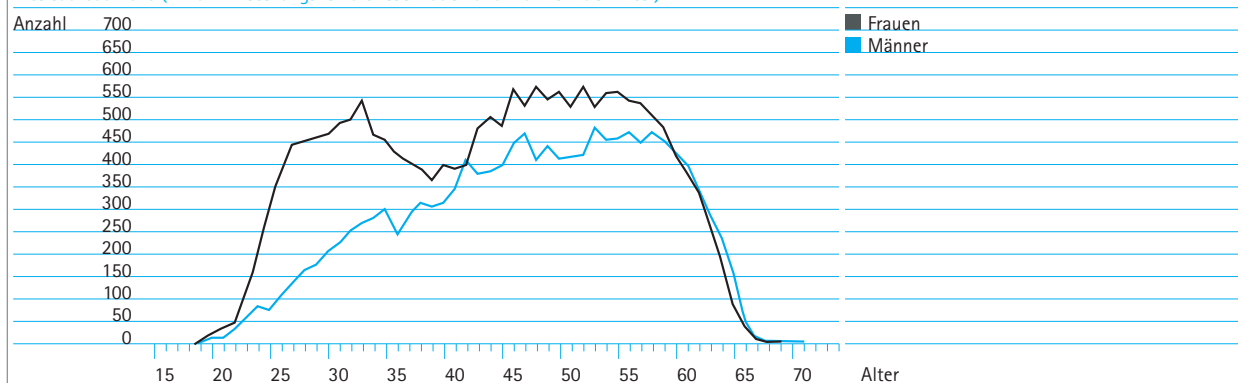
Personalaufwand

		2010	2009	Differenz
		Fr.	Fr.	%
	Löhne			
300	Behörden, Kommissionen und Richter			
3000	Löhne Behörden, Richter und Richterinnen	4 206 162	4 242 017	-0,8%
3001	Vergütungen an Behörden, Kommissionen, Richter	2 851 860	5 156 998	-44,7%
301	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
3010	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	1 294 350 355	1 297 302 029	-0,2%
302	Löhne der Lehrkräfte			
3020	Löhne der Lehrkräfte	707 564 549	702 639 990	0,7%
	Total Löhne	2 008 972 926	2 009 341 034	0,0%
303	Temporäre Arbeitskräfte	6 283 853	6 787 623	-7,4%
304	Zulagen			
3040	Kinderzulagen	52 615	485 946	-89,2%
3041	Familienzulagen	0	0	
3042	Verpflegungszulagen	11 948 152	11 518 393	3,7%
3043	Wohnungszulagen	600	300	100,0%
3049	Übrige Zulagen	61 035	64 875	-5,9%
	Total Zulagen	12 062 402	12 069 514	-0,1%
305	Arbeitgeberbeiträge			
3050	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	121 914 181	122 125 408	-0,2%
3051	AG-Beiträge an eigene Pensionskassen	190 893 279	191 022 579	-0,1%
3052	AG-Beiträge an andere Pensionskassen	2 012 924	1 960 350	2,7%
3053	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	13 883 480	13 724 328	1,2%
3054	AG-Beiträge an Familienzulagekassen	24 498 746	23 615 697	3,7%
3059	Übrige AG-Beiträge	529 411	1 221 011	-56,6%
	Total Arbeitgeberbeiträge	353 732 020	353 669 374	0,0%
306	Arbeitgeberleistungen			
3060	Ruhegehälter	17 017 005	15 423 627	10,3%
3061	Renten oder Rentenanteile	432 592	3 870 118	-88,8%
3062	Teuerungszulagen auf Renten und Rentenanteile	16 943 800	27 649	61 181,0%
3063	Unfallrenten und Rentenablösungen	76 610	9 549	702,3%
3064	Überbrückungsrenten	6 828 575	11 085 355	-38,4%
3069	Übrige Arbeitgeberleistungen	46 671	46 694	0,0%
	Total Arbeitgeberleistungen	41 345 253	30 462 992	35,7%

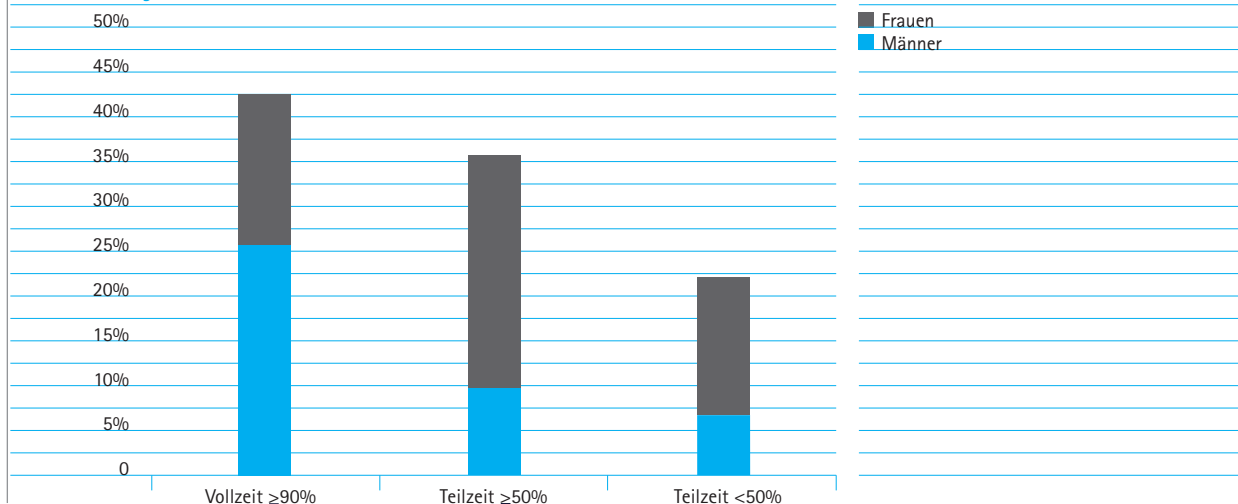
		2010	2009	Differenz
		Fr.	Fr.	%
309	Übriger Personalaufwand			
3090	Aus- und Weiterbildung des Personals	13 431 581	14 307 996	-6,1%
3091	Personalwerbung	3 406 858	2 625 072	29,8%
3099	Übriger Personalaufwand	3 538 855	4 077 671	-13,2%
	Total übriger Personalaufwand	20 377 293	21 010 739	-3,0%
Total Personalaufwand Direktionen und Staatskanzlei		2 442 773 747	2 433 341 277	0,4%

Die Personal- und Lohnstatistik beschränkt sich auf die dem Regierungsrat unterstellten Direktionen und die Staatskanzlei, d. h., die Behörden, die Rechtspflege, die selbstständigen und unselbstständigen Anstalten sind nicht Bestandteil der Statistik.

Altersaufbau 2010 (Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Alter)



Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Voll- und Teilzeit in Prozenten 2010



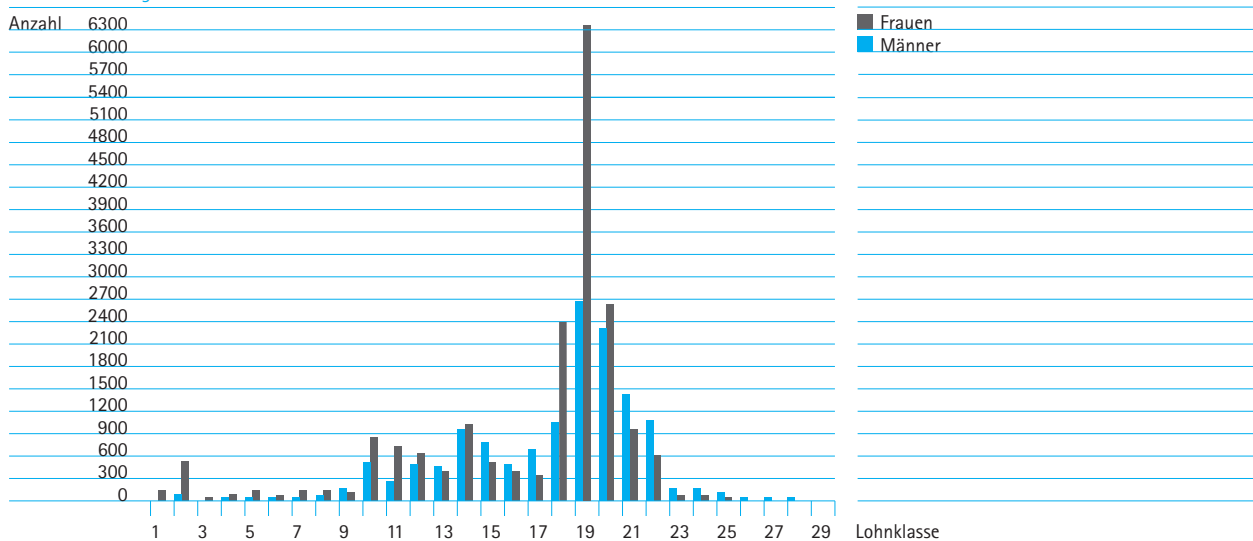
Lohnaufwand, Beschäftigungsumfang, Beschäftigte

		Lohnaufwand	Lohnaufwand
Amts-Nr. / Bereich		2010	2009
Total	Direktionen und Staatskanzlei	2 009 015 644	2 009 296 848
1	Regierungsrat und Staatskanzlei	11 507 113	10 511 458
2	Direktion der Justiz und des Innern	178 220 165	173 065 298
	2270 Kirchen		25 962 386
3	Sicherheitsdirektion	420 411 231	403 567 138
4	Finanzdirektion	98 554 914	97 639 920
5	Volkswirtschaftsdirektion	72 715 350	65 949 611
6	Gesundheitsdirektion	229 033 946	236 611 680
7	Bildungsdirektion	853 829 852	851 671 459
8	Baudirektion	144 743 073	144 317 899

Der Lohnaufwand in dieser Darstellung weist eine Differenz zum Total der Löhne auf Seite 382 aus, da die Löhne von sogenannten finanziellen Leistungsgruppen oder Fonds nicht berücksichtigt werden.

	Beschäftigungsumfang			Anzahl Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2010				
	Total	Angestellte	Übrige	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
	24 728,1	24 071,6	656,5	32 982	19 083	13 899	13 884	19 098
	79,2	71,9	7,3	85	32	53	58	27
	1 570,1	1 551,6	18,5	1 814	857	957	1 182	632
	4 125,9	4 096,7	29,2	4 584	1 564	3 020	3 420	1 164
	1 014,9	836,9	178,0	915	411	504	712	203
	729,4	726,6	2,8	780	437	343	599	181
	2 557,7	2 332,7	225,0	2 949	1 804	1 145	1 366	1 583
	13 255,1	13 118,1	137,0	20 247	13 506	6 741	5 451	14 796
	1 395,8	1 337,1	58,7	1 608	472	1 136	1 096	512

Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Lohnklassen 2010



Personal- und Lohnstatistik		Lohnaufwand	Lohnaufwand
Bereich (Nr., Amt)		2010	2009
Total Direktionen und Staatskanzlei		2 009 015 644	2 009 296 848
1	Regierungsrat und Staatskanzlei	11 507 113	10 511 458
	1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	11 507 113	10 511 458
2	Direktion der Justiz und des Innern (ohne Kirchen)⁵	178 220 165	173 065 298
	2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	7 363 875	7 244 043
	2204 Strafverfolgung Erwachsene	42 395 614	41 899 185
	2205 Jugendstrafrechtspflege	9 697 392	9 279 104
	2206 Amt für Justizvollzug	81 392 821	77 670 782
	2207 Gemeindeamt	7 214 586	7 095 223
	2221 Handelsregisteramt	5 360 069	5 594 533
	2223 Statistisches Amt	3 376 691	3 297 382
	2224 Staatsarchiv	3 835 052	3 348 008
	2225 Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen	2 235 377	2 199 704
	2232 Fachstelle Opferhilfe	774 935	756 202
	2233 Fachstelle für Gleichstellung	650 872	690 117
	2234 Fachstelle Kultur	839 369	859 167
	2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	735 041	647 111
	2251 Bezirksräte (mit Personal)	6 091 836	5 955 185
	2262 Baurekurskommission	3 932 817	4 054 524
	2263 Steuerrekurskommissionen	2 323 819	2 475 028
	2270 Kirchen⁶		25 962 386
	2271 Evangelisch-reformierte Landeskirche		25 826 613
	2273 Christkatholische Kirchgemeinde		135 773
3	Sicherheitsdirektion	420 411 231	403 567 138
	3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugs- aufgaben und Rekursabteilung	6 803 529	5 508 494
	3100 Kantonspolizei	331 383 799	328 823 001
	3200 Strassenverkehrsamt	31 331 524	31 460 328
	3300 Migrationsamt	12 785 749	11 685 391
	3400 Amt für Militär und Zivilschutz	13 210 546	13 098 064
	3500 Sozialamt ⁷	17 717 678	5 750 699
	3600 Statthalterämter	7 178 407	7 241 163

¹ Angestellte in Vollzeiteneinheiten: Anstellungen gemäss PVO und Lehrpersonen (unbefristet und befristet)

² Übriges Personal: Mitglieder von Behörden, Lernende, Praktikanten

³ Vollzeit = Beschäftigungsgrad \geq 90%

⁴ Teilzeit = Beschäftigungsgrad $<$ 90%

⁵ Mit der Einführung des neuen Kirchengesetzes im Berichtsjahr werden die Kirchen durch Staatsbeiträge finanziert, deshalb wird nur der Lohnaufwand der Rechnung 2009 ausgewiesen.

⁶ Ohne Kirchen

⁷ Übertrag der IV-Betriebe Wohnheim Tilia, Wohnheim Hardoskop und Werkstätte Hardundgut von der Gesundheitsdirektion in das Sozialamt

Beschäftigungsumfang			Anzahl Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2010				
Total	Angestellte ¹	Übrige ²	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit ³	Teilzeit ⁴
24 728,1	24 071,6	656,5	32 982	19 083	13 899	13 884	19 098
79,2	71,9	7,3	85	32	53	58	27
79,2	71,9	7,3	85	32	53	58	27
1 570,1	1 551,6	18,5	1 814	857	957	1 182	632
56,8	56,8		65	30	35	42	23
322,7	320,6	2,1	364	218	146	271	93
81,4	79,9	1,5	101	68	33	47	54
793,7	787,1	6,6	869	294	575	641	228
58,2	58,2		71	35	36	39	32
56,9	56,9		70	52	18	37	33
28,3	28,3		35	10	25	17	18
41,0	40,0	1,0	61	39	22	15	46
18,5	18,5		24	16	8	14	10
7,0	7,0		8	8		6	2
5,3	4,6	0,7	7	7		1	6
5,8	5,8		7	5	2	2	5
6,1	6,1		8	5	3	2	6
45,1	38,5	6,6	55	38	17	24	31
28,0	28,0		51	24	27	15	36
15,3	15,3		18	8	10	9	9
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-
4 125,9	4 096,7	29,2	4 584	1 564	3 020	3 420	1 164
64,7	64,7		84	54	30	52	32
3 181,2	3 180,2	1,0	3 538	1 060	2 478	2 688	850
345,0	345,0		359	135	224	321	38
147,1	147,1		161	104	57	135	26
131,2	129,5	1,7	148	43	105	110	38
196,7	170,2	26,5	213	122	91	76	137
60,0	60,0		81	46	35	38	43

⁸ Mit unterstellten Auszubildenden (KV- und Informatik-Lernende)

⁹ Werte ohne Arbeitslosenkasse

¹⁰ In der Gesundheitsdirektion wird der Lohnaufwand im Berichtsjahr nach Leistungsgruppen und nicht nach einzelnen Betrieben ausgewiesen.

¹¹ Die Zentralwäscherei wurde auf 1. Juli des Berichtsjahres veräussert.

¹² Zusammenschluss des Psychiatriezentrums Hard mit der Integrierten Psychiatrie Winterthur im Berichtsjahr und Übertrag von drei IV-Betrieben in das Sozialamt (vgl. Fussnote 7)

¹³ Der Lohnaufwand der Volksschullehrpersonen wird zu rund 66% von den Gemeinden rückerstattet. Ohne diese Rückerstattung beträgt der Lohnaufwand 2009 rund 968,4 Mio. Franken und im Berichtsjahr rund 990,4 Mio. Franken.

Personal- und Lohnstatistik		Lohnaufwand	Lohnaufwand
Bereich (Nr., Amt)		2010	2009
4	Finanzdirektion	98 554 914	97 639 920
	4000 Generalsekretariat	1 677 306	1 628 269
	4100 Finanzverwaltung	5 570 832	5 087 457
	4300 Amt für Tresorerie	595 040	582 821
	4400 Steueramt	77 580 207	77 908 742
	4500 Personalamt ⁸	7 306 886	6 759 423
	4600 Direktionsübergreifende Informatik	1 156 754	1 072 026
	4700 Drucksachen- und Materialzentrale	4 667 890	4 601 182
5	Volkswirtschaftsdirektion	72 715 350	65 949 611
	5000 Generalsekretariat	3 798 942	3 979 395
	5205 Amt für Verkehr	6 270 810	6 091 846
	5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit ⁹	62 645 598	55 878 369
6	Gesundheitsdirektion¹⁰	229 033 946	236 611 680
	6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	12 333 819	11 963 760
	6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	12 725 546	12 673 000
	6110 Kantonale Heilmittelkontrolle		1 949 142
	6120 Kantonales Laboratorium		7 698 960
	6130 Veterinäramt		3 024 898
	6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	13 799 104	19 060 818
	6320 Kantonsapotheke		8 235 664
	6330 Zentralwäscherei ¹¹		10 825 154
	6400 Psychiatrische Versorgung	190 463 752	198 753 413
	6420 Psychiatrische Universitätsklinik Zürich		71 670 574
	6440 Psychiatrische Klinik Rheinau		36 385 655
	6450 Integrierte Psychiatrie Winterthur		35 452 269
	6460 Psychiatrie-Zentrum Hard, Embrach ^{7, 12}		31 950 019
	6480 Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst		23 294 896
	6999 Lohnnachzahlungen Gesundheitswesen	-288 275	-5 839 311

¹ Angestellte in Vollzeiteinheiten: Anstellungen gemäss PVO und Lehrpersonen (unbefristet und befristet)

² Übriges Personal: Mitglieder von Behörden, Lernende, Praktikanten

³ Vollzeit = Beschäftigungsgrad \geq 90%

⁴ Teilzeit = Beschäftigungsgrad $<$ 90%

⁵ Mit der Einführung des neuen Kirchengesetzes im Berichtsjahr werden die Kirchen durch Staatsbeiträge finanziert, deshalb wird nur der Lohnaufwand der Rechnung 2009 ausgewiesen.

⁶ Ohne Kirchen

⁷ Übertrag der IV-Betriebe Wohnheim Tilia, Wohnheim Hardoskop und Werkstätte Hardundgut von der Gesundheitsdirektion in das Sozialamt

	Beschäftigungsumfang			Anzahl Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2010				
	Total	Angestellte ¹	Übrige ²	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit ³	Teilzeit ⁴
	1 014,9	836,9	178,0	915	411	504	712	203
	11,1	11,1		11	5	6	9	2
	47,2	46,8	0,4	54	32	22	36	18
	4,0	4,0		4	1	3	4	
	678,9	677,6	1,3	738	330	408	577	161
	214,7	39,2	175,5	45	29	16	32	13
	8,2	8,2		9	2	7	7	2
	50,8	50,0	0,8	54	12	42	47	7
	729,4	726,6	2,8	780	437	343	599	181
	30,2	30,2		31	13	18	23	8
	45,6	45,6		52	21	31	35	17
	653,6	650,8	2,8	697	403	294	541	156
	2 557,7	2 332,7	225,0	2 949	1 804	1 145	1 366	1 583
	87,8	87,8		105	55	50	60	45
	122,3	112,9	9,4	134	77	57	88	46
	18,2	16,9	1,3	20	12	8	13	7
	81,0	72,9	8,1	86	45	41	55	31
	23,1	23,1		28	20	8	20	8
	172,6	172,2	0,4	104	65	39	76	28
	89,6	89,2	0,4	104	65	39	76	28
	83,0	83,0						
	2 175,0	1 959,8	215,2	2 606	1 607	999	1 142	1 464
	900,5	821,3	79,2	1 117	696	421	502	615
	338,3	309,2	29,1	362	168	194	185	177
	696,2	609,4	86,8	793	502	291	364	429
	240,0	219,9	20,1	334	241	93	91	243

⁸ Mit unterstellten Auszubildenden (KV- und Informatik-Lernende)

⁹ Werte ohne Arbeitslosenkasse

¹⁰ In der Gesundheitsdirektion wird der Lohnaufwand im Berichtsjahr nach Leistungsgruppen und nicht nach einzelnen Betrieben ausgewiesen.

¹¹ Die Zentralwäscherei wurde auf 1. Juli des Berichtsjahres veräussert.

¹² Zusammenschluss des Psychiatriezentrums Hard mit der Integrierten Psychiatrie Winterthur im Berichtsjahr und Übertrag von drei IV-Betrieben in das Sozialamt (vgl. Fussnote 7)

¹³ Der Lohnaufwand der Volksschullehrpersonen wird zu rund 66% von den Gemeinden rückerstattet. Ohne diese Rückerstattung beträgt der Lohnaufwand 2009 rund 968,4 Mio. Franken und im Berichtsjahr rund 990,4 Mio. Franken.

Personal- und Lohnstatistik		Lohnaufwand	Lohnaufwand
Bereich (Nr., Amt)		2010	2009
7	Bildungsdirektion	853 829 852	851 671 459
	7000 Bildungsverwaltung	40 982 385	42 644 527
	7100 Lehrmittelverlag	2 581 518	2 595 022
	7200 Volksschulen einschliesslich Vikare ¹³	310 184 566	303 993 713
	7301 Mittelschulen	246 527 107	247 016 993
	7302 Schulen im Gesundheitswesen ⁸	12 225 027	15 770 172
	7303 Berufsschulen und Lehrabschlussprüfungen	184 497 163	184 439 453
	7501 Jugend- und Familienhilfe	43 792 573	42 109 024
	7502 Berufs- und Studienberatung	13 039 513	13 102 554
8	Baudirektion	144 743 073	144 317 899
	8000 Generalsekretariat	11 074 045	10 804 333
	8100 Hochbauamt	13 059 849	12 975 331
	8300 Amt für Raumordnung und Vermessung	12 213 215	12 374 496
	8400 Tiefbauamt	41 418 001	41 419 369
	8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)	27 055 783	27 145 080
	8700 Immobilienamt	10 511 949	10 708 722
	8800 Amt für Landschaft und Natur	29 410 233	28 890 568

¹ Angestellte in Volleinheiten: Anstellungen gemäss PVO und Lehrpersonen (unbefristet und befristet)

² Übriges Personal: Mitglieder von Behörden, Lernende, Praktikanten

³ Vollzeit = Beschäftigungsgrad \geq 90%

⁴ Teilzeit = Beschäftigungsgrad $<$ 90%

⁵ Mit der Einführung des neuen Kirchengesetzes im Berichtsjahr werden die Kirchen durch Staatsbeiträge finanziert, deshalb wird nur der Lohnaufwand der Rechnung 2009 ausgewiesen.

⁶ Ohne Kirchen

⁷ Übertrag der IV-Betriebe Wohnheim Tilia, Wohnheim Hardoskop und Werkstätte Hardundgut von der Gesundheitsdirektion in das Sozialamt

	Beschäftigungsumfang			Anzahl Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2010				
	Total	Angestellte ¹	Übrige ²	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit ³	Teilzeit ⁴
	13 255,1	13 118,1	137,0	20 247	13 506	6 741	5 451	14 796
	326,8	323,4	3,4	408	261	147	184	224
	26,6	25,6	1,0	30	13	17	20	10
	8 938,7	8 938,7		12 574	9 425	3 149	3 925	8 649
	1 811,0	1 805,0	6,0	3 053	1 509	1 544	665	2 388
	113,7	100,5	13,2	141	106	35	60	81
	1 494,3	1 390,9	103,4	2 905	1 213	1 692	501	2 404
	425,8	418,5	7,3	959	839	120	74	885
	118,2	115,5	2,7	177	140	37	22	155
	1 395,8	1 337,1	58,7	1 608	472	1 136	1 096	512
	90,6	88,8	1,8	98	41	57	74	24
	106,4	106,4		116	32	84	92	24
	101,9	100,7	1,2	119	37	82	66	53
	435,3	424,0	11,3	448	46	402	410	38
	243,0	235,9	7,1	265	69	196	199	66
	117,3	114,4	2,9	178	91	87	84	94
	301,3	266,9	34,4	384	156	228	171	213

⁸ Mit unterstellten Auszubildenden (KV- und Informatik-Lernende)

⁹ Werte ohne Arbeitslosenkasse

¹⁰ In der Gesundheitsdirektion wird der Lohnaufwand im Berichtsjahr nach Leistungsgruppen und nicht nach einzelnen Betrieben ausgewiesen.

¹¹ Die Zentralwäscherei wurde auf 1. Juli des Berichtsjahres veräussert.

¹² Zusammenschluss des Psychiatriezentrums Hard mit der Integrierten Psychiatrie Winterthur im Berichtsjahr und Übertrag von drei IV-Betrieben in das Sozialamt (vgl. Fussnote 7)

¹³ Der Lohnaufwand der Volksschullehrpersonen wird zu rund 66% von den Gemeinden rückerstattet. Ohne diese Rückerstattung beträgt der Lohnaufwand 2009 rund 968,4 Mio. Franken und im Berichtsjahr rund 990,4 Mio. Franken.

Umwelt

Hauptereignisse

Die kantonale Verwaltung hat als grösstes Dienstleistungsunternehmen im Kanton eine Vorbildrolle im eigenen Umweltverhalten. Die Koordinationsstelle für Umweltschutz im Generalsekretariat der Baudirektion (Leistungsgruppe Nr. 8000) nimmt in der Betriebsökologie direktionsübergreifend eine breit gefächerte Beratungstätigkeit wahr, hat verschiedene Hilfsmittel und Fachveranstaltungen initiiert und bei deren Verwirklichung mitgearbeitet. Für die Bauökologie wird diese Rolle von der Fachstelle Bauökologie im Stab des Hochbauamtes wahrgenommen. Die folgenden Hauptereignisse sind eine Auswahl der im vergangenen Jahr erfolgten Tätigkeiten.

Neue PC-Clients und Monitore von Bau- und Justizdirektion mit halbiertem Verbrauch

Die rund sechsjährige PC-Infrastruktur an den Arbeitsplätzen von Bau- und Justizdirektion musste im Berichtsjahr ersetzt werden, weil kaum mehr Ersatzteile erhältlich waren. Die Ausschreibung durch die Infomatikverantwortlichen der beiden Direktionen erfolgte in Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle für Umweltschutz und der Kantonalen Drucksachen- und Materialzentrale. Die ausgewählten PCs sind mit dem Umweltlabel «Blauer Engel» ausgezeichnet und erfüllen die Bedingungen von Energy Star 5.0. Messungen und Modellrechnungen haben ergeben, dass verglichen mit der alten Hardware mit den neuen Geräten in den beiden Direktionen zusammen bis 250 000 kWh Strom eingespart werden kann, was ungefähr einer Halbierung des bisherigen Stromverbrauchs entspricht.

«Was besorgt wird, wird entsorgt»

Unter dem Titel «Frühlingsputzete» organisierte die Koordinationsstelle für Umweltschutz in Zusammenarbeit mit dem Immobilienamt, dem Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft sowie mit der Kommunikationsabteilung der Baudirektion im Frühling zwei Entsorgungstage. Die beiden Tage standen in engem Zusammenhang mit dem landesweiten Aktionstag «Wahre Werte» der Stiftung PUSCH (Praktischer Umweltschutz Schweiz). Nebst einem Vortrag zum Thema «Braucht das Handy zu viele Rohstoffe?» konnten sich die Mitarbeitenden bei Führungen ein Bild über die Entsorgungsinfrastruktur der Zentralverwaltung machen, eine Ausstellung zum Thema «Abfall ist wertvoll» besuchen oder im Film «Plastic Planet» den eigenen Kunststoffverbrauch infrage stellen. Ziel der Entsorgungstage war es, die Mitarbeitenden für den bewussten Umgang mit Rohstoffen, Produkten und Abfällen zu sensibilisieren.

Nur noch zertifiziertes Holz

Die bisher gültigen «bauökologischen Submissionsbedingungen» wurden durch das KBOB-Merkblatt 2008/1 «Nachhaltiges Bauen in Planer- und Werkverträgen» ersetzt. Deshalb akzeptiert das Hochbauamt nur noch Holz mit FSC- oder PEFC-Zertifikat.

Recyclingpapier

Der Recyclinganteil konnte im Berichtsjahr markant gesteigert werden, auch wenn noch nicht alle Direktionen die vorgegebenen Quoten des RRB Nr. 1244/2009 erreicht haben. Die derzeit in verschiedenen Organisationseinheiten laufenden Umstellungsarbeiten werden erst für 2011 ihre Wirkung entfalten können.

Für eine zielgerichtete Betriebsökologie der kantonalen Verwaltung besteht ein Satz von betrieblichen Umweltkennzahlen. Diese sind ein Mass für das ökologische Wirtschaften der kantonalen Verwaltung oder von Teilen davon und dienen intern dem kontinuierlichen Verbesserungsprozess sowie der Erkennung von Schwachstellen. Sie werden jährlich erfasst.

		2009	Ziele 2010	2010	Ziele 2011
Anteil Recyclingfasern					
Gesamtverwaltung	[% des Kopierpapierverbrauches]	28,6% ²	> 50% ²	40,4%	> 50% ²
	[% der Druckaufträge]	–	> 50% ²	35,1%	> 50% ²
	[% der Couvertbestellungen]	–	> 80% ²	50,2%	> 80% ²
Kopierpapierverbrauch					
(Ziele einschliesslich Fremdbezug)	[Blatt A4 pro Vollzeitstelle]	9 878 ¹	7 900 ³	8 795	7 800 ³
Wärmeverbrauch ⁴	[GWh]	244	239	⁵	234
Elektrizitätsverbrauch ⁴	[GWh]	160	159	⁵	158
Treibhausgas-Ausstoss ⁴	[t]	38 733	38 042	⁵	37 351
Umweltrelevante Kennzahlen ohne Zielvorgaben					
Abfall ⁶	[t]	770,3	–	959,6	–
Wiederverwertbarer Anteil	[%]	62%	–	65%	–

¹ Für 2009 nur Bezug via KDMZ

² Der Zielwert für Recyclingpapier 2010 entspricht dem im RRB Nr. 1244/2009 festgehaltenen Zielwert.

³ Ziel modifiziert gemäss KEF 2011–2014

⁴ Der Wärme- und Elektrizitätsverbrauch bezieht sich auf rund 80% der kantonseigenen Gebäude im Verwaltungsvermögen. Für Wärmeverbrauch, Elektrizitätsverbrauch und Treibhausgasausstoss sind erstmals für 2010 Ziele im KEF festgelegt worden.

⁵ Da die Datenauswertung im Berichtsjahr erst im Verlauf des Frühlings abgeschlossen ist, kann noch nicht über die Zielerreichung berichtet werden.

⁶ Zentral- und Bezirksverwaltung

Kommentar

Kopierpapierverbrauch

Obwohl im Berichtsjahr die Papierbestellungen umfassend erfasst wurden, ist der spezifische Verbrauch an Kopierpapier nach einem langjährigen kontinuierlichen Anstieg erstmals um über 1000 Blatt pro Vollzeitstelle gesunken. Ob es sich um einen einmaligen Effekt oder um einen längerfristigen Trend handelt, werden die kommenden Jahre zeigen.

Abfall

Die Menge an verwertbarem Abfall und Mischabfall (Kehricht) in Zentral- und Bezirksverwaltung ist im Berichtsjahr wieder angestiegen. Der starke Anstieg beim verwertbaren Abfall ist in erster Linie auf eine starke Zunahme der Entsorgung von Papier- und vertraulichen Akten zurückzuführen.

Gleichstellung von Frau und Mann

Hauptereignisse

Das Koordinationsgremium für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist unter der Leitung der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann tätig. Es sorgt zwischen den unterschiedlichen Direktionen für die Abstimmung der geplanten und bereits eingeleiteten Massnahmen zum Legislaturziel Vereinbarkeit. Das Koordinationsgremium hat in zwei Workshops Handlungsempfehlungen erarbeitet, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern: einerseits für das kantonale Personal, andererseits für die kantonale Bevölkerung.

Die Fachstelle befasste sich zudem mit der Studie «Fehlanreize im Steuer- und Sozialsystem», die im Auftrag der Regierung zur Erfüllung des Legislaturziels 12.2 erstellt wurde. Die Direktion der Justiz und des Innern ist beauftragt, konkrete Massnahmen zu erarbeiten, die zur Beseitigung der Fehlanreize führen sollen. Die Fachstelle hat die ersten Schritte dazu eingeleitet.

Die Promotorin und der Promotor der Vereinbarkeit, Sybille Sachs und Matthias Mölloney, waren ihr zweites Jahr unterwegs. Sie hatten Auftritte vor Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen, um diese für familienfreundliche Massnahmen in den Betrieben zu gewinnen. Im Februar ging die Informations- und Kontaktplattform www.vereinbarkeit.zh.ch online. Sie richtet sich mit einem breiten Informationsangebot an Geschäftsführende und Personalverantwortliche von Unternehmen sowie an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zeigt, wie sich familienfreundliche Massnahmen für Firmen und für Angestellte lohnen.

Für unterschiedliche Aus- und Weiterbildungsangebote sowie kantonale Gremien wurde Gleichstellungswissen aufbereitet, zur Verfügung gestellt und vermittelt: so etwa für die Grundausbildung der Führungskräfte im Modul «Gleichstellung», für die Weiterbildungskurse zur sexuellen Belästigung, für die vierteljährlichen Treffen der Juristinnen und Juristen der kantonalen und stadtzürcherischen Verwaltung, für die Ausbildung von Polizeiaspirantinnen und -aspiranten oder für die kantonale Arbeitsgruppe für die Prävention der Verstümmelung weiblicher Genitalien.

Die Gleichstellungskommission, der Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft angehören, hat auch im Berichtsjahr gemeinsam mit dem Statistischen Amt des Kantons Zürich und der Bildungsdirektion den Kinderbetreuungsindex aktualisiert und veröffentlicht. Zudem unterstützte die Kommission die Fachstelle bei der Neuausrichtung und der Strategieentwicklung nach der Budgetkürzung.

Integration der ausländischen Bevölkerung

Hauptereignisse

Das Thema Integration beschäftigt weiterhin verschiedene interdirektionale Gremien (Sportkommission, Forum Jugend und Gewalt, Forum Migration der Bildungsdirektion). Im Berichtsjahr wurde unter anderem eine Studie zum Sportverhalten der ausländischen Bevölkerung im Kanton Zürich veröffentlicht, die auch medial auf grosses Interesse stiess. Die Fachstelle für Integrationsfragen arbeitete sodann punktuell mit der Fachstelle Brückenbauer der Kantonspolizei, mit dem Amt für Jugend und Berufsberatung des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes sowie mit dem Sektor Interkulturelle Pädagogik des Volksschulamtes zusammen.

Der Interdirektionale Runde Tisch bestimmte weiterhin über die Verwendung der sogenannten Einmalpauschale für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene. Im Berichtsjahr wurde die Finanzierung des Arbeitsintegrationsprojekts «Jucomo» vom runden Tisch übernommen.

Öffentlichkeitsprinzip

Hauptereignisse

Die Anzahl der formellen Informationszugangsgesuche gemäss §§ 20 Abs. 1 und 24 ff. des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG), d. h., die Gesuche, die ein schriftliches Verfahren erfordern, bewegte sich in verhältnismässig bescheidenem Rahmen, jedoch mit steigender Tendenz. Die Bearbeitung dieser Zugangsgesuche verursachte indessen vereinzelt namhaften Aufwand, insbesondere wenn ihnen nicht oder nur teilweise entsprochen werden konnte und wenn sich daraus Rechtsmittelverfahren ergaben.

Von der nachstehenden Statistik nicht erfasst werden die informellen, d. h., telefonisch oder auf E-Mail gestellten Informationszugangsgesuche und Anfragen, die in ihrer Gesamtheit einen nicht unbedeutenden Aufwand für die verschiedenen Amtsstellen zur Folge hatten. Darunter fallen beispielsweise die rund 150 mittels Internetformular bei der Staatskanzlei eingegangenen Bestellungen von Beschlüssen des Regierungsrates, die vor dem 1. Oktober 2008 (Einführung des Öffentlichkeitsprinzips) ergangen und deshalb nicht im Internet (www.rrb.zh.ch) zugänglich sind.

Schriftlich eingereichte Gesuche um Informationszugang gemäss § 20 und 24 IDG

2010	Anzahl schriftl. Gesuche			Zugang eingeschränkt gewährt (§ 27 IDG)			Gebührenerhebung		
		davon durch Medien	uneingeschränkt gewährt	teilweise	ganz (Zugang abgelehnt)	davon angefochten	kostenloser Zugang	mit Kostenfolgen	Gesamtbetrag (Fr.)
Staatskanzlei	0								
Direktion der Justiz und des Innern	71	2	38	14	19		59	12	1 604.50
Sicherheitsdirektion ¹	65		65				65		
Finanzdirektion	5		3		2		5		
Volkswirtschaftsdirektion	3	1	3				2	1	124.50
Gesundheitsdirektion ²	26		10		10		20		
Bildungsdirektion ^{2,3}	15		6	8			13	1	85.00
Baudirektion	3		3				1	2	1 316.00
Total	188	3	128	22	31		165	16	3 130.00

¹ ohne die 11 848 Akteneinsichtsgesuche bei der Kantonspolizei nach §§ 11 und 12 der POLIS-Verordnung

² pendente Verfahren

² ohne Akteneinsichtsgesuche betreffend vormundschaftliche Massnahmen (AJB)

E-Government

Hauptereignisse

Als Teil des Strategie-Controllings erhebt die Stabsstelle bei den Direktionen jährlich den Stand der E-Government-Projekte und berichtet zum Umsetzungsstand der kantonalen E-Government-Strategie 2008–2012.

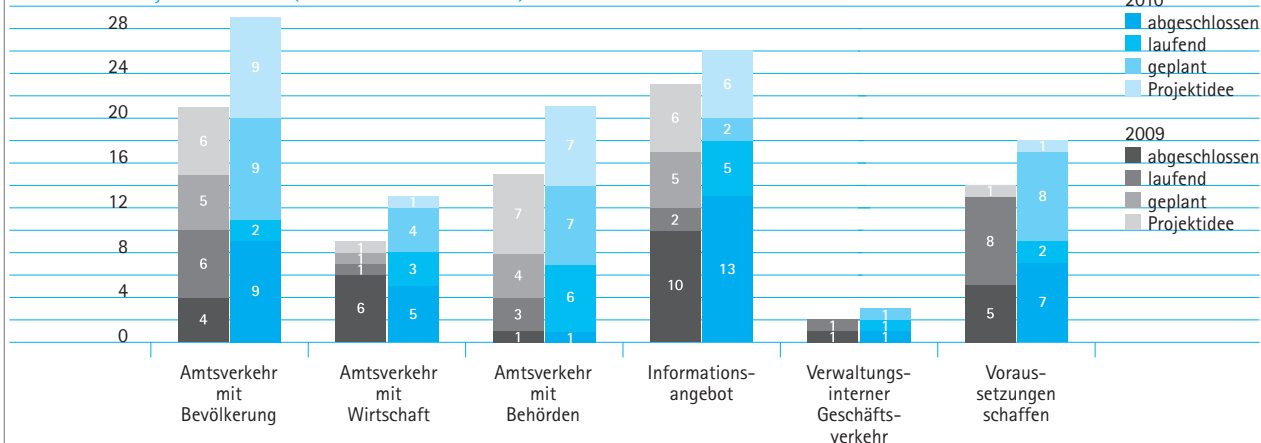
Die Stabsstelle E-Government hat Ende Jahr im Rahmen des Strategie-Controllings bei den Direktionen und der Staatskanzlei den Stand der E-Government-Projekte sowie neue Projekte erhoben. Auf der Grundlage des im Vorjahr erfassten Inventars der öffentlichen Leistungen und des bestehenden Online-Angebotes hat sie Stand und Potenziale des Ausbaus von E-Government ermittelt.

E-Government-Projekte 2008–2012

Die Direktionen und die Staatskanzlei haben 110 Projekte gemeldet, was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von 24% (26 neue Projekte) entspricht. Von den 110 Projekten sind insgesamt 36 abgeschlossen (12 davon im Berichtsjahr). Die Anzahl der geplanten und laufenden (50) Projekte hat gegenüber 2009 um rund 30% zugenommen. Die meisten werden Ende 2011 abgeschlossen sein, 10 Projekte laufen bis Ende der Strategieperiode, d. h. bis 2012, und vereinzelte (7) darüber hinaus. 24 Projekte haben den Status Projektidee und sind noch nicht konkret geplant.

Die Projekte verteilen sich wie folgt auf die sechs Ziele der E-Government-Strategie:

E-Government-Projekte 2008–2015 (Stand: Ende Dezember 2010)



Der «Amtsverkehr mit Bevölkerung» weist mit 29 Projekten (8 mehr als im Vorjahr) die meisten Vorhaben auf, mit einem hohen Anteil an Transaktionsangeboten (17 Projekte). Für die Zielsetzung «Amtsverkehr mit Wirtschaft» sind 4 neue Projekte hinzugekommen. Die stärkste Entwicklung zeichnet sich im «Amtsverkehr zwischen Behörden» ab, die Zahl der laufenden oder geplanten Projekte hat sich fast verdoppelt. Leicht erhöht hat sich auch die Zahl (11) der laufenden und vorgesehenen Projekte zum Ziel «Voraussetzungen schaffen». Der Anteil an Projekten zum Ausbau der Transaktionsangebote hat weiter, von 45% auf 50%, zugenommen. Die Informations- und Interaktionsangebote entwickeln sich erwartungsgemäss nahezu unverändert. Wie im Vorjahr hat der «verwaltungsinterne Geschäftsverkehr» mit 3 Projekten (Vorjahr 2) den geringsten Anteil.

Über alle Projekte gesehen beläuft sich der für E-Government im Berichtsjahr ausgegebene Betrag auf 8,9 Mio. Franken. Für die 32 laufenden Projekte sind im Berichtsjahr externe Kosten von rund 7,5 Mio. Franken angefallen (2009: 2,1 Mio.), davon rund 4,5 Mio. Franken erneut für den «Amtsverkehr mit der Bevölkerung» (u. a. für die Projekte Online-Steuererklärung und Relaunch www.zh.ch).

E-Government-Angebote und Potenziale

Gegenüber dem Vorjahr sind 12 neue Angebote hinzugekommen oder ausgebaut worden. Gemäss den bei den Direktionen und der Staatskanzlei erhobenen öffentlichen Leistungen und der bestehenden E-Government-Angebote (E-Government-Leistungsinventar) haben praktisch alle erhobenen Leistungen zumindest ein Informationsangebot. Von den knapp 600 Online-Angeboten, sind etwa 50% reine Informationsangebote, etwa 40% Interaktionen (z. B. PDF-Formulare oder Einweg-Datenverkehr) und etwa 10% Transaktionen (vollständig elektronisch abwickelbare Amtsgeschäfte).

Bei rund 50 Leistungen besteht gemäss Angaben der Direktionen und der Staatskanzlei ein unmittelbares Potenzial für den Ausbau des E-Government-Angebots. Wichtige Hinderungsgründe für einen weiter gehenden Ausbau der E-Government-Leistungen sind sehr kleine Mengengerüste (schlechte Kosten-Nutzen-Verhältnisse), der zwingend persönliche Kontakt mit den Beteiligten, die Zuständigkeit anderer Staatsebenen (z. B. Bund, Gemeinden) oder Stellen (z. B. Hochschulen), fehlende Möglichkeit für die durchgängige elektronische Verarbeitung sowie rechtliche Fragen.

Entwicklung in der Schweiz und international

Eine Studie¹, welche die E-Government-Entwicklungen bei Bund, Kantonen und Gemeinden vergleicht, zeigt auf, dass das E-Government-Angebot für die Öffentlichkeit derzeit stagniert und Arbeiten eher im Hintergrund erfolgen. Dies obwohl weiterhin Bedürfnisse von Bevölkerung und Unternehmen nach weiteren Online-Angeboten bestehen.

Die im Berichtsjahr vom SECO lancierte und erfolgreich eingeführte SuisseID (271 000 Bestellungen bis Ende 2010) wird weiterhin als grosser Hoffnungsträger für die weitere Entwicklung von E-Government wahrgenommen, ist aber noch wenig verbreitet. Zudem hat der Bund mittels konjunktureller Anschubfinanzierung die Konzeptphasen priorisierter Vorhaben unterstützt. Womit auch für die Kantone wichtige Projektgrundlagen geschaffen wurden. Zudem hat der Steuerungsausschuss E-Government Schweiz Ende Jahr die Erneuerung der E-Government-Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Kantonen in Angriff genommen.

Obwohl die Schweiz in Sachen nachhaltiger IKT-Struktur² international sehr gut platziert ist (Rang 4, Vorjahr Rang 5), belegt sie in internationalen E-Government-Vergleichsstudien nach wie vor hintere Plätze (im United Nations E-Government Survey 2010³ den 18. Rang). Im neusten europäischen E-Government-Benchmark-Bericht⁴ scheint sich eine leichte Trendwende abzuzeichnen, die Schweiz schneidet dabei deutlich besser ab als in den vergangenen Jahren und hat sich im Ranking um mehrere Plätze verbessert.

¹ «Verwaltung und E-Government 2010» der gfs.Bern

² «The Global Information Technology Report 2009–2010» von WEF und INSEAD

³ «United Nations E-Government Survey 2010» der United Nations

⁴ «Digitizing Public Services in Europe: Putting ambition into action, 9th Benchmark Measurement, December 2010» der Europäischen Union (EU Benchmark-Studie)

Entwicklungsschwerpunkte im Kanton Zürich

Im Berichtsjahr hat sich der Interaktions- und vor allem der Transaktionsbereich noch stärker in die strategisch anvisierte Richtung entwickelt. Mit der Integration der SuisselD in die Transaktionsplattform ZHservices wurde auch die Infrastruktur für Transaktionen weiterentwickelt. Das Online-Angebot für die Bevölkerung und andere Behörden erhält weiterhin stärksten Zuwachs. Die Dienstleistungen für die Wirtschaft entwickeln sich ebenfalls weiter und haben mit der Umsetzung des Gesetzes zur administrativen Entlastung der Unternehmen tendenziell an Bedeutung gewonnen.

Viele Projekte haben als Lösungselemente Online-Formulare, E-Payment und automatischen Datenaustausch zum Ziel. Alle drei Themen haben für die Verwaltung ein erhebliches Synergiepotenzial. Handlungsbedarf besteht zunehmend bei der elektronischen Abwicklung des verwaltungsinternen Geschäftsverkehrs, der sich im stärkeren Masse auch auf die Bereitstellung von Online-Angeboten auswirkt.

Die strategischen Ziele und somit auch das Legislaturziel 6.6 «Elektronischen Amtsverkehr ermöglichen» werden bis 2011 bzw. 2012 nur teilweise erreicht, auch wenn die vielen Projektideen konkretisiert und umgesetzt werden. Neben dem koordinierten Ausbau der Infrastruktur gewinnen beim Ausbau der E-Government-Angebote verwaltungsübergreifende Rechtsfragen und organisatorische Themen an Bedeutung.



Behörden und andere Organisationen

9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste

Der Kantonsrat verfügt über keinen eigenen Geschäftsbericht.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufwand	-9,0	-8,9	-8,7	0,2
Saldo	-9,0	-8,9	-8,6	0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	13,0	13,1	13,1	0,0

Erfolgsrechnung

Der Minderaufwand setzt sich aus verschiedenen Positionen zusammen: weniger Dienstleistungen Dritter, weniger externe Berater sowie weniger Betriebsmaterial.

Indikatoren						
	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	K: Zufriedenheit der Ratsmitglieder mit der Geschäftsvorbereitung durch die Kommissionen	min.	4,5	4,5	4,5	0,0
W2	PD: Zufriedenheit der Ratsmitglieder mit der Arbeit der Parlamentsdienste	min.	5,2	5,5	5,2	-0,3
W3	PD: Zufriedenheit der Kommissionspräsidenten mit der Arbeit der Parlamentsdienste	min.	5,6	5,5	5,6	0,1
Leistungen						
L1	KR: Zahl behandelter Vorlagen	P	108	120	114	-6
L2	KR: Durchschnittliche Beratungsdauer in Stunden	max.	1,0	0,75	0,82	0,07
L3	K: Zahl behandelter Vorlagen	P	99	110	144	34
L4	K: Durchschnittliche Gesamtverweildauer in Tagen	max.	185	130	225	95
L5	K: Durchschnittliche Beratungsdauer in Stunden	max.	3,6	3,5	2,5	-1,0
L6	K: Erfüllungsgrad des Jahresprogramms GPK	P	90%	90%	90%	0
L7	PD: Zahl der Protokolle	P	325	385	368	-17
Wirtschaftlichkeit						
B1	PD: Kosten je Vollstelle	max.	156 962	156 260	156 130	-130
B2	PD: Durchschn. Kosten je Ratsprotokoll einschliesslich Sitzung	max.	2 747	2 835	2 833	-2
B3	PD: Durchschn. Kosten je Kommissionsprotokoll einschliesslich Sitzung	max.	993	954	933	-21
Abweichungsbegründungen						
W1-W3	Umfrage vom Januar 2010. Wegen jeweils nur geringfügiger Abweichungen wird auf die jährliche Zufriedenheitsumfrage verzichtet. Neu wird die Zufriedenheit im Januar des dritten Legislaturjahres erhoben.					
L3	Mit Blick auf die neue Amtsdauer schliessen die Kommissionen im Jahr vor dem Legislaturwechsel vermehrt pendente Geschäfte ab.					
L4	Insbesondere parlamentarische Initiativen sowie einige Vorlagen des Regierungsrates mit Verweildauern von 300 bis 2161 Tagen					
L5	Verschiedene Vorlagen, für deren Beratungsdauer die Kommissionen weniger als eine Stunde aufwendeten.					
Rücklagen						
	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand	
Rücklagen	22 719	0	0	22 719	0	

9020 Finanzkontrolle

Gemäss §22 des Finanzkontrollgesetzes erstellt die Finanzkontrolle jährlich einen Tätigkeitsbericht zuhanden des Kantonsrates und des Regierungsrates. Der Bericht wird veröffentlicht. Die Publikation des Tätigkeitsberichts 2010 der Finanzkontrolle erfolgt Ende Mai 2011.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,1	1,1	1,2	0,1
Aufwand	-4,9	-5,3	-5,2	0,2
Saldo	-3,9	-4,3	-4,0	0,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		-0,2	-0,1	0,1
Saldo		-0,2	-0,1	0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	23,6	24,8	24,4	-0,4

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen					
W1 Anteil der umgesetzten Empfehlungen (aufgrund Stellungnahmen)	min.	93%	90%	94%	4%
Leistungen					
L1 Anteil der Feststellungen/Empfehlungen aufgrund Prüfungskriterien Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit	min.	29%	30%	33%	3%
L2 Prüfindervall in Jahren	max.	5	4	4	0
L3 Anzahl Revisionen pro Jahr	P	219	280	202	-78
Wirtschaftlichkeit					
B1 Verhältnis eingesetzte Arbeitszeit für Auftrag gemäss FKG zur theoretischen Soll-Arbeitszeit	min.	64%	65%	65%	0%
B2 Verhältnis eingesetzte Arbeitszeit für Auftrag gemäss FKG zur verfügbaren Präsenzzeit	min.		80%	81%	1%

Zur Anzahl Revisionen pro Jahr (L3):

Auf den 1. Januar 2010 erfolgte eine Bündelung verschiedener Kleinmandate zu grösseren Prüfeinheiten. Somit verminderte sich die absolute Anzahl Revisionen, jedoch ohne Senkung der Prüfungsabdeckung.

Zum Verhältnis eingesetzte Arbeitszeit für Auftrag gemäss FKG zur theoretischen Soll-Arbeitszeit (B1):

Diese Kennzahl wurde letztmals erhoben. Künftig gilt ausschliesslich die im Berichtsjahr erstmals deklarierte Kennzahl «B2». Somit entspricht die Produktivitätsmessung der Finanzkontrolle neu den Usancen der Wirtschaftsprüfungsbranche.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	91 000	-13 000	+20 000	98 000	+7 000

Endogen zu begründende Ergebnisverbesserungen von insgesamt etwa Fr. 100 000 aufgrund von Mehrleistungen der Mitarbeitenden. Beanspruchung von 20% dieses Betrags für die Bildung von Rücklagen 2010.

9070 Ombudsmann

Ein separater jährlicher Bericht gibt Aufschluss über die Tätigkeit des Ombudsmannes.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufwand	-1,1	-1,2	-1,1	0,1
Saldo	-1,1	-1,2	-1,1	0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	4,2	4,2	4,1	-0,1

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	-					
Leistungen						
L1	Zahl der eingegangenen Geschäfte	P	778	700	799	99
L2	Zahl der erledigten Geschäfte	P	786	700	800	100
Wirtschaftlichkeit						
B1	-					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	13 039	0	0	13 039	0

9071 Datenschutzbeauftragter

Tätigkeitsbericht 2010

Herausgeber: Datenschutzbeauftragter des Kantons Zürich. Erscheinungszeitpunkt: März 2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0	0,2	0,0	-0,2
Aufwand	-2,1	-2,1	-2,1	0,0
Saldo	-2,1	-1,9	-2,0	-0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		-0,1	0,0	0,1
Saldo		-0,1	0,0	0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	8,2	8,2	8,3	0,1

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen					
W1 Anteil umgesetzter Empfehlungen	P	–	60%	–	–
W2 Kundenbeurteilung der Qualität der Leistungen	min.	nicht erhoben	gut	–	–
W3 Anteil umgesetzter Hinweise	P	92%	60%	79%	–
Leistungen					
L1 Anteil komplexer Beratungen von öffentlichen Organen	P	33%	33%	22%	–
L2 Anteil aufwendiger Beratungen von Privatpersonen	P	5%	15%	7%	–
L3 Anzahl Grundsatzfragen und Stellungnahmen	max.	16	25	15	-10
L4 Anzahl Datenschutz-Reviews	min.	9	20	9	-11
L5 Zuwachs Besuche auf Internetangeboten	P	30%	5%	–	–
L6 Anzahl Teilnehmerstunden an Weiterbildungsangeboten	min.	940	500	449	-51

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	9911	0	0	9911	0

9030 Obergericht und angegliederte Gerichte

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, welcher etwa im April 2011 publiziert wird.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	14,6	12,6	14,1	1,5
Aufwand	-56,1	-57,5	-57,9	-0,4
Kreditübertragungen aus 2009		-0,3		
Saldo	-41,5	-44,9	-43,8	1,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-8,7	-35,1	-12,5	22,5
Kreditübertragungen aus 2009		-13,4		
Saldo	-8,7	-35,1	-12,5	22,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	201,6	204,0	210,4	6,4

Erfolgsrechnung

Die Verbesserung auf der Ertragsseite ist einerseits auf höhere Gebührenerträge zurückzuführen. Mit der Zentralisierung der Abrechnungsstelle beim Obergericht auf Mitte des Berichtsjahres wurde nicht nur ein effektiverer Ablauf geschaffen, sondern es konnten auch ältere Pendenzen aufgearbeitet werden. Andererseits führten auch die ungebrochen intensiven Nachkassobemühungen zu Mehrerträgen. Im Weiteren nahmen die Erträge aus Bussen und Geldstrafen nochmals etwas zu.

Die Verschlechterung gegenüber dem vom Kantonsrat im Dezember 2009 gekürzten Budget ergibt sich im Wesentlichen wie folgt: Der Einsatz von Ersatzrichtern (Mobile Equipe) sowie höhere Rückstellungen für Mehrleistungen des Personals führten insgesamt zu einer Budgetüberschreitung von etwa 0,9 Mio. Franken. Hingegen konnte bei den Kosten für Aus- und Weiterbildung eine Verbesserung erreicht werden. Mehraufwand ergab sich auch bei den «verschiedenen Personalkosten», wobei dieser durch die Auflösung von Rücklagen (bilanzseitig) gedeckt wurde. Einige hohe Entschädigungen zulasten der Gerichtskasse generierten eine Verschlechterung bei den Parteientschädigungen. Die tieferen Investitionsausgaben führten zudem zu weniger hohen Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen.

Investitionsrechnung

Der Kredit für den Um- und Erweiterungsbau wurde auch im Berichtsjahr nicht ausgeschöpft. Die nicht beanspruchten Kredite aus den Jahren 2009 und 2010 werden auf das neue Rechnungsjahr übertragen. Die Bautätigkeit schreitet planmässig voran.

Bei den Informatikinvestitionen führten die Verschiebung einiger Umstellungen auf Internet-telefonie (VoIP) sowie die Verzögerung beim Bau des Back-up-Rechenzentrums in Bülach zu weniger Ausgaben.

Personal

Die Zentralisierung der Abrechnungsstellen beim Obergericht auf Mitte des Berichtsjahres führte zu einer nicht budgetierten Stellenerhöhung von vier Stellen.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	70% der Berufungsverfahren sind innert sechs Monaten erledigt unter Berücksichtigung der Qualität und gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte.	P	76,60%	>70%	77,60%	7,6
W2	80% der Rekursverfahren sind innert sechs Monaten erledigt unter Berücksichtigung der Qualität und gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte.	P	83%	>80%	80,60%	0,6
W3	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen in Fr.	P	2 597 361	2 900 000	3 253 086	353 086
W4	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände in Fr.	P	1 437 524	1 650 000	1 678 930	28 930
W5	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien in Fr.	P	691 450	600 000	878 322	278 322
Leistungen						
L1	Erledigung von erstinstanzlichen Verfahren	P	429	529	415	-114
L2	Erledigung von Berufungen	P	1 180	1 097	1 084	-13
L3	Erledigung von Rekursen und Beschwerden	P	1 554	1 506	1 548	42
L4	Erledigung von anderen Verfahren	P	1 846	1 392	1 867	475
L5	Erledigung der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (einschliesslich Verfahren der Justizverwaltung)	P	8 650	7 875	7 869	-6
L6	Anzahl Eingänge	P	8 098	7 875	7 634	-241
L7	Anzahl hängige Verfahren Ende Jahr	P	3 142	</=3 900	2 832	-1 068
L8	Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1 : 1	P	1,07 : 1	1 : 1	1,03 : 1	0,03
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft in Fr.	P	4 802	5 740	5 572	-168
Abweichungsbegründungen						
W3	Die Budgetierung erfolgte aufgrund der durchschnittlichen Zahlungen von 2006 bis 2008 sowie der Prognose für 2009. Der Wert für das Berichtsjahr hat einen neuen Höchststand erreicht, ist aber, neben der zunehmenden Tendenz bei amtlichen Verteidigungen, insbesondere eine Folge der letzten vor Geschworenengericht verhandelten und im Berichtsjahr abgerechneten Verfahren.					
W5	Die Entschädigungen zulasten der Gerichtskasse sind abhängig von der Rechtsprechung und können nicht beeinflusst werden.					
L1–5	Die Prognose erfolgte aufgrund des Durchschnitts der Jahre 2006–2008. Die Erledigungszahlen sind abhängig von der Kompetenz der Verfahren.					
L7	Der Rückgang bei den Pendenzen ist auf die Bereinigung der Statistikdaten bei Rechtshilfegeschäften zurückzuführen.					
B1	Die Verbesserung der Erfolgsrechnung führt zu einer besseren Wirtschaftlichkeit.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	515 448	126 468	250 000	638 980	123 532

Die Erfolgsrechnung des Obergerichts weist gegenüber dem Budget 2010 eine Gesamtverbesserung von rund 1 Mio. Franken aus. Der Mehraufwand bei den Personalkosten wurde u. a. auch durch das zentralisierte Abrechnen sowie die anhaltend intensiven Inkassobemühungen kompensiert. Zudem wurde die Budgetüberschreitung bei den «übrigen Personalkosten» durch die Auflösung von Rücklagen gedeckt.

9040 Bezirksgerichte

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, welcher etwa im April 2011 publiziert wird.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	51,8	41,1	48,1	7,0
Aufwand	-138,8	-140,2	-144,7	-4,6
Kreditübertragungen aus 2009		-0,1		
Saldo	-87,0	-99,1	-96,6	2,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-4,4	-6,3	-5,9	0,4
Kreditübertragungen aus 2009		-0,7		
Saldo	-4,4	-6,3	-5,9	0,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	699,5	683,5	699,3	15,8

Erfolgsrechnung

Die Verbesserung auf der Ertragsseite ist einerseits auf höhere Gebührenerträge (2,5 Mio. Franken) zurückzuführen. Mit der Zentralisierung der Abrechnungsstelle beim Obergericht auf Mitte des Berichtsjahres wurde nicht nur ein effektiverer Ablauf geschaffen, sondern es konnten auch ältere Pendenzen aufgearbeitet werden. Andererseits führten auch die ungebrochen intensiven Nachinkassobemühungen zu Mehrerträgen (2,6 Mio. Franken). Im Weiteren nahmen die Erträge aus Bussen und Geldstrafen nochmals etwas zu (0,2 Mio. Franken) und die Abschöpfung von unrechtmässigen Vermögensvorteilen generierte ebenfalls eine Ertragssteigerung (1,7 Mio. Franken).

Aufwandseitig fallen die zurückhaltende Wiederbesetzung von vakanten Stellen beim nicht-juristischen Personal, die Minderausgaben bei den Zahlungen an unentgeltliche Rechtsbeistände sowie tiefere Parteientschädigungen positiv ins Gewicht. Höhere Rückstellungen für Mehrleistungen des Personals sowie eine erhebliche Zunahme der unbeziehbaren Prozesskosten (richterlich verfügte Abschreibungen) führten genau so wie höhere Abschreibungen und Zinsen infolge des Übertrags der Liegenschaft Bezirksgebäude Bülach vom Immobilienamt in die Bilanz des Bezirksgerichtes Bülach zu einer Verschlechterung gegenüber dem Budget. Einzelne Verbesserungen im Sachaufwand werden teilweise ins neue Rechnungsjahr übertragen.

Investitionsrechnung

Nach langer Verzögerung konnte im Berichtsjahr mit dem Um- und Erweiterungsbau des Bezirksgerichts Bülach begonnen werden. Die Investitionen blieben aber unter dem von Hochbauamt budgetierten Betrag (2,6 Mio. Franken). Der Übertrag der Liegenschaft in Bülach war hingegen nicht budgetiert und führte zu einer Mehrbelastung des Investitionskredites von 2,9 Mio. Franken. Der Umbau der Gerichtssäle in Uster sowie die Garagensanierung, die Umgebungsarbeiten und der Umbau eines extern gemieteten Archivraumes beim Bezirksgericht Zürich verursachten Ausgaben von weiteren 0,2 Mio. Franken. Die Gesamt-möblierung beim Bezirksgericht Dietikon generierte vom Obergericht bewilligte höhere Investitionsausgaben von rund 0,4 Mio. Franken. Grund dafür sind einerseits der räumliche Mehrbedarf des Gerichts und andererseits die Ungenauigkeit der uns vorgegebenen Budgetbeträge. Beim Bezirksgericht Winterthur wurde der Investitionskredit von 0,3 Mio. Franken nicht beansprucht. Aufgrund des verspäteten Baustarts in Bülach mussten rund 2,6 Mio. Franken ins neue Rechnungsjahr übertragen werden; die gesetzlichen Vorgaben lassen dennoch lediglich einen Übertrag von knapp 0,4 Mio. Franken zu.

Personal

Die Verwaltungskommission des Obergerichtes bewilligte infolge der erheblichen Arbeitslast bereits im Vorjahr bei verschiedenen Bezirksgerichten zusätzliche Stellen.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	80% der Zivil- und Strafprozesse sind unter Berücksichtigung der Qualität innert sechs Monaten erledigt	P	78%	>/=80%	82,3%	2,3
W2	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen in Fr.	P	12 898 952	12 500 000	11 875 667	-624 333
W3	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände in Fr.	P	10 429 156	11 700 000	9 965 266	-1 734 734
W4	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien in Fr.	P	1 376 786	1 400 000	901 502	-498 498
Leistungen						
L1	Summarische Verfahren	P	34 529	33 347	34 764	1 417
L2	Zivilprozesse	P	10 232	10 120	10 486	366
L3	Strafprozesse	P	3 111	3 236	3 147	-89
L4	Haftrichtersachen	P	3 561	3 400	3 304	-96
L5	Mietschlichtungen	P	5 337	5 123	4 901	-222
L6	Erledigungen der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (einschliesslich Verfahren der Justizverwaltung)	P	77 934	76 698	59 678	-17 020
L7	Anzahl Eingänge	P	78 742	76 698	59 277	-17 421
L8	Anzahl hängiger Verfahren Ende Jahr	P	11 859	</=12 000	11 272	-728
L9	Verhältnis Erledigungen : Eingänge	P	0,99 : 1	1 : 1	1,07 : 1	0,07
L10	Verhältnis Auditoren : juristische Sekretäre (A2)	P	0,8 : 1	>0,8 : 1	0,8 : 1	0
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft in Fr.	P	1 117	1 308	1 619	-311

Abweichungsbegründungen

- W2 Die Budgetierung erfolgte aufgrund der durchschnittlichen Zahlungen in den Jahren 2006 bis 2008 sowie der Prognose für 2009. Die Zahlungen für amtliche Verteidigungen sind einerseits in den Fallstrukturen und andererseits in den finanziellen Verhältnissen der Parteien begründet.
- W3-4 Im Zeitraum der Budgetierung wurde aufgrund des Durchschnitts der Jahre 2006 bis 2008 mit erheblich höheren Honoraren für unentgeltliche Rechtsbeistände und Parteientschädigungen gerechnet. Das Rechnungsergebnis erreichte nun aber ein erfreulich tiefes Niveau.
- L1-4 Die Prognose wurde aufgrund des Durchschnitts der drei Vorjahre erstellt. Trotz höherer Geschäftseingänge (siehe Erläuterungen zu L6-7) konnten dank der zusätzlichen personellen Ressourcen die Erledigungszahlen gegenüber dem Budget gesteigert werden.
- L5 Die Geschäftslast im Bereich Mietschlittungsverfahren hat sich wie schon im Vorjahr weiter abgeschwächt.
- L6-7 Bei den Geschäftseingängen und -erledigungen wurden die für Prozessabrechnungen generierten Geschäftsnummern nicht mehr mitgezählt (Eingänge -17 998 / Erledigungen -15 794).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	2 215 924	373 510	400 000	2 242 414	26 490

Die konsolidierte Rechnung der Bezirksgerichte schliesst im Vergleich mit dem Budget 2009 mit einer Saldoverbesserung von rund 2,4 Mio. Franken. Auf der Aufwandseite führte u. a. Zurückhaltung bei der Besetzung vakanter Stellen zu Verbesserungen gegenüber den budgetierten Personalkosten. Ertragsseitig schlagen vor allem die höheren Gebührenerträge positiv zu Buche. Weitere Ertragsverbesserungen sind im anhaltend intensiven Nachinkasso (Wiedereingänge), in höheren Einnahmen bei Bussen und Geldstrafen sowie in der konsequenten Bearbeitung der Vermögensvorteile begründet. Es wird deshalb für die Leistungsgruppe der Bezirksgerichte die Bildung von Rücklagen im Betrag von Fr. 400 000 beantragt.

9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, welcher etwa im April 2011 publiziert wird.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	108,9	94,3	96,1	1,8
Aufwand	-69,2	-70,0	-67,7	2,3
Kreditübertragungen aus 2009		-0,1		
Saldo	39,7	24,3	28,5	4,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-2,3	-4,2	-3,7	0,6
Saldo	-2,3	-4,2	-3,7	0,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	423,3	426,0	421,0	-5,0

Erfolgsrechnung

Die Verbesserung des Rechnungsergebnisses gegenüber dem Budget ergibt sich im Wesentlichen beim Personalaufwand, da einerseits Rotationsgewinne zu verzeichnen waren und andererseits vakante Stellen nicht wie geplant besetzt werden konnten.

Ertrag

Dank guter Konjunkturlage sind die notariellen Gebühren um knapp 1,3 Mio. Franken und die grundbuchamtlichen Gebühren um 0,9 Mio. Franken höher ausgefallen als budgetiert.

Investitionen

Die Budgetunterschreitung ist zur Hauptsache die Folge von Verzögerungen bei den Investitionsvorhaben im Zusammenhang mit Sicherheitsvorkehrungen und baulichen Massnahmen für Behinderte.

Personal

Minimer Rückgang der Anzahl Beschäftigter, da budgetierte Stellen nicht besetzt werden konnten.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Kundenorientierte Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Notariat, Grundbuch und Konkurs unter Berücksichtigung der Qualität: Kundenzufriedenheit in %	P	90%	90%	90%	0
W2	Ausführung des Vermögens des Schuldners und Befriedigung der Forderungen der Gläubiger im Konkursverfahren (Erledigungsquote innert eines Jahres)	P	72%	> 75%	75,5%	0,5%
Leistungen						
L1	Rationelle Erledigung der Geschäfte unter Berücksichtigung des qualitativen Gesichtspunkts im Notariats- und Grundbuchbereich: >80% der als Standardgeschäfte definierten Geschäftsfälle innerhalb der gesetzten Standards sind erledigt.	max.	100%	100%	100%	0
L2	Senkung der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert vier Monaten	min.	83,3%	90%	86,4%	-3,6%
L3	Senkung der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert sechs Monaten	max.	92,4%	100%	96,5%	-3,5%
L4	Förderung der Grundbucheinführungsverfahren: Anzahl abgeschlossener Verfahren	min.	6	3	4	1
L5	Anzahl Beurkundungen	P	63 401	50 000	57 752	7 752
L6	Anzahl Grundbuchgeschäfte (Tagebuchnummern)	P	77 864	70 000	77 726	7 726
L7	Anzahl Konkurserledigungen	P	1 837	1 600	1 843	243
Wirtschaftlichkeit						
B1	Deckungsgrad	P	157%	130%	142%	12%
Abweichungsbegründungen						
W2	Geringfügige positive Abweichung					
L2	Positive Entwicklung gegenüber Vorjahr. Zielvorgabe aber nicht erreicht, weil der Abbau der Rückstände länger dauert als vorgesehen.					
L3	Positive Entwicklung gegenüber Vorjahr. Zielvorgabe aber nicht erreicht, weil der Abbau der Rückstände länger dauert als vorgesehen.					
L4	Durch besonderen Personaleinsatz wurde die zusätzliche Erledigung möglich.					
L5	Die Zahl der Beurkundungen im Immobilienbereich blieb unerwartet hoch.					
L6	Die Zahl der Grundbucheinträge blieb unerwartet hoch, steht im Zusammenhang mit L5.					
L7	Die hohe Erledigungsquote des Vorjahres konnte weitergeführt werden, was so nicht erwartet wurde. Zudem sind die Verfahren nach Art. 731b OR (mehrere hundert) i. d. R. weniger zeitaufwendig als normale Konkursverfahren.					
B1	Die Zahl der Rechtsgeschäfte im Immobilienbereich blieb unerwartet hoch, was die am 1. Juli 2009 in Kraft gesetzte und in der Prognose berücksichtigte Gebührensenkung teilweise kompensierte.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	730 123	-79 000	0	651 123	-79 000

Die Leistungsgruppe der Notariate, Grundbuch- und Konkursämter verzichtet für das Berichtsjahr auf eine Rücklagenbildung.

9061 Kassationsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Kassationsgerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, welcher etwa im April 2011 publiziert wird.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,9	0,7	1,3	0,6
Aufwand	-4,0	-3,9	-3,5	0,4
Saldo	-2,1	-3,2	-2,2	1,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	12,8	13,2	11,0	-2,2

Erfolgsrechnung

Es wurden durch haushälterischen Umgang mit den finanziellen Mitteln Einsparungen über die Budgetkürzung (-10%) hinaus gemacht. Vor allem aber hat der sehr hohe Ertrag (Erledigung einiger überdurchschnittlich gewichtiger Fälle mit sehr hohen Streitwerten) zur ausgewiesenen Saldoverbesserung geführt.

Personal

Aufgrund der Budgetkürzung und im Hinblick auf die für 2012 bevorstehende Auflösung des Gerichts wurden im juristischen Sekretariat ein Abgang im Jahr 2009 und Abwesenheiten in Folge von zwei Mutterschaftsurlauben nicht ersetzt. Im Kanzleisekretariat wurde im Hinblick auf die sinkende Geschäftslast ebenfalls ein Abgang nicht ersetzt.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Anteil der erledigten Geschäfte innert sechs Monaten	P	49%	46%	45%	-1%
W2	Anteil der erledigten Geschäfte, welche mehr als ein Jahr beanspruchen	P	16%	8%	35%	27%
W3	Zahlungen des Staates an amtliche Verteidigungen in Fr.	P	127 583	150 000	117 989	-32 011
W4	Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände in Fr.	P	20 217	67 000	39 393	-27 607
W5	Zahlungen des Staates an Entschädigungen an Parteien in Fr.	P	14 035	33 000	0	-33 000
Leistungen						
L1	Anzahl Erledigungen	P	224	250	166	-84
L2	Anzahl Eingänge	P	197	225	176	-49
L3	Anzahl Pendenzen Ende Jahr	P	108	110	118	8
L4	Verhältnis Erledigungen/Eingänge laufendes Jahr (EQ I)	P	0,52	0,52	0,41	-0,11
L5	Verhältnis Erledigungen/Eingänge Vorjahre (EQ II)	P	0,9	0,97	0,87	-0,1
L6	Verhältnis Erledigungen/Eingänge Total (EQ III)	P	1,14	1,11	0,94	-0,17
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess	P	9 488	14 437	13 334	-1 103
Abweichungsbegründungen						
L1	Aufgrund der Budgetkürzung durch den Kantonsrat (-10%) und im Hinblick auf die bevorstehende Aufhebung des Gerichts wurden im juristischen Sekretariat ein Abgang im Jahr 2009 und Abwesenheiten zufolge zweier (verlängerter) Mutterschaftsurlaube nicht ersetzt. Dadurch sank die Erledigungszahl.					
L2	Im Vorfeld der Einführung der eidgenössischen Zivilprozessordnung und der Aufhebung des Kassationsgerichts gingen bereits deutlich weniger Beschwerden ein.					
L4-L6	Entsprechend der tieferen Erledigungszahlen (Grund: vgl. L1) konnten die Ziele EQ I-III nicht erreicht werden.					
B1	Der durchschnittliche Nettoaufwand pro Prozess für das Budget 2010 (14 437) beruht noch auf dem B 2010 vor der Kürzung durch den Kantonsrat; nach der Kürzung um 10% müsste im B 2010 von 14 130 pro Prozess ausgegangen werden (bei Annahme, dass auch 10% weniger, d. h. 225 Fälle, erledigt würden); die Differenz beträgt dann nur -795.					
Rücklagen						
	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand	
Rücklagen	76 940	3 072	0	73 868	-3 072	

Die im Berichtsjahr aufgelösten Rücklagen wurden für Personalanlässe verwendet. Es wird im Hinblick auf die künftige Aufhebung des Kassationsgerichts keine Neubildung von Rücklagen beantragt, obwohl der tiefere Saldo zum Teil auch auf dem haushälterischen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln beruht.

9062 Landwirtschaftsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Landwirtschaftsgerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, welcher etwa im April 2011 publiziert wird.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufwand	–0,0	–0,0	–0,0	0,0
Saldo	–0,0	–0,0	–0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Da in der obigen Übersicht die Beträge in Mio. Franken ausgewiesen werden, erscheinen nur Nullen (Beträge sind im vorliegenden Fall zu tief, um ausgewiesen werden zu können).

Die Werte für die Rechnung 2010 im Detail:

Ertrag: Fr. 2104

Aufwand: Fr. 8309

Saldo: Fr. 6205

9063 Verwaltungsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, welcher etwa im April 2011 publiziert wird.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,1	2,3	2,6	0,3
Aufwand	-7,1	-8,7	-8,4	0,4
Saldo	-5,0	-6,5	-5,8	0,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,5	-0,2	-0,1	0,0
Saldo	-0,5	-0,2	-0,1	0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	30,8	32,9	32,7	-0,2

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Verbesserung beim Gerichtsgebührenertrag durch höhere Geschäftslast und höhere Streitwerte.

Aufwand:

Höhere Rotationsgewinne als erwartet, zurückhaltender Einsatz von Ersatzmitgliedern sowie IT-Support durch internes Personal führten im Wesentlichen zu den ausgewiesenen Verbesserungen.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Anzahl abgeschlossener Prozesse innert 6 Monaten	P	77%	840 / 80%	800 / 83%	-40 / 3%
W2	Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 6 und 12 Monaten	P	19%	157 / 15%	124 / 13%	-33 / -2%
W3	Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 12 und 24 Monaten	P	42 / 4%	53 / 5%	26 / 3%	-27 / -2%
W4	Anzahl abgeschlossener Prozesse über 24 Monaten	P	7 / 0%	0 / 0%	13 / 1%	13 / 1%
W5	Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände	P	80 612	40 000	69 321	29 321
W6	Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände	P				
Leistungen						
L1	Anzahl der erledigten Prozesse	P	967	1 050	963	-87
L2	Anzahl Eingänge	P	935	1 050	1 020	-30
L3	Anzahl Pendenzen	P	319	255	374	119
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess in Fr.	P	5 191	6 278	6 004	-274

Abweichungsbegründungen

Die Indikatoren haben mit der Rechnung 2009 geändert; sie wurden deshalb gemäss neuer Darstellung erfasst.

Die Anzahl der abgeschlossenen Prozesse nach 6 bzw. 12 Monaten ist leicht zurückgegangen, infolge der Zunahme des 2. Schriftenwechsels und höherer Komplexität der Prozesse.

Erhöhte Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände infolge Zunahme der Gesuche im Fürsorge- und Ausländerrecht.

Bessere Wirtschaftlichkeit infolge Zunahme des Gerichtsgebührenertrags und Verminderung des Aufwands.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	168 688	13 603	107 171	262 256	93 568

Personelle Abwesenheiten infolge DAG-Bezüge wurden durch die verbliebenen Ressourcen abgedeckt; im Weiteren wurden weniger Ersatzmitglieder eingesetzt. Ebenso wurde anstelle des Einsatzes temporärer Arbeitskräfte interner Support betrieben. Der kostenbewusste Umgang mit den finanziellen Ressourcen führte zu weiteren Verbesserungen in der Erfolgsrechnung.

9064 Sozialversicherungsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Sozialversicherungsgerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, welcher ungefähr im April 2011 publiziert wird.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,8	0,7	0,8	0,1
Aufwand	-12,6	-13,3	-13,0	0,3
Saldo	-11,8	-12,6	-12,2	0,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,1	-0,2		0,2
Saldo	-0,1	-0,2		0,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	60,8	65,9	64,2	-1,7

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Verbesserung bei den Gerichtsgebühren (+76 000)

Aufwand:

Es konnten weniger Anstellungen vorgenommen werden, als nötig gewesen wären (+144 000), Minderaufwand bei den Beiträgen an die BVK (+59 000) und bei den Dienstleistungen Dritter (+86 000).

Investitionsrechnung

Ausgaben:

Die anstehenden Informatikprojekte werden erst im Jahr 2011 ausgeführt (+150 000).

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen innert sechs Monaten	P	27	35	27	-8
W2	Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen nach über ein Jahr	P	63	55	64	9
W3	Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände	P	348 619	430 000	404 222	-25 778
W4	Zahlungen des Staates an Parteien	P	2 500	5 000	8 600	3 600
Leistungen						
L1	Anzahl Erledigungen	P	2 655	2 800	2 738	-62
L2	Anzahl Eingänge	P	2 500	2 700	2 569	-131
L3	Anzahl Pendenzen	P	2 886	2 800	2 717	-83
L4	Verhältnis Erledigungen :Eingänge = 1:1	P	1,06	1,04	1,07	0,03
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft in Fr.	P	4 447	4 548	4 454	-46

Rücklagen					
	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	303 275	0	0	303 275	

9300 Zürcher Verkehrsverbund

Zum materiellen Teil wird auf den Geschäftsbericht des ZV verwiesen.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	865,1	906,2	894,6	-11,6
Staatsbeitrag der Volkswirtschaftsdirektion	173,0	185,9	180,4	-5,5
Aufwand	-865,2	-906,2	-894,6	11,6
Saldo	-0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben			-0,1	-0,1
Saldo			-0,1	-0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	30,3	32,0	29,6	-2,4

Erfolgsrechnung

+11,6 Der Aufwand blieb durch geringere Entschädigungen an die Verkehrsunternehmen und durch Minderausgaben bei der Verbundorganisation unter dem Budget. Die Mindereinnahmen beim Verkehrsertrag von 9,6 Mio. Franken konnten durch höhere Nebenerträge der Verkehrsunternehmen und höhere Beiträge annähernd ausgeglichen werden. Dadurch fiel die für Kanton und Gemeinden je zur Hälfte zu tragende Kostenunterdeckung um 11 Mio. Franken tiefer als budgetiert aus.

Investitionsrechnung

-0,1 Der Kanton hat sich mit Fr. 75'000 an der Limmattalbahn AG beteiligt. Diese Beteiligung war nicht budgetiert.

Personal

-2,4 Ausgeschriebene Stellen konnten während längerer Zeit nicht besetzt werden.

Indikatoren						
		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Personenkilometer (in Mio.)	P	2 866	2 960	n. n. b.	
W2	Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren, Indexpunkte)	min.	76	77	76	-1
Leistungen						
L1	Zugskilometer S-Bahn (in Mio.)	P	20,771	20,900	21,764	0,864
L2	Zugskilometer Tram (in Mio.)	P	11,254	11,300	11,242	-0,064
L3	Wagenkilometer Bus (in Mio.)	P	43,526	43,900	44,334	0,434
L4	Kilometer Schiffe und Bergbahnen (in Mio.)	P	0,541	0,550	0,539	-0,011
L5	Gesamtkosten / Zugs- bzw. Wagenkilometer (in Fr.)		11,37	11,96	11,49	-0,47
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostenunterdeckung / Zugs- bzw. Wagenkilometer (in Fr.)		4,55	4,99	4,63	-0,33
B2	Kostenunterdeckung Verbund (in Mio. Franken)		346,1	371,8	360,8	-11
Abweichungsbegründungen						
W2	Das Strategieziel wurde knapp verfehlt. Die steigende Nachfrage erschwert es, die Kundenzufriedenheit auf einem so hohen Niveau zu halten.					
L1-L4	Die genauen Zugs- und Wagenkilometer lassen sich erst aus dem endgültigen Fahrplan berechnen. Das Budget wird aufgrund des Fahrplankonzepts erstellt.					
L5	Da die tatsächlichen Zugs- und Wagenkilometer über den geplanten lagen und die Gesamtkosten unter dem Budget blieben, fielen die Gesamtkosten / Zugs- bzw. Wagenkilometer tiefer aus.					
B1-B2	Da die Kostenunterdeckung tiefer ausfiel als budgetiert und mehr Kilometer gefahren wurden als im Voraus berechnet, blieb die Kostenunterdeckung pro km deutlich unter den Erwartungen.					

Rücklagen					
	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand
Rücklagen	267 707	0	0	267 707	0

Bilanz 9300 Zürcher Verkehrsverbund

in Mio. Franken	per 31.12.2010	per 31.12.2009	Differenz R 09/10	
			Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	210,7	207,3	3,4	1,6
Finanzvermögen¹	210,7	207,3	3,4	1,6
Flüssige Mittel	0,0	0,0	-0,0	-19,2
Forderungen	82,7	96,5	-13,8	-14,3
Kurzfristige Finanzanlagen	127,9	110,8	17,2	15,5
Aktive Rechnungsabgrenzung				
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen (AV)	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzvermögen¹	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen				
Sachanlagen				
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	210,7	207,3	3,4	1,6
Fremdkapital (FK)	-210,4	-207,0	-3,4	-1,6
Kurzfristiges Fremdkapital	-192,2	-196,0	3,8	2,0
Laufende Verbindlichkeiten	-16,3	-27,4	11,2	40,7
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-5,9	-15,0	9,1	60,9
Passive Rechnungsabgrenzung	-169,8	-153,3	-16,5	-10,8
Kurzfristige Rückstellungen	-0,2	-0,2	0,0	10,4
Langfristiges Fremdkapital	-18,2	-11,0	-7,2	-65,1
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-5,5	-0,3	-5,2	-1 536,7
Langfristige Rückstellungen	-12,7	-10,7	-2,0	-18,7
Fonds im Fremdkapital				
Eigenkapital (EK)	-0,3	-0,3	0,0	0,0
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen	-0,3	-0,3	0,0	0,0
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	0,0	0,0	-0,0	-100,0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	0,0	0,0	-0,0	100,0
Total Passiven	-210,7	-207,3	-3,4	-1,6
¹ Total Finanzvermögen	210,7	207,3	3,4	1,6

9510 Universitätsspital Zürich

Es besteht ein eigener Geschäftsbericht des Universitätsspitals, Herausgabe voraussichtlich Anfang Mai 2011.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1 024,0	1 021,0	1 058,7	37,7
Staatsbeiträge	262,5	280,6	258,7	-21,9
Aufwand	-1 015,4	-1 021,0	-1 060,8	-39,9
Saldo	8,6	0,0	-2,2	-2,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,3			
Ausgaben	-37,7	-50,7	-43,6	7,0
Saldo	-36,4	-50,7	-43,6	7,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	4 928,9	4 914,0	5 045,0	131,0

Erfolgsrechnung

Der Ertrag konnte um 37,7 Mio. Franken bzw. 3,7% gegenüber Budget gesteigert werden.

Die wichtigsten Faktoren waren:

- +48,1 Mio. Zunahme stationärer Ertrag aufgrund Zunahme der Nachfrage und Tarifierhöhungen
- +3,2 Mio. Zunahme ambulanter Ertrag aufgrund Zunahme der Nachfrage
- +3,4 Mio. Zunahme sonstiger medizinischer Ertrag aufgrund Mehrleistungen
- 21,9 Mio. Abnahme Beitrag Kanton Zürich

Der Aufwand stieg um 39,9 Mio. Franken bzw. 3,9%,

im Wesentlichen aufgrund folgender Faktoren:

- 33,0 Mio. Zunahme des Personalaufwandes hauptsächlich aufgrund der Teillohnrevision und Umsetzung der Arbeitsgesetzunterstellung
- 4,8 Mio. Zunahme des Arzthonoraraufwandes
- 15,1 Mio. Zunahme des medizinischen Aufwandes verursacht durch teurere Materialien (Innovation) sowie Mengenzuwachs stationär und ambulant
- +14,5 Mio. Budget für Kapitalkosten waren zu hoch aufgrund Unsicherheiten anlässlich IPSAS-Umstellung.

Investitionsrechnung

Die Budgetabweichung von 7,0 Mio. Franken erklärt sich wie folgt:

- 1,60 Mio. Mittelübertragung von der Investitionsrechnung in die Erfolgsrechnung aufgrund IPSAS-Regelung
- 3,40 Mio. Beteiligungskauf in ZWZ AG ist nicht über die Investitionsrechnung verbucht worden, da es sich um Beteiligungen im Finanzvermögen handelt.
- 2,05 Mio. Investition in Hybrid-Bildgebung (HSM) wurde auf das Geschäftsjahr 2011 verschoben.

Personal

Neuanstellungen wurden in folgendem Zusammenhang geschaffen:

- Zusätzliches medizinisches Personal für die Erbringung von Mehrleistungen
- Projekt LEAD: Reorganisation der 42 Kliniken in 9 Medizinische Bereiche
- Umsetzung Arbeitsgesetz
- Erhöhung Lehrlingsbestand

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Beurteilung der Spitalbetreuung insgesamt: Anteil Problemmeldungen (A1)	max.	n. v.	n. v.	6%	n. v.
W2	Anzahl Kliniken und Institute, die ihr lokales CIRS implementiert und im spitalweiten CIRS-USZ integriert haben	max.	n. v.	n. v.	80% eingeführt / 20% in Umsetzung	n. v.
Leistungen						
L1	Stationäre Patientenaustritte insgesamt (einschliesslich Säuglinge)	P	35 165	35 867	36 457	590
L2	– davon Grundversicherte (GV)	P	27 597	28 353	28 587	234
L3	– davon Zusatzversicherte (ZV)	P	7 568	7 514	7 870	356
L4	Ambulante Taxpunkte in Mio.	P	169,8	181,0	178,2	-2,8
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kosten je APDRG-Normalfall in Fr., Fallschwere bereinigt (nur somatische Akutversorgung)		10 899	10 560	n. v.	n. v.

Im Berichtsjahr konnten die erbrachten medizinischen Leistungen sowohl stationär als auch ambulant gesteigert werden, was sich wiederum auch im Berichtsjahr in der Ertragssteigerung zeigt.

Ergebnisverwendung

Die Jahresrechnung des USZ schliesst bei einem Gesamtertrag von 1058,7 Mio. Franken mit einem Verlust von 2,2 Mio. Franken. Dies entspricht 0,21% des Gesamtertrages.

Der Betriebsertrag erhöhte sich um 33,9 Mio. Franken (+3,3%) auf 1055,0 Mio. Franken. Das grösste Wachstum gegenüber dem Vorjahr war bei den allgemein versicherten stationären Patienten (+16,3 Mio. Franken) und in der ambulanten Behandlung (+10,9 Mio. Franken) zu verzeichnen. Der Staatsbeitrag des Kantons Zürich verringerte sich gegenüber 2009 um 3,7 Mio. Franken auf 244,5 Mio. Franken (ausgenommen Sockelbeitrag für Zusatzversicherte Patienten).

Der Betriebsaufwand überstieg mit 1021,7 Mio. Franken das Vorjahr um 44,0 Mio. Franken (+4,5%). Den grössten absoluten Anstieg gegenüber 2009 verzeichnete der Personalaufwand mit +32,7 Mio. Franken (+5,7%). Gründe dafür sind die Teillohnrevision, die Umsetzung des Arbeitsgesetzes sowie das Mengenwachstum bei den Leistungen. Ebenfalls deutlich zugenommen hat der medizinische Aufwand (+8,5 Mio. Franken), wobei der Aufwand für Medikamente auf dem Vorjahresniveau gehalten werden konnte. Der Kostenanstieg ist also hauptsächlich beim medizinischen Material angefallen. Gründe dafür sind insbesondere innovative neue Materialien sowie schwere Einzelfälle mit hohem Aufwand. Überdurchschnittlich angestiegen ist auch der Arzthonoraraufwand (+7,7 Mio. Franken). Dies primär als Folge des hohen Wachstums in der persönlichen Sprechstunde (+8,1%). Der nicht medizinische Aufwand konnte trotz hohem Nachholbedarf beim Unterhalt der Infrastruktur, bei der Informationstechnologie und bei den Supportbereichen gegenüber dem Vorjahr leicht gesenkt werden (-1,2 Mio. Franken). Das Ertragswachstum, die tiefere Belastung für die Nutzung der Immobilien und die von der Spitaldirektion Mitte des Berichtsjahres eingeleiteten gezielten Sparmassnahmen vermochten das grosse Kostenwachstum und den reduzierten Staatsbeitrag nicht vollständig zu kompensieren.

Der Verlust von 2,2 Mio. Franken soll aus dem übrigen Eigenkapital des USZ gedeckt werden.

Bilanz 9510 Universitätsspital Zürich

in Mio. Franken	per 31.12.2010	per 31.12.2009	Differenz R 09/10	
			Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	235,0	216,9	18,1	8,3
Finanzvermögen¹	235,0	216,9	18,1	8,3
Flüssige Mittel	8,6	6,8	1,8	25,8
Forderungen	128,7	144,8	-16,1	-11,1
Kurzfristige Finanzanlagen	0,4	0,5	-0,1	-25,1
Aktive Rechnungsabgrenzung	91,3	58,5	32,8	56,1
Vorräte und angefangene Arbeiten	5,9	6,2	-0,3	-4,8
Anlagevermögen (AV)	122,1	105,3	16,8	16,0
Finanzvermögen¹	3,4	0,0	3,4	0,0
Finanzanlagen	3,4	0,0	3,4	0,0
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	118,7	105,3	13,4	12,7
Sachanlagen	107,8	99,4	8,4	8,5
Immaterielle Anlagen	10,9	5,9	5,0	84,9
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen	0,0			0,0
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	357,1	322,2	34,9	10,8
Fremdkapital (FK)	-324,6	-290,4	-34,1	-11,8
Kurzfristiges Fremdkapital	-198,3	-183,3	-15,0	-8,2
Laufende Verbindlichkeiten	-145,1	-133,4	-11,6	-8,7
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-26,2	-20,7	-5,6	-27,0
Kurzfristige Rückstellungen	-27,0	-29,2	2,2	7,4
Langfristiges Fremdkapital	-126,2	-107,1	-19,1	-17,8
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-114,6	-101,2	-13,4	-13,3
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-1,7	-1,2	-0,5	-44,2
Langfristige Rückstellungen	-8,8	-3,7	-5,1	-140,3
Fonds im Fremdkapital	-1,1	-1,1	-0,0	-1,9
Eigenkapital (EK)	-32,5	-31,8	-0,7	-2,3
Fonds im Eigenkapital	-0,7	-1,2	0,5	41,5
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	-25,6	-17,1	-8,6	-50,3
Dotationskapital	-8,4	-5,0	-3,4	-68,0
Jahresergebnis	2,2	-8,6	10,8	125,5
kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Total Passiven	-357,1	-322,2	-34,9	-10,8
¹ Total Finanzvermögen	238,4	216,9	21,5	9,9

9520 Kantonsspital Winterthur

Detaillierte Informationen und Kennzahlen zum Geschäftsgang des Kantonsspitals Winterthur werden in einem eigenen Jahresbericht ab 11. April 2011 veröffentlicht. Dieser kann auf der Website unter www.ksw.ch als PDF-Dokument heruntergeladen oder mittels Mail an publikationen@ksw.ch in gedruckter Form bestellt werden.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	321,8	326,4	341,7	15,3
Staatsbeiträge	91,0	106,7	100,7	-6,0
Aufwand	-318,8	-326,4	-332,5	-6,1
Saldo	3,1	0,0	9,2	9,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,4	0,2	0,6	0,4
Ausgaben	-10,3	-23,4	-15,4	8,1
Kreditübertragungen aus 2009		-1,8		
Saldo	-9,9	-23,3	-14,8	8,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 588,9	1 707,3	1 717,6	10,3

Erfolgsrechnung

Der Ertrag steigt um 15,3 Mio. Franken oder 4,7%. Wichtigste Ursachen:

- +21,3 Mehrerträge durch höhere Patientenzahlen im stationären und ambulanten Bereich
- 6,0 Tieferer Staatsbeitrag (von Gesundheits- und Bildungsdirektion)

Der Aufwand steigt um 6,1 Mio. Franken oder 1,9%. Wichtigste Ursachen:

- 0,3 Erhöhung von Lohnrückstellungen (Mehr-/Überzeiten, Ferienguthaben), bei gleichzeitiger Senkung von Einsätzen temporärer Arbeitskräfte und Personalbeschaffungskosten
- +2,3 Höhere Rückerstattungen von Löhnen durch Sozialversicherungen
- 2,2 Mehraufwand aufgrund der Teillohnrevision auf den 1. Juli
- 3,2 Höhere Arzthonorare bedingt durch mehr zusatzversicherte Patienten
- 5,6 Erhöhter medizinischer Bedarf (medizinisches Material, Implantate, Medikamente) aufgrund der höheren Fallzahlen im stationären und im ambulanten Bereich
- +1,2 Minderaufwand bei Anschaffungen von medizinischen Geräten usw.
- +1,1 Tiefere Zinsen bedingt durch den Wegfall der Zinsen auf dem Finanzvermögen und einem tieferen Zinssatz als budgetiert beim Verwaltungsvermögen
- +0,6 Verschiedene Aufwandminderungen

Investitionsrechnung

Das Budget der Investitionsrechnung für Mobilien wird infolge von Projektverzögerungen unterschritten. Dies betrifft v. a. nachstehende Projekte:

- +0,7 Geräte/Maschinen/Beschaffung – Bandwaschmaschine
- +0,9 Ersatz PET-CT und Beschaffung Hotlabor zum PET-CT
- +0,1 Beschaffung Analysegerät Real-Time PCR
- +0,1 Aufrüstung 3 Full-HD-Kamera-Aufrüstungen OPS
- +0,1 Beschaffung Rotalabor
- +0,1 Beschaffung Ultraschallgerät
- +0,1 Beschaffung Sterilisator Augenklinik
- +0,1 Ersatz PET-CT-Analysegerät Immunologie Zentrallabor
- +0,8 Ersatz Patientenüberwachungsanlage ZIM
- +0,1 Beschaffung Heidelberg Retina Angiograph
- +0,4 Ersatz Software Patient Data Management System (PDMS) ZIM
- +2,0 Beschaffung CT 16 Zeiler (Upgrade 06)
- +0,9 Teilerneuerung IT-Center

Personal

Im Geschäftsbericht 2009 wurde ein falscher Wert für den Beschäftigungsumfang ausgewiesen, infolge einer nicht korrekten Meldung des KSW/HRM vom Februar. Der tatsächliche Beschäftigungsumfang 2009 beträgt 1 669,3 Stellen (durchschnittlich besetzte Stellen).

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010	
Wirkungen						
W1	Ungeplante Rehospitalisationen	P	4,4%	4,0%	4,8%	0,8%
Leistungen						
L1	Stationäre Patientenaustritte Total	P	22 885	23 126	23 934	808
L2	Stationäre Patientenaustritte, davon Grundversicherte	P	18 668	18 836	19 260	424
L3	Stationäre Patientenaustritte, davon Zusatzversicherte	P	4 217	4 290	4 674	384
Wirtschaftlichkeit						
B1	Fallkostenbenchmarking	P	7 874 (3.)	1.-3.	n/a	n/a

Abweichungsbegründungen

Im Vergleich zum Globalbudget konnten wir eine Leistungssteigerung von 3,5% umsetzen. Wesentliche Mehrleistungen gegenüber dem Globalbudget wurden in den Departementen Chirurgie (+893 Patienten) und Geburtshilfe und Gynäkologie (+59 Patienten) erbracht. Das Departement Geburtshilfe und Gynäkologie erreichte im Berichtsjahr wiederum einen Geburtenrekord. 1526 Kinder erblickten im KSW das Licht der Welt. Somit wurde die Anzahl von jährlich 1500 Neugeborenen zum dritten Mal seit 1976 wieder überschritten. Die Klinik für Urologie hat einen Zuwachs von 27,7% erzielt. Der gute Ruf des KSW und seiner (teils neuen) Fachkräfte ermöglichte eine wesentliche Zunahme der Anzahl zusatzversicherter Patienten.

Antrag Gewinnverwendung

Das Kantonsspital Winterthur hat einen erfreulichen finanziellen Jahresabschluss 2010 erzielt. Im ambulanten Bereich wirkte sich die Zunahme der Fälle positiv auf das Ergebnis aus. Der Gewinn entstand insbesondere aufgrund von Prozessoptimierungen und Produktivitätssteigerungen, die im Rahmen der neuen Aufbau- und Ablaufstrukturen realisiert wurden (z. B. stieg die Anzahl stationäre Patienten pro Mitarbeitenden deutlich an und es erfolgte eine Zunahme der ambulanten Patienten bei unterproportionaler Zunahme des Personals). Spezifische Sparanstrengungen trugen zur weiteren Ergebnisverbesserung bei (tiefere Personalrekrutierungskosten dank neuer Rekrutierungsabläufen und strikter Beschränkung der Inserate, Senkung von temporären Arbeitskräften usw.). Nicht zuletzt ermöglichte der gute Ruf des KSW und seiner (teils neuen) Fachkräfte eine 10%ige Zunahme der Anzahl zusatzversicherter Patienten.

Als Gewinnverwendung aus dem Jahresergebnis 2010 erfolgt der Antrag zur Genehmigung eines Betrags von Fr. 9 227 230.85 zur Stärkung der Eigenkapitalgrundlage des Kantonsspitals Winterthur.

Die Gewinnberechnung erfolgte gemäss den geltenden Regelungen für die Globalbudgetierung bei Akutspitälern. In Anbetracht des Jahresergebnisses erachten wir eine Erhöhung der Reserven aus der Gewinnverwendung 2010 in der beantragten Höhe als angemessen.

Bilanz 9520 Kantonsspital Winterthur

in Mio. Franken	per		Differenz R 09/10	
	31.12.2010	31.12.2009	Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	60,3	57,3	3,0	5,2
Finanzvermögen¹	60,3	57,3	3,0	5,2
Flüssige Mittel	3,8	1,9	1,9	102,1
Forderungen	23,1	29,8	-6,6	-22,2
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	31,2	23,3	8,0	34,2
Vorräte und angefangene Arbeiten	2,0	2,3	-0,3	-12,1
Anlagevermögen (AV)	43,0	36,8	6,3	17,0
Finanzvermögen¹	1,7	0,0	1,7	28 233,3
Finanzanlagen	1,7	0,0	1,7	28 233,3
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	41,3	36,7	4,6	12,4
Sachanlagen	38,5	33,9	4,6	13,5
Immaterielle Anlagen	2,8	2,8	0,0	0,1
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	103,3	94,0	9,3	9,8
Fremdkapital (FK)	-80,3	-82,0	1,7	2,0
Kurzfristiges Fremdkapital	-30,9	-41,0	10,1	24,6
Laufende Verbindlichkeiten	-22,2	-34,3	12,2	35,4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-0,1	-0,1	-0,0	-4,1
Passive Rechnungsabgrenzung	-3,1	-1,9	-1,2	-66,8
Kurzfristige Rückstellungen	-5,6	-4,8	-0,8	-16,9
Langfristiges Fremdkapital	-49,4	-40,9	-8,4	-20,6
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-40,2	-32,4	-7,8	-24,0
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-1,3	-0,9	-0,4	-39,8
Langfristige Rückstellungen	-6,0	-6,0	0,0	0,0
Fonds im Fremdkapital	-1,9	-1,6	-0,3	-19,5
Eigenkapital (EK)	-23,0	-12,0	-10,9	-90,8
Fonds im Eigenkapital	-0,6	-0,6	0,0	3,9
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	-9,5	-6,4	-3,1	-48,5
Dotationskapital	-3,7	-2,0	-1,7	-85,0
Jahresergebnis	-9,2	-3,1	-6,2	-200,7
Total Passiven	-103,3	-94,0	-9,3	-9,8
¹ Total Finanzvermögen	62,0	57,3	4,7	8,2

9600 Universität

Die detaillierten Informationen sind dem Jahresbericht 2010 der Universität Zürich zu entnehmen.
Herausgeberin: Universitätsleitung der Universität Zürich

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1 162,5	1 154,8	1 182,7	27,9
Beiträge Bund	113,5	206,7	116,2	-90,5
Beiträge anderer Kantone	123,7	129,0	129,1	0,2
Kostenbeitrag des Kantons Zürich	562,8	562,8	562,5	-0,3
Aufwand	-1 148,3	-1 154,8	-1 166,4	-11,6
Saldo	14,2	0,0	16,3	16,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen	6,8	2,5	15,6	13,1
Ausgaben	-38,0	-42,1	-49,7	-7,6
Saldo	-31,3	-39,6	-34,2	5,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	3 989,3	3 987,1	4 063,5	76,4

Erfolgsrechnung

Ertrag (+27,9):

- +2,6 Mehrertrag aus UFG-Geldern (Universitätsförderungsgesetz, UFG)
(-90,5 Beiträge Bund in R 2010 ohne, in B 2010 einschliesslich Drittmittel vom Bund)
(+93,1 Einbezug budgetierte Drittmittel vom Bund in R 2010 Beiträge Bund [vgl. obige Position])
- +5,1 Mehrertrag aus IUV-Geldern (Interkantonale Universitätsvereinbarung, IUV)
- 0,3 Geringere Kostenbeiträge der Gesundheitsdirektion
- +5,1 Höhere Erträge aus Drittmitteln
- +9,7 Höhere Dienstleistungserträge in den humanmedizinischen Instituten
- +4,4 Höhere Overhead-Erträge aus Vereinbarungen (ohne Bund) mit Drittmittelpartnern
- +1,0 Ausserordentliche Erträge im Zusammenhang mit Rechtsfällen (Rückvergütungen / Auflösung von Rückstellungen)
- +0,3 Verschiedene Ertragsveränderungen

Aufwand (-11,6):

- 5,1 Höherer Aufwand aus Drittmitteln
- 5,4 Höherer Aufwand für die Dienstleistungserbringung in den humanmedizinischen Instituten
- 4,9 Höhere Kleininvestitionen, wissenschaftliche Laborgeräte und EDV-Ausstattung
- 3,5 Höhere Unterhaltskosten in den Liegenschaften und im EDV-Betrieb
- 2,5 Höhere Overhead-Vergütungen an die Forschenden aufgrund von Vereinbarungen (ohne Bund) mit Drittmittelpartnern
- +3,1 Ausserordentlicher Minderaufwand im Zusammenhang mit Rechtsfällen (Rückvergütungen / Auflösung von Rückstellungen)
- +2,6 Geringere Beanspruchung des Forschungskredits der Universität Zürich aufgrund von zeitlichen Verschiebungen bei der Projektausführung
- +4,1 Verschiedene Einsparungen insbesondere bei den Lohnkosten; dieses ist insbesondere auf ein zurückhaltendes Ausgabenverhalten im Kontext von San10 zurückzuführen.

Investitionsrechnung

Einnahmen (+13,1):

- +10,0 Erfolgreiche Einwerbung von Drittmitteln zur Finanzierung von Investitionsprojekten
- +3,1 Höhere Beiträge vom Bund

Ausgaben (-7,6):

- 7,6 Erstmalig fielen im Berichtsjahr Investitionen für das vom Regierungsrat beschlossene Programm für die hochspezialisierte Medizin an. Dank hoher Beiträge von Dritten konnten verschiedene Grossgeräte, vor allem im Bereich der Bildgebung, beschafft werden.

Personal

Die Rechnung 2010 beinhaltet kurzfristige, temporär besetzte Stellen. Ferner ist die Abweichung durch den Stellentransfer der Immunologie vom Universitätsspital Zürich in die Universität Zürich begründet.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Anzahl laufende Evaluationen	P	28	32	36	4
W2	Anzahl laufende SNF-Projekte (Stichtag 1.7.)	P	449	420	454	34
W3	Anzahl laufende EU-Projekte	P	123	165	112	-53
W4	Anzahl Erstabschlüsse	P	2 557	3 000	3 105	105
W5	Anzahl Doktorate Medizin/Veterinärmedizin	P	296	275	362	87
W6	Beschäftigung im ersten Jahr nach dem Abschluss	P	-	91%	-	
W7	Durch Drittmittel finanzierte Stellen (Vollzeitäquivalente auf den 31.12.)	P	1 332	1 264	1 365	101
Leistungen						
L1	Anzahl Doktorate (ohne Medizin/Veterinärmedizin)	P	379	415	451	36
L2	Anzahl Habilitationen	P	69	70	79	9
L3	Anzahl Studierende (einschliesslich Doktorierende und MAS-Studierende)	P	25 854	25 216	26 168	952
L4	Anzahl Professuren (in Vollzeitäquivalenten auf den 31. Dezember)	P	496	524	507	-17
L5	Anzahl Mittelbaustellen (in Vollzeitäquivalenten auf den 31. Dezember)	P	1 785	1 776	1 807	31
L6	Hauptnutzflächen in m ²	P	308 639	311 300	309 621	-1 679
L7	Hauptfachstudierende pro Professur Rechtswissenschaften (einschliesslich Doktorierende)	P	87,4	82,6	92,5	9,9
L8	Hauptfachstudierende pro Professur Wirtschaftswissenschaften (einschliesslich Doktorierende)	P	57,7	51,7	53,4	1,7
L9	Hauptfachstudierende pro Professur Philosophische Fakultät (einschliesslich Doktorierende)	P	90,4	81,4	89,5	8,1
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Forschung, Lehre und Dienstleistung pro Student/in (Fr.)	P	21 612	22 010	21 354	-656
Abweichungsbegründungen						
W6	Veröffentlichung durch das BFS (Bundesamt für Statistik) erfolgt voraussichtlich Ende April 2011.					
L3	Vom BFS im Juni 2009 für 2010 prognostizierter Wert lag spürbar unter dem tatsächlichen Wert.					
L6	Abweichung resultierte durch nicht realisierte Anmietungen (zu hohe Mietzinsforderungen) oder universitätspolitische Überlegungen.					

Antrag Gewinnverwendung

Unter Einhaltung des budgetierten Kostenbeitrags der Bildungsdirektion in Höhe von 558,8 Mio. Franken ergibt sich für die Universität Zürich im Berichtsjahr ein Erfolg in der Höhe von +16,3 Mio. Franken. Der Jahresüberschuss konnte zum einen durch höhere Nettoerträge erzielt werden: Leistungen humanmedizinische Institute, Rückvergütungen/Auflösung von Rückstellungen im Zusammenhang mit Rechtsfällen, höhere Overhead-Erträge aus Vereinbarungen (ohne Bund) mit Drittmittelpartnern. Aufwandseitig hatten zeitliche Verschiebungen bei der Projektausführung eine geringere Beanspruchung des Forschungskredits und der Nachwuchsförderung der Universität Zürich zur Folge. Neben diesen Hauptfaktoren führten verschiedene weitere Effekte zum positiven Ergebnis.

Als Gewinnverwendung aus dem Jahresabschluss 2010 erfolgt der Antrag zur Genehmigung einer Reservenbildung von Fr. 16 347 657.85, zu verwenden für folgende Positionen:

- +13,34 Einlage in die freie Reserve
- +2,76 Einlage in Reserve Forschungskredit und Nachwuchsförderung
- +0,66 Einlage in Reserve Weiterbildung
- 0,41 Auflösung der Reserve Mensen (netto)

Bilanz 9600 Universität

in Mio. Franken	per 31.12.2010	per 31.12.2009	Differenz R 09/10	
			Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	359,2	320,0	39,2	12,2
Finanzvermögen¹	359,2	320,0	39,2	12,2
Flüssige Mittel	17,9	12,2	5,7	46,2
Forderungen	288,1	283,7	4,4	1,5
Kurzfristige Finanzanlagen	0,1	0,1	-0,0	-13,3
Aktive Rechnungsabgrenzung	50,6	21,0	29,6	141,1
Vorräte und angefangene Arbeiten	2,6	3,0	-0,5	-15,2
Anlagevermögen (AV)	127,2	115,0	12,2	10,6
Finanzvermögen¹	0,0	0,3	-0,3	-100,0
Finanzanlagen	0,0	0,3	-0,3	-100,0
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	127,2	114,8	12,4	10,8
Sachanlagen	120,7	106,7	14,0	13,1
Immaterielle Anlagen	6,5	8,1	-1,6	-19,6
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen		0,0		0,0
Beteiligungen	0,0	0,0		
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	486,4	435,0	51,3	11,8
Fremdkapital (FK)	-417,2	-382,2	-35,0	-9,2
Kurzfristiges Fremdkapital	-351,1	-313,8	-37,4	-11,9
Laufende Verbindlichkeiten	-58,6	-50,8	-7,8	-15,4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-0,1		-0,1	0,0
Passive Rechnungsabgrenzung	-259,1	-237,9	-21,1	-8,9
Kurzfristige Rückstellungen	-33,4	-25,1	-8,4	-33,3
Langfristiges Fremdkapital	-66,1	-68,5	2,4	3,5
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-39,2	-35,1	-4,1	-11,7
Langfristige Rückstellungen	-26,9	-33,4	6,5	19,5
Fonds im Fremdkapital				
Eigenkapital (EK)	-69,2	-52,8	-16,3	-31,0
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen		0,0	0,0	0,0
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	-52,8	-38,7	-14,2	-36,6
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-16,3	-14,2	-2,2	-15,5
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	0,0			0,0
Total Passiven	-486,4	-435,0	-51,3	-11,8
¹ Total Finanzvermögen	359,2	320,3	38,9	12,1

9690 Zentralbibliothek

Detaillierte Informationen sind dem Jahresbericht 2010 der Zentralbibliothek Zürich zu entnehmen.
Dieser wird nach dessen Genehmigung durch den Stiftungsrat im Juni 2011 publiziert.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	38,2	37,4	38,3	0,8
Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	26,5	27,2	27,2	0,0
Aufwand	–35,7	–37,4	–36,5	0,9
Saldo	2,5	0,0	1,7	1,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0,3	1,4	1,1
Ausgaben		–1,3	–2,7	–1,4
Saldo		–1,0	–1,3	–0,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte		159,4	163,9	4,5

Erfolgsrechnung

Ertrag (+0,8):

+0,5 Höhere Auflösung passivierter Investitionsbeiträge

+0,3 Übrige Mehrerträge

Aufwand (+0,9):

+0,9 Minderaufwendungen bei Anschaffungen/Projekten und vermehrte Aktivierungen im Rahmen von IPSAS

Investitionsrechnung

Einnahmen (+1,1):

+1,1 Höhere Investitionsbeiträge von Stadt und Kanton Zürich als budgetiert

Ausgaben (–1,4):

–1,4 Höhere aktivierbare Investitionen im Mobiliar- und Anlagenbereich

Personal

In der Rechnung 2010 sind im Gegensatz zum Budget 2010 erstmals die temporären Aushilfen mit befristeten Verträgen enthalten.

9710 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften

Die detaillierten Informationen sind dem Jahresbericht 2010 der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften zu entnehmen.

Herausgeberin: Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	316,0	355,1	343,8	-11,3
Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	121,0	136,7	129,8	-6,9
Aufwand	-306,6	-362,3	-322,4	39,9
Kreditübertragungen aus 2009		-7,2		
Saldo	9,3	-7,2	21,4	28,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-4,5	-10,3	-7,9	2,4
Saldo	-4,5	-10,3	-7,9	2,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 418,0	1 660,0	1 612,6	-47,4

Erfolgsrechnung

Ertrag (-11,3):

- 7,2 Tiefere Beiträge von Bund und Kantonen durch die Unterschreitung der budgetierten Studierendenzahl
- 6,9 Tieferer Kostenbeitrag des Kantons Zürich wegen der Abweichung von der prognostizierten Studierendenzahl
- +1,7 Verschiedene Mehrerträge (Dienstleistungen usw.)
- +1,1 Höherer Finanzertrag (Mieten usw.)

Aufwand (+39,9):

- +33,3 Tieferer Personal-, Sach- und Betriebsaufwand durch den verzögerten Ausbau des Beschäftigungsumfangs, was zu Projektverschiebungen wegen Ressourcenengpässen führte, und Verbesserung der Deckungsbeiträge als Ergebnis von Kosteneinsparungen in allen Leistungsbereichen
- 0,6 Verschiedene Abweichungen gegenüber Budget
- +7,2 Nicht beanspruchte Kreditübertragungen aus dem Vorjahr

Investitionsrechnung

Ausgaben (+2,4):

- +2,4 Verschiebung von geplanten Investitionsprojekten. Es wurde ein Antrag auf Kreditübertragungen gestellt (0,9).

Personal

Die Abweichung im Beschäftigungsumfang wurde verursacht durch Verzögerungen in der Anpassung des Personalbestandes an das Wachstum der Studierendenzahl und das Bestreben, durch Kosteneinsparungen die Deckungsbeiträge in allen Leistungsbereichen zu verbessern.

Indikatoren

	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen					
W1 Anzahl FH-Diplomabschlüsse	P	83	0	27	27
W2 Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	P	1 265	1 681	1 628	-53
W3 Anzahl Master-Diplomabschlüsse	P	20	172	98	-74
Leistungen					
L1 Insgesamt Studierende	P	7 164	8 500	8 254	-246
L2 – davon Studierende in den Bachelor-Studiengängen	P	6 910	7 970	7 800	-170
L3 – davon Studierende in den Master-Studiengängen	P	254	530	454	-76
L4 Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur)	P	36,7%	33,7%	34,1%	0,4%
L5 – davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS)	P	8,7%	7,6%	8,5%	0,9%
L6 – davon Anteil anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung	P	20,7%	19,4%	19,9%	0,5%
L7 – davon Anteil Dienstleistungen	P	7,3%	6,7%	5,7%	-1,0%
Wirtschaftlichkeit					
B1 Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur)	P	32,9%	29,6%	30,8%	1,2%
B2 Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten	P	78,3%	79,5%	81,5%	2,0%
Abweichungsbegründungen					
Datengrundlage BBT-Reporting 2010 der ZHAW					
W3	Mehrere Studiengänge starteten gegenüber der Planung mit Verzögerung.				
L1–L3	Das Wachstum der Studierendenzahl gegenüber dem Vorjahr beträgt 15,2% und entspricht einer Abweichung von -2,9% gegenüber der Planung. Die Anzahl der Master-Studierenden liegt wegen teilweise späterem Studiengangsbeginn unter den Planwerten.				
L4–L7	Der Anteil des erweiterten Leistungsauftrag liegt leicht über der Planung. Innerhalb der Leistungsbereiche ist gegenüber der Planung eine Erhöhung des Anteils der Weiterbildung zulasten der Dienstleistungen von etwa 1% feststellbar.				
B1	Der Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (Bachelor, Master) liegt aufgrund der Kosteneinsparungen um 1,2% über der Planung.				
B2	Die Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen konnte gegenüber dem Vorjahr (+3,2%-Punkte) und der Planung (+2,0%-Punkte) deutlich auf 81,5% verbessert werden.				

Antrag Gewinnverwendung

Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften verzeichnet weiterhin eine starke Studierendennachfrage. Dieses Wachstum war weniger stark als budgetiert, was zu tieferen Erträgen von Bund/Kantonen und zu einer proportionalen Kürzung des budgetierten Kostenbeitrags der Bildungsdirektion führte. Da die ZHAW den Aufwand gegenüber dem Budget deutlich stärker senken konnte als die wachstumsbedingte Verminderung auf der Ertragsseite, schliesst die Rechnung im Berichtsjahr mit einem Saldo von +21,4 Mio. Franken ab. Die Hauptgründe für das positive Ergebnis sind Kosteneinsparungen in sämtlichen Leistungsbereichen, wodurch der Kostendeckungsgrad durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen und Privaten erheblich verbessert werden konnte. Vom Saldo von 21,4 Mio. Franken wird eine Kreditübertragung für verzögerte Projekte von 8,5 Mio. Franken beantragt. Der Restsaldo nach Abzug der beantragten Kreditübertragung und Gewinnverwendung (9 Mio. Franken) beläuft sich auf Fr. 3 880 652 und wird zurückgeführt.

Als Gewinnverwendung aus dem Jahresabschluss 2010 erfolgt der Antrag zur Genehmigung einer Reservenbildung von Fr. 9 000 000 (5 Mio. Franken strategische Reserve; 4 Mio. Franken freie allgemeine Reserve).

Bilanz 9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

in Mio. Franken	per	per	Differenz R 09/10	
	31.12.2010	31.12.2009	Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	100,5	90,4	10,2	11,2
Finanzvermögen¹	100,5	90,4	10,2	11,2
Flüssige Mittel	2,3	21,7	-19,4	-89,4
Forderungen	95,9	63,1	32,8	51,9
Kurzfristige Finanzanlagen	0,0	0,4	-0,4	-100,0
Aktive Rechnungsabgrenzung	2,2	3,3	-1,1	-34,1
Vorräte und angefangene Arbeiten	0,1	1,9	-1,7	-92,4
Anlagevermögen (AV)	21,0	19,6	1,4	7,1
Finanzvermögen¹	0,0	1,2	-1,2	-100,0
Finanzanlagen	0,0	1,2	-1,2	-100,0
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	21,0	18,4	2,5	13,8
Sachanlagen	19,5	18,0	1,5	8,6
Immaterielle Anlagen	1,4	0,4	1,0	239,5
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen	0,0	0,0		0,0
Beteiligungen		0,0	-0,0	-100,0
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	121,5	110,0	11,6	10,5
Fremdkapital (FK)	-86,0	-95,8	9,8	10,3
Kurzfristiges Fremdkapital	-68,5	-68,4	-0,2	-0,2
Laufende Verbindlichkeiten	-13,7	-17,4	3,7	21,1
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten		0,0		0,0
Passive Rechnungsabgrenzung	-46,5	-45,1	-1,4	-3,2
Kurzfristige Rückstellungen	-8,3	-5,9	-2,4	-40,5
Langfristiges Fremdkapital	-17,5	-27,5	10,0	36,3
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-6,2	-8,8	2,6	29,9
Langfristige Rückstellungen	-11,3	-16,7	5,4	32,2
Fonds im Fremdkapital	-0,0	-2,0	2,0	98,5
Eigenkapital (EK)	-35,5	-14,1	-21,4	-151,3
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	-14,1	-4,8	-9,3	-195,6
Dotationskapital	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresergebnis	-21,4	-9,3	-12,0	-128,7
Total Passiven	-121,5	-110,0	-11,6	-10,5
¹ Total Finanzvermögen	100,5	91,5	9,0	9,8

9720 Zürcher Hochschule der Künste

Die detaillierten Informationen sind dem Jahresbericht 2010 der Zürcher Hochschule der Künste zu entnehmen.

Herausgeberin: Zürcher Hochschule der Künste

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	140,6	133,9	141,8	7,9
Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	77,9	78,9	80,5	1,5
Aufwand	-140,6	-133,9	-136,8	-2,9
Saldo	0,0	0,0	5,0	5,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-3,9	-4,3	-2,6	1,7
Saldo	-3,9	-4,3	-2,6	1,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	649,6	600,0	643,8	43,8

Erfolgsrechnung

Ertrag (+7,9):

- +4,4 Höhere Forschungsbeiträge durch den Bund
- +2,3 Mehreinnahmen von Dritten, insbesondere im Bereich Forschung
- +2,1 Höhere Erträge aus Schul- und Kursgeldern
- 2,4 Mindereinnahmen aus Kantonsbeiträgen
- +1,5 Beitrag des Kantons Zürich für die Berufsausbildung Tanz

Aufwand (-2,9):

- 3,0 Höherer Sachaufwand
- 0,6 Übriger Mehraufwand
- +0,7 Tiefere Nutzungskosten und Abschreibungen

Investitionsrechnung

Ausgaben (+1,7):

- +1,7 Durch die Verzögerung beim Umzug ins Toni-Areal mussten geplante Vorinvestitionen teilweise zurückgestellt werden.

Personal

Der budgetierte Beschäftigungsumfang für das Berichtsjahr hat sich als zu tief erwiesen. Die Überschreitung ist hauptsächlich durch den Ausbau der Forschung bedingt. Der dank strenger Budgetdisziplin geringen Aufwandüberschreitung (-2,9) stehen höhere Bundesbeiträge und Beiträge Dritter gegenüber.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Anzahl FH-Diplomabschlüsse	P	165	16	42	26
W2	Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	P	292	373	280	-93
W3	Anzahl Master-Diplomabschlüsse	P	6	325	234	-91
Leistungen						
L1	Insgesamt Studierende	P	1 623	1 770	1 786	16
L2	– davon Studierende in den Bachelor-Studiengängen	P	1 169	1 120	1 074	-46
L3	– davon Studierende in den Master-Studiengängen	P	454	650	712	62
L4	Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur)	P	24,2%	17,4%	19,9%	2,5%
L5	– davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS)	P	6,1%	4,1%	5,3%	1,2%
L6	– davon Anteil anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung	P	13,3%	10,2%	10,5%	0,3%
L7	– davon Anteil Dienstleistungen	P	4,8%	3,1%	4,1%	1,0%
Wirtschaftlichkeit						
B1	Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur)	P	24,3%	21,4%	24,5%	3,1%
B2	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten	P	60,9%	65,2%	63,1%	-2,1%
Abweichungsbegründungen						
Datengrundlage BBT-Reporting 2010 der ZHdK						
W1–W3 Die Überführung der Diplomstudiengänge nach alter Prägung in die Bachelor- und Master-Ausbildung nach dem Bologna-System konnte nicht so schnell erfolgen wie geplant.						
L4–L7 Das Weiterbildungsangebot auf Fachhochschulstufe konnte gesteigert werden und schlägt sich in der Erfolgsrechnung auch mit höheren Erträgen aus Schul- und Kursgeldern nieder. Die Dienstleistungen konnten gegenüber der Planung ebenfalls ausgebaut werden.						
B1–B2 Dank Kosteneinsparungen konnte der Bundesanteil an der Finanzierung des Diplomstudiums gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden (+0,2%-Punkte) und liegt deutlich über dem Budgetwert (+3,1%-Punkte). Die Kosteneinsparungen führen zu einer Steigerung der Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen gegenüber dem Vorjahr (+2,2%-Punkte), auch wenn der gemäss Budget angestrebte Wert nicht erreicht werden konnte (-2,1%-Punkte).						

Antrag Gewinnverwendung

Die Zürcher Hochschule der Künste konnte gegenüber dem Budget eine deutlich höhere Ertrags- als Aufwandsteigerung erzielen. Daher schliesst die Rechnung im Berichtsjahr mit einem Erfolg von +5 Mio. Franken ab. Die Hauptgründe für das positive Ergebnis sind die Einhaltung einer strikten Budgetdisziplin und höhere Bundeseinnahmen.

Als Gewinnverwendung aus dem Jahresabschluss 2010 erfolgt der Antrag zur Genehmigung eines Beitrages von Fr. 4 978 101.66 zur Stärkung der Eigenkapitalgrundlage der Zürcher Hochschule der Künste. Der Reserveaufbau an der ZHdK ist erforderlich zur Überbrückung von Kostenbeitragskürzungen sowie für den Ausgleich von jährlichen Erfolgsschwankungen.

Bilanz 9720 Zürcher Hochschule der Künste

in Mio. Franken	per	per	Differenz R 09/10	
	31.12.2010	31.12.2009	Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	16,6	12,9	3,7	28,6
Finanzvermögen¹	16,6	12,9	3,7	28,6
Flüssige Mittel	2,4	4,2	-1,8	-43,7
Forderungen	11,9	7,9	4,0	51,4
Kurzfristige Finanzanlagen	0,0	0,0	-0,0	-9,3
Aktive Rechnungsabgrenzung	2,3	0,8	1,5	185,4
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen (AV)	11,3	11,8	-0,5	-4,5
Finanzvermögen¹	0,0	0,0	-0,0	-41,2
Finanzanlagen	0,0	0,0	-0,0	-41,2
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	11,2	11,8	-0,5	-4,4
Sachanlagen	9,9	10,7	-0,8	-7,2
Immaterielle Anlagen	1,3	1,1	0,2	23,3
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen		0,0		0,0
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	27,9	24,7	3,2	12,8
Fremdkapital (FK)	-22,4	-24,2	1,8	7,5
Kurzfristiges Fremdkapital	-15,2	-14,8	-0,4	-0,3
Laufende Verbindlichkeiten	-3,0	-5,0	2,0	39,9
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	0,0	-0,0	0,0	100,0
Passive Rechnungsabgrenzung	-7,5	-7,5	0,0	0,5
Kurzfristige Rückstellungen	-4,7	-2,2	-2,5	-113,9
Langfristiges Fremdkapital	-7,2	-9,4	2,3	24,0
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-6,6	-8,9	2,3	25,4
Langfristige Rückstellungen	-0,2	-0,1	-0,0	-32,9
Fonds im Fremdkapital	-0,3	-0,4	0,1	14,0
Eigenkapital (EK)	-5,5	-0,5	-5,0	-981,0
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	-0,5	-0,5	-0,0	-1,5
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-5,0	-0,0	-5,0	-64 969,1
Total Passiven	-27,9	-24,7	-3,2	-12,8
¹ Total Finanzvermögen	16,6	12,9	3,7	28,5

9740 Pädagogische Hochschule Zürich

Die detaillierten Informationen sind dem Jahresbericht 2009 der Pädagogische Hochschule Zürich zu entnehmen.

Herausgeberin: Pädagogische Hochschule Zürich

Voraussichtliches Publikationsdatum: Ende April 2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	117,9	114,3	117,2	2,9
Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	92,8	92,2	91,0	-1,2
Aufwand	-117,7	-114,3	-114,9	-0,6
Saldo	0,3	0,0	2,3	2,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,5	-2,5	-0,4	2,1
Saldo	-0,5	-2,5	-0,4	2,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	497,0	487,0	504,1	17,1

Erfolgsrechnung

Ertrag (+2,9):

- +1,4 Mehrertrag aus Erträgen Dritter und sonstigen Erträgen
- +1,2 Höhere Beiträge von Kantonen im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung FHV für ausserkantonale Studierende
- 1,2 Tiefere leistungsbezogene Erträge vom Volksschulamt
- +0,7 Höhere Erlöse aus Verkäufen
- +0,6 Höhere Infrastrukturerlöse
- +0,2 Ausserplanmässige Abschreibung passivierter Investitionsbeiträge

Aufwand (-0,6):

- 0,6 Mehraufwand aufgrund der Quereinsteigerausbildung Quest

Investitionsrechnung

Ausgaben (+2,1):

- +2,1 Im Rahmen der Sparmassnahmen wurden Investitionsvorhaben zurückgestellt.

Personal

Dem im Vergleich zur Planung 2010 höheren Beschäftigungsumfang steht ein Abbau der Stundenkontokorrente gegenüber.

Indikatoren		Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abweichung von B 2010
Wirkungen						
W1	Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	P	359	420	393	-27
W2	Anzahl Master-Diplomabschlüsse	P	0	50	0	-50
Leistungen						
L1	Insgesamt Studierende	P	1 499	1 570	1 720	150
L2	– davon Studierende in den Bachelor-Studiengängen	P	1 468	1 408	1 524	116
L3	– davon Studierende in den Master-Studiengängen	P	31	162	196	34
L4	Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur und NFH-Bereich)	P	41%	43,8%	40,2%	-3,6%
L5	– davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS)	P	7%	6,7%	6,5%	-0,2%
L6	– davon Anteil anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung	P	12%	9,3%	12,4%	3,1%
L7	– davon Anteil Dienstleistungen	P	5%	5,8%	4,8%	-1,0%
L8	– davon Anteil kantonaler Leistungsauftrag	P	17%	22,0%	16,5%	-5,5%
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten	P	45%	43,3%	47,7%	4,4%
Datengrundlage BBT-Reporting 2010 der PHZH						
Abweichungsbegründungen						
W2	Die ersten Master-Diplomabschlüsse werden entgegen der Planung erst im Frühjahr 2011 erfolgen.					
B1	Verbesserte Kostendeckung aufgrund erhöhter Erträge (FHV-Beiträge, Erträge Dritter, Infrastrukturerträge)					

Antrag Gewinnverwendung

Die Pädagogische Hochschule Zürich erzielte u. a. infolge einer um 10% höher als erwarteten Studierendenzahl einen deutlich höheren Ertrag als budgetiert. Da die Aufwandsteigerung trotz Mehrleistung tief gehalten werden konnte, schliesst die Rechnung mit einem Saldo von +2,3 Mio. Franken ab. Bei einem gegenüber dem Vorjahr verringerten Kostenbeitrag der Bildungsdirektion und zusätzlichen ungeplanten Aktivitäten im Zusammenhang mit der Entwicklung der Studiengänge für Quereinsteigende (Quest) war dieses positive Ergebnis vor allem dank einer konsequenten Kosten- und Ressourcenkontrolle und Massnahmen im Hinblick auf San10 möglich.

Als Gewinnverwendung aus dem Jahresabschluss 2010 erfolgt der Antrag zur Genehmigung einer Reservenbildung von Fr. 2267916.65. Dieser Betrag soll zusammen mit dem Gewinnvortrag aus 2009 in Höhe von Fr. 178865.97 der allgemeinen Reserve zugeführt werden.

Bilanz 9740 Pädagogische Hochschule Zürich

in Mio. Franken	per 31.12.2010	per 31.12.2009	Differenz R 09/10	
			Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	21,0	20,4	0,5	2,6
Finanzvermögen¹	21,0	20,4	0,5	2,6
Flüssige Mittel	0,1	0,5	-0,3	-72,9
Forderungen	20,3	18,0	2,3	13,0
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	0,5	1,5	-1,0	-66,7
Vorräte und angefangene Arbeiten	0,1	0,5	-0,5	-90,0
Anlagevermögen (AV)	1,5	2,9	-1,4	-49,0
Finanzvermögen¹				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	1,5	2,9	-1,4	-49,0
Sachanlagen	1,4	2,7	-1,3	-48,2
Immaterielle Anlagen	0,1	0,3	-0,1	-57,7
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	22,5	23,4	-0,9	-3,9
Fremdkapital (FK)	-20,0	-23,2	3,2	13,7
Kurzfristiges Fremdkapital	-9,3	-9,3	-0,0	0,0
Laufende Verbindlichkeiten	-2,8	-3,0	0,2	6,8
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-0,2	-0,2	-0,0	-2,8
Passive Rechnungsabgrenzung	-4,5	-4,8	0,3	6,3
Kurzfristige Rückstellungen	-1,7	-1,2	-0,5	-42,0
Langfristiges Fremdkapital	-10,7	-13,9	3,2	22,8
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-0,7	-1,8	1,1	62,8
Langfristige Rückstellungen	-10,1	-12,2	2,1	17,0
Fonds im Fremdkapital				
Eigenkapital (EK)	-2,4	-0,2	-2,3	-1 267,9
Fonds im Eigenkapital				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	-0,2	0,1	-0,3	-335,4
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-2,3	-0,3	-2,0	-789,9
kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Total Passiven	-22,5	-23,4	0,9	3,9
¹ Total Finanzvermögen	21,0	20,4	0,5	2,6

9800 Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Hinweis auf den Finanzbericht

Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind Vermächtnisse Dritter zugunsten des Kantons oder seiner Anstalten. Die Verwendung der Mittel wird in der Regel von den Donatoren vorgegeben, die bedachten Institutionen können nur im Rahmen dieser Vorgaben darüber verfügen. Die Leistungsgruppe wird mangels konkreter Planungsvorgaben nicht geplant.

Weiter reichende Informationen können dem Finanzbericht entnommen werden.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	7,6		4,7	4,7
Aufwand	–5,9		–8,8	–8,8
Saldo	1,7		–4,1	–4,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben			–0,4	–0,4
Saldo			–0,4	–0,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit

in Mio. Franken	per 31.12.2010	per 31.12.2009	Differenz R 09/10	
			Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	25,9	20,6	5,3	25,6
Finanzvermögen¹	25,9	20,6	5,3	25,6
Flüssige Mittel	1,0	0,7	0,3	38,2
Forderungen	11,4	10,7	0,7	6,8
Kurzfristige Finanzanlagen	12,7	8,4	4,3	51,7
Aktive Rechnungsabgrenzung	0,9	0,9	-0,0	-4,0
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen (AV)	63,8	72,2	-8,5	-11,7
Finanzvermögen¹	63,4	72,2	-8,8	-12,2
Finanzanlagen	62,6	71,4	-8,8	-12,4
Sachanlagen	0,8	0,8	0,0	0,0
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	0,4		0,4	0,0
Sachanlagen	0,4		0,4	0,0
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	89,7	92,9	-3,2	-3,4
Fremdkapital (FK)	-51,5	-50,6	-0,9	-1,8
Kurzfristiges Fremdkapital	-0,1	-0,1	0,0	24,3
Laufende Verbindlichkeiten	-0,0	-0,0	-0,0	-220,8
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-0,0	-0,1	0,0	26,2
Kurzfristige Rückstellungen				
Langfristiges Fremdkapital	-51,4	-48,5	-2,9	-6,0
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen				
Fonds im Fremdkapital	-51,4	-50,5	-0,9	-1,8
Eigenkapital (EK)	-38,2	-42,3	4,1	9,7
Fonds im Eigenkapital	-38,2	-42,3	4,1	9,7
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV				
Dotationskapital	0,0			0,0
Jahresergebnis	0,0			0,0
kumulierte Ergebniss der Vorjahre				
Total Passiven	-89,7	-92,9	3,2	3,4
¹ Total Finanzvermögen	89,3	92,9	-3,6	-3,8

9100 BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich

Verweis auf eigenen Geschäftsbericht

Der Geschäftsbericht 2010 der BVK liefert detaillierte Informationen über das Berichtsjahr. Er ist auf der Internetseite www.bvk.ch erhältlich. Ein gedrucktes Exemplar kann unter der Mail-Adresse bvk@bvk.zh.ch oder telefonisch unter 043 259 42 00 bestellt werden.

	RE 2009	B 2010	RE 2010
A	Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen		
Beiträge Arbeitnehmer	378 429 372	376 000 000	388 538 137
Beiträge Arbeitgeber	565 665 049	561 000 000	580 717 150
Einmaleinlagen und Einkaufssummen	72 901 362	72 000 000	73 530 647
Einlage in kollektive Reserven	49 578 418	0	56 270
Zuschüsse Sicherheitsfonds	88 251	0	90 842
Total ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen	1 066 662 452	1 009 000 000	1 042 933 046
B	Eintrittsleistungen		
Freizügigkeitseinlagen	419 334 719	450 000 000	422 757 295
Einzahlung WEF-Vorbezüge/Scheidung	9 435 118	8 000 000	13 924 248
Total Eintrittsleistungen	428 769 837	458 000 000	436 681 543
C	(A+B) Zufluss aus Beiträgen und Eintrittsleistungen		
	1 495 432 289	1 467 000 000	1 479 614 589
D	Reglementarische Leistungen		
Altersrenten	-693 980 836	-700 000 000	-731 146 195
Hinterlassenenrenten	-87 887 160	-87 000 000	-91 942 322
Invalidenrenten	-64 702 219	-72 100 000	-63 887 969
Übrige reglementarische Leistungen	-4 049 014	-5 500 000	-3 282 829
Kapitalleistungen bei Pensionierung	-60 861 854	-40 000 000	-59 231 591
Kapitalleistungen bei Tod und Invalidität	-1 264 467	-1 000 000	-1 476 534
Total Reglementarische Leistungen	-912 745 550	-905 600 000	-950 967 440
E	Austrittsleistungen		
Freizügigkeitsleistungen bei Austritt	-387 099 571	-400 000 000	-386 865 443
Vorbezüge WEF / Scheidung	-77 952 185	-100 000 000	-82 148 488
Total Austrittsleistungen	-465 051 756	-500 000 000	-469 013 931
F	(D+E) Abfluss für Leistungen und Vorbezüge		
	-1 377 797 306	-1 405 600 000	-1 419 981 371
G	Auflösung / Bildung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Beitragsreserven		
Auflösung und Bildung Vorsorgekapital Aktive	-1 529 806	-22 000 000	21 703 606
Auflösung und Bildung von Vorsorgekapital Renten	-461 058 000	-798 000 000	-485 590 000
Auflösung und Bildung technischer Rückstellungen	-67 000 000	100 000 000	-72 000 000
Verzinsung des Vorsorgekapitals Aktive	-233 723 201	-242 150 000	-238 513 722
Total Auflösung / Bildung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Beitragsreserven	-763 311 007	-962 150 000	-774 400 116
H	Versicherungsaufwand		
Beiträge an Sicherheitsfonds	-10 378 340	-6 000 000	-5 679 239
Total Versicherungsaufwand	-10 378 340	-6 000 000	-5 679 239
I	(C+F+G+H) Nettoergebnis aus dem Versicherungsteil		
	-656 054 364	-906 750 000	-720 446 137

	RE 2009	B 2010	RE 2010	
J	Nettoergebnis aus Vermögensanlagen			
	Ergebnis aus Finanzanlagen			
	Geld- und Geldmarktanlagen	-20 718 437	40 068 000	-26 344 135
	Obligationen in Fr.	114 923 194	56 000 000	76 667 838
	Fremdwährungsobligationen	106 938 128	62 500 000	-102 514 469
	Wandelanleihen	201 061 804	20 000 000	18 645 946
	Hypotheken	22 888 440	30 000 000	22 562 594
	Aktien Schweiz	499 172 637	230 000 000	92 105 503
	Aktien Ausland	801 315 071	255 000 000	97 223 523
	Commodities	88 743 216	40 000 000	93 254 804
	Hedge Funds	1 158 218	40 000 000	-26 137 602
	Private Equity	-44 815 856	15 000 000	-5 530 391
	Immobilien Schweiz	276 289 936	158 622 000	214 519 182
	Immobilien Ausland	5 804 163	15 000 000	8 366 297
	Total Ergebnis aus Finanzanlagen	2 052 760 515	962 190 000	462 819 090
K	Ergebnis sonstige Aktiven			
	Anlagen beim Arbeitgeber	823 356	5 500 000	2 528 955
	Übriges Vermögen	1 382 757	1 300 000	1 360 411
	Total Ergebnis sonstige Aktiven	2 206 113	6 800 000	3 889 366
L	Aufwand aus Kapitalbewirtschaftung			
	Aufwand Asset Management	-34 849 779	-38 251 845	-29 882 729
	Aufwand Real Estate Management	-10 272 388	-10 090 080	-8 324 764
	Total Aufwand aus Kapitalbewirtschaftung	-45 122 167	-48 341 925	-38 207 493
M	(J+K+L) Total Nettoergebnis aus Vermögensanlagen	2 009 844 460	920 648 075	428 500 963
N	Sonstiger Ertrag			
	Ertrag aus erbrachten Dienstleistungen	184 400	175 000	181 981
	Übriger Ertrag	203 072	0	26 803
	Total Sonstiger Ertrag	387 472	175 000	208 784
O	Total Sonstiger Aufwand	0	0	0
P	Total Aufwand Versichertenverwaltung	-10 021 742	-10 231 500	-9 105 935
Q	(I+M+N+O+P) Aufwand-/Ertragsüberschuss vor Auflösung/Bildung			
	Wertschwankungsreserven	1 344 155 827	3 841 575	-300 842 325
R	Auflösung Wertschwankungsreserve	0	0	0
Z	(Q+R) Aufwand-/Ertragsüberschuss	1 344 155 827	3 841 575	-300 842 325

Bilanz 9100 BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich

31. Dezember 2009		31. Dezember 2010	Veränderung
Fr.		Aktiven Fr.	Passiven Fr.
			Fr.
20 593 405 377	A K T I V E N	21 098 079 912	504 674 535
20 582 391 240	Vermögensanlagen	21 087 512 166	505 120 926
19 972 880 956	Finanzanlagen	20 685 376 316	712 495 360
2 946 138 270	Geld und Geldmarktanlagen	2 819 156 288	-126 981 982
2 135 007 007	Obligationen in Fr.	2 390 103 298	255 096 291
1 841 189 773	Fremdwährungsobligationen	1 737 764 071	-103 425 702
758 335 569	Wandelanleihen	870 298 639	111 963 070
1 084 086 618	Hypotheken	1 056 047 239	-28 039 379
2 532 814 343	Aktien Schweiz	2 625 828 308	93 013 965
3 050 201 985	Aktien Ausland	3 507 995 311	457 793 326
648 005 022	Commodities	788 686 011	140 680 989
485 016 009	Hedge Funds	65 161 584	-419 854 425
323 567 557	Private Equity	398 568 270	75 000 713
3 669 411 336	Immobilien Schweiz	3 848 864 019	179 452 683
499 107 467	Immobilien Ausland	576 903 278	77 795 811
609 510 284	Sonstige Aktiven	402 135 850	-207 374 434
522 009 874	Anlagen beim Arbeitgeber	324 193 671	-197 816 203
87 500 410	Übriges Vermögen	77 942 179	-9 558 231
11 014 137	Aktive Rechnungsabgrenzung	10 567 746	-446 391
-20 593 405 377	P A S S I V E N	-21 098 079 912	-504 674 535
-25 748 522	Verbindlichkeiten	-57 498 387	-31 749 865
-4 526 413	Freizügigkeitsleistungen und Renten	-3 451 603	1 074 810
-21 222 109	Andere Verbindlichkeiten	-54 046 784	-32 824 675
-23 545 976 294	Vorsorgekapital und technische Rückstellungen	-24 319 743 289	-773 766 995
-12 263 830 294	Vorsorgekapital Aktive	-12 480 007 289	-216 176 995
-9 971 146 000	Vorsorgekapital Renten	-10 456 736 000	-485 590 000
-1 311 000 000	Technische Rückstellungen	-1 383 000 000	-72 000 000
0	Wertschwankungsreserve	0	0
2 978 319 439	Unterdeckung	3 279 161 764	300 842 325
4 322 475 266	Stand 1. Januar	2 978 319 439	1 344 155 827
-1 344 155 827	Aufwandüberschuss/Ertragsüberschuss	300 842 325	-1 043 313 502

9200 Arbeitslosenkasse

Verweis auf eigenen Geschäftsbericht

Die Arbeitslosenkasse zahlt die Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus. Das Geschäftsvolumen stieg auch in diesem Jahr mit der Arbeitslosigkeit stark an. Die Anzahl Abrechnungen für Arbeitslosen-, Kurzarbeits-, Schlechtwetter- und Insolvenzenschädigung nahm um 35% zu. Die ausbezahlte Summe aller Entschädigungen stieg auf 464,9 (2009: 411,2) Mio. Franken.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2009	B 2010	R 2010	Abweichung von B 2010
Erfolgsrechnung				
Ertrag	438,8	359,6	508,9	149,3
Aufwand	-444,8	-359,6	-504,1	-144,5
Saldo	-6,0	0	4,8	4,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	64,9	72	73,4	1,4

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag entspricht hauptsächlich den Vorschüssen des Bundes, die zur Abrechnung aller Versicherungsleistungen und der Verwaltungskosten benützt werden.

Aufwand:

Der Aufwand entspricht den Auszahlungen von direkten und indirekten Leistungen der Arbeitslosenversicherung einschliesslich Sozialleistungen sowie den Verwaltungskosten für den Vollzug und wird vollumfänglich vom Bund finanziert.

Saldo:

Da die Vorschüsse des Bundes und die Auszahlungen der ALK zeitlich etwas verzögert erfolgen, besteht jeweils temporär ein Saldo. Dieser wird laufend ausgeglichen.

Indikatoren					
	Art	R 2009	B 2010	GB 2010	Abw. von B 2010
Leistungen					
L1	Anzahl Abrechnungen Arbeitslosenentschädigung	P	121 158	110 000– 130 000	163 749 33 749
Wirtschaftlichkeit					
B1	Verhältnis Verwaltungskosten / ausbezahlte Leistungen	max.	1,9%	2,8%	1,8%
Abweichungsbegründungen					
L1	Höhere Anzahl Abrechnungen infolge höherer Arbeitslosigkeit im Berichtsjahr				

Bilanz 9200 ALK

31. Dezember 2009	Konto	31. Dezember 2010	Veränderung
Fr.		Aktiven Fr.	Passiven Fr.
9 356 855.77		14 104 114.23	+4 747 258
	A K T I V E N		
5 475.47	1000 Kasse	1 450.97	-4 025
70 575.53	1001 Postkonto	82 110.49	+11 535
14 801.15	1002 Bankkonto	8 387 283.64	+8 372 482
13 967 135.70	1010 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	13 135 479.40	-831 656
66.55	1010 Forderungen, Verrechnungssteueranspruch	585.20	+519
-11 614 615.00	1010 Wertberichtigung Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-10 187 163.00	-1 427 452
6 810 095.72	1011 Kontokorrent Staat	2 622 315.88	-4 187 780
9 993.85	1013 Anzahlungen an Dritte	8 712.65	-1 281
1 592.40	1045 Übriger betrieblicher Aufwand	1 200.00	-392
18 245.40	1045 Übriger betrieblicher Ertrag	0.00	-18 245
73 489.00	1409 Übrige Sachanlagen	52 139.00	-21 350
	P A S S I V E N		
9 356 855.77		14 104 114.23	-4 747 258
400 566.90	2000 Kreditoren	280 074.65	+120 492
7 768 516.22	2001 Kontokorrent Arbeitslosenfonds	12 613 124.23	-4 844 608
1 027 646.70	2009 Übrige laufende Verpflichtungen	1 049 323.90	-21 677
39 377.25	2045 Passive Rechnungsabgrenzung übriger betrieblicher Aufwand	42 173.15	-2 796
5 231.20	2045 Passive Rechnungsabgrenzung übriger betrieblicher Ertrag	1 197.45	+4 034
115 517.50	2089 Übrige langfristige Rückstellungen der Erfolgsrechnung	118 220.85	-2 703



Parlamentarische Vorstösse und Initiativen

Staatskanzlei

B. Bericht über Vollzug unerledigter Vorstösse

273/2009 Überprüfung der Publikationen der kantonalen Verwaltung

10. Mai 2010 (Postulat Regine Sauter, Zürich, Beat Walti, Zollikon, und Gaston Guex, Zumikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, die Publikationen der kantonalen Verwaltung kritisch zu überprüfen. Dabei sind folgende Punkte zu berücksichtigen: Erfolgen die Publikationen aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung oder eines ausgewiesenen Informationsbedürfnisses, wie ist der Bedarf an Ressourcen für ihre Herstellung (Personal- und Sachkosten) und werden dadurch Private konkurrenziert, welche die entsprechende Informationstätigkeit bereits wahrnehmen? Es ist aufzuzeigen, welche Einsparungen aufgrund dieser Evaluation möglich sind.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

Direktion der Justiz und des Innern

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 156/2007 **Integrationsvereinbarung**
29. Oktober 2007 (Postulat Thomas Ziegler, Elgg, Thomas Weibel, Horgen, und Patrick Hächler, Gossau). Der Regierungsrat wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen für eine noch bessere Integration der bei uns lebenden Ausländerinnen und Ausländer zu schaffen. Insbesondere soll dabei auch die Möglichkeit von so genannten Integrationsvereinbarungen vorgesehen werden, die bei der Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen mit berücksichtigt werden können.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 21. Oktober 2009 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4638).
- 244/2007 **Stärkung der behördlichen Zusammenarbeit**
26. November 2007 (Postulat Christoph Holenstein, Zürich, Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, und Thomas Maier, Dübendorf). Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, für welche notwendigen und sinnvollen im öffentlichen Interesse liegenden Datenflüsse zwischen Behörden rechtliche Grundlagen noch fehlen bzw. ungenügend sind und gegebenenfalls dem Kantonsrat entsprechende Gesetzesanpassungen zu beantragen oder in seinem Kompetenzbereich selber zu erlassen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 21. Oktober 2009 Bericht und Antrag erstattet. (Vorlage 4639).
- 287/2007 **Schaffung von Rechtsgrundlagen für den ausserprozessualen Zeugenschutz**
28. Januar 2008 (Motion Silvia Steiner, Zürich, Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, und Peter Reinhard, Kloten). Der Regierungsrat wird eingeladen, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, die einen ausserprozessualen Zeugenschutz gewährleisten.
Überweisung als Postulat. Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 1. Juli 2009 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4611).
- 7/2008 **Schaffung von Instrumentarien für die Früherkennung von potentiell gefährlichen Tätern**
28. April 2008 (Postulat Silvia Steiner, Zürich, Corinne Thomet-Bürki, Kloten, und Thomas Kappeler, Zürich). Der Regierungsrat wird ersucht, die Einführung von Instrumentarien zu prüfen, die eine Früherkennung von potentiell gefährlichen Tätern ermöglichen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 14. April 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4689).
- 99/2008 **Schutz vor Cyberbullying**
30. Juni 2008 (Postulat Corinne Thomet-Bürki, Kloten, Silvia Steiner, Zürich, und Christoph Holenstein, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, einen Bericht über Cyberbullying vorzulegen, der
– die Häufigkeit und Verbreitung von Cyberbullying im Kanton aufzeigt,
– einen Überblick über die in den letzten Jahren bereits eingeleiteten Massnahmen auf Stufe Kantone und Städte/Gemeinden gibt,
– verschiedene alte und neue Massnahmen einander gegenüberstellt und
– konkrete und wirksame Möglichkeiten aufzeigt, wie Cyberbullying verhindert werden kann.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 16. Juni 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4706).

- 337/2006 **Gleichbehandlung in der Jugendstrafrechtspflege**
1. Dezember 2008 (Postulat Andrea Sprecher, Zürich, Cécile Krebs, Winterthur, und Martin Naef, Zürich).
Der Regierungsrat wird eingeladen, die Gleichbehandlung aller Fälle in der Jugendstrafrechtspflege zu gewährleisten und deshalb die Fallpriorisierung aufzuheben.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 27. Oktober 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4739).
- 140/2007 **Integrationskurse für die ausländische Bevölkerung**
2. März 2009 (Motion Elisabeth Derisiotis-Scherrer, Zollikon, Johanna Tremp, Zürich, und Lisette Müller-Jaag, Knönau). Der Regierungsrat wird beauftragt, zur Umsetzung von Art. 53 und 56 des Bundesgesetzes über Ausländerinnen und Ausländer eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, um in Zusammenarbeit mit den Gemeinden der ausländischen Wohnbevölkerung kostenlose Integrationskurse anzubieten.
Überweisung als Postulat. Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 27. Oktober 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4738).
- 36/2009 **Änderung Verordnung über den Gemeindehaushalt («Professionalisierung» der Rechnungsprüfungskommission)**
6. April 2009 (Postulat Martin Farner, Oberstammheim, Hans Heinrich Raths, Pfäffikon, und Ernst Stocker, Wädenswil, sowie Mitunterzeichnenden). Der Regierungsrat wird eingeladen, die neue Verordnung über den Gemeindehaushalt bzw. das Kreisschreiben über den Gemeindehaushalt vom 1. Januar 2009 nicht umzusetzen.
Ebenso möchten wir darauf hinweisen, dass bereits in 12 Monaten Erneuerungswahlen durchzuführen sind und die Fristen für einen geordneten Systemwechsel zu kurz sind.
Wir beantragen, die Verordnung im Sinne der Ergebnisse zur Vernehmlassung der Kantonsverfassung und der Diskussionen im Verfassungsrat, zurückzuziehen.
Die Verordnung ist gemeinsam mit dem zu revidierenden Gemeindegesetz zu überarbeiten. Im Vordergrund steht die zwingende Forderung, dass die RPK's in den Gemeinden in der heutigen Form beibehalten werden können.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 30. März 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4671).
- 4634/2009 **Nein zum Sterbetourismus im Kanton Zürich**
28. Mai 2009 (Volksinitiative). ABI 2009, 1473
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 7. September 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4634b, ABI 2010, 194)
- 4666/2009 **Stopp der Suizidhilfe**
28. Mai 2009 (Standesinitiative). ABI 2009, 1472
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 17. Februar 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4666, ABI 2010, 295)

B. Bericht über Vollzug unerledigter Vorstösse

- 215/2007 **Neue Akzente in der Kulturförderung**
22. Juni 2009 (Postulat Willy Germann, Winterthur, Thomas Ziegler, Elgg, und Luca Rosario Roth, Winterthur). Der Regierungsrat wird gebeten, Kriterien zu erarbeiten, wonach Kulturschaffen künftig gefördert wird. Dabei sollen neue Kulturbedürfnisse einer breiten Bevölkerung berücksichtigt und die kreativen Ressourcen der Laien besser berücksichtigt werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 141/2009 **Lockerung übertriebener Feuerpolizeivorschriften**
28. September 2009 (Postulat Willy Germann, Winterthur). Der Regierungsrat wird gebeten, Vorschläge zu unterbreiten, wie bei der Feuerpolizei der Grundsatz der Verhältnismässigkeit durchgesetzt werden kann. Insbesondere soll geprüft werden, wie übertriebene Vorschriften gelockert, die politischen Einflussmöglichkeiten vergrössert und bei Zielkonflikten die Güterabwägungen verbessert werden können. Aus diesem Grund soll sogar geprüft werden, ob die kantonale Feuerpolizei statt von der Gebäudeversicherung von der Baudirektion ausgeübt werden soll.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 356/2007 **Verzicht auf Fragebögen bei Vernehmlassungen**
26. Oktober 2009 (Postulat Inge Stutz-Wanner, Marthalen, und Ernst Stocker-Rusterholz, Wädenswil). Der Regierungsrat wird ersucht, die Vernehmlassungen der Direktionen künftig nicht mehr in Form eines strukturierten, vorbereiteten Formulars zu verfassen. Die jeweiligen Vernehmlassungspartner sollen eine möglichst offene Version zur Verfügung gestellt bekommen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 366/2007 **Kostenverrechnung bei Todesfällen die durch Sterbehilfeorganisationen verursacht worden sind**
15. Februar 2010 (Motion Bruno Walliser, Volketswil, und Jean-Philippe Pinto, Volketswil). Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass den Sterbehilfeorganisationen die anfallenden Kosten für Untersuchungen und Bearbeitung der Fälle von aus dem Ausland stammenden Personen durch die Polizei, Amtsarzt, Staatsanwaltschaft, Gerichtsmedizin, Zivilstandesamt, Bestattungsamt usw. weiterverrechnet werden können.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 148/2008 **Gesetzliche Grundlage für den Kinder- und Jugendmedienschutz**
22. März 2010 (Postulat Karin Maeder-Zuberbühler, Rüti, und Claudia Gambacciani, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Gesetz über die Vorführung von Filmen zu revidieren und dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, die den Kinder- und Jugendschutz auch bei neuen Medien gewährleistet. Dazu gehören insbesondere Alterskennzeichnungen für Videos, DVD, Computer und Konsolenspiele, damit verbundene Handelsbeschränkungen sowie Verpflichtungen für Anbieter, den Kinder- und Jugendschutz im Internet und bei der mobilen Kommunikation sicherzustellen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 228/2009 **Umsetzung der Demokratisierung in den Zweckverbänden**
22. März 2010 (Postulat Bernhard Egg, Elgg, und Rolf Steiner, Dietikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, eine Bestandesaufnahme über die Demokratisierung der Zweckverbände zu erstellen, eine Analyse der Ergebnisse vorzunehmen und allenfalls gesetzgeberische oder anderweitige Massnahmen vorzuschlagen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 28/2010 **Rettung des Schweizer Kammerchors**
22. März 2010 (Postulat Willy Germann, Winterthur, Luca Rosario Roth, Winterthur, und Ruth Kleiber, Winterthur). Der Regierungsrat wird beauftragt, zusammen mit andern Kulturträgern eine Lösung zur Erhaltung des Schweizer Kammerchors zu suchen. Zumindest sollte wenn möglich zu Lasten des Lotteriefonds eine mehrjährige Übergangslösung gesucht werden, bis für den Chor eine neue Trägerschaft gefunden und die Finanzierung nachhaltig gesichert werden kann.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 52/2010 **Einzelinitiative**
29. März 2010 (Harry Lütolf, Zürich) betreffend effiziente, gerechte und kostengünstige Information der Wählerschaft bei Verhältniswahlen
Antrag:
Spätestens auf die nächsten Gesamterneuerungswahlen in den Zürcher Gemeinden im Jahr 2014 soll den Stimmberechtigten zusammen mit den Wahlunterlagen gemäss § 60 ff. GPR (eventuell in einem besonderen Umschlag) je ein Flugblatt der an der Wahl beteiligten Parteien und politischen Gruppierungen zugestellt werden können. Dies soll für die National- und Kantonsratswahlen sowie die Wahlen in den Grossen Gemeinderat der betroffenen Zürcher Gemeinden gelten. Das GPR ist in diesem Sinne zu ändern.
Prüfung
- 275/2009 **Bewilligungs- und Formularaktivismus**
10. Mai 2010 (Postulat Gaston Guex, Zumikon, Beat Walti, Zollikon, und Peter Roesler, Greifensee). Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen die Bewilligungsdichte und der Formularaktivismus abgebaut werden können.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 172/2010 **Statistik über Rückfallquoten von Jugendstraftäter**
27. September 2010 (Postulat Hans Egli, Steinmaur, Claudio Schmid, Bülach, und Barbara Angelsberger, Urdorf). Der Regierungsrat wird ersucht, eine Statistik über die Rückfallrate jugendlicher Straftäter aufzuschlüsselt nach A, B, und C Fällen zu veranlassen. Die zu erstellende Statistik soll die Erfolgsquote der verschiedenen Strafen und eingeleiteten Massnahmen aufzeigen.
Von besonderem Interesse sind die Rückfallquoten bei Täter mit langjährigen Massnahmen. Verglichen mit dem Ausland ist die Rückfallquote bei diesen Tätern besonders hoch und verursacht auch die grössten Kosten.
Als rückfällig gilt ein Jugendlicher der nach Abschluss der Strafe, wieder eine Straftat verübt.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

179/2010 **Verbote auf Privatgrund: Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens**
29. November 2010 (Postulat Josef Wiederkehr, Dietikon, Andreas Federer, Thalwil, und Jean-Luc Cornaz, Winkel). Der Regierungsrat wird aufgefordert, in einem Bericht aufzuzeigen, wie das Bewilligungsverfahren der Verbotsregelung auf Privatgrund vereinfacht werden kann. Dabei sollen einerseits das Einsetzen von Onlineformularen und andererseits die Erstellung von Informationsblättern, welche bei den Gemeinden und den zuständigen Stellen ausgelegt werden können, geprüft werden.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

248/2010 **Umsetzung von Gesetzesvorlagen**
29. November 2010 (Postulat Jörg Kündig, Gossau, Martin Farner, Oberstammheim, und Dieter Kläy, Winterthur). Der Regierungsrat wird gebeten aufzuzeigen, mit welchen Mitteln und Massnahmen er gedenkt zu erreichen, dass bei der Einführung neuer Gesetze und Verordnungen den unterstellten staatlichen Führungsebenen die erforderliche Zeit für sorgfältige Vorbereitung und Umsetzung zur Verfügung steht.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

Sicherheitsdirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 119/2005 **Verminderung von Feinstaubemissionen (PM10) durch Einführung eines Bonussystems bei Verkehrsabgaben dieselbetriebener Fahrzeuge mit Feinstaubpartikel-Filtern**
27. März 2006 (Motion Esther Hildebrand, Illnau-Effretikon, Ralf Margreiter, Zürich, und Susanne Rihs-Lanz, Glattfelden). Der Regierungsrat wird beauftragt, das Verkehrsabgabengesetz und die Verkehrsabgabenverordnung anzupassen und die rechtlichen Grundlagen für die Einführung eines Bonussystems zu schaffen, welches die Abgaben für dieselbetriebene Fahrzeuge mit Feinstaubpartikel-Filter reduziert.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat mit der Vorlage 4688 betreffend Verkehrsabgabengesetz beantragt, von der Erledigung der Motion Kenntnis zu nehmen.
- 176/2005 **Einführung einer reduzierten Motorfahrzeugsteuer für Erdgas-/Kompostgas betriebene Fahrzeuge**
27. März 2006 (Postulat Susanne Rihs-Lanz, Glattfelden, Patrick Hächler, Gossau, und Prof. Dr. Willy Furter, Zürich). Der Regierungsrat wird beauftragt, das Verkehrsabgabengesetz und die Verkehrsabgabenverordnung dahingehend zu ändern, dass Halterinnen und Halter von Erdgas- und insbesondere Naturgas- (z. B. Kompostgas-) Fahrzeugen von einer reduzierten Motorfahrzeugsteuer profitieren können.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 3. September 2008 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4457b).
- 239/2008 **Lastwagen-Transitverkehr**
22. September 2008 (Postulat Carmen Walker Späh, Zürich, Priska Seiler Graf, Kloten, und Peter Reinhard, Kloten, sowie Mitunterzeichnende). Der Regierungsrat wird eingeladen in einem Bericht aufzuzeigen, welche betrieblichen, technischen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssten, damit der Lastwagen-Transitverkehr am Beispiel der Westumfahrung Zürich zwingend auf die Umfahrung geführt werden kann, dies in Rücksprache mit dem Bund (LSVA) und in Kontakt mit den Anbietern von Navigationssystemen (GPS usw.).
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 9. September 2009 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4627).
- 200/2008 **Sollbestand der Kantonspolizei Zürich**
29. September 2008 (Postulat Renate Büchi-Wild, Richterswil, Christoph Holenstein, Zürich, und Kurt Leuch, Oberengstringen). Der Regierungsrat wird aufgefordert, das Korps der Kantonspolizei Zürich auf den Sollbestand von 1727 Personalstellen anzuheben.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 21. September 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4727).
- 4608/2008 **Verkehrssicherheitsinitiative**
29. September 2008 (Volksinitiative). ABI 2008, 2201
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 17. Juni 2009 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4608). Die Volksabstimmung zu dieser Initiative fand am 13. Februar 2011 statt.

- 15/2007 **Totalrevision Verkehrsabgabengesetz**
24. November 2008 (Motion Carmen Walker Späh, Zürich, Gabriela Winkler, Oberglatt, und Thomas Heiniger, Adliswil). 24. November 2008 (Motion Carmen Walker Späh, Zürich, Gabriela Winkler, Oberglatt, und Thomas Heiniger, Adliswil). Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche das Gesetz über die Verkehrsabgaben und den Vollzug des Strassenverkehrsrechts des Bundes (Verkehrsabgabengesetz) vom 11. September 1966 einschliesslich dazugehöriger Verordnung so ändert, dass ein verursachergerechtes und effizientes Verkehrsabgabengesetz resultiert, welches deutliche Anreize zu ökologischem Verhalten setzt, dies ohne das Steueraufkommen insgesamt zu erhöhen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat mit der Vorlage 4688 betreffend Verkehrsabgabengesetz beantragt, von der Erledigung der Motion Kenntnis zu nehmen.
- 78/2007 **Änderung des Verkehrsabgabengesetzes (progressives System der emissions-, verbrauchs- und fahrleistungsabhängigen Motorfahrzeugsteuer)**
24. November 2008 (Motion Marcel Burlet, Regensdorf, Gerhard Fischer, Bäretswil, und Peter Anderegg, Dübendorf). Der Regierungsrat wird beauftragt, § 2 des Verkehrsabgabengesetzes (LS 741.1) dahingehend zu ändern, dass ein progressives System der emissions-, verbrauchs- und fahrleistungsabhängigen Motorfahrzeugsteuern entsteht.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat mit der Vorlage 4688 betreffend Verkehrsabgabengesetz beantragt, von der Erledigung der Motion Kenntnis zu nehmen.
- 94/2009 **Erarbeitung eines Entführungsalarmsystems**
18. Mai 2009 (Postulat Carmen Walker Späh, Zürich, Dieter Kläy, Winterthur, und Thomas Vogel, Illnau-Effretikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, auf kantonaler und interkantonaler Ebene tätig zu werden, damit in Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen, dem Bund und den anderen Betroffenen (SRG, Telefonanbieter, Transportunternehmen, usw.) ein nationales Entführungsalarmsystem ausgearbeitet wird, wie diese bereits u. a. in den USA, Kanada oder Frankreich bestehen. Der Regierungsrat wird eingeladen, alle legislativen, operativen, technischen oder weiteren Massnahmen zu veranlassen, sodass der Kanton sich so rasch wie möglich, wenn möglich noch 2009, an diesem System beteiligen kann.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 14. April 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4687).
- 381/2009 **Datenschutz für Schweizer Hotelgäste**
18. Januar 2010 (Postulat Ruedi Lais, Wallisellen, und Yves de Mestral, Zürich). Der Regierungsrat wird gebeten aufzuzeigen, wie die Verwendung von Daten über Hotelgäste schweizerischer Nationalität gesetzlich geregelt und gleichzeitig ein angemessener Datenschutz gewährleistet werden kann.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 22. Dezember 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4759).

B. Bericht über Vollzug unerledigter Vorstösse

94/2007

Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit am Flughafen Zürich in ausserordentlichen Lagen

19. Januar 2009 (Postulat Rolf André Siegenthaler-Benz, Zürich, Hans Heinrich Rath, Pfäffikon, und Willy Haderer, Unterengstringen). Die bisher einzige zivilmilitärische Übung zum Schutz des Flughafens Zürich hiess «Aeroporto 05» und fand im Herbst 2005 statt. Die einfache Übungsanlage beinhaltete eine kurzfristig einberufene, internationale Konferenz in Zürich in aufgeregter Zeit. Anhänger der Konferenzparteien sorgten, so das Übungsszenario, mit Protesten, Aufmärschen und massiven Drohungen für eine gänzlich ausgelastete Polizei, weshalb die Kantonsregierung beim Bundesrat ein Gesuch um militärische Unterstützung für den Schutz des Flughafens Zürich stellte.

«Mit Ausnahme ausgewählter Formationen kann die Armee aus dem Stand innerhalb 72 Stunden ab Auslösung keine Leistung vor Ort erbringen», lautet das Fazit des damaligen Übungsleiters, Divisionär Peter Stutz. Er schrieb dies in einem Abschlussbericht an seine Vorgesetzten. Aus dem bisher unveröffentlichten Bericht geht auch hervor, dass die Armee in jedem Fall länger als 72 Stunden braucht, nämlich fünf Tage, bis sie mit ihrer Hauptkraft, einem Infanteriebataillon, im Einsatz ist. (Quelle: Mittellandzeitung vom 8. März 2007).

Der Regierungsrat wird eingeladen, in einem Bericht darzulegen, mit welchen Massnahmen er wenigstens den Sicherheitsstandard, wie er vor den jüngsten Armeereformen bestand, erreichen will. Dabei ist insbesondere folgenden Fragen Rechnung zu tragen:

1. Hat der Regierungsrat detaillierte Kenntnis von den Ergebnissen der Übung «Aeroporto 05»?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die Bereitschaft der Armee zur subsidiären Unterstützung der Sicherheitskräfte des Kantons Zürich?
3. Wie beurteilt der Regierungsrat angesichts der Ergebnisse der Übung «Aeroporto 05» die Aufhebung des Flughafenregiments?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat die Regelung der Verantwortlichkeiten?
5. Was braucht es nach Ansicht des Regierungsrates, um am Flughafen Zürich ein ausreichendes Sicherheitsdispositiv zu gewährleisten?
6. Warum wurde die Bevölkerung nicht vom Regierungsrat über die offensichtlichen Mängel des bestehenden Sicherheitsdispositivs informiert?

Bericht und Antrag in Vorbereitung

102/2007

Markierung und/oder Aufhebung von Fussgängerstreifen auf Gemeindestrassen

18. Mai 2009 (Postulat, Renate Büchi-Wild, Richterswil, und Jacqueline Gübeli, Horgen). Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie die Kantonale Signalisationsverordnung (LS 741.2) vom 21. November 2001 dahingehend geändert werden kann, dass die Gemeindebehörden, nach Anhörung der Fachstelle der Kantonspolizei, abschliessend über die Markierung und/oder die Aufhebung von Fussgängerstreifen auf dem Gemeindegebiet entscheiden können.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 20/2008 **Suizidprävention**
30. November 2009 (Postulat Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, Erika Ziltener, Zürich, und Lorenz Schmid, Männedorf). Der Regierungsrat wird aufgefordert, über die Suizidprävention im Kanton Zürich zu berichten, ein Suizidpräventionskonzept zu erarbeiten, zu umsetzen und dessen Wirksamkeit zu überprüfen. Dem Kantonsrat ist dazu regelmässig Bericht zu erstatten.
Prüfung
- 350/2009 **Verwertung eingezogener Gegenstände am Flughafen Zürich**
29. März 2010 (Postulat Roland Munz, Zürich, Jean-Philippe Pinto, Volketswil, und Stefan Dollenmeier, Rüti). Der Regierungsrat wird eingeladen aufzuzeigen, wie bei der Personenkontrolle am Flughafen Zürich von hier zusteigenden Fluggästen wie auch von Transitpassagieren eingezogene Gegenstände einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden können und eingeladen eine entsprechende Umsetzung an die Hand zu nehmen.
Prüfung
- 150/2010 **Einzelinitiative**
8. November 2010 (Susi Gut, Zürich, Markus Schwyn, Zürich). betreffend Kostenüberwälzung auch beim 1. Mai
Antrag:
Anpassung von § 58 Abs. 3 des Polizeigesetzes wie folgt:
Bei bewilligten Veranstaltungen, die der Ausübung des verfassungsmässig garantierten Demonstrationsrechts dienen, werden den Veranstaltern keine Kosten auferlegt, sofern sie nicht grobfahrlässig gegen Auflagen der Bewilligung verstossen haben und sofern es nicht bei Nachdemonstrationen zu Sachschäden oder zu einem massiven Polizeieinsatz kommt.
Prüfung

Finanzdirektion

A1. Abschreibungsantrag: über Geschäftsbericht, begründet

294/2007

Neuer Lohnausweis: Bewertung Verpflegungskosten

25. Mai 2009 (Motion Johannes Zollinger, Wädenswil, Eva Gutmann, Zürich, und Ernst Stocker-Rusterholz, Wädenswil). Wir bitten den Regierungsrat, die Anwendung des Merkblatts N2/2007 über die Bewertung von Verpflegung und Unterkunft von Unselbständigerwerbenden wie folgt zu präzisieren:

Verpflegungskosten sind nur dann zu deklarieren, wenn während der Essenszeit die Arbeit unterbrochen und der Arbeitsplatz verlassen werden kann.

Mit dem Mittel einer Motion wird der Regierungsrat verpflichtet, eine Verfassungs- oder Gesetzesvorschrift oder den Entwurf für einen Beschluss des Kantonsrates, insbesondere über einen Kredit, vorzulegen (§ 14 Abs. 2 des Kantonsratsgesetzes vom 5. April 1981 [KRG; LS 171.1]). Vorliegende Motion betrifft jedoch das Merkblatt der Eidgenössischen Steuerverwaltung über die Bewertung von Verpflegung und Unterkunft von Unselbständigerwerbenden (Merkblatt N 2/2007) sowie die daran anschliessende, frühere Weisung der Finanzdirektion über die Bewertung der Naturaleinkünfte von Arbeitnehmern für die Bemessungsjahre 2007 und folgende vom 17. November 2006 (Zürcher Steuerbuch Nr. 12/202). Von daher geht es an sich nicht um einen Gegenstand, der einer Motion zugänglich ist.

Die Finanzdirektion hat jedoch dem Anliegen der Motion mit einer Überarbeitung der erwähnten Weisung vom 17. November 2006 Rechnung getragen. In der neuen Weisung der Finanzdirektion über die Bewertung der Naturaleinkünfte von Arbeitnehmern ab Bemessungsjahr 2010 und folgende vom 8. März 2010 (Zürcher Steuerbuch Nr. 12/203) wird unter anderem vorgesehen, dass auf eine Aufrechnung für eine unentgeltliche Mahlzeit verzichtet wird, «wenn eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer zwar auf Dauer unentgeltlich eine Mahlzeit an der Arbeitsstätte erhält, diese jedoch während der Mahlzeit aus zwingenden beruflichen Gründen nicht verlassen kann und der Wert der einzelnen Mahlzeit Fr. 30.– nicht übersteigt».

Der Regierungsrat beantragt daher, gestützt auf § 18 Abs. 1 KRG, dem Kantonsrat, die Motion abzuschreiben.

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

184/2006

Familienergänzende Kinderbetreuung für das kantonale Personal

6. November 2006 (Postulat Lisette Müller-Jaag, Knonau, Cécile Krebs, Winterthur, und Lucius Dürr, Zürich). Der Regierungsrat wird ersucht, die familienergänzende Kinderbetreuung für seine Angestellten zu fördern und auszubauen. Dabei ist das Angebot von Gemeinden und Privaten einzubeziehen. Den kantonalen Angestellten sollen genügend Krippenplätze zur Verfügung stehen, indem der Kanton eigene Krippen betreibt oder für seine Angestellten Plätze in bereits bestehenden Krippen einkauft.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 29. Oktober 2008 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4557).

- 4647/2009 **Für einen wettbewerbsfähigen Kanton Zürich**
25. März 2009 (Volksinitiative). ABI 2009, 1032
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 18. November 2009 Bericht und Antrag erstattet.
- 129/2009 **Zweijährige Grundbildung mit Berufsattest in der kantonalen Verwaltung**
15. Juni 2009 (Postulat Susanna Rusca Speck, Zürich, Lars Gubler, Uitikon, und Kurt Leuch, Oberengstringen). Der Regierungsrat wird hiermit aufgefordert, in der kantonalen Verwaltung so rasch wie möglich und auf breiter Front die zweijährige Grundbildung mit Attest anzubieten.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 26. Mai 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4699).
- 130/2009 **Keine Entlassung von Lehrabgängern in die Arbeitslosigkeit**
15. Juni 2009 (Karin Maeder-Zuberbühler, Rüti, Kurt Leuch, Oberengstringen, und Lars Gubler, Uitikon). Der Regierungsrat wird ersucht, dafür zu sorgen, dass keine beim Kanton ausgebildeten Jugendlichen nach dem Lehrabschluss in die Arbeitslosigkeit entlassen werden. Für Lehrabgängerinnen und -abgänger des Kantons, welche keine Anschlusslösung finden, soll eine Weiterbeschäftigungsgarantie bis max. 18 Monate angeboten werden. Dafür sind befristete Stellen zu schaffen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 26. Mai 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4700).
- 227/2009 **Massnahmen zur Begrenzung des Aufwands auf 12 Mia. Franken im Voranschlag 2010**
28. September 2009 (Postulat Hans Frei, Regensdorf, Thomas Maier, Dübendorf, und Susanne Brunner, Zürich). Der Regierungsrat wird ersucht, in einem Bericht drei Varianten von Massnahmen (einschliesslich Gesetzes- und Verordnungsänderungen) aufzuzeigen, die geeignet sind, den Aufwand im Voranschlag 2010 auf 12 Mia. Franken (einschliesslich interne Verrechnungen) zu begrenzen. Dabei ist die vom Regierungsrat favorisierte Variante begründet zu bezeichnen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 7. Juli 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4714).
- 4716/2009 **Für faire Ferien**
21. Oktober 2009 (Volksinitiative). ABI 2009, 2674. Die Volksinitiative verlangt die Verankerung eines Mindestanspruchs von fünf Wochen Ferien im Personalgesetz des Kantons Zürich.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 7. Juli 2010 Bericht und Antrag erstattet.

- 277/2009 **Quellenbesteuerung auf beweglichen Vermögen bei zürcherischen Finanzinstituten zur Stärkung des Finanzplatzes und Sicherung des Bankkundengeheimnisses**
26. Oktober 2009 (Postulat Hans-Peter Portmann, Thalwil, Jean-Luc Cornaz, Bülach, und Katharina Weibel, Seuzach). Der Regierungsrat wird aufgefordert zu überprüfen, wie die kantonale Vermögensbesteuerung ergänzt werden kann, damit bewegliche Vermögen und deren Erträge bei zürcherischen Finanzinstituten an der Quelle besteuert werden können. Mit dieser Quellenbesteuerung soll die Steuerschuld auf den entsprechenden Vermögen beglichen werden. Diese Quellenbesteuerung könnte auch als Zahlstellensteuer für ausländisch domizilierte Bankkunden den entsprechenden Steuerdomizilländern angeboten werden. Eine Deklarationspflicht und allfällige Amtshilfen bei Steuerhinterziehung würden für diese Vermögenswerte und deren Erträge dahinfallen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 6. Oktober 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4734).
- 4715/2009 **Grundstückgewinnsteuer – JA, aber fair!**
2. November 2009 (Volksinitiative). ABI 2010, 229
Senkung des Spekulationszuschlags; Erhöhung des Besitzesdauerabattes mit Steuerfreiheit nach einer Besitzesdauer von 21 Jahren.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 7. Juli 2010 Bericht und Antrag erstattet.
-
- B. Bericht über Vollzug unerledigter Vorstösse**
- 191/2008 **Öffentliche Beschaffung von Computern, die nach IAO-Standards hergestellt werden**
7. September 2009 (Postulat Ornella Ferro, Uster, Peter Ritschard, Zürich, und Eva Gutmann, Zürich). Der Regierungsrat wird ersucht, bei der Computerbeschaffung in der kantonalen Verwaltung die fundamentalen Arbeitsrechte der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zu beachten. Damit diese Rechte respektiert werden, wird die kantonale Verwaltung beauftragt, eine Kriterienliste zu entwickeln und verbindlich einzusetzen.
Auf diese Weise können Unternehmen, die auf eine öffentliche Beschaffungsanfrage reagieren, auf ihre Politik der sozialen Verantwortung hin überprüft werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

269/2009

Neue gesetzliche Regelung des Ausgleichs der kalten Progression

30. November 2009 (Motion Raphael Golta, Zürich, Ralf Margreiter, Zürich, und Peter Roesler, Greifensee). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zur Neuregelung des Ausgleichs der kalten Progression im Steuergesetz zu unterbreiten. Folgende Elemente sollen dabei berücksichtigt werden:

1. Schnellerer Ausgleich

Die Neuregelung kann entweder über eine tiefere Teuerungsschwelle (z. B. 3%) oder aber einen fixen zeitlichen Rhythmus (z. B. alle ein oder zwei Jahre) für einen schnelleren Ausgleich sorgen.

2. Automatischer Ausgleich

Der Ausgleich soll nur noch über einen gesetzlich vorgeschriebenen Automatismus erfolgen, auf in der Kompetenz des Regierungsrates liegende Kann-Bestimmungen wird verzichtet.

3. Eindeutige Formulierung des Gesetzestextes

Die Neuregelung ist eindeutig zu formulieren. Dies betrifft insbesondere Wert und Zeitpunkt, von dem aus die Teuerung ausgeglichen wird. Falls weiterhin eine Teuerungsschwelle angewendet wird, soll für Höhe und Zeitpunkt des Ausgleichs die gleiche Teuerung verwendet werden.

4. Vereinbarkeit mit der Neuregelung des Bundes

Der Ausgleich der kalten Progression auf kantonaler Ebene kann zwar von der Neuregelung des Bundes abweichen, sollte aber ohne grossen administrativen Aufwand mit dieser vereinbar sein.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

20/2010

Einzelinitiative

29. März 2010 (Fritz Thomas Klein, Zürich). Änderung des kantonalen Steuergesetzes

Antrag:

§ 65 des kantonalen Steuergesetzes, der den geschäftsmässig begründeten Aufwand für die Gewinnsteuer juristischer Personen bezeichnet, soll wie folgt angepasst werden:

Absatz 1, Buchstabe a.: Streichen von «nicht aber Steuerbussen».

Absatz 2: Ergänzung

Nicht zum geschäftsmässig begründeten Aufwand gehören:

- a. Zahlungen von Bestechungsgeldern im Sinne des schweizerischen Strafrechts an schweizerische oder fremde Amtsträger,
- b. Zahlung von Bussen aller Art im In- und im Ausland.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

Volkswirtschaftsdirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 144/2006 **betreffend Änderung des Einführungsgesetzes zum Nationalstrassengesetz**
6. November 2006 (Behördeninitiative).
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 8. April 2008 Bericht und Antrag auf Ablehnung erstattet (Vorlage 4493).
- 145/2006 **Änderung des Strassengesetzes**
6. November 2006 (Behördeninitiative).
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 8. April 2008 Bericht und Antrag auf Ablehnung erstattet (Vorlage 4494).
- 390/2007 **Buslinien durch den Uetlibergtunnel**
25. Februar 2008 (Postulat Hans Läubli, Affoltern a. A., Eva Torp, Hedingen, und Michèle Bättig, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, mit der Eröffnung der A20 und der A4 und den Anschlüssen Fildern und Affoltern a. A. eine oder mehrere Buslinien durch den Uetlibergtunnel zwischen dem Knonauer Amt und den südwestlich des Paradeplatzes gelegenen Zürcher Stadtquartieren umzusetzen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 5. November 2008 Bericht und Antrag auf Abschreibung erstattet (Vorlage 4560).
- 198/2006 **«Besenbeizen»**
17. März 2008 (Postulat Robert Brunner, Steinmaur, und Esther Hildebrand, Illnau-Effretikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, Regelungen zu erlassen, mit denen die Anforderungen an den Betrieb von Besenbeizen als Betriebsteil in der Landwirtschaft erleichtert werden können, ohne dass Wettbewerbsverzerrungen entstehen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 2. Dezember 2009 Bericht und Antrag auf Abschreibung erstattet (Vorlage 4649).

- 217/2006 **GATS und der Kanton Zürich**
28. April 2008 (Postulat Hedi Strahm, Winterthur, Josef Wiederkehr, Dietikon, und Esther Hildebrand, Illnau-Effretikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, einen Bericht über die tatsächlichen und die möglichen Chancen und Risiken des GATS (General Agreement on Trade in Services) auf den Kanton Zürich zu erstellen. Dabei sollen mindestens folgende Punkte erläutert werden:
- Auswirkungen einer Ausweitung des GATS auf die Autonomie der Gemeinden und des Kantons bei der Sicherstellung der Basisdienstleistungen;
 - Bei den Basisdienstleistungen interessieren vor allem:
 - Bildung
 - Wasser- und Energieversorgung
 - Gesundheit
 - Öffentlicher Verkehr
 - Strassenbau
 - Post und Telekommunikation;
 - Mitsprachemöglichkeiten des Regierungsrates auf die Gestaltung des GATS;
 - Strategie des Regierungsrates bezüglich GATS;
 - Abgrenzung und Verhandlungsspielraum bei privatisierten Basisdienstleistungen im Vergleich zu «Service Public».
- Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 2. Dezember 2009 Bericht und Antrag auf Abschreibung erstattet (Vorlage 4650).
- 279/2006 **Behebung des Kapazitätsengpasses der S-Bahn beim Bahnhof Stadelhofen**
15. September 2008 (Motion Thomas Maier, Dübendorf, Gerhard Fischer, Bäretswil, und Thomas Weibel, Horgen). Der Regierungsrat wird eingeladen Konzepte für die Behebung des Kapazitätsengpasses der S-Bahn beim Bahnhof Stadelhofen aufzuzeigen, einen Kreditantrag vorzulegen und dessen Umsetzung so rasch wie möglich in Angriff zu nehmen. Insbesondere ist der Bau eines vierten Gleises im Bahnhof Stadelhofen in Kombination mit einem zweiten, einspurigen Riesbachtunnel zu prüfen.
Vom Kantonsrat am 29.11.2010 abgeschrieben
- 221/2008 **Doppelspurausbau zwischen Uster und Jona**
27. Oktober 2008 (Postulat Benno Scherrer Moser, Uster, Peter Weber, Wald, und Jörg Kündig, Gossau). Der Regierungsrat wird eingeladen, den raschen Doppelspurausbau auf der S-Bahn-Strecke Uster – Jona zu prüfen und Teilprojekte nach Kosten-Nutzen zu priorisieren.
Vom Kantonsrat am 4.10.2010 abgeschrieben
- 305/2008 **GreenTech made in Zurich (Switzerland)**
24. November 2008 (Postulat Peter Ritschard, Zürich, Carmen Walker Späh, Zürich, und Thomas Maier, Dübendorf). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie im Rahmen der bestehenden Standortförderung innovative Umwelttechnologien bei der Neuansiedlung von Firmen oder das Entstehen und die Entwicklung von startup-Unternehmen im Sektor GreenTech im Kanton Zürich besonders gefördert werden könnten. Insbesondere soll die Möglichkeit von Clusterbildungen im GreenTech-Bereich geprüft werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 24. November 2009 Bericht und Antrag auf Abschreibung erstattet (Vorlage 4746).

- 347/2008 **Regelmässige Publikation detaillierter Kennzahlen vor und nach der Eröffnung der Westumfahrung**
12. Dezember 2008 (Postulat Sabine Ziegler, Zürich, Michèle Bättig, Zürich, und Christoph Holenstein, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen in einem Bericht detaillierte Kennzahlen (wie Anteil Transit-, Lastwagen-, Ziel-, Quell-, und Binnenverkehr) zu den wichtigen Durchgangsverkehrsströmen im Gebiet der gesamten Westtangente zu erheben und öffentlich zu machen. Er soll weiterhin aufzeigen wie er beabsichtigt, ein fortlaufendes Controlling umzusetzen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 2. Dezember 2009 Bericht und Antrag auf Abschreibung erstattet (Vorlage 4648).
- 67/2009 **Finanzplatz Zürich muss in der Expertengruppe des Bundes vertreten sein**
20. April 2009 (Postulat Philipp Kutter, Wädenswil, Thomas Maier, Dübendorf, und Peter Ritschard, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Interessen des Finanzplatzes Zürich in der Expertengruppe des Bundesrates zur Zukunft des Finanzplatzes und des Bankgeheimnisses angemessen vertreten werden können.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 30. März 2010 Bericht und Antrag auf Abschreibung erstattet (Vorlage 4673).
- 160/2009 **Zuständigkeit Hauptverkehrsstrassen**
24. August 2009 (Postulat Hans Frei, Regensdorf, Lorenz Habicher, Zürich, und Hans Egli, Steinmaur). Der Regierungsrat wird eingeladen, die Oberaufsicht und Zuständigkeit über die Hauptverkehrsstrassen auf dem gesamten Kantonsgebiet herzustellen. Grundlage bildet der Kantonale Richtplan Verkehr, Kapitel 4.2. Strassenverkehr gemäss Beschluss des Kantonsrates vom 26. März 2007.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 30. März 2010 Bericht und Antrag auf Abschreibung erstattet (Vorlage 4674).
- 4696/2010 **Stau weg! Zur Einreichung einer Standesinitiative für einen effektiven und sicheren Verkehr im Kanton Zürich**
31. August 2009 (kantonale Volksinitiative). ABI 2009, 2313
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 19. Mai 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4696).
- 304/2009 **Keine frühzeitige Abklassierung der Schaffhauserstrasse**
30. November 2009 (Postulat Christian Mettler, Zürich, Nicole Barandun-Gross, Zürich, und Hans Egli, Steinmaur). Der Regierungsrat soll ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen, um die durch das Tiefbauamt der Stadt Zürich eingeleitete stellenweise Abklassierung der Schaffhauserstrasse in Zürich-Seebach so lange zu unterbinden, bis die Verlängerung der Birchstrasse gemäss kantonalem Verkehrsrichtplan realisiert ist.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 17. November 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4742).

365/2009 **Effizienzsteigerung der Zürcher Standortförderung und Standortpromotion**
18. Januar 2010 (Postulat Susanne Brunner, Zürich, Ralf Margreiter, Zürich, und Werner Bosshard, Rüm-
lang). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, welches Sparpotential eine rechtliche und organisato-
rische Umgestaltung der Institutionen und Akteure der Standortförderungsaktivitäten (insbesondere GZA
und kantonale Standortförderung) hätte. Der Bericht soll aufzeigen, wie die Effizienz und Effektivität der
Standortförderungsaktivitäten (Aktivitäten im Bereich der Wirtschafts- und Standortförderung, Standort-
promotion und Ansiedlungsberatung) damit beeinflusst würde. Die Umgestaltung könnte beispielsweise
eine vollständige Integration dieser Aktivitäten in die öffentliche Verwaltung oder eine vollständige Aus-
gliederung aus der Verwaltung bedeuten.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 22. Dezember 2010 Bericht und Antrag auf
Abschreibung erstattet (Vorlage 4754).

B. Bericht über Vollzug unerledigter Vorstösse

17/2007 **Mehr Raum und Sicherheit für den Fussverkehr in grossen Knoten des öffentlichen Verkehrs**
21. September 2009 (Postulat Willy Germann, Winterthur, und Sabine Ziegler, Zürich). Der Regierungsrat
wird eingeladen, auf Grund einer Schwachstellenanalyse aufzuzeigen, wo der Fussverkehr in den grössten
Knoten des öffentlichen Verkehrs verbessert werden kann. Dabei soll in Zusammenarbeit mit den Städten
und den Unternehmen des öffentlichen Verkehrs mehr Raum, Komfort und Sicherheit für Fussgängerinnen
und Fussgänger geschaffen werden. Das Umsteigen muss in den vorgesehenen Umsteigezeiten ohne Fuss-
gängerstaus gewährleistet werden können.

Massgebend soll das künftige Verkehrsaufkommen von Bahn und Feinverteiler in Spitzenzeiten sein
(Eröffnung Durchmesserlinie, Fahrplanverdichtung Winterthur u. a.).

Bericht und Antrag in Vorbereitung

142/2007 **Wirkungsvolle Lärmgebühren beim Flughafen Kloten**
26. Oktober 2009 (Postulat Priska Seiler Graf, Kloten, Robert Brunner, Steinmaur, und Willy Germann, Win-
terthur). Der Regierungsrat wird beauftragt, seinen Einfluss im Verwaltungsrat der Flughafen Zürich AG
(FZAG) geltend zu machen, indem er sich für folgende Punkte einsetzt:

1. Sofortige Anpassung der lärm- und zeitabhängigen Start- und Landegebühren, damit diese wieder ihre
ursprüngliche lenkende Wirkung erhalten.
2. Rollende Anpassung der Lärmklasseneinteilung:
Fortschritte bei der Lärmbekämpfung an der Quelle sollen finanziell attraktiv sein. Dabei gilt folgende Ziel-
vorgabe: Es müssen stets von mindestens 50% der Flugbewegungen Lärmgebühren erhoben werden.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 281/2007 **Massnahmen gegen die Verkehrsüberlastung im Knonauer Amt**
9. November 2009 (Postulat Hans Läubli, Affoltern a. A, Peter Weber, Wald, und Andreas Erdin, Dürnten). Der Regierungsrat wird aufgefordert:
- flankierende Massnahmen zu ergreifen, welche spätestens auf den Zeitpunkt der Eröffnung der A4 den Verkehr aus dem Aargau auf ein siedlungsverträgliches Mass beschränken;
 - aus Gründen der Verkehrssicherheit, zur Senkung einer übermässigen Umweltbelastung und zur Verbesserung des Verkehrsablaufs die Geschwindigkeit auf der Dorfstrasse in Obfelden, auf der Muristrasse in Bickwil und im Siedlungsgebiet von Ottenbach teilweise oder vollumfänglich auf Tempo 30 zu beschränken;
 - zusammen mit dem Kanton Aargau die Kapazitäten der Zufahrtsstrassen aus dem Kanton Aargau so zu beschränken, dass keine Ausbauten auf dem bestehenden Strassennetz notwendig sind;
 - den ÖV mit geeigneten Massnahmen zu priorisieren.
- Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 210/2008 **Einfahrt Aubrugg des Autobahnteilstückes N1.4.4**
8. Februar 2010 (Beat Badertscher, Zürich, Silvia Steiner, Zürich, und Hansueli Züllig, Zürich). Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass die Einfahrt Aubrugg zusammen mit der Realisation der Einhausung des Autobahnteilstückes N1.4.4 Schwamendingen nicht geschlossen wird.
- Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 240/2008 **Bessere Zusammenarbeit von RAV und Sozialhilfe**
8. Februar 2010 (Andreas Burger, Urdorf, Regine Sauter, Zürich, und Ornella Ferro, Uster, sowie Mitunterzeichnende). Der Regierungsrat wird gebeten, zur Verbesserung der Situation der Langzeitarbeitslosen im Kanton Zürich auf eine engere Zusammenarbeit des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA) und des Kantonalen Sozialamtes hinzuwirken, die regionalen Arbeitsvermittlungszentren vermehrt auf die Bedürfnisse der Sozialhilfe auszurichten und die Gemeinden in eine Strategie miteinzubeziehen sowie diese laufend und umfassend zu informieren.
- Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 385/2009 **Kanalisation des Schwerverkehrs auf der A4 bei der Wiedereröffnung der vierspurigen Autobahn**
8. Februar 2010 (Martin Farner, Oberstammheim, Markus Späth-Walter, Feuerthalen, und Michèle Bättig, Zürich). Der Regierungsrat wird aufgefordert, zusammen mit den Nachbarkantonen Schaffhausen und Thurgau dafür zu sorgen, dass der Schwerverkehr aus Richtung Singen/Ramsen nach der Neueröffnung der A4 mit geeigneten, wirksamen Massnahmen auf der vierspurigen Schnellstrasse kanalisiert wird. Die Gemeinden im Zürcher Weinland müssen durch die sanierte und erweiterte A4 dauerhaft vom LKW-Transitverkehr insbesondere aus dem süddeutschen Raum entlastet werden.
- Bericht und Antrag in Vorbereitung

320/2009

Behördeninitiative

1. März 2010 (Gemeinderat der Stadt Zürich) betreffend Schaffung eines neuen Tarifangebots «Zoo/ZVV Kombiticket»

Antrag:

Im Zusammenhang mit der Infrastrukturerweiterung des Zoos Zürich ist ein neues Tarifangebot in Form eines attraktiven Zoo/ZVV-Kombitickets für Einzelpersonen sowie für Familien zu schaffen.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

Für freie Ladenöffnungszeiten

25. Mai 2010 (Volksinitiative). ABI 2010, 1819

Bericht und Antrag in Vorbereitung

270/2010

Änderung Verordnung zum Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz

1. November 2010 (Postulat Gabriela Winkler, Oberglatt, und Arnold Suter, Kilchberg). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, die Verordnung zum Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz vom 26. November 2003 unverzüglich dahingehend zu ändern, dass

- a) § 3 Absatz 2 der Verordnung gestrichen wird, und
- b) § 3 Absatz 1 Buchstabe e wie folgt lautet: «Kleinläden mit einer Verkaufsfläche von höchstens 200m²».

Bericht und Antrag in Vorbereitung

Gesundheitsdirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 266/2007 **Einheitliches patientenorientiertes Qualitätssystem für die Listenspitäler des Kantons Zürich sowie Veröffentlichung der Ergebnisqualität**
17. Dezember 2007 (Postulat Oskar Denzler, Winterthur, Theresia Weber-Gachnang, Uetikon a.S., und Regine Sauter, Zürich). Der Regierungsrat wird gebeten, in den Spitälern und Kliniken der kantonalen Spitalliste ein einheitliches, einfaches und patientenorientiertes Qualitätssicherungssystem zur Verbesserung der Transparenz und der Wettbewerbsfähigkeit einzuführen. Die daraus ergebende Ergebnisqualität ist der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 9. Dezember 2009 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4656).
- 4710/2009 **Tragbare Krankenkassenprämien für alle**
20. November 2009 (Volksinitiative). ABI 2010, 230
Der gültige Teil der Initiative wird dem Stimmvolk voraussichtlich im Mai 2011 zur Abstimmung unterbreitet.
- 202/2006 **Abgabe von Psychopharmaka in Kinder- und Jugendlichentherapien**
30. Juni 2008 (Postulat Silvia Seiz-Gut, Zürich, Gabriela Winkler, Oberglatt, und Heidi Bucher-Steinegger, Zürich). Der Regierungsrat wird gebeten, zu erheben, wie sich im Zeitraum der letzten fünf Jahre die Diagnosestellung und Behandlung psychischer Störungen unter Verwendung von Psychopharmaka entwickelt hat. Für die Dauer von vorerst drei weiteren Jahren ist eine systematische Beobachtung (Monitoring) der Behandlung psychischer Störungen im Kindes- und Jugendlichenalter einzurichten. Mit dem Monitoring soll die weitere Entwicklung dokumentiert werden. Es ist zu prüfen, ob der Anstieg der verschriebenen Psychopharmaka zu Lasten von anderen therapeutischen Massnahmen erfolgt ist und falls ja, aus welchen Gründen. Es ist das Alter der Kinder und Jugendlichen, die Diagnose sowie die Dauer der Behandlung mit Psychopharmaka und deren Erfolg zu erfassen, als auch zu dokumentieren welche weiteren begleitenden Massnahmen ergriffen wurden zu einer umfassenden Therapie. Die Ergebnisse der systematischen Beobachtung sind jährlich zu publizieren. Je nach Ergebnis ist das Monitoring für einen weiteren begrenzten Zeitraum weiterzuführen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 2. Juni 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4701).
- 265/2006 **Qualitätsüberprüfung für die medizinische, pflegerische und therapeutische Leistung in der Psychiatrie**
30. Juni 2008. 30. Juni 2008 (Postulat Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, und Cécile Krebs, Winterthur). Der Regierungsrat wird gebeten, eine kreditschaffende Vorlage zu präsentieren, welche Mittel zur Verfügung stellt, um die Qualität der medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Leistungen in Psychiatrischen Kliniken und den ambulanten psychiatrischen Versorgungsnetzen systematisch zu erfassen. Die Ergebnisse sind zu veröffentlichen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 23. Juni 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4709).

34/2009 **Schaffung einer Meldestelle für Impfschäden und Schadenersatz gemäss Vollkostenrechnung**
23. März 2009 (Postulat Urs Hans, Turbenthal, Michael Welz, Oberembrach, und Hans Egli, Steinmaur). Der Regierungsrat wird eingeladen, eine vom Veterinäramt unabhängige Meldestelle für Schäden der letztjährigen Blauzungenzwangsimpfung einzurichten. Diese ist paritätisch zu besetzen aus Vertretern der Tierhalter und Tierärzten. Die Schäden sind gemäss standardisierter Vollkostenrechnung den Tierhaltern zu entgelten.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 10. März 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4668).

57/2009 **Schaffung von Lehrstellen für Fachangestellte Gesundheit (FaGe)**
11. Mai 2009 (Postulat Susanna Rusca Speck, Zürich, und Ruth Frei, Gibswil). Der Regierungsrat wird aufgefordert, gestützt auf das Gesundheitsgesetz vom 2. April 2007, § 21 und § 22, Spitäler, Kliniken, Heime und Spitexorganisationen zu verpflichten, umgehend genügend Lehrstellen zu schaffen. Es sind auch alternative Wege zu prüfen, welche zum eidg. Fähigkeitsausweis (EFZ) führen können.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 28. April 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4692).

B. Bericht über Vollzug unerledigter Vorstösse

55/2007 **Änderung Tierseuchengesetz**
22. September 2008 (Motion Hansjörg Schmid, Dinhard, und Mitunterzeichnende). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Tierseuchengesetz dahingehend anzupassen, dass die Kosten neuer Tierseuchen wie der Vogelgrippe nicht den Tierseuchenfonds zusätzlich belasten.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

38/2009 **Überprüfung der spezialisierten Spitex-Versorgung im Kanton Zürich**
4. Mai 2009 (Postulat Erika Ziltener, Zürich, Susanne Bernasconi-Aeppli, Zürich, und Heidi Bucher-Steinegger, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, Bericht darüber zu erstatten, ob und wie die Gemeinden den Versorgungsauftrag der spezialisierten Spitex-Versorgung wie palliative care, Kinderspitex usw. für die Bewohnerinnen und Bewohner im Kanton Zürich wahrnehmen, wie er der Bevölkerung mit dem NFA und den entsprechenden Verordnung und Richtlinien zugesprochen wurde. Zudem sollen im Falle von Umsetzungsproblemen bei den Gemeinden und Qualitätsmängeln umfassende Massnahmen zu deren Behebung aufgezeigt werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

107/2009 **Strategie gegen Ärztemangel und zur Förderung der Hausarztmedizin**
29. Juni 2009 (Postulat Barbara Bussmann, Volketswil, Erika Ziltener, Zürich, und Markus Späth-Walter, Feuerthalen). Der Regierungsrat wird eingeladen, in Zusammenarbeit mit der Universität und den zuständigen Fachorganisationen eine Strategie auszuarbeiten und dem Kantonsrat vorzulegen, mit der ein Ärztemangel im Kanton Zürich verhindert und die Hausarztmedizin gefördert werden kann. Dabei sollen insbesondere die Förderung von Gemeinschaftspraxen und neuen Arbeitsmodellen, die Regelung der Notfalldienste sowie die Möglichkeit von E-Health thematisiert werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

186/2009 Einführung von Diagnosis Related Groups (DRG)

15. Februar 2010 (Postulat Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, Barbara Bussmann, Volketswil, und Hans Fahrni, Winterthur). Der Regierungsrat wird aufgefordert, in einer umfassenden Analyse über die geplante Einführung und die möglichen Folgen von DRG zu berichten. Dabei sind auch die Wechselwirkungen von DRG und Spitalplanung aufzuzeigen. Es ist ein Qualitätssicherungskonzept für die Einführung von DRG zu erarbeiten (z. B. Verhinderung von zu frühen Patiententlassungen, Ausbau von Rehabilitationsabteilungen und Spitex, Schutz des Personals vor Lohndruck, usw.), zu umsetzen und dessen Wirksamkeit zu überprüfen. Zudem bitten wir den Regierungsrat, über den Stand der Begleitforschung des Instituts für Biomedizinische Ethik der Universität Zürich zu informieren.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

Bildungsdirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 175/2005 **Einführung einer Bewilligungs- und Aufsichtspflicht für private Vermittlung von Pflegekindern**
24. April 2006 (Motion Cécile Krebs, Winterthur, Lucius Dürr, Zürich, und Katharina Prelicz-Huber, Zürich). Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Bewilligungs- und Aufsichtspflicht für die Vermittlung von Pflegekindern (Tages-, Wochen- und Dauerpflege) durch private Institutionen und Einzelpersonen gesetzlich festzulegen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 15. April 2009 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4596).
- 365/2005 **Grundlagen zum Anbieterprofil und zum Nachfrageverhalten in der Weiterbildung**
25. August 2008 (Postulat Elisabeth Derisiotis-Scherrer, Zollikon, und Susanna Rusca Speck, Zürich). Der Regierungsrat wird gebeten Kriterien festzulegen, nach denen eine Erhebung der Anbieter von Weiterbildung im Kanton Zürich durchzuführen ist. Die Auswertung der Ergebnisse soll mit dem Nachfrageverhalten verglichen und darüber Bericht erstattet werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 25. August 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4719).
- 147/2008 **Alimentenbevorschussung**
25. August 2008 (Motion Hans Peter Häring, Wettswil a. A., Johannes Zollinger, Wädenswil, und Lorenz Schmid, Männedorf). Der Regierungsrat wird eingeladen, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Alimentenbevorschussung auf den Stand der Konkordatskantone angehoben wird. Gleichzeitig sollen die Einkommens- und Vermögensfreigrenzen erhöht werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 16. Dezember 2009 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4657).
- 358/2006 **Schulkapitel in der unterrichtsfreien Arbeitszeit**
17. November 2008 (Motion Claudio Schmid, Bülach, Katharina Kull-Benz, Zollikon, und Esther Guyer, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Volksschulgesetz anzupassen, sodass künftig die Kapitelversammlungen nicht mehr in der Unterrichtszeit stattfinden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 7. Dezember 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4752).
- 4669/2008 **Ja zur Mundart im Kindergarten**
24. November 2008 (Volksinitiative). ABI 2009, 141
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 10. März 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4669).
- 348/2008 **Unterstützung für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen**
26. Januar 2009 (Postulat Walter Schoch, Bauma, Johannes Zollinger, Wädenswil, und Stefan Dollenmeier, Rüti). Der Regierungsrat wird gebeten, dem Kantonsrat ein Modell zu unterbreiten, wie Eltern, welche die Betreuung ihrer vorschulpflichtigen Kinder selbst organisieren, unterstützt werden können.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 24. November 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4747).

- 383/2006 **Absenzeneintrag im Zeugnis**
 6. April 2009 (Postulat Thomas Ziegler, Elgg, Hanspeter Amstutz, Fehraltorf, und Peter Reinhard, Kloten). Wir bitten den Regierungsrat, dafür zu sorgen, dass in der Volksschule die Absenzen wieder ins Zeugnis eingetragen werden.
 Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 6. Oktober 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4731).
- 385/2006 **Unterstützung von Handyverboten an geleiteten Volksschulen durch die Bildungsdirektion**
 20. April 2009 (Postulat Gerhard Fischer, Bäretswil, Johannes Zollinger, Wädenswil, und Thomas Ziegler, Elgg). Der Regierungsrat wird gebeten, den geleiteten Volksschulen, die ein Handyverbot oder einschränkende Regelungen im Zusammenhang mit Mobiltelefonen erlassen möchten, die nötige Rückendeckung durch die Bildungsdirektion zu gewähren.
 Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 6. Oktober 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4733).
- 230/2009 **Berufsauftrag für Schulleitende**
 28. September 2009 (Postulat Matthias Hauser, Hüntwangen, Brigitta Johner-Gähwiler, Urdorf, und Corinne Thomet-Bürki, Kloten). Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen wie, gleichartig zu den Lehrpersonen, ein Berufsauftrag auch für Schulleitende erstellt werden kann, damit deren Aufgaben gemäss § 44 Abs. 2 VSG zur Erfüllung einer vollen Anstellung definiert sind. Dabei soll ein gewisser Handlungsspielraum der anstellenden Schulgemeinden nicht beschränkt werden. Die Kostenfolgen eines solchen Berufsauftrages sind ebenfalls aufzuzeigen.
 Diese Vorlage kommt im Mai 2011 zur Volksabstimmung.
-
- B. Bericht über Vollzug unerledigter Vorstösse**
- 336/2006 **Kantonale Anstellung für alle Lehrpersonen**
 17. November 2008 (Motion Karin Maeder-Zuberbühler, Rüti, Esther Guyer, Zürich, und Claudio Schmid, Bülach). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Lehrpersonalgesetz vom 10. Mai 1999 anzupassen, sodass künftig alle Lehrpersonen der Volksschule kantonal angestellt sind, die Lektionen gemäss Lektionentafel unterrichten und eine Zulassung gemäss den kantonalen Vorgaben haben. Auf ein Mindestpensum für eine kantonale Anstellung ist zu verzichten.
 Prüfung
- 401/2006 **Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen an der Primarstufe**
 20. April 2009 (Postulat Julia Gerber Rüegg, Wädenswil, Katrin Susanne Meier, Zürich, und Marcel Burlet, Regensdorf). Der Regierungsrat wird gebeten, die Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen an der 1.–3. Klasse der Primarstufe der Unterrichtsverpflichtung der übrigen Lehrpersonen der Primarstufe und der Sekundarstufe I anzupassen und auf 28 Wochenlektionen zu senken.
 Prüfung

- 62/2007 **Gestalten und Kunst an der Sekundarstufe I**
 8. Juni 2009 (Postulat Katrin Susanne Meier, Zürich, Susanna Rusca Speck, Zürich, und Katrin Jaggi, Zürich). Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, in welcher Form an der Sekundarstufe I der Volksschule ein Fach «Gestalten und Kunst» entwickelt werden kann, welches die bisherigen drei Fächer Werken, Werken Textil und Bildnerisches Gestalten zusammenfasst und ersetzt.
Prüfung
- 70/2007 **Organisation der öffentlichen Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung**
 8. Juni 2009 (Motion Werner Scherrer, Bülach, Martin Arnold, Oberrieden, und Lorenz Schmid, Männedorf). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Berufsberatung aus dem Jugendhilfegesetz streicht. Gleichzeitig wird im neuen Einführungsgesetz (nEG) zum Berufsbildungsgesetz die Berufsberatung so geregelt, dass diese organisatorisch und fachlich dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) unterstellt wird.
Prüfung
- 253/2007 **Verbindliche Umweltbildung in der Volksschule**
 24. August 2009 (Postulat Susanne Rihs-Lanz, Glattfelden, Lisette Müller-Jaag, Knonau, und Patrick Hächler, Gossau). Der Regierungsrat wird eingeladen, Massnahmen in die Wege zu leiten, damit die Umweltbildung mit verbindlichen Zielen für alle Stufen der Volksschule entweder als Teil des Faches Mensch und Umwelt, eingebettet in andern Fächern (immersiv) oder in Projektwochen geregelt wird.
Prüfung
- 390/2009 **Änderung der Stipendienverordnung**
 1. März 2010 (Postulat Susanna Rusca Speck, Zürich, Kurt Leuch, Oberengstringen, Susanne Rihs-Lanz, Glattfelden). Der Regierungsrat wird beauftragt, die Bemessungsansätze im Anhang der Stipendienverordnung dahingehend anzupassen, dass die Anzahl der Bezügerinnen und Bezüger von Stipendien auf den schweizerischen Durchschnitt angehoben werden kann.
Prüfung
- 318/2007 **Zweijährige Grundbildung mit Berufsattest EBA**
 8. März 2010 (Susanna Rusca Speck, Zürich, Markus Späth-Walter, Feuerthalen, und Karin Maeder-Zuberbühler, Rüti). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie er die Grundbildung mit Attest im Kanton Zürich gezielt fördern will.
 Insbesondere bitten wir zu prüfen,
 – wie das neue Ausbildungsgefäss bei allen Beteiligten (Oberstufenschülerinnen und -schüler, Eltern, Lehrkräfte der Oberstufe, Verbände, potentielle Ausbildungsbetriebe) besser bekannt gemacht werden kann;
 – wie die höhere Betreuungsintensität der EBA-Klassen bei der Festlegung der Klassengrösse an den Berufsschulen berücksichtigt werden kann;
 – wie zusätzliche Ausbildungsbetriebe gewonnen werden könnten;
 – welche Abteilungen der Verwaltung zusätzliche EBA-Ausbildungsplätze bereitstellen könnten;
 – welche selbstständigen Betriebe des Kantons für die Ausbildung EBA gewonnen werden könnten;
 – wie an Stelle der Anlehren in jenen Bereichen, für welche keine EBA-Ausbildung vorgesehen ist, Ausbildungsplätze für schwächere Schulabgängerinnen und Schulabgänger angeboten werden könnten.
Prüfung

- 4711/2010 **prima-Initiative; Weiterentw. Kindergartenstufe**
15. März 2010 (Volksinitiative). ABI 2010, 984
Prüfung
- 388/2009 **Mehr Aus- und Weiterbildungen unterstützen (Stipendienreform III)**
29. März 2010 (Motion Lorenz Schmid, Männedorf, Susanna Rusca Speck, Zürich, Johannes Zollinger, Wädenswil). Der Regierungsrat wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen für die Ausrichtung von Stipendien an Personen, die eine Ausbildung absolvieren, die auf einen kantonal oder eidgenössisch anerkannten Abschluss vorbereitet.
Prüfung
- 389/2009 **Aus- und Weiterbildungsoffensive (Stipendienreform IV)**
29. März 2010 (Postulat Jean-Philippe Pinto, Volketswil, Josef Wiederkehr, Dietikon, Lorenz Schmid, Männedorf). Der Regierungsrat wird aufgefordert, das Bildungsgesetz vom 1. Juli 2002 (OS 410.1) und die Stipendienverordnung vom 15. September 2004 (OS 416.1) dahingehend zu ändern, dass zukünftig die Ausrichtung von Beiträgen ohne Rückzahlungsverpflichtung (Stipendien) und von Beiträgen mit Rückzahlungsverpflichtung (Darlehen) vermehrt und mit einer grösseren Flexibilität ausgerichtet werden.
Insbesondere sollen:
a) der Anteil von Darlehen gegenüber Stipendien allgemein gesteigert werden;
b) Darlehen für die Ausbildung und Weiterbildung auf der Tertiärstufe ausgerichtet werden können;
c) Darlehen für die Weiterbildung auf der Sekundarstufe II ausgerichtet werden können;
d) Darlehen für die weiterführende Berufsbildung ausgerichtet werden können;
e) Darlehen in Ergänzung zu Stipendien ausgerichtet werden können;
f) die Bemessungsgrundlagen für Stipendien und Darlehen angepasst, d. h. abgestuft werden.
Dabei ist die Ausrichtung und Bewirtschaftung der Darlehen durch die Zürcher Kantonalbank zu prüfen.
Prüfung
- 391/2009 **Validierung von Bildungsleistungen auf Tertiärstufe B im Gesundheitsbereich**
29. März 2010 (Postulat Susanna Rusca Speck, Zürich, Ruth Frei, Gibswil, Gabriela Winkler, Oberglatt). Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie das Validierungsverfahren auf Tertiärstufe B für Gesundheitsberufe entwickelt und umgesetzt werden kann.
Prüfung
- 395/2009 **Neue Beitragsfinanzierungsmodelle für die Hochschulen – Neuordnung der Studienfinanzierung mit einer stärkeren Beteiligung der Studierenden**
29. März 2010 (Postulat Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, Philipp Kutter, Wädenswil, und Thomas Maier, Dübendorf). Der Regierungsrat wird eingeladen, verschiedene Modelle der finanziellen Beteiligung der Studierenden an ihrer eigenen tertiären Ausbildung («Investition in sich selbst») zu prüfen, die jeweiligen Konsequenzen aufzuzeigen und dem Kantonsrat hierüber Bericht zu erstatten. Besonderes Augenmerk ist dabei auf ein neues Darlehenssystem sowie die Verbesserung des Stipendienwesens zu richten.
Prüfung

- 3/2010 **Richtlinien für Schülerinnen und Schüler aus andern Religionen und Kulturen**
 29. März 2010 (Postulat Ruth Kleiber, Winterthur, und Jean-Philippe Pinto, Volketswil). Wir ersuchen den Regierungsrat, die Richtlinien «Muslimische Schülerinnen und Schüler an der Volksschule» vom 9. September 2009 zu Richtlinien für «Schülerinnen und Schüler aus andern Religionen und Kulturen» so zu überarbeiten, dass zum Beispiel hohe Feiertage wie Weihnachten mit ihren Liedern und Gebräuchen, die auch für nicht religiöse Schweizerinnen und Schweizer grosse Bedeutung haben, ohne jede Einschränkung oder falsche Rücksichtnahme auf Andersgläubige durchgeführt werden sollen.
 Schülerinnen und Schüler aus andern Religionen und Kulturen sollen auf begründetes schriftliches Gesuch hin auch nur passiv an unseren kulturellen und christlich geprägten Bräuchen und Festen teilnehmen können.
Prüfung
- 42/2010 **Erhöhung der Studiengebühren für Studentinnen und Studenten mit einem ausländischen Reifezeugnis sowie Doktorandinnen und Doktoranden mit einem ausländischen Studienabschluss**
 19. April 2010 (Postulat Matthias Hauser, Hüntwangen, Hans Frei, Watt-Regensdorf, Walter Isliker, Zürich). Der Regierungsrat soll die Studiengebühren für ausländische Studierende an der Universität Zürich oder der Zürcher Fachhochschulen in derjenigen Höhe festlegen, dass dadurch die Kosten des Studienplatzes mindestens zu einem gleich hohen Grad gedeckt sind, wie dies durch die Interkantonale Universitätsvereinbarung (IUV) für Studierende aus anderen Kantonen der Fall ist.
 Die Studiengebühren für ausländische Studierende haben sich zudem – je nach Fakultät – an den tatsächlichen Kosten eines Studienplatzes zu orientieren.
Prüfung
- 43/2010 **Erhöhung der Studiengebühren und restriktive Gewährung von Stipendien für Studierende aus dem Ausland**
 19. April 2010 (Postulat Jean-Philippe Pinto, Volketswil, Josef Wiederkehr, Dietikon, und Silvia Steiner, Zürich). Der Regierungsrat wird aufgefordert, für das Grundstudium unterschiedlich hohe Studiengebühren für Studierende aus dem In- und Ausland an der Universität und den Fachhochschulen zu erlassen resp. diese anzupassen. Studierende aus dem Ausland an der Universität und den Fachhochschulen sollen substantiell höhere Studiengebühren als Inländer bezahlen, um einen Beitrag an die stetig steigenden Ausbildungskosten zu leisten, die durch öffentliche Gelder finanziert werden. Zusätzlich soll die Gewährung von Stipendien an Studierende aus dem Ausland restriktiver gehandhabt werden.
Prüfung
- Ja! Freie Schulwahl für alle ab der 4. Klasse!**
 14. Juli 2010 (Volksinitiative). ABI 2010, 1930
Volksinitiative
- 122/2010 **Überprüfung der Lehrerbildung im Hinblick auf die Bedürfnisse der Schulpraxis**
 30. August 2010 (Postulat Kurt Leuch, Oberengstringen, und Johannes Zollinger, Wädenswil). Der Regierungsrat wird eingeladen, die Effizienz der Lehrerbildung im Hinblick auf die Bedürfnisse der Schulpraxis einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Mit der Evaluation soll ein unabhängiges wissenschaftliches Team beauftragt werden.
Prüfung

132/2010 [Lehrgang für Quereinsteiger in den Lehrberuf](#)
30. August 2010 (Postulat Walter Schoch, Bauma, Corinne Thomet-Bürki, Kloten, und Thomas Wirth, Hombrechtikon). Der Regierungsrat wird ersucht, für geeignete Personen mit Hochschulabschluss den Einstieg in den Lehrberuf an der Volksschule zu erleichtern und an der PHZH einen Lehrgang einzurichten, der es Quereinsteigern erlaubt, sich nach einer kürzeren Intensivausbildung die notwendigen Kenntnisse berufsbegleitend anzueignen.

Prüfung

202/2010 [Berufsschule: wirksame Massnahmen gegen Lehrermangel](#)
27. September 2010 (Postulat Josef Wiederkehr, Dietikon, Samuel Ramseyer, Niederglatt, und Corinne Thomet-Bürki, Kloten). Der Regierungsrat wird ersucht, auf den Mangel an Berufsschullehrern zu reagieren und wirksame Massnahmen zu ergreifen. Motivierte, qualifizierte Interessierte, die sich zum Lehrer ausbilden möchten, sollen daher vereinfachte Zulassungsbedingungen vorfinden. Der Kanton Zürich soll zudem im Vergleich zu anderen Kantonen bezüglich Lohnniveau attraktiv und konkurrenzfähig werden. So sollen nicht nur Diplome entscheidend sein, um an Berufsschulen zu unterrichten, sondern auch die Erfahrung und Fähigkeit der Lehrpersonen auf Lehrlinge einzugehen und sie zum Lernen zu motivieren.

Prüfung

254/2010 **Der Sache auf den Grund gehen – Ursachen für und langfristige Massnahmen gegen den Lehrpersonenmangel**

1. November 2010 (Postulat Markus Späth-Walter, Feuerthalen, Claudia Gambacciani, Zürich, und Corinne Thomet-Bürki, Kloten). Der Regierungsrat wird beauftragt, die Ursachen des massiven Lehrpersonenmangels auf den verschiedenen Schulstufen zu untersuchen und in einem Bericht darzulegen, wie die für die Zukunft der Zürcher Schulen bedrohlichen Entwicklungen auf dem Lehrpersonenmarkt mittel- und langfristig korrigiert werden können.

Dabei sind im Bereich der Ursachenergründung insbesondere folgende Teilgesichtspunkte zu klären:

1. die Entwicklung des Bedarfs an Lehrpersonen auf den verschiedenen Schulstufen in den nächsten 10 Jahren unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Prognosen der Schülerzahlen und der Zahl der Pensionierungen;
2. die Entwicklung der Studierendenzahlen an den Lehrerbildungsinstitutionen im Kanton Zürich und in den umliegenden Kantonen seit der Gründung der pädagogischen Hochschulen;
3. Die Zusammenhänge zwischen der neu strukturierten Ausbildung und der Attraktivität der Lehrerberufe;
4. die tatsächliche Verweildauer der Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger im Beruf und deren Auswirkungen auf die Nachfrage nach Lehrpersonen;
5. die Belastung der Lehrpersonen durch eine teilweise noch wenig effiziente Kompetenzverteilung zwischen Schulbehörden und Schulleitungen;
6. die Entwicklung der Klassengrössen;
7. die tatsächliche Entlohnung und die Lohnperspektiven der Zürcher Lehrpersonen im Vergleich mit den in den Nachbarkantonen und in der Deutschschweiz bezahlten Löhnen, unter besonderer Berücksichtigung der Situation bei den Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger.

Im Bereich der Massnahmen gegen den Lehrermangel erwarten wir vom Regierungsrat nicht in erster Linie kurzfristige Vorschläge, sondern ein Konzept mittel- und langfristiger Massnahmen und Vorschläge,

- wie die pädagogischen Berufe wieder attraktiver gemacht werden können;
- wie die Konkurrenzfähigkeit des Kantons auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden kann;
- wie die Zahl der PHZH-Absolventinnen und Absolventen deutlich erhöht werden kann, ohne die Qualität der Ausbildung in Frage zu stellen.

Prüfung

146/2008 **Probezeit auch für Lehrpersonen der Volksschule**

15. November 2010 (Postulat Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, Katharina Kull-Benz, Zollikon, und Werner Scherrer, Bülach). Der Regierungsrat wird ersucht, § 7 Abs. 3 des Lehrpersonalgesetzes zu streichen. Damit gilt die Regelung von § 14 des Personalgesetzes auch für Lehrpersonen der Volksschule, was bedeutet, dass in Zukunft auch bei der Anstellung einer Lehrperson in einer Gemeinde eine Probezeit von drei Monaten gilt und während dieser Zeit das Arbeitsverhältnis gegenseitig mit einer siebentägigen Kündigungsfrist aufgelöst werden kann.

Prüfung

- 181/2008 **Aufwertung der Funktion der Lehrpersonen mit Klassenführungsverantwortung**
15. November 2010 (Postulat Johannes Zollinger, Wädenswil, Markus Späth-Walter, Feuerthalen, und Samuel Ramseyer, Niederglatt). Der Regierungsrat wird gebeten, die Funktion der Lehrpersonen mit Klassenführungsverantwortung aufzuwerten.
Für jede Klasse ist eine Lehrperson als Klassenlehrkraft verantwortlich zu erklären. Wer die Klassenverantwortung für eine Klasse in Kindergarten, Primarschule oder Oberstufe (einschliesslich Kleinklassen) sowie an den Mittel- und Berufsschulen trägt, hat Anspruch auf eine Klassenlehrpersonen-Zulage (z. B. Einreihung in der Jahrestufe) und wird an der Volksschule mit zwei Wochenlektionen, an der Mittel- und Berufsschule mit einer Wochenlektion entlastet.
Die Klassenverantwortung wird von einer Lehrperson allein oder von zwei Lehrpersonen im Job-Sharing gemeinsam wahrgenommen werden.
Prüfung
- 249/2010 **Schaffung einer kantonalen Rechtsgrundlage für das Verfahren der öffentlichen Ausschreibungen im Bildungswesen**
29. November 2010 (Postulat Elisabeth Derisiotis-Scherrer, Zollikon, Dieter Kläy, Winterthur, und Ralf Margreiter, Zürich). Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie kantonale Rechtsgrundlagen für Klarheit bei der öffentlichen Ausschreibung (Submission) bzw. bei der Vergabe von Aufträgen im Bildungswesen geschaffen werden können.
Prüfung

Baudirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 278/2006 **Einzelinitiative**
betreffend Einführung der individuellen Heizkostenabrechnung
Auf dem Gebiet des Kantons Zürich ist in allen Liegenschaften mit vier oder mehr Mietobjekten die individuelle Heizkostenabrechnung einzuführen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 17. September 2008 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4547).
- 338/2007 **Behördeninitiative**
betreffend energetische Anforderungen an Bauten und Anlagen
10. März 2008 Antrag:
1 Bauten und Anlagen haben folgende energetischen Anforderungen zu erfüllen:
– Neubauten: Zielwerte der Norm SIA 380/1 (Ausgabe 2007)
– Umbauten und Umnutzungen:
– Einzelbauteilanforderungen: Zielwerte gemäss Norm SIA 380/1 (Ausgabe 2007)
– Systemanforderungen: 60% der Grenzwerte für Umbauten und Umnutzungen gemäss SIA 380/1 (Ausgabe 2007)
2 Der Höchstanteil nicht erneuerbarer Energien gemäss § 10a Energiegesetz, § 47a BBV I und Wärmedämmvorschriften wird von 80% auf 50% reduziert. Die Standardlösungen gemäss Abschnitt 11, Teil 2 D der kantonalen Wärmedämmvorschriften sind entsprechend anzupassen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 12. August 2009 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4619).
- 298/2004 **Beschwerdelegitimation der Verbände**
24. Oktober 2005 (Motion Dr. Thomas Heiniger, Adliswil, Carmen Walker Späh, Zürich, und Martin Mossdorf, Bülach). Das Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht des Kantons Zürich vom 7. September 1975 (PBG) ist wie folgt neu zu fassen:
§ 338a PBG ist insoweit abzuändern, dass die Rechtsmittellegitimation nur noch Vereinigungen zukommt, welchen gemäss Bundesrecht die Beschwerdeberechtigung zusteht.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 22. Oktober 2008 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4554).
- 157/2005 **Augen auf beim Holzkauf (nur FSC-zertifiziertes Holz zulassen)**
18. Dezember 2006 (Postulat Marcel Burlet, Regensdorf, Jacqueline Gübeli, Horgen, und André Bürgi, Bülach). Der Regierungsrat wird ersucht zu prüfen, wie im Kanton Zürich in allen staatlichen Betrieben und bei Aufträgen der öffentlichen Hand nur noch zertifiziertes, so genanntes FSC-Holz verwendet werden darf.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 9. Dezember 2008 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4573).

- 148/2005 **Deckung des Energiebedarfs kantonalen Liegenschaften mit erneuerbaren Energien nach einer Gesamtrenovation, einem umfassenden Umbau oder nach einer Neuerstellung**
17. Dezember 2007 (Motion Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, Lucius Dürr, Zürich, und Ueli Keller, Zürich). Der Regierungsrat wird gebeten, eine Gesetzesvorlage zu präsentieren, auf Grund derer der Energiebedarf bei sämtlichen dem Kanton gehörenden und von ihm genutzten Liegenschaften im Rahmen einer vom Kanton zu bezahlenden anstehenden Gesamtrenovation, eines umfassenden Umbaus oder nach einer Neuerstellung, der Energiebedarf (Heizung, Klima, Warmwasser, Elektrizität usw.) vollumfänglich durch erneuerbare Energie zu decken ist. Sämtliche dem Kantonsrat zur Genehmigung vorzulegenden Beschlüsse, die eine Gesamtrenovation, einen Um- oder Neubau kantonalen oder vom Kanton genutzter Liegenschaften zum Ziel haben, umfassen den Nachweis einer nachhaltigen Energieverwendung.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 15. Dezember 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4753).
- 185/2006 **Klimaneutrale Verwaltungstätigkeit innert 15 Jahren**
17. Dezember 2007 (Postulat Eva Torp, Hedingen, Susanne Rihs-Lanz, Glattfelden, und Patrick Hächler, Gossau). Der Regierungsrat wird beauftragt, die Verwaltungstätigkeit so zu organisieren, dass sie innert 15 Jahren klimaneutral ausgeführt wird. Der gesamte CO₂- und Treibhausgasausstoss der Verwaltungseinheiten sowie der öffentlichen Institutionen mit Leistungsauftrag ist bis zum Jahr 2021 abzubauen, bzw. durch kompensierende Massnahmen wett zu machen.
Bei der Umsetzung der Massnahmen soll möglichst das lokale Gewerbe berücksichtigt werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 9. Dezember 2009 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4652).
- 67/2007 **100% Ökostrombezug durch den Kanton Zürich**
17. Dezember 2007 (Postulat Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, Susanne Rihs-Lanz, Glattfelden, und Esther Hildebrand, Illnau-Effretikon). Der Regierungsrat wird aufgefordert, 100% des Strombezugs der kantonalen Verwaltung, der kantonalen öffentlichrechtlichen Anstalten und der öffentlichen Beleuchtung mit Ökostrom des Labels Naturemade-Star zu decken.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 9. Dezember 2009 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4651).
- 325/2007 **Einrichtung eines Frühwarnsystems bei Hochwassergefahr**
25. Februar 2008 (Motion Monika Spring, Zürich, und Sabine Ziegler, Zürich). Der Regierungsrat wird beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen ein Frühwarnsystem für Hochwasser und andere Naturgefahren einzurichten. Dazu ist ein umfassendes Monitoring und ein flächendeckendes Überwachungssystem aufzubauen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 20. Januar 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4662).

- 355/2007 **Abbau von Hürden für umweltgerechtes Bauen**
31. März 2008 (Motion Carmen Walker Späh, Zürich, Gabriela Winkler, Oberglatt, und Antoine Berger, Kilchberg). Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche umweltgerechtes Bauen durch den Abbau unnötiger Hürden im Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht des Kantons Zürich vom 7. September 1975 (PBG) einschliesslich dazugehörigen Verordnungen erleichtert.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 24. März 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4670).
- 355/2006 **Umwelt- und klimaverträgliche Energieversorgung**
19. Mai 2008 (Motion Ueli Keller, Zürich, Sabine Ziegler, Zürich, und Marianne Trüb Klingler, Dättlikon). Der Regierungsrat wird eingeladen eine Vorlage zu erarbeiten, die die notwendigen Gesetzesvorlagen und Kreditanträge beinhaltet, um innert 30 Jahren im Kanton Zürich das Ziel einer 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 3. März 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4667).
- 58/2007 **Änderung Energiegesetz – Senkung Verbrauch von nichterneuerbarer Energie**
19. Mai 2008 (Motion Thomas Maier, Dübendorf). Im Energiegesetz des Kantons Zürich ist der § 10a (Höchstanteil an nichterneuerbaren Energien) wie folgt zu ändern:
§ 10 a. Neubauten müssen so ausgerüstet werden, dass höchstens 60% des zulässigen Energiebedarfs für Heizung und Warmwasser mit nichterneuerbaren Energien gedeckt werden.
Der Einsatz von Elektrizität für Heizung und Warmwasser ist für den Nachweis mit dem Faktor 3 zu gewichten.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 3. März 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4667).
- 61/2007 **Änderung Art. 7 Energiegesetz**
19. Mai 2008 (Motion Robert Brunner, Steinmaur, Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, und Ralf Margreiter, Oberrieden). Der Regierungsrat wird eingeladen, § 7 des Energiegesetzes so zu ändern, dass die Energieplanung für alle Gemeinden des Kantons Zürich obligatorisch wird. Zur Umsetzung dieses Paragraphen ist den Gemeinden eine angemessene Frist zu gewähren.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 3. März 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4667).

64/2007

Ausnützungsbonus für Neubauten mit Minergie-Standard

23. Juni 2008 (Postulat Lilith Claudia Hübscher, Winterthur, Nathalie Vieli-Platzer, Zürich, und Peter Weber, Wald). Der Regierungsrat wird ersucht, das Planungs- und Baugesetz mit der nächsten Teilrevision wie folgt zu ergänzen:

1. Grundstücke, auf denen Neubauten nach Minergie-Standard erstellt werden, erhalten einen zusätzlichen Ausnützungsbonus von 2% (eine Ausnützungsziffer von 30% erhöht sich beispielsweise auf 32%). Bei anderen Ausnützungs-Bemessungsarten, wie Baumassenziffern usw. sollen die Erleichterungen sinngemäss angewendet werden.
2. Dieser Zusatzbonus gilt so lange, bis mit übergeordneten, verschärften Wärmdämmvorschriften die gleichen Reduktionsziele erreicht werden.

Bis zur Inkraftsetzung oben erwähnter Ergänzungen wird der Regierungsrat ersucht, Gemeinden, die in ihrer Bauordnung Anreizinstrumente zur Förderung des Minergie-Baus gewähren möchten, wohlwollend und beratend zu unterstützen.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 3. März 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4667).

65/2007

Ausnützungsbonus für Neubauten mit Minergie-P-Standard

23. Juni 2008 (Postulat Maria Rohweder-Lischer, Uetikon am See, Lilith Claudia Hübscher, Winterthur, und Peter Weber, Wald). Der Regierungsrat wird ersucht, das Planungs- und Baugesetz mit der nächsten Teilrevision wie folgt zu ergänzen:

1. Grundstücke, auf denen Neubauten nach Minergie-P-Standard erstellt werden, erhalten einen zusätzlichen Ausnützungsbonus von 5% (eine Ausnützungsziffer von 30% erhöht sich beispielsweise auf 35%). Bei anderen Ausnützungs-Bemessungsarten, wie Baumassenziffer usw. sollen die Erleichterungen sinngemäss angewendet werden.
2. Dieser Zusatzbonus gilt so lange, bis mit übergeordneten, verschärften Wärmdämmvorschriften die gleichen Reduktionsziele erreicht werden.

Bis zur Inkraftsetzung oben erwähnter Ergänzungen wird der Regierungsrat ersucht, Gemeinden, die in ihrer Bauordnung Anreizinstrumente zur Förderung des Minergie-P-Baus gewähren möchten, wohlwollend und beratend zu unterstützen.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 3. März 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4667).

- 66/2007 **Ausnützungsbonus für Bausanierungen mit Minergie-Standard**
23. Juni 2008 (Postulat Lilith Claudia Hübscher, Winterthur, Peter Weber, Wald, und Ralf Margreiter, Oberrieden). Der Regierungsrat wird ersucht, das Planungs- und Baugesetz mit der nächsten Teilrevision wie folgt zu ergänzen:
1. Grundstücke, auf denen Altbauten nach Minergie-Standard saniert werden, erhalten einen zusätzlichen Ausnützungsbonus von fünf Prozent (eine Ausnützungsziffer von 30% erhöht sich beispielsweise auf 35%). Bei anderen Ausnützungs-Bemessungsarten wie Baumassenziffer usw. sollen die Erleichterungen sinngemäss angewendet werden.
 2. Dieser Zusatzbonus gilt so lange, bis mit übergeordneten, verschärften Wärmdämmvorschriften die gleichen Reduktionsziele erreicht werden.
- Bis zur Inkraftsetzung oben erwähnter Ergänzungen wird der Regierungsrat ersucht, Gemeinden, die in ihrer Bauordnung Anreizinstrumente zur Förderung des Minergie-Baus gewähren möchten, wohlwollend und beratend zu unterstützen.
- Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 3. März 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4667).
- 62/2008 **MINERGIE-P-Standards für alle Neubauprojekte des Kantons, mindestens MINERGIE-Standard für Gebäudeerneuerungen**
23. Juni 2008 (Motion Monika Spring, Zürich, Michèle Bättig, Zürich, und Patrick Hächler, Gossau). Der Regierungsrat wird beauftragt, alle vom Kanton finanzierten Neubauten mindestens im MINERGIE-P-Standard zu projektieren und für Gebäudesanierungen mindestens den MINERGIE-Standard anzuwenden. Diese Standards sind in der Immobilien-Verordnung festzuschreiben. Die Anforderungen gelten auch für PPP-Projekte. Abweichungen sind zu begründen.
- Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 16. Juni 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4707).
- 109/2008 **Lockerung der Bewilligungspflicht für Solaranlagen**
30. Juni 2008 (Motion Michèle Bättig, Zürich, Patrick Hächler, Gossau, und Stefan Dollenmeier, Rüti). Der Regierungsrat wird eingeladen, im Sinne von Art. 106 der Kantonsverfassung, die gesetzlichen Grundlagen so zu revidieren, dass vorhandene Hürden beim Erstellen von Solaranlagen abgebaut werden.
- Solaranlagen sind grundsätzlich überall dort zuzulassen, wo sie keine übergeordneten Bauvorschriften verletzen.
- Die Bewilligungspflicht innerhalb der Bauzone gilt nur noch für
- Anlagen grösser als 35 m²;
 - Anlagen auf Dächern von denkmalgeschützten Bauten;
 - Anlagen innerhalb geschützter Ortsbilder.
- Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 2. Juni 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4702).

- 82/2006 **Nutzung von schlecht genutzten, zentrumsnahen Grundstücken der Armee und der SBB**
1. September 2008 (Postulat Willy Germann, Winterthur, Prof. Dr. Willy Furter, Zürich, und Dr. Jürg Stünzi, Küsnacht). Der Regierungsrat wird eingeladen aufzuzeigen, wo und wie zentrumsnahe ungenutzte und unternutzte Grundstücke öffentlicher Eigentümer, vor allem der Armee und der SBB besser genutzt werden könnten.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 25. August 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4722).
- 211/2008 **Oberflächennahe Geothermie: Grundwasserwärmenutzung**
29. September 2008 (Postulat Françoise Okopnik, Zürich, Peter Weber, Wald, und Robert Brunner, Steinmaur). Der Regierungsrat wird gebeten, die Bewilligungspraxis für Grundwasserwärmenutzung in stark überbauten Gebieten dahingehend anzupassen, dass effiziente Grundwasserwärmenutzung vermehrt ermöglicht wird, um der Grundwassererwärmung entgegenzuwirken. Dabei sollen Systeme mit gegenwärtig höchsten Wirkungsgraden (Jahresarbeitszahlen von mindestens 3.5) und Systeme, welche mit erneuerbaren Energiequellen betrieben werden, bevorzugt oder mittels Auflagen oder Anreizen gefördert werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 1. September 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4724).
- 197/2006 **Abbau von Hürden bei der Einrichtung und beim Bau von Kindertagesstätten**
24. November 2008 (Motion Carmen Walker Späh, Zürich, Dr. Thomas Heiniger, Adliswil, und Gaston Guex, Zumikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche das Bewilligen von Kindertagesstätten gemäss Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht des Kantons Zürich vom 7. September 1975 (PBG) einschliesslich dazugehörenden Verordnungen erleichtert.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 17. November 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4743).
- 324/2008 **Behördeninitiative**
2. März 2009 (Gemeinderat der Stadt Zürich) betreffend emissionsarme Mobilfunkzonen
Antrag:
Der Gemeinderat der Stadt Zürich beschliesst, beim Kanton Zürich eine Behördeninitiative einzureichen mit welcher dieser beauftragt wird, mit den Mobilfunkbetreibern für die Gemeinden ein Kooperations- und Dialogmodell als planerische Massnahme zu vereinbaren mit dem Ziel, die Strahlenbelastung im Siedlungsgebiet möglichst weitgehend zu senken und den Aufbau von Parallelinfrastrukturen zu vermeiden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 18. August 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4720).

365/2008

Rechtsgrundlagen für Wärmedämmung und Energiesparmassnahmen

2. März 2009 (Einzelinitiative Hannah Stengel, Feldmeilen). Gestützt auf Art. 24 lit. c in Verbindung mit Art. 23 Abs. 1 lit. b der Kantonsverfassung vom 27. Februar 2005 und § 139 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 1. September 2003 reiche ich hiermit folgende Einzelinitiative in der Form eines ausgearbeiteten Entwurfs ein, die namentlich die Rechtsgrundlage schaffen soll, damit die Gemeinden besondere Energiesparmassnahmen bei Bauten anordnen können:

I. Das Planungs- und Baugesetz vom 7. September 1975 wird wie folgt geändert:

§ 49 Abs. 2. Soweit für die einzelnen Zonenarten nichts Abweichendes bestimmt ist, sind Regelungen gestattet über:

lit. a–f unverändert;

g) besondere Anordnungen zur Wärmedämmung und Energiesparmassnahmen, die über die Vorschriften des Bundes und des Kantons hinausgehen.

§ 239 Abs. 3 Satz 2. Im Hinblick auf einen möglichst geringen Energieverbrauch sind Bauten und Anlagen gut bis sehr gut zu isolieren sowie Ausstattungen und Ausrüstungen fachgerecht zu erstellen und zu betreiben.

II. Dieses Gesetz sowie die geänderten Bau- und Zonenordnungen der Gemeinden sind spätestens 18 Monate nach der Überweisung dieser Einzelinitiative anwendbar. Der Regierungsrat oder die Gemeindevorsteherchaft kann diese Regelung allgemein oder im Einzelfall sofort für verbindlich erklären.

III. Der Kantonsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Er kann dies dem Regierungsrat übertragen.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 7. Juli 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4712).

4713/2010

Umweltschutz statt Vorschriften

12. April 2010 (Volksinitiative). ABI 2010, 1279

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 7. Juli 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4713).

B. Bericht über Vollzug unerledigter Vorstösse

148/2006

Emissionsmindernde Massnahmen bei Motorrädern, Motorfahrrädern und Booten

12. Januar 2009 (Postulat Robert Brunner, Steinmaur, und Eva Torp, Hedingen). Der Regierungsrat wird beauftragt aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen die Emissionen von Lärm und Abgasen von Motorrädern, Motorfahrrädern und Booten verringert werden können.

Zum sommerlichen Wetter gehören alljährlich auch die Meldungen über zu hohe Ozonwerte. Dazu tragen als Vorläufersubstanzen insbesondere Motorenabgase bei, die unverbrannte Kohlenwasserstoffe enthalten. Eine neuere Studie der EMPA weist auf die überproportionale Rolle der Emissionen von Motorrädern und Motorfahrrädern hin (Environ. Sci. Technol. 2006, 40,149–154).

Motorräder stossen insgesamt deutlich mehr Schadstoffe aus als mit Benzin betriebene Personewagen. Sowohl Zweitakter als auch Viertakter schnitten deutlich schlechter ab als die untersuchten Benzinautos. Besonders gravierend war der Unterschied beim Ausstoss an Kohlenwasserstoffen: Das durchschnittliche motorisierte Zweirad stösst pro Kilometer innerorts rund 222-mal mehr aus als das durchschnittliche Auto. Obwohl in der Schweiz (wie andernorts) die Zahl der Autos die der zugelassenen Motorräder weit übersteigt, kommen die Autoren zum Schluss, dass die Abgasemissionen der Töffs keineswegs «vernachlässigbar seien» und man seitens des Gesetzgebers dringend strengere Abgasvorschriften für Motorräder einführen sollte. Etwas strengere Vorschriften wurden zwar auf Januar 2006 eingeführt, aber auch die Autos erhielten strengere Vorschriften und die Töffs müssen weiterhin nicht wie die Autos regelmässige Kontrollen bestehen.

Dieselben ungünstigen Verhältnisse dürften auch für Mofas, Kleinmotorräder, Motor-Dreiräder und Motorboote zutreffen: überproportionale Emissionen von Lärm, Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoffen und Stickoxiden.

Es soll aufgezeigt werden, mit welchen Massnahmen – z. B. fiskalischer Art – dieser untragbare Zustand verbessert werden kann.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

149/2006

Natur- und Landschaftsschutzgebiet Üetliberggipfel (Uto Kulm)

12. Januar 2009 (Postulat Eva Torp, Hedingen, Prof. Katharina Prelicz-Huber, Zürich, und Lisette Müller-Jaag, Knonau). Der Regierungsrat wird beauftragt, den Üetliberggipfel (Uto-Kulm) umfassend, d. h. das Gipfelplateau mit Aussichtspunkt und den Südwest-Hang bis zur Gratstrasse (von der Abzweigung der Zubringerstrasse zum Kulm im Nordwesten bis zur Abzweigung des auf dem Grat verlaufenden Fusswegs im Südosten), unter Naturschutz zu stellen.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 216/2006 **Erhaltung und Erneuerung der Strassenräume und Ortsbilder der Dörfer und Städte im Kanton Zürich**
12. Januar 2009 (Motion Prof. Peter Weber, Wald). Der Regierungsrat wird eingeladen dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche das Planungsrecht und die Planungspraxis so anpasst, dass ortsspezifische Lösungen für Strassenräume und Ortsbilder gefördert werden.
Es ist sicherzustellen, dass Strassenraum und Durchfahrtsbereich innerorts erhalten und zugleich erneuert werden können. Unter Beachtung von weiterhin notwendigen Planungsgrundsätzen und -richtlinien müssen starre qualitätshemmende Regelungen abgebaut werden. Es braucht neue Regelungen, die zwar den gesetzlichen Rahmen abstecken, aber gleichsam sicherstellen, dass die Gestaltung von Ort zu Ort neu gewichtet und ausformuliert werden kann.
Damit wird auch das Ziel erreicht, den Respekt zum Vorhandenen mit der Schaffung zeitgemässer und neuer Werte zu verbinden um hochwertige, identitätsstiftende Siedlungs- und Strassenräume zu schaffen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 234/2006 **Lärmschutz kontra Ortsbild- und Landschaftsschutz**
12. Januar 2009 (Postulat Willy Germann, Winterthur). Der Regierungsrat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der SBB aufzuzeigen, wo im Kanton Zürich Zielkonflikte zwischen dem Lärmschutz der SBB einerseits und dem Ortsbild- und Landschaftsschutz des Kantons und der Gemeinden andererseits entstehen können.
Ziel soll sein, gravierende Beeinträchtigungen von Ortsbildern und Landschaften zu verhindern.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 269/2006 **Sicherstellung der Saatgutversorgung für die gentechnikfreie Landwirtschaft**
12. Januar 2009 (Postulat Lilith Claudia Hübscher, Winterthur, Gerhard Fischer, Bärenwil, und Susanne Rihs-Lanz, Glattfelden). Der Regierungsrat prüft, mit welchen Massnahmen gesetzgeberischer und finanzieller Art der Anbau und die Entwicklung von Saatgut für eine gentechnikfreie Landwirtschaft, wie sie im Raum Rheinau einen Schwerpunkt bildet, unterstützen, fördern und schützen kann. Er nimmt dafür auch Kontakt mit den entsprechenden Stellen der angrenzenden Kantone und im grenznahen Deutschland auf.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 310/2006 **Sanierung von Flur-, Fuss- und Wanderwegen**
23. März 2009 (Motion Susanne Rihs-Lanz, Glattfelden, Eva Torp, Hedingen, und Patrick Hächler, Gossau). Der Regierungsrat wird aufgefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass keine Flur-, Fuss- und Wanderwege mehr asphaltiert oder mit Recycling-Asphaltgranulat saniert werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 371/2008 **Gesetzliche Grundlagen für Public Private Partnership Projekte (PPP-Projekte)**
30. März 2009 (Postulat der Kommission für Planung und Bau). Der Regierungsrat wird gebeten, die Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Abwicklung von * PPP-Projekten und ähnlichen Finanzierungs-Modellen zu prüfen. Die gesetzlichen Grundlagen sollen sicherstellen, dass entsprechende Finanzierungs-Modelle nicht zu einer Umgehung von demokratischen Rechten, Richtplanungsgrundsätzen, Submissionsvorgaben und der Finanzkompetenzen führen.
Zu klären ist auch die Frage, wie * PPP-Projekte im KEF behandelt werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 9/2007 **Reduktion Baubewilligungspflicht**
31. August 2009 (Carmen Walker Späh, Zürich, Kurt Bosshard, Uster und Josef Wiederkehr, Dietikon). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie mit der Revision der gesetzlichen Bauvorschriften im Planungs- und Baugesetz (PBG), der Bauverfahrensverordnung (BVV) sowie der Allgemeinen Bauverordnung (ABV) die Zahl der baubewilligungspflichtigen Bauten und Anlagen reduziert werden kann.
Prüfung
- 57/2007 **Massnahmen gegen Lichtemissionen**
31. August 2009 (Motion Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, Robert Brunner, Steinmaur, und Maria Rohweder-Lischer, Uetikon am See). Der Regierungsrat wird aufgefordert, kantonale gesetzliche Grundlagen zu schaffen, welche Lichtemissionen von öffentlichen und privaten Beleuchtungen so herabsetzen, dass der Schaden für Menschen und Tiere minimiert wird. Es sind verbindliche Grenzwerte festzulegen, welche gesetzliche Sicherheitsvorschriften (z. B. Flughafenbeleuchtung) mitberücksichtigen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 90/2007 **Raumplanung/Bauvorschriften in Flughafengemeinden**
31. August 2009 (Postulat Gabriela Winkler, Oberglatt, Werner Scherrer, Bülach, und Martin Mossdorf, Bülach). Der Regierungsrat wird gebeten, beim Schweizerischen Bundesrat dahingehend vorstellig zu werden, dass die Artikel 29–31 der Lärmschutz-Verordnung (LSV, SR 814.41) über «Anforderungen an Bauzonen und Baubewilligungen in lärmbelasteten Gebieten» einer Revision unterzogen werden. Ziel der Revision soll es sein, dass den besonderen raumplanerischen Bedürfnissen von Gemeinden innerhalb der umhüllenden Lärmkurven des Flughafens Zürich Rechnung getragen werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 103/2007 **Senkung des CO₂-Ausstosses von jährlich 3% für die nächsten 4 Jahre**
31. August 2009 (Postulat Monika Spring, Zürich, Lisette Müller-Jaag, Knonau, und Patrick Hächler, Gossau, sowie Mitunterzeichnende). Der Regierungsrat wird eingeladen, einen Massnahmenplan auszuarbeiten, um eine jährliche Senkung des CO₂-Ausstosses von 3% (Basisjahr 2007) für die nächsten vier Jahre zu erreichen. Die Reduktionsziele sind als Legislatorschwerpunkt zu formulieren und im Rahmen des KEF laufend zu überprüfen. Werden die Reduktionsziele verfehlt, sind die getroffenen Massnahmen anzupassen, um die Reduktionsvorgaben zu erreichen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 122/2009 **Nutzung von leerstehenden Häusern**
28. September 2009 (Einzelinitiative Herbert Ruckstuhl, Elgg).
Prüfung

- 99/2010 **Strassenabwasserbehandlungsanlagen und Fruchtfolgeflächen**
7. Juni 2010 (Postulat Michael Welz, Oberembrach, Hans-Heinrich Heusser, Seegräben, und Robert Brunner, Steinmaur). Der Regierungsrat wird gebeten, geeignete Massnahmen zu ergreifen, damit Strassenabwasserreinigungsanlagen (SABA) für Kantons- und Nationalstrassen unter grösstmöglicher Schonung von Fruchtfolgeflächen erstellt werden. Technische SABA's mit geringem Flächenverbrauch sollen flächenintensiven Sicker- und Retentionsbecken vorgezogen werden.
Beim Entscheid für das entsprechende Modell der SABA muss dem Erhalt der Fruchtfolgeflächen höchste Priorität beigemessen werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 296/2007 **Infrastruktur für Velofahrerinnen und Velofahrer bei kantonalen Gebäuden**
28. Juni 2010 (Postulat Eva Torp, Hedingen, Ueli Keller, Zürich, und Monika Spring, Zürich). Der Regierungsrat wird gebeten den Veloverkehr zu fördern durch die Bereitstellung von geeigneter Infrastruktur bei allen kantonalen Gebäuden, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Besucherinnen und Besucher.
Dazu gehören gedeckte und gesicherte Veloabstellplätze in der Nähe der Eingänge, Umkleieräume mit Möglichkeiten, die Velokleider zu trocknen und aufzuhängen und die Velohelme sicher zu versorgen, sowie Wasch- resp. Duschgelegenheiten.
Prüfung
- 192/2010 **Artenförderungsmassnahmen im Naturschutz**
6. September 2010 (Postulat Hans Egli, Steinmaur, Robert Brunner, Steinmaur, und Carmen Walker Späh, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, ob in Bezug auf das Personal für 2011 und die kommenden Jahre, das Budget saldoneutral für die Artenförderungsmassnahmen um 2,5 Mio. Franken zu erhöhen ist. Die Mittel sind dem Natur- und Heimatschutzfonds (NHF) zu entnehmen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 151/2010 **Behördeninitiative**
8. November 2010 (Gemeinderat Nürensdorf) betreffend Keine unnötigen Abstandsvorschriften von Fließgewässern für Uferwege
Antrag:
§ 21 Abs. 1 des Wasserwirtschaftsgesetzes vom 2. Juni 1991 wird wie folgt ergänzt:
Ober- und unterirdische Bauten und Anlagen haben gegenüber offenen und eingedolten öffentlichen Oberflächengewässern einen Abstand von 5 m einzuhalten. Die Anwendung dieser Bestimmung obliegt den kommunalen Baubehörden. Ausgenommen sind öffentliche Fuss- und Radwege.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

Eidgenössische und kantonale Volksabstimmungen

Abstimmungs- datum	Abstimmungsgeschäfte 2010	Kantonales Ergebnis		Stimm- beteiligung %	Eidgenössisches Ergebnis	
		Ja	Nein		Ja	Nein
7. März	Eidgenössische Volksabstimmung					
	Bundesbeschluss vom 25. September 2009 Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen	298 736	84 469	46,0	1 708 488	504 167
	Volksinitiative vom 26. Juli 2007 «Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere (Tierschutzanwalt-Initiative)» (Bundesbeschluss vom 25. September 2009)	144 410	251 490	46,6	671 731	1 605 141
	Änderung vom 19. Dezember 2008 Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Mindestumwandlungssatz)	128 616	264 302	46,4	617 209	1 646 369
13. Juni	Kantonale Volksabstimmung					
	A. Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja» (Gesetz über die Kinderbetreuung)	74 818	141 837	27,0		
	B. Gegenvorschlag des Kantonsrates: Jugendhilfegesetz (Änderung vom 7. Dezember 2009 Familienergänzende Betreuung)	132 905	80 146	27,0		
	C. Stichfrage: Kinderbetreuung («Ja» = Initiative)	65 563	137 722	27,0		
26. September	Eidgenössische Volksabstimmung					
	Änderung vom 19. März 2010 Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosen- versicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG)	171 520	116 313	33,8	958 913	836 101
	Kantonale Volksabstimmung					
	Verfassung des Kantons Zürich Änderung vom 10. Mai 2010 (Anpassung an die neuen Prozessgesetze des Bundes)	240 251	21 946	32,5		
	Volksinitiative «Schienen für Zürich: Rahmenkredit für den Ausbau der Bahnlinie Zürich–Winterthur»	82 403	191 076	33,1		

Abstimmungs- datum	Abstimmungsgeschäfte 2010	Kantonales Ergebnis		Stimm- beteiligung %	Eidgenössisches Ergebnis	
		Ja	Nein		Ja	Nein
28. November	Eidgenössische Volksabstimmung					
	A. Volksinitiative vom 15. Februar 2008 «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)» (Bundesbeschluss vom 18. Juni 2010)	243 913	236 472	56,6	1 398 360	1 243 325
	B. Gegenentwurf: Bundesbeschluss über die Aus- und Wegweisung krimineller Ausländerinnen und Ausländer im Rahmen der Bundesverfassung	221 842	250 933	56,6	1 189 186	1 407 743
	C. Stichfrage («Ja» = Initiative)	219 578	240 943	56,6	1 252 625	1 270 831
	Volksinitiative vom 6. Mai 2008 «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb (Steurgerechtigkeits-Initiative)» (Bundesbeschluss vom 18. Juni 2010)	192 579	276 311	55,7	1 072 668	1 510 945



Finanzberichterstattung

Konsolidierte Rechnung	504
Erfolgsrechnung	504
Bilanz	505
Geldflussrechnung	506
Eigenkapitalnachweis	507
Anhang	509
Grundlagen und Grundsätze	509
Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	514
Risikocontrolling und finanzielles Risikomanagement	524
Erläuterungen zu Positionen der konsolidierten Rechnung	527
Weitere Erläuterungen	573
Bericht der Finanzkontrolle zur konsolidierten Rechnung	591
Jahresrechnung (Stammhaus)	593
Erfolgsrechnung	594
Bilanz	595
Geldflussrechnung	596
Eigenkapitalnachweis	597
Anhang	598
Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat	599
Abrechnung Budgetkredite	599
Rücklagen und Gewinnverwendung	609

Beilagen zum Finanzbericht	613
Kreditübertragungen	614
Bewilligte Kreditüberschreitungen	619
Entwicklung der letzten acht Jahre	620
Kennzahlen der Finanzlage des Kantons	623
Tabellen zu 2010	628
Erfolgsrechnung nach Kontenklassen	628
Investitionsrechnung nach Kontenklassen	630
Bilanz nach Kontenklassen	632
Funktionale Gliederung – Erfolgsrechnung	634
Funktionale Gliederung – Investitionsrechnung	635
Mehrjahresvergleiche	636
Verwaltungsrechnung seit 1960	636
Gliederung nach Kontenklassen (konsolidiert)	
– Aufwand der Erfolgsrechnung 2008–2010	637
– Ertrag der Erfolgsrechnung 2008–2010	638
– Ausgaben der Investitionsrechnung 2008–2010	639
– Einnahmen der Investitionsrechnung 2008–2010	640
– Bilanz 2008–2010	641
Funktionale Gliederung Mehrjahresvergleich	642
Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	644

Tabellenverzeichnis

1. Fiskalertrag	527
2. Staatssteuern	528
3. Regalien und Konzessionen	529
4. Entgelte	530
5. Verschiedene Erträge	531
6. Entnahmen aus Fonds	531
7. Transferertrag	532
8. Durchlaufende Beiträge	533
9. Personalaufwand	534
10. Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	534
11. Einlagen in Fonds	535
12. Transferaufwand	536
13. Finanzertrag (Finanzvermögen)	537
14. Finanzertrag (Verwaltungsvermögen)	537
15. Zinsaufwand	538
16. Anderer Finanzaufwand	538
17. Flüssige Mittel	539
18. Forderungen	540

19. Aktive Rechnungsabgrenzungen	541
20. Vorräte und angefangene Arbeiten	542
21. Finanzanlagen (Finanzvermögen)	543
22. Festgelder und Geldmarktanlagen (Finanzvermögen)	544
23. Darlehensliste und Fälligkeiten (Finanzvermögen)	545
24. Beteiligungsliste (Finanzvermögen)	546
25. Sachanlagen (Finanzvermögen)	546
26. Sachanlagen (Verwaltungsvermögen)	548
27. Immaterielle Anlagen (Verwaltungsvermögen)	554
28. Darlehen (Verwaltungsvermögen)	555
29. Darlehensliste und Fälligkeiten (Verwaltungsvermögen)	556
30. Beteiligungen (Verwaltungsvermögen)	557
31. Beteiligungsliste (Verwaltungsvermögen)	558
32. Namhafte Beteiligungen	559
33. Ausgerichtete Investitionsbeiträge	562
34. Bedeutende ausgerichtete Einzelpositionen	564
35. Laufende Verbindlichkeiten	565
36. Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	565
37. Passive Rechnungsabgrenzungen	566
38. Langfristige Finanzverbindlichkeiten	567
39. Übrige langfristige Verbindlichkeiten	568
40. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	568
41. Rückstellungen	569
42. Fonds im Fremdkapital (ohne Legate und Stiftungen)	572
43. Fonds im Eigenkapital (ohne Legate und Stiftungen)	572
44. Vorsorgeverpflichtungen nach Swiss GAAP FER 16	573
45. Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25	575
46. Absicherungsgeschäfte	578
47. Eventualforderungen	579
48. Eventualverbindlichkeiten	579
49. Operatives Leasing	581
50. Finanzielle Zusagen (Commitments)	581
51. Gewährleistungen	585
52. Segmentberichterstattung	588
53. Beziehungen zu nahestehenden Personen und Organisationen	589
54. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	590

Konsolidierte Rechnung

Erfolgsrechnung

Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 09/10	
	2010	2010	2009	Abs.	%
Fiskalertrag	6 091	5 205	5 627	464	8.2
Regalien und Konzessionen	374	363	372	2	0.5
Entgelte	2 482	2 343	2 467	15	0.6
Verschiedene Erträge	267	203	238	28	11.8
Entnahmen aus Fonds des FK	0	40	0	0	14.6
Transferertrag	3 014	2 816	2 848	166	5.8
Durchlaufende Beiträge	606	606	594	12	2.1
Betrieblicher Ertrag	12 834	11 576	12 146	688	5.7
Personalaufwand	- 4 605	- 4 607	- 4 513	- 92	-2.0
Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 2 609	- 2 546	- 2 588	- 21	-0.8
Abschreibungen VV	- 546	- 448	- 486	- 60	-12.4
Einlagen in Fonds des FK	- 86	- 19	- 81	- 5	-5.9
Transferaufwand	- 4 099	- 4 131	- 3 940	- 159	-4.0
Durchlaufende Beiträge	- 606	- 606	- 594	- 12	-2.1
Betrieblicher Aufwand	- 12 551	- 12 356	- 12 203	- 349	-2.9
ERGEBNIS AUS BETRIEBLICHER TÄTIGKEIT	283	- 780	- 56	339	600.4
Finanzertrag Finanzvermögen	116	80	103	13	12.2
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	364	331	329	35	10.8
Finanzertrag	480	412	432	48	11.1
Zinsaufwand	- 144	- 150	- 170	26	15.3
Anderer Finanzaufwand	- 21	- 8	- 9	- 11	-120.6
Finanzaufwand	- 165	- 157	- 179	15	8.1
FINANZERGEBNIS	315	254	253	63	24.8
Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	551		159	392	246.7
Jahresergebnis Fonds / Legate im EK	47		37	10	27.0
JAHRESERGEBNIS ERFOLGSRECHNUNG	598	- 525	196	402	205.0
Total Ertrag	13 314	11 988	12 578	736	5.9
Total Aufwand	- 12 716	- 12 513	- 12 382	- 334	-2.7

Bilanz

Mio. Franken	per		Differenz R 09/10	
	31.12.2010	31.12.2009	Abs.	%
UMLAUFVERMÖGEN	4 609	4 440	169	3.8
Finanzvermögen 1)	4 609	4 440	169	3.8
Flüssige Mittel	1 463	1 458	5	0.4
Forderungen	2 341	2 289	52	2.3
Kurzfristige Finanzanlagen	280	270	10	3.6
Aktive Rechnungsabgrenzung	472	362	110	30.4
Vorräte und angefangene Arbeiten	52	61	- 9	-14.4
ANLAGEVERMÖGEN	15 342	15 195	147	1.0
Finanzvermögen 1)	1 005	985	20	2.1
Finanzanlagen	131	98	33	34.0
Sachanlagen	874	887	- 13	-1.4
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	14 337	14 211	126	0.9
Sachanlagen	7 517	7 536	- 20	-0.3
Immaterielle Anlagen	75	59	16	27.9
kurzfristige Darlehen	13	11	2	18.1
langfristige Darlehen	897	835	62	7.4
Beteiligungen	2 521	2 535	- 14	-0.6
Investitionsbeiträge	3 314	3 234	80	2.5
TOTAL AKTIVEN	19 951	19 636	315	1.6
FREMDKAPITAL	- 9 936	- 10 246	310	3.0
Kurzfristiges Fremdkapital	- 4 076	- 4 610	534	11.6
Laufende Verbindlichkeiten	- 2 153	- 2 165	12	0.5
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 56	- 586	530	90.5
Passive Rechnungsabgrenzung	- 1 614	- 1 617	3	0.2
Kurzfristige Rückstellungen	- 254	- 243	- 11	-4.4
Langfristiges Fremdkapital	- 5 860	- 5 636	- 224	-4.0
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 3 524	- 3 365	- 159	-4.7
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 720	- 708	- 13	-1.8
Langfristige Rückstellungen	- 1 046	- 1 060	14	1.3
Fonds im Fremdkapital	- 570	- 503	- 67	-13.2
EIGENKAPITAL	- 10 015	- 9 390	- 625	-6.7
Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	- 551	- 159	- 392	-245.9
Jahresergebnis Fonds / Legate im EK	- 1 846	- 1 781	- 65	-3.6
Übriges Eigenkapital	- 7 618	- 7 449	- 169	-2.3
TOTAL PASSIVEN	- 19 951	- 19 636	- 315	-1.6
1) Total Finanzvermögen	5 614	5 425	189	3.5

Geldflussrechnung

Mio. Franken	Rechnung	Rechnung	Differenz R 09/10	
	2010	2009	Abs.	%
Jahresergebnis	598	196	402	205.0
+/- Abnahme/Zunahme Forderungen	- 52	146	- 198	-135.8
+/- Abnahme/Zunahme aktive Rechnungsabgrenzung	- 108	6	- 114	-1826.6
+/- Abnahme/Zunahme Vorräte + angefang. Arbeiten	9	6	3	40.7
+ Abschreibungen und Auflösung pass. Investitionsb.	653	707	- 54	-7.6
+/- Wertberichtigungen/Wertaufholungen Darlehen und Beteiligungen	- 0	0	- 0	-133.3
+/- Kursverluste/Kursgewinne auf Finanzanlagen (nicht realisierte)	7	0	7	70600.0
+/- Verlust/Gewinn aus Verkauf von Finanzvermögen (nicht realisierte)	- 5	- 3	- 2	-67.0
+/- Zunahme/Abnahme laufende Verbindlichkeiten	- 12	336	- 348	-103.5
+/- Zunahme/Abnahme passive Rechnungsabgrenzung	- 19	108	- 127	-117.3
+/- Bildung/Auflösung, Verwendung Rückstellungen	- 3	- 41	38	92.9
+/- Einlagen/Entnahmen aus Fonds FK und EK	119	81	39	47.9
+/- Übrige nicht geldwirksame Transaktionen	- 10	- 0	- 9	-5505.9
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	1 177	1 542	- 364	-23.6
- Ausgaben Sachanlagen	- 546	- 618	73	11.8
- Ausgaben auf Rechnungen Dritter	- 1	- 2	1	42.4
- Ausgaben immaterielle Anlagen	- 37	- 24	- 13	-55.3
- Ausgaben Darlehen	- 80	- 77	- 4	-4.9
- Ausgaben Beteiligungen	- 5	- 6	1	16.6
- Ausgaben eigene Investitionsbeiträge	- 300	- 306	6	1.8
- Ausgaben durchlaufende Investitionsbeiträge	- 17	- 12	- 5	-42.0
+ Einnahmen Übertragung von Sachanlagen	30	18	12	67.5
+ Einnahmen Rückerstattungen	8	11	- 3	-27.8
+ Einnahmen Abgang immaterielle Anlagen	-	-	-	-
+ Einnahmen Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	127	184	- 56	-30.7
+ Einnahmen Rückzahlung von Darlehen	32	28	4	14.2
+ Einnahmen Übertragung von Beteiligungen	0	0	0	66.7
+ Einnahmen Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	0	0	- 0	-42.1
+ Einnahmen durchlaufende Investitionsbeiträge	17	12	5	42.0
Saldo Investitionsrechnung	- 772	- 791	20	2.5
- Übertragungen Verwaltungs- ins Finanzvermögen ¹	- 30	- 18	- 12	-67.5
+ Übertragungen Finanz- ins Verwaltungsvermögen ¹	9	-	9	-
- Aktivierte Eigenleistungen	- 17	- 22	5	21.4
+ Aktivierungen bei Finanzierungsleasing ¹	5	5	- 0	-1.0
+/- Übrige nicht cashwirksame Transaktionen der IR	14	27	- 13	-49.6
Geldfluss aus der Investitionsrechnung	- 792	- 799	8	1.0
+/- Abnahme / Zunahme Finanzanlagen FV ¹	- 43	- 24	- 18	-75.3
+/- Abnahme / Zunahme Sachanlagen FV ¹	13	- 13	26	200.2
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	- 822	- 837	15	1.8
Geldfluss vor Finanzierungstätigkeit	356	705	- 349	-49.6
+/- Zunahme/Abnahme kurzfr. Finanzverbindlichkeiten	- 521	- 352	- 170	-48.3
+/- Zunahme/Abnahme Hypotheken, Schuldscheine, Kassascheine	0	0	0	100.0
+/- Zunahme/Abnahme Staatsanleihen	4	- 245	250	101.8
+/- Zunahme/Abnahme langfr. Finanzverbindlich.	167	- 322	488	151.8
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	- 350	- 919	568	61.9
Stand Flüssige Mittel per 1.1.	1 458	1 671	- 213	-12.8
Zunahme/Abnahme Flüssige Mittel	5	- 213	219	102.5
Stand Flüssige Mittel per 31.12.	1 463	1 458	5	0.4

¹ Textkorrektur

Eigenkapitalnachweis

Mio. Franken	Gesetzliche Fonds im Eigenkapital	Legate und Stiftungen im Eigenkapital	Rücklagen	Reserven aus Absicherungsgeschäften	Gewinnanteile gemäss § 50 FCV	Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	Total Eigenkapital
Stand 1. Januar 2009	1 686.85	40.58	38.85	- 20.79	53.07	4.80	7 362.14	9 165.49
Jahresergebnis	35.56	1.70				158.78		196.05
Verteilung Vorjahresergebnis						- 4.81	4.81	
Veränderung Fonds / Legate	16.50							16.50
Veränderung Rücklagen / Gewinnanteile			- 0.89		- 2.80		3.69	
Sonstige Transaktionen				12.05			- 0.26	11.79
Stand 31. Dezember 2009	1 738.91	42.28	37.96	- 8.74	50.27	158.77	7 370.38	9 389.83
Jahresergebnis	51.42	- 4.10				550.55		597.87
Verteilung Vorjahresergebnis						- 158.78	158.78	
Veränderung Fonds / Legate	17.26							17.26
Veränderung Rücklagen / Gewinnanteile			3.57		52.48		- 56.05	
Sonstige Transaktionen				8.74		0.00	1.02	9.76
Stand 31. Dezember 2010	1 807.59	38.18	41.54	-	102.74	550.55	7 474.49	10 015.09

Erläuterungen zum Eigenkapitalnachweis

Der Eigenkapitalnachweis zeigt auf, wie sich das Eigenkapital im Berichtsjahr verändert hat. Ersichtlich sind die Auswirkungen der erfassten Finanzvorfälle auf die einzelnen Rubriken des Eigenkapitals, insbesondere jene Geschäftsfälle, welche direkt im Eigenkapital und nicht über die Erfolgsrechnung erfasst werden. Zudem werden die einzelnen Reserveposten und ihre Veränderung transparent dargestellt.

Gesetzliche Fonds im Eigenkapital

- + 68,7 *Bestandeszunahme der Fonds im Eigenkapital. Davon entfallen auf den Strassenfonds 46,3 Mio. Franken, auf den Verkehrsfonds 19,1 Mio. Franken und auf den Flughafenfonds 9,3 Mio. Franken. Eine Bestandesabnahme verzeichnete unter anderem der Investitionsfonds mit 3,6 Mio. Franken.*

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit im Eigenkapital

- 4,7 *Verlust. Weil die Aufwendungen für Legatszwecke die Kapitalerträge überstiegen, sank das Eigenkapital von 42.3 Mio. Franken auf 38.2 Mio. Franken.*

Rücklagen

Im Eigenkapitalnachweis wird die Bildung und Verwendung der Rücklagen saldiert dargestellt. Die detaillierte Aufstellung pro Leistungsgruppe wird im Geschäftsbericht unter dem Kapitel „Rücklagen und Gewinnverwendung“ gezeigt.

- + 3,6 *Die Leistungsgruppen bildeten 2010 zusätzliche Rücklagen. Die aus dem Rechnungsergebnis 2009 vom Kantonsrat bewilligten Rücklagen überstiegen die durch die Leistungsgruppen im Jahr 2010 aufgelösten Rücklagen um diesen Betrag.*

Reserven aus Absicherungsgeschäften

- + 8,7 *Positive Wertänderung im Zusammenhang mit dem Ablauf der Absicherungsgeschäfte. Per Ende 2010 bestehen keine Zins- oder Kursabsicherungsgeschäfte.*

Gewinnanteile gemäss § 50 FCV

Die Bildung und Verwendung der Gewinnanteile der selbständigen Anstalten wird im EK-Nachweis saldiert dargestellt. Eine detaillierte Aufstellung pro Anstalt wird im Geschäftsbericht unter dem Kapitel „Rücklagen und Gewinnverwendung“ gezeigt.

- + 52,5 *beträgt die Zunahme der einbehaltenen Gewinnanteile der selbständigen Anstalten. Dieser Zuwachs resultiert aus der Summe der vom Kantonsrat aus der Rechnung 2009 bewilligten neuen Gewinnanteile abzüglich der von den Anstalten verwendeten Gewinnanteile.*

Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel

+550,6 Beträgt das Jahresergebnis der allgemeinen Staatsmittel. Zusammen mit dem Ergebnis der gesetzlichen Fonds ergibt sich ein Gesamtergebnis von 597,9 Mio. Franken.

-158,8 Das Vorjahresergebnis wird auf die Rubrik „kumulierte Ergebnisse der Vorjahre“ umgebucht.

Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre

+158,8 Zunahme durch die Umbuchung des Vorjahresergebnisses.

- 56,0 Abnahme durch Umbuchung der vom Kantonsrat bewilligten Rücklagen und Gewinnanteile aus der Rechnung 2009 abzüglich der aufgelösten bzw. beanspruchten Rücklagen und Gewinnanteile (Nettodarstellung).

Total Eigenkapital

+597,9 Anstieg durch das Jahresergebnis 2010

+17,3 Anstieg durch Zunahme der Fondsbestände im Eigenkapital.

+ 9,8 Anstieg durch die positive Wertveränderung der Absicherungsgeschäfte und sonstigen Transaktionen auf insgesamt 10015,1 Mio. Franken.

Anhang

Grundlagen und Grundsätze

Rechtliche Grundlagen

Der vorliegende Finanzbericht (konsolidierte Rechnung) basiert auf dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG, LS 611) welches am 9. Januar 2006 durch den Kantonsrat verabschiedet worden ist.

Die Ausführungsbestimmungen zum CRG sind in der Finanzcontrollingverordnung (FCV, LS 611.2), der Rechnungslegungsverordnung (RLV, LS 611.1) und in der Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (VOG RR, LS 172.11) geregelt. Die Rechnungslegungsverordnung führt die Bestimmungen des Teils D „Rechnungslegung“ des CRG aus. Darin sind die wichtigsten Grundsätze der Rechnungslegung gemäss IPSAS enthalten und die Abweichungen festgelegt. Das Handbuch für Rechnungslegung (HBR) setzt die Vorschriften über die Rechnungslegung im Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) sowie in der Rechnungslegungsverordnung (RLV) für den Vollzug um. Für die Jahresrechnung 2010 hat das HBR, Version 6.0 vom 19. Dezember 2008, Gültigkeit. Die Einführung der neuen Rechnungslegung erfolgte auf den 1. Januar 2009.

Grundlagen der Rechnungslegung

Die neue Rechnungslegung löst das obligationenrechtlich geprägte Vorsichtsprinzip durch den in der Privatwirtschaft üblichen Grundsatz der tatsächengetreuen Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ab (true and fair view). Sie verfolgt den periodengerechten Ausweis (accrual accounting) aller Aufwände und Erträge und bewirkt zusammen mit der Umsetzung weiterer Prinzipien in Anlehnung an die IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) eine wesentlich verbesserte Aussagekraft und Transparenz in der finanziellen Berichterstattung.

Accrual Accounting

Die Buchführung und Rechnungslegung erfolgen nach kaufmännischen Grundsätzen, dem so genannten Accrual Accounting. Dies bedeutet, dass die relevanten Finanzvorfälle im Zeitpunkt des Entstehens der entsprechenden Verpflichtungen und Forderungen erfasst werden und nicht wenn diese zur Zahlung fällig beziehungsweise als Zahlungen eingegangen sind.

Trennung Verwaltungs- und Finanzvermögen

Die Vermögenswerte werden in Finanz- und Verwaltungsvermögen gegliedert. Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können. Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen.

Abweichungen zu IPSAS

Das gewählte Regelwerk gemäss § 3 der Rechnungslegungsverordnung sind die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS). Diese bilden die Grundlage für die Rechnungslegungsverordnung sowie das Handbuch für Rechnungslegung. Im Anhang 1 der Rechnungslegungsverordnung wird die Anlehnung der Rechnungslegung an die IPSAS präzisiert, indem jeder anzuwendende Standard einzeln mit dem relevanten Erscheinungsdatum sowie allfälligen Abweichungen dazu aufgeführt ist. Die Finanzdirektion verfolgt gemäss § 5 RLV die Entwicklung der IPSAS und beantragt dem Regierungsrat die nötigen Massnahmen, insbesondere die Anpassung der Rechnungslegungsverordnung infolge Änderungen der IPSAS. Eine Aktualisierung der Rechnungslegungsverordnung ist derzeit in Bearbeitung und wird voraussichtlich auf den 1.1.2012 in Kraft gesetzt.

Die vorliegende konsolidierte Jahresrechnung enthält folgende Abweichungen zu den IPSAS:

- IPSAS 1 – Darstellung der Jahresrechnung: Einlagen in und Entnahmen aus Fonds verletzen den Grundsatz der Periodengerechtigkeit (§ 4 Abs. 2 lit. b RLV). Anschaffungen aus Rücklagen mit investivem Charakter werden über die Erfolgsrechnung gebucht und nicht bilanziert (§ 16 Abs. 3 RLV / § 17 Abs. 3 FCV).
- IPSAS 6 – Konzernrechnung und Einbezug von beherrschten Einheiten: Die zu konsolidierenden Einheiten werden nicht nach dem Kontrollprinzip gemäss IPSAS, sondern gemäss den Kriterien in § 54 CRC und § 28 RLV festgelegt. Weiter enthält der Anhang nur eine Auswahl der verlangten Offenlegungen.
- IPSAS 7 – Rechnungslegung von Anteilen an assoziierten Organisationen: Die assoziierten Einheiten werden nicht nach der Equity-Methode einbezogen, sondern zu Anschaffungs- oder Marktwerten bewertet (§ 29 und § 31 Abs. 2 RLV).
- IPSAS 19 – Rückstellungen: Langfristige Rückstellungen werden nicht abdiskontiert (HBR, Version 6.0, Kapitel 3.2.16.1.2), ausgenommen davon sind Rückstellungen für Vorsorgeverpflichtungen aus der Ruhegehaltsordnung für Professorinnen und Professoren der Universität sowie die Rentenleistungen des Staates für Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsräte und Richter.
- IPSAS 20 - Nahe stehende Personen und Einheiten: Die Offenlegung der Gehälter der Führungskräfte wird nicht vorgenommen. Es wird auf die gesetzlichen Grundlagen verwiesen.
- IPSAS 22 – Ausweis von Finanzinformationen über den allgemeinen Regierungssektor: Dieser IPSAS-Standard wird nicht angewendet.
- IPSAS 25 – Leistungen an Arbeitnehmer: Standard ab 1.1.2011 anwendbar. Keine vorzeitige Anwendung. Die Berechnung der Vorsorgeverpflichtung erfolgt nach Swiss GAAP FER 16. Zusätzlich erfolgt die Offenlegung einer allfälligen Verpflichtung nach IPSAS 25 im Anhang zur Jahresrechnung § 3 Abs. 2 lit. a RLV und Anhang zur RLV).

Verhältnis zur Jahresrechnung

Die konsolidierte Jahresrechnung umfasst neben der Rechnung des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung auch die Einheiten der Rechtspflege, kantonale Behörden sowie Anstalten und weitere Organisationen, denen der Kanton wesentliche Betriebsbeiträge leistet und die er gleichzeitig wesentlich beeinflussen kann (§ 54 CRG).

Die Jahresrechnung des Stammhauses beinhaltet im Gegensatz zur konsolidierten Jahresrechnung nur die Rechnung des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (§ 47 ff. CRG). Buchführung und Rechnungslegung sind für beide Abschlüsse identisch (§ 27 RLV).

Verhältnis zum konsolidierten Budget

Das konsolidierte Budget wurde auf der gleichen Rechnungslegungsbasis wie die konsolidierte Jahresrechnung erstellt. Bei der Erstellung des konsolidierten Budgets 2010 wurden keine Vereinfachungen vorgenommen. Die zwischen den Leistungsgruppen geplanten innerbetrieblichen Verrechnungen wurden gegenseitig abgestimmt.

Konsolidierungskreis

Die konsolidierte Rechnung umfasst folgende Einheiten (§ 54 Abs. 1 CRG):

- Regierungsrat und Verwaltung
- Rechtspflege sowie die kantonalen Behörden
- Anstalten und weitere Organisationen, denen der Kanton wesentliche Betriebsbeiträge leistet und die er gleichzeitig wesentlich beeinflussen kann.

Betriebsbeiträge werden als wesentlich erachtet, wenn sie jährlich mindestens 20 Mio. Franken betragen (§ 28 Abs. 1 RLV). Der Begriff des Betriebsbeitrages ist dabei wirtschaftlich zu verstehen und ist nicht aus dem Staatsbeitragsgesetz abzuleiten.

Nicht konsolidiert werden Einheiten, die durch den Kanton gemäss § 3 des Staatsbeitragsgesetzes Subventionen erhalten (§ 28 Abs. 3 RLV).

Der Regierungsrat beschliesst jährlich den Kreis der zu konsolidierenden Einheiten. Mit RRB Nr. 429 vom 18. März 2009 wurden für die konsolidierte Rechnung 2010 die folgenden Einheiten festgelegt:

- Regierungsrat
- Direktionen und die Staatskanzlei mit allen unterstellten Verwaltungseinheiten
- Kantonsrat
- Finanzkontrolle
- Gerichte und Notariate
- Ombudsstelle / Datenschutzstelle
- Universität Zürich
- Zürcher Fachhochschulen, bestehend aus:
 - Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften
 - Zürcher Hochschule der Künste
 - Pädagogische Hochschule Zürich
- Zürcher Verkehrsverbund (Verbundorganisation)
- Zentralbibliothek Zürich
- Universitätsspital Zürich
- Kantonsspital Winterthur
- Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Auf den 1. Juli 2010 wurde die Zentralwäscherei in eine Aktiengesellschaft überführt und veräussert. Die beiden kantonalen Spitäler haben Anteile der privatisierten Wäscherei übernommen. Die Zentralwäscherei ist deshalb nicht mehr Bestandteil der konsolidierten Rechnung. Sie wird neu als Beteiligung im Finanzvermögen geführt.

Nicht konsolidiert werden die nachfolgend aufgeführten Einheiten:

- Abraxas Informatik AG
- Arbeitslosenkasse
- Axpo Holding AG
- BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich
- Elektrizitätswerke des Kantons Zürich
- Flughafen Zürich AG
- GVZ Gebäudeversicherung Kanton Zürich

- KANTAG AG
- Landwirtschaftliche Kreditkasse
- Legate und Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit
- Zentrum für Gehör und Sprache Zürich (ZGSZ)
- Zürcher Kantonalbank

Konsolidierungsgrundsätze

Bei der Konsolidierung gelten die nachfolgend aufgeführten Konsolidierungsgrundsätze:

Vollkonsolidierung: Die konsolidierte Rechnung wird nach dem Prinzip der Vollkonsolidierung erstellt (§ 29 RLV). Dies bedeutet, dass die Positionen der Bilanz und der Erfolgsrechnung der zu konsolidierenden Einheiten vollständig in die konsolidierte Rechnung integriert werden, bereinigt um Innenbeziehungen.

Einheitliche Abschlussstermine: Der Abschlusstermin für alle in die konsolidierte Rechnung einbezogenen Organisationen ist der 31. Dezember.

Einheitliche Rechnungslegungsgrundsätze: Alle zu konsolidierenden Einzelabschlüsse müssen aufgrund der im Gesetz über Controlling und Rechnungslegung, der dazugehörigen Verordnung, dem Handbuch für Rechnungslegung oder Fachweisungen erlassenen Rechnungslegungs- und Bewertungsrichtlinien erstellt werden.

Einheitliche Kontenpläne und Kontierungsrichtlinien: Damit der konsolidierte Abschluss des Kantons ordnungsgemäss erstellt werden kann, werden alle Einzelabschlüsse der einbezogenen Organisationen nach einheitlichen Kontenplänen und Kontierungsrichtlinien erstellt. Einzelabschlüsse, die aufgrund von nationalen oder lokalen Vorschriften unterschiedlich ausgestaltet sind, müssen durch Umgliederung, Umkontierung und Umbewertungen auf die für den Kanton geltenden Richtlinien umgeschlüsselt werden. Die konsolidierten Einheiten konsolidieren ihrerseits weitere Organisationen, wenn die Voraussetzungen dazu erfüllt sind (§ 30 Abs. 1 RLV).

Auswirkungen von Änderungen der Rechnungslegungsgrundsätze

Mit dem Geschäftsjahr 2009 hat der Kanton Zürich den Wechsel vom bisher gültigen Finanzhaushaltsgesetz und dem Harmonisierten Rechnungsmodell (HRM) zur neuen Rechnungslegung nach CRG vollzogen. Die Auswirkungen auf die Bilanz und Erfolgsrechnung wurden im Vorfeld untersucht. Der Bilanzanpassungsbericht per 31.12.2007 (Vorlage 4545) und der entsprechende Anpassungsbericht zur Bilanz per 31.12.2008 (Vorlage 4625) beschreiben die Auswirkungen. Der Kantonsrat hat am 14. Dezember 2009 die neuen Ausgangswerte der Bilanz per 1.1.2009 verabschiedet. Nachträglich zu behebbende und zum damaligen Zeitpunkt nicht erkannte Mängel wurden dem Kantonsrat mit der Staatsrechnung 2009 zur Genehmigung vorgelegt. Der Kantonsrat hat am 12. Juli 2010 den Geschäftsbericht und damit auch den Finanzbericht 2009 mit konsolidierter Rechnung und Jahresrechnung samt Anhängen und Beilagen genehmigt.

Annahmen und Schätzungen

Die Erstellung der konsolidierten Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsprinzipien bedingt die Anwendung von Schätzwerten und das Treffen von Annahmen, welche die ausgewiesenen Beträge von Aktiven und Verbindlichkeiten, die Erträge und Aufwendungen sowie die damit zusammenhängende Offenlegung von Eventualforderungen und -

verbindlichkeiten per Bilanzstichtag beeinflussen. Die konsolidierten Einheiten treffen dabei Schätzungen und Annahmen bezüglich der Zukunft, wobei die effektive Entwicklung definitionsgemäss von den buchhalterischen Schätzwerten abweichen kann. Schätzungen und Beurteilungen werden laufend ausgewertet und basieren einerseits auf historischen Erfahrungen wie auch anderen Faktoren, einschliesslich des Eintreffens zukünftiger Ereignisse, die unter Umständen möglich sind.

Wesentliche Schätzungen und Annahmen werden insbesondere in folgenden Positionen vorgenommen:

Fiskalertrag

Die Einkommens-, Vermögens-, Reingewinn- und Eigenkapitalsteuern werden gemäss den Bestimmungen von § 19 RLV ermittelt. Wenn es erforderlich ist, von den Rechenregeln von § 19 RLV abzuweichen, um ein den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kantons gemäss § 44 CRG zu erhalten, so werden diese Abweichungen wie auch die dazu notwendigen Schätzungen und Annahmen begründet und dokumentiert.

Immobilien im Finanzvermögen

Gemäss § 56 Abs. 1 CRG sind Liegenschaften des Finanzvermögens zum Verkehrswert zu bilanzieren. Eine erfolgswirksame Neubewertung erfolgt mindestens alle vier Jahre oder wenn die Marktpreise wesentlich von den bilanzierten Werten abweichen. Die Immobilien wurden gemäss dem "Sachwertverfahren" bewertet. Dieses Verfahren stützt sich auf verschiedene Schätzungen, so zur Nutzungsdauer, zu den Bodenpreisen und den Lageklassen.

Beteiligungen im Finanzvermögen

Bei der Bewertung von Beteiligungen des Finanzvermögens, welche nicht börsenkotiert sind und für die auch keine konkreten Kaufangebote bestehen, kann auf ertragswertbasierte Bewertungsmodelle wie z.B. Discounted Cash Flow DCF abgestellt werden. Die Schätzung des Marktwertes hängt dann von Annahmen über die zukünftigen Geldflüsse und über den Diskontierungssatz ab.

Wertminderungen auf Sachanlagen und immateriellen Anlagen

Die Sach- und immateriellen Anlagen werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Dabei sind für Anlagen des Verwaltungsvermögens der Wert der zukünftigen Nutzen und zukünftiger Geldflüsse bei einer allfälligen Veräusserung zu beurteilen. Die früheren Beurteilungen können sich als falsch erweisen und zu einer Wertminderung gemäss § 57 Abs. 3 CRG führen, wenn beispielsweise die Nutzungsdauer von Anlagen verkürzt wurden, Gebäude anders genutzt werden, Anlagen anders als prognostiziert technisch veralteten oder frühere Ertragsprognosen für Produkte und Lizenzen sich als falsch erwiesen.

Rückstellungen

Die konsolidierten Einheiten sind im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Vergangenheit verschiedener Risiken ausgesetzt, welche zu zukünftigen Geldabflüssen führen können. Die sicher oder wahrscheinlichen Geldabflüsse sind zur Bildung von Rückstellungen zu schätzen (§ 55 Abs. 2 CRG)

Offengelegte Pensionsverpflichtungen

Im Rahmen der Berechnungen der Vorsorgeverpflichtungen sowie der Über- bzw. Unterdeckung nach IPSAS 25 werden verschiedene versicherungsmathematische Annahmen getroffen wie zum Beispiel die jährlich erwarteten Lohnerhöhungen und Rentenanpassungen, Austritts- und Sterbewahrscheinlichkeiten.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Fiskalertrag

Steuerträge werden grundsätzlich in jenem Rechnungsjahr verbucht, für das sie geschuldet sind. Die Staatssteuererträge werden gemäss § 19 RLV berechnet. Quellensteuererträge werden verbucht, wenn sie vereinnahmt werden (§ 19 Abs. 1 RLV), die Erträge der Erbschafts- und Schenkungssteuererträge, wenn sie definitiv veranlagt, die Nachsteuern und Bussen der Staatssteuern wenn sie in Rechnung gestellt sind.

Die Schätzung der Staatssteuererträge, die in den ersten vier Jahren nach der Steuerperiode für diese Steuerperiode eingehen (Nach- und Rückträge), erfolgt gemäss folgenden methodischen Ansätzen:

- Der Ertrag wird für natürliche und juristische Personen getrennt berechnet.
- Die erwarteten Nach- und Rückträge werden als prozentualer Zuschlag zu den im Rechnungsjahr (=Steuerperiode) provisorisch in Rechnung gestellten Steuern berechnet. Der Zuschlag wird für die vier Jahre berechnet, die auf die Steuerperiode folgen.
- Der prozentuale Zuschlag entspricht den durchschnittlichen Nachträgen der vergangenen acht Jahre. Davon kann abgewichen werden, wenn der Durchschnitt der Nachträge für das Rechnungsjahr als nicht repräsentativ erachtet wird. Solche Korrekturen müssen begründet und überprüfbar sein. Die Begründungen für Korrekturen werden im Anhang der Jahresrechnung offen gelegt.

Der Ertrag der Staatssteuern wird im vierten Jahr nach der Steuerperiode abgerechnet, weil dessen Höhe dann im Wesentlichen bekannt ist. Mehr- oder Mindererträge im Vergleich zum verbuchten Steuerertrag werden erfolgswirksam verbucht. Spätere Nach- und Rückträge werden im Rechnungsjahr, in dem sie anfallen, erfolgswirksam verbucht.

Besondere Entwicklungen und Beurteilungen können eine Korrektur der geschätzten Steuererträge nötig machen, noch bevor sie vier Jahre später ordentlich abgerechnet und erfolgswirksam korrigiert werden. Dies wenn die Entwicklung der Nach- und Rückträge frühzeitig eine grosse Differenz zwischen den tatsächlichen und den verbuchten Nach- und Rückträgen erwarten lässt.

Die Forderungen aus Fiskalerträgen sind nach den gleichen Grundsätzen zu bewerten wie die übrigen Forderungen.

Erfassung von Entgelten, Regalien, Konzessionen und verschiedenen Erträgen

Entgelte stellen Erträge aus betrieblichen Leistungen dar. Bedeutende Entgelte sind beispielweise Gebühren für Amtshandlungen, Spital- und Heimtaxen, Schul- und Kurstaxen sowie Erträge aus Dienstleistungen, Verkäufen und Bussen.

Regalien und Konzessionen sind Erträge aus der Nutzung hoheitlicher Güter durch Dritte wie das Salzregal, Jagd- und Fischereiregal oder aus der Verleihung von Konzessionen wie für Spielbanken- und Spielautomaten, Lotterie und Sport-Toto. Eine besondere Stellung nimmt dabei der Gewinnanteil an der Schweizerischen Nationalbank ein.

Der Ertrag bei Entgelten wird generell im Zeitpunkt der Lieferung oder zum Zeitpunkt der Leistungserbringung durch den Kanton verbucht. Der Ertrag aus Gebühren wird im Zeitpunkt der Eröffnung des Entscheides (Verfügung, Bewilligung) verbucht. Dieser Grundsatz gilt auch für die Ertragsverbuchung von Bussen. Wird ein Rechtsmittel gegen eine Verfügung oder Busse ergriffen, erfolgt eine Verlängerung der Zahlungsfrist.

Verschiedene Erträge umfassen verschiedene betriebliche Erträge, aktivierte Eigenleistungen, Bestandesveränderungen und übrige, nicht zuordenbare Erträge. Die Erträge werden zum Zeitpunkt der Lieferung oder der Leistung durch den Kanton verbucht.

Transfererträge

Anteile an Einnahmen anderer Gemeinwesen und Beiträgen ohne Zweckbindung werden als Ertrag verbucht. Der Kanton Zürich partizipiert auf Grund gesetzlicher Grundlagen an den Einnahmen anderer Gemeinwesen, hauptsächlich aber des Bundes. Diese Einnahmen umfassen unter anderem Anteile an der direkten Bundessteuer, Anteile am Wehrpflichtersatz, Anteile am Ertrag der eidgenössischen Alkoholverwaltung oder Beiträge im Rahmen des Finanzausgleichs. Anteile und Beiträge ohne Verwendungszweck werden grundsätzlich in dem Jahr verbucht, in dem der Kanton einen Rechtsanspruch auf seinen Anteil hat.

Entschädigungen sind Überweisungen von einem Gemeinwesen an den Kanton, sofern dieser ganz oder teilweise eine Aufgabe erfüllt, die einem öffentlichen Zweck dient und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des anderen Gemeinwesens ist. Die Entschädigung an den Kanton wird auf Grund der Kosten der Aufgabe beim Kanton bemessen. Die Entschädigungen werden in der gleichen Periode erfolgswirksam verbucht, wie der Aufwand des Kantons für die Erbringung der öffentlichen Aufgabe verbucht wurde.

Beiträge von anderen Institutionen sind eingehende Beiträge, die für den Kanton selbst bestimmt sind und deren Verwendung zweckgebunden ist. Sie werden vom zahlenden Gemeinwesen auf Grund eines Erlasses gewährt. Beiträge von anderen Institutionen werden in dem Jahr als Ertrag verbucht, in welchem der Kanton die Leistung erbringt.

Durchlaufende Beiträge

Durchlaufende Beiträge sind Beiträge, die der Kanton Zürich von anderen Gemeinwesen zugunsten von anderen Gemeinwesen oder Dritten erhält. Die Beiträge sind nicht für den Kanton bestimmt, sondern werden an andere Begünstigte weitergeleitet. Die durchlaufenden Beiträge unterteilen sich in Betriebsbeiträge und Investitionsbeiträge, welche vorschüssig, periodengerecht oder nachschüssig geleistet werden können.

Durchlaufende Betriebsbeiträge werden aus Gründen der Transparenz brutto über die Erfolgsrechnung verbucht. Da die Geldeingänge und -abgänge nicht automatisch in der gleichen Rechnungsperiode erfolgen müssen, sind entsprechende periodengerechte Abgrenzungen vorzunehmen. Abgrenzungen werden so gebildet, dass die durchlaufenden Beiträge in dem Jahr in der Erfolgsrechnung ausgewiesen werden, in dem der Endberechtigte die beitragsberechtigende Leistung erbringt.

Transferaufwände

Anteile anderer Gemeinwesen an Einnahmen und Beiträgen ohne Zweckbindung des Kantons werden als Transferaufwand ausgewiesen. Die Aufwände werden in der gleichen Rechnungsperiode erfasst, wie die entsprechende Ertragsbuchung. Die Verbuchung erfolgt in der Regel brutto.

Entschädigungen an Gemeinwesen sind Abgeltungen für Dienstleistungen von Gemeinwesen, die für den Staat ganz oder teilweise Aufgaben erfüllen, die öffentlichen Zwecken dienen und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des Staates sind. Die Entschädigungen an Gemeinwesen werden in der Rechnungsperiode als Transferaufwand erfasst, in welcher die Leistungen von den anderen Gemeinwesen erbracht werden.

Beiträge sind gemäss Staatsbeitragsgesetz vom 1. April 1990 „zweckgebundene geldwerte Leistungen für die Erfüllung von Aufgaben im öffentlichen Interesse“. Auch diese stellen Transferaufwand dar. Sie werden ausgerichtet in der Form von Kostenanteilen, Kostenbeiträgen oder Subventionen. Bei Kostenanteilen und Kostenbeiträgen hat der Empfänger einen rechtlich

begründeten Anspruch, bei Subventionen nicht. Kostenbeiträge unterscheiden sich von Kostenanteilen dahingehend, als dass die Höhe des Beitrages nicht gesetzlich definiert ist, sondern vom Kantonsrat mit dem Budget festgelegt wird.

Beiträge unterscheiden sich von den Investitionsbeiträgen dadurch, dass beim Empfänger keine dauerhaften Vermögenswerte mit Investitionscharakter begründet werden. Beiträge sind zweckgebunden und können mit zusätzlich einzuhaltenden Bedingungen beim Empfänger versehen sein.

Für die periodengerechte Erfassung der Beiträge wird jeder Einzelfall gesondert beurteilt. Bei Kostenanteilen und Kostenbeiträgen erfolgt die Verbuchung im Jahr der Leistungserbringung des Empfängers. Bei Subventionen ist für die Verbuchung ein rechtsgültiger Entscheid notwendig. Die Verbuchung ist gleich geregelt wie diejenige bei Kostenanteilen.

Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen (Finanzvermögen)

Diese umfassen Kassenbestände, Postguthaben, Sichtguthaben bei Banken, Zahlungen unterwegs, kurzfristige Geldmarktanlagen mit originären Laufzeiten von weniger als 90 Tagen oder Geldmarktanlagen, die jederzeit in Bargeld umgewandelt werden können. Flüssige Mittel werden zum Nennwert und Geldmarktanlagen zum Marktwert bewertet.

Forderungen (Finanzvermögen)

Forderungen werden verbucht, wenn die entsprechende Lieferung oder Leistung erbracht ist und der Nutzen an den Käufer beziehungsweise Leistungsbezüger übergegangen ist. Forderungen werden zu Nominalwerten ausgewiesen, sofern deren Rückzahlung innerhalb eines Jahres vorgesehen ist. Andernfalls werden diese als langfristige Finanzanlage behandelt. Für zweifelhafte Forderungen, das allgemeine Kreditrisiko und zu erwartende Ertragsminderungen (Skonti) werden Wertberichtigungen vorgenommen. Die Forderungen werden nach dem Grundsatz der Einzelbewertung wertberichtigt. Pauschale Wertberichtigungen sind nur zulässig, wenn solide Erfahrungswerte vorliegen. Die Höhe der Wertberichtigungen richtet sich nach den konkreten Verhältnissen.

Vorräte und angefangene Arbeiten (Finanzvermögen)

Warenvorräte werden mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellkosten und dem realisierbaren Nettoverkaufswert bilanziert. Die Anschaffungs- und Herstellkosten werden nach der gewichteten Durchschnittsmethode ermittelt. Ist die Durchschnittskostenmethode unverhältnismässig, kann eine andere Bewertungsmethode beantragt werden.

In der Bilanz werden alle Auftragskosten, die wertvermehrend für den zu erstellenden Vermögenswert sind, unter der Position angefangene Arbeiten aktiviert. Die Bilanzierung von Bau- und Fertigungsaufträgen erfolgt für Projekte grösser 500'000 Franken nach der Percentage of Completion-Methode. Der Fortschrittsgrad wird individuell für jedes Projekt ermittelt, indem die bereits aufgelaufenen Kosten ins Verhältnis zu den erwarteten Gesamtkosten gesetzt werden. Die aufgelaufenen Kosten und die gemäss Fortschrittsgrad realisierten Gewinne / Verluste werden laufend in der Erfolgsrechnung ausgewiesen. Kleinere Projekte werden in einer Sammelposition nach der Cost of Completion-Methode bewertet und bilanziert. Kann der Fortschrittsgrad eines Projektes nicht verlässlich bestimmt werden, sind die Auftragskosten in der anfallenden Periode als Aufwand zu erfassen. Vorauszahlungen für angefangene Arbeiten werden periodengerecht abgegrenzt. Vorauszahlungen werden von den angefangenen Arbeiten gesondert ausgewiesen, es erfolgt eine Bruttodarstellung der Positionen.

Finanzanlagen im Finanzvermögen

Zu den Finanzanlagen im Finanzvermögen gehören Festgelder und alle Finanzanlagen, die nicht der Kontogruppe der Aktivdarlehen und der Beteiligungen zugeordnet werden können, sowie positive Wiederbeschaffungswerte aus Marktwertbewertungen von derivativen Finanzinstrumenten.

Festgelder sind verzinsliche Anlagen mit einer Restlaufzeit zwischen 90 und 360 Tagen, die der Kanton Zürich zur Anlage im Moment nicht benötigter Mittel hält. Die Bewertung der Festgelder erfolgt zum Nennwert. Positionen, deren Verzinsung von den üblichen Marktkonditionen abweicht, werden diskontiert. Festgeldanlagen mit einer Laufzeit über 360 Tage werden unter den übrigen langfristigen Finanzanlagen ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente

Der Kanton Zürich setzt derivative Finanzinstrumente als Sicherungsgeschäfte von Grundgeschäften im Bereich der Zinsen und Fremdwährungen ein. In der Bilanz werden diese Sicherungsgeschäfte zu Marktwerten bilanziert. Die Sicherungsinstrumente (Zinssatzswap oder Fremdwährungsswap) werden nach Hedge Accounting verbucht, wenn das Sicherungsinstrument und das Grundgeschäft identifizierbar sind und das Sicherungsgeschäft effektiv und wirksam ist. Wertveränderungen werden beim Hedge Accounting direkt im Eigenkapital erfasst und von dort zum Zeitpunkt der erfolgsmässigen Erfassung des Grundgeschäftes wieder ausgebucht. Sollte sich das Finanzinstrument nicht als Sicherungsinstrument für das Hedge Accounting qualifizieren, werden die Marktwertveränderungen am Bilanzstichtag in der Erfolgsrechnung verbucht.

Aktivdarlehen im Verwaltungsvermögen

Darlehen im Verwaltungsvermögen werden aktiviert, wenn ihr Wert verlässlich ermittelt werden kann und ihre Nutzung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen ist. Sie werden zum Nominalwert, abzüglich allfälligen Wertberichtigungen, beziehungsweise dem Anschaffungswertprinzip bewertet. Es gilt der Grundsatz der Einzelbewertung. Eine Ausnahme stellen die Ausbildungsdarlehen dar, die pauschal bewertet werden, da das einzelne Darlehen in der Regel unter 50'000 Franken liegt.

Wertberichtigungen von Darlehen werden vorgenommen, wenn der gewährte Zins tiefer ist als der Marktzins, die Bonität des Schuldners fraglich ist, ein Rangrücktritt besteht oder wenn die Werthaltigkeit der zur Verfügung gestellten Sicherheiten fraglich ist. Die Höhe der Wertberichtigung richtet sich nach den konkreten Umständen und wird jährlich neu beurteilt.

Aktivdarlehen im Finanzvermögen

Darlehen im Finanzvermögen werden aktiviert, wenn ihr Wert verlässlich ermittelt werden kann und sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen. Sie werden zum Nominalwert, abzüglich allfälliger Wertberichtigungen, beziehungsweise dem tieferen Verkehrswert bewertet. Es gilt der Grundsatz der Einzelbewertung.

Wertberichtigungen von Darlehen werden vorgenommen, wenn der gewährte Zins tiefer ist als der Marktzins, die Bonität des Schuldners fraglich ist, ein Rangrücktritt besteht oder wenn die Werthaltigkeit der zur Verfügung gestellten Sicherheiten fraglich ist. Die Höhe der Wertberichtigung richtet sich nach den konkreten Umständen und wird jährlich neu beurteilt.

Investitionsbeiträge

Die vom Kanton Zürich gewährten Investitionsbeiträge werden aktiviert, wenn der Wert der Investitionsbeiträge verlässlich ermittelt werden kann und sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen über den Empfänger des Investitionsbeitrags für die

Öffentlichkeit hervorbringen oder ihre Nutzung zu Erfüllung einer überjährigen öffentlichen Aufgabe vorgesehen ist. Damit eine Aktivierung erfolgen kann, muss der Investitionsbeitrag an gesetzliche oder vertragliche Bedingungen geknüpft sein, deren Nichteinhaltung eine vollständige oder anteilige Rückforderung zu Folge haben und welche rechtlich durchsetzbar sind. Die Rückforderbarkeit muss zudem wahrscheinlich sein. Es besteht keine Aktivierungsuntergrenze.

Aktivierte Investitionsbeiträge werden über die Nutzungsdauer des mit den Investitionsbeiträgen finanzierten Investitionsgutes oder aber die kürzere Frist für den Wegfall der mit den Investitionsbeiträgen einhergehenden Auflagen und Bedingungen abgeschrieben. Grossprojekte mit langjähriger Bauphase werden auf dem Konto „Anlagen im Bau“ aktiviert. Die Umgliederung erfolgt bei Bauabschluss beziehungsweise bei Phasenabschluss bei gestaffelter Inbetriebnahme.

Vom Kanton Zürich empfangene Investitionsbeiträge werden unter langfristigen Verbindlichkeiten bilanziert, wenn der Mittelzufluss zur Finanzierung von Mobilien oder Immobilien resp. eines Investitionsguts verwendet wird, welches für den Kanton oder die Öffentlichkeit einen überjährigen wirtschaftlichen Nutzen erbringt. Der Schuldbetrag entspricht dabei dem gewährten Geldbetrag. Eine Verrechnung der empfangenen Beiträge und des Investitionsguts darf nicht vorgenommen werden. Die langfristigen Verbindlichkeiten werden über die Nutzungsdauer des mit den empfangenen Investitionsbeiträgen finanzierten Investitionsguts über die Erfolgsrechnung im Transferertrag linear aufgelöst.

Beteiligungen

Beteiligungen werden aktiviert, wenn ihr Wert mittels anerkannter Bewertungsmethode verlässlich ermittelt werden kann und sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen oder ihre Nutzung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen ist. Für Beteiligungen im Finanzvermögen und im Verwaltungsvermögen gilt der Grundsatz der Einzelbewertung.

Beteiligungen im Verwaltungsvermögen

Beteiligungen im Verwaltungsvermögen werden zum Anschaffungswert abzüglich notwendiger Wertberichtigungen bewertet. Der maximal bilanzierbare Wert entspricht dem Anschaffungswert oder dem tieferen effektiven Wert. Die Beteiligungen werden jährlich bezüglich ihrer Werthaltigkeit überprüft.

Beteiligungen im Finanzvermögen

Beteiligungen im Finanzvermögen werden zum Verkehrswert bewertet. Für börsennotierte Gesellschaften entspricht der Marktwert dem Börsenwert. Für nicht kotierte Gesellschaften werden beispielsweise Kaufangebote oder ertragswertbasierte Modelle zu Bewertung beigezogen. Die Bewertung der verschiedenen Unternehmensbeteiligungen erfolgt gleichartig. Marktwertbewertungen werden periodisch aufdatiert und an neue Gegebenheiten angepasst.

Mobilien

Mobilien werden im Finanz- wie auch im Verwaltungsvermögen aktiviert, sofern ihr Wert verlässlich ermittelbar ist und sie für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen sind. Die Aktivierungsgrenze für Mobilien beträgt 50'000 Franken. Mit der Zustimmung der Finanzverwaltung darf die Aktivierungsuntergrenze bis auf 10'000 Franken gesenkt werden. Die Aktivierungsgrenze gilt für Neuerwerbungen wie auch für nachträgliche, wertvermehrnde Investitionen. Wertvermehrnd ist eine Investition dann, wenn dadurch zusätzliche künftige wirtschaftliche Nutzen geschaffen oder die Nutzung gesteigert wird.

Bestandteile werden separat aktiviert, wenn sie unterschiedliche Nutzungsdauern aufweisen oder ihre Nutzung in einer unterschiedlichen Abschreibungsmethode berücksichtigt werden muss.

Mobilien im Verwaltungsvermögen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und auf Grund der geschätzten Nutzungsdauer linear zulasten der Erfolgsrechnung abgeschrieben. Es wird jährlich überprüft, ob Anzeichen für dauern-

de Wertminderungen bestehen. Wird eine dauernde Wertminderung festgestellt, erfolgt eine ausserplanmässige Abschreibung.

Für Mobilien im Finanzvermögen gilt das Verkehrswertprinzip. Die Vermögenswerte werden jährlich bezüglich ihrer Werthaltigkeit überprüft. Liegen Indikatoren für Wertebussen vor, werden die Sachanlagen neu bewertet und gegebenenfalls ausserordentliche Abschreibungen vorgenommen.

Immobilien im Verwaltungsvermögen

Immobilien im Verwaltungsvermögen werden aktiviert, sofern ihr Wert verlässlich ermittelbar ist und sie für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen sind. Die Aktivierungsgrenze für Immobilien beträgt 50'000 Franken. Es werden jedoch alle Immobilien aktiviert. Gebäude mit einem Wert von weniger als 50'000 Franken werden noch im Anschaffungsjahr vollständig abgeschrieben.

Immobilien im Verwaltungsvermögen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und auf Grund der geschätzten Nutzungsdauer linear zulasten der Erfolgsrechnung abgeschrieben. Ausgenommen sind Grundstücke und Wäldungen, welche nicht abgeschrieben werden. Die Bilanzpositionen des Verwaltungsvermögens werden jährlich auf Anzeichen für dauernde Wertminderungen überprüft. Liegt der Nutzwert dauerhaft unterhalb des Buchwertes, wird eine ausserplanmässige Abschreibung vorgenommen.

Wertvermehrende Investitionen über 50'000 Franken, welche zusätzlichen künftigen wirtschaftlichen Nutzen schaffen oder den wirtschaftlichen Nutzen einer Sachanlage verlängern, werden aktiviert. Reine Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen werden als Aufwand erfasst.

Bestandteile werden separat aktiviert, wenn sie unterschiedliche Nutzungsdauern aufweisen oder ihre Nutzung in einer unterschiedlichen Abschreibungsmethode berücksichtigt werden muss.

Aktivierte Mieterausbauten und Installationen in gemieteten Räumlichkeiten werden über die geschätzte Nutzungsdauer oder die kürzere Mietvertragsdauer abgeschrieben. Bei Ende des Mietverhältnisses sind sie vollständig abzuschreiben, es sei denn, sie können bei einem Rückbau weiter verwendet werden.

Immobilien im Finanzvermögen

Immobilien im Finanzvermögen werden aktiviert, sofern ihr Wert verlässlich ermittelbar ist und sie einen zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen. Immobilien werden vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen übertragen, wenn sie nicht weiter für die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben vorgesehen sind. Der Übertrag vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen erfolgt zum Buchwert im Verwaltungsvermögen. Die Aktivierungsgrenze für Immobilien beträgt 50'000 Franken.

Immobilien werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Für die Folgebewertung von Immobilien des Finanzvermögens gilt das Verkehrswertprinzip. Die Vermögenswerte werden jährlich bezüglich ihrer Werthaltigkeit überprüft. Liegen Indikatoren für Wertebussen vor, werden die Sachanlagen neu bewertet und gegebenenfalls ausserordentliche Abschreibungen vorgenommen. Eine Neubewertung erfolgt mindestens alle vier Jahre. Gleichartige Sachanlagen werden gleichzeitig neu bewertet.

Wertvermehrende Investitionen über 50'000 Franken, welche zusätzlichen künftigen wirtschaftlichen Nutzen schaffen oder die wirtschaftliche Nutzungsdauer einer Sachanlage verlängern, werden aktiviert. Reine Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen werden als Aufwand erfasst.

Immaterielle Anlagen

Als immaterielle Anlagen qualifizieren sich insbesondere Software, Copyrights, eigene Rezepte, Lizenzen, Goodwill, kommerziell nutzbare Forschungsergebnisse, einzigartiges Know-how für polizeiliche Untersuchungen, Baupläne oder im Grundbuch eingetragene Rechte.

Damit eine Aktivierung der immateriellen Anlage erfolgt, muss diese identifizierbar sein, die Verfügungsmacht beim Kanton liegen, ein künftiger wirtschaftlicher Nutzen bestehen und die Anschaffungs- und Herstellkosten nachweisbar sein. Die Aktivierungsuntergrenze beträgt 200'000 Franken. Erworbene und selbst hergestellte immaterielle Anlagen werden zu Anschaffungs- und Herstellkosten bewertet. Die geschätzte Nutzungsdauer, über welche die Anlagen linear abgeschrieben werden, liegt bei Software zwischen 3 und 5 Jahren. Patente, Lizenzen und Nutzungsrechte werden nicht abgeschrieben.

Die Werthaltigkeit von immateriellen Anlagen wird immer dann überprüft, wenn auf Grund veränderter Umstände oder Ereignisse eine Überbewertung der Buchwerte möglich scheint.

Leasing

Anlagen, die aufgrund von Leasingverträgen genutzt werden und bei denen die Chancen und Risiken aus Eigentum auf den Leasingnehmer übergehen, sind unter derjenigen Position zu aktivieren, wie wenn sie gekauft worden wären. Dabei erfolgt die erstmalige Bilanzierung zum Barwert der minimalen Leasingzahlungen. Als Abzinsungsfaktor wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende Zinssatz angewendet. Gleichzeitig wird die zugehörige Verpflichtung als Leasingverbindlichkeit erfasst. Die Leasingraten sind in einen Zins- und Tilgungsanteil aufzuteilen. Die Abschreibung des Leasinggutes erfolgt über die im Vertrag vereinbarte Nutzungsdauer oder falls in Bezug auf die Nutzungsdauer keine Regelung vorliegt über die wirtschaftliche Nutzungsdauer. Leasingzahlungen bei operativem Leasing sind als Aufwand in der Erfolgsrechnung linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses zu erfassen.

Alle Leasings mit einem Vertragswert von weniger als 50'000 Franken pro Sachverhalt werden als operatives Leasing gleich wie Miete behandelt.

Dauernde Wertminderungen (Impairments)

Die Bilanzpositionen des Verwaltungsvermögens werden regelmässig auf Anzeichen für dauernde Wertminderungen überprüft. Bei Vorliegen von Anzeichen einer Überbewertung wird auf Basis der künftigen aus der Nutzung und der letztendlichen Verwertung erwarteten Mittelflüsse der Marktwert abzüglich eventueller Veräusserungskosten ermittelt.

Übersteigt der Buchwert den Nettoveräusserungserlös und Nutzungswert, wird eine Wertminderung in der Höhe der Differenz als ausserplanmässige Abschreibung verbucht.

Laufende Verbindlichkeiten

Laufende Verbindlichkeiten werden bilanziert, wenn ihr Ursprung in einem Ereignis der Vergangenheit liegt und der Mittelabfluss zur Erfüllung sicher oder wahrscheinlich ist. Sie sind in der Regel innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zu begleichen. Sie werden zum Nominalwert bilanziert.

Finanzverbindlichkeiten

Finanzverbindlichkeiten sind monetäre Schulden, die aus Finanzierungstätigkeiten des Kantons entstehen. Unter kurzfristige Finanzverbindlichkeiten, welche innerhalb von 12 Monaten zur Rückzahlung fällig werden, fallen Verbindlichkeiten gegenüber Geldinstituten und sonstigen Parteien. Zu den langfristigen Finanzverbindlichkeiten gehören Hypotheken, Schuldscheine, Kassarheine, Staatsanleihen, Darlehen und langfristige Leasingverbindlichkeiten.

Die Bewertung der kurzfristigen und langfristigen Finanzverbindlichkeiten erfolgt grundsätzlich zum Nominalwert. Kassascheine und Staatsanleihen werden nach der Effektivzinsmethode bewertet. Die Effektivzinsmethode verteilt die Differenz zwischen Anschaffungs- und Rückzahlungswert (Agio / Disagio) über die gesamte Laufzeit der Anlage. Daraus resultiert eine konstante Verzinsung bis zum Endverfall.

Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet, wenn aus einem Ereignis in der Vergangenheit eine Verpflichtung entsteht, der Abfluss von Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung wahrscheinlich ist und eine zuverlässige Schätzung der Höhe der Verpflichtung vorgenommen werden kann. Ist der Abfluss von Ressourcen nicht wahrscheinlich, das heisst kleiner als 50 % oder kann er nicht zuverlässig geschätzt werden, wird der Sachverhalt als Eventualverbindlichkeit im Anhang ausgewiesen.

Rückstellungen werden gebildet, wenn das fragliche Ereignis ein mögliche Verpflichtung grösser 500'000 Franken für den Kanton zur Folge hat. Rückstellungen für personalrechtliche Ansprüche werden ungeachtet von deren Höhe gebildet.

Restrukturierungsrückstellungen werden erst nach Vorlage eines Entscheides des zuständigen Organs, nach Vorlage eines detaillierten Restrukturierungsplans inklusive des Zeitpunkts der Reorganisation und wenn deren Höhe mit ausreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann, gebildet.

Die Bewertung muss nach dem Grundsatz der bestmöglichen Schätzung erfolgen. Die gebildete Rückstellung muss unter Verwendung aller mit verhältnismässigem Aufwand erhältlichen Informationen nachvollziehbar begründet werden können.

Vorsorgeverpflichtungen

Der Kanton hat sich bei der Bilanzierung- und Bewertung von Vorsorgekapitalien für folgende Lösung entschieden: Die Bilanzierung der Vorsorgeverpflichtung in der Rechnungslegung erfolgt nach dem Grundsatz von Swiss GAAP FER 16. Die Bewertung wird jährlich aktualisiert. Die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25, welcher sich stark an IAS 19 orientiert, wird als Eventualverpflichtung im Anhang der konsolidierten Rechnung ausgewiesen. Die Bewertung der Verpflichtung erfolgt nach IPSAS 25 zu Beginn jeder Legislaturperiode neu. Bei ausserordentlichen Entwicklungen erfolgen zusätzliche Bewertungen während der Legislaturperiode.

Nachfolgend sind die Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze nach Swiss GAAP FER 16 und IPSAS 25 aufgeführt.

Bilanzierung und Bewertung nach Swiss GAAP FER 16

Es erfolgt eine jährliche Beurteilung, ob aus Sicht des Kantons per Bilanzstichtag ein wirtschaftlicher Nutzen oder eine wirtschaftliche Verpflichtung besteht. Als Grundlage dient die nach Swiss GAAP FER 26 erstellte statutarische Jahresrechnung der Vorsorgeeinrichtung. Die Höhe des wirtschaftlichen Nutzens entspricht dem vorgesehenen Umfang, in dem der Kanton mindestens von vorhandenen freien Mitteln der Pensionskasse profitieren kann, z.B. über eine Senkung der Arbeitgeberbeiträge. Die Höhe der wirtschaftlichen Verpflichtung entspricht dem Mittelumfang, den der Kanton für die Behebung einer bestehenden Unterdeckung in der Pensionskasse aufwenden muss oder will, z.B. über Sanierungsbeiträge. Die Veränderung des wirtschaftlichen Nutzens oder der wirtschaftlichen Verpflichtung gegenüber dem entsprechenden Wert der Vorperiode wird über die Erfolgsrechnung erfasst.

Bilanzierung und Bewertung nach IPSAS 25

Ziel der Rechnungslegung nach IPSAS 25 ist in erster Linie der periodengerechte Ausweis des Aufwandes für Leistungen an Arbeitnehmende. Dies bedeutet im Wesentlichen eine neue Berechnung der Verpflichtungen und des sich daraus ergebenden Aufwandes sowie die Erfassung dieses Aufwandes, der in der Regel vom reglementarisch bezahlten Arbeitgeberbeitrag abweicht.

Das technisch notwendige Deckungskapital wird im Unterschied zu den Bestimmungen im BVG dynamisch und unter Verwendung eines anderen Diskontierungssatzes berechnet. Dynamisch bedeutet, dass künftige Entwicklungen der versicherungstechnischen Annahmen, welche für die Höhe der künftigen Vorsorgeleistungen relevant sind, in die Berechnung des Deckungskapitals einbezogen werden müssen. Die versicherungstechnischen Annahmen widerspiegeln die demographische Entwicklung der Anspruchsberechtigten wie die Sterblichkeit, die Invalidität oder die Austritts- und Pensionierungswahrscheinlichkeit. Weiter wird der technische Zinssatz, die künftige Lohnentwicklung, die künftige Rentenanpassungen und der voraussichtliche Vermögensertrag bei der Berechnung des Deckungskapitals berücksichtigt.

Den neu berechneten Vorsorgeverpflichtungen werden die Aktiven abzüglich übrigen Verpflichtungen zu reinen Marktwerten, das heisst ohne Schwankungsreserve, gegenübergestellt.

Fonds, Legate und Stiftungen

Alle Fonds werden zu Nominalwerten bewertet. Sie werden nach ihrem Charakter und wirtschaftlichen Gehalt dem Fremd- oder Eigenkapital zugeordnet. Im Fremdkapital werden Fonds ausgewiesen, die ihren Ursprung im Bundesrecht haben, die Mittel treuhänderisch zur Verfügung stehen oder gebildet wurden, um in der Vergangenheit begründete Schäden zu decken. Die übrigen Fonds werden im Eigenkapital ausgewiesen. Aufwand und Ertrag der Fonds im Fremdkapital sowie von Fonds zur Vorfinanzierung von Investitionen werden brutto über die Erfolgsrechnung verbucht. Die Über- oder Unterdeckungen der Fonds im Eigenkapital werden als Teil des Jahresergebnisses ausgewiesen und im Eigenkapitalnachweis dargestellt.

Legate und Stiftungen sind Vermächtnisse von meist privaten Dritten zu Gunsten des Kantons oder seiner Anstalten in Form von Vermögenswerten. Die Verwendung der Mittel wird vom Donator unterschiedlich stark vorgegeben oder eingeschränkt.

Legate und Stiftungen können mit eigener oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit gebildet werden. Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit verfügen über einen eigenen Stiftungsrat, der auch das Reglement genehmigt, die Rechnung abnimmt und die Oberaufsicht ausübt. Diese Stiftungen werden in der konsolidierten Jahresrechnung des Kantons nicht ausgewiesen. Bei Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit übt der Regierungsrat die Oberaufsicht aus. Diese Legate und Stiftungen werden in der Bilanz aufgeführt. Ihr Ausweis unter Fremd- und Eigenkapital richtet sich nach der Zweckbindung der Zuwendungen.

Umfassen die Verwendungsbestimmungen eng und präzise umschriebene Tätigkeiten und besteht kein grosser Handlungsspielraum (einschränkende Zweckbindung) so werden die Kapitalien unter den Fonds im Fremdkapital ausgewiesen. Sehen die Zweckbestimmungen eine treuhänderische Verwendung der Mittel für Zwecke ausserhalb des Aufgabenbereichs der bedachten Institution vor, erfolgt der Ausweis des Kapitals ebenfalls unter dem Fremdkapital. Unter dem Fonds im Eigenkapital werden Legate und Stiftungen ausgewiesen, deren Verwendungszweck offen ist und die bedachte Institution einen grossen Entscheidungsspielraum hat, wie die Gelder einzusetzen sind. Der auf der Passivseite aufgeführte Betrag entspricht dem Bruttovermögen der Legate und Stiftungen ohne Rechtspersönlichkeit.

Übriges Eigenkapital

Die Bilanzposition übriges Eigenkapital beinhaltet folgende Positionen:

- Bestände der gesetzlichen Fonds im Eigenkapital
- Bestände der Legate / Stiftungen / Schenkungen im Eigenkapital
- Rücklagen
- Gewinnanteile gemäss § 50 der Finanzcontrollingverordnung
- Reserven aus Absicherungsgeschäften
- Stiftungskapitalien von selbständigen, konsolidierten Stiftungen (Zentralbibliothek). Das Stiftungskapital wird zum Nominalwert bewertet.
- Selbstständige Anstalten, welche mit Dotationskapitalien vom Kanton ausgestattet sind, weisen diese im übrigen Eigenkapital aus. Das Dotationskapital wird zum Nominalwert bewertet. In der konsolidierten Rechnung erscheinen die Dotationskapitalien der konsolidierten Einheiten nicht.
- Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre. Dieses Konto weist die Summe aller Ergebnisse der Vorjahre aus. Die Werte werden zum Nominalwert ausgewiesen.

Rücklagen

Rücklagen stellen Reserven dar und werden im Eigenkapital bilanziert, wenn sie auf Antrag des Regierungsrates vom Kantonsrat bewilligt werden. Die Verwendung der Rücklagen verändert den ausgewiesenen Bestand gemäss Wert des entsprechenden Mittelabflusses.

Gewinnanteile gemäss § 50 Finanzcontrollingverordnung

Gemäss § 50 Finanzcontrollingverordnung können selbständige Anstalten dem Kantonsrat beantragen, den Jahresgewinn einem Reservenkonto für einbehaltene Gewinne zuzuweisen. Das Konto ist dem Eigenkapital zugeordnet. Die einbehaltenen Gewinne stehen den selbständigen Anstalten für die Finanzierung von Leistungen ausserhalb des Leistungsauftrages zur Verfügung

Reserven aus Absicherungsgeschäften

In die Marktwertreserven werden die Wertänderungen von derivativen Finanzinstrumenten, die dem Hedge Accounting dienen, gebucht. Bei dieser Buchungspraxis werden die Wertänderungen direkt im Eigenkapital erfasst und nicht in der Erfolgsrechnung ausgewiesen.

Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel

Das Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel umfasst den Saldo der Erfolgsrechnung des abgeschlossenen Rechnungsjahres ohne die Ergebnisse der dem Eigenkapital zugeordneten Fonds sowie Legaten und Stiftungen ohne eigener Rechtspersönlichkeit. Das Jahresergebnis wird im Folgejahr auf das Konto kumulierte Ergebnisse der Vorjahre umgebucht.

Jahresergebnis Fonds / Legate im Eigenkapital

Das Jahresergebnis Fonds / Legate im Eigenkapital umfasst den Saldo der Erfolgsrechnung des abgeschlossenen Rechnungsjahres der dem Eigenkapital zugeordneten Fonds sowie Legaten und Stiftungen ohne eigener Rechtspersönlichkeit. Das Jahresergebnis wird im Folgejahr auf das Bestandeskonto der Fonds und Legate im Eigenkapital umgebucht.

Fremdwährungsumrechnung

Bankkonten in Fremdwährung werden zum Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Auftretende Umrechnungsdifferenzen können zu unrealisierten Fremdwährungsgewinnen und -verlusten führen, welche erfolgswirksam verbucht werden. Der Ausweis erfolgt über die Position realisierte Kursverluste.

Transaktionen in ausländischen Währungen werden zum festgelegten und laufend, d.h. alle zwei Wochen, aktualisierten Buchkurs in Franken umgerechnet. Realisierte Fremdwährungsgewinne und -verluste ergeben sich aus der Differenz zwischen Buchkurs und dem Zahlungskurs. Diese werden erfolgswirksam unter realisierten Kursverlusten ausgewiesen.

Hinweis zu den im Finanzbericht ausgewiesenen Daten und Tabellen

Die im Zahlenteil aufgeführten Beträge sind gerundet. Totale können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Risikocontrolling/Finanzielles Risikomanagement

Risikocontrolling

Risikosituation

Der Kanton ist einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, die unmittelbar oder mittelbar mit den ihm übertragenen Aufgaben verbunden sind. Aus diesen Risiken können kurz-, mittel oder langfristig Mittelabflüsse entstehen. Im Vordergrund stehen dabei die finanziellen Auswirkungen der Risiken.

Risikomanagement

Zur Überwachung und Steuerung der Risiken werden sowohl organisatorische, personelle oder technische Massnahmen eingesetzt, die Risiken werden aktiv bewirtschaftet. Die Wirksamkeit der Massnahmen wird laufend überwacht und weiterentwickelt, um ein optimales Risikomanagement zu gewährleisten, welches integrierter Bestandteil der Geschäftsprozesse ist.

Berücksichtigung von Risiken in der konsolidierten Rechnung

Der Ausweis von Risiken in der konsolidierten Rechnung beschränkt sich auf die finanziellen Risiken und erfolgt je nach Charakter der Risiken unterschiedlich. Anhand der Eintretenswahrscheinlichkeit können folgende Stufen unterschieden werden:

- Bereits eingetretene Risiken, welche auf Ereignissen in der Vergangenheit basieren, und deren Mittelabfluss wahrscheinlich ist, werden in der konsolidierten Jahresrechnung als Verbindlichkeiten oder Rückstellungen ausgewiesen.
- Sachverhalte, für die ein erhebliches, quantifizierbares Risiko besteht, werden im Anhang der konsolidierten Jahresrechnung als Eventualverbindlichkeiten offen gelegt.

Durch die internen Prozesse ist sichergestellt, dass die Risiken vollständig erfasst werden und in die konsolidierte Berichterstattung einfließen.

Finanzielles Risikomanagement

Das Finanzielle Risikomanagement umfasst die folgenden Komponenten: Preisrisiken (Währungsrisiken, Zinsrisiken und Marktwert Risiken), Kreditrisiken und Liquiditätsrisiken. Diese Kategorien finanzieller Risiken sind nachfolgend erläutert.

Preisrisiken

Preisrisiken umfassen die Zinsrisiken, Währungsrisiken und Marktwert Risiken. Der Kanton ist in erster Linie den Zinsrisiken ausgesetzt, die Währungsrisiken und Marktwert Risiken können als zweitrangig betrachtet werden.

Zinsrisiken

Das Zinsrisiko des Kantons entsteht aus den variabel verzinslichen Finanzschulden, die Höhe des Aufwands wird somit von der Entwicklung des Marktzinsniveaus beeinflusst. Bei festverzinslichen Finanzverbindlichkeiten können Änderungen der Zinssätze zu Schwankungen des Fair Value von solchen Finanzverbindlichkeiten führen, was jedoch weder auf das Ergebnis noch auf die zukünftigen Cashflows des Kantons Auswirkungen hat. Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkungen von Zinsänderungen auf das Ergebnis des Kantons:

	Mio. Franken	Auswirkung bei Zinsänderung um +/- 0.5 %	Auswirkung bei Zinsänderung um +/- 1.0 %
Finanzschulden zu fixen Zinssätzen	3493	Keine Auswirkung	keine Auswirkungen
Finanzschulden zu variablen Zinssätzen	89	+/- 0,4	+/-0,9

Die Zinsrisiken werden mehrheitlich durch das Amt für Tresorerie überwacht und minimiert, indem auf eine ausgewogene Finanzierung mit fixen und variablen Zinssätzen geachtet, das Marktzinsniveau laufend überwacht und unverzüglich auf Änderungen des Marktzinsniveaus reagiert wird. Zur Absicherung von Zinsschwankungen werden nach Bedarf derivative Finanzinstrumente (Zinssatzswaps) eingesetzt (siehe auch: Absicherungsgeschäfte). Per 31. Dezember 2010 bestehen keine Zinsabsicherungsswaps.

Währungsrisiken

Das Währungsrisiko beinhaltet die Abhängigkeit von Veränderungen der Wechselkurse fremder Währungen. Der Kanton sichert sämtliche wesentlichen Fremdwährungsbestände ab. Per 31. Dezember 2010 bestanden keine wesentlichen Fremdwährungsbestände.

Marktwert Risiken

Die Marktwert Risiken zeigen die Wertschwankungen von Finanzanlagen in der Bilanz auf und sind abhängig von der Marktpreisvolatilität der jeweiligen Finanzanlagen. Die wesentlichsten Marktpreisrisiken in der Bilanz per 31. Dezember 2010 setzen sich aus den kurzfristigen verzinslichen Anlagen von 34,2 Mio. Franken sowie den verzinslichen Anlagen im Finanzvermögen von 112,2 Mio. Franken zusammen.

Durch die Strategie, die verzinslichen Anlagen nicht vor dem jeweiligen Ablaufdatum zu verkaufen, wird das Marktwertisiko auf temporäre Schwankungen reduziert.

Kreditrisiken

Kreditrisiken entstehen durch die finanziellen Vermögenswerte des Kantons, welche die flüssigen Mittel sowie kurzfristige und langfristige Forderungen umfassen. Das Kreditrisiko beinhaltet mögliche Forderungsausfälle, was einen finanziellen Verlust für den Kanton darstellen würde. Alle Einheiten des Kantons überwachen ihre finanziellen Vermögenswerte laufend und erfassen wenn nötig Wertberichtigungen, welche einerseits auf Erfahrungswerten und andererseits auf der bekannten oder erwarteten Kreditfähigkeit der Gegenpartei beruhen.

Das maximale Kreditrisiko beläuft sich auf den Bilanzwert dieser finanziellen Vermögenswerte und beträgt 5'125 Mio. Franken. Per 31. Dezember 2010 setzt sich das Kreditrisiko wie folgt zusammen:

in Mio. Franken	Rechnung 2010	Rechnung 2009
Total Kreditrisiko	5 125	4 961
Flüssige Mittel	1 463	1 458
Forderungen	2 341	2 289
Kurzfristige Finanzanlagen	280	270
Finanzanlagen Finanzvermögen	131	98
Darlehen Verwaltungsvermögen	910	847

Die flüssigen Mittel sowie die kurzfristigen Finanzanlagen werden im Wesentlichen zentral durch das Amt für Tresorerie bewirtschaftet. Die Steuerung des Kreditrisikos erfolgt über die Vergabe von Kreditlimiten und Bonitätsprüfungen der Gegenparteien. Die Bonität der Gegenparteien wird laufend überwacht und die Höhe der Kreditlimiten entsprechend angepasst.

Die Forderungen umfassen hauptsächlich Steuerforderungen gegenüber juristischen und natürlichen Personen und Forderungen aus Strassenverkehrsabgaben. Die Kreditrisiken sind dabei auf eine Vielzahl von Gläubigern verteilt. Dem Kreditausfallrisiko wird mit spezifischen Wertberichtigungen auf Basis von Erfahrungswerten Rechnung getragen.

Die Darlehen des Verwaltungsvermögens sind im Bericht zu der entsprechenden Bilanzposition einzeln aufgeführt. Bei den wesentlichen Positionen werden die Verlustrisiken als gering eingestuft, da sie teilweise durch Passivpositionen abgedeckt oder grundpfandrechtlich abgesichert sind. Die bedeutenden Schuldner weisen eine erstklassige Bonität auf.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko umfasst das Risiko, dass der Kanton seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nicht nachkommen kann. Diese Liquiditätsrisiken werden durch das Amt für Tresorerie laufend aktiv überwacht. Die Gestaltung der Finanzierungsstruktur richtet sich nach der angestrebten Fristenkongruenz. Mit Liquiditätsreserven wird die stete Zahlungsfähigkeit sichergestellt. Das maximale Liquiditätsrisiko beläuft sich auf den Bilanzwert der finanziellen Verbindlichkeiten. Erläuterungen zu den Finanzverbindlichkeiten sowie eine Übersicht der Fälligkeitsstruktur der langfristigen Finanzverbindlichkeiten sind in den entsprechenden Stellen im Finanzbericht ersichtlich.

Erläuterungen zu Positionen der konsolidierten Rechnung

1. Fiskalertrag

Mio. Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Differenz R 09/10	
				Abs.	%
Fiskalertrag	6 091	5 205	5 627	464	8.2
Staatssteuern natürliche Personen	4 557	3 870	4 172	385	9.2
Staatssteuern juristische Personen	1 024	870	955	69	7.2
Erbschafts- und Schenkungssteuern	210	170	205	5	2.7
Verkehrsabgaben	296	292	293	3	0.9
Übrige direkte Steuern	4	3	2	2	89.8

Begründung Differenz R 09/10:

Die Abweichungen von +385 Mio. Staatssteuern natürliche Personen und +69 Mio. Staatssteuern juristische Personen wird in der nachfolgenden Tabelle 2, Staatsteuern, begründet. Dort werden allerdings Abweichungen von +387 Mio. und +70 Mio. Franken begründet. Die Differenz von 2 Mio. bei den natürlichen Personen und von 1 Mio. bei den juristischen Personen ist darauf zurückzuführen, dass der Saldo des Kontos Ertrag aus Bussen in obiger Aufstellung nicht enthalten ist.

2. Staatssteuern

Mio. Franken	§ 19 RLV	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Differenz R 10/09	
					Abs.	%
Natürliche Personen						
Fakturierter Ertrag für Steuerperiode	Abs. 2 lit.a	3 447	3 196	3 302	145	4.4
- davon Einkommenssteuern		2 967	2 746	2 819	148	5.3
- davon Vermögenssteuern		480	450	483	- 3	-0.7
Nach- und Rückträge für Steuerperiode	Abs. 2 lit.b	596	492	561	35	6.3
Nach- und Rückträge für abzurechnende Steuerperiode ¹	Abs. 2 lit.c	25		23	2	8.3
Nach- und Rückträge für frühere, abgerechnete Steuerperioden ²	Abs. 2 lit.d	13		12	1	5.8
Nachsteuern und Bussen	Abs. 2 lit.e	40	13	14		188.6
Quellensteuern	Abs. 1	158	162	190	- 33	-17.1
Korrektur von bilanzierten Nach- und Rückträgen ³	Abs. 3	281		71	210	295.8
Total Staatssteuern natürliche Personen		4 560	3 863	4 173	387	9.3
<i>Durchschnitt der erwarteten Nach- und Rückträge⁴</i>	Abs. 2 lit.b	<i>17.3%</i>	<i>15.4%</i>	<i>17.0%</i>		
Juristische Personen						
Fakturierter Ertrag für Steuerperiode	Abs. 2 lit.a	795	714	752	43	5.7
- davon Gewinnsteuern		676	629	639	37	5.9
- davon Kapitalsteuern		118	85	113	5	4.6
Nach- und Rückträge für Steuerperiode	Abs. 2 lit.b	152	156	157	- 5	-3.4
Nach- und Rückträge für abzurechnende Steuerperiode ¹	Abs. 2 lit.c	67		9	58	647.8
Nach- und Rückträge für frühere, abgerechnete Steuerperioden ²	Abs. 2 lit.d	8		28	- 20	-70.7
Nachsteuern und Bussen	Abs. 2 lit.e	2	7	8	- 6	-76.3
Korrektur von bilanzierten Nach- und Rückträgen ³	Abs. 3					
Total Staatssteuern juristische Personen		1 024	877	954	70	7.3
<i>Durchschnitt der erwarteten Nach- und Rückträge⁴</i>	Abs. 2 lit.b	<i>19.1%</i>	<i>21.8%</i>	<i>20.9%</i>		
Total natürliche und juristische Personen						
Fakturierter Ertrag für Steuerperiode	Abs. 2 lit.a	4 242	3 910	4 054	188	4.6
Nach- und Rückträge für Steuerperiode	Abs. 2 lit.b	748	648	718	30	4.2
Nach- und Rückträge für abzurechnende Steuerperiode ¹	Abs. 2 lit.c	92	-	32	60	188.1
Nach- und Rückträge für frühere, abgerechnete Steuerperioden ²	Abs. 2 lit.d	21	-	40	- 19	-47.8
Nachsteuern und Bussen	Abs. 2 lit.e	42	20	22	20	92.3
Quellensteuern	Abs. 1	158	162	190	- 33	-17.1
Korrektur von bilanzierten Nach- und Rückträgen ³	Abs. 3	281	-	71	210	
Total Staatssteuern		5 584	4 740	5 127	457	8.9

Grundlage für den periodengerechten Ausweis des Staatssteuerertrages ist § 19 der Rechnungslegungsverordnung (RLV).

¹ Im Berichtsjahr ist die Steuerperiode 2006 abzurechnen; im Jahr 2009 war die Steuerperiode 2005 abzurechnen (§ 19 Abs. 2 lit.c RLV).

² Im Berichtsjahr sind die tatsächlichen Nach- und Rückträge für vor 2006 abgerechnete Steuerperioden auszuweisen (§ 19 Abs. 2 lit. d RLV); Verglichen werden sie mit den im 2009 verbuchten Nach- und Rückträge für abgerechnete Steuerperioden vor 2005.

³ In Anwendung von § 19 Abs. 3 RLV wird im Jahr 2009 – vor der ordentlichen Abrechnungsfrist - eine Korrektur der geschätzten Steuererträge der Steuerperioden 2006 sowie im Jahr 2010 eine Korrektur der geschätzten Steuererträge der Steuerperiode 2007 vorgenommen.

⁴ Korrektur des in der Rechnung 2009 falsch berechneten Durchschnitts der erwarteten Nach- und Rückträge.

Begründung Differenz R 09/10:

Staatssteuern natürliche Personen +387 Mio. Franken

+210	Zunahme der Korrektur von bilanzierten Nach- und Rückträgen im Vergleich zum Vorjahr. Bei den Nachträgen bzw. Rückträgen für das Jahr 2007 ist die Differenz zwischen den geschätzten (budgetierten) Werten und den effektiven Erträgen nach § 19 Abs. 2 lit. c RLV im Jahr 2011 (n+4) zu verbuchen. Gemäss § 19 Abs. 3 RLV kann die Schätzung aber schon früher korrigiert werden. Der Stand der Nachträge der Steuerperiode 2007 am Stichtag zeigt, dass die vereinnahmten Steuererträge bei den natürlichen Personen am Stichtag 31. Dezember 2010 die budgetierten Werte bereits übertrafen haben. Die Schätzung der Nach- und Rückträge für das Jahr 2007 wurde dementsprechend korrigiert.
+148	Höherer fakturierter Ertrag aus Einkommenssteuern.
+35	Höhere erwartete Nachträge für die Steuerperiode des Berichtsjahrs.
+26	Höhere Nachsteuern und Bussen.
-33	Tieferer Ertrag Quellensteuern.

Staatssteuern juristische Personen +70 Mio. Franken

+58	Höhere Nachträge für die im Berichtsjahr abzurechnende Steuerperiode.
+43	Höherer fakturierter Ertrag aus Gewinn- und Kapitalsteuern.
-20	Tiefere Nachträge für früher abgerechnete Steuerperioden.

3. Regalien und Konzessionen

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 09/10	
	2010	2010	2009	Abs.	%
Regalien und Konzessionen	373 622	363 175	371 581	2 042	0.5
Regalien	2 736	2 525	2 749	- 13	-0.5
Schweiz. Nationalbank, Gewinnanteil	291 216	289 389	289 389	1 828	0.6
Konzessionen und Patente	3 300	3 261	3 891	- 591	-15.2
Ertragsanteile Lotterie, Sport-Toto, Wetten	76 371	68 000	75 552	819	1.1

Begründung Differenz R 09/10:

Keine Bemerkungen.

4. Entgelte

Fr. 1000	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Differenz R 09/10	
				Abs.	%
Entgelte	2 482 491	2 343 221	2 467 493	14 998	0.6
Ersatzabgaben					
Gebühren für Amtshandlungen	303 117	294 610	319 868	- 16 751	-5.2
Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	942 769	922 341	910 217	32 552	3.6
Schul- und Kursgelder	129 564	81 673	123 240	6 325	5.1
Benützungsgebühren und Dienstleistungen	841 617	744 892	868 228	- 26 611	-3.1
Erlös aus Verkäufen	124 855	160 109	118 316	6 539	5.5
Rückerstattungen	60 303	82 637	70 727	- 10 423	-14.7
Bussen	58 186	52 179	53 659	4 527	8.4
Übrige Entgelte	22 079	4 780	3 238	18 841	581.8

Begründung Differenz R 09/10:

Gebühren für Amtshandlungen -17 Mio. Franken

-13 Tiefere Gebühren Notariate als Folge der Gebührenänderung im Grundbuchbereich.

Spital- und Heimtaxen, Kostgelder +33 Mio. Franken

+28 Höhere Erträge Universitätsspital als Folge von Tariferhöhungen und Mehrleistungen.

+7 Höhere stationäre Erträge Kantonsspital Winterthur.

Benützungsgebühren und Dienstleistungen -27 Mio. Franken

+6 Höherer Ertrag des Zürcher Verkehrsverbands im Umfang der Frequenzzunahmen.

-28 Tiefere Erträge Universität, u.a. bei Forschungsk Kooperationen und Forschungsaufträgen.

-6 Tieferer Ertrag wegen Verkauf Zentralwäscherei (ZWZ)

Rückerstattungen -10 Mio. Franken

-10 Geringere Rückerstattungen der Krankenversicherer für pandemische Grippe und HPV.

Übrige Entgelte +19 Mio. Franken

+20 Höhere Erträge Universität, u.a. wegen Bundesbeiträgen gemäss Bundesgesetz über die Förderung der Universitäten und über die Zusammenarbeit im Hochschulbereich (UFG) sowie der höheren Overhead-Beiträge des Schweizerischen Nationalfonds und der EU.

5. Verschiedene Erträge

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 09/10	
	2010	2010	2009	Abs.	%
Verschiedene Erträge	266 523	203 425	238 368	28 155	11.8
Verschiedene betriebliche Erträge	211 877	173 738	194 720	17 157	8.8
Aktivierung Eigenleistungen	17 175	27 943	21 859	- 4 684	-21.4
Bestandesveränderungen	- 361		- 116	- 245	-211.7
Übriger Ertrag	37 832	1 745	21 905	15 927	72.7

Begründung Differenz R 09/10:

Verschiedene betriebliche Erträge +17 Mio. Franken

+8 Höhere Erträge Zürcher Verkehrsverbund wegen höherer Ablieferungen von Nebenerträgen der VBZ.

Übriger Ertrag +16 Mio. Franken

+19 Mehrertrag Universität durch höhere Zuwendungen.

6. Entnahmen aus Fonds

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 09/10	
	2010	2010	2009	Abs.	%
Entnahmen aus Fonds	417	40 384	353	63	17.9
Entnahmen aus Fonds des FK	130	40 384	292	- 161	-55.3
Entnahmen aus Legaten und Stiftungen FK	286		62	225	364.4
Entnahmen aus Verkehrsfonds (EK-Fonds)					

Begründung Differenz R 09/10:

Keine Bemerkungen.

7. Transferertrag

Fr. 1000	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Differenz R 09/10	
				Abs.	%
Transferertrag	3 013 904	2 815 516	2 847 614	166 290	5.8
Anteil an Erträgen Dritter	766 352	627 767	742 702	23 650	3.2
Entschädigungen von Gemeinwesen	309 614	277 871	283 631	25 983	9.2
Finanz- und Lastenausgleich	462 401	366 111	483 510	- 21 109	-4.4
Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	1 350 248	1 515 870	1 307 284	42 964	3.3
<i>Bund</i>	793 600	892 199	764 437	29 163	3.8
<i>Kantone und Konkordate</i>	263 254	252 248	243 240	20 014	8.2
<i>Gemeinden und Zweckverbände</i>	285 764	290 921	285 940	- 177	-0.1
<i>Öffentliche Sozialversicherungen</i>					
<i>Öffentliche Unternehmungen</i>	13	260	5 474	- 5 462	-99.8
<i>Private Unternehmungen</i>	7 210	25 503	4 694	2 517	53.6
<i>Private Organisationen o. Erwerbszweck</i>	40	29 661	630	- 590	-93.7
<i>Private Haushalte</i>	363	7 361	420	- 57	-13.5
<i>Ausland</i>	4	17 717	2 449	- 2 445	-99.9
Auflösung passivierte Investitionsbeiträge	120 346	26 857	30 465	89 880	295.0
Übrige Transfererträge	4 944	1 040	22	4 921	22110.8

Begründung Differenz R 09/10:

Anteil an Erträgen Dritter +24 Mio. Franken

- +14 *Höhere Erträge direkte Bundessteuer.*
- +6 *Höhere Erträge Verrechnungssteuer.*
- +5 *Höherer Ertrag aus Anteil an LSVA.*

Entschädigungen von Gemeinwesen +26 Mio. Franken

- +10 *Höhere Bundesbeiträge an den betrieblichen Nationalstrassenunterhalt infolge Erweiterung des Streckennetzes.*
- +12 *Höhere Bundesbeiträge an die Sozialhilfe für Flüchtlinge*
- +3 *Höhere Bundesbeiträge an die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV*

Finanz- und Lastenausgleich -21 Mio. Franken

- 20 *Tiefere Abschöpfungen bei finanzstarken Gemeinden im innerkantonalen Steuerkraftausgleich.*

Beiträge vom Bund +29 Mio. Franken

- +30 *Höherer Bundesbeitrag an die Prämienverbilligung.*
- +7 *Höhere Bundesbeiträge an ZHAW wegen höherer Studierendenzahlen.*
- +7 *Höhere Vergütung vom Bund für die AVIG-Vollzugskosten wegen der höheren Anzahl Stellensuchender.*
- 31 *Tiefere Bundesbeiträge nach Abtretung des baulichen Nationalstrassenunterhalts an den Bund.*

Beiträge von Kantonen und Konkordaten +20 Mio. Franken

- +9 *Höhere Beiträge anderer Kantone für Kulturinstitute.*
- +7 *Höhere Beiträge anderer Kantone an ZHAW wegen höherer Studierendenzahlen.*
- +5 *Höhere Beiträge anderer Kantone an Universität.*

Auflösung passivierter Investitionsbeiträge +90 Mio. Franken

- +82 Auflösung des passivierten Bundesanteils am Nationalstrassenbau wegen der Abtretung der Bauten.
(Dem steht ein entsprechender Abschreibungsaufwand von 109 Mio. gegenüber. Die Abweichungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich wegen der Bruttoverbuchung im Berichtsjahr gegenüber der Nettoverbuchung im 2009.).

8. Durchlaufende Beiträge

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 09/10	
	2010	2010	2009	Abs.	%
Total Ertrag	606 276	605 873	593 974	12 302	2.1
Bund	464 183	437 253	457 867	6 317	1.4
Kantone und Konkordate	141 351	140 180	134 676	6 675	5.0
Gemeinden und Zweckverbände	428	28 430	317	112	35.3
Öffentliche Sozialversicherungen					
Öffentliche Unternehmungen	305		989	- 684	-69.2
Private Unternehmungen					
Private Organisationen o. Erwerbszweck					
Private Haushalte					
Ausland	7	10	125	- 117	-94.0
Total Aufwand	- 606 276	- 605 873	- 593 974	- 12 302	-2.1
Bund	- 282		- 238	- 44	-18.5
Kantone und Konkordate	- 19	- 50	- 34	15	44.3
Gemeinden und Zweckverbände	- 63 565	- 94 300	- 60 544	- 3 021	-5.0
Öffentliche Sozialversicherungen					
Öffentliche Unternehmungen	- 337 017	- 324 870	- 326 372	- 10 645	-3.3
Private Unternehmungen	- 188 828	- 181 210	- 189 856	1 028	0.5
Private Organisationen o. Erwerbszweck	- 16 508	- 5 043	- 16 890	383	2.3
Private Haushalte	- 58	- 400	- 40	- 17	-42.5
Ausland					

Begründung Differenz R 09/10:

Ertrag Bund +6 Mio. Franken

- +6 Höherer Bundesbeitrag für Zürcher Fachhochschulen.

Ertrag Kantone und Konkordate +7 Mio. Franken

- +5 Höhere Kantonsbeiträge für Universität.

Aufwand Öffentliche Unternehmen -11 Mio. Franken

- 6 Höhere an Zürcher Fachhochschulen weitergeleitete Bundesbeiträge.
-5 Höhere an Universität weitergeleitete Kantonsbeiträge.

9. Personalaufwand

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 09/10	
	2010	2010	2009	Abs.	%
Personalaufwand	- 4 605 152	- 4 606 929	- 4 513 467	- 91 685	-2.0
Behörden, Kommissionen, Richter/Innen	- 56 528	- 56 410	- 57 893	1 365	2.4
Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal	- 2 389 678	- 2 745 106	- 2 338 316	- 51 363	-2.2
Löhne der Lehrkräfte	- 1 389 844	- 1 125 739	- 1 367 315	- 22 529	-1.6
Temporäre Arbeitskräfte	- 19 774	- 6 281	- 19 432	- 342	-1.8
Zulagen	- 18 068	- 22 585	- 19 057	989	5.2
Arbeitgeberbeiträge	- 650 005	- 601 141	- 641 037	- 8 969	-1.4
Arbeitgeberleistungen	- 42 927	- 6 998	- 32 070	- 10 857	-33.9
Übriger Personalaufwand	- 38 326	- 42 669	- 38 348	22	0.1

Begründung Differenz R 09/10:

Personalaufwand insgesamt -92 Mio. Franken

-18 Mehraufwand für Lohnmassnahmen des Regierungsrates (Teuerungsausgleich 0%, Lohnerhöhungen/Beförderungen 0,2%, Einmalzulagen 0,2%. Annahme: Erhöhung des Lohnaufwands um 1% erhöht den Personalaufwand um 45 Mio.).

Zusätzliche Aufwandsteigerungen vor allem bei Universitätsspital und Kantonsspital Winterthur wegen zusätzlich geschaffener Stellen und Umsetzung Teilrevision Lohnsystem sowie bei Universität, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Amt für Wirtschaft und Arbeit (Vollzug AVIG) sowie Kantonspolizei v.a. wegen zusätzlich geschaffener Stellen.

+29 Religionsgemeinschaften: Minderaufwand, weil Personalaufwand Kirchen neu im Transferaufwand verbucht.

+6 Minderaufwand nach Verkauf Zentralwäscherei (ZWZ).

10. Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 09/10	
	2010	2010	2009	Abs.	%
Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 2 608 960	- 2 545 504	- 2 588 440	- 20 521	-0.8
Material- und Warenaufwand	- 494 969	- 606 371	- 492 397	- 2 572	-0.5
Nicht aktivierbare Anlagen	- 91 939	- 75 738	- 84 863	- 7 076	-8.3
Ver- und Entsorgung	- 61 974	- 60 834	- 62 705	731	1.2
Dienstleistungen und Honorare	- 1 336 523	- 1 327 446	- 1 322 118	- 14 405	-1.1
Baulicher Unterhalt (VV)	- 196 644	- 179 858	- 216 444	19 800	9.1
Unterhalt von Anlagen	- 85 774	- 84 440	- 84 486	- 1 289	-1.5
Mieten, Leasing, Pacht, Benützungskosten	- 154 274	- 130 426	- 147 559	- 6 715	-4.6
Spesenentschädigungen	- 32 130	- 16 846	- 33 203	1 073	3.2
Wertberichtigungen auf Forderungen	- 112 333	- 96 648	- 107 558	- 4 775	-4.4
Verschiedener Betriebsaufwand	- 42 401	33 103	- 37 107	- 5 294	-14.3

Begründung Differenz R 09/10:

Nicht aktivierbare Anlagen -7 Mio. Franken

-5 Höherer Aufwand Universität wegen Anschaffungen Informatiksoftware und -hardware sowie wissenschaftlicher Laborgeräte

Dienstleistungen und Honorare -14 Mio. Franken

- +11,5 Geringerer Aufwand für Impfungen gegen pandemische Grippe und HPV.
- +9 Tieferer Aufwand Universitätsspital für Dienstleistungen und Honorare durch Umgliederungen, entsprechender Mehraufwand unter verschiedener Betriebsaufwand.
- +5 Tieferer Aufwand Tiefbauamt für Dienstleistungen Dritter.
- +4 Tieferer Aufwand Pädagogische Hochschule, u.a. weil der Aufwand für das Institut Unterstrass neu als Transferaufwand verbucht wird.
- 22 Höherer Aufwand Zürcher Verkehrsverbund für Leistungsentgelte an die Verkehrsunternehmen.
- 12 Höherer Aufwand Universität, weil die Beiträge an das Kinderspital, die Klinik Balgrist und an den Akademischen Sportverband neu unter Dienstleistungen und Honorare ausgewiesen werden.
- 7 Höherer Aufwand ZHAW durch Umklassierungen innerhalb Verbuchung Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand.
- 5 Höherer Aufwand wegen Erhöhung der Rückstellung für latente Steuern auf Liegenschaften des Finanzvermögens.

Baulicher Unterhalt (VV) +20 Mio. Franken

- +24 Tieferer Aufwand im Tiefbauamt als Folge der Abtretung des baulichen Nationalstrassenunterhalts an den Bund.

Wertberichtigung auf Forderungen -4 Mio. Franken

- +16 Tiefere Forderungsverluste auf Staatssteuern.
- 14 Höhere Wertberichtigungen auf Steuerforderungen.
- 5 Höhere unbeziehbare Prozesskosten (richterlich verfügte Abschreibungen) bei den Bezirksgerichten.

Verschiedener Betriebsaufwand -5 Mio. Franken

- +17 Minderaufwand durch Verkauf der Zentralwäscherei Zürich und Bildung einer Rückstellung im Jahr 2009.
- +13 Minderaufwand ZHAW: Umklassierung zu Dienstleistungen und Honoraren sowie geringere Abgrenzungen angefangener Projekte.
- 26 Rückstellung für die Sanierung von Schiessanlagen.
- 9 Mehraufwand Universitätsspital wegen Umgliederungen, entsprechender Minderaufwand bei Dienstleistungen und Honorare.

11. Einlagen in Fonds

Fr. 1000	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Differenz R 09/10	
				Abs.	%
Einlagen in Fonds	- 85 972	- 18 905	- 81 098	- 4 875	-6.0
Einlagen in Fonds des FK	- 64 989	- 3 441	- 60 090	- 4 900	-8.2
Einlagen in Legaten und Stiftungen FK	- 1 894		- 4 496	2 603	57.9
Einlagen in Verkehrsfonds (EK-Fonds)	- 19 090	- 15 464	- 16 512	- 2 578	-15.6

Begründung Differenz R 09/10:

Einlagen in Fonds des FK -5 Mio. Franken

- +11 Tiefere Einlage in den Lotteriefonds.
- 15 Höhere Einlage in den Ausgleichsfonds.

12. Transferaufwand

Fr. 1000	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Differenz R 09/10	
				Abs.	%
Transferaufwand	- 4 099 009	- 4 131 269	- 3 939 821	- 159 188	-4.0
Ertragsanteile an Dritte	- 38 081	- 6 064	- 36 875	- 1 206	-3.3
Entschädigungen an Gemeinwesen	- 89 669	- 89 839	- 85 729	- 3 940	-4.6
Finanz- und Lastenausgleich	- 1 110 160	- 930 712	- 1 099 923	- 10 237	-0.9
Beiträge an Gemeinwesen und Dritten	- 2 633 885	- 2 887 205	- 2 496 262	- 137 623	-5.5
<i>Bund</i>	- 27 003	- 26 603	- 26 311	- 692	-2.6
<i>Kantone und Konkordate</i>	- 54 139	- 45 767	- 48 305	- 5 833	-12.1
<i>Gemeinden und Zweckverbände</i>	- 669 974	- 773 060	- 628 470	- 41 503	-6.6
<i>Öffentliche Sozialversicherungen</i>	- 584	- 295	- 379	- 205	-54.1
<i>Öffentliche Unternehmungen</i>	- 281 174	- 316 049	- 289 134	7 960	2.8
<i>Private Unternehmungen</i>	- 25 098	- 20 535	- 24 377	- 722	-3.0
<i>Private Organisationen o. Erwerbszweck</i>	- 824 009	- 976 374	- 814 789	- 9 219	-1.1
<i>Private Haushalte</i>	- 751 897	- 728 513	- 664 488	- 87 409	-13.2
<i>Ausland</i>	- 7	- 10	- 8	1	12.7
Wertberichtigungen Darlehen VV	60		- 176	237	134.1
Wertberichtigungen Beteiligungen VV					
Abschreibungen Investitionsbeiträge	- 227 275	- 216 929	- 220 856	- 6 419	-2.9
Verschiedener Transferaufwand		- 520			

Begründung Differenz R 09/10:

Finanz- und Lastenausgleich -10 Mio. Franken

- +15 Innerkantonaler Finanz- und Lastenausgleich: Tiefere Zahlungen an finanzschwache Gemeinden im Steuerkraftausgleich (+35 Mio.), teilweise kompensiert durch Mehraufwand beim Steuerfussausgleich an die Gemeinden (-3 Mio.) und durch eine Abnahme der Rückerstattungen von Finanzausgleichsbeiträgen (-17 Mio.).
- 25 Höhere Zahlungen an den Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen.

Beiträge an Gemeinden und Zweckverbände -42 Mio. Franken

- +6 Tieferer Aufwand Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften wegen neuer Kontierung. Vgl. Mehraufwand im Transferaufwand, Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck, von 6 Mio. Franken.
- 27 Höherer Beitrag für Zusatzleistungen zur AHV/IV, für wirtschaftliche Hilfe gemäss Sozialhilfegesetz und für Flüchtlinge.
- 12 Höhere Beiträge für den Strassenunterhalt an Städte und Gemeinden wegen neuer Berechnungsgrundlagen.

Private Organisationen ohne Erwerbszweck -9 Mio. Franken

- +19 Tieferer Aufwand für Beiträge in den Volksschulen wegen Abschöpfung Schwankungsfonds, tieferen Beitragspauschalen in Folge hoher Auslastung und wegen tieferen Beiträgen an Sonderschulen wegen besserer Abschlüsse.
- +11 Tieferer Transferaufwand der Schulen im Gesundheitswesen wegen der Schliessung der altrechtlichen Gesundheitsschulen.

- +13 *Tieferer Aufwand für Beiträge an Berufsschulen, da 2009 bei nichtstaatlichen und ausserkantonalen Schulen die Auflösung von transitorischen Bundesbeiträgen aus dem Restatement fälschlicherweise über Transferertrag statt als Aufwandminderung gebucht und deshalb 2009 ein zu hoher Aufwand ausgewiesen wurde.*
- 35 *Höherer Aufwand Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften wegen neuer Kontierung. Vgl. Minderaufwand im Personalaufwand von 29 Mio. und im Transferaufwand, Beiträge an Gemeinden und Zweckverbände, von 6 Mio. Franken.*
- 12 *Höherer Aufwand Sozialamt wegen höherer Beiträge an Soziale Einrichtungen.*

Beiträge an private Haushalte -87 Mio. Franken

- 88 *Höherer Aufwand für Prämienverbilligungen.*

13. Finanzertrag (Finanzvermögen)

Fr. 1000	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Differenz R 09/10	
				Abs.	%
Finanzertrag Finanzvermögen	115 904	80 105	103 281	12 624	12.2
Zinsertrag	62 399	52 695	71 850	- 9 451	-13.2
Realisierte Gewinne	28 156	100	10 040	18 116	180.4
Beteiligungsertrag	164	17	136	28	20.6
Liegenschaftenertrag	19 729	17 293	17 988	1 741	9.7
Marktwertanpassungen	5 456	10 000	3 267	2 190	67.0

Buchgewinne oder –verluste zum Zeitpunkt des Abgangs von Liegenschaften im FV werden unter „realisierte Gewinne“ ausgewiesen.

Begründung Differenz R 09/10:

Zinsertrag -9 Mio. Franken

- 7 *Tiefere Zinserträge aus Festgeldanlagen und Swapgeschäften wegen tieferer Zinsen und auslaufender Swap-Geschäfte.*

Realisierte Gewinne +18 Mio. Franken

- +21 *Höherer Buchgewinn infolge Veräusserung verschiedener Liegenschaften.*

14. Finanzertrag (Verwaltungsvermögen)

Fr. 1000	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Differenz R 09/10	
				Abs.	%
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	364 139	331 466	328 671	35 468	10.8
Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen	17 246	11 099	12 147	5 099	42.0
Finanzerträge von öffentlichen Unternehmungen	303 474	285 588	283 079	20 395	7.2
Liegenschaftenertrag	30 423	33 289	30 058	366	1.2
Erträge von gemieteten Liegenschaften	2 874	1 490	2 753	121	4.4
Übriger Finanzertrag	10 122		634	9 488	1497.5

Begründung Differenz R 09/10:

Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen +5 Mio. Franken

- +5 Höhere Dividende der Flughafen Zürich AG.
- +5 Höhere Dividende der Rheinsalinen AG.
- 4 Tiefere Dividende der Axpo Holding AG.

Finanzerträge von öffentlichen Unternehmungen +20 Mio. Franken

- +20 Höhere Gewinnausschüttung der Zürcher Kantonalbank.

Übriger Finanzertrag +9 Mio. Franken

- +7 Aufwertung Investitionsbeiträge somatische Akutversorgung.

15. Zinsaufwand

Fr. 1000	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Differenz R 09/10	
				Abs.	%
Zinsaufwand	- 143 947	- 149 528	- 169 924	25 977	15.3
Verzinsung laufende Verbindlichkeiten	- 3	- 696	- 23	19	84.7
Verzinsung kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 11 969	- 11 583	- 26 420	14 451	54.7
Verzinsung langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 95 328	- 110 472	- 111 362	16 034	14.4
Übrige Passivzinsen	- 36 647	- 26 777	- 32 119	- 4 527	-14.1

Begründung Differenz R 09/10:

Verzinsung kurzfristige Finanzverbindlichkeiten +14 Mio. Franken

- +16 Tieferer Zinsaufwand infolge tieferer Zinsen und auslaufender Swap-Geschäfte.

Verzinsung langfristige Finanzverbindlichkeiten +16 Mio. Franken

- +16 Tieferer Zinsaufwand als Folge geringerer Kapitalaufnahmen.

16. Anderer Finanzaufwand

Fr. 1000	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Differenz R 09/10	
				Abs.	%
Anderer Finanzaufwand	- 20 922	- 7 629	- 9 485	- 11 437	-120.6
Realisierte Kursverluste	- 5 656	- 254	- 355	- 5 301	-1494.5
Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten	- 491	- 795	- 591	100	16.8
Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	- 4 528	- 4 427	- 5 605	1 077	19.2
Wertberichtigungen Finanzanlagen d. Finanzvermögens	- 7 072		- 9	- 7 063	-80657.3
Übriger Finanzaufwand	- 3 175	- 2 153	- 2 926	- 249	-8.5

Begründung Differenz R 09/10:

Realisierte Kursverluste -5 Mio. Franken
 -4 Verkauf Zentralwäscherei (ZWZ).

Wertberichtigungen Finanzanlagen des Finanzvermögens -7 Mio. Franken

-6 Wertberichtigung auf Liegenschaften des Finanzvermögens.

17. Flüssige Mittel

Fr. 1000	per		Differenz R 09/10	
	31.12.2010	31.12.2009	Abs.	%
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	1 463 098	1 457 681	5 417	0.4
Kasse	3 977	3 676	301	8.2
Post	81 723	56 259	25 465	45.3
Bank	1 177 145	1 057 211	119 934	11.3
Kurzfristige Geldmarktanlagen (< 90 Tage)	200 000	340 000	- 140 000	-41.2
Debit- und Kreditkarten	128	83	45	53.9
Übrige flüssige Mittel	125	452	- 327	-72.4

Begründung Differenz R 09/10:

Post: + 25,5 Mio. Franken
 + 24,4 Erhöhte Zahlungseingänge Ende Jahr.

Bank: + 119,9 Mio. Franken
 +115,3 Umschichtung von Festgeldanlagen auf Bankkonto mit Spezialverzinsung
 + 4,4 Zunahme der Bankguthaben von einzelnen EU-Projekten der Universität Zürich

Kurzfristige Geldmarktanlagen: - 140 Mio. Franken
 - 115,3 Umschichtung von Festgeldanlagen auf Bankkonto mit Spezialverzinsung
 - 24,7 Abnahme der kurzfristigen Festgeldanlagen infolge tieferer Liquidität

Die Veränderung der flüssigen Mittel wird zusätzlich in der Geldflussrechnung nachgewiesen.

18. Forderungen

Fr. 1000	per 31.12.2010	per 31.12.2009	Differenz R 09/10	
			Abs.	%
Forderungen netto	2 340 888	2 288 676	52 212	2.3
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Dritter	559 721	631 007	- 71 287	-11.3
Wertberichtigung Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	- 52 282	- 60 863	8 582	14.1
Kontokorrente mit Dritten	41 920	20 762	21 158	101.9
Kontokorrente mit selbständigen, nicht konsolidierten Einheiten	-	1 530	- 1 530	-100.0
Fiskalforderungen	1 832 888	1 747 063	85 826	4.9
Wertberichtigung Fiskalforderungen	- 70 826	- 56 407	- 14 419	-25.6
Anzahlungen an Dritte	1 291	- 5 503	6 793	123.5
Transferforderungen	5 750	13 869	- 8 119	-58.5
Vorschüsse für Verwaltungsausgaben	265	59	207	350.1
Übrige Forderungen	22 161	- 2 840	25 002	880.2

Begründung Differenz R 09/10:

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Dritter: -71,3 Mio. Franken

- 9,1 Abnahme infolge Umgliederung des Forderungsbestands Erbschafts- und Schenkungssteuern zu den Fiskalforderungen.
- 22,5 Abnahme infolge Umgliederung des Forderungsbestandes Nachsteuern/Bussen zu den Fiskalforderungen.
- 26,2 Abnahme der Forderungen gegenüber Kirchgemeinden aufgrund der Finanzierungsänderung der Religionsgemeinschaften.
- 13,1 Abnahme Debitorenbestand des USZ aufgrund eines früheren Fakturastopps infolge des im Vergleich zum Vorjahr verkürzten Abschlusserstellungsplans.

Kontokorrent mit Dritten: + 21,1 Mio. Franken

- + 29,7 Die Einnahmen aus Billettverkäufen wurden am Jahresende auf dem Kontokorrent SBB belassen. Im Folgejahr werden dann die Abgeltungen an die SBB und die Einnahmenanteile dem Kontokorrent belastet.
- 7,6 Reduktion aufgrund Auflösung des Guthabens der Sozialversicherungsanstalt für die individuelle Prämienverbilligung 2010.
- 1,0 Reduktion aufgrund tieferer Forderung gegenüber der Familienausgleichskasse und Rückerstattung der Kinderzulagen.

Fiskalforderungen: + 85.8 Mio. Franken

- + 9,1 Zunahme infolge Umgliederung des Forderungsbestands Erbschafts- und Schenkungssteuern von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Dritter.
 - + 22,5 Zunahme infolge Umgliederung des Forderungsbestands Nachsteuern / Bussen von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Dritter.
- Die beiden oben erwähnten Umgliederungen beinhalten die Zunahme des Forderungsbestandes gegenüber dem Vorjahr in der Höhe von 7,5 Mio Franken.
- +281,0 Korrektur Steuerguthaben Steuerperiode 2007 gem. § 19 Abs. 3 RLV, da die vereinnahmten Steuererträge bei den natürlichen Personen die budgetierten Werte bereits übertroffen haben.
 - 227,0 Abnahme der Steuerguthaben an direkten Steuern infolge grösserer Zahlungseingänge.

Übrige Forderungen: + 25,0 Mio. Franken

- + 26,0 Wegfall der zu verrechnenden Zahlungseingänge der Kirchgemeinden an die evangelisch-reformierte Kirche aufgrund der Finanzierungsänderung der Religionsgemeinschaften.

19. Aktive Rechnungsabgrenzungen

Fr. 1000	per		Differenz R 09/10	
	31.12.2010	31.12.2009	Abs.	%
Aktive Rechnungsabgrenzungen	472 496	362 232	110 264	30.4
Personalaufwand	270	624	- 355	-56.8
Sach-, Dienstleistungs-, übriger Betriebsaufwand	15 193	20 669	- 5 476	-26.5
Fiskalertrag		-	-	0.0
Transfers der Erfolgsrechnung	225 980	178 066	47 915	26.9
Finanzaufwand / Finanzertrag	24 265	25 582	- 1 317	-5.1
Übriger betrieblicher Ertrag	160 100	94 175	65 925	70.0
Investitionsrechnung	3 748	1 219	2 528	207.3
Übrige aktive Rechnungsabgrenzungen Erfolgsrechnung	42 941	41 896	1 044	2.5

Begründung Differenz R 09/10:

Transfers der Erfolgsrechnung: + 47,9 Mio. Franken

- +25,7 Schlusszahlung des Grundbeitrages an die Universität für das Jahr 2010
- +6,3 Zunahme der Forderung aus der Verrechnungssteuer gegenüber der Eidgenössischen Steuerverwaltung
- +6,0 Abgrenzung der provisorischen Guthaben bei Kinder- und Jugendheimen
- +4,8 Provisorische Betriebskostenanteile der Gemeinden wurden im Jahr 2009 irrtümlich unter den Passiven aufgeführt

Übriger betrieblicher Ertrag: + 65,9 Mio. Franken

- +40,1 Erhöhung der Ertragsabgrenzung aufgrund eines im Vergleich zum Vorjahr früheren Rechnungsstopps beim Universitätsspital und Kantonsspital Winterthur.
- +25,6 Bundesbeiträge der Universität für das Jahr 2010 gingen erst im Jahr 2011 ein.

20. Vorräte und angefangene Arbeiten

Fr. 1000	per 31.12.2010	per 31.12.2009	Differenz R 09/10	
			Abs.	%
Vorräte und angefangene Arbeiten	52 337	61 117	- 8 780	-14.4
Roh- und Hilfsmaterial	16 323	17 536	- 1 213	-6.9
Wertberichtigung Roh- und Hilfsmaterial	-	- 17	17	100.0
Halb- und Fertigfabrikate	2 805	2 671	134	5.0
Wertberichtigung Halb- und Fertigfabrikate	-	- 173	173	100.0
Handelswaren	32 331	37 446	- 5 115	-13.7
Wertberichtigung Handelswaren	-	-	-	0.0
Angefangene Arbeiten	878	3 651	- 2 773	-76.0
Geleistete Anzahlungen	-	3	- 3	-100.0

Begründung Differenz R 09/10:

Roh- und Hilfsmaterial: -1,2 Mio. Franken

- 0,4 Vorratsabnahme Heizöl bei der Universität Zürich
- +0,3 Verschiebung von den Handelswaren zu Roh- und Hilfsmaterial beim Universitätsspital Zürich
- 0,6 Gezielte Reduktion der Vorräte bei den beiden Spitälern.

Handelswaren: - 5,1 Mio. Franken

- 4,7 Falschverbuchung der Kantonsapothek führt zu einer Verschiebung zu den passiven Rechnungsabgrenzungen. Der Fehler wird 2011 korrigiert.
- 0,3 Verschiebung von den Handelswaren zu Roh- und Hilfsmaterial beim Universitätsspital

Angefangene Arbeiten: - 2,8 Mio. Franken

- 2,0 Verschiebung zu den Aktiven Rechnungsabgrenzungen bei den Fachhochschulen aufgrund einer Neubeurteilung.
- 0,7 Weniger offene Positionen aufgrund der Mehrwertsteuer-Satzerhöhung per 1.1.2011 und der Systemmigration.

21. Finanzanlagen (Finanzvermögen)

Übersicht

R 2010 Fr. 1000	Festgelder	Darlehen	Beteiligungen (Aktien/ Anteilscheine)	übrige verzinsliche Anlagen	Langfristige Forderungen	Übrige Finanzan- lagen	Total
Finanzanlagen per 1.1.	72 000	124 430	4 658	157 015	9 234	973	368 310
Zugänge	1 723 000	17 955	17 512	34 833	10	838	1 794 148
Abgänge	- 1 678 000	- 5 080	- 8 508	- 54 126	- 568	- 739	- 1 747 021
Verkehrswertanpassungen	-	- 0	- 3 653	- 197	- 143	- 76	- 4 070
Umgliederungen	-	41	-	- 218	-	-	- 177
Finanzanlagen per 31.12.	117 000	137 347	10 009	137 306	8 533	996	411 192
davon kurzfristig	117 000	128 263	-	34 234	-	557	280 053
davon langfristig	-	9 084	10 009	103 073	8 533	439	131 139
davon zweckgebunden (Leg. + St.)	-	687	4 462	69 667	-	439	75 255

Die Finanzanlagen des Finanzvermögens werden zu Anlagezwecken und im Rahmen der Liquiditätsplanung gehalten. Eine besondere Stellung nehmen die zweckgebundenen Finanzanlagen der Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ein. Sie werden treuhänderisch für diese verwaltet.

Erläuterungen zu den Bewegungen 2010:

Festgelder:

45,0 Zunahme der Festgeldanlagen im Rahmen der Bewirtschaftung der liquiden Mittel.

Darlehen:

17,2 Erhöhung des Darlehens des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) an die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) aufgrund des besseren Rechnungsabschlusses 2010 der VBZ.

- 4,0 Rückzahlung eines Teildarlehens durch Abraxas AG.

Beteiligungen:

17,5 Zugänge neuer Beteiligungen durch Umwandlung der Sacheinlage Zentralwäscherei Zürich in die ZWZ AG von 12,1 Mio. Franken sowie dem Erwerb eines Anteils der Aktien (5,1 Mio. Franken) durch das Universitäts- und das Kantonsspital Winterthur.

- 8,5 Abgänge durch den Verkauf der Aktien der Zentralwäscherei (ZWZ AG) an das Universitätsspital, das Kantonsspital Winterthur sowie der Stadt Zürich.

- 3,6 Verkehrswertanpassung der ZWZ AG.

Übrige verzinsliche Anlagen:

30,7 Zugänge, davon 24,3 Mio. Franken beim Fonds für den Flughafen (Fluglärmrechnung); 4,8 Mio. Franken bei den Stiftungen und Legaten ohne Rechtspersönlichkeit.

- 54,1 Abgänge, davon 39,1 Mio. Franken beim Fonds für den Flughafen (Fluglärmrechnung); 13,5 Mio. Franken bei den Stiftungen und Legaten ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Langfristige Forderungen:

- 0,6 Abgänge im Wesentlichen bei der Fachstelle für Opferhilfe und der Universität Zürich von je 0,3 Mio. Franken.

Übrige Finanzanlagen:

0,8 Zugänge, davon 0,6 Mio. Franken bei der Zentralbibliothek und 0,2 bei den Legaten und Stiftungen ohne Rechtspersönlichkeit.

0,7 Abgänge bei der Zentralbibliothek.

R 2009 Fr. 1000	Festgelder	Darlehen	Beteiligungen (Aktien/ Anteilscheine)	übrige verzinsliche Anlagen	Langfristige Forderungen	Übrige Finanzan- lagen	Total
Finanzanlagen per 1.1.	34 000	126 494	10 281	162 366	9 760	949	343 850
Zugänge	13 860 238	11 721	647	62 487	6 636	2 443	13 944 172
Abgänge	- 13 822 238	- 8 706	- 6 270	- 73 536	- 2 097	- 2 293	- 13 915 139
Wertminderungen (Impairment)	-	-	-	-	- 5 065	-	- 5 065
Marktwertzunahmen	-	-	-	492	-	-	492
Umgliederungen	-	- 5 080	-	5 206	-	- 126	-
Finanzanlagen per 31.12.	72 000	124 430	4 658	157 015	9 234	973	368 310
davon kurzfristig	-	111 902	-	86 397	-	773	199 072
davon langfristig	72 000	12 528	4 658	70 617	9 234	200	169 237
davon zweckgebunden (Leg. + St.)	-	280	4 211	73 541	-	200	78 232

22. Festgelder und Geldmarktanlagen (Finanzvermögen)

R 2010 Fr. 1000	Fälligkeit < 90 Tage	Fälligkeit 90 - 360 Tage	Fälligkeit > 360 Tage	Total
Stand per 1.1.	340 000	72 000	-	412 000
Zugänge	890 000	1 723 000	-	2 613 000
Abgänge	- 1 030 000	- 1 678 000	-	- 2 708 000
Stand per 31.12.	200 000	117 000	-	317 000
- davon zweckgebunden (Leg. + St.)	-	-	-	-

R 2009 Fr. 1000	Fälligkeit < 90 Tage	Fälligkeit 90 - 360 Tage	Fälligkeit > 360 Tage	Total
Stand per 1.1.	1 413 000	34 000	-	1 447 000
Zugänge	12 286 000	130 000	-	12 416 000
Abgänge	- 13 359 000	- 92 000	-	- 13 451 000
Stand per 31.12.	340 000	72 000	-	412 000
- davon zweckgebunden (Leg. + St.)	-	-	-	-

Im Rahmen des Cash-Managements (Zahlungsbereitschaft und kurzfristige Liquiditätsbewirtschaftung) werden Geldmarkt- und Festgeldanlagen mit Dritten abgeschlossen. Die Gegenparteien müssen mindestens einem AA-Rating nach Standard & Poor's entsprechen, um das Kreditrisiko zu minimieren (siehe auch Risikocontrolling und Risikomanagement). Zu den Bilanzstichtagen sind keine zweckgebundenen Festgelder oder Geldmarktanlagen verbucht.

23. Darlehensliste und Fälligkeiten (Finanzvermögen)

per 31.12.2010	Fälligkeit < 1 Jahr	Fälligkeit 1 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
Franken				
Darlehen Finanzvermögen	128 953 988	8 388 191	5 000	137 347 179
Verkehrsbetriebe Zürich	127 945 866			127 945 866
Abraxas Informatik AG, St. Gallen		8 000 000		8 000 000
Kaufmännischer Verband, Zürich	475 000			475 000
Agazzi, Zürich	81 000			81 000
Briner, Basserdorf	29 000			29 000
Studiendarlehen des Darlehensfonds ZHAW	249 368	211 200	5 000	465 568
Studiendarlehen des Darlehensfonds ZHdK	31 738	17 600		49 338
Studiendarlehen Härtefallkasse Universität	61 067			61 067
Studiendarlehen Fonds der PHZH		10 000		10 000
Darlehen des Fonds für einen wohltätigen Zweck	25 000	115 350		140 350
Darlehen der Hilfskasse der Strafanstalt Pöschwies	16 800	8 800		25 600
Darlehen Massnahmen und Vollzugszentrum Urdorf	19 000			19 000
Darlehen Hilfsfonds für das Staatspersonal	20 150	25 241		45 391

Erläuterungen zu den Bewegungen 2010:

Erhöhung der Aktivdarlehen im Finanzvermögen: + 14,0 Mio. Franken	
+17,2	Erhöhung des Darlehens an die Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich
- 4,0	Teiltrückzahlung der Abraxas Informatik AG, St. Gallen
- 0,1	Rückgang bei den ausgerichteten Studiendarlehen der Universität und Fachhochschulen
+0,9	Nettoveränderung bei den übrigen Darlehen
0,0	Rückzahlung eines Darlehens an den Schweizerischen Frauenverein, Zürich
0,0	Abschluss der Liquidation Eurogate, Zürich

per 31.12.2009	Fälligkeit < 1 Jahr	Fälligkeit 1 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
Franken				
Darlehen Finanzvermögen	111 901 800	12 523 270	5 000	124 430 070
Verkehrsbetriebe Zürich	110 754 732			110 754 732
Abraxas Informatik AG, St. Gallen		12 000 000		12 000 000
Kaufmännischer Verband, Zürich	475 000			475 000
Agazzi, Zürich	81 000			81 000
Briner, Basserdorf	29 000			29 000
Schweiz. Frauenverein, Zürich	13 000			13 000
Eurogate AG, Zürich in Liquidation	1			1
Studiendarlehen des Darlehensfonds ZHAW	379 727	218 220	5 000	602 947
Studiendarlehen des Darlehensfonds ZHdK	35 000	29 950		64 950
Studiendarlehen Härtefallkasse Universität	70 400			70 400
Studiendarlehen Fonds der PHZH		10 000		10 000
Darlehen des Fonds für einen wohltätigen Zweck		179 059		179 059
Darlehen der Hilfskasse der Strafanstalt Pöschwies		42 400		42 400
Darlehen Massnahmen und Vollzugszentrum Urdorf	40 000	19 000		59 000
Darlehen Hilfsfonds für das Staatspersonal	23 940	24 641		48 581

Die ausgewiesenen Fälligkeiten beziehen sich auf die Vereinbarungen zur Kündigung der gewährten Darlehen.

24. Beteiligungsliste (Finanzvermögen)

in Franken	Buchwert		Anteil Kanton Zürich		Dotations-/ Aktienkapital	Anzahl Rechte	Typ	Nominal
	per 31.12.2010	per 31.12.2009	per 31.12.2010	per 31.12.2009				
Beteiligungen Finanzvermögen	10 009 123	4 658 121						
Zentralwäscherei Zürich AG, Zürich	5 100 000	0	60.0%	-	8 500 000	1 200 000	NA	43
Hangenmoos AG, Wädenswil	375 000	375 000	8.98%	8.98%	4 175 000	3 750	NA	100
Baugenossenschaft Burgmatte, Zürich	72 200	72 200	12.15%	12.15%	594 000	722	AS	100
Eurogate Zürich AG in Liquidation, Zürich	-	1	-	-	-	-	-	-
Beteiligungen der Ida de Pottère-Stiftung ¹	121 100	113 250	-	-	-	-	-	-
Beteiligungen des Alfred Werner Legats ¹	3 487 187	3 240 476	-	-	-	-	-	-
Beteiligungen des Dr. Fritz Bek Fonds ¹	655 091	662 952	-	-	-	-	-	-
Beteiligungen des Issekutz Fonds ¹	198 545	194 241	-	-	-	-	-	-

NA = Namenaktien, AS = Anteilscheine

¹ Für Zwecke der Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit gebundenes Finanzvermögen

Im Berichtsjahr haben die kantonalen Spitäler eine Beteiligung an der verselbstständigten Zentralwäscherei AG übernommen. Zudem wurde die Liquidation der Eurogate Zürich AG abgeschlossen. Die Buchwerte der Stiftungen entsprechen den am Abschlussstichtag gültigen Aktienkursen.

25. Sachanlagen (Finanzvermögen)

R 2010	Grundstücke unbebaut	Gebäude inkl. Grundstücke bebaut	Mobilien	Anlagen im Bau	Anzah- lungen	Übrige Sach- anlagen	Total
Fr. 1000							
Buchwert							
Stand per 1.1.	329 519	557 034	56			-	886 609
Zugänge	10 829	683					11 512
Übertragungen vom VV	1 431	22 955	5 663				30 050
Abgänge	- 22 218	- 13 108	- 5 609				- 40 936
Übertragungen ins VV	- 2 483	- 6 348					- 8 831
Verkehrswertanpassungen	1 107	- 5 637					- 4 531
Umgliederungen	163 314	- 163 314	- 56				- 56
Stand per 31.12.	481 499	392 265	54			-	873 817
davon Anlagen in Leasing							-
davon verpfändete Anlagen							-
davon Baurechte							-

Erläuterungen zum Anlagespiegel 2010:

Grundstücke unbebaut:

- +8,8 Zugang Schloss Laufen
- +1,2 Zugang Verkehrswertanpassungen diverser Liegenschaften
- 16,9 Abgang Wieshof- und Wasserwiesenstrasse (Winterthur)
- 3,0 Abgang Liegenschaft Cholplatz (Bülach)
- 2,1 Übertragung aus dem Bestand des Strassenfonds in Verwaltungsvermögen
- +163,3 Verschiebung von Grundstücken, die im Jahr 2009 irrtümlich in der Kategorie „Gebäude inkl. Grundstücke bebaut“ aktiviert waren

Gebäude inkl. Grundstücke bebaut:

+15	Übertragung der Liegenschaft Lengghalde der Psych. Universitätsklinik Zürich vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen
-8,8	Abgang: Verkauf diverser Liegenschaften
-2,4	Übertragung aus dem Bestand des Strassenfonds in Verwaltungsvermögen
+5,5	Übertragung der Liegenschaft der Zentralwäscherei vom Verwaltungsvermögen
-5,5	Übertragung der Liegenschaft der Zentralwäscherei in die Beteiligungen von Universitätsspital und Kantonsspital Winterthur sowie Verkauf an die Stadt Zürich
-6,1	Verkehrswertanpassungen diverser Liegenschaften gemäss Neubewertung Wüest & Partner
-163,3	Verschiebung von Grundstücken in die Kategorie „Grundstücke unbebaut“, da sie im Jahr 2009 irrtümlicherweise in dieser Kategorie aufgeführt waren

Mobilien:

+5,3	Übertragung der Mobilien der Zentralwäscherei vom Verwaltungsvermögen
-5,3	Übertragung der Mobilien der Zentralwäscherei in die Beteiligungen von Universitätsspital und Kantonsspital Winterthur sowie Verkauf an die Stadt Zürich

R 2009	Grundstücke unbebaut	Gebäude inkl. Grundstücke bebaut	Mobilien	Anlagen im Bau	Anzah- lungen	Übrige Sach- anlagen	Total
Fr. 1000							
Buchwert							
Stand per 1.1.	335 937	536 415	46			1 450	873 848
Zugänge	2 753	19 805	62				22 620
Übertragungen vom VV	7 041	10 609	30				17 680
Abgänge	- 16 228	- 9 779	- 82			- 1 450	- 27 539
Übertragungen ins VV							-
Verkehrswertanpassungen							-
Umgliederungen	16	- 16					-
Stand per 31.12.	329 519	557 034	56	-	-	-	886 609
davon Anlagen in Leasing							-
davon verpfändete Anlagen							-
davon Baurechte							-

26. Sachanlagen (Verwaltungsvermögen)

R 2010	Grundstücke	Strassen	Wasserbau	Übrige Tiefbauten	Hochbauten, Gebäude	Mobilien	Anlagen im Bau	Übrige Sachanlagen	Total
Fr. 1000									
Anschaffungskosten									
Stand per 1.1.	1 311 107	1 344 302	274 733	3 728	8 889 490	1 337 782	307 684	12 818	13 481 644
Zugänge	2 322	166 100	1 902	547	68 880	146 011	158 783	457	545 001
Übertragungen vom FV	2 096	2 102	-	-	1 328	-	1 493	-	7 019
Abgänge	- 1 841	- 108 748	- 287	-	- 9 103	- 42 965	- 5 348	-	- 168 292
Übertragungen ins FV (*)	- 12 414	- 1 370	-	-	- 53 416	- 11 702	- 254	-	- 79 155
Umgliederungen	- 522	640	-	131	55 960	2 190	- 68 856	- 553	- 11 009
Stand per 31.12.	1 300 747	1 403 026	276 348	4 406	8 953 141	1 431 317	393 502	12 722	13 775 208
Kumulierte Abschreibungen									
Stand per 1.1.	- 20 176	- 469 669	- 53 643	- 2 412	- 4 516 224	- 883 213	- 285	75	- 5 945 548
Abschreibungen des Jahres	- 1 487	- 60 460	- 3 421	- 287	- 246 819	- 125 520	- 103	-	- 438 098
Abgänge	3 406	27 281	4	-	13 471	39 707	58	-	83 928
Übertragungen ins FV (*)	-	78	-	-	36 608	6 250	-	-	42 937
Dauernde Wertminderungen	-	-	-	-	- 9 652	-	-	-	- 9 652
Wertaufholungen	-	-	-	-	1 933	-	-	-	1 933
Umgliederungen	-	0	-	-	507	-	-	-	5 845
Stand per 31.12.	- 18 257	- 502 770	- 57 060	- 2 700	- 4 720 175	- 957 437	- 330	75	- 6 258 655
Buchwert per 31.12.	1 282 490	900 255	219 288	1 707	4 232 966	473 879	393 171	12 797	7 516 553
davon Anlagen in Leasing	-	-	-	-	32 163	-	-	-	32 163
davon verpfändete Anlagen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Erhaltene, noch nicht aufgelöste Investitionsbeiträge (bilanziert in 'übrige langfristige Verbindlichkeiten')	-	-	-	-	-	-	-	-	-
(*) Buchwert von Übertragungen ins FV	10 690	1 291	-	-	12 199	5 637	-	-	29 817

Erläuterungen zum Anlagespiegel 2010:

Grundstücke:

- 1.5 Zugänge beim Natur- und Heimatschutzfonds, welche gleichzeitig durch Abschreibungen wertberichtigt wurden.
- 0.5 Zugänge beim Bezirksgericht Bülach für den Um- und Erweiterungsbau.
- 0.4 Zugänge beim Mittelschul- und Berufsbildungsamt im Zusammenhang mit den Bauvorhaben.

1,0	Übertragung vom Finanzvermögen zum Sozialamt für eine Asylbewerberunterkunft.
1,1	Übertragung vom Finanzvermögen zum Mittelschul- und Berufsbildungsamt.
- 1,8	Abgänge durch Abtretung bereits abgeschriebener Pfarriengenschaften an Kirchgemeinden; entsprechende Verminderung der kumulierten Abschreibungen in der Rubrik „Abgänge kumulierte Abschreibungen“.
- 10,5	Übertragungen in das Finanzvermögen aus der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich, weil diese Grundstücke nicht mehr für Verwaltungszwecke benötigt werden.
- 1,5	Übertragungen in das Finanzvermögen bei den Religionsgemeinschaften.
- 0,5	Umgliederungen zu anderen Rubriken und Korrekturbuchungen.
Strassen	
108,1	Zugänge Nationalstrassen die gleichzeitig als Abgänge aufgeführt sind, weil sie nach Fertigstellung an den Bund abgetreten werden.
58,0	Zugänge bei Staatsstrassen aus Investitionstätigkeit.
2,1	Übertragungen aus dem Finanzvermögen des Strassenfonds für Bauvorhaben an Staatsstrassen.
-108,1	Abgänge durch die Abtretung der jährlichen Investitionen für Nationalstrassen an den Bund.
-0,6	Abgänge bei den Staatsstrassen.
-1,4	Übertragungen in das Finanzvermögen im Bereich der Staatsstrassen.
0,6	Zugänge durch Umgliederungen aus anderen Rubriken.
Wasserbau	
1,8	Zugang für Wasserbauten am Linthkanal.
-0,3	Abgänge beim Amt für Wasser Energie und Luft.
Übriger Tiefbau	
0,4	Zugang an übrigen Tiefbauten der Fischerei- und Jagdverwaltung.
0,1	Zugänge beim Natur- und Heimatschutzfonds, welche gleichzeitig durch Abschreibungen wertberichtigt wurden.

Hochbauten, Gebäude:	
31,7	Zugänge für Bauvorhaben des Hochschulamtes an der Universität Zürich (Kleintierklinik, medizinische Fakultät, Tierspital).
1,9	Zugänge für weitere Bauvorhaben des Hochschulamtes.
6,5	Zugänge beim Um- und Erweiterungsbau am Bezirksgericht Bülach.
1,9	Zugänge beim Mittelschul- und Berufsbildungsamt für verschiedene Bauvorhaben bei den Mittel- und Berufsschulen.
6,3	Zugänge bei den Psychiatrischen Kliniken.
1,4	Zugänge beim Kantonsspital Winterthur.
2,7	Zugänge beim Universitätsspital.
3,7	Zugänge bei den Strafvollzugsanstalten.
2,4	Zugänge bei der Sicherheitsdirektion für das Passbüro.
10,4	Zugänge bei den Bauvorhaben von 25 verschiedenen Bereichen.
1,3	Übertragungen aus dem Finanzvermögen an das Mittelschul- und Berufsbildungsamt.
- 7,7	Abgänge durch die Abtretung von bereits abgeschriebenen Pflanzleistungen an Gemeinden. Eine entsprechende Position unter den Abgängen von kumulierten Abschreibungen kompensiert diesen Betrag.
- 0,8	Abgänge beim Hochschulamt.
- 0,5	Abgänge im Tiefbauamt.
- 20,4	Übertragungen ins Finanzvermögen der Gebäude der Zentralwäscherei (Anschaffungskosten).
14,9	Zugehöriger Posten der Übertragungen ins FV bei den kumulierten Abschreibungen ergeben den übertragenen Buchwert von 5,5 Mio. Franken.
-24,4	Übertragungen ins Finanzvermögen bei der Psych. Universitätsklinik (Anschaffungskosten)
19,4	Zugehöriger Posten der Übertragungen ins FV bei den kumulierten Abschreibungen. Netto resultiert der übertragene Buchwert von 5,0 Mio. Franken.
- 3,7	Übertragungen ins Finanzvermögen beim Psychiatriezentrums Rheinau (Anschaffungskosten)
2,1	Zugehöriger Posten der Übertragungen ins FV bei den kumulierten Abschreibungen. Netto resultiert der übertragene Buchwert von 1,6 Mio. Franken.
- 4,9	Übertragungen ins Finanzvermögen bei den Religionsgemeinschaften
4,9	Zugehöriger Posten der Übertragungen ins FV bei den kumulierten Abschreibungen. Netto resultiert der Buchwert null, weil diese Posten bereits vollständig abgeschrieben waren.
35,7	Zugänge durch Umbuchungen aus der Rubrik Anlagen im Bau zu den Hochschulen (Universität und Fachhochschulen), weil diese Bauten ihrer Bestimmung übergeben werden konnten.
20,3	Zugänge durch Umbuchungen aus der Rubrik Anlagen im Bau bei über zwanzig Bereichen.
- 9,7	Dauernde Wertminderung (Impairment): Anpassung der Anlagewerte an den realisierbaren Verkehrswert der Gebäude im ehemaligen Psychiatrie-Zentrum Hard infolge Umnutzung und geplanter Vergabe der Liegenschaften im Baurecht an einen Drittnutzer.
1,9	Wertaufholungen durch nachträgliche Aktivierungen bei den Liegenschaften des Universitätsspitals.

Mobilien		
10,2	Zugänge bei der Kantonspolizei.	
37,9	Zugänge beim Universitätsspital.	
11,4	Zugänge beim Kantonsspital Winterthur.	
48,3	Zugänge bei der Universität Zürich.	
10,1	Zugänge bei den Fachhochschulen.	
28,1	Zugänge bei den übrigen Bereichen.	
- 16,0	Abgänge beim Kantonsspital Winterthur mit	
16,0	zugehöriger Position aus den Abgängen an kumulierten Abschreibungen.	
- 7,0	Abgänge bei den Fachhochschulen mit	
7,0	zugehöriger Position aus den Abgängen an kumulierten Abschreibungen.	
- 3,4	Abgänge beim Psychiatriezentrum Rheinau mit	
2,5	zugehöriger Position aus den Abgängen an kumulierten Abschreibungen.	
- 4,0	Abgänge beim Tiefbauamt mit	
4,0	zugehöriger Position aus den Abgängen an kumulierten Abschreibungen.	
- 4,3	Abgänge beim Zivilschutz mit	
3,3	zugehöriger Position aus den Abgängen an kumulierten Abschreibungen.	
- 8,2	Abgänge bei den übrigen Bereichen mit	
6,9	zugehöriger Position aus den Abgängen an kumulierten Abschreibungen.	
- 9,9	Abgänge durch Übertragung in das Finanzvermögen beim Verkauf der Zentralwäscherei mit	
4,5	zugehöriger Position aus den Abgängen an kumulierten Abschreibungen.	
- 1,8	Abgänge durch Übertragung in das Finanzvermögen bei der Psychiatrischen Universitätsklinik mit	
1,7	zugehöriger Position aus den Abgängen an kumulierten Abschreibungen.	
2,2	Zugänge durch Umbuchungen aus der Rubrik Anlagen im Bau, weil die Mobilien und Geräte ihrem Verwendungszweck übergeben werden konnten.	
Anlagen im Bau		
21,0	Zugang beim Bezirksverwaltungsgebäude Dietikon.	
8,5	Zugang beim Polizei- und Justizzentrum.	
8,7	Zugang bei Bauten der Hochschulen.	

- 13,4 Zugang beim Obergericht.
 - 73,4 Zugang bei Bauten der Mittelschulen.
 - 22,7 Zugang bei Bauten der Berufsschulen.
 - 20,2 Zugang bei Bauten des Universitätsspitals.
 - 1,5 Übertragungen von Gebäuden aus dem Finanzvermögen wurden für laufende Bauvorhaben erfasst.
 - 4,9 Abgänge bei der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.
 - 0,4 Abgänge bei den übrigen Bereichen.
 - 68,9 Umbuchungen aus der Rubrik Anlagen im Bau als Zugänge zu anderen Rubriken, weil diese Anlagen zur Nutzung übergeben wurden.
- Übrige Sachanlagen
- 0,6 Zugang beim Universitätsspital.
 - 0,5 Umgliederung beim Universitätsspital zur Rubrik Hochbauten, Gebäude wegen falscher Zuordnung.

R 2009	Grundstücke	Strassen	Wasserbau	Übrige Tiefbauten	Hochbauten, Gebäude	Mobilien	Anlagen im Bau	Übrige Sachanlagen	Total
Fr. 1000									
Anschaffungskosten									
Stand per 1.1.	1 316 378	1 290 851	262 519	3 728	8 856 365	1 198 630	176 914	12 909	13 118 295
Zugänge	1 939	249 001	2 490		45 305	122 767	179 182	- 92	600 592
Übertragungen vom FV									
Abgänge	- 170	- 195 550			- 156	- 7 020	- 48		- 202 944
Übertragungen ins FV (*)	- 7 041		9 724		- 22 857				- 29 897
Umgliederungen					10 832	23 406	- 48 364		- 4 402
Stand per 31.12.	1 311 107	1 344 302	274 733	3 728	8 889 490	1 337 782	307 684	12 818	13 481 644
Kumulierte Abschreibungen									
Stand per 1.1.	- 18 237	- 438 092	- 47 636	- 2 239	- 4 269 792	- 786 717			- 5 562 713
Abschreibungen des Jahres	- 1 939	- 227 127	- 6 008	- 174	- 240 476	- 107 011	- 285	75	- 582 944
Abgänge		195 550			12 248	6 802			214 600
Übertragungen ins FV (*)									
Dauernde Wertminderungen									- 18 210
Wertaufholungen									
Umgliederungen					6	3 712			3 719
Stand per 31.12.	- 20 176	- 469 669	- 53 643	- 2 412	- 4 516 224	- 883 213	- 285	75	- 5 945 548
Buchwert per 31.12.	1 290 930	874 633	221 090	1 315	4 373 267	454 569	307 399	12 893	7 536 096
davon Anlagen in Leasing					31 412				31 412
davon verpfändete Anlagen									
Erhaltene, noch nicht aufgelöste Investitionsbeiträge (bilanziert in 'übrige langfristige Verbindlichkeiten')		- 6 762	- 53 324		- 610 386	- 16 079	- 11 012	- 4 561	- 702 123
(*) Buchwert von Übertragungen ins FV	7 041				10 609				17 649

27. Immaterielle Anlagen (Verwaltungsvermögen)

R 2010 Fr. 1000	Software	Lizenzen, Rechte	Anlagen in Realisierung	Übrige immat. Anlagen	Total
Anschaffungskosten					
Stand per 1.1.	181 102		9 010	37	190 148
Zugänge	17 466		19 442		36 908
Übertragungen vom FV					
Abgänge	- 4 212				- 4 212
Übertragungen ins FV (*)					
Umgliederungen	2 187		- 2 566		- 379
Stand per 31.12.	196 542		25 885	37	222 465
Kumulierte Abschreibungen					
Stand per 1.1.	- 131 362			- 37	- 131 399
Abschreibungen des Jahres	- 20 271		-		- 20 271
Abgänge	3 977				3 977
Übertragungen ins FV (*)					
Dauernde Wertminderungen					
Wertaufholungen	33				33
Umgliederungen	321				321
Stand per 31.12.	- 147 303		-	- 37	- 147 340
Buchwert per 31.12.	49 240		25 885	-	75 125
davon Anlagen in Leasing					-
davon verpfändete Anlagen					-
Erhaltene, noch nicht aufgelöste Investitionsbeiträge (bilanziert in 'übrige langfristiges Verbindlichkeiten)			- 1 766		- 1 766
(*) Buchwert von Übertragungen ins FV					-

Erläuterungen zum Anlagespiegel 2010 (in Mio. Franken):

Software:

- +7,3 Anschaffung von diversen Softwareprodukten beim Universitätsspital Zürich
- +1,4 Anschaffung von diversen Softwareprodukten beim Kantonsspital Winterthur
- +1,9 Anschaffung von diversen Softwareprodukten bei der Baudirektion
- +1,4 Anschaffung von diversen Softwareprodukten bei der Universität Zürich
- +1,3 Inbetriebnahme von Softwareprodukten beim Steueramt
- 4,0 Ausbuchung vollständig abgeschriebener und nicht mehr benötigter Software im Kantonsspital Winterthur

Anlagen in Realisierung:

- +7,0 Investitionen für das neue Personalmanagement- und Lohnadministrationssystem beim Personalamt
- +5,4 Investitionen in diverse Softwareprogrammen beim Steueramt
- +2,2 Investitionen in diverse Softwareprogrammen bei den Notariaten
- +2,1 Investitionen für die Umstellung der Fachhochschulen im Bereich Lohn- und Rechnungswesensoftware auf SAP
- 1,3 Inbetriebnahme von Softwareprodukten beim Steueramt

R 2009	Software	Lizenzen, Rechte	Anlagen in Realisierung	Übrige immat. Anlagen	Total
Fr. 1000					
Anschaffungskosten					
Stand per 1.1.	166 152		7 448		173 599
Zugänge	6 983		7 186	37	14 206
Übertragungen vom FV					–
Abgänge	- 2 028				- 2 028
Übertragungen ins FV (*)					–
Umgliederungen	9 995		- 5 624		4 371
Stand per 31.12.	181 102	–	9 010	37	190 148
Kumulierte Abschreibungen					
Stand per 1.1.	- 117 625				- 117 625
Abschreibungen des Jahres	- 12 077			- 37	- 12 114
Abgänge	2 028				2 028
Übertragungen ins FV (*)					–
Dauernde Wertminderungen					–
Wertaufholungen					–
Umgliederungen	- 3 688				- 3 688
Stand per 31.12.	- 131 362	–	–	- 37	- 131 399
Buchwert per 31.12.	49 739	–	9 010	–	58 749
davon Anlagen in Leasing					–
davon verpfändete Anlagen					–
Erhaltene, noch nicht aufgelöste Investitionsbeiträge (bilanziert in 'übrige langfristiges Verbindlichkeiten')			- 1 766		- 1 766
(*) Buchwert von Übertragungen ins FV					–

28. Darlehen (Verwaltungsvermögen)

Übersicht

Fr. 1000	Rechnung 2010	Rechnung 2009	Differenz R 09/10	
			Abs.	%
Stand 1.1.	846 594	789 000	57 594	7.3
Zugänge	80 483	76 598	3 885	5.1
Abgänge	- 16 850	- 19 129	2 280	11.9
Wertberichtigungen	21	125	- 105	-83.4
Stand 31.12.	910 248	846 594	63 654	7.5

Erläuterungen zu den Bewegungen im 2010:

Zugänge

- + 2,5 Gewährung zusätzlicher Investitionsdarlehen an die Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse. Diese Mittel werden vom Bund dem Kanton Zürich überwiesen und vom Kanton an die Landwirtschaftliche Kreditkasse weitergeleitet. Es besteht deshalb eine Verpflichtung gegenüber dem Bund in gleicher Höhe.
- + 74,6 Vorauszahlungen des Darlehens an die Vorfinanzierung der Durchmesserlinie Zürich
- + 1,9 Wohnbauförderung an die Stadt Zürich

Abgänge

- 3,2 Entschädigungszahlungen Lärmrechnung Flughafen
- 9,5 Rückzahlungen Wohnbodarlehen
- 1,0 Teilrückzahlung Darlehen Psychiatrisches Pflegeheim Sonnhalde, Grüningen

29. Darlehensliste und Fälligkeiten (Verwaltungsvermögen)

per 31.12.2010	Fälligkeit <= 1 Jahr	Fälligkeit 2 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
<i>in Franken</i>				
Darlehen Verwaltungsvermögen	13 401 193	49 000 018	847 846 716	910 247 927
Flughafen Zürich AG, Regressforderung (Lärmrechnung)	–	–	311 916 502	311 916 502
Schweizerische Bundesbahnen, Durchgangsbahnhof Löwenstrasse.	–	–	247 000 000	247 000 000
Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse	–	–	168 267 548	168 267 548
Wohnbaudarlehen an verschiedene Empfänger	7 751 690	33 014 364	74 254 945	115 020 999
AG Hallenstadion Zürich	–	–	20 000 000	20 000 000
MCH Group AG	–	–	15 000 000	15 000 000
Darlehen an verschiedene Verkehrsbetriebe	3 272 635	2 696 331	4 296 008	10 264 974
Stiftung Zürcher Kunsthaut	–	10 000 000	–	10 000 000
Zürich Intern. School Wädenswil	–	–	5 500 000	5 500 000
Ausbildungsdarlehen	519 355	1 180 500	331 713	2 031 567
Psychiatrisches Pflegeheim Sonnhalde, Grüningen	1 000 000	1 000 000	–	2 000 000
Stiftung Zürcher Blutspendedienst	600 000	700 000	–	1 300 000
MCH Group AG -Theater 11	–	–	1 000 000	1 000 000
Organisation der Arbeitswelt Gesundheit Zürich (OdA G ZH), Aufbau Schule	–	250 000	250 000	500 000
SwissDRG AG	238 235	158 823	–	397 058
Compass Groupe Schweiz AG, Kloten	–	–	30 000	30 000
Tankanlage Rümliang AG (TAR)	19 199	–	–	19 199
Darlehen an verschiedene Private und Organisationen	77	–	–	77
Darlehen an verschiedene Haushaltungen	3	–	–	3

Die bedeutendsten Darlehen per 31. Dezember 2010 sind (in Mio. Franken):

- 311,9 Flughafen Zürich AG als Regressforderung für latente Fluglärmschadigungsverpflichtungen. Es besteht eine Rückstellung für die Bezahlung der Fluglärmschadigungen in gleicher Höhe.
- 247,0 Darlehen an die Schweiz. Bundesbahnen zur Vorfinanzierung des Bundesanteils an der Durchmesserlinie vom Zürcher Hauptbahnhof zum Bahnhof Örlikon.
- 168,3 Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse.
4,7 Betriebshilfedarlehen des Kantons
163,6 Investitionsdarlehen des Bundes
Diese Mittel werden vom Bund dem Kanton Zürich überwiesen und vom Kanton an die Landwirtschaftliche Kreditkasse weitergeleitet. Es besteht deshalb eine Verpflichtung gegenüber dem Bund in gleicher Höhe.
- 115,0 Wohnbaudarlehen an verschiedene Empfänger zur Förderung des Wohnungsbaus.

per 31.12.2009	Fälligkeit ≤ 1 Jahr	Fälligkeit 2 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
in Franken				
Darlehen Verwaltungsvermögen	11 351 449	40 562 838	794 679 673	846 593 960
Flughafen Zürich AG, Regressforderung (Lärmrechnung)	–	–	315 164 534	315 164 534
Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse	–	–	165 760 092	165 760 092
Wohnbaudarlehen an verschiedene Empfänger	8 052 170	32 305 667	82 253 752	122 611 589
Schweizerische Bundesbahnen, Durchgangsbahnhof Löwenstrasse.	–	–	172 400 000	172 400 000
AG Hallenstadion Zürich	–	–	20 000 000	20 000 000
MCH Group AG	–	–	15 000 000	15 000 000
Darlehen an verschiedene Verkehrsbetriebe	925 540	3 484 351	6 780 623	11 190 514
Stiftung Zürcher Kunsthaus	–	–	10 000 000	10 000 000
Zürich Intern. School Wädenswil	–	–	5 500 000	5 500 000
Psychiatrisches Pflegeheim Sonnhalde, Grüningen	1 000 000	2 000 000	–	3 000 000
Ausbildungsdarlehen	754 448	1 273 621	350 337	2 378 406
Stiftung Zürcher Blutspendedienst	600 000	1 300 000	–	1 900 000
MCH Messe Schweiz-Theater 11	–	–	1 000 000	1 000 000
Zürichsee Schifffahrtsgesellschaft (ZSG)	–	180 000	–	180 000
Zürich Orient Foundation	–	–	100 000	100 000
SwissDRG AG	–	–	340 335	340 335
Tankanlage Rümlang AG (TAR)	19 209	19 199	–	38 408
Compass Groupe Schweiz AG, Kloten	–	–	30 000	30 000
Darlehen an verschiedene Private und Organisationen	79	–	–	79
Darlehen an verschiedene Haushaltungen	3	–	–	3

30. Beteiligungen (Verwaltungsvermögen)

Übersicht

Fr. 1000	Rechnung 2010	Rechnung 2009	Differenz R 09/10	
			Abs.	%
Stand 1.1.	2 535 145	2 537 999	- 2 855	-0.1
Zugänge	75	6 210	- 6 135	-98.8
Abgänge	- 15 100	- 9 060	- 6 040	-66.7
Wertberichtigungen	1 023	- 5	1 028	20567.9
Stand 31.12.	2 521 143	2 535 145	- 14 002	-0.6

Erläuterungen zu den Bewegungen 2010 (in Mio. Franken):

- +0,075 Zugang: Neue Beteiligung Limmattalbahnhof AG, Zürich
- 15,0 Abgang: Rückzahlung Grundkapital EKZ, Zürich
- 0,1 Abgang: Aktienrückkauf ZürichHolz AG, Zürich
- + 1,0 Wertberichtigung: Aufwertung der Beteiligung an der Flughafen Zürich AG auf den ursprünglichen Anschaffungswert von Fr. 250.- pro Aktie. Die bisherige Bewertung erfolgte zum Kurswert per 31.12.2008 von Fr. 249.50 pro Aktie. Die Bewertung der Beteiligungen im Verwaltungsvermögen erfolgt höchstens zum Anschaffungswert abzüglich notwendiger Wertberichtigungen. Die Aufwertung wurde im Berichtsjahr durchgeführt.

31. Beteiligungsliste (Verwaltungsvermögen)

in Franken	Buchwert		Anteil Kanton Zürich		Anschaffungs- wert	Dotations-/ Aktienkapital	Anzahl Rechte	Typ	Nominal
	per 31.12.2010	per 31.12.2009	per 31.12.2010	per 31.12.2009					
Beteiligungen Verwaltungsvermögen	2 521 142 924	2 535 144 528			2 528 119 370				
ZKB Zürcher Kantonalbank, Zürich	1 925 000 000	1 925 000 000	100.0%	100.0%	1 925 000 000	1 925 000 000	-	-	-
Flughafen Zürich AG, Zürich	511 698 250	510 674 854	33.3%	33.3%	511 698 250	307 019 000	2 046 793	NA	50
Axpo Holding AG, Baden	67 864 900	67 864 900	18.3%	18.3%	67 864 900	370 000 000	6 786 490	NA	10
EKZ Elektrizitätswerke des Kantons Zürich, Zürich	0	15 000 000	100.0%	100.0%	-	-	-	-	-
GVZ Gebäudeversicherung Kanton Zürich, Zürich	0	0	100.0%	100.0%	-	-	-	-	-
MCH Group AG, Basel	6 330 000	6 330 000	4.0%	4.0%	1 922 120	48 053 000	192 000	NA	10
Abraxas Informatik AG, St. Gallen	5 000 000	5 000 000	50.0%	50.0%	5 000 000	10 000 000	5 000	NA	1 000
Schweizerische Rheinsalinen AG, Rheinfelden	1 468 000	1 468 000	13.1%	13.1%	1 468 000	11 164 000	1 468	NA	1 000
SNB Schweizerische Nationalbank, Bern	1 300 000	1 300 000	5.2%	5.2%	1 300 000	25 000 000	5 200	NA	500
Technopark Winterthur AG, Winterthur	700 000	700 000	6.0%	6.0%	700 000	11 700 000	7 000	NA	100
ZürichHolz AG, Zürich	429 000	529 000	20.2%	25.0%	429 000	2 120 000	858	NA	500
TAR Tankanlage Rümlang AG, Rümlang ¹	374 700	374 700	11.5%	11.5%	374 700	3 259 500	3 747	NA	100
AG Hallenstadion, Zürich	390 000	390 000	6.0%	6.0%	390 000	6 500 000	3 900	NA	100
Kantag Liegenschaften AG, Zürich	300 000	300 000	100.0%	100.0%	300 000	300 000	3 000	NA	100
Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse, Zürich	100 000	100 000	65.0%	65.0%	100 000	154 200	1 000	AS	100
Limmattalbahn AG, Zürich	75 000	-	75.0%	-	75 000	100 000	750	NA	100
Ostschweiz.Bürgerschaftsgen., St.Gallen	50 000	50 000	1.3%	1.3%	50 000	3 935 000	500	AS	100
VRSG Verwaltungsrechenzentrum AG, St.Gallen	50 000	50 000	0.8%	0.8%	50 000	6 850 000	50	NA	1 000
Radio-und Fernsehgenossenschaft, Zürich	10 000	10 000	1.2%	1.2%	10 000	833 000	100	AS	100
Schweiz.Bäuerliche Bürgerschaftsgenossenschaft	3 000	3 000	0.6%	0.6%	3 000	486 000	10	AS	1 000
SAir Group AG in Nachlassstundung, Zürich	69	69	-	-	-	-	1	NA	69
Theater am Neumarkt AG, Zürich	1	1	16.0%	16.0%	67 500	420 000	135	NA	500
Schauspielhaus Zürich AG, Zürich ¹	1	1	13.3%	13.3%	200 000	1 500 000	400	NA	500
Zoo Zürich AG, Zürich	1	1	12.5%	12.5%	325 000	2 600 000	6 500	NA	50
Diverse Spin-Off Firmen	1	1	< 10%	< 10%	-	-	59 847	NA	-
Unitecra	1	1	50.0%	50.0%	100 000	200 000	100	NA	1 000
Au - Konsortium, Wädenswil	0	0	0.0%	0.0%	5 000	5 000	1	AS	5 000
Opernhaus Zürich AG, Zürich	0	0	2.7%	2.7%	180 000	6 577 800	200	NA	900
Tonhalle Gesellschaft Zürich, Zürich	0	0	0.0%	0.0%	100	518 600	1	AS	100
Verkehrsbetriebe Glattal (VBG)	0	0	4.3%	4.3%	10 000	230 000	10	NA	1 000
BDWM Transport AG (BDWM), Bremgarten	0	0	7.9%	7.9%	814 800	10 300 000	81 480	IA	10
Forchbahn AG (FB), Zürich	0	0	7.0%	7.0%	852 000	12 170 000	1 704	IA	500
Forchbahn AG (FB), Zürich ¹	0	0	24.6%	24.6%	3 000 000	12 195 000	6 000	VZ	500
Sihtal-Zürich-Uetliberg-Bahn (SZU), Zürich	0	0	23.8%	23.8%	2 312 300	9 715 546	23 123	IA	100
Schweizerische Südostbahn AG (SOB), St. Gallen	0	0	3.8%	3.8%	340 200	8 950 000	340 200	NA	1
Verkehrsbetriebe Zürcher Oberland (VZO), Grünigen	0	0	37.8%	37.8%	300 000	793 000	300	NA	1 000
Zürichsee-Schiffahrtsgesellschaft (ZSG), Zürich	0	0	22.1%	22.1%	2 433 000	11 000 000	24 330	IA	100
SKYGUIDE	0	0	0.0%	0.0%	12 500	140 000 000	1 250	NA	10
TMF Extraktionswerk AG, Kirchberg ¹	0	0	12.3%	12.3%	147 600	1 200 000	490	NA	300
Alp Farmer AG, Zürich	0	0	0.0%	0.0%	200	850 000	1	NA	200
Swissmetro AG, Bern	0	0	1.1%	1.1%	10 000	925 650	200	NA	50
Alpgenossenschaft Lägerweide, Schleinikon	0	0	10.9%	10.9%	8 000	73 200	40	AS	200
Genossenschaft Hoch-Etzel, Feusisberg	0	0	0.6%	0.6%	10 000	1 596 500	20	AS	500
Genossenschaft Prosus, Weinfelden	0	0	0.3%	0.3%	1 600	492 794	1	AS	1 600
GVZ Gemüseproduzenten-Verband Kt. Zürich und benachbarter Gebiete	0	0	0.3%	0.3%	200	68 000	2	AS	100
Gleis-Genossenschaft Ristet-Bergemoos, Birmensdorf	0	0	22.1%	22.1%	21 000	95 000	21	AS	1 000
Landwirtsch. Maschinengenossenschaft Wülflingen und Umgebung, Winterth	0	0	4.7%	4.7%	500	10 700	5	AS	100
Suisag AG für Dienstleistungen in der Schweineproduktion, Sempach	0	0	0.0%	0.0%	200	600 000	1	NA	200
Schweizer Bibliotheksdienst, Bern ¹	0	0	14.3%	14.3%	151 000	1 054 200	1 510	AS	100
Zürcher Pferdezuchtgenossenschaft, Elgg	0	0	3.2%	3.2%	700	21 900	7	AS	100
Genossenschaft Lindenbaum - Ausbildung und Wohnen, Pfäffikon	0	0	40.5%	40.5%	30 000	74 000	300	AS	100
Start Unternehmenszentrum Zürich, Zürich ¹	0	0	12.4%	12.4%	50 000	402 000	10	AS	5 000
Landi Zola AG, Illnau	0	0	0.0%	0.0%	1 000	4 000 000	1	AS	1 000

NA = Namenaktien, AS = Anteilscheine, IA = Inhaberaktien, VZ = Vorzugsaktien

¹ Richtigstellung zum Ausweis 2009

32. Namhafte Beteiligungen

Zürcher Kantonalbank

Eckwerte	Mio. Franken / %		Erläuterungen
	Bilanz per 31.12.2010	Bilanz per 31.12.2009	
Buchwert der Beteiligung	1 925.00	1 925.00	Die Bank hat den Zweck, zur Lösung der volkswirtschaftlichen und sozialen Aufgaben im Kanton beizutragen
Aktien- bzw. Dotationskapital	1 925.00	1 925.00	Selbstständige Anstalt des kantonalen Rechts
Anteil des Kantons	100%	100%	Zürich
Anzahl Beteiligungsrechte	-	-	Nein
Eigenkapital / Reserven	8 180.00	7 834.00	Rechnungsvorschriften für Banken
Anteiliger Eigenkapitalwert	8 180.00	7 834.00	Kantonalbankgesetz (LS 951.1)
			Staatsgarantie für alle Verbindlichkeiten der ZKB, mit Ausnahme der nachrangigen Verbindlichkeiten und Partizipationskapital

			Oberaufsicht Kantonsrat, Aufgabendelegation an Kommission des Kantonsrates
			Zusätzliche vertragliche Verbindungen
			Vertretung Kanton Zürich

Flughafen Zürich AG

Eckwerte	Mio. Franken / %		Erläuterungen
	Bilanz per 31.12.2010	Bilanz per 31.12.2009	
Buchwert der Beteiligung ¹	511.70	510.67	Betrieb des interkontinentalen Flughafens Zürich
Aktien- bzw. Dotationskapital	307.02	307.02	Aktiengesellschaft
Anteil des Kantons	33.3%	33.3%	Kloten
Anzahl Beteiligungsrechte	2 046 793	2 046 793	Ja
Eigenkapital / Reserven ²	1 585.30	1 598.41	IFRS
Anteiliger Eigenkapitalwert ²	528.43	532.80	Flughafengesetz (mind. 1/3 des Aktienkapitals + 1 Aktie) (LS 748.1)
			Rückstellung für latente Fluglärmverbindlichkeiten 312 Mio. Franken
			Eventualverbindlichkeit zur Absicherung der Tiefbauten des Flughafens Zürich

			Ernst Stocker und zwei mandatierte externe Vertreter im Verwaltungsrat
			Zusätzliche vertragliche Verbindungen
			Vertretung Kanton Zürich

¹ Aufwertung im 2010 zum Anschaffungswert von Fr. 250 je Anrecht² Die Zahlen basieren auf dem Halbjahresabschluss per 30.6.2010 bzw. auf dem Jahresabschluss per 31.12.2009

GVZ Gebäudeversicherung	Mio. Franken / %		Erläuterungen
	Bilanz per 31.12.2010	Bilanz per 31.12.2009	
Eckwerte			Informationen
Buchwert der Beteiligung	-	-	Zweck
Aktien- bzw. Dotationskapital	-	-	Rechtsform
Anteil des Kantons	100%	100%	Sitz
Anzahl Beteiligungsrechte	-	-	Börsenkotierung
Eigenkapital / Reserven ¹	1 289.33	1 126.83	Rechnungslegung
Anteiliger Eigenkapitalwert*	1 289.33	1 126.83	Veräußerungsbeschränkungen
			Risiken
			Zusätzliche vertragliche Verbindungen
			Vertretung Kanton Zürich

Die GVZ nimmt Aufgaben der kantonalen Feuerpolizei, der kantonalen Feuerwehr sowie der kantonalen Gebäudeversicherung wahr
Selbstständige Anstalt des kantonalen Rechts
Zürich
Nein
Schweizerisches Gesetz, namentlich kantonales Gebäudeversicherungsgesetz
Ja (Gebäudeversicherungsgesetz, LS 862.1)

Markus Notter im Verwaltungsrat / Oberaufsicht Kantonsrat / Aufgabendelegation an Kommission des Kantonsrates / allgemeine Aufsicht Regierungsrat

¹ Die Zahlen basieren auf dem letzten publizierten Jahresabschluss per 31.12.2009 bzw. 31.12.2008

Weitere Informationen können den publizierten Geschäftsberichten der jeweiligen Organisationen entnommen werden.

33. Ausgerichtete Investitionsbeiträge

Übersicht

R 2010	Bund	Kantone	Gemeinden	Öffentl. Sozialversicherungen	Öffentl. Unternehmungen	Private Unternehmungen	Private Org. ohne Erwerbszweck	Private Haushalte	An das Ausland	Altbestand	An Anlagen in Bau	Total
Fr. 1000												
Anschaffungskosten												
Stand per 1.1.	1 118	2 137 744		420 458	56 055	94 595	1 569	4 589 525	620 200		7 921 263	
Zugänge		58 022		25 638	11 373	19 518	1 876	- 113	190 021		306 335	
Übertragung vom FV												
Abgänge		- 6		- 157							- 163	
Übertragung ins FV		419		38 754	26 210	2 334			- 67 716			
Umgliederungen				484 692	93 637	116 447	3 444	4 589 412	742 505			
Stand per 31.12.	1 118	2 196 178		484 692	93 637	116 447	3 444	4 589 412	742 505		8 227 434	
Kumulierte Abschreibungen												
Stand per 1.1.	- 107	- 1 187 277		- 70 183	- 6 323	- 9 052	- 1 569	- 3 412 397			- 4 686 907	
Abschreibungen des Jahres		- 56	- 50 696	- 29 155	- 5 014	- 9 754	- 1 876	- 130 630			- 227 180	
Abgänge				68							68	
Übertragung ins FV												
Dauernde Wertminderungen				209	405						614	
Wertaufholungen												
Umgliederungen												
Stand per 31.12.	- 163	- 1 237 972		- 99 060	- 10 932	- 18 805	- 3 444	- 3 543 027			- 4 913 404	
Buchwert per 31.12.	955	958 206		385 632	82 705	97 642	-	1 046 385	742 505		3 314 030	

Erläuterungen zum Anlagespiegel 2010 (in Mio. Franken):

Zugänge:

+126,6 Investitionsbeiträge an Anlagen im Bau im Bereich öffentlicher Verkehr

+72,8 Investitionsbeiträge im Bereich Spitäler, Beiträge an bestehende und an Anlagen in Bau:

35,0 Mio. Franken an Stadtspital Triemli (davon 23 Mio. Franken für Energie- und Medienversorgung, 9,3 Mio. Franken Bettenhausneubau); 6,9 Mio. Franken Sanierung Spital Bülach, 6,5 Mio. Franken Stadtspital Waid (davon 4,4 Mio. Franken Neubau Parkhaus), 5,8 Mio. Franken Sanierung Gesundheitsversorgung Zürcher Oberland (GZO), Wetzikon, 4,0 Mio. Franken Spital Zollikerberg und diverse Investitionen in verschiedene Spitäler an Gemeinden im Bereich Finanzierung öffentlicher Verkehr

- +13,8 Investitionsbeiträge an Gemeinden im Bereich der Energieförderung 7,3 Mio. Franken, Wasserversorgungsanlagen 3,2 Mio. Franken, Kanalisation und Sonderbauwerke 1,9 Mio. Franken, Abwasserreinigungsanlagen 1,0 Mio. Franken und verschiedene Investitionsbeiträge.
- +10,2 Investitionsbeiträge im Bereich des Sozialamtes
- +9,4 Investitionen in Alten- und Pflegeheime (bestehende Anlagen und Anlagen im Bau)

Abschreibungen des Jahres:

- 130,6 betragen die Abschreibungen des Altbestandes. Dabei handelt es sich um Investitionsbeiträge der Jahre 1982 – 2005, die nicht auf die Kategorien Bund, Gemeinden usw. aufgeteilt werden konnten. Davon betragen die Abschreibungen für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs und der Investitionen in Spitäler je 40 Mio. Franken.
- 97,0 Die verbleibenden Abschreibungen teilen sich wie folgt auf: im Amt für Wasser, Energie und Luft (28,3 Mio. Franken), für Beiträge an Spitäler (22,1 Mio. Franken), an Städte und neu Gemeinden im Bereich Finanzierung Strassen (26,8 Mio. Franken), für Aufgaben der Denkmalpflege (Mio. Fr. 8,2)

R 2009	Bund	Kantone	Gemeinden	Öffentl. Sozialversicherungen	Öffentl. Unternehmungen	Private Unternehmungen	Private Org. ohne Erwerbszweck	Private Haushalte	An das Ausland	Altbestand	An Anlagen im Bau	Total
Fr. 1000												
Anschaffungskosten												
Stand per 1.1.	1 118	2 091 891	446 372	37 514	62 898	4 589 710	386 392	7 615 896				
Zugänge		43 684	17 747	17 410	26 655	1 569	198 487	305 553				
Übertragung vom FV												
Abgänge										- 185		- 185
Übertragung ins FV		2 169	- 43 661	1 130	5 041		35 321					
Umgliederungen												
Stand per 31.12.	-	1 118	2 137 744	-	420 458	56 055	1 569	4 589 525	-	620 200	7 921 263	
Kumulierte Abschreibungen												
Stand per 1.1.	- 51	- 1 138 502	- 47 673	- 3 034	- 4 825	- 3 271 952	- 4 466 037					
Abschreibungen des Jahres	- 56	- 49 053	- 22 510	- 3 289	- 3 948	- 1 569	- 140 445	- 220 870				
Abgänge												
Übertragung ins FV												
Dauernde Wertminderungen												
Wertaufholungen		278			- 278							
Umgliederungen												
Stand per 31.12.	-	- 107	- 1 187 277	-	- 70 183	- 6 323	- 9 052	- 1 569	-	- 3 412 397	-	- 4 686 907
Buchwert per 31.12.	-	1 011	950 467	-	350 275	49 732	85 543	-	-	1 177 128	620 200	3 234 356

34. Bedeutende ausgerichtete Einzelpositionen

	Rechnung 2010
Fr. 1000	
Investitionsbeiträge (brutto)	306 335
Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	80 000
Stadtbahn Glattal	31 910
Stadtpital Triemli, Energie- und Medienversorgung	23 000
Stadt Zürich, Baupauschale	13 403
Tram Zürich West	11 070
Stadtpital Triemli, Neubau Bettenhaus	9 250
Investitionsbeiträge im Bereich Energie	7 955
Zürich FlaMa Westtangente Waldegg	6 300
Winterthur, Baupauschale	5 811
Stadtpital Waid, Neubau Personalparkhaus	4 400
Investitionsbeiträge an Wasserversorgungsanlagen	3 978
Verschiedene landwirtschaftliche Hochbauten	3 607
Übrige Investitionsbeiträge	105 651

	Rechnung 2009
Fr. 1000	
Investitionsbeiträge (brutto)	305 553
Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	97 300
Stadtbahn Glattal	54 470
Stadt Zürich, Baupauschale	14 433
Stadtpital Triemli, Neubau Bettenhaus	13 000
Tram Zürich West	8 800
Stadt Winterthur, Baupauschale	6 398
Zürich FlaMa Westtangente Waldegg	4 077
Stadt Zürich, Beitrag Strassenbau	3 687
Verschiedene landwirtschaftliche Hochbauten	3 386
Spital Männedorf, Teilerneuerung Bettenstation	3 300
Übrige Investitionsbeiträge	96 703

35. Laufende Verbindlichkeiten

Fr. 1000	per		Differenz R 09/10	
	31.12.2010	31.12.2009	Abs.	%
Laufende Verbindlichkeiten	- 2 152 905	- 2 164 692	11 787	0.5
davon verzinslich	- 2 762	- 1 029	- 1 733	-168.3
Laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen Dritter	- 572 249	- 542 338	- 29 911	-5.5
Kontokorrente mit Dritten ¹	- 599 041	- 440 476	- 158 565	-36.0
Kontokorrente mit selbständigen, nicht konsolidierten Einheiten	- 329 090	- 531 146	202 056	38.0
Fiskalverbindlichkeiten				
Erhaltene Anzahlungen von Dritten	- 262 459	- 245 368	- 17 091	-7.0
Transferverbindlichkeiten	- 93 345	- 87 772	- 5 574	-6.4
Depotgelder und Kautionen	- 98 705	- 100 699	1 993	2.0
Übrige laufende Verbindlichkeiten	- 198 015	- 216 893	18 878	8.7

¹ Betragskorrektur im 2009: Durchlauf- und Abrechnungskonti mit Dritten wurden im 2009 nicht berücksichtigt

Erläuterungen zu den Bewegungen 2010:

Laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen Dritter: - 29,9 Mio.

- 29,9 Zunahme der offenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen Dritter im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit.

Kontokorrent mit Dritten: - 158,6 Mio.

-123,0 Höhere Kontokorrent-Verbindlichkeit gegenüber der Eidg. Finanzverwaltung, Bern (Finanzverwaltung - 126,0 Mio. Franken / Amt für Tresorerie +3,0 Mio. Franken).

- 36,8 Höhere Kontokorrent-Verbindlichkeit im Bereich Bundes- und Quellensteuer

Kontokorrent mit selbständigen, nicht konsolidierten Einheiten: + 202,0 Mio.

+197,8 Abnahme des Kontokorrents gegenüber der BVK aufgrund vereinbarten Teilrückzahlungen

Erhaltene Anzahlungen von Dritten: - 17,1 Mio.

-30,6 Bestandserhöhung der Anzahlungen des Flughafens Zürich AG für die Lärmrechnung

+15,6 Abnahme des Anzahlungsbestandes im Bereich von Nachsteuern, Erbschafts- und Schenkungssteuern aufgrund der geringeren Anzahl an hängigen Verfahren.

36. Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten

Fr. 1000	per		Differenz R 09/10	
	31.12.2010	31.12.2009	Abs.	%
kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 55 689	- 585 756	530 067	90.5
Gegenüber Finanzintermediären	-	- 151	151	100.0
Gegenüber selbständigen Einheiten				0.0
Kurzfristiger Anteil langfristiger Finanzverbindlichkeiten	- 50 000	- 571 394	521 394	91.2
Kurzfristiger Anteil langfristiger Leasingverpflichtungen	- 3 972	- 3 737	- 234	-6.3
Derivative Finanzinstrumente	-	- 8 743	8 743	100.0
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten gegenüber Dritten	- 1 717	- 1 731	14	0.8

Erläuterungen zu den Bewegungen im 2010:

Kurzfristiger Anteil langfristiger Finanzverbindlichkeiten: + 521,4 Mio.

- 50,0 Umgliederung kurzfristiger Anteil von Darlehen
- + 50,0 Rückzahlung festverzinslicher Darlehen
- +250,0 Rückzahlung Staatsanleihe
- +271,5 Rückzahlung variabel verzinslicher Darlehen

Derivative Finanzinstrumente: + 8,7 Mio.

- + 8,7 Verbesserung infolge auslaufender Swap-Geschäfte

37. Passive Rechnungsabgrenzungen

Fr. 1000	per		Differenz R 09/10	
	31.12.2010	31.12.2009	Abs.	%
Passive Rechnungsabgrenzungen	- 1 613 834	- 1 616 518	2 684	0.2
Personalaufwand	- 17 151	- 16 080	- 1 071	-6.7
Sach-, Dienstleistungs-, übriger Betriebsaufwand	- 18 165	- 28 235	10 069	35.7
Fiskalertrag	- 285 876	- 282 419	- 3 457	-1.2
Transfers der Erfolgsrechnung	- 642 732	- 583 752	- 58 979	-10.1
Finanzaufwand / Finanzertrag	- 69 480	- 80 146	10 665	13.3
Übriger betrieblicher Ertrag	- 240 459	- 191 968	- 48 491	-25.3
Investitionsrechnung	- 51 369	- 35 319	- 16 051	-45.4
Übrige passive Rechnungsabgrenzungen Erfolgsrechnung	- 288 602	- 398 600	109 998	27.6

Erläuterungen zu den Bewegungen im 2010:

Sach-, Dienstleistungs-, übriger Betriebsaufwand

- +4,7 Falschverbuchung der Kantonsapotheke führt zu einer Verschiebung aus den Vorräten. Der Fehler wird 2011 korrigiert.
- +4,9 Abnahme aufgrund Beendigung Impfaufwand pandemische Grippe H1N1

Transferertrag der Erfolgsrechnung

- +29,0 Aufarbeitung von ausstehenden Abrechnungen der Vorjahre im 2010 bei nichtstaatlichen und ausserkantonalen Schulen führt zu einem geringen Bedarf an Abgrenzungen.
- 25,7 Schlusszahlung des Grundbeitrages an die Universität für das Jahr 2010.
- 25,6 Abgrenzung des im 2011 von der Eidg. Finanzverwaltung überwiesenen Grundbeitrags des Staatssekretariats für Bildung und Forschung für das Jahr 2010.
- 12,3 Zunahme Abgrenzung des Sozialamtes aufgrund höheren Zusatzleistungen AHV/IV an Gemeinden, Staatsbeiträge für wirtschaftliche Hilfe an Gemeinden für Ausländer und Flüchtlinge etc.
- 18,3 Höhere Rückerstattung an Gemeinden für Prämienübernahmen

Übriger betrieblicher Ertrag

- 30,3 Zunahme infolge Umgliederung der Projektbegrenzungen der ZHAW von den übrigen passiven Rechnungsabgrenzungen
- 17,5 Höhere Abgrenzung der verkauften Abonnemente und Mehrfahrtenkarten, da es wegen des Tarifaufschlags zu Mehrverkäufen gegenüber dem Vorjahr kam

Investitionsrechnung

-7,8	Erhöhung aufgrund noch nicht ausbezahlten Bundesbeiträgen für das Energieförderprogramm
-3,5	Erhöhung aufgrund noch nicht ausbezahlten Beiträgen der Denkmalpflege an diverse Projekte, wie an die Stiftung Testorpf Wädenswil (0,913 Mio.); Zunfthaus z. Zimmerleuten (0,822 Mio.); Stiftung Villa Alma, Männedorf (0,555 Mio.) etc
-3,0	Erhöhung aufgrund ausstehenden Rechnungen bei den Bauten Liegenschaften Mittelschulen

Übrige passive Rechnungsabgrenzungen

+100,0	Die Ablieferung der Bundessteuer musste im 2010 nicht mehr auf dem Kontokorrent mit der Eidg. Finanzverwaltung abgegrenzt werden, da die Verbuchung auf beiden Seiten periodengerecht erfolgt ist.
+30,3	Abnahme infolge Umgliederung der Projektabgrenzungen der ZHAW zu der Abgrenzung übriger betrieblicher Ertrag
-17,6	Höhere Abgrenzungen der Drittmittel bei der Universität Zürich
-5,6	Erhöhung Abgrenzungen insbesondere für Arzthonorare beim Universitätsspital
+1,5	Abnahme infolge vollständige Bezahlung der elektronischen Handelregistrauszügen im laufenden Geschäftsjahr
+4,0	Abnahme infolge Umstellung LISA und MWST-Satzänderung, da gegen Ende Jahr mehr definitive Projektabrechnungen erstellt wurden

38. Langfristige Finanzverbindlichkeiten**Übersicht und Fälligkeiten**

per 31.12.2010 Fr. 1000	Fälligkeit 2 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 1 753 548	- 1 770 055	- 3 523 603
Hypotheken	-	-	-
Schuldscheine	-	-	-
Kassascheine	- 100 038	- 399 630	- 499 667
Staatsanleihen	- 1 492 376	- 987 046	- 2 479 422
Darlehen	- 150 000	- 363 532	- 513 532
Leasingverbindlichkeiten	- 11 135	- 19 848	- 30 983

Auf den 31. Dezember des Berichtsjahres beträgt der gewichtete tatsächliche Zinssatz der Kassascheine, Staatsanleihen und Darlehen 2,855%.

Die einzige wesentliche Veränderung gegenüber dem Vorjahr weisen die Verbindlichkeiten aus Darlehen auf. Diese sind um 152,5 Mio. Franken angestiegen. Die Veränderung lässt sich wie folgt erklären:

+ 50 Mio. werden in die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten verschoben (Rückzahlung im GJ 2011).

- 200 Mio. Neuaufnahme zu 2.078% zwecks Liquiditätssicherung.

Die Veränderung der Leasingverbindlichkeiten wird bei der Tabelle ‚Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing‘ beschrieben.

per 31.12.2009 Fr. 1000	Fälligkeit 2 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 1 802 360	- 1 562 739	- 3 365 099
Hypotheken	-	-	-
Schuldscheine	-	-	-
Kassascheine	- 100 056	- 399 596	- 499 652
Staatsanleihen	- 1 489 854	- 985 079	- 2 474 933
Darlehen	- 200 000	- 161 024	- 361 024
Leasingverbindlichkeiten	- 12 450	- 17 041	- 29 490

39. Übrige langfristige Verbindlichkeiten

Fr. 1000	per 31.12.2010	per 31.12.2009	Differenz R 09/10 Abs.	%
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 720 144	- 707 637	- 12 507	-1.8
Passivierte Investitionsbeiträge	- 711 739	- 703 893	- 7 846	-1.1
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 8 405	- 3 744	- 4 661	-124.5

Erläuterungen zu den Bewegungen im 2010:

- 7,8 Zunahme der passivierten Investitionsbeiträge, weil die vom Bund und anderen Subventionsgebern erhaltenen Investitionsbeiträge höher waren als deren Amortisation.
- 5,2 Zunahme der übrigen langfristigen Verbindlichkeiten durch den Gemeindeanteil an der Budgetunterschreitung 2010 des ZVV.
- +0,6 Umbuchung von den langfristigen Verbindlichkeiten zu den kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten.

40. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing

Fr. 1000	Nominal		Diskont		Barwert	
	per 31.12.2010	per 31.12.2009	per 31.12.2010	per 31.12.2009	per 31.12.2010	per 31.12.2009
Total Finanzierungsleasing	- 45 533	- 44 072	- 10 578	- 10 844	- 34 955	- 33 228
Fälligkeit < 1 Jahr	- 5 442	- 5 230	- 1 470	- 1 492	- 3 972	- 3 737
Fälligkeit 2 - 5 Jahre	- 15 434	- 16 755	- 4 299	- 4 306	- 11 135	- 12 450
Fälligkeit > 5 Jahre	- 24 657	- 22 087	- 4 810	- 5 046	- 19 848	- 17 041

Die Tabelle zeigt die Fälligkeitsstruktur der Leasingverbindlichkeiten per Stichtag bis zum Ablauf der zugrunde liegenden Geschäfte. Die abdiskontierte und bilanzierte Restschuld (Barwert) beläuft sich per 31. Dezember 2010 auf rund 35,0 Mio. Franken. Die künftigen Annuitätzahlungen (Nominal) für Amortisationen und Zinsen betragen Ende 2010 45,5 Mio. Franken.

Die Zunahme der Verbindlichkeiten (Barwert) gegenüber dem Vorjahr von 1,7 Mio. Franken ist einerseits auf drei im Berichtsjahr neue in Nutzung gegangene Objekte zurückzuführen. Die neu eingegangene Gesamtverbindlichkeit (Barwert) beträgt 4,7 Mio. Franken. Andererseits nehmen die Verbindlichkeiten durch die Verkürzung der Restlaufdauer der bestehenden Leasingverträge um 3,0 Mio. Franken ab.

Bei den identifizierten Leasinggeschäften handelt es sich ausschliesslich um Mieterausbauten, die vom Vermieter vorfinanziert wurden.

Die Leasingverbindlichkeiten werden in der Bilanz unter den kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten (Fälligkeit < 1 Jahr) resp. den langfristigen Finanzverbindlichkeiten (Fälligkeiten > 1 Jahr) geführt.

41. Rückstellungen

R 2010	Mehrleistungen des Personals	Andere Ansprüche des Personals	Prozesse (ohne persönliche Prozesse)	Nicht versicherte und Schäden	Bürgerschaften und Garantieleistungen	Übrige betriebliche Tätigkeiten	Vorsorgeverpflichtungen	Finanzaufwand	Aus erbrachten Investitionsleistungen	Übrige Rückstellungen	Total
Fr. 1000											
Stand per 1.1.	- 114 741	- 102 797	- 34 007	- 6 440	- 315 165	- 22 610	- 455 361			- 251 690	- 1 302 811
Bildungen (inkl. Erhöhungen)	- 16 711	- 14 179	- 20	- 787	-	- 2 220	- 50 644	- 929		- 38 468	- 123 957
Verwendungen	3 465	18 401	5 000	298	3 248		60 405			9 760	100 577
Auflösungen	1 011	8 713	54	61		3 150	2 217			12 729	27 834
Umbuchungen	- 28	- 9 039	- 350				20 799			- 13 021	- 1 639
Stand per 31.12.	- 127 003	- 98 901	- 29 323	- 6 868	- 311 917	- 21 680	- 422 585	- 929		- 280 690	- 1 299 896
- davon kurzfristiger Anteil	- 127 003	- 9 136	- 1 213	- 787			- 66 649	- 929		- 48 135	- 253 853
- davon langfristiger Anteil	-	- 89 765	- 28 110	- 6 081	- 311 917	- 21 680	- 355 936			- 232 555	- 1 046 043

Wesentliche Rückstellungen per 31. Dezember 2010:

in Mio Franken	Rechnung 2010	Rechnung 2009
Rückstellung für latente Fluglärmverbindlichkeiten	- 311.9	- 315.2
Vorsorgeverpflichtungen aus Ruhegehaltsordnung für Professoren/-innen der Universität Zürich ¹	- 254.2	- 269.9
Sanierung Sondermülldeponie Kölliken	- 159.3	- 167.1
Staatsanteil an Rentenleistungen für ehemalige Mittelschullehrer, Regierungsräte und Richter ¹	- 64.2	- 68.9
Annuitätenschuld der VBZ gegenüber der Personalvorsorgekasse der Stadt Zürich	- 46.8	- 52.0
Rückstellung für latente Grundstückgewinnsteuern	- 40.0	- 38.0
Vorsorgevereinbarungen für Professoren/-innen der Universität Zürich	- 35.4	- 36.5
Sanierung Schiessanlagen	- 33.2	-
Zurückbehaltene Teuerungszulagen an die WWPK ²	- 16.9	-
Rückstellung für Sonderabschreibungen an den Fahrzeugen der Verkehrsunternehmen	- 12.2	- 10.2

¹ diskontiert mit 4%

² Witwen-, Waisen- und Pensionskasse der Professoren der Universität Zürich, Genossenschaft

Wesentliche Zugänge/Erhöhungen oder Verwendungen im 2010 (in Mio. Franken):

Bildungen / Erhöhungen von Rückstellungen im 2010:

- 26,3 Bildung der Rückstellung für die Altlastensanierung der Schiessanlagen.
- 17,0 Erhöhung der Rückstellung für Vorsorgeverpflichtungen aus der Ruhegehaltsordnung und für den Staatsanteil an Rentenleistungen für Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsräte und Richter.
- 16,9 Bildung einer Rückstellung für zurückbehaltene Teuerungszulagen auf Renten der Universitätsprofessoren/Innen an die WWPK
- 12,3 Nettozunahme der Rückstellung für Mehrleistungen des Personals. Im Berichtsjahr erbrachte Mehrleistungen von über 1,0 Mio. Franken bei der Kantonspolizei, beim Universitätsspital, beim Kantonsspital Winterthur, bei der Universität und den Fachhochschulen. Bei den übrigen Organisationseinheiten der Konsolidierungskreise 1 und 2 (jedoch ohne Kantonspolizei) betrug die Nettozunahme rund 2,6 Mio. Franken.
- 3,7 Teilrevision Lohnsystem III Medizin
- 2,0 Erhöhung der Rückstellung für Sonderabschreibungen an den Fahrzeugen der Verkehrsunternehmen.

Verwendungen 2010:

- +37,5 Auszahlungen für Ruhegehälter und den Staatsanteil für Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsräte und Richter
- +7,8 Verwendung Rückstellung Sondermülldeponie Kölliken
- +5,2 Tilgung der Annuitätenschuld der VBZ gegenüber der PK der Stadt Zürich
- +3,2 Reduktion der Rückstellung der Lärmverbindlichkeiten um die im Jahr 2010 geleisteten Entschädigungszahlungen

Erläuterungen zu den einzelnen Rückstellungskategorien:

Mehreleistungen des Personals	Ferien-, Überzeit und Gleitzeitguthaben sowie Guthaben aus nicht bezogenen Dienstaltersgeschenken der Mitarbeiter werden per Stichtag zurückgestellt. Die Bewertung erfolgt in der Regel zu einem festgelegten durchschnittlichen Stundensatz, aufgeteilt nach Verwaltungs- und Lehrpersonal. Wenn einzelne Organisationseinheiten die Bewertung mit den individuellen Lohndaten vornehmen können, so kann der Rückstellungsbedarf auf diese Weise ermittelt werden. Für anwartschaftliche Dienstaltersgeschenke werden keine Rückstellungen gebildet.
Andere Ansprüche des Personals	Lebensarbeitszeitmodelle und die Stundenkontokorrente im Bildungsbereich gelten als überjährig. Sie werden deshalb als langfristige Rückstellung unter dieser Kategorie ausgewiesen.
Prozesse (ohne personalrechtliche)	Für Prozessrisiken werden Rückstellungen gebildet, wenn die Wahrscheinlichkeit eines für den Kanton negativen Prozessausganges bei > 50% liegt. Um nachteilige Auswirkungen auf den Prozessverlauf zu vermeiden, wird auf eine detaillierte Offenlegung verzichtet.
Nicht versicherte Schäden	Für nicht versicherte Schadenfälle oder für den Anteil eines Schadenfalles, der den versicherten Betrag übersteigt, werden Rückstellungen gebildet.
Bürgschaften und Garantieleistungen	Staatsgarantien und Bürgschaften, für die ein Mittelabfluss bekannt oder wahrscheinlich ist, werden zurückgestellt.
Übrige betriebliche Tätigkeiten	Die Bildung von Rückstellungen für betriebliche Tätigkeit richtet sich konsequent nach den Passivierungskriterien aus. Für nicht kostendeckende Verwaltungstätigkeiten oder künftige operative Tätigkeiten werden keine Rückstellungen gebildet.
Vorsorgeverpflichtungen	Die Position umfasst Rückstellungen für Überbrückungsrenten sowie die Vorsorgeverpflichtungen des Kantons aus der Ruhegehaltsordnung für Professoren/innen sowie den Staatsanteil an Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsräte und Richter. Bei diesen Verpflichtungen findet ein Mittelabfluss statt. Es sind keine weiteren Rückstellungen für Vorsorgeverpflichtungen nach Swiss GAAP FER 16 verbucht.
Übrige Rückstellungen	Kategorie für diverse Positionen wie Rückstellungen für latente Grundstückgewinnsteuern, Sanierung von Altlasten, Krankenkassen-Prämienverbilligungen etc.

42. Fonds im Fremdkapital (ohne Legate und Stiftungen)

R 2010	Anfangsbestand per 1.1.	Einlage	Entnahme	Endbestand per 31.12.	Vorfinanzierte, noch nicht abgeschriebene Investitionen	bereits erfolgte Bei- tragszusicherungen
<i>Fr. 1000</i>						
Fonds Fremdkapital	- 447 601	- 64 548		- 512 149	4 061	- 83 133
Ausgleichsfonds	- 48 474	- 26 356		- 74 830		
Sportfonds	- 83 449	- 5 507		- 88 956	4 061	- 20 754
Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht	- 4 099	- 2 379		- 6 478		
Lotteriefonds	- 268 724	- 28 319		- 297 043		- 50 006
Deponiefonds	- 16 275	- 1 332		- 17 608		
Kantonaler Waldfonds	- 799	- 24		- 823		
Denkmalpflegefonds	- 25 781	- 631		- 26 412		- 12 374

Erläuterungen zu den Bewegungen im 2010:

- 26,4 Einlagen in den Ausgleichsfonds, weil die Steuerkraftablieferungen höher ausfielen als die Finanzausgleichsleistungen.
- 5,5 Einlagen in den Sportfonds, weil die Ertragsanteile am Sport-Toto und an Lotterien höher waren, als die Aufwendungen des Sportfonds.
- 2,4 Einlage in den Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht.
- 28,3 Einlage in den Lotteriefonds, weil die Ertragsanteile von Swiss-Los die Beitragsleistungen überstiegen.
- 1,3 Einlage in den Deponiefonds, weil die Erträge höher ausfielen als die Aufwendungen des Fonds.

43. Fonds im Eigenkapital (ohne Legate und Stiftungen)

R 2010	Anfangsbestand per 1.1.	Einlage	Entnahme	Endbestand per 31.12.	Vorfinanzierte, noch nicht abgeschriebene Investitionen	bereits erfolgte Bei- tragszusicherungen
<i>Fr. 1000</i>						
Fonds Eigenkapital	- 1 735 324	- 75 017	4 487	- 1 805 854	- 1 236 688	- 7 693
Investitionsfonds	- 42 652	-	3 552	- 39 099	56 465	- 3 544
Verkehrsfonds	- 819 600	- 19 090	-	- 838 690	1 312	- 1 283
Strassenfonds	- 466 059	- 46 298	-	- 512 357	- 1 314 313	- 643
Wildschadenfonds	- 1 623	- 20	-	- 1 643		
Flughafenfonds	- 381 345	- 9 281	-	- 390 626		
Tierseuchenfonds	- 4 603	152	-	- 4 452		
Fonds für die Teilverlegung der Universität	-	-	-	-		
Natur- und Heimatschutzfonds	- 17 606	-	935	- 16 671	19 848	- 2 223
Sonderabfallfonds	- 1 836	- 480	-	- 2 316		

Erläuterungen zu den Bewegungen im 2010:

- 3,6 Entnahmen aus dem Investitionsfonds, weil die Aufwendungen des Fonds die Erträge überstiegen.
- 19,1 Einlage in den Verkehrsfonds, weil die Übertragung aus allgemeinen Staatsmitteln und die Zinserträge die Abschreibungen für Investitionsbeiträge übertreffen.
- 46,3 Einlage in den Strassenfonds, weil die Erträge des Fonds aus Verkehrsabgaben und zweckgebundenen Anteilen an Bundeseinnahmen die Aufwendungen für die Strassen überstiegen.
- 9,3 Einlage in den Flughafenfonds, weil die Zinserträge die vom Fonds zu deckenden Aufwendungen überstiegen.

Weitere Erläuterungen

44. Vorsorgeverpflichtungen nach Swiss GAAP FER 16

Mio. Franken	Über-/Unterdeckung		Wirtschaftlicher Anteil des Kantons Zürich		Veränderung zum Vorjahr bzw. abgegrenzte Beiträge	Auf die Periode		Vorsorgeaufwand im Personalaufwand
	31.12.2010	per 31.12.2010	per 31.12.2010	per 31.12.2009		2010	Rechnung	
BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich, Anteil Kanton Zürich konsolidiert	- 2 797	45	-	- 413	- 413	- 26	- 26	- 410
VSAO Vorsorgeanstalt ¹		58				- 0	- 0	- 25
WWPK Witwen-, Waisen- und Pensionskasse der Professoren der Universität ¹	- 64	- 64	- 69	- 69	5	-	-	-
Staatsanteil Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsräte und Richter	- 254	- 254	- 270	- 270	16	- 28	- 12	- 16
Ruhegehaltsordnung für Universitätsprofessoren								
Total	- 3 012	- 318	- 339	- 467	21	- 467	- 446	- 451

¹ Über-/Unterdeckungen gemäss letzter verfügbarer Jahresrechnung (Abschluss 2009)

Die ausgewiesene Unterdeckung von 2 797 Mio. Franken der BVK Personalvorsorge entspricht dem Anteil des Kantons Zürich inkl. den selbständigen und unselbständigen Anstalten des Konsolidierungskreises 3 an der Gesamtunterdeckung der BVK im Betrag von 3 279 Mio. Franken per Ende 2010. Der angenommene Prozentanteil für 2010 entspricht dem berechneten Prozentanteil im 2009.

in Mio. Franken	2009	2010
Gesamtunterdeckung der BVK ¹	- 4 323	- 3 279
Deckungsgrad	87.4%	86.5%
Anteil Deckung Kanton Zürich ²	- 3 691	- 2 797
Anteil Kanton Zürich an Deckung in %	85.4%	85.3%

¹ Basis provisorischer Abschluss der BVK für 2010

² Für 2010: Prozentuale Ermittlung aufgrund der Vorjahre

Der wirtschaftliche Anteil des Kantons von insgesamt 318 Mio. Franken ist in der Staatsrechnung in Form von Rückstellungen verbucht. Aus der Überdeckung der VSAO und der WWPK resultiert kein wirtschaftlicher Nutzen für den Kanton.

Die Statuten der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich werden im 2011 einer Teilrevision unterzogen mit dem Ziel, die Finanzierung der BVK langfristig sicher zu stellen. Durch die in die Vernehmlassung vom 8. Oktober 2010 gegebenen Massnahmen entstehen einerseits direkte, jährlich wiederkehrende Kosten und andererseits indirekte, einmalige Kosten (RRB 1438/2010). Die direkten, wiederkehrenden Kosten würden zu einem Mehraufwand in den Folgejahren führen, der von den

Arbeitgebern und Arbeitnehmer zu tragen ist. Ein Teil der Mehrkosten würde für die Erhöhung der Sparbeiträge und ein Teil als deckungsgradabhängiger Sanierungsbeitrag verwendet. Die indirekten, einmaligen Kosten belasten die Bilanz der BVK. Sie haben keinen unmittelbaren Mehraufwand für die Arbeitgeber (Kanton sowie angeschlossene Arbeitgeber) bzw. die versicherten Personen zur Folge. Da sich die vorgeschlagene Teilrevision der Statuten zum Zeitpunkt der Jahresabschlussarbeiten 2010 in der Vernehmlassung befindet und noch keine Beschlüsse vorliegen, wurden im Abschluss 2010 des Kantons Zürich keine Rückstellungen gebildet.

Sollte die Teilrevision der Statuten mit den vorgeschlagenen Massnahmen vom Regierungsrat und Parlament genehmigt werden, so ist das kantonale Rechnungswesen der Meinung, dass gemäss den gültigen Rechnungslegungsvorschriften zum Zeitpunkt des Beschlusses eine Rückstellung über den Gesamtbetrag der arbeitgeberseitigen Sanierungsbeiträge eingestellt werden müsste. Die selbständigen Anstalten des Konsolidierungskreises 3 müssten für einen wahrheitsgetreuen Ausweis die Bildung der Rückstellung voraussichtlich im Einzelabschluss vornehmen.

45. Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25

Gemäss RRB Nr. 1001 vom 4. Juli 2007 erfolgt die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS Exposure draft (ED) 31. Dies entspricht der Bewertung nach IAS 19 bzw. dem neu erlassenen IPSAS 25 (Leistungen an Arbeitnehmer). Sie werden als Eventualverpflichtung im Anhang der konsolidierten Jahresrechnung ausgewiesen und zu Beginn jeder Legislaturperiode neu berechnet. Bei ausserordentlichen Entwicklungen – insbesondere auf den Finanzmärkten – erfolgen zusätzliche Bewertungen während der Legislaturperiode. Weil auf den 31. Dezember 2009, das heisst auf den erstmaligen Jahresabschluss nach CRG/IPSAS hin, die Vorsorgeverpflichtungen nach IAS 19 / IPSAS 25 berechnet wurden, ist auf eine Neubewertung zum 31. Dezember 2010 verzichtet worden. Nachfolgend sind die Grundlagen und Berechnungen aus der Bewertung 2009 aufgeführt.

Die Vorsorgeverpflichtungen werden mit der „Projected Unit Credit Method“ bewertet. Danach ist der Wert der Vorsorgeverpflichtung (Barwert der Vorsorgeverpflichtungen) am Bewertungsstichtag gleich dem Barwert des bis zum Stichtag erworbenen Anspruchs unter Berücksichtigung der Versicherungsdauer, des voraussichtlichen Lohns bei Eintritt des Versicherungsfalles bzw. bei Altersrücktritt und der periodischen Anpassungen der laufenden Renten. Dabei wird die effektive (im Reglement) festgelegte Finanzierungsart nicht berücksichtigt, sondern für die Berechnung wird angenommen, dass die Leistungen linear über die gesamte Versicherungsdauer erworben werden.

Für die Berechnungen per 31. Dezember 2009 wurden folgende Bewertungsgrundlagen angenommen:

<u>Versicherungstechnische Annahmen</u>	
Sterblichkeit und Invalidität	VZ 2005
Technischer Zinssatz	3.0%
Langfristige Rendite des Vorsorgevermögens	4.6%
Zins Projektion Sparkapital	3.0%
Lohnentwicklung	2.0%
Rentenanpassungen	0.0%
Inflationserwartung	1.5%
Austrittswahrscheinlichkeit	BVK ZH
Pensionierungswahrscheinlichkeit (Männer und Frauen)	100% Alter 63
Kapitalbezug bei Pensionierung	7.0%

Erläuterung der einzelnen Annahmen

Sterblichkeit und Invalidität	Die angewendeten versicherungstechnischen Grundlagen basieren auf den VZ 2005. Diese enthalten biometrische Beobachtungswerte wie Invalidierungs- und Sterbewahrscheinlichkeiten verschiedener öffentlich-rechtlicher Pensionskassen.
Technischer Zinssatz	Dieser Zinssatz repräsentiert die Rendite von Unternehmensanleihen bester Bonität mit Laufzeiten von 10 bis 15 Jahren. Er wird zur Diskontierung der künftigen Leistungen verwendet.
Langfristige Rendite des Vorsorgevermögens	Die Anlagestrategie der BVK ist darauf ausgerichtet, langfristig eine Rendite von 4,6% zu erzielen. Die Renditeziele der übrigen Kassen wurden nicht mit einbezogen.
Zins Projektion Sparkapital	Mit dem Projektionszins werden die Altersleistungen in einem Beitragsprimat hochgerechnet. Er entspricht dem technischen Zinssatz, damit keine künstlichen Über- oder Unterdeckungen entstehen.
Lohnentwicklung	Unter der Annahme der langfristigen Verzinsung der Sparguthaben von 3% und der in den Statuten der BVK festgelegten Regelung, dass die Verzinsung ein Prozentpunkt über der durchschnittlichen Erhöhung der versicherten Löhne liegen sollte, wurde eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 2% als Annahme berücksichtigt.
Rentenanpassungen	Bei der aktuell vorliegenden Berechnung wurden keine Rentenerhöhungen mit einbezogen.
Inflationserwartung	Die künftigen Inflationserwartungen wurden mit 1,5% pro Jahr angenommen.
Austrittswahrscheinlichkeit	Da die BVK Personalvorsorge eigene Statistiken über die Austritte führt, wurden diese für die Berechnung verwendet. Danach beträgt die Wahrscheinlichkeit im Jahresverlauf auszutreten für eine 24-jährige männliche Person 18% bzw. 19% für eine Frau. Diese Austrittswahrscheinlichkeiten sinken mit zunehmendem Alter auf 2% für einen 59-jährigen Mann und auf 4% für eine Frau.
Pensionierungswahrscheinlichkeit (Männer und Frauen)	Aufgrund des effektiven Rücktrittsverhaltens der BVK-Versicherten ergibt sich ein durchschnittliches Rücktrittsalter für Männer und Frauen von 63 Jahren.
Kapitalbezug bei Pensionierung	Da ein Kapitalbezug für die BVK nicht kostenneutral erfolgt, wurde die Wahrscheinlichkeit für Kapitalbezüge den Erfahrungen entsprechend mit 7% angenommen.

Für die Ermittlung der Vorsorgeverpflichtungen wurden folgende Vorsorgeeinrichtungen berücksichtigt:

- BVK Personalvorsorge (inkl. Volksschullehrer, Mittelschullehrer und AHV-Überbrückungsrenten)
- Vorsorgestiftung VSAO (Vorsorgeplan 101 Universität, Vorsorgeplan 102 Kanton ZH)
- Vorsorgeverpflichtungen aus der bis 1989 geltenden Ruhegehaltsordnung für Universitätsprofessoren/Innen

Die Vorsorgeverpflichtungen der Witwen-, Waisen- und Pensionskasse der Professoren der Universität Zürich (WWPK) sowie die Abegg-Stiftungen werden nicht separat bewertet, der Vollständigkeit halber trotzdem konsolidiert.

Die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen per 31. Dezember 2009 zeigt sich wie folgt:

Mio. Franken	per 31.12.2009
Barwert der Vorsorgeverpflichtungen	- 23 020.8
Vorsorgevermögen zu Marktwerten	17 676.8
Unterdeckung	- 5 344.0
Noch nicht amortisierter versicherungsmathematischer (Gewinn) / Verlust	- 1 065.8
Total Vorsorgeverpflichtungen	- 6 409.8

Die berechnete Vorsorgeverpflichtung von 6 410 Mio. Franken stellt einen Bruttowert dar. Sie kann auf das Ende des Geschäftsjahres 2010 um 318 Mio. Franken reduziert werden, da für die Ruhegehaltsbezüger/Innen der ehemaligen Professoren, Mittelschullehrer, Regierungsräte und Richter in der Staatsbilanz Rückstellungen bestehen. Eine weitere Reduktion um 241 Mio. Franken kann eingerechnet werden, weil die Volksschullehrer mit 100% berücksichtigt sind, der Kantonsanteil aber lediglich 32% beträgt. Die Vorsorgeverpflichtungen betragen per 31. Dezember 2010 somit effektiv 5 851 Mio. Franken.

Entwicklung der Vorsorgeverpflichtungen:

Mio. Franken	Rechnung 2009
Stand 1.1.	- 6 453.8
Vorsorgeaufwand	- 425.5
Bezahlte Arbeitgeberbeiträge	469.5
Stand 31.12.	- 6 409.8

46. Absicherungsgeschäfte

Zur Absicherung von Zins- und Währungsschwankungen von Grundgeschäften (langfristige Darlehen) werden nach Bedarf derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Als Sicherungsgeschäft gilt ein derivatives Finanzinstrument, dessen Marktwert einen teilweisen oder vollständigen Ausgleich der Marktwert- oder Geldflussänderung eines gesicherten Grundgeschäftes bewirkt. Bewertung und Bilanzierung der Sicherungsinstrumente erfolgen zu Marktwerten (Fair Values). Der Marktwert zeigt den positiven oder negativen Wiederbeschaffungswert. Es wird Hedge Accounting gemäss IAS 39 angewendet, das heisst die Wertveränderung der Sicherungsinstrumente wird direkt und erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Im Kanton Zürich werden in der Regel folgende Sicherungsinstrumente eingesetzt:

- Langfristige Finanzierungen in Schweizer Franken mit variablen Zinssätzen (gesichertes Grundgeschäft) werden mittels Zinssatzswaps (Sicherungsgeschäft) gegen die Veränderung der variablen Zinssätze abgesichert
- Langfristige Finanzierungen mit fixen oder variablen Zinssätzen (gesichertes Grundgeschäft) werden mittels Währungsswaps (Sicherungsgeschäft) gegenüber Kursveränderungen zum Schweizer Franken abgesichert. Zusätzlich werden die variablen Zinssätze abgesichert.

Am 31. Dezember 2010 bestehen keine Swap-Geschäfte.

47. Eventualforderungen

Fr. 1000	Rechnung	Rechnung	Differenz R 09/10	
	2010	2009	Abs.	%
Eventualforderungen	752 170	760 013	- 7 843	-1.0
Gerichtlichen Verfahren	500	4 500	- 4 000	88.9
Regressnahme	–	–	–	0.0
Heimfallrechte	1 700	1 700	–	0.0
bedingt rückzahlbare Darlehen (VV)	12 620	12 800	- 180	-1.4
Übrige Eventualforderungen	737 351	741 014	- 3 663	-0.5

Erläuterungen:

Gerichtliche Verfahren: Abnahme um 4 Mio. Franken

- 4,0 Das gerichtliche Verfahren wegen der Mineralölsteuerrückerstattung beim ZVV wurde abgeschlossen.

Heimfallrechte: Bestand 1,7 Mio. Franken

1,7 Objekt des Sozialamtes (unverändert).

Bedingt rückzahlbare Darlehen: Bestand 12,6 Mio. Franken

8,5 Altrechtliche Ausbildungsdarlehen (-0,8 Mio. Franken).

3,2 Wohnbaudarlehen der Wohnbauförderung.

Übrige Eventualforderungen: Bestand 737,4 Mio. Franken

640,2 Rückforderung der Eventualverpflichtung zur Absicherung der Tiefbauten des Flughafens Zürich (-20,0 Mio. Franken)

44,6 Sicherheiten von Arbeitsvermittlern gemäss Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (+2,9 Mio. Franken).

38,1 Als Darlehen gewährte Staatsbeiträge (-0,9 Mio. Franken).

14,5 Verschiedene Eventualforderungen.

48. Eventualverbindlichkeiten

Fr. 1000	Rechnung	Rechnung	Differenz R 09/10	
	2010	2009	Abs.	%
Eventualverbindlichkeiten	- 6 695 132	- 6 763 913	89 780	1.3
Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25 ¹	- 5 851 000	- 5 830 000	- 21 000	-0.4
Bürgschaften	- 14 872	- 15 443	572	3.7
Garantieverpflichtungen	- 5 000	–	- 5 000	0.0
Pfandbestellungen für Verpflichtung Dritte	–	–	–	0.0
Vereinbarte Konventionalstrafen	–	–	–	0.0
Rechtsfälle	- 17 390	- 17 470	80	0.5
Übrige Eventualverbindlichkeiten	- 806 871	- 901 000	94 129	10.4

¹ Im Finanzbericht 2009 nicht unter den Eventualverbindlichkeiten aufgeführt

Erläuterungen:

Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25: - 21,0 Mio. Franken

- 21,0 Die Nettovorsorgeverpflichtung erhöht sich um denselben Betrag, wie sich die Rückstellung für die Ruhegehaltsordnung der Universitätsprofessoren und –professorinnen und den Staatsanteil der Mittelschullehrer, ehemaligen Richter und Regierungsräte reduziert, weil die Bruttovorsorgeverpflichtung auf den 31. Dezember 2010 nicht neu berechnet wurde. Weitere Erläuterungen siehe Kapitel Vorsorgeverpflichtungen.

Bürgschaften: Bestand 14,9 Mio. Franken

- 13,5 Bürgschaft zu Gunsten der Raststätte A4 AG, Affoltern am Albis (-0,2 Mio. Franken).
- 1,5 Bürgschaften gemäss Gesetz über die Förderung des Wohnungsbaus und Wohneigentums.

Garantieverpflichtungen: Bestand 5,0 Mio. Franken

- 5,0 Leichtathletik-Europameisterschaften 2014. Unterstützung durch den Kanton Zürich (Defizitgarantie) KRB 4614.

Rechtsfälle: Bestand 17,4 Mio. Franken

- 10,4 Rekurs zur Inkraftsetzung der Sanierungsmassnahmen San 04 auf 1.1.2005 durch die Städte Zürich und Winterthur (unverändert).
- 5,1 Lohnklage der Handarbeits- und Hauswirtschaftskräfte. Bundesgerichtsentscheid, Rekurs der Städte Zürich und Winterthur betreffend Verjährung (unverändert).

Übrige Eventualverbindlichkeiten: Bestand 806,7 Mio. Franken

- 640,2 Eventualverpflichtung zur Absicherung der Tiefbauten des Flughafens Zürich (-20,2 Mio. Franken).
- 108,0 Gebundene Kosten gemäss Art. 32d Abs. 3 Umweltschutzgesetz für Ausfallkosten Altlasten inkl. Sanierung Sondermülldeponie Kölliken und Sanierung Schiessanlagen (-91,3 Mio. Franken).
- 44,6 Rückgabe der von Arbeitsvermittlern gemäss Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih hinterlegten Sicherheiten (+2,9 Mio. Franken).
- 8,2 Teuerungszulagen an die WWPK auf Renten ab 1.1.1994 an die Universitätsprofessoren und – Professorinnen (neu).

Nicht bezifferbare Eventualverbindlichkeiten:

Garantie der Einlagen der Zürcher Kantonalbank gemäss Gesetz über die Zürcher Kantonalbank vom 28. September 1997:

§ 6 Der Staat haftet für alle Verbindlichkeiten der Bank, soweit ihre eigenen Mittel nicht ausreichen. Die Haftung erfasst nachrangige Verbindlichkeiten und das Partizipationskapital nicht.

Bürgschaft gemäss Gemeindegesetz vom 6. Juni 1926 (§ 149 Abs. 3):

Bei ausgebrochener oder unmittelbar drohender Zahlungsunfähigkeit einer Gemeinde steht dem Regierungsrat das Recht zu, durch Darlehen oder Bürgschaften des Staates die vorübergehende Zahlungsunfähigkeit einer Gemeinde zu verhüten.

Sind die Voraussetzungen gemäss Quellensteuerverordnung erfüllt, werden quellensteuerpflichtige Personen im nachträglichen ordentlichen Steuerverfahren veranlagt. Die in diesem Verfahren erhobene Steuer wird den ordentlichen Staats- und Gemeindesteuern gutgeschrieben. Bereits verbuchte Quellensteuern werden in diesen Fällen storniert. Dies stellt eine latente Verpflichtung zu Lasten der Quellensteuer dar. Die Höhe dieser latenten Verpflichtung kann derzeit betragsmässig nicht eruiert werden. Spätestens ab Datum Inbetriebnahme der neuen Quellensteuer-Applikation RE07 wird diese latente Verpflichtung in Form eines transitorischen Passivums ausgewiesen.

49. Operatives Leasing

Fr. 1000	Rechnung 2010	Rechnung 2009
Fälligkeiten der minimalen Leasingzahlungen	- 4 861	- 3 343
Fälligkeit <= 1 Jahr	- 1 343	- 669
Fälligkeit 2 - 5 Jahre	- 3 478	- 2 674
Fälligkeit > 5 Jahre	- 40	-
Leasingaufwand des Jahres	- 1 863	- 669
Ertrag des Jahres aus Untermieten	-	-
Künftiger Ertrag aus Untermieten	-	-

Die Tabelle zeigt die künftigen Geldabflüsse aus operativen Leasingverträgen.

Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus neuen Leasingverträgen für Kopiergeräte der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften und des Universitätsspitals.

50. Finanzielle Zusagen (Commitments)

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2010	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Verpflichtungskredite des Kantonsrates						
zu Lasten Erfolgsrechnung:						
Rahmenkredit für die Jahre 2010 bis 2013 für Weiterbildung- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte	20 900		-	20 900	104	20 796
Rahmenkredit für das Veloförderungsprogramm	20 000		-	20 000	-	20 000
Rahmenkredit für die Jahre 2006 bis 2009 für Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte	22 850		-	22 850	7 898	14 952
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten Rechtsquellenstiftung des Schweizerischen Juristenvereins und des Staatsarchivs des Kantons Zürich an das Projekt "Rechtsquellen-Edition Zürich" (Teilprojekt 1)	4 400		-	4 400	37	4 363
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten des Staatsarchivs des Kantons Zürich zur Transkription und Digitalisierung von Kantonsratsprotokollen sowie Regierungsratsbeschlüssen	3 759		-	3 759	515	3 244
Wiederbelebungsmaßnahmen an Fliessgewässern, Rahmenkredit	18 000		-	18 000	15 639	2 361
Objektkredit für die Ausarbeitung des Ausführungsprojektes mit Umweltverträglichkeitsbericht zum Bau der Zürcher Oberlandautobahn A53, Abschnitt 3, Anschluss Uster-Ost bis Kreisel Betzholz (Hinwil)	9 000		-	9 000	6 947	2 053
Beiträge für den Erwerb von Wohneigentum	2 000		-	2 000	288	1 712
Stiftung Kulturama Zürich, jährliche Subvention bis Ende 2014	2 400		-	2 400	800	1 600
Bewilligung von Beiträgen an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing für 2007 bis 2010	7 520		-	7 520	7 520	-
Total	110 829		-	110 829	39 748	71 081

	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2010	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben	
Fr. 1000							
Verpflichtungskredite des Kantonsrates zu Lasten Investitionsrechnung							
Psychiatriezentrum Rheinau, Neubau Sicherheitstrakt Forensik	23 500		–	23 500	23 400	100	
Kantonsspital Winterthur, Erweiterung Behandlungsstrakt und Neubau Therapiebad	37 000	–	–	37 000	39 700	- 2 700	
Leichtathletik-Europameisterschaften 2014; Unterstützung durch den Kanton Zürich (zinsloses Darlehen) KRB 4614	3 300	–	–	3 300	–	3 300	
Obergericht, Erweiterung und Umstrukturierung	82 000	–	3 000	85 000	32 887	52 113	
MCH Group AG, Zinsvergünstigtes Darlehen	20 000	–	–	20 000	–	20 000	
Berufsbildungsschule Winterthur Anton Graff- Haus, Winterthur; Umbau und Erweiterung	34 711	–	–	34 711	12 824	21 887	
Gesamtkredit für den Neubau der Universität Irchel (Netto)	600 000	–	–	600 000	239 858	360 142	1)
Teilkredit Projektierungen (Brutto)	8 000	–	–	8 000	–	–	3)
Teilkredit 1. Bauetappe (Netto)	153 000	–	22 206	175 206	145 244	–	2)
Teilkredit Infrastrukturanlagen (Brutto)	29 400	12 600	12 085	54 085	51 544	–	2)
Teilkredit 2. Bauetappe (Netto)	109 200	–	25 346	134 546	126 463	–	2)
Teilkredit 2. Bauetappe, Grünanlage (Brutto)	7 000	–	2 766	9 766	9 527	–	2)
Teilkredit 3. Bauetappe (Netto)	49 500	4 692	17 741	71 933	64 947	–	2)
Teilkredit 4. Bauetappe (Netto)	76 000	–	4 836	80 836	75 537	–	2)
Staatsbeitrag an die Stiftung Zentralbibliothek Zürich für die Erstellung eines Erweiterungsbaus	46 200	1 700	14 175	62 075	57 829	–	2), 6)
Umbau der kleinen Reithalle und der Stallungen an der Sihl (Kulturinsel Gessnerallee) für die Schauspiel-Akademie Zürich	18 480	–	–	18 480	19 093	–	2)
Erweiterungsbau für das Zahnärztliche Institut der Universität und die Kantonale Volkszahnklinik an der Plattenstrasse 17/19	41 965	1 769	925	44 659	44 550	–	2), 7)
Universität, Rämistrasse 74, Hofeingang und Aufstockung Calatrava (in Verbindung mit RRB 2438/1998)	25 900	–	2 021	27 921	25 171	2 750	8)
Zürcher Hochschule Winterthur, Mieterausbau Liegenschaft Mäander, Trakt C	11 760	–	–	11 760	10 495	1 265	5)
Kantonsschule Küsnacht, Neubau Klassentrakt	13 000	–	–	13 000	11 693	1 307	
Übergang von Liegenschaften von der Stadt Zürich an den Kanton, Kantonalisierung Schule und Museum für Gestaltung Zürich und Überführung in die Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich	64 755	–	–	64 755	39 830	24 925	
Universität, Kleintierklinik, Neubau	28 185	- 240	2 995	30 940	30 870	70	9)
Mieterausbau in der Liegenschaft Sihlpost (Baufeld A) für die Pädagogische Hochschule Zürich, Finanzierungsleasing, Kredit entspricht dem Barwert der Gesamtaufwendungen von 63 Mio. Fr.	42 000	–	–	42 000	–	42 000	
Mieterausbau betreffend Toni-Areal für die Zürcher Hochschule der Künste sowie Teile der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften; Finanzierungsleasing, Kredit entspricht dem Barwert der Gesamtausgabe von 139 Mio. Fr.	92 500	–	–	92 500	–	92 500	
Wasserbau, Jonenbach, Affoltern a.A., Hochwasserrückhaltebecken	12 937	–	–	12 937	11 689	1 248	
Wasserbau, Thurmündung, Hochwasserschutz und Auenlandschaft, Nettokredit 42 Mio. Fr.	53 572	–	–	53 572	17 116	36 456	
Wasserbau, Chämtnerbach, Wetzikon, Ausbau	11 310	–	2 000	13 310	6 807	6 503	

	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2010	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Fr. 1000						
Verpflichtungskredite des Kantonsrates zu Lasten Investitionsrechnung						
Rahmenkredit 2002-2010 für Subventionen gestützt auf § 16 des Energiegesetzes	23 000	–	–	23 000	17 353	5 647
Rahmenkredit 2010-2013 für Subventionen gestützt auf § 16 des Energiegesetzes; ersetzt den Rahmenkredit 2002 - 2010	32 000	–	–	32 000	1 602	30 398
Erstellung des Zürichseeweges, Abschnitt Giessen bis Mülmen	6 300	–	900	7 200	2 251	4 949
Neubau Polizei- und Justiz-Zentrum; Gesetz vom 7.7.2003	490 000	–	54 214	544 214	35 714	508 500
Bezirksgebäude Dietikon Neubau	52 000	–	7 996	59 996	62 594	- 2 598
Rahmenkredit für die Förderung des Wohnungsbaus; Darlehen für den Bau und Sanierung von Wohnungen	15 000	–	–	15 000	10 912	4 088
Staatsbeitrag für einen zweiten unterirdischen Bahnhof unter dem Zürcher Hauptbahnhof (Durchgangsbahnhof Löwenstrasse)	580 000	548 806	73 932	1 202 738	601 600	601 138
Rahmenkredit für die Beteiligung des Staates am Ausbau von SBB- und SZU-Anlagen (3. Teil- ergänzungen S-Bahn); - SBB-Anlagen	74 200	–	9 043	83 243	63 369	19 874
Rahmenkredit für einen Staatsbeitrag an den Bau der Glattalbahn; - Zusatzverbindung zur Haltestelle Bahnhof Oerlikon Nord	18 000	–	2 000	20 000	11 000	9 000
Staatsbeitrag an den Ausbau der SBB-Linie Winterthur - Schaffhausen	13 500	–	–	13 500	13 500	- 4)
Rahmenkredit für Staatsbeiträge an die Anpassung verschiedener S-Bahnstationen und Tramhaltestellen für Mobilitätsbehinderte; VBZ - Haltestellen	11 000	–	–	11 000	–	11 000
Rahmenkredit für einen Staatsbeitrag an den Bau der Glattalbahn; - Stammnetz der Glattalbahn	537 000	–	58 228	595 228	388 910	206 318
Rahmenkredit für einen Staatsbeitrag an die Anpassung verschiedener S-Bahnstationen und Tramhaltestellen für Mobilitätsbehinderte; Haltestellen SZU, FB, BDWM, SOB	20 600	–	1 048	21 648	2 174	19 473
Staatsbeitrag an den Bau einer neuen Tramlinie in Zürich-West zwischen Escher-Wyss-Platz und Bahnhof Altstetten	90 000	–	10 091	100 091	33 070	67 021
Massnahmenzentrum Uitikon, Umbau und Erweiterung geschlossene Abteilung	17 615	–	–	17 615	4 451	13 164
Rahmenkredit für die Beteiligung des Staates am Ausbau von SBB-Anlagen (4. Teilergänzung S- Bahn)	346 555	–	–	346 555	–	346 555
Rahmenkredit für Regionale Verkehrssteuerungen	60 500	–	–	60 500	–	60 500
Bezirksgericht Bülach, Erweiterung und Umstrukturierung	17 857	–	–	17 857	2 759	15 098
Total	3 500 302	569 327	327 547	4 397 176	2 108 475	2 223 849

¹ Die Benutzung des Gesamtkredites berechnet sich durch die bereinigten Ausgaben der einzelnen Teilkredite abindexiert auf den Indexstand per 1.10.1969 (Index des bewilligten Rahmenkredites). Commitment = 0, da der Rahmenkredit abgeschlossen ist, also keine Ausgaben mehr generiert werden. Der Kredit wird noch geführt, da die Kreditabrechnung noch nicht erstellt wurde.

² Commitment = 0, da der Kredit abgeschlossen ist. Die bereinigte Abrechnung ist ausstehend.

³ Der Projektierungskredit wurde auf die einzelnen Teilkredite umgebucht. Commitment = 0, da der Kredit abgeschlossen ist. Die bereinigte Abrechnung ist ausstehend.

⁴ Kredit mit Sammelantrag 2010 abgerechnet, zum letzten Mal in der Übersicht enthalten.

⁵ In den Rechnungsbüchern bis 2008 wurden die Mietausbauten ausgewiesen, da sie Teil des Regierungsratsbeschlusses waren.

⁶ Korrektur Vorjahreswerte, da bisher nur Bruttokredit ohne Teuerung, dafür die Nettoausgaben ausgewiesen wurden.

⁷ Korrektur Vorjahreswerte. Bisher wurde der Zusatzkredit nicht aufgeführt.

⁸ Korrektur Vorjahreswerte. Wird als Gesamtprojekt (neue Ausgaben und gebundene Ausgaben) geführt. Die Teuerung und die Gesamtausgaben wurden prozentuell zur Kreditsumme auf den KRB und die RRB's aufgeteilt.

⁹ Korrektur Vorjahreswerte. Neuberechnung des Kostenstands.

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2010	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Ausgabenbewilligungen des Regierungsrates / Oberste Organe der Behörden und Organisationen zu Lasten Erfolgsrechnung						
- Staatskanzlei	-	-	-	-	-	-
- Justiz und Inneres	2 150	-	-	2 150	1 600	550
- Sicherheitsdirektion	35 239	-	-	35 239	13 962	21 277
- Finanzdirektion	51 530	269	32	51 831	34 282	17 549
- Volkswirtschaftsdirektion	5 800	-	-	5 800	667	5 133
- Gesundheitsdirektion	196 684	-	-	196 684	43 634	153 050
- Bildungsdirektion	416 931	1 000	6 849	424 780	234 401	190 379
- Baudirektion	373 935	250	- 653	373 532	214 831	158 701
- Behörden (KR, FK, DSB, Ombudsstelle)	-	-	-	-	-	-
- Gerichte und Notariate	-	-	-	-	-	-
- Universität Zürich	-	-	-	-	-	-
- Universitätsspital Zürich	-	-	-	-	-	-
- Kantonsspital Winterthur	-	-	-	-	-	-
- Fachhochschulen	-	-	-	-	-	-
- Zürcher Verkehrsverbund	-	-	-	-	-	-
- Zentralbibliothek	-	-	-	-	-	-
Total	1 082 269	1 519	6 228	1 090 016	543 376	546 640

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2010	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Ausgabenbewilligungen des Regierungsrates / Oberste Organe der Behörden und Organisationen zu Lasten Investitionsrechnung						
- Staatskanzlei	-	-	-	-	-	-
- Justiz und Inneres	24 171	-	-	24 171	11 426	12 745
- Sicherheitsdirektion	83 646	2 500	-	86 146	59 961	26 185
- Finanzdirektion	50 100	-	110	50 210	32 804	17 406
- Volkswirtschaftsdirektion	17 285	-	245	17 529	12 354	5 176
- Gesundheitsdirektion	1 095 060	19 385	-	1 114 445	635 663	478 782
- Bildungsdirektion	395 898	-	6 849	402 747	223 839	178 908
- Baudirektion	374 585	23 604	1 726	399 915	240 542	159 373
- Behörden (KR, FK, DSB, Ombudsstelle)	-	-	-	-	-	-
- Gerichte und Notariate	-	-	-	-	-	-
- Universität Zürich	-	-	-	-	-	-
- Universitätsspital Zürich	-	-	-	-	-	-
- Kantonsspital Winterthur	9 000	5 000	-	14 000	8 000	6 000
- Fachhochschulen	-	-	-	-	-	-
- Zürcher Verkehrsverbund	-	-	-	-	-	-
- Zentralbibliothek	-	-	-	-	-	-
Total	2 049 745	50 489	8 930	2 109 163	1 224 589	884 574

Finanzielle Zusagen aus langfristigen Verträgen

	Eintretenszeit- punkt <= 1 Jahr	Eintretenszeit-punkt 2 - 4 Jahre	Eintretenszeit- punkt > 4 Jahre	Total
Franken 1000				
Steueramt: Mietvertrag Gebäude BW21, Zürich (fest bis 31.7.2020)	7 754	23 263	42 649	73 667
Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften Winterthur: Mietverträge Liegenschaften	13 904	29 359	21 193	64 456
Universität Zürich: Einrichtungskredit	16 087	23 147	18 633	57 867
Pädagogische Hochschule Zürich: Campus Lagerstrasse inkl. Nebenkosten	1 975	48 319	245 559	295 855
Universität Zürich: Cityport Affolternstrasse 56	3 128	9 383	29 714	42 225
Strassenverkehrsamt Kanton Zürich: VIACAR AG: Nutzung Informatiklösung StVA Geschäftsfallapplikation	3 802	11 405	7 603	22 810
Bildungsdirektion: Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich, ZAG	2 795	8 384	2 795	13 974
Universität Zürich: Forschungskredit	6 904	6 907	–	13 810
Bildungsdirektion: Berufsbildungsschule Winterthur	2 489	7 466	2 489	12 443
Kantonspolizei: SIKA-Dachvertrag mit Abraxas Informatik AG,	11 000	–	–	11 000
Kantonspolizei Zürich: Mietvertrag, Flughafen Zürich, A11 Prime Center 1	1 138	3 415	5 691	10 245
Übrige langfristige Verträge	100 274	156 800	81 074	338 148
Total	171 249	327 848	457 401	956 499

Finanzielle Zusagen aus rechtsgültig zugesicherten Beiträgen

	Eintretenszeit- punkt <= 1 Jahr	Eintretenszeit-punkt 2 - 4 Jahre	Eintretenszeit- punkt > 4 Jahre	Total
Franken 1000				
Bildungsdirektion: Kinder- und Jugendheime, Betriebsbeiträge	26 158	14 461	–	40 619
Bildungsdirektion: Careum AG, Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Zürich, Jahreskontrakt 2011	25 639	–	–	25 639
Bildungsdirektion: Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)	17 680	–	–	17 680
Bildungsdirektion: Überbetriebliche Kurse (ÜK)	13 136	–	–	13 136
Bildungsdirektion: Investitionsbeiträge Schulhausbauten Volksschulen	–	12 677	–	12 677
Baudirektion: Energieanlagen	11 300	–	–	11 300
Übrige rechtlich zugesicherte Beiträge	37 096	23 405	9 247	69 749
Total	131 009	50 543	9 247	190 800

Übrige finanzielle Zusagen

	Eintretenszeit- punkt <= 1 Jahr	Eintretenszeit-punkt 2 - 4 Jahre	Eintretenszeit- punkt > 4 Jahre	Total
Franken 1000				
Kantonspolizei: Zürich, Zeughausstrasse 11_21	4 836	14 508	4 836	24 180
Bildungsdirektion: Verpflichtungskredite Hochbau Hochschulen	9 600	9 000	–	18 600
Volkswirtschaftsdirektion: Zusicherungen für Wohnbaudarlehen	11 613	5 765	–	17 378
Kantonspolizei: Wartung SW	1 011	3 034	1 011	5 057
Kantonspolizei: Betrieb/Wartung I-NET und E-NET	924	2 771	924	4 618
Übrige andere finanzielle Verträge	9 423	9 557	2 851	21 830
Total	37 407	44 635	9 622	91 664

51. Gewährleistungen

Der Gewährleistungsspiegel enthält Informationen zu verschiedenen mit dem Kanton verbundenen Organisationen, die weder konsolidiert noch im Beteiligungsspiegel enthalten sind. Sie beschreiben die Art der Beziehung des Kantons zu den genannten Organisationen. Aus diesen Vernetzungen können in Zukunft Verpflichtungen entstehen.

Gewährleistungen aus Konkordaten

Direktion	Aufgabe / Bemerkungen	2010 Fr. 1000	2009 Fr. 1000
Baudirektion	Konsortium Sanierung Sondermülldeponie Kölliken	7 781	22 919
Baudirektion	Linthkommission: Interkantonale Führung des Linthwerks. Grundlage: Interkantonale Vereinbarung, gebunden bis 2016 mit einer Kündigungsfrist von 5 Jahren. Beitragssatz 10% gem. Art. 28 der Interkantonalen Vereinbarung Linthwerk. Beitrag 2008 und 2009: Anteil an den Baukosten	1 820	1 410
diverse	übrige Gewährleistungen aus Konkordaten	943	872
Total		10 544	25 201

Gewährleistungen aus Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen

Direktion	Aufgabe / Bemerkungen	Jahresbeiträge 2010 Fr. 1000	Jahresbeiträge 2009 Fr. 1000
Universität Zürich	CCRS: Center for Corporate Responsibility & Sustainability	250	250
Finanzdirektion	Finanzdirektorenkonferenz: Zusammenschluss der 26 kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren. Die Konferenz koordiniert die Anliegen der Kantone und tritt als Ansprechpartner gegenüber dem Bund auf. Berechnungsgrundlage Mitgliederbeitrag: CHF 0.1	159	157
Baudirektion	Konferenz der kantonalen Energiedirektoren (EnDK) 1)	151	151
Universität Zürich	CRUS: Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten	174	150
Baudirektion	BPUK: Die Konferenz fördert und koordiniert die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und Bund und Kantonen in den Bereichen Raumplanung und Raumentwicklung, Strasse / Verkehr, Bau, Umwelt, öffentliches Beschaffungswesen. 2)	108	160
Baudirektion	Förderung und Koordination der kantonalen Raumplanung	137	–
Baudirektion	diverse Mitgliedschaften 3)	130	377
Volkswirtschaftsdirektion	diverse Mitgliedschaften	106	96
Justiz und Inneres	diverse Mitgliedschaften	97	97
diverse	übrige Gewährleistungen aus Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen	722	502
Total		2 034	1 941

¹ Im Jahr 2009 wurde fälschlicherweise der Betrag von 15 000 Franken statt richtigerweise 151 000 Franken ausgewiesen

² Jahreswert für 2009 war in der Zeile "Diverse Mitgliedschaften der BD" aufgeführt

³ Die Änderungen von 1) und 2) wurden im Wert von 2009 kompensiert.

Gewährleistungen aus Eventualverbindlichkeiten

	Aufgabe / Bemerkungen	2010 Fr. 1000	2009 Fr. 1000
mit gesetzlicher Grundlage			
Finanzdirektion	Drei pendente Gerichtsverfahren. Mögliche Prozesskosten inkl. Parteientschädigung (Wahrscheinlichkeit des Unterliegens > 20 %)	–	295
auf vertraglicher Basis			
Volkswirtschaftsdirektion	Garantieverbindlichkeiten zur Absicherung der Tiefbauten des Flughafens zugleich Eventualguthaben: Rückforderung im Falle der Gewährung der Garantieverbindlichkeit zur Absicherung der Tiefbauten des Flughafens von Flughafen Zürich AG	640 200	660 000
übrige			
Volkswirtschaftsdirektion	Bürgschaft zu Gunsten des Bundes für die Raststätte A4 AG, Affoltern am Albis (Knonauseramt) Laufzeit 75 Jahre, jährliche Reduktion um CHF 180'000	13 320	13 500
Total		653 520	673 795

Gewährleistungen aus übrigen Verträgen mit Organisationen mit öffentlichen Aufgaben

Direktion	Aufgabe / Bemerkungen	2010 Fr. 1000	2009 Fr. 1000
Gesundheitsdirektion	SVA Zürich Durchführung individuelle Prämienverbilligung	5 130	5 130
Baudirektion	diverse wesentliche Verträge der Baudirektion	1 819	1 512
diverse	Übrige wesentliche Verträge mit Organisationen mit öffentlichen Aufgaben		288
Total		6 949	6 930

52. Segmentberichterstattung

Institutionelle Gliederung

R 2010	Stammhaus	Kantonsrat	Gerichte und Notariate	Übrige Behörden	Universität	Fachhoch- schulen	Universitäts- spital	ZVV	Zentral- bibliothek	Legate und Stiftungen	Elimination interne Verr.	Konsolidierte Rechnung
Fr. 1000												
ERFOLGSRECHNUNG												
	Fiskalertrag	6 091 064									- 256	6 090 808
	Regalien und Konzessionen	373 622							1 314		- 4 410	373 622
	Entgelte	687 159	15	159 856	369	292 162	195 720	424 100	892	2 003	- 353 588	2 482 491
	Verschiedene Erträge	345 617		2 869	811	61 447	43 088	80 978	20	84		266 523
	Entnahmen aus Fonds des FK						130		36 465	5	- 2 251 042	417
	Transferertrag	3 135 664				825 072	101 074	389 413				3 013 904
	Durchlaufende Beiträge	606 218				58						606 218
	Betrieblicher Ertrag	11 239 344	15	162 725	1 180	1 178 681	985 993	894 012	38 691	2 092	- 2 609 295	12 834 041
	Personalaufwand	- 2 446 463	- 5 883	- 196 221	- 6 765	- 7 111 118	- 596 390	- 199 020	- 19 960	- 1 242	- 8 392	- 4 605 152
	Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 1 293 128	- 1 943	- 89 496	- 1 468	- 409 618	- 134 428	- 428 846	- 13 820	- 589	- 675 504	- 2 608 960
	Abreibungen VV	- 445 893		- 6 595	- 115	- 37 312	- 10 333	- 32 398	- 2 496	- 36		- 545 973
	Einlagen in Fonds des FK	- 83 637					- 56		- 749	- 1 073		- 85 972
	Transferaufwand	- 6 236 514	- 824			- 2 971	- 442	- 99 225		- 5 388	2 251 114	- 4 099 009
	Durchlaufende Beiträge	- 606 218				- 58						- 606 218
	Betrieblicher Aufwand	- 11 111 853	- 8 650	- 292 312	- 8 349	- 1 163 169	- 573 102	- 1 057 690	- 37 025	- 8 329	2 935 010	- 12 551 342
	ERGEBNIS AUS BETRIEBLICHER TÄTIGKEIT	127 491	- 8 635	- 129 587	- 7 169	15 512	26 837	- 71 697	1 666	- 6 236	325 715	282 699
	Finanzvermögen	143 365	0	94	0	93	751	23	225	2 453	- 31 461	115 904
	Finanztrag	979 140		172	9	3 958	2 117	72 639	37	8	- 695 380	364 139
	Finanzvermögen	1 122 505	0	266	9	4 051	2 868	72 661	261	2 461	- 726 840	480 043
	Passivzinsen	- 534 511		- 2 700	- 5	- 2 866	- 554	- 3 144	- 6	- 6	401 125	- 143 947
	Anderer Finanzaufwand	- 19 435	- 0	- 11	- 0	- 349	- 524	- 4	- 191	- 317		- 20 922
	Finanzaufwand	- 553 946	- 0	- 2 711	- 5	- 3 215	- 1 078	- 3 149	- 191	- 323	401 125	- 164 860
	FINANZERGEBNIS	568 559	0	- 2 445	4	836	1 790	69 513	71	2 139	- 325 715	315 175
	JAHRESERGEBNIS	696 049	- 8 635	- 132 032	- 7 165	16 348	28 627	- 2 185	1 737	- 4 098		597 874
	INVESTITIONSRECHNUNG											
	Investitionseinnahmen	197 703		15 569		577			1 352		- 1 082	214 119
	Investitionsausgaben	- 841 820		- 22 215	- 89	- 49 746	- 10 915	- 43 610	- 2 679	- 400	1 082	- 985 825
	NETTOINVESTITIONEN	- 644 116		- 22 215	- 89	- 34 177	- 10 915	- 43 610	- 1 327	- 400		- 771 706
	BILANZ											
	Umlaufvermögen	4 980 759	- 59 705	- 676 493	- 39 103	359 185	138 125	234 994	8 885	25 127	- 644 598	4 608 872
	Anlagevermögen	932 031				18	3 400	1 700	4 412	62 254		1 004 956
	Anlagevermögen	13 903 001		99 260	169	127 186	33 723	118 722	70 187	364	- 56 823	14 337 099
	Total Aktiven	19 825 792	- 59 705	- 577 233	- 38 934	486 371	171 865	357 116	83 464	87 745	- 701 422	19 950 927
	Kurzfristiges Fremdkapital	- 3 486 126	- 140	- 216 629	- 366	- 351 144	- 93 028	- 312 909	- 2 018	- 50	645 129	- 4 076 281
	Langfristiges Fremdkapital	- 5 637 731		- 549		- 66 065	- 35 397	- 11 662	- 69 719	- 49 511	44 723	- 5 859 555
	Eigenkapital	- 10 701 936	59 846	794 410	39 300	- 69 162	- 43 440	- 32 545	- 11 727	- 38 184	11 570	- 10 015 091
	Total Passiven	- 19 825 792	59 705	577 233	38 934	- 486 371	- 171 865	- 357 116	- 83 464	- 87 745	701 422	- 19 950 927

53. Beziehungen zu nahestehenden Personen und Organisationen

Nach IPSAS 20 sind die Beziehungen zu nahe stehenden Einheiten und Personen auszuweisen. Als nahe stehende Einheiten gelten beim Kanton Zürich die beherrschten Einheiten, inklusive der indirekten Beherrschung durch Intermediäre oder Töchter, assoziierte Organisationen sowie Einheiten, auf welche die nahestehenden Personen einen bedeutenden Einfluss haben. Nahe stehende Personen sind die Mitglieder des Regierungsrates, Vertreter der obersten Verwaltungsebene (Universitätsrat, Spitalrat, Fachhochschulrat, Verkehrsrat) sowie die Familienmitglieder der genannten Personenkreise. Sie können die Beschlussfassung in finanzieller oder operativer Hinsicht beherrschen oder bedeutend beeinflussen. Offenzulegen sind sämtliche wesentlichen Transaktionen mit nahe stehenden Personen und Einheiten, welche nicht zu Marktkonditionen durchgeführt wurden, inklusive der Art der Beziehung und der Transaktionen sowie die diesen Transaktionen zu Grunde gelegten Bedingungen. Transaktionen bestehen aus Transfers von Ressourcen oder Verpflichtungen, unabhängig davon, ob ein Entgelt erhoben wird. Zusätzlich sind die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nahe stehenden Personen und Einheiten anzugeben. Transaktionen, für die eine gesetzliche Grundlage besteht oder die für die Grosszahl der kantonalen Mitarbeiter Gültigkeit haben sind nicht meldepflichtig.

Transaktionen zu Nahestehenden

Die Organisationseinheiten der konsolidierten Rechnung haben bestätigt, dass im Berichtszeitraum keine Transaktionen mit nahe stehenden Personen oder Einheiten stattgefunden haben, die nicht marktkonform wären. Auf den Abschlussstichtag hin bestehen auch keine Forderungen oder Verbindlichkeiten mit nahe stehenden Personen oder Einheiten.

Offenlegung zu Führungskräften

Die Entlohnung und die Entrichtung anderer personalrechtlicher Entschädigungen sind im Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz) vom 27. September 1998, in der Personalverordnung vom 16. Dezember 1998 ab § 8 und in der Vollzugsverordnung zum Personalgesetz in den §§ 32 und fortfolgende geregelt.

54. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Bis zum 4. März 2011 sind keine wesentlichen Ereignisse eingetreten, die eine Anpassung von Vermögenswerten oder eine Offenlegung erforderlich machen würden. Die Wesentlichkeitsgrenze beträgt 10 Mio. Franken pro Ereignis.

Bericht der Finanzkontrolle zur konsolidierten Rechnung des Kantons Zürich

Basierend auf dem Finanzkontrollgesetz haben wir die auf den Seiten 504 bis 590 publizierte konsolidierte Rechnung des Kantons Zürich, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Eigenkapitalnachweis, Geldflussrechnung und Anhang, für das am 31. Dezember 2010 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Verantwortung des Regierungsrates und der Finanzverwaltung

Gemäss Gesetz über Controlling- und Rechnungslegung (CRG) § 27 legt der Regierungsrat Rechenschaft über die Jahresrechnung ab und ist für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden zuständig. Die Finanzverwaltung ist im Sinne von CRG § 60 und Rechnungslegungsverordnung (RLV) § 41 zuständig für die Erstellung der Jahresrechnung und der konsolidierten Rechnung. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems im Sinne von RLV § 39 mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist.

Verantwortung der Finanzkontrolle

Unsere Verantwortung gemäss Finanzkontrollgesetz ist es, die Jahresrechnung, die konsolidierte Rechnung, die Rechnungen der Leistungsgruppen sowie die separaten Rechnungen von Behörden, Anstalten und Betrieben des Kantons zu prüfen. Die Ergebnisse der Prüfung der Rechnung des Kantons Zürich werden der Finanzkommission und dem Regierungsrat mitgeteilt, die Ergebnisse der Prüfung der Jahresrechnung der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten auch der Anstalt und der zuständigen Direktion.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit dem CRG und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Rechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Rechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Rechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsmethode, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Rechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die konsolidierte Rechnung des Kantons Zürich für das am 31. Dezember 2010 abgeschlossene Geschäftsjahr dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung sowie den massgebenden Verordnungen und Richtlinien.

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher Vorschriften

Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung gemäss Revisionsaufsichtsgesetz und die Unabhängigkeit gemäss Verfassung des Kantons Zürich erfüllen und keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbare Sachverhalte vorliegen.

Die umfassenden Anforderungen gemäss CRG und RLV an ein dokumentiertes internes Kontrollsystem konnten noch nicht im Sinne des Schweizer Prüfungsstandards 890 umgesetzt werden. Gemäss Verfügung der Finanzdirektion vom 13. Oktober 2009 ist eine Realisierung bei allen in die Staatsrechnung konsolidierten Einheiten bis 2013 vorgesehen.

Für die Antragstellung zur Rechnung ist basierend auf dem Geschäftsreglement des Kantonsrats § 58 lit. c die Finanzkommission in Koordination mit den zuständigen Sachkommissionen und der Justizkommission zuständig.

Zürich, 28. März 2011

Finanzkontrolle des Kantons Zürich



Martin Billeter
zugelassener Revisionsexperte
Leiter Finanzkontrolle

Daniel Strebel
zugelassener Revisionsexperte
Bereichsleiter Wirtschaftsprüfung



Jahresrechnung (Stammhaus)

Die Jahres- oder Stammhausrechnung umfasst gemäss §47 CRG den Regierungsrat und die kantonale Verwaltung; ausgenommen sind insbesondere die unselbstständigen Anstalten. Sie zeigt konsolidierte Werte. Dies bedeutet, dass Transaktionen innerhalb des Stammhauses eliminiert sind. Alle übrigen Transaktionen mit Einheiten des Konsolidierungskreises gemäss §54 CRG ausserhalb des Stammhauses werden wie Geschäftsfälle mit Dritten betrachtet.

Erfolgsrechnung

Erfolgsrechnung 2010

Mio. Franken	Rechnung	Rechnung	Differenz R 09/10	
	2010	2009	Abs.	%
Fiskalertrag	6 091	5 627	464	8,2
Regalien und Konzessionen	374	372	2	0,5
Entgelte	683	689	-6	-0,8
Verschiedene Erträge	149	158	-9	-5,6
Entnahmen aus Fonds des FK	-	0	-0	-100,0
Transferertrag	2 328	2 192	136	6,2
Durchlaufende Beiträge	606	594	12	2,1
Betrieblicher Ertrag	10 231	9 631	600	6,2
Personalaufwand	-2 444	-2 434	-10	-0,4
Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	-1 043	-1 072	28	2,6
Abschreibungen VV	-446	-387	-58	-15,1
Einlagen in Fonds des FK	-84	-76	-7	-9,5
Transferaufwand	-5 429	-5 245	-184	-3,5
Durchlaufende Beiträge	-606	-594	-12	-2,1
Betrieblicher Aufwand	-10 052	-9 808	-244	-2,5
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	179	-177	356	201,4
Finanzertrag Finanzvermögen	114	99	15	15,1
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	566	538	28	5,3
Finanzertrag	680	637	43	6,8
Zinsaufwand	-144	-170	26	15,5
Anderer Finanzaufwand	-19	-9	-10	-112,3
Finanzaufwand	-163	-179	16	9,0
Finanzergebnis	517	457	59	13,0
Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	-645	-246	-399	-162,0
Jahresergebnis Fonds / Legate im EK	-51	-34	-17	-50,2
Jahresergebnis Erfolgsrechnung	696	280	416	148,3
Total Ertrag	10 911	10 268	643	6,3
Total Aufwand	-10 215	-9 988	-228	-2,3

Bilanz

Bilanz per 31. Dezember 2010

Mio. Franken	per 31.12.2010	per 31.12.2009	Differenz 09/10	
			Abs.	%
Umlaufvermögen	4 967	4 742	225	4,8
Finanzvermögen¹	4 967	4 742	225	4,8
Flüssige Mittel	1 301	1 292	8	0,6
Forderungen	3 190	2 987	203	6,8
Kurzfristige Finanzanlagen	143	163	-20	-12,5
Aktive Rechnungsabgrenzung	293	253	40	15,9
Vorräte und angefangene Arbeiten	42	47	-6	-11,8
Anlagevermögen	14 835	14 732	103	0,7
Finanzvermögen¹	932	908	24	2,7
Finanzanlagen	59	22	37	167,0
Sachanlagen	873	886	-13	-1,4
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital	-	-	-	-
Verwaltungsvermögen	13 903	13 824	79	0,6
Sachanlagen	7 056	7 114	-58	-0,8
Immaterielle Anlagen	45	36	9	26,4
Kurzfristige Darlehen	13	11	2	18,1
Langfristige Darlehen	897	835	62	7,4
Beteiligungen	2 533	2 542	-9	-0,4
Investitionsbeiträge	3 359	3 286	73	2,2
Total Aktiven	19 802	19 474	328	1,7
Fremdkapital	-9 100	-9 493	393	4,1
Kurzfristiges Fremdkapital	-3 462	-4 077	614	15,1
Laufende Verbindlichkeiten	-2 147	-2 182	35	1,6
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-55	-585	530	90,6
Passive Rechnungsabgrenzung	-1 097	-1 143	46	4,0
Kurzfristige Rückstellungen	-163	-165	3	1,8
Langfristiges Fremdkapital	-5 638	-5 416	-221	-4,1
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-3 519	-3 361	-159	-4,7
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-636	-634	-2	-0,4
Langfristige Rückstellungen	-970	-974	4	0,4
Fonds im Fremdkapital	-513	-448	-65	-14,4
Eigenkapital	-10 702	-9 981	-721	-7,2
Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	-645	-249	-396	-158,9
Jahresergebnis Fonds / Legate im EK	-1 806	-1 736	-71	-4,1
Übriges Eigenkapital	-8 251	-7 996	-255	-3,2
Total Passiven	-19 802	-19 474	-328	-1,7
¹ Total Finanzvermögen	5 899	5 650	249	4,4

Geldflussrechnung

Geldflussrechnung 2010

Mio. Franken	Rechnung	Rechnung	Differenz R 09/10	
	2010	2009	Abs.	%
Jahresergebnis	696	280	416	148,3
+/- Abnahme/Zunahme Forderungen	-203	13	-216	-1 724,6
+/- Abnahme/Zunahme aktive Rechnungsabgrenzung	-39	9	-48	-544,9
+/- Abnahme/Zunahme Vorräte und angefangene Arbeiten	6	7	-1	-19,4
+ Abschreibungen und Auflösung pass. Investitionsb.	573	617	-44	-7,2
+/- Wertberichtigungen/Wertaufholungen Darlehen und Beteiligungen	-	0	-0	-100,0
+/- Kursverluste/Kursgewinne auf Finanzanlagen (nicht realisierte)	7	0	7	66 700,0
+/- Verlust/Gewinn aus Verkauf von Finanzvermögen (nicht realisierte)	-5	-1	-4	-545,6
+/- Zunahme/Abnahme laufende Verbindlichkeiten	-35	340	-375	-110,4
+/- Zunahme/Abnahme passive Rechnungsabgrenzung	-61	97	-158	-163,0
+/- Bildung/Auflösung, Verwendung Rückstellungen	-7	-34	27	78,9
+/- Einlagen/Entnahmen aus Fonds FK und EK	118	76	42	54,6
+/- Übrige nicht geldwirksame Transaktionen	-8	-	-8	
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	1 041	1 404	-364	-25,9
- Ausgaben Sachanlagen	-417	-518	101	19,5
- Ausgaben auf Rechnungen Dritter	-1	-2	1	42,4
- Ausgaben immaterielle Anlagen	-21	-13	-7	-55,3
- Ausgaben Darlehen	-80	-77	-4	-4,9
- Ausgaben Beteiligungen	-5	-6	1	17,9
- Ausgaben eigene Investitionsbeiträge	-301	-306	4	1,4
- Ausgaben durchlaufende Investitionsbeiträge	-17	-12	-5	-42,0
+ Einnahmen Übertragung von Sachanlagen	30	18	12	67,5
+ Einnahmen Rückerstattungen	8	11	-3	-27,8
+ Einnahmen Abgang immaterielle Anlagen	-	-	-	
+ Einnahmen Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	111	175	-64	-36,7
+ Einnahmen Rückzahlung von Darlehen	32	28	4	14,2
+ Einnahmen Übertragung von Beteiligungen	0	0	0	66,7
+ Einnahmen Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	0	0	-0	-42,1
+ Einnahmen durchlaufende Investitionsbeiträge	17	12	5	42,0
Saldo Investitionsrechnung	-644	-689	45	6,5
- Übertragungen Verwaltungs- ins Finanzvermögen ¹	-30	-18	-12	-67,5
+ Übertragungen Finanz- ins Verwaltungsvermögen ¹	9	-	9	
- Aktivierte Eigenleistungen	-17	-22	5	23,5
+ Aktivierungen bei Finanzierungsleasing	5	5	-0	-1,0
+/- Übrige nicht cashwirksame Transaktionen der IR	9	27	-18	-67,2
Geldfluss aus der Investitionsrechnung	-668	-697	29	4,1
+/- Zunahme/Abnahme Finanzanlagen FV ¹	-17	9	-26	-276,5
+/- Zunahme/Abnahme Sachanlagen FV ¹	13	-13	26	200,2
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-672	-700	28	4,0
Geldfluss vor Finanzierungstätigkeit	369	704	-335	-47,6
+/- Zunahme/Abnahme kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-521	-352	-170	-48,3
+/- Zunahme/Abnahme Hypotheken, Schuldscheine, Kassascheine	0	0	0	100,0
+/- Zunahme/Abnahme Staatsanleihen	4	-245	250	101,8
+/- Zunahme/Abnahme langfristige Finanzverbindlichkeiten	157	-311	468	150,3
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	-360	-908	548	60,3
Stand Flüssige Mittel per 1.1.	1 292	1 496	-204	-13,6
Zunahme/Abnahme Flüssige Mittel	8	-204	213	104,0
Stand Flüssige Mittel per 31.12.	1 301	1 292	8	0,7

¹ Textänderung

Eigenkapitalnachweis

Eigenkapitalnachweis per 31. Dezember 2010

Mio. Franken	Gesetzliche Fonds im Eigenkapital	Rücklagen	Reserven aus Absicherungs- geschäften	Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	Total Eigen- kapital
Stand 31. Dezember 2008	1 685,07	36,82	-20,79	104,91	7 863,76	9 669,76
Jahresergebnis	34,23			246,05		280,29
Verteilung Jahresergebnis				-104,91	104,91	
Veränderung Fonds	16,53					16,53
Veränderung Rücklagen		-0,93			0,93	
Sonstige Transaktionen			12,05	-0,00	2,48	14,53
Stand 31. Dezember 2009	1 735,83	35,89	-8,74	246,05	7 972,08	9 981,10
Jahresergebnis	51,42			644,63		696,05
Verteilung Jahresergebnis				-246,05	246,05	
Veränderung Fonds	19,10					19,10
Veränderung Rücklagen		1,85			-1,85	
Sonstige Transaktionen			8,74	0,00	-2,61	6,13
Stand 31. Dezember 2010	1 806,35	37,73		644,63	8 213,67	10 702,38

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für den Abschluss des Stammhauses kommen grundsätzlich die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze zur Anwendung wie für die konsolidierte Rechnung des Kantons.

Das in der Jahresrechnung des Stammhauses unter den Beteiligungen ausgewiesene Dotationskapital an das Universitätsspital Zürich und das Kantonsspital Winterthur wird zum Nominalwert bewertet.

Für die Jahresrechnung des Stammhauses wird kein eigenständiger Anhang erstellt.

Hinweis zu den in der Jahresrechnung ausgewiesenen Daten und Tabellen

Die im Zahlenteil aufgeführten Beträge sind gerundet. Totale können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.



Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite	Budget 2010 Kantonsrat (16.12. 2009)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2010 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2010	Abweichung + besser, - schlechter
in Franken					
Konsolidierungskreis 1 (Direktionen und Staatskanzlei)					
1 Regierungsrat und Staatskanzlei					
1000 Regierungsrat und Staatskanzlei					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-20 036 100	-580 000	-20 616 100	-19 778 982	837 118
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2 Direktion der Justiz und des Innern					
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-6 632 800	-710 000	-7 342 800	-5 393 169	1 949 631
Budgetkredit Investitionsrechnung	-5 050 000		-5 050 000	-1 884 473	3 165 527
2204 Strafverfolgung Erwachsene					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-66 845 900	-150 000	-66 995 900	-64 855 866	2 140 034
Budgetkredit Investitionsrechnung	-150 000		-150 000	-393 605	-243 605
2205 Jugendstrafrechtspflege					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-42 869 800		-42 869 800	-44 378 754	-1 508 954
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-118 126	-118 126
2206 Amt für Justizvollzug					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-150 733 800		-150 733 800	-150 586 292	147 508
Budgetkredit Investitionsrechnung	-10 590 000		-10 590 000	-8 563 131	2 026 869
2207 Amt für Gemeinden					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-5 193 700		-5 193 700	-4 318 204	875 496
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2010 Kantonsrat (16.12.2009)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2010 mit Nachtragskredit- und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2010	Abweichung + besser, - schlechter
2215 Finanz- und Lastenausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-156 227 000		-156 227 000	-157 506 110	-1 279 110
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2221 Handelsregister					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	2 301 300		2 301 300	3 244 999	943 699
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2223 Statistisches Amt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-8 405 400	-1 325 000	-9 730 400	-7 574 114	2 156 286
Budgetkredit Investitionsrechnung	-500 000		-500 000	-184 995	315 005
2224 Staatsarchiv					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-7 102 500		-7 102 500	-7 047 810	54 690
Budgetkredit Investitionsrechnung	-320 000		-320 000	-319 996	4
2225 Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	85 400		85 400	192 657	107 257
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2232 Fachstelle Opferhilfe					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-9 112 600		-9 112 600	-11 214 095	-2 101 495
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 027 800		-1 027 800	-1 071 654	-43 854
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2234 Fachstelle Kultur					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-89 584 900		-89 584 900	-84 513 831	5 071 069
Budgetkredit Investitionsrechnung	-3 000 000		-3 000 000	-	3 000 000
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 958 700		-1 958 700	-1 794 423	164 277
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2251 Bezirksräte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-7 831 900		-7 831 900	-7 043 357	788 543
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-52 538	-52 538
2262 Baurekurskommissionen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-4 629 700		-4 629 700	-4 079 829	549 871
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2263 Steuerrekurskommissionen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 940 200		-2 940 200	-2 552 527	387 673
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-53 684 100	-2 550 000	-56 234 100	-50 969 557	5 264 543
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-71 277	-71 277

Abrechnung Budgetkredite	Budget 2010 Kantonsrat (16.12. 2009)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2010 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2010	Abweichung + besser, - schlechter
in Franken					
2291 Investitionsfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-3 583 200		-3 583 200	-3 552 410	30 790
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 200 000		-1 200 000	-242 000	958 000
2292 Ausgleichsfonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 150 000		1 150 000	26 355 641	25 205 641
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
3 Sicherheitsdirektion					
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-3 947 400		-3 947 400	-4 287 776	-340 376
Budgetkredit Investitionsrechnung	-610 000	-1 385 000	-1 995 000	-3 424 048	-1 429 048
3100 Kantonspolizei					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-343 896 100	-887 000	-344 783 100	-345 305 765	-522 665
Budgetkredit Investitionsrechnung	-15 928 000	-5 680 000	-21 608 000	-13 073 740	8 534 260
3200 Strassenverkehrsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	21 280 300		21 280 300	22 271 443	991 143
Budgetkredit Investitionsrechnung	-5 565 000		-5 565 000	-417 436	5 147 564
3300 Migrationsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-12 303 594		-12 303 594	-11 424 237	879 357
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 060 000	-66 000	-1 126 000	-1 103 902	22 098
3400 Amt für Militär und Zivilschutz					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-14 797 200		-14 797 200	-13 786 389	1 010 811
Budgetkredit Investitionsrechnung	-10 549 100	-1 854 000	-12 403 100	-4 509 425	7 893 675
3500 Sozialamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-605 215 350		-605 215 350	-542 248 975	62 966 375
Budgetkredit Investitionsrechnung	-18 790 000		-18 790 000	-12 931 586	5 858 414
3600 Statthalterämter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	4 576 400		4 576 400	7 978 084	3 401 684
Budgetkredit Investitionsrechnung	-380 000		-380 000	-105 076	274 924
3910 Sportfonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 451 000		-2 451 000	5 506 817	7 957 817
Budgetkredit Investitionsrechnung	-680 000		-680 000	-711 222	-31 222
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	649 700		649 700	2 379 358	1 729 658
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2010 Kantonsrat (16.12. 2009)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2010 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2010	Abweichung + besser, - schlechter
4 Finanzdirektion					
4000 Generalsekretariat FD					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 950 579		-1 950 579	-1 398 537	552 042
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4100 Finanzverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-8 203 147	-190 000	-8 393 147	-7 774 473	618 674
Budgetkredit Investitionsrechnung	-350 000	-275 000	-625 000	-95 041	529 959
4300 Amt für Tresorerie					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-804 400		-804 400	-804 360	40
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4400 Steuern Betriebsteil					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-144 469 800	-2 090 000	-146 559 800	-143 219 245	3 340 555
Budgetkredit Investitionsrechnung	-7 691 000	-1 300 000	-8 991 000	-8 392 035	598 965
4500 Personalamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-20 008 628		-20 008 628	-17 963 171	2 045 457
Budgetkredit Investitionsrechnung	-7 100 000		-7 100 000	-7 045 915	54 085
4600 Direktionsübergreifende Informatik					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-6 701 900		-6 701 900	-6 055 763	646 137
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4700 Drucksachen und Material					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	302 000		302 000	609 681	307 681
Budgetkredit Investitionsrechnung	-400 000		-400 000	-	400 000
4910 Steuererträge					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	5 351 056 000		5 351 056 000	6 347 213 125	996 157 125
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4921 Schadenausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 200 000		-2 200 000	-1 786 670	413 330
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4930 Kapital- und Zinsendienst Staat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	467 509 000		467 509 000	511 325 976	43 816 976
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-2 507 456	-2 507 456
4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	401 937 242		401 937 242	256 073 177	-145 864 065
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4960 Interkantonaler Finanzausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-518 701 000		-518 701 000	-552 201 056	-33 500 056
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-		-	416 739	416 739
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2010 Kantonsrat (16.12.2009)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2010 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2010	Abweichung + besser, - schlechter
4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-37 426 093		-37 426 093	28 318 572	65 744 665
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
5 Volkswirtschaftsdirektion					
5000 Generalsekretariat (GS)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-5 102 300		-5 102 300	-3 928 986	1 173 314
Budgetkredit Investitionsrechnung	-150 000	-150 000	-300 000	-134 334	165 666
5205 Amt für Verkehr (AFV)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-131 193 800		-131 193 800	-132 191 987	-998 187
Budgetkredit Investitionsrechnung	-50 200 000		-50 200 000	-26 806 388	23 393 612
5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-261 800 000		-261 800 000	-256 285 017	5 514 983
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-42 811 700	-711 000	-43 522 700	-37 775 437	5 747 263
Budgetkredit Investitionsrechnung	-10 100 000		-10 100 000	-2 801 555	7 298 445
5920 Verkehrsfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	15 464 000		15 464 000	19 089 638	3 625 638
Budgetkredit Investitionsrechnung	-255 635 000		-255 635 000	-202 493 378	53 141 622
5921 Flughafenfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	16 711 100		16 711 100	9 280 708	-7 430 392
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
5925 Strassenfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	50 654 600		50 654 600	46 297 945	-4 356 655
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
6 Gesundheitsdirektion					
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-23 549 000		-23 549 000	-21 138 999	2 410 001
Budgetkredit Investitionsrechnung	-900 000	-285 000	-1 185 000	-638 254	546 746
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-17 013 746		-17 013 746	-14 737 011	2 276 735
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 250 000	-887 000	-2 137 000	-505 227	1 631 773
6200 Prävention und Gesundheitsförderung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-9 030 000		-9 030 000	-5 650 874	3 379 126
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-669 700 300		-669 700 300	-639 966 356	29 733 944
Budgetkredit Investitionsrechnung	-125 420 000		-125 420 000	-106 902 987	18 517 013

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2010 Kantonsrat (16.12.2009)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2010 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2010	Abweichung + besser, - schlechter
6400 Psychiatrische Versorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-240 714 000		-240 714 000	-218 485 242	22 228 758
Budgetkredit Investitionsrechnung	-21 090 000		-21 090 000	-15 874 341	5 215 660
6500 Langzeitversorgung Gesundheitswesen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-34 402 000		-34 402 000	-36 398 153	-1 996 153
Budgetkredit Investitionsrechnung	-9 000 000		-9 000 000	-9 445 946	-445 946
6700 Beiträge an Krankenkassenprämien					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-343 550 000	-20 700 000	-364 250 000	-369 350 831	-5 100 831
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
6900 Tierseuchenfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-912 000		-912 000	-151 622	760 378
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
6999 Lohnnachzahlungen Berufe im Gesundheitswesen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-		-	294 004	294 004
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
7 Bildungsdirektion					
7000 Bildungsverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-78 656 946	-966 000	-79 622 946	-72 135 206	7 487 740
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 700 000	-350 000	-2 050 000	-839 538	1 210 462
7100 Lehrmittelverlag					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	2 815 400		2 815 400	2 577 246	-238 154
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
7200 Volksschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-548 347 000		-548 347 000	-517 774 767	30 572 233
Budgetkredit Investitionsrechnung	-17 658 000		-17 658 000	-10 740 152	6 917 848
7301 Mittelschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-333 781 410		-333 781 410	-323 062 726	10 718 684
Budgetkredit Investitionsrechnung	-38 807 000	-6 550 000	-45 357 000	-43 994 773	1 362 227
7302 Schulen im Gesundheitswesen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-42 781 225		-42 781 225	-34 020 044	8 761 181
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-272 248	-272 248
7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-281 650 539	-950 000	-282 600 539	-257 188 488	25 412 052
Budgetkredit Investitionsrechnung	-22 188 250		-22 188 250	-16 716 675	5 471 575
7305 Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-33 912 800		-33 912 800	-35 741 823	-1 829 023
Budgetkredit Investitionsrechnung	-6 323 767		-6 323 767	-4 187 033	2 136 734
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-558 787 000		-558 787 000	-560 131 860	-1 344 860
Budgetkredit Investitionsrechnung	-50 240 000		-50 240 000	-43 450 351	6 789 649

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2010 Kantonsrat (16.12.2009)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2010 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2010	Abweichung + besser, - schlechter
7402 Sonstige universitäre Leistungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-53 679 200		-53 679 200	-72 068 798	-18 389 598
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-1 182 493	-1 182 493
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-320 075 633	-7 238 000	-327 313 633	-311 809 659	15 503 974
Budgetkredit Investitionsrechnung	-18 724 400	-1 650 000	-20 374 400	-8 918 893	11 455 507
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-48 220 000		-48 220 000	-46 666 500	1 553 500
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
7501 Jugend- und Familienhilfe					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-120 062 800	-149 000	-120 211 800	-115 340 237	4 871 563
Budgetkredit Investitionsrechnung	-4 620 000		-4 620 000	-4 563 816	56 184
7502 Berufs- und Studienberatung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-20 878 500		-20 878 500	-16 634 881	4 243 619
Budgetkredit Investitionsrechnung	-300 000		-300 000	-	300 000
8 Baudirektion					
8000 Generalsekretariat (GS)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-31 505 400		-31 505 400	-30 155 397	1 350 003
Budgetkredit Investitionsrechnung	-3 800 000		-3 800 000	-3 579 364	220 636
8100 Hochbauamt (HBA)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-20 706 307		-20 706 307	-19 830 700	875 607
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8300 Amt für Raumordnung und Vermessung (ARV)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-19 889 900	-65 000	-19 954 900	-18 569 361	1 385 539
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 140 000	-300 000	-2 440 000	-2 291 899	148 101
8400 Tiefbauamt (TBA)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-212 338 500		-212 338 500	-226 802 241	-14 463 741
Budgetkredit Investitionsrechnung	-236 289 000		-236 289 000	-178 769 536	57 519 464
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-94 093 300	-2 175 000	-96 268 300	-88 782 978	7 485 322
Budgetkredit Investitionsrechnung	-40 817 500	-8 900 000	-49 717 500	-31 741 754	17 975 746
8510 Altlasten					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 390 000	-1 200 000	-2 590 000	-27 012 392	-24 422 392
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8700 Immobilienamt (IMA)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-29 291 908	-900 000	-30 191 908	-26 483 944	3 707 964
Budgetkredit Investitionsrechnung	-145 673 500	-6 900 000	-152 573 500	-36 351 508	116 221 992

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2010 Kantonsrat (16.12.2009)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2010 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2010	Abweichung + besser, - schlechter
8710 Liegenschaftenerfolg					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-4 864 025		-4 864 025	11 551 237	16 415 262
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-66 869 500		-66 869 500	-63 773 508	3 095 992
Budgetkredit Investitionsrechnung	-12 830 000	-1 676 000	-14 506 000	-11 687 550	2 818 450
8910 Natur- und Heimatschutzfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 887 500		-2 887 500	-934 887	1 952 613
Budgetkredit Investitionsrechnung	-3 620 000		-3 620 000	-2 535 232	1 084 768
8940 Denkmalpflegefonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-362 300		-362 300	631 057	993 357
Budgetkredit Investitionsrechnung	-9 200 000		-9 200 000	-8 247 364	952 636
8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	273 800		273 800	480 303	206 503
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8960 Deponiefonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 131 500		1 131 500	1 332 181	200 681
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8970 Kantonaler Waldfonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	24 000		24 000	23 963	-37
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8980 Wildschadenfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-139 000		-139 000	19 839	158 839
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)					
9000 Kantonsrat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-8 860 200		-8 860 200	-8 634 924	225 276
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
9020 Finanzkontrolle					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-4 288 500		-4 288 500	-4 022 034	266 466
Budgetkredit Investitionsrechnung	-190 000		-190 000	-89 439	100 561
9030 Obergericht und angegliederte Gerichte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-44 592 000	-300 000	-44 892 000	-43 844 218	1 047 782
Budgetkredit Investitionsrechnung	-21 700 000	-13 361 000	-35 061 000	-12 533 319	22 527 681
9040 Bezirksgerichte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-98 921 400	-137 000	-99 058 400	-96 632 615	2 425 785
Budgetkredit Investitionsrechnung	-5 575 000	-707 000	-6 282 000	-5 904 261	377 739
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	24 430 700	-145 000	24 285 700	28 640 450	4 354 750
Budgetkredit Investitionsrechnung	-4 235 000		-4 235 000	-3 674 240	560 760

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2010 Kantonsrat (16.12.2009)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2010 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2010	Abweichung + besser, - schlechter
9061 Kassationsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-3 179 200		-3 179 200	-2 212 907	966 293
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
9062 Landwirtschaftsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-15 800		-15 800	-6 205	9 595
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
9063 Verwaltungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-6 493 900		-6 493 900	-5 782 174	711 726
Budgetkredit Investitionsrechnung	-150 000		-150 000	-102 755	47 245
9064 Sozialversicherungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-12 599 100		-12 599 100	-12 193 977	405 123
Budgetkredit Investitionsrechnung	-150 000		-150 000	-	150 000
9070 Ombudsmann					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 159 120		-1 159 120	-1 093 894	65 226
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
9071 Datenschutzbeauftragter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 891 255		-1 891 255	-2 049 392	-158 137
Budgetkredit Investitionsrechnung	-70 000		-70 000	-	70 000
Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Anstalten)					
9300 Zürcher Verkehrsverbund					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-185 900 000		-185 900 000	-180 385 017	5 514 983
Staatsbeiträge	185 900 000		185 900 000	180 385 017	-5 514 983
+ Gewinn / - Verlust	-		-	-	-
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-75 000	-75 000
9510 Universitätsspital Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-280 625 000		-280 625 000	-260 918 378	19 706 622
Staatsbeiträge	280 625 000		280 625 000	258 733 861	-21 891 139
+ Gewinn / - Verlust	-		-	-2 184 517	-2 184 517
Budgetkredit Investitionsrechnung	-50 650 000		-50 650 000	-43 610 437	7 039 563
9520 Kantonsspital Winterthur					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-106 696 000		-106 696 000	-91 427 786	15 268 214
Staatsbeiträge	106 696 000		106 696 000	100 655 016	-6 040 984
+ Gewinn / - Verlust	-		-	9 227 231	9 227 231
Budgetkredit Investitionsrechnung	-21 660 000	-1 770 000	-23 430 000	-15 357 623	8 072 377
9600 Universität					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-562 787 000		-562 787 000	-546 139 342	16 647 658
Staatsbeiträge	562 787 000		562 787 000	562 487 000	-300 000
+ Gewinn / - Verlust	-		-	16 347 658	16 347 658
Budgetkredit Investitionsrechnung	-42 130 000		-42 130 000	-49 745 840	-7 615 840

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2010 Kantonsrat (16.12.2009)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2010 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2010	Abweichung + besser, - schlechter
9690 Zentralbibliothek					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-27 159 800		-27 159 800	-25 425 423	1 734 377
Staatsbeiträge	27 159 800		27 159 800	27 162 064	2 264
+ Gewinn / - Verlust	-		-	1 736 641	1 736 641
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 250 000		-1 250 000	-2 679 272	-1 429 272
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-136 716 667	-7 238 000	-143 954 667	-108 394 348	35 560 319
Staatsbeiträge	136 716 667		136 716 667	129 775 000	-6 941 667
+ Gewinn / - Verlust	-		-	21 380 652	21 380 652
Budgetkredit Investitionsrechnung	-10 300 000		-10 300 000	-7 864 923	2 435 077
9720 Zürcher Hochschule der Künste					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-78 933 000		-78 933 000	-75 492 673	3 440 327
Staatsbeiträge	78 933 000		78 933 000	80 470 774	1 537 774
+ Gewinn / - Verlust	-		-	4 978 102	4 978 102
Budgetkredit Investitionsrechnung	-4 300 000		-4 300 000	-2 615 471	1 684 529
9740 Pädagogische Hochschule Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-92 189 667		-92 189 667	-88 705 936	3 483 731
Staatsbeiträge	92 189 667		92 189 667	90 973 852	-1 215 815
+ Gewinn / - Verlust	-		-	2 267 917	2 267 917
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 500 000		-2 500 000	-435 000	2 065 000
9800 Stiftungen und Legate ohne Rechtspersönlichkeit					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-		-	-4 097 536	-4 097 536
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-399 850	-399 850
Übrige Organisationen (nicht zu konsolidierende Anstalten)					
9100 Beamtenversicherungskasse					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	3 841 575		3 841 575	-300 842 325	-304 683 900
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
9200 Arbeitslosenkasse					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-		-	4 800 000	4 800 000
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-

Legende:

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung

Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben

Rücklagen und Gewinnverwendung

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Bildung von Rücklagen von Fr. 4 126 671 zulasten der Rechnung 2010. Für das Jahr 2009 beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat Rücklagen von Fr. 6 384 236. Diese hat der Kantonsrat am 12. Juli 2010 mit dem Geschäftsbericht 2009 genehmigt.

Der Antrag hält die Grenzen der Rücklagenbildung gemäss § 16 Abs. 1 FCV ein: Die Bildung neuer Rücklagen übersteigt in keiner Leistungsgruppe 2% des Lohnaufwandes gemäss Rechnung. Sie berücksichtigt auch, dass Rücklagen bis höchstens 5% dieses Lohnaufwandes gebildet werden dürfen. Liegt der Rücklagenbestand einer Leistungsgruppe per Ende 2009 über dieser Grenze von 5% des Lohnaufwandes, so werden keine neuen Rücklagen beantragt.

In zwei Fällen (Leistungsgruppen Nrn. 2206 und 2241) übersteigt die Summe aus beantragten Rücklagen und Kreditübertragungen die Differenz zwischen Rechnung und Budget. Wird berücksichtigt, dass bei der Verwendung von Rücklagen der Budgetkredit im entsprechenden Umfang überschritten werden darf (vgl. § 17 Abs. 4 FCV), befinden sich die beantragten Rücklagen dieser Leistungsgruppen im erlaubten Rahmen.

Leistungsgruppe	Amtsstelle	Bildung von Rücklagen 2009	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand (Zunahme+/ Abnahme- gegenüber Vorjahr)
1000	Regierungsrat und Staatskanzlei	0	539 430	15 149	0	524 281	-15 149
2201	Generalsekretariat JI	134 500	314 425	10 134	63 000	367 291	+52 866
2204	Strafverfolgung Erwachsene	0	2 753 273	288 266	0	2 465 007	-288 266
2205	Jugendstrafrechtspflege	0	129 976	35 445	0	94 531	-35 445
2206	Amt für Justizvollzug	685 000	3 882 554	986 640	1 134 000	4 029 914	+147 360
2207	Amt für Gemeinden und berufliche Vorsorge	100 000	111 760	91 460	120 000	140 300	+28 540
2221	Handelsregister	0	323 737	0	0	323 737	+0
2223	Statistisches Amt	41 000	164 393	18 090	22 000	168 303	+3 910
2224	Staatsarchiv	0	243 973	0	0	243 973	+0
2225	Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen	0	5 350	5 350	44 000	44 000	+38 650
2232	Fachstelle Opferhilfe	0	21 001	6 039	0	14 962	-6 039
2233	Fachstelle für Gleichberechtigungsfragen	3 400	34 456	15 660	0	18 796	-15 660
2234	Fachstelle Kultur	0	2 022	0	16 000	18 022	+16 000
2241	Fachstelle der kantonalen Beauftragten für Integrationsfragen	0	16 562	1 257	3 000	18 305	+1 743
2251	Bezirksräte	119 000	296 376	48 672	56 000	303 704	+7 328
2262	Baurekurskommissionen	0	241 519	15 204	0	226 315	-15 204
2263	Steuerrekurskommissionen	0	125 918	26 348	16 000	115 570	-10 348
3000	Generalsekretariat, Zentrale Vollzugsaufgaben	0	50 056	40 326	0	9 730	-40 326
3100	Kantonspolizei	0	2 603 000	605 000	0	1 998 000	-605 000
3200	Strassenverkehrsamt	500 000	582 332	254 242	300 000	628 090	+45 758
3300	Migrationsamt	100 000	165 051	49 295	0	115 756	-49 295
3400	Amt für Militär und Zivilschutz	0	30 373	29 574	30 000	30 799	+426
3500	Kantonales Sozialamt	40 000	199 044	27 025	100 000	272 019	+72 975
3600	Statthalterämter	120 000	154 965	37 319	50 000	167 646	+12 681

Leistungsgruppe	Amtsstelle	Bildung von Rücklagen 2009	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Auflösung 2010	Antrag Bildung 2010 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Veränderung Bestand (Zunahme+/ Abnahme- gegenüber Vorjahr)
4000	Generalsekretariat FD	32 565	78 252	14 699	20 000	83 553	+5 301
4100	Finanzverwaltung	22 000	220 594	11 942	13 500	222 152	+1 558
4300	Amt für Tresorerie	0	17 405	0	0	17 405	+0
4400	Steuern Betriebsteil	900 000	2 023 262	150 000	0	1 873 262	-150 000
4500	Personalamt	0	298 696	0	0	298 696	+0
4600	Direktionsübergreifende Informatik	0	8 226	0	0	8 226	+0
4700	Drucksachen und Material	0	410 613	0	0	410 613	+0
5000	Generalsekretariat VD	40 000	112 316	14 291	0	98 025	-14 291
5205	Amt für Verkehr	0	274 207	39 972	0	234 235	-39 972
5300	Wirtschaft und Arbeit	200 000	2 040 562	200 937	100 000	1 939 625	-100 937
6000	Steuerung Gesundheitsversorgung	200 000	537 534	107 871	170 000	599 663	+62 129
6100	Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	175 000	631 120	50 678	54 000	634 442	+3 322
6300	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	86 000	409 927	203 216	0	206 711	-203 216
6400	Psychiatrische Versorgung ¹	253 000	4 635 606	152 272	-4 071 740	411 594	-4 224 012
7000	Bildungsverwaltung	0	883 000	0	0	883 000	+0
7301	Mittelschulen	0	6 988 556	0	0	6 988 556	+0
7302	Schulen im Gesundheitswesen	0	58 371	58 371	0	0	-58 371
7303	Berufsschulen und Lehrabschlussprüfungen	0	1 000 000	0	0	1 000 000	+0
7406	Zürcher Fachhochschule, Beiträge und Liegenschaften	0	4 000 000	0	0	4 000 000	+0
8000	Generalsekretariat	150 000	345 589	9 533	50 000	386 055	+40 467
8100	Hochbau	0	168 821	0	100 000	268 821	+100 000
8300	Raumordnung und Vermessung	0	259 600	0	100 000	359 600	+100 000
8400	Tiefbau	0	1 689 420	156 511	0	1 532 909	-156 511
8500	AWEL	400 000	754 397	102 095	100 000	752 302	-2 095
8700	Immobilienamt	150 000	335 294	52 959	50 000	332 335	-2 959
8800	Landschaft und Natur	0	600 134	108 252	200 000	691 883	+91 748
9000	Kantonsrat	0	22 719	0	0	22 719	+0
9020	Finanzkontrolle	20 000	91 000	13 000	20 000	98 000	+7 000
9030	Obergericht	300 000	515 448	126 468	250 000	638 980	+123 532
9040	Bezirksgerichte	1 200 000	2 215 924	373 510	400 000	2 242 414	+26 490
9060	Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	200 000	730 123	79 000	0	651 123	-79 000
9061	Kassationsgericht	30 000	76 940	3 072	0	73 868	-3 072
9063	Verwaltungsgericht	102 771	168 688	13 603	107 171	262 256	+93 568
9064	Sozialversicherungsgericht	80 000	303 275	0	0	303 275	+0
9070	Ombudsmann	0	13 039	0	0	13 039	+0
9071	Datenschutzbeauftragter	0	9 911	0	0	9 911	+0
Total	Verwaltung ²	6 384 236	45 920 116	4 648 748	-383 069	40 888 298	-5 031 818
9300	Zürcher Verkehrsverbund	0	267 707	0	0	267 707	+0
	Total Verwaltung und unselbstständige staatliche Anstalten ²	6 384 236	46 187 823	4 648 748	-383 069	41 156 005	-5 031 818

¹ Psychiatrische Versorgung: Der Betrag für die Bildung von Rücklagen 2010 entspricht dem Saldo von beantragten Rücklagen (Fr. +438 000) und aufgelösten Rücklagen zur Deckung von Verlustvorträgen bei zwei Betrieben (Fr. -4 509 740).

² Der Betrag für die Bildung von Rücklagen ist netto abgebildet. Neben den Anträgen zur Rücklagenbildung umfasst er die Rücklagenauflösung zur Deckung von Verlusten in psychiatrischen Betrieben der Leistungsgruppe Nr. 6400.

Die Leistungsgruppen in den Direktionen des Regierungsrates und der Zürcher Verkehrsverbund als unselbstständige Anstalt beantragen für das Berichtsjahr Rücklagen von 4,1 Mio. Franken. Sie werden erst 2011 – nach Genehmigung durch den Kantonsrat – verbucht. Gleichzeitig löst der Regierungsrat Rücklagen von 4,5 Mio. Franken auf, um Verluste in zwei psychiatrischen Anstalten zu decken (vgl. § 16 Abs. 2 FCV). Diese Auflösung wird ebenfalls 2011 verbucht. Per saldo beträgt die in der Tabelle ausgewiesene beantragte Rücklagenbildung daher minus 0,4 Mio. Franken. Weiter wurden von den Leistungsgruppen im Berichtsjahr Rücklagen in Höhe von 4,6 Mio. Franken verwendet und unmittelbar aufgelöst. Gesamthaft verringert sich der Rücklagenbestand per 31. Dezember 2010 einschliesslich der beantragten Bildung um rund 5 Mio. Franken oder 11% auf 41,2 Mio. Franken.

Folgende Leistungsgruppen nahmen aus aufgelösten Rücklagen Sachaufwendungen von mehr als Fr. 50 000 vor:

Leistungsgruppe	Verwendungszweck	Betrag Fr.
2204 Strafverfolgung Erwachsene	Finanzierung des Projekts Vermögensabschöpfung	288 266
2206 Amt für Justizvollzug	Temporär finanzierte Anstellungen	540 000
	Gesundheits-/Gemeinschaftsfördernde Massnahmen	150 000
	Interne Führungsausbildung für Mitarbeitende	120 000
	Ausbildungsprogramm für Insassen	70 000
	Infrastruktur für Bewährungs- und Vollzugsdienste sowie Gefängnisse	60 000
3100 Kantonspolizei	Beschaffung von Waffenholstern	578 000
3200 Strassenverkehrsamt	Förderung des Fahrsicherheitsverhaltens	55 000
4400 Steuern Betriebsteil	Aus- und Weiterbildung Personal (Schulung Kundenorientierung und Schulung Teamleiter)	150 000
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	Mitarbeiteranlass	74 929
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	Auflösung von Rücklagen infolge des Verkaufs ZWZ	141 169
6400 Psychiatrische Versorgung	Personalanlässe PUK	152 272
8400 Tiefbauamt	Früchte und übriger Personalaufwand	156 511
8500 AWEL	Anlässe und Gesundheitsvorsorge	102 095
8700 Immobilienamt	Personalanlässe und Früchte	52 959
8800 Amt für Landschaft und Natur	Teamentwicklung	54 927
	Personalanlässe und Infrastruktur	53 325

Gewinnverwendung

Die selbstständigen Anstalten legen dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor (vgl. § 50 Abs. 3 FCV). Die Verwendung der Gewinne und die Deckung der Verluste 2010 werden erst nach der Genehmigung des Kantonsrates verbucht. Die folgende Tabelle zeigt die Anträge der selbstständigen Anstalten. Sie sind in den jeweiligen Leistungsgruppenrechnungen begründet.

Leistungsgruppe	Antrag auf Gewinnverwendung (in Fr.)
9520 Kantonsspital Winterthur	9 227 230.85
9600 Universität Zürich	16 347 657.85
9710 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften	9 000 000
9720 Zürcher Hochschule der Künste	4 978 101.66
9740 Pädagogische Hochschule	2 267 916.65
Total Gewinnverwendung	41 820 907.01

Leistungsgruppe	Antrag auf Gewinnverwendung (in Fr.)
9510 Universitätsspital Zürich	2 184 517
Total Verlustdeckung	2 184 517



Beilagen zum Finanzbericht

Kreditübertragungen	614
Bewilligte Kreditüberschreitungen	619
Entwicklung der letzten acht Jahre	620
Kennzahlen der Finanzlage des Kantons	623
Tabellen zu 2010	628
Mehrjahresvergleiche	636
Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	644

Kreditübertragungen

Die Tabelle zeigt die Kreditübertragungen für verzögerte Vorhaben, die dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht werden. Kann ein Vorhaben innerhalb der Rechnungsperiode nicht abgeschlossen werden, können die im Budgetkredit eingestellten, noch nicht beanspruchten Mittel auf die neue Rechnung übertragen werden (§ 25 Abs. 1 CRG).

- Eine Kreditübertragung ist höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budgetkredit einschliesslich Nachtragskredite im Berichtsjahr und Kreditübertragungen aus dem Vorjahr sowie Rechnung der Leistungsgruppe zulässig (§ 20 Abs. 1 FCV).
- Die Vorgabe «Kreditübertragung höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budget und Rechnung» gilt nicht nur für die Leistungsgruppe, sondern auch für das einzelne Vorhaben.
- Kreditübertragungen unterhalb von Fr. 50 000 je Vorhaben sind nur in Leistungsgruppen zulässig, deren Budgetkredit des Folgejahres nicht höher ist als Fr. 100 000 (§ 20 Abs. 2 FCV). Die Kreditübertragungen erhöhen das Budget 2011 (§ 21 Abs. 3 FCV).

Insgesamt wurden 89 Kreditübertragungen (Vorjahr: 112) bewilligt, davon 43 in der Erfolgsrechnung mit insgesamt 17,3 Mio. Franken (Vorjahr: 62 Kreditübertragungen über 22,3 Mio. Franken) und 46 in der Investitionsrechnung mit insgesamt 52,3 Mio. Franken (Vorjahr: 50 Kreditübertragungen über 54,0 Mio. Franken).

Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung in Fr.	
Erfolgsrechnung			
2201	Generalsekretariat JI	HR-Projekte des Personaldienstes (Umsetzung HR-Strategie und Corporate Design Inserate)	+190 000
2223	Statistisches Amt	Einführung einer amtlichen Wohnungsnummerierung für die registerbasierte Volkszählung 2010 (Registerharmonisierung)	+916 000
2224	Staatsarchiv	Projekt Informationsverwaltung Staatsarchiv	+50 000
2241	Fachstelle für Integrationsfragen	EKIM - Entwicklung eines kantonalen Integrationsprogramms und begleitender Massnahmen	+107 000
		Projekt Integrationsmodule	+55 000
2270	Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften	Kosten für Abtretungen der reformierten Pfarrliegenschaften	+2 778 000
4100	Finanzverwaltung	Einführung Internes Kontrollsystem IKS	+170 000
		E-Plattform Buchungszentrum / SAP	+110 000
		Softwarelösungen GRC, dipsIN / Mammut	+50 000
5300	Amt für Wirtschaft und Arbeit	Führung der Marke Zürich beanspruchen	+230 000
		Standortqualitäten verankern	+100 000
		Evaluation der bisherigen Cluster-Strategie und daraus abgeleitet Entwicklung von Ansiedlungsstrategie	+165 000
		Umsetzung Entlastungsgesetz: Aufbau Team und Instrumente	+50 000
		Neue Regionalpolitik: Verein Pro Zürcher Berggebiet	+93 000
		Neue Geschäftskontrolle Wohnbauförderung	+78 000
7000	Bildungsverwaltung	Erstellung und Druck verschiedener Unterlagen Sonderpädagogik sowie Studie Reusser "Unterricht in heterogenen Klassen"	+58 000
		Weiterbildungsangebote Neugestaltung 3. Sek	+110 000
		Projekt Lehrmittelpolitik des Kantons Zürich	+64 000
		Fachteams Deutschschweizer Lehrplan	+60 000
		Projekt zur Förderung erfolgreichen Unterrichts in heterogenen Lerngruppen auf der Volksschulstufe	+102 000
		ICT-avanti (Konzept Informations- und Kommunikationstechnologie für Volksschule)	+115 000
		Diagnoseinstrument (Erfassung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen)	+50 000
		Unterstützung Sonderpädagogisches Konzept	+50 000
7406	Zürcher Fachhochschule	Verschiedene Vorhaben der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	+8 500 000
8300	Amt für Raumentwicklung	Strategiearbeit für Raumplanung: Flächen - und Baulandstrategie	+92 000
		Gesamtüberprüfung kantonalen Richtplan	+50 000
		Anschaffung neuer Server mit Storage für die Abteilung Geoinformation, Fachstelle GIS	+63 000

<u>Leistungsgruppe</u>	<u>Vorhaben</u>	<u>Kreditübertragung in Fr.</u>
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Gefahrenkartierung Naturgefahren inkl. Revisionen Hochwassergefahrenkarten	+530 000
	Hochwasservorhersagesystem IFKIS Hydro Sihl	+234 000
	Erarbeitung eines Handbuches Hochwasserorganisation Kanton Zürich	+332 000
	Bauwerkskontrolle und Überprüfung Stauanlagen (gemäss Stauanlagenverordnung)	+130 000
	Abschreibungen und Zinsen aus Investitionsbeiträgen an Energieanlagen	+1 028 000
8800 Amt für Landschaft und Natur	Waldbodenkartierung (Fachstelle Bodenschutz)	+210 000
	Wettbewerb Prüf- und Zertifizierungsstelle agroVet (Rindviehstall)	+200 000
9040 Bezirksgerichte	Aufbau Bibliothek Bezirksgericht Dietikon	+55 000
9060 Notariate-, Grundbuch- und Konkursämter	diverse EDV-Projekte	+170 000
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	F&E - Forschungsfelder	+1 010 000
	Lehre - Aufbau, Anpassung und Akkreditierung von Studiengängen / Wissensmanagement	+2 665 000
	Zentrums-, Kompetenzaufbau / Führungsausbildung	+990 000
	Strategie / Qualitätsmanagementsystem EFQM / Kundendienstleistungen	+480 000
	Kundenbeziehungsmanagement CRM, MIS/Cockpit	+540 000
	Projekt Integra (Eingliederungsprozess der Hochschule für Technik Zürich HSZ-T in die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften ZHAW) sowie Ausgliederungsprojekt Berufsbildungszentrum Wädenswil (BZW)	+815 000
	Infrastrukturprojekte	+2 000 000
Summe Erfolgsrechnung*		+17 345 000
<i>* Der Betrag der Kreditübertragungen der LG Nr. 7406 und 9710 von je 8,5 Mio. Franken wurde nur einmal gezählt.</i>		
Investitionsrechnung		
2206 Amt für Justizvollzug	Umbau und Erweiterung Geschlossene Abteilung Massnahmenzentrum Uitikon	+2 000 000
3100 Kantonspolizei	Funksystem Polycom: Integration in Einsatzzentralentechnik	+1 430 000
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	Neu- und Umbau Übungsdorf Andelfingen	+2 180 000
	Zeughaus, Gebäude B Fassadensanierung	+600 000
	Zeughaus, Gebäude B Sanierung Sanitäranlagen und technische Infrastruktur	+100 000
	Ausbildungszentrum Andelfingen: Neugestaltung Umgebung / Parkierung	+150 000
	Waffenplatz Reppischtal Gebäude F, Ersatz Küchengeräte	+100 000

Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung in Fr.
	Zeughaus, Gebäude A, Fassadensanierung	+80 000
	Amtsleitung: Projekt Dokumentenmanagement-System Hard-/Software	+400 000
	Waffenplatz Reppischtal: Anpassung Strassen an Armee XXI	+350 000
	Waffenplatz Reppischtal: Fussgängerbrücke Reppisch	+450 000
3600 Statthalterämter	Hardwarekonzept: Druckerablösung	+270 000
4100 Finanzverwaltung	Berechtigungstool	+67 000
7000 Bildungsverwaltung	Ersatz Server	+50 000
7301 Mittelschulen	Kantonsschule Bülach: Sanierung Turnhallenböden und Duschen	+200 000
	KZO Kantonsschule Zürcher Oberland: Kleiner Spezialtrakt Gesamtsanierung	+1 160 000
7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen	Bildungszentrum Zürichsee, Horgen: Erweiterungsneubau	+1 000 000
	Berufsbildungsschule Winterthur Anton Graff: Umbau, Erweiterung und Sanierung	+355 000
	Kaufmännischer Verband Zürich: Brandschutz	+205 000
	Kaufmännischer Verband Zürich: Kälteanlage, Ersatz	+175 000
	Kaufmännischer Verband Zürich: Hörsäle, Umbau	+295 000
	KV Zürich Business School: Einführung eines Helpdesk Tools (IT)	+100 000
7305 Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse	Gärtnereisterverband Kanton Zürich, Pfäffikon: Neubau Pfäffikon	+800 000
	STFW Schweizerische Technische Fachschule Winterthur: Neubau Kompetenzzentrum	+190 000
7501 Jugend- und Familienhilfe	Anpassung / Erweiterung Alimentenapplikation	+56 000
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Investitionsbeiträge im Bereich Energie, Kantonsanteil	+8 945 000
	Investitionsbeiträge an Abfallanlagen	+200 000
8800 Amt für Landschaft und Natur	Personen- und Zugfahrzeug als Ersatz für altes Fahrzeug (Abteilung Wald)	+60 000
9030 Obergericht	Um-/Erweiterungsbau	+22 165 000
	Rechenzentrum Bülach	+283 000
9040 Bezirksgerichte	Um-/Erweiterungsbau Bülach	+377 000
9060 Notariate-, Grundbuch- und Konkursämter	Sicherheitsmassnahmen	+150 000
	Projekt ISOV (Informationssysteme für Öffentliche Verwaltungen)	+60 000
9520 Kantonsspital Winterthur	Beschaffung Bandwaschmaschine	+650 000
	Erneuerung Computertomograph (PET-CT)	+1 066 000
	Beschaffung Analysegerät zum DNA/RNA-Nachweis	+100 000

Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung in Fr.
	Kamera-Aufrüstungen für Endoskop-Eingriffe	+94 000
	Beschaffung Geräte für Gefässmedizin	+100 000
	Beschaffung Ultraschallgerät	+100 000
	Beschaffung Sterilisator Augenklinik	+80 000
	Ersatz Patientenüberwachungsanlage	+800 000
	Beschaffung Angiograph für Augenmedizin	+100 000
	Ersatz Software für Patientendaten	+400 000
	Beschaffung Computertomographen (CT16)	+2 000 000
	Teilerneuerung IT-Center	+850 000
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	Ersatzbeschaffungen Mobilien/Software	+940 000
Summe Investitionsrechnung		+52 283 000

Bewilligte Kreditüberschreitungen

Bewilligte Kreditüberschreitungen werden dem Kantonsrat im Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht (vgl. § 22 Abs. 3 CRG).

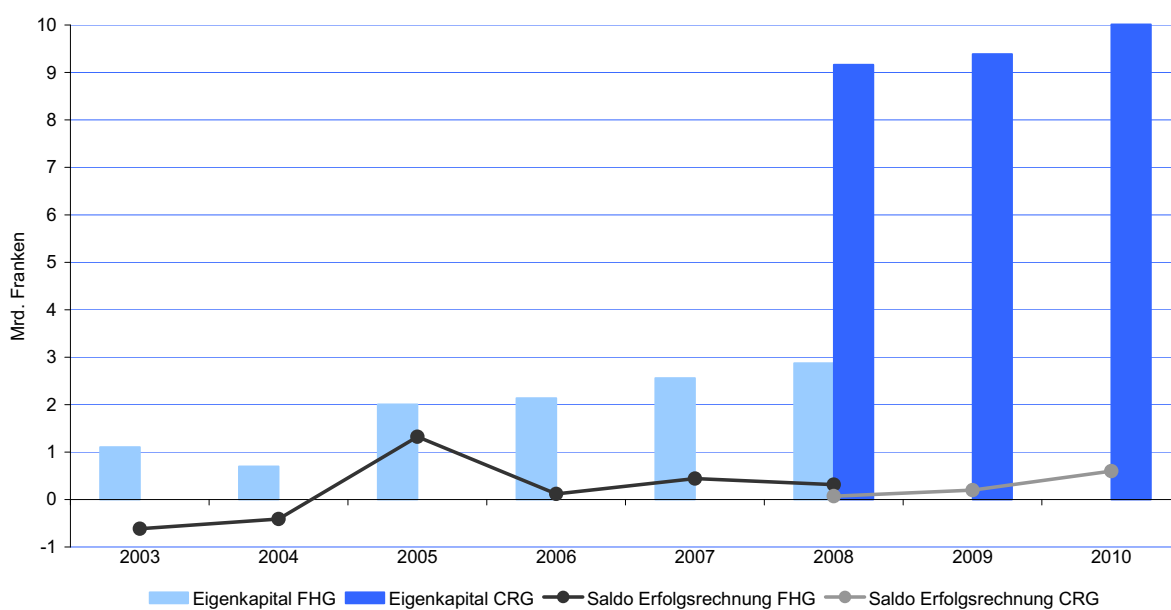
Die Direktionen haben im 2010 fünf Kreditüberschreitungen in der Erfolgsrechnung im Betrag von 68,4 Mio. Franken bewilligt. In der Investitionsrechnung wurden keine Kreditüberschreitungen bewilligt.

Bewilligte Kreditüberschreitungen (in Franken)

Erfolgsrechnung			Bewilligte Kreditüber- schreitung	Abweichung Rechnung vom Budgetkredit 2010
2232	Fachstelle Opferhilfe	Höhere direkte Leistungen an Opfer einer Straftat gemäss dem Opferhilfegesetz.	900 000	-2 101 495
4960	Interkantonaler Finanzausgleich	Das Budget für Zahlungen zum interkantonalen Finanzausgleich wurde vom Kantonsrat um 33,5 Mio. Franken gekürzt. Der Kanton Zürich ist jedoch zu dieser Zahlung gesetzlich verpflichtet (vgl. RRB Nr. 202/2010).	33 500 000	-33 500 056
5205	Amt für Verkehr	Mehrleistungen (verrechnete Stunden) und Mehraufwand (Dienstleistungen Dritter) bzgl. Arbeiten für die Agglomerationsprogramme. Diese wurden - abgestimmt auf die Planungen und Vorgaben des Bundes - gegen Ende 2010 stark intensiviert. Sie sind Voraussetzung für die Ausrichtung von höheren Beiträgen des Bundes an den Kanton.	590 217	-590 217
5921	Flughafenfonds	Flughafenfonds: Geringerer Zinsertrag auf reduziertem Fondsbestand als Folge des Übertrags der Flughafen Zürich AG-Beteiligung ins Amt für Tresorerie.	8 700 000	-7 430 392
8510	Altlasten	Bildung von Rückstellungen für die Sanierung von Schiessanlagen, die vom Bundesrecht zwingend vorgeschrieben ist (RRB-Nr. 1898/2010)	24 700 000	-24 422 392
Total Erfolgsrechnung			68 390 217	
Investitionsrechnung				
Total Investitionsrechnung			0	
Bewilligte Kreditüberschreitungen total			68 390 217	

Entwicklung der letzten acht Jahre

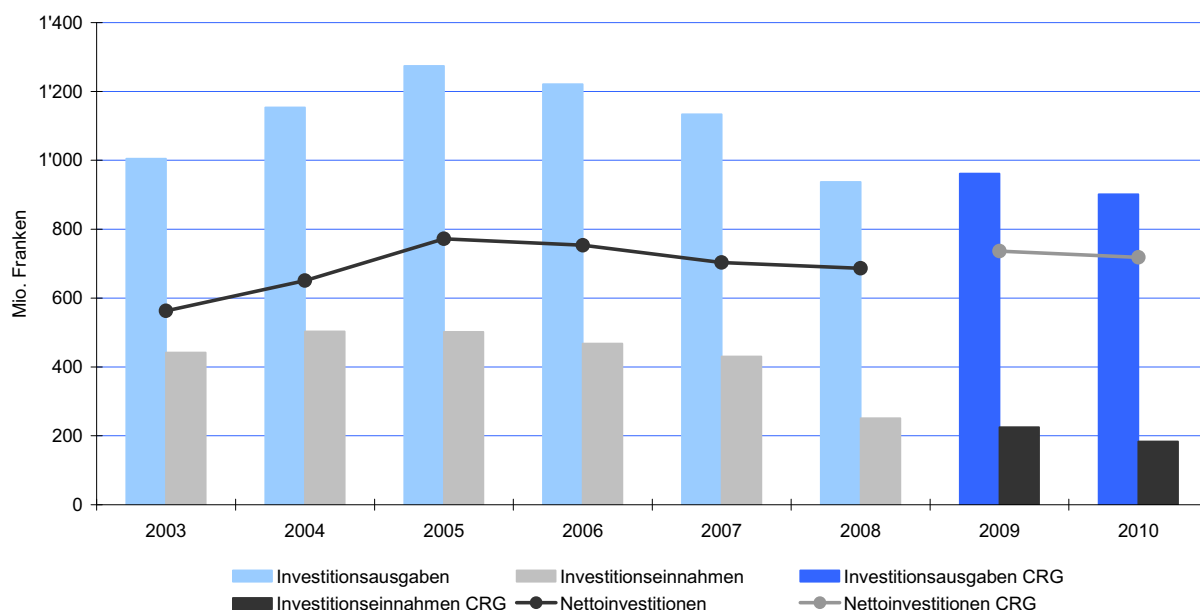
Saldo Erfolgsrechnung



Der kumulierte Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung 2003 bis 2010 beträgt 1'954 Mio. Franken oder durchschnittlich rund 240 Mio. Franken pro Jahr. In diesem Wert ist für 2008 die vom Kantonsrat genehmigte Rechnung gemäss FHG (HRM) mit einem Ertragsüberschuss von 315 Mio. Franken berücksichtigt. Der mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung 2003 bis 2010 ist damit rückblickend erreicht. Klammert man den einmaligen Nationalbank-Golderlös von 1,6 Mrd. Franken aus dem Jahr 2005 aus, wäre der mittelfristige Ausgleich mit einem Ertragsüberschuss von rund 350 Mio. Franken ebenfalls erreicht worden.

Nach einem Absinken des Eigenkapitals im 2003 und 2004 wegen der hohen Defizite in der Erfolgsrechnung konnte der Bestand an Eigenkapital seitdem fortwährend erhöht werden. Im Zeitraum 2005 bis 2008 erhöhte sich das Eigenkapital von 700 Mio. Franken auf 2,9 Mrd. Franken. Die neue Rechnungslegung gemäss CRG (IPSAS) hatte zur Folge, dass der Eigenkapitalbestand sprunghaft zunahm: Das Restatement der Bilanz 2008 führte zu einem Neubestand des Eigenkapitals von knapp 9,2 Mrd. Franken. In den Jahren 2009 und 2010 konnte der Trend des steigenden Eigenkapitals fortgesetzt werden. Nach dem sechsten positiven Rechnungsabschluss in Serie beträgt der Eigenkapitalbestand 2010 rund 10 Mrd. Franken. Angesichts der zu erwartenden Defizite in den Planjahren 2012-2014 befindet sich der Kanton Zürich mit Blick auf das Eigenkapital in einer soliden Ausgangsposition.

Nettoinvestitionen (ohne Darlehen und Beteiligungen)

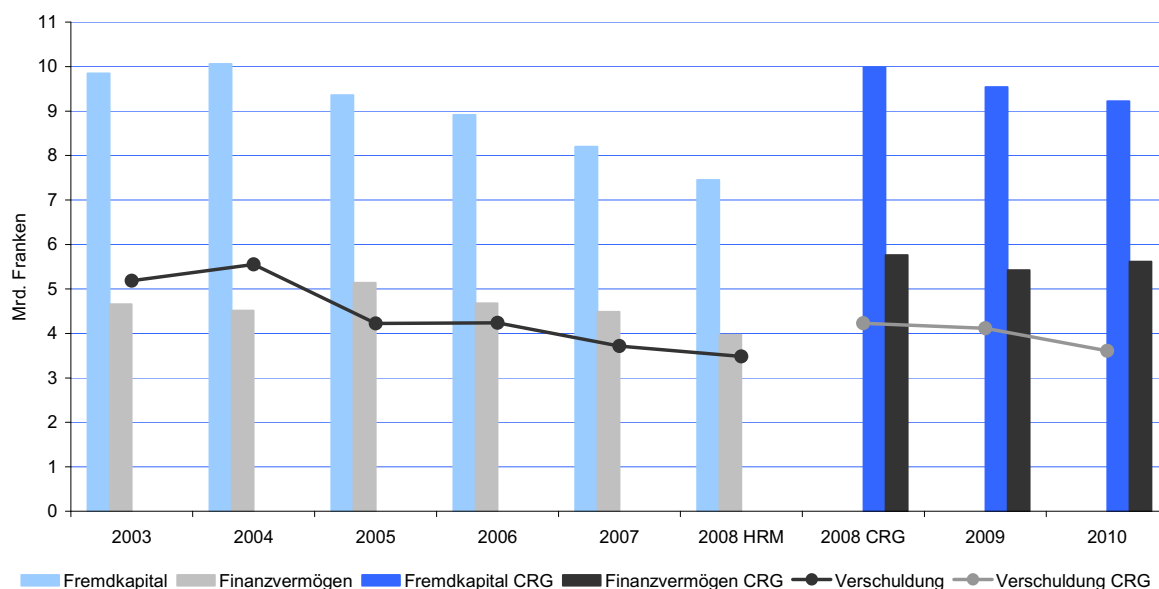


Im Diagramm sind die Investitionsausgaben ohne Darlehen und Beteiligungen, die Investitionseinnahmen ohne Rückzahlung von Darlehen und Übertragung von Beteiligungen dargestellt. Für 2003-2008 sind die Investitionen gemäss FHG, ab 2009 gemäss CRG dargestellt. Im Gegensatz zu den Investitionen gemäss FHG beinhalten die Investitionen gemäss CRG zusätzlich die Investitionen der Anstalten von rund 100 Mio. Franken.

Den höchsten Wert in den letzten acht Jahren erreichten die Nettoinvestitionen im Jahr 2005 mit rund 770 Mio. Franken, während 2003 netto nur rund 560 Mio. Franken investiert wurden. Durchschnittlich betragen die Nettoinvestitionen zwischen 2003 und 2010 rund 700 Mio. Franken. Im Berichtsjahr 2010 belaufen sich die Nettoinvestitionen auf knapp 720 Mio. Franken: Investitionsausgaben von rund 900 Mio. Franken standen Investitionseinnahmen von rund 180 Mio. Franken gegenüber.

Legt man den Nettoinvestitionen sämtliche Investitionsausgaben und –einnahmen zugrunde (also einschliesslich Darlehen und Beteiligungen), ergibt sich aus dem Rechnungsergebnis ein Selbstfinanzierungsgrad von 163%. Das bedeutet, dass die Nettoinvestitionen vollständig aus Mitteln der Erfolgsrechnung (Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung und Abschreibungen des Verwaltungsvermögens) finanziert worden sind. Mit dem die Nettoinvestitionen überschreitenden Teil der Selbstfinanzierung konnte die Verschuldung gesenkt werden.

Verschuldung der letzten acht Jahre



Das Fremdkapital umfasst sämtliche Verpflichtungen gegenüber Dritten. Zur Ermittlung der finanzpolitisch relevanten Verschuldung sind vom Fremdkapital die passivierten Investitionsbeiträge und das Finanzvermögen abzuziehen. Das Finanzvermögen setzt sich aus jenen Vermögenswerten zusammen, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können.

Das Restatement der Bilanz 2008 hatte eine Erhöhung des Fremdkapitals, des Finanzvermögens und der Verschuldung zur Folge. Die Verschuldung erhöhte sich dadurch von 3,5 Mrd. Franken (gemäss FHG) auf 4,2 Mrd. Franken (gemäss CRG). Sie erreichte nach alter Rechnungslegung im 2004 mit 5,6 Mrd. Franken ihren Höchststand. Stark abgenommen hat die Verschuldung im Jahr 2005, als der Golderlös von knapp 1,6 Mrd. Franken das Finanzvermögen erhöhte und das Fremdkapital verminderte. Seit 2005 verringerte sich - von der Anpassung an die neue Rechnungslegung im 2008 abgesehen - das Fremdkapital weiterhin, so auch im 2010. Das Finanzvermögen hingegen erhöhte sich leicht gegenüber dem Vorjahr. Wegen dieser beiden Effekte sinkt die Verschuldung im Berichtsjahr deutlich und beträgt nun dank eines hohen Selbstfinanzierungsgrades 3,6 Mrd. Franken.

Für die Herleitung einer „angemessenen Verschuldung“ kann nicht auf objektive Kriterien abgestellt werden. Während eine tiefe Verschuldung finanzpolitisch wenig Fragen aufwirft, belastet eine hohe Verschuldung die heutigen Steuerzahler, birgt aufgrund der Zinssatzschwankungen ein Risiko und schränkt den Handlungsspielraum kommender Generationen ein. Deshalb darf die Verschuldung unsere Nachkommen nur in dem Mass belasten, in dem ihnen mit Investitionen ein entsprechender Nutzen weiter gegeben wird.

Kennzahlen der Finanzlage des Kantons

Bis Rechnung 2008 sind die Kennzahlen auf der Basis des Rechnungsmodells gemäss Finanzhaushaltsgesetz FHG (HRM) berechnet worden. Ab 2009 kommt die neue Rechnungslegung gemäss Gesetz über Controlling und Rechnungslegung CRG (IPSAS) zur Anwendung. Die Kennzahlen gemäss CRG können nicht mit denjenigen gemäss FHG verglichen werden, weshalb auf den Ausweis der Kennzahlen vor 2009 verzichtet wird. Sie sind im Geschäftsbericht 2009 aufgeführt.

Im Rahmen der aktuellen Harmonisierung des Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden (HRM2) wurde auch die Methodik der Kennzahlenberechnung angepasst. Die im HRM2 empfohlenen Kennzahlen werden neu auch für den Kanton Zürich berechnet und im Geschäftsbericht dargestellt. Dies erlaubt einen Vergleich mit anderen Kantonen.

Die Berechnung der Quoten (Steuer-, Staats-, Aufwand- und Nettoinvestitionsquote) stützte sich bisher auf das kantonale Volkseinkommen, weil das Bundesamt für Statistik (BfS) keine Bruttoinlandprodukte (BIP) je Kanton errechnete. Die aktuellste Angabe des BfS zum Zürcher Volkseinkommen betrifft jedoch 2005, und das auch nur provisorisch. Die Volkseinkommen für die Jahre 2006 bis 2009 wurden deshalb mit dem Wachstum des realen Bruttoinlandproduktes und der Konsumentenpreise hochgerechnet. Nun hat das BfS entschieden, bis auf weiteres keine Zahlen zu den kantonalen Volkseinkommen zu veröffentlichen, da grundlegende konzeptuelle und methodische Anpassungen anstehen. Damit fehlt die Grundlage für die Berechnung von Quoten. Weil auch HRM2 keine Darstellung von Quoten vorsieht, wird auf deren Ausweis verzichtet. An ihrer Stelle werden wichtige Finanzgrössen des Kantons Zürich als prozentuale Entwicklung zum Startwert 2009 ausgewiesen. Damit können die wesentlichen Entwicklungen über die Zeit verfolgt werden.

In der folgenden Tabelle werden die Kennzahlen des Kantons Zürich dargestellt.

Tabelle : Kennzahlen 2009-2010 des Kantons Zürich

		2009	2010
Entwicklung Aufwand	(in %, 2009 = 100%)	100.0	102.7
Entwicklung Ertrag	(in %, 2009 = 100%)	100.0	105.9
Entwicklung Staatssteuern	(in %, 2009 = 100%)	100.0	108.9
Entwicklung Investitionsausgaben	(in %, 2009 = 100%)	100.0	94.4
Entwicklung Konsolidierte Gesamtausgaben	(in %, 2009 = 100%)	100.0	101.6
Entwicklung Eigenkapital	(in %, 2009 = 100%)	100.0	106.7
Entwicklung Verschuldung	(in %, 2009 = 100%)	100.0	87.7
Entwicklung BIP CH (nominal), Stand März 2011	(in %, 2009 = 100%)	100.0	102.0
Entwicklung BIP ZH (nominal, BAK), Stand Januar 2011	(in %, 2009 = 100%)	100.0	103.1

In der folgenden Tabelle werden die Kennzahlen gemäss HRM2 ausgewiesen.

Tabelle : Kennzahlen 2009-2010 gemäss Harmonisierte Rechnungslegung HRM2

		2009	2010
Selbstfinanzierungsgrad	(in %)	112.2	163.2
Selbstfinanzierungsanteil	(in %)	7.7	10.3
Bruttoverschuldungsanteil	(in %)	52.9	46.9
Nettoverschuldungsquotient	(in %)	73.2	59.3
Nettoschuld I pro Einwohner	(in Franken)	3'585	3'152
Nettoschuld II pro Einwohner	(in Franken)	1'079	659
Zinsbelastungsanteil	(in %)	0.8	0.7
Kapitaldienstanteil	(in %)	5.1	5.1
Investitionsanteil	(in %)	8.6	7.9

Die folgenden Definitionen, Bemerkungen, Richtwerte und Aussagen je Kennzahl sind aus dem „Handbuch Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2“ der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren, Ausgabe 2008, entnommen.

Selbstfinanzierungsgrad

Definition	$\frac{\text{Selbstfinanzierung} \times 100}{\text{Nettoinvestitionen}}$ <p>Selbstfinanzierung = Saldo der Erfolgsrechnung + 33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen + 366 Abschreibungen Investitionsbeiträge – 466 Auflösung passivierte Investitionsbeiträge – 4490 Aufwertungen Verwaltungsvermögen + 383 Zusätzliche Abschreibungen + 351 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen im Eigenkapital – 451 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen im Eigenkapital + 389 Einlagen in das Eigenkapital – 489 Entnahmen aus dem Eigenkapital</p>
Bemerkung	Je kleiner das Gemeinwesen ist, desto grössere Schwankungen müssen bei dieser Kennzahl hingenommen werden.
Richtwert	Mittelfristig sollte der Selbstfinanzierungsgrad im Durchschnitt gegen 100% sein, wobei auch der Stand der aktuellen Verschuldung eine Rolle spielt. Je nach Konjunkturlage sollte der Selbstfinanzierungsgrad betragen: Hochkonjunktur: über 100 Prozent Normalfall: 80 -100 Prozent Abschwung: 50 - 80 Prozent
Aussage	Diese Kennzahl gibt an, welchen Anteil ihrer Nettoinvestitionen eine öffentliche Körperschaft aus eigenen Mittel finanzieren kann.

Selbstfinanzierungsanteil

Definition	$\frac{\text{Selbstfinanzierung}}{\text{Laufender Ertrag}} \times 100$
	<p>Laufender Ertrag = Definition 40 Fiskalertrag + 41 Regalien und Konzessionen + 42 Entgelte + 43 Verschiedene Erträge + 46 Transferertrag</p>
Bemerkung	-
Richtwert	> 20% gut 10%-20% mittel < 10% schlecht
Aussage	Diese Kennzahl gibt an, welchen Anteil ihres Ertrages die öffentliche Körperschaft zur Finanzierung ihrer Investitionen aufwenden kann.

Bruttoverschuldungsanteil

Definition	$\frac{\text{Bruttoschulden (200+(201-2016)+(206-2068))}}{\text{Laufender Ertrag}} \times 100$
	<p>Definition Laufender Ertrag = 40 Fiskalertrag + 41 Regalien und Konzessionen + 42 Entgelte + 43 Verschiedene Erträge + 46 Transferertrag</p>
Bemerkung	Der Laufende Ertrag ist der betrieblicher Ertrag ohne durchlaufende Beiträge, Finanzertrag, Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen, ausserordentlicher Ertrag sowie interne Verrechnungen. Die Bruttoschulden werden in Prozent des betrieblichen Ertrages dargestellt, womit die Verschuldungssituation ersichtlich wird.
Richtwert	< 50%: sehr gut 50%-100%: gut 100%-150%: mittel 150% -200%: schlecht > 200%: kritisch
Aussage	Grösse zur Beurteilung der Verschuldungssituation bzw. zur Frage, ob die Verschuldung in einem angemessenen Verhältnis zu den erwirtschafteten Erträgen steht.

Nettoverschuldungsquotient

Definition	$\frac{20 \text{ Fremdkapital (-2068)} - 10 \text{ Finanzvermögen}}{40 \text{ Fiskalertrag}}$
Bemerkung	Als Bezugsgrösse wären auch nur die direkten Steuern der natürlichen Personen (400) und die direkten Steuern der juristischen Personen (401) denkbar.
Richtwert	< 100%: gut 100%-150%: genügend > 150%: schlecht
Aussage	Welcher Anteil der Fiskalerträge, bzw. wieviel Jahrestnahmen wären erforderlich, um die Nettoschuld abzutragen.

Nettoschuld I oder II in Franken pro Einwohner

Definition	I. <u>20 Fremdkapital - 10 Finanzvermögen</u> Kantonseinwohner II. Verwaltungsvermögen (14) - Darlehen sowie Beteiligungen/Grundkapitalien (Teile 144/145) - <u>Eigenkapital (29)</u> Kantonseinwohner
Bemerkung	Der Laufende Ertrag ist der betrieblicher Ertrag ohne durchlaufende Beiträge, Finanzertrag, Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen, ausserordentlicher Ertrag sowie interne Verrechnungen. Die Bruttoschulden werden in Prozent des betrieblichen Ertrages dargestellt, womit die Verschuldungssituation ersichtlich wird.
Richtwert	< 0 CHF: Nettovermögen 0-1'000 CHF: geringe Verschuldung 1'001-2'500 CHF: mittlere Verschuldung 2'501-5'000 CHF: hohe Verschuldung > 5'000 CHF: sehr hohe Verschuldung
Aussage	Diese Kennzahl hat nur beschränkte Aussagekraft, da es eher auf die Finanzkraft der Einwohner und nicht auf ihre Anzahl ankommt.

Zinsbelastungsanteil

Definition	<u>340 Zinsaufwand - 440 Zinsertrag x 100</u> Laufender Ertrag
Bemerkung	-
Richtwert	0-4% = gut 4-9% = genügend 10 % und mehr = schlecht
Aussage	Die Grösse sagt aus, welcher Anteil des "verfügbaren Einkommens" durch den Zinsaufwand gebunden ist. Je tiefer der Wert, desto grösser der Handlungsspielraum.

Kapitaldienstanteil

Definition	<u>(Nettozinsaufwand (340-440) + ordentliche Abschreibungen (330+332)</u> Laufender Ertrag
Bemerkung	-
Richtwert	bis 5% = geringe Belastung 5 bis 15% = tragbare Belastung über 15% = hohe Belastung
Aussage	Auskunft darüber, wie stark der Laufende Ertrag durch den Zinsendienst und die Abschreibungen (= Kapitaldienst) belastet ist. Ein hoher Anteil weist auf einen enger werdenden finanziellen Spielraum hin.

Investitionsanteil

Definition	<u>Bruttoinvestitionen x 100</u> Konsolidierte Gesamtausgaben*
	Bruttoinvestitionen: 50 Sachanlagen + 51 Investitionen auf Rechnung Dritter + 52 Immaterielle Anlagen + 54 Darlehen + 55 Beteiligungen und Grundkapitalien + 56 Eigene Investitionsbeiträge
	Konsolidierte Gesamtausgaben*: 3 Aufwand – 33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen – 366 Abschreibungen Investitionsbeiträge* – 35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen – 37 Durchlaufende Beiträge – 38 ausserordentlicher Aufwand – 39 Interne Verrechnungen + Bruttoinvestitionen
Bemerkung	-
Richtwert	unter 10% - schwache Investitionstätigkeit 10 bis 20% = mittlere Investitionstätigkeit 20 bis 30% = starke Investitionstätigkeit über 40% = sehr starke Investitionstätigkeit
Aussage	Zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen.

*Die „konsolidierten Gesamtausgaben“ werden im HRM2 als „konsolidierter Gesamtaufwand“ bezeichnet. Die Definition des HRM2 rechnet zudem die Position 366, Abschreibungen Investitionsbeiträge, nicht aus dem Aufwand heraus.

Tabellen zu 2010

Erfolgsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Franken	Rechnung		Budget		Differenz R 09/10	
	2010	2010	2010	2009	Abs.	%
Ertrag	13 314 083 895.04	11 987 871 895.00	12 578 052 273.09	736 031 621.95	5.9	
Aufwand	- 12 716 210 173.18	- 12 513 306 666.20	- 12 382 003 584.93	- 334 206 588.25	-2.7	
Saldo	597 873 721.86	- 525 434 771.20	196 048 688.16	401 825 033.70	205.0	
Erfolgsrechnung						
3 Aufwand	- 12 716 210 173.18	- 12 513 306 666.20	- 12 382 003 584.93	- 334 206 588.25	-2.7	
30 Personalaufwand	- 4 605 151 858.96	- 4 606 928 857.70	- 4 513 467 169.67	- 91 684 689.29	-2.0	
300 Behörden, Kommissionen, Richter	- 56 528 409.17	- 56 410 395.00	- 57 892 987.70	1 364 578.53	2.4	
301 Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonals	- 2 389 678 323.30	- 2 745 106 352.00	- 2 338 315 540.07	- 51 362 783.23	-2.2	
302 Löhne Lehrkräfte	- 1 389 844 027.81	- 1 125 738 546.70	- 1 367 314 678.13	- 22 529 349.68	-1.6	
303 Temporäre Arbeitskräfte	- 19 774 304.22	- 6 280 600.00	- 19 431 814.23	- 342 489.99	-1.8	
304 Zulagen	- 18 068 165.00	- 22 584 850.00	- 19 057 460.08	989 295.08	5.2	
305 Arbeitgeberbeiträge	- 650 005 350.88	- 601 140 855.00	- 641 036 704.40	- 8 968 646.48	-1.4	
306 Arbeitgeberleistungen	- 42 926 821.19	- 6 997 900.00	- 32 069 998.70	- 10 856 822.49	-33.9	
309 Übriger Personal Aufwand	- 38 326 457.39	- 42 669 359.00	- 38 347 986.36	21 528.97	0.1	
31 Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 2 608 960 137.10	- 2 545 504 112.00	- 2 588 439 558.30	- 20 520 578.80	-0.8	
310 Material- und Warenaufwand	- 494 968 790.07	- 606 371 364.00	- 492 397 283.37	- 2 571 506.70	-0.5	
311 Nicht Aktivierbare Anlagen	- 91 938 722.75	- 75 737 748.00	- 84 862 710.95	- 7 076 011.80	-8.3	
312 Ver- und Entsorgung	- 61 974 116.15	- 60 034 474.00	- 62 705 088.67	730 972.52	1.2	
313 Dienstleistungen und Honorare	- 1 336 522 524.13	- 1 327 446 488.00	- 1 322 117 846.36	- 14 404 677.77	-1.1	
314 Baulicher Unterhalt (VV)	- 196 643 557.14	- 180 658 000.00	- 216 443 691.85	19 800 134.71	9.1	
315 Unterhalt von Anlagen	- 85 774 402.63	- 84 439 890.00	- 84 485 813.26	- 1 288 589.37	-1.5	
316 Mieten, Leasing, Pacht, Benützungskosten	- 154 273 543.02	- 130 425 964.00	- 147 558 845.07	- 6 714 697.95	-4.6	
317 Spesenentschädigung	- 32 129 952.57	- 16 846 141.00	- 33 203 003.85	1 073 051.28	3.2	
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	- 112 333 118.21	- 96 647 500.00	- 107 558 292.67	- 4 774 825.54	-4.4	
319 Übriger Betriebsaufwand	- 42 401 410.43	33 103 457.00	- 37 106 982.25	- 5 294 428.18	-14.3	
33 Abschreibungen VV	- 545 972 720.36	- 447 661 919.00	- 485 725 378.96	- 60 247 341.40	-12.4	
330 Abschreibungen Sachanlagen VV	- 527 979 813.28	- 428 327 951.00	- 467 619 775.97	- 60 360 037.31	-12.9	
332 Abschreibungen Immaterielle Anlagen	- 17 992 907.08	- 19 333 968.00	- 18 105 602.99	112 695.91	0.6	
34 Finanzaufwand	- 164 868 658.30	- 157 157 400.00	- 179 409 203.68	14 540 545.38	8.1	
340 Zinsaufwand	- 143 946 770.02	- 149 528 400.00	- 169 924 202.80	25 977 432.78	15.3	
341 Realisierte Kursverluste	- 5 655 855.05	- 254 000.00	- 354 703.29	- 5 301 151.76	-1'494.5	
342 Kapitalbeschaffungskosten	- 491 145.52	- 795 000.00	- 590 667.79	99 522.27	16.8	
343 Liegenschaftsaufwand FV	- 4 527 565.31	- 4 427 000.00	- 5 604 727.90	1 077 162.59	19.2	
344 Werberichtigungen Finanzanlagen	- 7 071 915.52	-	8 757.00	- 7 063 158.52	-80'657.3	
349 Übriger Finanzaufwand	- 3 175 406.88	- 2 153 000.00	- 2 926 144.90	- 249 261.98	-8.5	
35 Einlagen in Fonds	- 85 972 465.76	- 18 912 400.00	- 81 167 321.32	- 4 805 144.44	-5.9	
350 Einlagen in Fonds des FK	- 66 882 828.16	- 3 441 200.00	- 64 585 724.32	- 2 297 103.84	-3.6	
351 Einlagen in Fonds des EK	- 19 089 637.60	- 15 471 200.00	- 16 581 597.00	- 2 508 040.60	-15.1	
36 Transferaufwand	- 4 099 008 568.38	- 4 131 268 977.50	- 3 939 821 039.22	- 159 187 529.16	-4.0	
360 Ertragsanteile an Dritte	- 38 080 921.95	- 6 064 000.00	- 36 875 023.75	- 1 205 898.20	-3.3	
361 Entschädigung an Gemeinwesen	- 89 668 550.06	- 89 839 000.00	- 85 728 990.07	- 3 939 559.99	-4.6	
362 Finanz- und Lastenausgleich	- 1 110 160 107.00	- 930 712 000.00	- 1 099 923 178.00	- 10 236 929.00	-0.9	
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	- 2 633 884 623.86	- 2 887 205 139.00	- 2 496 261 624.83	- 137 622 999.03	-5.5	
364 Wertberichtigung Darlehen VV	60 163.05	-	- 176 483.50	236 646.55	134.1	
366 Abschreibung Investitionsbeiträge	- 227 274 528.56	- 216 928 838.50	- 220 855 739.07	- 6 418 789.49	-2.9	
369 Verschiedener Transferaufwand	-	- 520 000.00	-	-	-	
37 Durchlaufende Beiträge	- 606 275 764.32	- 605 873 000.00	- 593 973 913.78	- 12 301 850.54	-2.1	
370 Durchlaufende Beiträge	- 606 275 764.32	- 605 873 000.00	- 593 973 913.78	- 12 301 850.54	-2.1	

Beilagen zum Finanzbericht

Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 09/10	
	2010	2010	2009	Abs.	%
4 Ertrag	13 314 083 895.04	11 987 871 895.00	12 578 052 273.09	736 031 621.95	5.9
40 Fiskalertrag	6 090 808 063.09	5 204 700 000.00	5 626 707 868.11	464 100 194.98	8.2
400 Direkte Steuern natürliche Personen	4 557 159 166.27	3 870 000 000.00	4 172 259 004.00	384 900 162.27	9.2
401 Direkte Steuern juristische Personen	1 023 587 196.55	870 000 000.00	954 586 973.25	69 000 223.30	7.2
402 Übrige direkte Steuern	212 026 309.83	170 600 000.00	204 578 480.05	7 447 829.78	3.6
403 Besitz- und Aufwandssteuern	298 035 390.44	294 100 000.00	295 283 410.81	2 751 979.63	0.9
41 Regalien und Konzessionen	373 622 229.16	363 175 000.00	371 580 571.52	2 041 657.64	0.5
410 Regalien	2 735 772.75	2 525 000.00	2 748 951.10	- 13 178.35	-0.5
411 Schweiz. Nationalbank, Gewinnanteil	291 216 274.00	289 389 000.00	289 388 727.00	1 827 547.00	0.6
412 Konzessionen und Patente	3 299 630.41	3 261 000.00	3 890 931.42	- 591 301.01	-15.2
413 Ertragsanteil Lotterie, Sport-Toto, etc.	76 370 552.00	68 000 000.00	75 551 962.00	818 590.00	1.1
42 Entgelte	2 482 490 877.17	2 343 220 706.00	2 467 492 637.68	14 998 239.49	0.6
421 Gebühren für Amtshandlungen	303 116 703.37	294 610 000.00	319 867 845.48	- 16 751 142.11	-5.2
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	942 768 919.76	922 340 576.00	910 216 643.47	32 552 276.29	3.6
423 Schul- und Kursgelder	129 564 288.25	81 673 060.00	123 239 775.69	6 324 512.56	5.1
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	841 617 400.25	744 891 860.00	868 228 020.90	- 26 610 620.65	-3.1
425 Erlös aus Verkäufen	124 855 043.29	160 108 750.00	118 316 124.08	6 538 919.21	5.5
426 Rückerstattungen	60 303 356.70	82 637 060.00	70 726 758.35	- 10 423 401.65	-14.7
427 Bussen	58 186 246.47	52 179 400.00	53 659 319.80	4 526 926.67	8.4
429 Übrige Entgelte	22 078 919.08	4 780 000.00	3 238 149.91	18 840 769.17	581.8
43 Verschiedene Erträge	266 523 008.44	203 425 371.00	238 368 398.54	28 154 609.90	11.8
430 Verschiedene Betriebliche Erträge	211 876 916.88	173 737 700.00	194 720 333.72	17 156 583.16	8.8
431 Aktivierung Eigenleistung	17 175 386.18	27 943 171.00	21 859 243.88	- 4 683 857.70	-21.4
432 Bestandesveränderung	- 361 054.14		- 115 822.59	- 245 231.55	-211.7
439 Übrige Erträge	37 831 759.52	1 744 500.00	21 904 643.53	15 927 115.99	72.7
44 Finanzertrag FV + VV	480 043 212.99	411 571 475.00	431 951 184.08	48 092 028.91	11.1
440 Zinsertrag FV	62 398 594.67	52 695 300.00	71 849 506.35	- 9 450 911.68	-13.2
441 Realisierte Gewinne FV	28 156 384.69	100 000.00	10 040 065.57	18 116 319.12	180.4
442 Beteiligungsertrag FV	164 470.03	17 000.00	136 337.37	28 132.66	20.6
443 Liegenschaftenertrag FV	19 728 563.53	17 293 075.00	17 987 931.25	1 740 632.28	9.7
444 Wertberichtigungen Anlagen FV	5 456 257.27	10 000 000.00	3 266 688.63	2 189 568.64	67.0
445 Finanzertrag Darlehen u. Beteiligungen VV	17 245 976.30	11 099 000.00	12 147 233.00	5 098 743.30	42.0
446 Finanzerträge von öff. Unternehmen VV	303 473 690.28	285 588 000.00	283 078 911.13	20 394 779.15	7.2
447 Liegenschaftenertrag VV	30 423 371.11	33 289 100.00	30 057 571.80	365 799.31	1.2
448 Erträge von gemieteten Liegenschaften	2 874 199.95	1 490 000.00	2 753 330.55	120 869.40	4.4
449 Übriger Finanzertrag	10 121 705.16		633 608.43	9 488 096.73	1'497.5
45 Entnahmen aus Fonds	416 823.83	40 390 593.00	363 596.12	53 227.71	14.6
450 Entnahme aus Fonds des FK	416 823.83	40 384 393.00	353 482.92	63 340.91	17.9
451 Entnahme aus Fonds des EK		6 200.00	10 113.20	- 10 113.20	-100.0
46 Transferertrag	3 013 903 916.04	2 815 515 750.00	2 847 614 103.26	166 289 812.78	5.8
460 Anteile an Erträgen Dritter	766 351 649.69	627 767 000.00	742 701 943.72	23 649 705.97	3.2
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	309 614 223.87	277 870 500.00	283 630 885.55	25 983 338.32	9.2
462 Finanz- und Lastenausgleich	462 401 350.00	366 111 000.00	483 510 237.00	- 21 108 887.00	-4.4
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	1 350 247 544.56	1 515 870 343.00	1 307 283 608.11	42 963 936.45	3.3
466 Auflösung pasivierte Invest. Beiträge	120 345 572.27	26 856 907.00	30 465 171.38	89 880 400.89	295.0
469 Verschiedener Transferertrag	4 943 575.65	1 040 000.00	22 257.50	4 921 318.15	22'110.8
47 Durchlaufende Beiträge	606 275 764.32	605 873 000.00	593 973 913.78	12 301 850.54	2.1
470 Durchlaufende Beiträge	606 275 764.32	605 873 000.00	593 973 913.78	12 301 850.54	2.1

Investitionsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Differenz R 09/10 Abs.	%
Investitionseinnahmen	214 118 846.63	190 226 100.00	252 642 448.43	- 38 523 601.80	-15.2
Investitionsausgaben	- 985 824 551.25	- 1 343 449 517.00	- 1 043 866 257.67	58 041 706.42	5.6
Saldo	- 771 705 704.62	- 1 153 223 417.00	- 791 223 809.24	19 518 104.62	2.5
Investitionsrechnung					
5 Investitionsausgaben	- 985 824 551.25	- 1 343 449 517.00	- 1 043 866 257.67	58 041 706.42	5.6
50 Sachanlagen	- 545 623 853.50	- 805 804 900.00	- 618 352 076.63	72 728 223.13	11.8
500 Grundstücke	- 4 432 044.50	- 101 000 000.00	- 1 962 570.25	- 2 469 474.25	-125.8
501 Strassen	- 175 208 239.76	- 233 129 000.00	- 258 887 685.31	83 679 445.55	32.3
502 Wasserbau	- 8 669 696.32	- 15 725 000.00	- 10 034 229.39	1 364 533.07	13.6
503 Übriger Tiefbau	- 264 742.70	- 600 000.00	- 710 649.75	445 907.05	62.7
504 Hochbauten	- 207 247 335.48	- 287 730 500.00	- 209 734 825.83	2 487 490.35	1.2
505 Waldungen	-	- 40 000.00	- 1 214.00	1 214.00	100.0
506 Mobilien	- 148 870 375.32	- 167 180 400.00	- 136 626 491.86	- 12 243 883.46	-9.0
509 Übrige Sachanlagen	- 931 419.42	- 400 000.00	- 394 410.24	- 537 009.18	-136.2
51 Investitionen auf Rechnung Dritter	- 866 354.75	- 1 513 601.45	- 1 513 601.45	647 246.70	42.8
514 Hochbauten auf Rechnung Dritter	- 138 250.35	-	- 303 908.45	165 658.10	54.5
516 Mobilien auf Rechnung Dritter	- 728 104.40	-	- 1 209 693.00	481 588.60	39.8
52 Immaterielle Anlagen	- 36 768 731.55	- 46 911 000.00	- 23 678 628.50	- 13 090 103.05	-55.3
520 Software	- 36 768 731.55	- 45 911 000.00	- 23 678 628.50	- 13 090 103.05	-55.3
521 Lizenzen, Patente, Nutzungs-, Markenrechte	-	- 1 000 000.00	-	-	-
54 Darlehen	- 80 364 417.65	- 105 717 000.00	- 76 597 392.45	- 3 767 025.20	-4.9
540 Darlehen an den Bund	- 74 600 000.00	- 95 517 000.00	- 68 300 000.00	- 6 300 000.00	-9.2
542 Darlehen Gemeinden und Zweckverbände	- 1 942 000.00	- 4 000 000.00	-	- 1 942 000.00	-
544 Darlehen an öff. Unternehmungen	- 2 507 456.20	- 4 000 000.00	- 7 009 019.85	4 501 563.65	64.2
545 Darlehen an priv. Unternehmungen	6 800.00	- 2 000 000.00	- 559 400.00	566 200.00	101.2
546 Darlehen an priv. Org. ohne Erwerbszweck	- 556 722.55	-	- 170 167.60	- 386 554.95	-227.2
547 Darlehen an priv. Haushalte	- 765 038.90	- 200 000.00	- 558 805.00	- 206 233.90	-36.9
55 Beteiligungen	- 5 175 000.00	- 10 200 000.00	- 6 210 000.00	1 035 000.00	16.7
554 Beteiligungen öff. Unternehmungen	- 5 175 000.00	- 5 100 000.00	-	- 5 175 000.00	-
555 Beteiligungen priv. Unternehmungen	-	- 5 100 000.00	- 6 210 000.00	6 210 000.00	100.0
56 Eigene Investitionsbeiträge	- 300 049 036.15	- 358 248 517.00	- 305 552 978.59	5 503 942.44	1.8
560 Eigene Invest. Beiträge an den Bund	-	- 1 000 000.00	-	-	-
562 Invest.-Beiträge Gemeinden	- 55 953 718.30	- 92 070 500.00	- 54 240 584.95	- 1 713 133.35	-3.2
564 Invest.-Beiträge öff. Unternehmungen	- 186 905 202.20	- 186 586 000.00	- 194 699 389.00	7 794 186.80	4.0
565 Invest.-Beiträge priv. Unternehmungen	- 7 823 641.00	- 10 300 000.00	- 7 958 289.45	134 648.45	1.7
566 Invest.-Beiträge priv. Organisationen	- 42 575 426.50	- 62 242 017.00	- 45 843 039.69	3 267 613.19	7.1
567 Invest.-Beiträge priv. Haushalte	- 6 791 048.15	- 6 050 000.00	- 2 811 675.50	- 3 979 372.65	-141.5
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	- 16 977 157.65	- 16 568 100.00	- 11 961 580.05	- 5 015 577.60	-41.9
572 Durchl. I. B. Gemeinden u. Zweckverbände	- 4 033 592.75	- 5 950 000.00	- 3 186 516.05	- 847 076.70	-26.6
574 Durchl. I. B. öff. Unternehmung	- 6 453 306.50	- 2 518 100.00	- 5 263 211.00	- 1 190 095.50	-22.6
575 Durchl. I. B. priv. Unternehmung	- 803 036.10	- 6 400 000.00	- 424 765.00	- 378 271.10	-89.1
576 Durchl. I. B. priv. Org. o. Erwerbszweck	- 1 791 206.00	- 1 700 000.00	- 1 999 379.00	208 173.00	10.4
577 Durchl. I. B. priv. Haushalte	- 3 896 016.30	-	- 1 087 709.00	- 2 808 307.30	-258.2

Beilagen zum Finanzbericht

Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 09/10	
	2010	2010	2009	Abs.	%
6 Investitionseinnahmen	214 118 846.63	190 226 100.00	252 642 448.43	- 38 523 601.80	-15.2
60 Übertragung von Sachanlagen	29 817 044.96	8 600 000.00	17 804 445.50	12 012 599.46	67.5
600 Übertragung VV in FV Grundstücke	10 689 645.25		7 050 978.50	3 638 666.75	51.6
601 Übertragung VV in FV Strassen	1 291 150.00			1 291 150.00	
604 Übertragung VV in FV Hochbauten	12 199 038.50	8 500 000.00	10 608 875.00	1 590 163.50	15.0
606 Übertragung VV in FV Mobilien	5 637 211.21	100 000.00	144 592.00	5 492 619.21	3'798.7
61 Rückerstattungen	8 108 264.35	19 425 000.00	11 243 656.23	- 3 135 391.88	-27.9
612 Rückerstattungen Wasserbau	8 930.80	1 000 000.00	28 000.00	- 19 069.20	-68.1
613 Rückerstattungen übriger Tiefbau	6 742 068.70	16 325 000.00	9 355 411.25	- 2 613 342.55	-27.9
614 Rückerstattungen Hochbau	629 160.45	2 000 000.00	536 868.98	92 291.47	17.2
615 Rückerstattungen Waldungen			113 683.00	- 113 683.00	-100.0
616 Rückerstattungen Mobilien	728 104.40	100 000.00	1 209 693.00	- 481 588.60	-39.8
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	127 231 310.17	125 482 000.00	183 560 736.10	- 56 329 425.93	-30.7
630 I.B. vom Bund	115 534 928.33	118 602 000.00	177 519 066.93	- 61 984 138.60	-34.9
631 I.B. von Kantonen und Konkordaten		250 000.00			
632 I.B. von Gemeinden und Zweckverbänden	1 046 490.00	410 000.00	452 037.05	594 452.95	131.5
634 I.B. von öff. Unternehmungen	60 000.00	1 810 000.00	1 094 206.00	- 1 034 206.00	-94.5
635 I.B. von priv. Unternehmungen	10 414 878.64		3 103 556.60	7 311 322.04	235.6
636 I.B. von priv. Org. ohne Erwerbszweck			1 290 998.47	- 1 290 998.47	-100.0
637 I.B. von priv. Haushalten	175 013.20	4 410 000.00	100 871.05	74 142.15	73.5
64 Rückzahlung von Darlehen	31 770 613.50	19 951 000.00	27 826 567.55	3 944 045.95	14.2
642 Rückz. Darl. Gemeinden	2 051 502.00	2 000 000.00	2 309 646.00	- 258 144.00	-11.2
644 Rückz. Darl. öff. Unternehmungen	17 226 355.00	1 426 000.00	11 559 890.00	5 666 465.00	49.0
645 Rückz. Darl. priv. Unternehmungen	10 614 864.00	16 019 000.00	12 382 878.00	- 1 768 014.00	-14.3
646 Rückz. Darl. priv. Organisationen	700 000.00		600 000.00	100 000.00	16.7
647 Rückz. Darl. priv. Haushalte	1 177 892.50	506 000.00	974 153.55	203 738.95	20.9
65 Übertragung VV in FV von Beteiligungen	100 000.00		59 700.00	40 300.00	67.5
655 Übertr. Bet. priv. Unternehmungen	100 000.00		59 700.00	40 300.00	67.5
66 Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	114 456.00	200 000.00	185 763.00	- 71 307.00	-38.4
665 Rückzlg. I.B. priv. Unternehmungen	101 140.00	150 000.00	130 082.00	- 28 942.00	-22.2
666 Rückzlg. I.B. priv. Organisationen	13 316.00	50 000.00	55 681.00	- 42 365.00	-76.1
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	16 977 157.65	16 568 100.00	11 961 580.05	5 015 577.60	41.9
670 Durchl. I.B. Bund	16 671 662.90	13 400 000.00	11 906 792.05	4 764 870.85	40.0
672 Durchl. I.B. Gemeinde	305 494.75	3 150 000.00	54 788.00	250 706.75	457.6
674 Durchl. I.B. öff. Unternehmungen		18 100.00			

Bilanz nach Kontenklassen (konsolidiert)

Franken	per 31.12.2010	per 31.12.2009	Differenz R 09/10 Abs.	%
Aktiven	19 950 927 160.75	19 635 565 914.28	315 361 246.47	1.6
Passiven	- 19 950 927 160.75	- 19 635 565 914.28	- 315 361 246.47	-1.6
Bilanz				
1 Aktiven	19 950 927 160.75	19 635 565 914.28	315 361 246.47	1.6
10 Finanzvermögen	5 613 828 037.95	5 424 625 951.63	189 202 086.32	3.5
100 Flüssige Mittel u. kurzfr. Geldanlagen FV	1 463 097 674.10	1 457 681 068.72	5 416 605.38	0.4
1000 Kasse	3 976 681.40	3 676 109.04	300 572.36	8.2
1001 Post	81 723 385.62	56 258 586.62	25 464 799.00	45.3
1002 Bank	1 177 145 059.27	1 057 211 310.71	119 933 748.56	11.3
1003 Kurzfristige Geldmarktanlagen	200 000 000.00	340 000 000.00	- 140 000 000.00	-41.2
1004 Debit- und Kreditkarten-Erlöse	127 906.36	83 094.59	44 811.77	53.9
1009 übrige flüssige Mittel	124 641.45	451 967.76	- 327 326.31	-72.4
101 Forderungen FV	2 340 888 464.75	2 288 676 307.55	52 212 157.20	2.3
1010 Ford. aus Lief. und Leist. Dritter	507 438 831.66	571 674 852.29	- 64 236 020.63	-11.2
1011 Kontokorrente mit Dritten	41 919 955.08	20 761 543.50	21 158 411.58	101.9
1012 Fiskalforderungen	1 762 062 562.01	1 690 655 279.02	71 407 282.99	4.2
1013 Anzahlungen an Dritte	1 290 571.96	- 5 502 668.17	6 793 240.13	123.5
1014 Transferforderungen	5 749 635.01	13 868 700.64	- 8 119 065.63	-58.5
1015 Interne Kontokorrente	264 187.62	- 27 009 242.31	27 273 429.93	101.0
1016 Vorschüsse für vorl. Verwaltungsausgaben	265 487.39	58 984.69	206 502.70	350.1
1019 Übrige Forderungen	21 897 234.02	24 168 857.89	- 2 271 623.87	-9.4
102 kurzfristige Finanzanlagen FV	280 053 304.70	270 409 951.04	9 643 353.66	3.6
1020 Kurzfristige Darlehen	128 262 893.47	111 239 858.76	17 023 034.71	15.3
1022 Verzinsliche Anlagen	34 233 659.23	86 397 247.28	- 52 163 588.05	-60.4
1023 Festgelder	117 000 000.00	72 000 000.00	45 000 000.00	62.5
1029 Übrige kurzfristigen Finanzanlagen	556 752.00	772 845.00	- 216 093.00	-28.0
104 Aktive Rechnungsabgrenzung	472 495 858.27	362 232 026.09	110 263 832.18	30.4
1040 Aktive Abgr. Personalaufwand	269 557.25	624 217.31	- 354 660.06	-56.8
1041 Aktive Abgr. Sach-, DL-, ü. Btraufw.	15 192 990.06	20 669 351.66	- 5 476 361.60	-26.5
1043 Aktive Abgr. Transfers der ER	225 980 428.27	178 065 781.55	47 914 646.72	26.9
1044 Aktive Abgr. Finanzaufwand/Finanzertrag	24 264 713.07	25 581 778.68	- 1 317 065.61	-5.1
1045 Aktive Abgr. ü. betriebl. Aufwand/Ertrag	160 099 819.18	94 175 072.69	65 924 746.49	70.0
1046 Aktive Abgr. Investitionsrechnung	3 747 502.85	1 219 429.30	2 528 073.55	207.3
1049 Aktive Abgr. Erfolgsrechnung	42 940 847.59	41 896 394.90	1 044 452.69	2.5
106 Vorräte und angefangene Arbeiten	52 336 844.84	61 117 227.64	- 8 780 382.80	-14.4
1060 Handelswaren	32 330 820.96	37 445 921.07	- 5 115 100.11	-13.7
1061 Roh- und Hilfsmaterial	16 322 740.24	17 518 901.72	- 1 196 161.48	-6.8
1062 Halb- und Fertigfabrikate	2 805 473.79	2 498 848.24	306 625.55	12.3
1063 Angefangene Arbeiten	877 809.85	3 650 556.61	- 2 772 746.76	-76.0
1068 Geleistete Anzahlungen	-	3 000.00	- 3 000.00	-100.0
107 Finanzanlagen FV	131 138 798.59	97 900 821.04	33 237 977.55	34.0
1070 Beteiligungen FV	10 009 123.01	4 658 121.38	5 351 001.63	114.9
1071 Verzinsliche Anlagen	112 156 986.06	83 808 372.15	28 348 613.91	33.8
1072 Langfristige Forderungen	8 533 224.52	9 234 074.55	- 700 850.03	-7.6
1079 Übrige langfristige Finanzanlagen	439 465.00	200 252.96	239 212.04	119.5
108 Sachanlagen FV	873 817 092.70	886 608 549.55	- 12 791 456.85	-1.4
1080 Grundstücke FV	481 498 594.55	329 518 505.05	151 980 089.50	46.1
1084 Gebäude FV	392 264 540.15	557 033 953.50	- 164 769 413.35	-29.6
1086 Mobilien FV	53 958.00	56 091.00	- 2 133.00	-3.8
14 Verwaltungsvermögen	14 337 099 122.80	14 210 939 962.65	126 159 160.15	0.9
140 Sachanlagen VV	7 516 553 139.94	7 536 096 088.88	- 19 542 948.94	-0.3
1400 Grundstücke VV	1 282 489 918.26	1 290 930 403.51	- 8 440 485.25	-0.7
1401 Strassen	900 255 092.52	874 632 557.83	25 622 534.69	2.9
1402 Wasserbau	219 287 964.25	221 089 927.15	- 1 801 962.90	-0.8
1403 Übrige Tiefbauten	1 706 750.35	1 315 469.00	391 281.35	29.7
1404 Hochbauten	4 232 966 003.08	4 373 266 504.13	- 140 300 501.05	-3.2
1405 Waldungen	12 796 943.00	12 796 943.00	-	-
1406 Mobilien	473 879 374.06	454 568 866.30	19 310 507.76	4.2
1407 Anlagen im Bau	393 171 093.42	307 399 174.06	85 771 919.36	27.9
1409 Übrige Sachanlagen	1.00	96 243.90	- 96 242.90	-100.0
142 Immaterielle Anlagen VV	75 124 801.48	58 748 983.44	16 375 818.04	27.9
1420 Software	49 239 765.73	49 739 409.34	- 499 643.61	-1.0
1427 Immaterielle Anlagen in Realisierung	25 885 035.75	9 009 574.10	16 875 461.65	187.3
143 Kurzfristige Darlehen VV	13 401 193.00	11 351 449.00	2 049 744.00	18.1
1430 Kurzfristige Darlehen VV	13 401 193.00	11 351 449.00	2 049 744.00	18.1
144 Darlehen VV	896 846 733.75	835 242 510.55	61 604 223.20	7.4
1442 Darlehen an Gemeinde	20 576 506.00	20 686 008.00	- 109 502.00	-0.5
1444 Darlehen an öffentliche Unternehmen	439 660 684.15	367 126 677.55	72 534 006.60	19.8
1445 Darlehen an private Unternehmen	433 701 629.00	444 122 803.00	- 10 421 174.00	-2.3
1446 Darlehen an priv. Organisationen	1 358 823.10	1 640 335.20	- 281 512.10	-17.2
1447 Darlehen an private Haushalte	1 549 091.50	1 666 686.80	- 117 595.30	-7.1
145 Beteiligungen	2 521 142 924.00	2 535 144 527.50	- 14 001 603.50	-0.6
1454 Beteiligung an öff. Unternehmen	1 926 775 000.00	1 941 700 000.00	- 14 925 000.00	-0.8
1455 Beteiligung an priv. Unternehmen	594 367 922.00	593 444 525.50	923 396.50	0.2
1456 Beteiligung an priv. Org. ohne Erwerb	2.00	2.00	-	-
146 Investitionsbeiträge	3 314 030 330.63	3 234 356 403.28	79 673 927.35	2.5
1461 I.B. an Kantone	955 373.00	1 011 298.00	- 55 925.00	-5.5
1462 I.B. an Gemeinden	958 206 041.00	950 466 942.10	7 739 098.90	0.8
1464 I.B. an öff. Unternehmen	385 632 267.13	350 275 124.00	35 357 143.13	10.1
1465 I.B. an priv. Unternehmen	82 705 157.24	49 731 656.00	32 973 501.24	66.3
1466 I.B. an priv. Organisationen	97 641 580.32	85 542 962.94	12 098 617.38	14.1
1469 I.B. an Anlagen im Bau	1 788 889 911.94	1 797 328 420.24	- 8 438 508.30	-0.5

Beilagen zum Finanzbericht

Franken	per		Differenz R 09/10	
	31.12.2010	31.12.2009	Abs.	%
2 Passiven	- 19 950 927 160.75	- 19 635 565 914.28	- 315 361 246.47	-1.6
20 Fremdkapital	- 9 935 835 831.50	- 10 245 733 197.27	309 897 365.77	3.0
200 Laufende Verbindlichkeiten	- 2 152 904 881.48	- 2 164 691 683.98	11 786 802.50	0.5
2000 Verb. aus Lief. und Leist. von Dritten	- 572 249 057.91	- 542 337 622.97	- 29 911 434.94	-5.5
2001 Kontokorrente mit Dritten	- 660 199 441.94	- 741 114 127.04	80 914 685.10	10.9
2003 Erhaltene Anzahlungen von Dritten	- 262 458 546.74	- 245 368 020.02	- 17 090 526.72	-7.0
2004 Transfer-Verbindlichkeiten	- 93 345 465.94	- 87 771 770.73	- 5 573 695.21	-6.4
2005 Interne Kontokorrente	- 267 931 931.63	- 230 508 308.48	- 37 423 623.15	-16.2
2006 Depotgelder und Kautionen	- 98 705 334.94	- 100 698 740.09	1 993 405.15	2.0
2009 Übrige laufende Verpflichtungen	- 198 015 102.38	- 216 893 094.65	18 877 992.27	8.7
201 Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 5 568 861.05	- 585 756 124.78	530 067 263.73	90.5
2010 Kurzfr. Verb. geg. Finanzintermediären	-	- 151 133.80	151 133.80	100.0
2014 Langfr. Anteil langfr. Verbindlichkeiten	- 50 000 000.00	- 571 394 086.00	521 394 086.00	91.2
2015 Kurzfr. Anteil langfr. Leasingverb.	- 3 971 784.22	- 3 737 467.07	- 234 317.15	-6.3
2016 Derivative Finanzinstrumente	-	- 8 742 706.00	8 742 706.00	100.0
2019 Übrige kurzfr. Finanzverb. geg. Dritten	- 1 717 076.83	- 1 730 731.91	13 655.08	0.8
204 Passive Rechnungsabgrenzung	- 1 613 834 029.97	- 1 616 518 352.85	2 684 322.88	0.2
2040 Passive Abgr. Personalaufwand	- 17 150 893.48	- 16 080 392.24	- 1 070 501.24	-6.7
2041 Passive Abgr. Sach-, DL-, ü. Btraufw.	- 18 165 262.33	- 28 234 704.89	10 069 442.56	35.7
2042 Passive Abgr. Fiskalertrag	- 285 875 737.00	- 282 418 859.44	- 3 456 877.56	-1.2
2043 Passive Abgr. Transfers der ER	- 642 731 520.35	- 583 752 043.84	- 58 979 476.51	-10.1
2044 Passive Abgr. Finanzaufwand/Finanzertrag	- 69 480 444.29	- 80 145 740.46	10 665 296.17	13.3
2045 Passive Abgr. ü. betrieblicher Ertrag	- 240 458 800.64	- 191 967 788.77	- 48 491 011.87	-25.3
2046 Passive Abgr. Investitionsrechnung	- 51 369 381.30	- 35 318 845.10	- 16 050 536.20	-45.4
2049 Passive Abgr. Erfolgsrechnung	- 288 601 990.58	- 398 599 978.11	109 997 987.53	27.6
205 Kurzfristige Rückstellungen	- 253 853 324.74	- 243 263 233.74	- 10 590 091.00	-4.4
2050 Kurzfr. Rückst. aus Mehrl. des Personals	- 127 003 410.19	- 114 740 709.05	- 12 262 701.14	-10.7
2051 Kurzfr. Rückst. f.a. Ansp. des Personals	- 9 136 289.54	- 6 817 046.09	- 2 319 243.45	-34.0
2052 Kurzfr. Rückst. für Prozesse	- 1 213 000.00	- 5 863 000.00	4 650 000.00	79.3
2053 Rückst. für nicht versicherte Schäden	- 787 000.00	- 298 258.25	- 488 741.75	-163.9
2055 Rückst. ü. betriebliche Tätigkeiten	-	- 3 150 000.00	3 150 000.00	100.0
2056 Kurzfr. Rückst. Vorsorgeverpflichtungen	- 66 649 416.14	- 69 699 699.95	- 6 949 716.19	-11.6
2057 Kurzfr. Rückst. für Finanzaufwand	- 928 981.12	-	- 928 981.12	-
2059 Übrige kurzfr. Rückstellungen	- 48 135 227.75	- 52 694 520.40	4 559 292.65	8.7
206 Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 4 243 746 879.11	- 4 072 735 601.60	- 171 011 277.51	-4.2
2062 Kassascheine	- 499 667 104.00	- 499 651 717.00	- 15 387.00	-0.0
2063 Staatsanleihen	- 2 479 421 777.00	- 2 474 932 963.00	- 4 488 814.00	-0.2
2064 Darlehen	- 513 531 522.20	- 361 024 066.00	- 152 507 456.20	-42.2
2067 Leasingverträge	- 30 982 864.68	- 29 490 243.11	- 1 492 621.57	-5.1
2068 Passivierte Investitionsbeiträge	- 711 738 658.84	- 703 892 826.13	- 7 845 832.71	-1.1
2069 Übrige langfr. Finanzverbindlichkeiten	- 8 404 952.39	- 3 743 786.36	- 4 661 166.03	-124.5
208 Langfristige Rückstellungen	- 1 046 042 712.09	- 1 059 547 282.18	13 504 570.09	1.3
2081 Rückst. langfr. Ansprüche des Personals	- 89 764 539.44	- 95 979 797.68	6 215 258.24	6.5
2082 Langfr. Rückstellungen für Prozesse	- 28 110 000.00	- 28 144 000.00	34 000.00	0.1
2083 Langfr. Rückst. n. versicherte Schäden	- 6 080 600.00	- 6 141 741.75	61 141.75	1.0
2084 Langfr. Rückst. Bürgschaften, Garantiel.	- 311 916 502.00	- 315 164 534.00	3 248 032.00	1.0
2085 Langfr. Rückst. ü. btr. Tätigkeiten	- 21 680 000.00	- 19 460 000.00	- 2 220 000.00	-11.4
2086 Langfr. Rückst. Vorsorgeverpflichtungen	- 355 936 022.32	- 395 661 594.25	39 725 571.93	10.0
2089 ü. langfr. Rückst. der Erfolgsrechnung	- 232 555 048.33	- 198 995 614.50	- 33 559 433.83	-16.9
209 Fonds im Fremdkapital	- 569 765 143.06	- 503 220 918.14	- 66 544 224.92	-13.2
2091 Verbindlichkeiten gegenüber Fonds im FK	- 569 765 143.06	- 503 220 918.14	- 66 544 224.92	-13.2
29 Eigenkapital	- 10 015 091 329.25	- 9 389 832 717.01	- 625 258 612.24	-6.7
291 Fonds im Eigenkapital	- 1 845 774 841.64	- 1 781 190 476.59	- 64 584 365.05	-3.6
2910 Fonds im Eigenkapital	- 1 807 591 232.12	- 1 738 909 331.51	- 68 681 900.61	-3.9
2911 Legate und Stiftungen ohne R.P. EK	- 38 183 609.52	- 42 281 145.08	4 097 535.56	9.7
292 Rücklagen	- 41 539 078.21	- 37 967 486.78	- 3 571 591.43	-9.4
2920 Rücklagen des Globalbudgetbereiche	- 41 539 078.21	- 37 967 486.78	- 3 571 591.43	-9.4
296 Neubewertungsreserven	-	8 742 706.00	- 8 742 706.00	-100.0
2961 Marktwertreserve auf Finanzinstrumente	-	8 742 706.00	- 8 742 706.00	-100.0
298 Übriges Eigenkapital	- 104 549 276.00	- 52 078 934.49	- 52 470 341.51	-100.8
2980 Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV	- 102 743 022.69	- 50 266 792.88	- 52 476 229.81	-104.4
2989 Übriges Eigenkapital	- 1 806 253.31	- 1 812 141.61	5 888.30	0.3
299 Bilanzüberschuss/-Fehlbetrag	- 8 023 758 295.10	- 7 527 874 575.15	- 495 883 719.95	-6.6
2990 Jahresergebnis	- 551 077 743.60	- 159 316 348.12	- 391 761 395.48	-245.9
2999 Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	- 7 472 680 551.50	- 7 368 558 227.03	- 104 122 324.47	-1.4

Funktionale Gliederung

Erfolgsrechnung 2010 nach Kontenklassen (Konsolidierungskreise 1 bis 3)

Aufgaben Fr. 1000	Aufwand Total	Personal- aufwand	Sach- aufwand	Laufende Beiträge		Verrechnungen und übriger Aufwand	Netto- belastung (-) Netto- ertrag (+)
				öffentliche Haushalte	Private		
Allgemeine Verwaltung	530 854	222 863	154 511	1 244	26 973	125 263	- 315 728
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	1 366 864	859 750	302 152	10 081	51 036	143 845	- 483 791
Rechtssprechung	398 290	226 817	131 870			39 603	- 266 947
Strafvollzug	199 934	98 152	54 417	594	963	45 808	- 140 872
Allgemeines Rechtswesen	115 524	78 304	19 148	8 331	26	9 715	21 220
Polizei	511 458	405 274	71 808	150		34 226	- 347 305
Strassenverkehrsamt	60 379	37 527	17 183			5 669	318 547
Militärische Verteidigung	19 347	9 309	3 952	50	47	5 988	- 9 164
Zivile Verteidigung	10 916	5 002	3 418	128		2 369	- 8 255
Bildung	3 874 763	2 097 061	495 214	559 457	211 851	511 179	- 2 191 340
Obligatorische Schule	573 513	380 754	23 390	109 091	53 105	7 174	- 541 229
Berufliche Grundbildung	665 827	222 069	64 783	187 907	123 828	67 240	- 358 999
Mittelschulen (Allgemeinbildende Schulen)	379 979	291 683	34 703	1 153	4 437	48 002	- 327 452
Übriges Bildungswesen	107 215	71 047	16 390	534	1 505	17 739	- 71 258
Universität	1 389 704	708 904	247 292	120 550	11 605	301 354	- 555 651
Fachhochschulen	758 525	422 603	108 655	140 223	17 373	69 670	- 336 751
Kultur und Freizeit	182 177	29 375	19 630	10 562	108 374	14 236	- 138 735
Gesundheit	2 425 056	1 062 596	526 477	222 693	163 725	449 564	- 930 496
Soziale Wohlfahrt	1 921 598	177 835	47 050	585 521	1 052 981	58 212	- 1 070 788
Krankheit und Unfall	714 421			5 130	709 077	214	- 369 351
AHV / IV	653 304	44 096	3 744	336 106	261 809	7 549	- 440 408
Übrige	553 873	133 739	43 306	244 285	82 095	50 448	- 261 029
Verkehr	1 521 783	62 324	938 233	244 822	6 030	270 374	- 601 444
Kantonsstrassen	434 780	39 670	111 820	90 676		192 613	- 314 970
Nationalstrassen	44 705	9 766	30 661			4 278	2 513
Übrige Strassen	14 616			14 586	30		- 14 616
Öffentlicher Verkehr	995 308	5 169	790 246	139 513	6 000	54 379	- 256 534
Verkehr, übrige	32 374	7 718	5 506	47		19 103	- 17 837
Umweltschutz und Raumordnung	190 857	44 741	55 210	34 474	12 321	44 110	- 140 440
Volkswirtschaft	255 024	30 401	17 596	21 503	172 789	12 736	- 66 226
Land- und Forstwirtschaft	230 615	21 052	10 978	16 514	171 575	10 496	- 50 237
übrige	24 409	9 349	6 618	4 989	1 214	2 240	- 15 988
Finanzen und Steuern	3 783 369	18 259	56 008	2 650 898	263	1 057 941	6 536 861
Steuern und Einnahmenanteile	124 006		48 055	75 951			6 719 141
Finanzausgleich	1 152 039			1 150 207		1 832	- 688 358
Vermögens- und Schuldenverwaltung	188 058		7 524			180 535	1 678 729
Nicht aufgeteilte Posten	2 319 266	18 259	430	1 424 739	263	875 575	- 1 172 651
Total	16 052 345	4 605 205	2 612 082	4 341 256	1 806 343	2 687 460	597 874

Umfasst alle Konsolidierungskreise, nicht konsolidiert. Daher weichen die Totale der einzelnen Spalten von der konsolidierten Erfolgsrechnung ab.

Um Doppelzählungen auszuschliessen, wurden interne Übertragungen und Transfers der Position "Nicht aufzuteilende Posten" zugeordnet.

Die Statistik ist mit den Vorjahresstatistiken vor 2009 nur bedingt vergleichbar.

Funktionale Gliederung

Investitionsrechnung 2010 nach Kontenklassen (Konsolidierungskreise 1 bis 3)

Aufgaben Fr. 1000	Ausgaben	Sachgüter	Darlehen, Beteiligungen	Investitionsbeiträge		Nettoinvestitionen (-)
				öffentliche Haushalte	Private	
Allgemeine Verwaltung	56 245	56 245				- 56 091
Öffentliche Ordnung und Sicherheit,						
Verteidigung	55 879	53 648		2 230		- 50 963
Rechtssprechung	21 042	21 042				- 21 042
Strafvollzug	8 563	8 563				- 6 312
Allgemeines Rechtswesen	8 202	8 202				- 8 202
Polizei	13 074	13 074				- 12 642
Strassenverkehrsamt	417	417				- 417
Militärische Verteidigung	983	983				- 975
Zivile Verteidigung	3 526	1 296		2 230		- 1 302
übrige Sicherheit	71	71				- 71
Bildung	192 188	168 934	765	12 336	10 153	- 164 557
Obligatorische Schule	10 733	- 30	23	5 600	5 141	- 10 698
Berufliche Grundbildung	22 562	17 213	337	-	5 013	- 20 363
Mittelschulen (Allgemeinbildende Schulen)	44 094	43 995	99			- 43 282
Übriges Bildungswesen	280	280				- 280
Universität	94 562	87 642	184	6 737		- 71 833
Fachhochschulen	19 957	19 834	122			- 18 101
Kultur und Freizeit	12 514	3 960		1 251	7 302	- 11 162
Gesundheit	192 279	103 526	5 657	70 240	12 856	- 161 295
Soziale Wohlfahrt	20 122	4 953	1 935	263	12 970	- 9 729
AHV / IV	10 308	89		263	9 956	- 10 308
Übrige	9 813	4 864	1 935	-	3 014	579
Verkehr	408 144	178 770	74 675	154 700		- 294 345
Kantonsstrassen	67 997	67 997				- 40 926
Nationalstrassen	110 773	110 773				- 28 397
Übrige Strassen	26 806			26 806		- 26 626
Öffentlicher Verkehr	202 568		74 675	127 893		- 201 643
Verkehr, übrige	-					3 248
Umweltschutz und Raumordnung	21 433	11 783		9 641	9	- 18 844
Volkswirtschaft	27 462	1 040	2 507	3 524	20 390	- 4 179
Land- und Forstwirtschaft	12 632	470	2 507		9 655	- 10 673
Übrige	14 830	570		3 524	10 736	6 494
Finanzen und Steuern	642	400		242		- 542
Finanzausgleich	242			242		- 242
Vermögens- und Schuldenverwaltung	-					100
Nicht aufgeteilte Posten	400	400				- 400
Total	986 907	583 259	85 539	254 428	63 680	- 771 706

Umfasst alle Konsolidierungskreise, nicht konsolidiert. Daher weichen die Totale der einzelnen Spalten von der konsolidierten Investitionsrechnung ab.

Die Statistik ist mit den Vorjahresstatistiken vor 2009 nur bedingt vergleichbar.

Mehrjahresvergleiche

Verwaltungsrechnung seit 1960
in 1000 Franken

Jahr	Erfolgsrechnung			Investitionsrechnung		
	Aufwand	Ertrag	Saldo ¹	Ausgaben	Einnahmen	Nettoinvestitionen
1960	456 640	482 321	25 681	51 850	9 204	42 646
1965	827 001	811 928	- 15 073	135 164	84 827	50 337
1970	1 473 265	1 510 396	37 131	178 027	85 576	92 451
1971	1 749 634	1 635 718	- 113 916	281 492	115 208	166 284
1972	1 956 375	1 919 606	- 36 769	319 359	139 009	180 350
1973	2 413 408	2 413 663	255	376 903	177 851	199 052
1974	2 727 639	2 729 060	1 421	402 556	204 113	198 443
1975	2 888 555	2 890 419	1 864	413 893	199 791	214 102
1976	3 114 276	2 993 865	- 120 411	468 287	254 613	213 674
1977	3 158 761	3 058 808	- 99 953	332 627	188 250	144 377
1978	3 205 977	3 103 824	- 102 153	321 861	176 489	145 372
1979	3 356 002	3 362 377	6 375	312 651	200 606	112 045
1980	3 552 883	3 555 209	2 326	290 712	155 807	134 905
1981	3 769 765	3 812 863	43 098	311 577	154 071	157 506
1982	4 703 932	4 851 806	147 874	840 150	253 918	586 232
1983	5 095 905	5 058 855	- 37 050	914 392	234 606	679 776
1984	5 336 826	5 348 843	12 017	867 260	214 690	652 570
1985	5 637 322	5 645 823	8 501	848 698	193 173	655 525
1986	6 186 455	6 486 192	299 737	898 008	139 130	758 878
1987	6 635 270	6 626 024	- 9 246	907 335	124 528	782 807
1988	6 832 436	6 962 440	130 004	947 701	173 393	774 308
1989	7 331 607	7 395 307	63 700	925 926	152 620	773 306
1990	7 740 315	7 778 175	37 860	1 058 628	145 593	913 035
1991	8 647 518	8 230 936	- 416 582	1 046 246	161 580	884 666
1992	9 150 848	8 632 169	- 518 679	1 006 955	202 775	804 180
1993	9 211 273	8 993 050	- 218 223	1 455 812	204 891	1 250 921
1994	9 265 473	9 174 370	- 91 103	1 433 058	198 395	1 234 663
1995	9 521 673	9 409 510	- 112 163	931 173	296 801	634 372
1996	10 022 494	9 648 417	- 374 077	908 276	232 931	675 345
1997	9 842 900	9 678 850	- 164 050	993 143	232 082	761 060
1998	9 742 584	9 824 375	81 791	1 122 577	481 497	641 080
1999	10 158 053	10 612 472	454 419	901 853	381 029	520 824
2000	10 944 895	11 287 169	342 274	1 158 072	822 940	335 132
2001	11 451 672	11 611 841	160 169	942 898	780 385	162 513
2002	11 603 566	11 845 944	242 378	1 288 332	678 802	609 529
2003	11 648 407	11 029 366	- 619 041	1 015 113	461 058	554 055
2004	11 568 415	11 155 491	- 412 924	1 171 635	517 814	653 821
2005	11 734 479	13 058 347	1 323 868	1 284 845	568 525	716 320
2006	11 791 214	11 906 029	114 815	1 322 955	478 310	844 645
2007	11 140 099	11 578 390	438 292	1 145 772	440 778	704 994
2008	12 224 008	12 538 660	314 652	1 052 917	260 926	791 991
2008 ²	12 033 177	12 104 644	71 467	1 186 284	70 308	1 115 976
2009	12 382 004	12 578 052	196 049	1 043 866	252 642	791 224
2010	12 716 330	13 314 204	597 874	985 825	214 119	771 706

¹ + Ertragsüberschuss, - Aufwandüberschuss

² Rechnung 2008 restated

Bemerkungen:

1982-2008 gemäss Finanzhaushaltsgesetz (FHG, harmonisiertes Rechnungsmodell HRM)

Ab 2009 gemäss Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG, IPSAS)

Aufwand der Erfolgsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	Rechnung 2008 *	Rechnung 2009	Rechnung 2010
3 Aufwand	12 033 177	12 382 004	12 716 210
30 Personalaufwand	4 322 413	4 513 467	4 605 152
300 Behörden, Kommissionen, Richter	56 013	57 893	56 528
301 Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonals	2 247 420	2 338 316	2 389 678
302 Löhne Lehrkräfte	1 295 455	1 367 315	1 389 844
303 Temporäre Arbeitskräfte	8 848	19 432	19 774
304 Zulagen	15 556	19 057	18 068
305 Arbeitgeberbeiträge	598 241	641 037	650 005
306 Arbeitgeberleistungen	63 243	32 070	42 927
309 Übriger Personal Aufwand	37 637	38 348	38 326
31 Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	2 465 363	2 588 440	2 608 960
310 Material- und Warenaufwand	478 369	492 397	494 969
311 Nicht Aktivierbare Anlagen	91 324	84 863	91 939
312 Ver- und Entsorgung	65 369	62 705	61 974
313 Dienstleistungen und Honorare	1 257 406	1 322 118	1 336 523
314 Baulicher Unterhalt (VV)	193 036	216 444	196 644
315 Unterhalt von Anlagen	77 198	84 486	85 774
316 Mieten, Leasing, Pacht, Benützungskosten	140 059	147 559	154 274
317 Spesenentschädigung	32 959	33 203	32 130
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	94 067	107 558	112 333
319 Übriger Betriebsaufwand	35 577	37 107	42 401
33 Abschreibungen VV	456 168	485 725	545 973
330 Abschreibungen Sachanlagen VV	427 683	467 620	527 980
332 Abschreibungen Immaterielle Anlagen	28 485	18 106	17 993
34 Finanzaufwand	233 341	179 409	164 869
340 Zinsaufwand	211 714	169 924	143 947
341 Realisierte Kursverluste	8 379	355	5 656
342 Kapitalbeschaffungskosten	1 360	591	491
343 Liegenschaftsaufwand FV	4 554	5 605	4 528
344 Wertberichtigungen Finanzanlagen	7 234	9	7 072
349 Übriger Finanzaufwand	99	2 926	3 175
35 Einlagen in Fonds	77 662	81 167	85 972
350 Einlagen in Fonds des FK	48 752	64 586	66 883
351 Einlagen in Fonds des EK	28 910	16 582	19 090
36 Transferaufwand	3 896 784	3 939 821	4 099 009
360 Ertragsanteile an Dritte	6 462	36 875	38 081
361 Entschädigung an Gemeinwesen	89 520	85 729	89 669
362 Finanz- und Lastenausgleich	1 000 666	1 099 923	1 110 160
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2 557 276	2 496 262	2 633 885
364 Wertberichtigung Darlehen VV	200	176	- 60
366 Abschreibung Investitionsbeiträge	242 660	220 856	227 275
37 Durchlaufende Beiträge	581 447	593 974	606 276
370 Durchlaufende Beiträge	581 447	593 974	606 276

* Rechnung 2008 restated nach CRG

Ertrag der Erfolgsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	Rechnung 2008 *	Rechnung 2009	Rechnung 2010
4 Ertrag	- 12 104 644	- 12 578 052	- 13 314 084
40 Fiskalertrag	- 5 286 539	- 5 626 708	- 6 090 808
400 Direkte Steuern natürliche Personen	- 3 872 044	- 4 172 259	- 4 557 159
401 Direkte Steuern juristische Personen	- 929 841	- 954 587	- 1 023 587
402 Übrige direkte Steuern	- 192 139	- 204 578	- 212 026
403 Besitz- und Aufwandssteuern	- 292 515	- 295 283	- 298 035
41 Regalien und Konzessionen	- 369 371	- 371 581	- 373 622
410 Regalien	- 3 065	- 2 749	- 2 736
411 Schweiz. Nationalbank, Gewinnanteil	- 288 143	- 289 389	- 291 216
412 Konzessionen und Patente	- 3 867	- 3 891	- 3 300
413 Ertragsanteil Lotterie, Sport-Toto, etc.	- 74 296	- 75 552	- 76 371
42 Entgelte	- 2 237 081	- 2 467 493	- 2 482 491
421 Gebühren für Amtshandlungen	- 317 282	- 319 868	- 303 117
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	- 880 366	- 910 217	- 942 769
423 Schul- und Kursgelder	- 118 848	- 123 240	- 129 564
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	- 665 578	- 868 228	- 841 617
425 Erlös aus Verkäufen	- 118 512	- 118 316	- 124 855
426 Rückerstattungen	- 78 363	- 70 727	- 60 303
427 Bussen	- 54 461	- 53 659	- 58 186
429 Übrige Entgelte	- 3 672	- 3 238	- 22 079
43 Verschiedene Erträge	- 193 027	- 238 368	- 266 523
430 Verschiedene Betriebliche Erträge	- 163 956	- 194 720	- 211 877
431 Aktivierung Eigenleistung	- 17 090	- 21 859	- 17 175
432 Bestandesveränderung	- 444	116	361
439 Übrige Erträge	- 11 537	- 21 905	- 37 832
44 Finanzertrag FV + VV	- 553 012	- 431 951	- 480 043
440 Zinsertrag FV	- 121 112	- 71 850	- 62 399
441 Realisierte Gewinne FV	- 47 448	- 10 040	- 28 156
442 Beteiligungsertrag FV	- 109	- 136	- 164
443 Liegenschaftenertrag FV	- 17 962	- 17 988	- 19 729
444 Wertberichtigungen Anlagen FV	- 3 859	- 3 267	- 5 456
445 Finanzertrag Darlehen u. Beteiligungen VV	- 42 798	- 12 147	- 17 246
446 Finanzerträge von öff. Unternehmen VV	- 283 407	- 283 079	- 303 474
447 Liegenschaftenertrag VV	- 29 558	- 30 058	- 30 423
448 Erträge von gemieteten Liegenschaften	- 2 816	- 2 753	- 2 874
449 Übriger Finanzertrag	- 3 944	- 634	- 10 122
45 Entnahmen aus Fonds	- 1 464	- 364	- 417
450 Entnahme aus Fonds des FK	- 1 410	- 353	- 417
451 Entnahme aus Fonds des EK	- 54	- 10	-
46 Transferertrag	- 2 884 096	- 2 847 614	- 3 013 904
460 Anteile an Erträgen Dritter	- 795 199	- 742 702	- 766 352
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	- 245 575	- 283 631	- 309 614
462 Finanz- und Lastenausgleich	- 93 087	- 483 510	- 462 401
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	- 1 729 241	- 1 307 284	- 1 350 248
466 Auflösung pasivierte Invest. Beiträge	- 20 617	- 30 465	- 120 346
469 Verschiedener Transferertrag	- 378	- 22	- 4 944
47 Durchlaufende Beiträge	- 580 053	- 593 974	- 606 276
470 Durchlaufende Beiträge	- 580 053	- 593 974	- 606 276

* Rechnung 2008 restated nach CRG

Ausgaben der Investitionsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	Rechnung 2008 *	Rechnung 2009	Rechnung 2010
5 Investitionsausgaben	1 186 284	1 043 866	985 825
50 Sachanlagen	404 147	618 352	545 624
500 Grundstücke	904	1 963	4 432
501 Strassen	69 065	258 888	175 208
502 Wasserbau	11 453	10 034	8 670
503 Übriger Tiefbau	446	711	265
504 Hochbauten	178 073	209 735	207 247
505 Waldungen	14	1	–
506 Mobilien	143 616	136 626	148 870
509 Übrige Sachanlagen	577	394	931
51 Investitionen auf Rechnung Dritter	–	1 514	866
514 Hochbauten auf Rechnung Dritter	–	304	138
516 Mobilien auf Rechnung Dritter	–	1 210	728
52 Immaterielle Anlagen	13 762	23 679	36 769
520 Software	13 762	23 679	36 769
54 Darlehen	435 066	76 597	80 364
540 Darlehen an den Bund	104 100	68 300	74 600
542 Darlehen Gemeinden und Zweckverbände	–	–	1 942
544 Darlehen an öff. Unternehmungen	323 500	7 009	2 507
545 Darlehen an priv. Unternehmungen	7 150	559	– 7
546 Darlehen an priv. Org. ohne Erwerbszweck	–	170	557
547 Darlehen an priv. Haushalte	316	559	765
55 Beteiligungen	–	6 210	5 175
554 Beteiligungen öff. Unternehmungen	–	–	5 175
555 Beteiligungen priv. Unternehmungen	–	6 210	–
56 Eigene Investitionsbeiträge	319 023	305 553	300 049
561 Invest.-Beiträge Kantone	1 118	–	–
562 Invest.-Beiträge Gemeinden	46 810	54 241	55 954
564 Invest.-Beiträge öff. Unternehmungen	187 951	194 699	186 905
565 Invest.-Beiträge priv. Unternehmungen	11 954	7 958	7 824
566 Invest.-Beiträge priv. Organisationen	71 189	45 843	42 575
567 Invest.-Beiträge priv. Haushalte	–	2 812	6 791
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	14 286	11 962	16 977
572 Durchl. I. B. Gemeinden u. Zweckverbände	6 301	3 187	4 034
574 Durchl. I. B. öff. Unternehmung	6 242	5 263	6 453
575 Durchl. I. B. priv. Unternehmung	230	425	803
576 Durchl. I. B. priv. Org. o. Erwerbszweck	1 513	1 999	1 791
577 Durchl. I. B. priv. Haushalte	–	1 088	3 896

* Rechnung 2008 restated nach CRG

Einnahmen der Investitionsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	Rechnung 2008 *	Rechnung 2009	Rechnung 2010
6 Investitionseinnahmen	- 70 308	- 252 642	- 214 119
60 Übertragung von Sachanlagen	- 1 150	- 17 804	- 29 817
600 Übertragung VV in FV Grundstücke	- 0	- 7 051	- 10 690
601 Übertragung VV in FV Strassen	- 535	-	- 1 291
603 Übertragung VV in FV Tiefbau	- 600	-	-
604 Übertragung VV in FV Hochbauten	-	- 10 609	- 12 199
606 Übertragung VV in FV Mobilien	- 15	- 145	- 5 637
61 Rückerstattungen	- 12 270	- 11 244	- 8 108
612 Rückerstattungen Wasserbau	-	- 28	- 9
613 Rückerstattungen übriger Tiefbau	- 10 439	- 9 355	- 6 742
614 Rückerstattungen Hochbau	- 913	- 537	- 629
615 Rückerstattungen Waldungen	-	- 114	-
616 Rückerstattungen Mobilien	- 917	- 1 210	- 728
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	- 31 258	- 183 561	- 127 231
630 I.B. vom Bund	- 26 306	- 177 519	- 115 535
632 I.B. von Gemeinden und Zweckverbänden	- 164	- 452	- 1 046
634 I.B. von öff. Unternehmungen	-	- 1 094	- 60
635 I.B. von priv. Unternehmungen	- 3 896	- 3 104	- 10 415
636 I.B. von priv. Org. ohne Erwerbszweck	-	- 1 291	-
637 I.B. von priv. Haushalten	- 892	- 101	- 175
64 Rückzahlung von Darlehen	- 10 999	- 27 827	- 31 771
642 Rückz. Darl. Gemeinden	- 2 538	- 2 310	- 2 052
644 Rückz. Darl. öff. Unternehmungen	- 1 619	- 11 560	- 17 226
645 Rückz. Darl. priv. Unternehmungen	- 5 894	- 12 383	- 10 615
646 Rückz. Darl. priv. Organisationen	-	- 600	- 700
647 Rückz. Darl. priv. Haushalte	- 948	- 974	- 1 178
65 Übertragung VV in FV von Beteiligungen	- 0	- 60	- 100
655 Übertr. Bet. priv. Unternehmungen	- 0	- 60	- 100
66 Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	- 345	- 186	- 114
664 Rückzlg. I.B. öff. Unternehmungen	- 86	-	-
665 Rückzlg. I.B. priv. Unternehmungen	- 214	- 130	- 101
666 Rückzlg. I.B. priv. Organisationen	- 45	- 56	- 13
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	- 14 286	- 11 962	- 16 977
670 Durchl. I.B. Bund	- 14 286	- 11 907	- 16 672
672 Durchl. I.B. Gemeinde	-	- 55	- 305

* Rechnung 2008 restated nach CRG

Bilanz nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	per 31.12.2008 *	per 31.12.2009	per 31.12.2010
1 Aktiven	19 847 451	19 635 566	19 950 927
10 Finanzvermögen	5 759 037	5 424 626	5 613 828
100 Flüssige Mittel	1 671 139	1 457 681	1 463 098
101 Forderungen FV	2 434 315	2 288 676	2 340 888
102 kurzfristige Fin	234 555	270 410	280 053
104 Aktive Rechnungs	368 530	362 232	472 496
106 Vorräte und ange	67 357	61 117	52 337
107 Finanzanlagen FV	109 295	97 901	131 139
108 Sachanlagen FV	873 848	886 609	873 817
14 Verwaltungsvermög	14 088 413	14 210 940	14 337 099
140 Sachanlagen VV	7 555 581	7 536 096	7 516 553
142 Immaterielle Anl	55 974	58 749	75 125
143 Kurzfristige Dar	10 053	11 351	13 401
144 Darlehen VV	778 946	835 243	896 847
145 Beteiligungen	2 537 999	2 535 145	2 521 143
146 Investitionsbeit	3 149 859	3 234 356	3 314 030
2 Passiven	- 19 847 451	- 19 635 566	- 19 950 927
20 Fremdkapital	- 10 681 960	- 10 245 733	- 9 935 836
200 Laufende Verbind	- 1 828 628	- 2 164 692	- 2 152 905
201 Kurzfristige Fin	- 949 300	- 585 756	- 55 689
204 Passive Rechnung	- 1 481 463	- 1 616 518	- 1 613 834
205 Kurzfristige Rüc	- 226 628	- 243 263	- 253 853
206 Langfristige Fin	- 4 639 817	- 4 072 736	- 4 243 747
208 Langfristige Rüc	- 1 117 015	- 1 059 547	- 1 046 043
209 Fonds im Fremdka	- 439 110	- 503 221	- 569 765
29 Eigenkapital	- 9 165 491	- 9 389 833	- 10 015 091
291 Fonds im Eigenka	- 1 727 422	- 1 781 190	- 1 845 775
292 Rücklagen	- 38 855	- 37 967	- 41 539
296 Neubewertungsres	20 789	8 743	-
298 Übriges Eigenkap	- 55 096	- 52 079	- 104 549
299 Bilanzüberschuss	- 7 365 656	- 7 527 875	- 8 023 758

* Bilanz 2008 restated nach CRG

Funktionale Gliederung Erfolgsrechnung 2009 - 2010 (Konsolidierungskreise 1 bis 3)

Aufgaben Fr. 1000	Aufwand		Nettoaufwand (-) / Nettoertrag (+)	
	2010	2009	2010	2009
Allgemeine Verwaltung	530 854	517 969	- 315 728	- 303 806
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	1 366 864	1 283 875	- 483 791	- 391 995
Rechtssprechung	398 290	385 289	- 266 947	- 250 389
Strafvollzug	199 934	192 714	- 140 872	- 135 317
Allgemeines Rechtswesen	115 524	112 957	21 220	38 377
Polizei	511 458	503 160	- 347 305	- 342 873
Strassenverkehrsamt	60 379	60 538	318 547	314 424
Militärische Verteidigung	19 347	19 282	- 9 164	- 8 729
Zivile Verteidigung	10 916	9 935	- 8 255	- 7 488
übrige Sicherheit	51 015		- 51 015	-
Bildung	3 874 763	3 882 191	- 2 191 340	- 2 239 479
Obligatorische Schule	573 513	588 593	- 541 229	- 556 841
Berufliche Grundbildung	665 827	686 790	- 358 999	- 368 013
Mittelschulen (Allgemeinbildende Schulen)	379 979	390 354	- 327 452	- 340 543
Übriges Bildungswesen	107 215	101 689	- 71 258	- 70 920
Universität	1 389 704	1 371 793	- 555 651	- 557 981
Fachhochschulen	758 525	742 971	- 336 751	- 345 181
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	182 177	225 147	- 138 735	- 190 045
Gesundheit	2 425 056	2 432 431	- 930 496	- 963 236
Soziale Wohlfahrt	1 921 598	1 771 419	- 1 070 788	- 989 972
Krankheit und Unfall	714 421	625 110	- 369 351	- 310 196
AHV / IV	653 304	617 005	- 440 408	- 418 208
Übrige	553 873	529 304	- 261 029	- 261 568
Verkehr	1 521 783	1 450 601	- 601 444	- 604 867
Kantonsstrassen	434 780	370 644	- 314 970	- 327 578
Nationalstrassen	44 705	67 323	2 513	1 530
Übrige Strassen	14 616	11 280	- 14 616	- 11 280
Öffentlicher Verkehr	995 308	967 138	- 256 534	- 248 958
Verkehr, übrige	32 374	34 215	- 17 837	- 18 581
Umweltschutz und Raumordnung	190 857	169 918	- 140 440	- 125 183
Volkswirtschaft	255 024	260 092	- 66 226	- 74 344
Land- und Forstwirtschaft	230 615	237 572	- 50 238	- 60 479
Übrige	24 409	22 520	- 15 988	- 13 865
Finanzen und Steuern	3 783 369	3 746 949	6 536 861	6 078 974
Steuern und Einnahmenanteile	124 006	125 046	6 719 141	6 231 348
Finanzausgleich	1 152 039	1 143 081	- 688 358	- 658 060
Vermögens- und Schuldenverwaltung	188 058	198 034	1 678 729	1 612 065
Nicht aufgeteilte Posten	2 319 266	2 280 788	- 1 172 651	- 1 106 378
Total	16 052 345	15 740 591	597 874	196 049

Umfasst alle Konsolidierungskreise, nicht konsolidiert. Daher weichen die Totale der einzelnen Spalten von der konsolidierten Erfolgsrechnung ab.

Um Doppelzählungen auszuschliessen, wurden interne Übertragungen und Transfers der Position "Nicht aufzuteilende Posten" zugeordnet.

Die Statistik ist mit den Vorjahresstatistiken vor 2009 nur bedingt vergleichbar.

Funktionale Gliederung
Investitionsrechnung 2009 - 2010 (Konsolidierungskreise 1 bis 3)

Aufgaben Fr. 1000	Ausgaben		Nettoausgaben (-) / Nettoeinnahmen (+)	
	2010	2009	2010	2009
Allgemeine Verwaltung	56 245	38 028	- 56 091	- 36 759
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	55 879	60 793	- 50 963	- 48 398
Rechtssprechung	21 042	13 781	- 21 042	- 13 781
Strafvollzug	8 563	10 244	- 6 312	- 9 244
Allgemeines Rechtswesen	8 202	2 836	- 8 202	- 2 836
Polizei	13 074	26 717	- 12 642	- 17 150
Strassenverkehrsamt	417	2 060	- 417	- 2 060
Militärische Verteidigung	983	1 928	- 975	- 1 928
Zivile Verteidigung	3 526	3 226	- 1 302	- 1 398
übrige Sicherheit	71		- 71	-
Bildung	192 188	180 149	- 164 557	- 155 979
Obligatorische Schule	10 733	10 511	- 10 698	- 9 735
Berufliche Grundbildung	22 562	14 361	- 20 363	- 13 936
Mittelschulen (Allgemeinbildende Schulen)	44 094	36 123	- 43 282	- 35 895
Übriges Bildungswesen	280	310	- 280	- 310
Universität	94 562	94 397	- 71 833	- 76 535
Fachhochschulen	19 957	24 447	- 18 101	- 19 568
Kultur und Freizeit	12 514	9 139	- 11 162	- 8 539
Gesundheit	192 279	150 574	- 161 295	- 129 449
Soziale Wohlfahrt	20 122	25 892	- 9 729	- 13 024
AHV / IV	10 308	15 450	- 10 308	- 15 450
Übrige	9 813	10 442	579	2 425
Verkehr	408 144	526 265	- 294 345	- 364 210
Kantonsstrassen	67 997	65 298	- 40 926	- 57 621
Nationalstrassen	110 773	198 950	- 28 397	- 49 460
Übrige Strassen	26 806	28 883	- 26 626	- 28 757
Öffentlicher Verkehr	202 568	233 134	- 201 643	- 232 208
Verkehr, übrige			3 248	3 835
Umweltschutz und Raumordnung	21 433	21 704	- 18 844	- 18 186
Volkswirtschaft	27 462	31 069	- 4 179	- 16 425
Land- und Forstwirtschaft	12 632	17 477	- 10 673	- 14 951
Übrige	14 830	13 592	6 494	- 1 474
Finanzen und Steuern	642	254	- 542	- 254
Finanzausgleich	242	254	- 242	- 254
Vermögens- und Schuldenverwaltung			100	-
Nicht aufgeteilte Posten	400		- 400	-
Total	986 907	1 043 866	- 771 706	- 791 224

Umfasst alle Konsolidierungskreise, nicht konsolidiert. Daher weichen die Totale der einzelnen Spalten von der konsolidierten Investitionsrechnung ab.

Die Statistik ist mit den Vorjahresstatistiken vor 2009 nur bedingt vergleichbar.

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung

R 2010

Totalisierung aller Legate und Stiftungen

Zuwendungen und betriebliche Erträge	2 084 510
Finanzerträge	2 472 555
Total Erträge	4 557 065
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-7 334 598
Finanzaufwand	-413 099
Total Aufwand	-7 747 697
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-3 190 633
– davon Finanzerfolg	2 059 188

Bilanz

31.12.2010

31.12.2009

Veränderung
Absolut in %

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	12 353 382	11 367 091	986 290	8,7
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	75 254 807	79 763 232	-4 508 426	-5,7
Sachanlagen	1 202 800	839 300	363 500	43,3
Übrige Aktiven	871 582	919 590	-48 008	-5,2
Total Aktiven	89 682 571	92 889 214	-3 206 643	-3,5
Übrige Passiven	-50 369	-66 579	16 210	24,3
Fondsbestand	-89 632 201	-92 822 835	3 190 633	3,4
Total Passiven	-89 682 570	-92 889 414	3 206 843	3,5

Baudirektion

9801 Fonds zur Förderung des Umweltschutzes

Akten-Nr. 8101 Schenkung von ungenannter Seite zur Unterstützung von Bestrebungen zur Wahrung der natürlichen Ressourcen sowie zum Schutze des Menschen und seiner natürlichen Umwelt vor schädlichen und lästigen Immissionen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	2 871
	Total Erträge	2 871
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-83
	Finanzaufwand	-624
	Total Aufwand	-707
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 164
RRB Nrn. 7144/1971, 430/1978 und 213/1985	– davon Finanzerfolg	2 247

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	61 181	58 393	2 788	4,8
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	103 481	104 105	-624	-0,6
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 145	1 145	0	0,0
Total Aktiven	165 807	163 643	2 164	1,3
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-165 807	-163 643	-2 164	-1,3
Total Passiven	-165 807	-163 643	-2 164	-1,3

9814 Fonds für die Landwirtschaftliche Schule Strickhof, Lindau

Akten-Nr. 8600 Für Stipendien an bedürftige, fleissige, dem Kanton Zürich angehörige Schüler der Lehranstalt. Regulativ des Regierungsrates vom 21. März 1895 (ZG 3, S. 352)	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	1 395
	Total Erträge	1 395
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-70
	Finanzaufwand	
	Total Aufwand	-70
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 325
	– davon Finanzerfolg	1 395

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	91 930	90 685	1 246	1,4
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	46 710	46 630	80	0,2
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	971	971	0	0,0
Total Aktiven	139 611	138 285	1 325	1,0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-139 611	-138 285	-1 325	-1,0
Total Passiven	-139 611	-138 285	-1 325	-1,0

9815 Fonds für die Landwirtschaftliche Schule Wetzikon

Akten-Nr. 8610 Beitrag der Gemeinde Wetzikon und der Freunde der Schule zur Anschaffung von Lehrmitteln sowie zur Ausrichtung von Stipendien.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	863
	Finanzerträge	1 042
	Total Erträge	1 905
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-65
	Finanzaufwand	
	Total Aufwand	-65
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 840
RRB Nrn. 1244/1923 und 1887/1926	– davon Finanzerfolg	1 042

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	78 929	127 898	-48 969	-38,3
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	50 400	0	50 400	0,0
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	409	0	409	0,0
Total Aktiven	129 737	127 898	1 840	1,4
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-129 737	-127 898	-1 840	-1,4
Total Passiven	-129 737	-127 898	-1 840	-1,4

Erfolgsrechnung

R 2010

Direktion der Justiz und des Innern

9803 Fonds für einen wohltätigen Zweck

Akten-Nr. 8200 Vermächtnis von Karl Theodor Fierz-Zollinger in Zürich und weitere Zuwendungen zur Hilfe an Straffällige und ihre Familien, welche sich in wirtschaftlicher Not befinden. RRB Nrn. 1209/1905 und 3117/1972	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	14 857
	Total Erträge	14 857
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-432
	Finanzaufwand	-32 950
	Total Aufwand	-33 382
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-18 525
	- davon Finanzerfolg	-18 093

Bilanz

31.12.2010

Veränderung

31.12.2009

Absolut

in %

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	103 325	214 571	-111 247	-51,8
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	759 150	667 754	91 396	13,7
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	8 666	7 341	1 326	18,1
Total Aktiven	871 141	889 666	-18 525	-2,1
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-871 141	-889 666	18 525	2,1
Total Passiven	-871 141	-889 666	18 525	2,1

9804 Hilfskasse der Angestellten der kantonalen Strafanstalt

Akten-Nr. 8211 Verordnung über die kantonale Strafanstalt vom 12. Februar 1975, §§ 80 und 81	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	4 303
	Total Erträge	4 303
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-127
	Finanzaufwand	-380
	Total Aufwand	-507
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	3 796
	- davon Finanzerfolg	3 923

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	92 055	40 454	51 601	127,6
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	161 791	208 971	-47 180	-22,6
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 780	2 405	-625	-26,0
Total Aktiven	255 626	251 831	3 796	1,5
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-255 626	-251 831	-3 796	-1,5
Total Passiven	-255 626	-251 831	-3 796	-1,5

9896 Fonds zur Unterstützung der bildenden Künste

Akten-Nr. 8992 Legat von H. W. Schelldorfer in Zürich. KRB vom 1. November 1920 (ZG 4, S. 465); Regulativ des Regierungsrates vom 4. Dezember 1944 (ZG 4, S.465)	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	306
	Total Erträge	306
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50
	Finanzaufwand	
	Total Aufwand	-50
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	256
	- davon Finanzerfolg	306

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	1 459	1 208	251	20,8
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	10 660	10 655	5	0,0
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	294	294	0	0,0
Total Aktiven	12 413	12 157	256	2,1
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-12 413	-12 157	-256	-2,1
Total Passiven	-12 413	-12 157	-256	-2,1

Sicherheitsdirektion

9805 Hilfsfonds für Angehörige der Kantonspolizei Zürich

Akten-Nr. 8300 Vergabung von ungenannter Seite zur Unterstützung bedürftiger Angehöriger der Kantonspolizei Zürich und ihrer Hinterlassenen. RRB Nrn. 5619/1969 und 1901/1977	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	32 860
	Total Erträge	32 860
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-653
	Finanzaufwand	-1 180
	Total Aufwand	-1 833
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	31 027
	- davon Finanzerfolg	31 680

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	172 553	132 580	39 972	30,1
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	1 131 401	1 140 173	-8 772	-0,8
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	12 293	12 466	-173	-1,4
Total Aktiven	1 316 247	1 285 219	31 027	2,4
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-1 316 247	-1 285 219	-31 027	-2,4
Total Passiven	-1 316 247	-1 285 219	-31 027	-2,4

Erfolgsrechnung

R 2010

Bilanz

31.12.2010

31.12.2009

Veränderung
Absolut in %

9806 Fonds zur Unterstützung schweizerischer Wehrmänner

Akten-Nr. 8400 Schenkung des zürcherischen Hilfsvereins schweizerischer Wehrmänner zur Unterstützung der Familien von Wehrmännern, der militärischen Weiterausbildung und der Orientierung der Stellungspflichtigen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	5 000	Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	7 324	Kontokorrente	81 820	55 903	25 917	46,4
	Total Erträge	12 324	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	277 984	303 392	-25 408	-8,4
RRB Nrn. 3673/1920 und 3504/1980	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-180	Sachanlagen				
	Finanzaufwand	-12 746	Übrige Aktiven	2 374	3 486	-1 112	-31,9
	Total Aufwand	-12 926	Total Aktiven	362 178	362 781	-603	-0,2
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-603	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	-5 423	Fondsbestand	-362 178	-362 781	603	0,2
			Total Passiven	-362 178	-362 781	603	0,2

9807 Fonds zur Förderung der bewaffneten Kadettenkorps im Kanton Zürich

Akten-Nr. 8410 Vermögen der am 1. Februar 1962 aufgelösten Stiftung «Fonds des Freiwilligen Militärischen Vorunterrichtes» der Kantonsschule Zürich»	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	11	Kontokorrente	11 186	11 225	-39	-0,3
	Total Erträge	11	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Sachanlagen				
	Finanzaufwand		Übrige Aktiven				
	Total Aufwand	-50	Total Aktiven	11 186	11 225	-39	-0,3
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-39	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	11	Fondsbestand	-11 186	-11 225	39	0,3
			Total Passiven	-11 186	-11 225	39	0,3

Finanzdirektion

9810 Eva Maria Ehrlich-Fonds

Akten-Nr. 8500 Vermächtnis von Frau Maria Ehrlich-Bugl, von Zürich, zur Unterstützung von Institutionen, die bestimmte gemeinnützige und wohltätige Zwecke verfolgen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
RRB Nr. 4681/1972	Finanzerträge	138 066	Kontokorrente	353 230	169 742	183 488	108,1
	Total Erträge	138 066	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	5 501 235	5 553 605	-52 370	-0,9
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-2 929	Sachanlagen				
	Finanzaufwand	-3 540	Übrige Aktiven	63 621	63 142	479	0,8
	Total Aufwand	-6 469	Total Aktiven	5 918 086	5 786 489	131 597	2,3
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	131 597	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	134 526	Fondsbestand	-5 918 086	-5 786 489	-131 597	-2,3
			Total Passiven	-5 918 086	-5 786 489	-131 597	-2,3

9811 Hilfsfonds für das Staatspersonal

Akten-Nr. 8510 Liquidationserlös der Sparkasse für das kriegswirtschaftliche Personal.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	0	Flüssige Mittel, Forderungen,				
KRB vom 11. Dezember 1950	Finanzerträge	2 573	Kontokorrente	101 138	104 666	-3 528	-3,4
	Total Erträge	2 573	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	139 121	133 269	5 852	4,4
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-121	Sachanlagen				
	Finanzaufwand	-437	Übrige Aktiven	1 482	1 791	-309	-17,3
	Total Aufwand	-558	Total Aktiven	241 741	239 726	2 015	0,8
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 015	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	2 136	Fondsbestand	-241 741	-239 726	-2 015	-0,8
			Total Passiven	-241 741	-239 726	-2 015	-0,8

Erfolgsrechnung		R 2010	Bilanz		Veränderung	
			31.12.2010	31.12.2009	Absolut	in %
9812 Schmid-Wörner-Stiftung						
Akten-Nr. 8520 Vermächtnis von Jakob Albert Schmid-Wörner in Zürich zugunsten von Gebrechlichen und Unbemittelten.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	11 197	119 246	132 488	-13 243	-10,0
	Total Erträge	11 197	400 608	390 818	9 790	2,5
RRB Nr. 238/1919	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-13 261	5 519	4 922	597	12,1
	Finanzaufwand	-792				
	Total Aufwand	-14 053	525 372	528 229	-2 856	-0,5
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-2 856	-525 372	-528 229	2 856	0,5
	- davon Finanzerfolg	10 405	-525 372	-528 229	2 856	0,5
9813 Fonds Zürcher Bildnisse aus sechs Jahrhunderten						
Akten-Nr. 8530 Zur Durchführung einer Gemäldeausstellung «Zürcher Bildnisse aus sechs Jahrhunderten» anlässlich der 700-Jahr-Feier des Standes Zürich im Jahre 2051.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	2 407	50 429	88 575	-38 146	-43,1
	Total Erträge	2 407	80 809	40 919	39 890	97,5
RRB Nr. 3774/1962	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-66				
	Finanzaufwand		1 205	607	597	98,3
	Total Aufwand	-66	132 443	130 101	2 341	1,8
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 341	-132 443	-130 101	-2 341	-1,8
	- davon Finanzerfolg	2 407	-132 443	-130 101	-2 341	-1,8
Gesundheitsdirektion						
9816 Fonds zugunsten bedürftiger Kranker						
Akten-Nr. 8700 Zusammenlegung der Gollischen Stiftung für unheilbare Kranke und des Lina Aepli-Fonds.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	16 742	129 024	132 434	-3 411	-2,6
	Total Erträge	16 742	645 707	627 723	17 984	2,9
RRB Nr. 4982/1979	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-388				
	Finanzaufwand	-1 734	9 814	9 767	47	0,5
	Total Aufwand	-2 122	784 545	769 925	14 620	1,9
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	14 620	-784 545	-769 925	-14 620	-1,9
	- davon Finanzerfolg	15 008	-784 545	-769 925	-14 620	-1,9
9817 Fonds für wissenschaftliche Zwecke im Interesse der Heilung von Geisteskrankheiten						
Akten-Nr. 8702 Geschenk eines nicht genannt sein wollenden Spenders und Vermächtnis von Hermann Otto Rücker-Emboden für wissenschaftliche Zwecke im Interesse der Heilung von Geisteskrankheiten.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	15 939	89 372	82 915	6 457	7,8
	Total Erträge	15 939	645 771	639 220	6 551	1,0
RRB Nrn. 4131/1962 und 4406/1982	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-368				
	Finanzaufwand	-3 469	7 056	7 962	-906	-11,4
	Total Aufwand	-3 837	742 199	730 097	12 102	1,7
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	12 102	-742 199	-730 097	-12 102	-1,7
	- davon Finanzerfolg	12 470	-742 199	-730 097	-12 102	-1,7

Erfolgsrechnung

	R 2010	Bilanz	31.12.2010	Veränderung 31.12.2009	Veränderung Absolut	Veränderung in %
9818 Fonds für Kranke des Universitätsspitals Zürich						
Akten-Nr. 8710 Für hilfs- und betreuungsbedürftige stationäre und ambulante Kranke sowie für die Unterstützung von Angehörigen von Kranken.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	106 041	192 988	45 292	147 696	326,1
	Total Erträge	106 041	3 720 500	3 866 380	-145 880	-3,8
Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die Kranken von andern zugefügt werden. Zusammenlegung von:	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-101 954	40 282	40 950	-668	-1,6
– Vereinigte Fonds für Kranke des Universitätsspitals Zürich,	Finanzaufwand	-2 940	Total Aktiven	3 952 623	1 147	0,0
RRB Nr. 1211/1932	Total Aufwand	-104 894	Übrige Passiven	Übrige Passiven		
– Eduard Alexander Schneeli-Stiftung	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 147	Fondsbestand	-3 953 770	-3 952 623	-1 147
– August Abegg-Fonds für die Unterstützung von Patienten der Universitäts-Augenklinik	– davon Finanzerfolg	103 101	Total Passiven	-3 953 770	-3 952 623	-1 147
– Oberrichter Dr. Hans Kem-Fonds für ein Freibett im Universitätsspital Zürich						

9819 Fonds für das Personal des Universitätsspitals Zürich

Akten-Nr. 8711 Für hilfsbedürftiges, gegenwärtiges und ehemaliges Personal und hilfsbedürftige Familienangehörige solchen Personals; für die Förderung, insbesondere die Fortbildung des Personals, für die Finanzierung von Personalanlässen, für die Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die dem Personal von Patienten zugefügt werden.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	62 802	149 863	65 453	84 410	129,0
	Total Erträge	62 802	2 130 292	2 154 940	-24 648	-1,1
Zusammenlegung des Fonds für das Pflegepersonal des Universitätsspitals Zürich und des Wilhelm Friedrich Weilenmann-Fonds	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-1 141	27 653	26 925	729	2,7
	Finanzaufwand	-1 170	Total Aktiven	2 247 317	60 491	2,7
	Total Aufwand	-2 311	Übrige Passiven	Übrige Passiven		
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	60 491	Fondsbestand	-2 307 808	-2 247 317	-60 491
	– davon Finanzerfolg	61 632	Total Passiven	-2 307 808	-2 247 317	-60 491

9820 Dr. Max und Marie Alpiger-Fonds

Akten-Nr. 8712 Vermächtnis von Fräulein Marie Alpiger zugunsten des Universitätsspitals Zürich für gemeinnützige Zwecke, unter anderem zur Beschaffung von Büchern für die Patientenbibliothek.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	1 166	77 177	65 824	11 353	17,2
	Total Erträge	1 166	36 663	46 911	-10 248	-21,8
RRB Nrn. 1410/1942 und 3159/1980	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-57	664	908	-244	-26,9
	Finanzaufwand	-248	Total Aktiven	113 643	861	0,8
	Total Aufwand	-305	Übrige Passiven	Übrige Passiven		
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	861	Fondsbestand	-114 504	-113 643	-861
	– davon Finanzerfolg	918	Total Passiven	-114 504	-113 643	-861

Erfolgsrechnung		R 2010	Bilanz		Veränderung	
			31.12.2010	31.12.2009	Absolut	in %
9821 Fonds für Kranke des Kantonsspitals Winterthur						
Akten-Nr. 8720 Für hilfs- und betreuungsbedürftige stationäre und ambulante Kranke sowie für die Unterstützung von Angehörigen von Kranken. Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die Kranken von andern zugefügt werden.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	641	Flüssige Mittel, Forderungen,			
	Finanzerträge	109 763	Kontokorrente	120 167	39 294	80 873 205,8
	Total Erträge	110 403	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	3 615 820	3 649 185	-33 365 -0,9
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-61 851	Sachanlagen			
	Finanzaufwand	-1 800	Übrige Aktiven	41 548	42 304	-756 -1,8
	Total Aufwand	-63 651	Total Aktiven	3 777 535	3 730 783	46 752 1,3
Zusammenlegung von:	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	46 752	Übrige Passiven			
- Vereinigte Fonds für Kranke des Kantonsspitals Winterthur, RRB Nr. 1211/1932	- davon Finanzerfolg	107 963	Fondsbestand	-3 777 535	-3 730 783	-46 752 -1,3
- Carl Roth-Stiftung RRB Nrn. 4982/1979 und 1359/1980			Total Passiven	-3 777 535	-3 730 783	-46 752 -1,3
9822 Fonds für das Pflegepersonal des Kantonsspitals Winterthur (Marta-Weiss-Fonds)						
Akten-Nr. 8721 Für die Unterstützung von hilfsbedürftigem Personal und hilfsbedürftigen Angehörigen des Personals. Für die Fortbildung des Personals, die Finanzierung von Personalanlässen und die Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die dem Personal von Patienten zugefügt werden.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,			
	Finanzerträge	3 502	Kontokorrente	85 728	72 296	13 432 18,6
	Total Erträge	3 502	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	119 116	129 021	-9 906 -7,7
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-103	Sachanlagen			
	Finanzaufwand	-116	Übrige Aktiven	1 479	1 722	-244 -14,2
	Total Aufwand	-219	Total Aktiven	206 322	203 039	3 283 1,6
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	3 283	Übrige Passiven			
	- davon Finanzerfolg	3 386	Fondsbestand	-206 322	-203 039	-3 283 -1,6
			Total Passiven	-206 322	-203 039	-3 283 -1,6
9823 Fonds für Kranke der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich						
Akten-Nr. 8730 Für hilfs- und betreuungsbedürftige stationäre und ambulante Patienten sowie für die Unterstützung von Angehörigen von Kranken. Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die Kranken von anderen zugefügt werden.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,			
	Finanzerträge	37 640	Kontokorrente	92 835	75 698	17 137 22,6
	Total Erträge	37 640	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	1 436 775	1 466 895	-30 120 -2,1
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-48 925	Sachanlagen			
	Finanzaufwand	-1 170	Übrige Aktiven	15 851	15 322	529 3,4
	Total Aufwand	-50 095	Total Aktiven	1 545 461	1 557 915	-12 455 -0,8
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-12 455	Übrige Passiven			
	- davon Finanzerfolg	36 470	Fondsbestand	-1 545 461	-1 557 915	12 455 0,8
			Total Passiven	-1 545 461	-1 557 915	12 455 0,8
9824 Fonds für das Personal der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich						
Akten-Nr. 8731 Für die Unterstützung von hilfsbedürftigem Personal und hilfsbedürftigen Angehörigen des Personals. Für die Fortbildung des Personals, die Finanzierung von Personalanlässen und die Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die dem Personal von Patienten zugefügt werden.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,			
	Finanzerträge	10 071	Kontokorrente	113 512	64 687	48 825 75,5
	Total Erträge	10 071	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	339 694	378 644	-38 950 -10,3
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-227	Sachanlagen			
	Finanzaufwand	-460	Übrige Aktiven	3 558	4 050	-491 -12,1
	Total Aufwand	-687	Total Aktiven	456 765	447 380	9 384 2,1
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	9 384	Übrige Passiven			
	- davon Finanzerfolg	9 611	Fondsbestand	-456 765	-447 380	-9 384 -2,1
			Total Passiven	-456 765	-447 380	-9 384 -2,1

Erfolgsrechnung

R 2010

Bilanz

31.12.2010

31.12.2009

Veränderung
Absolut in %

9825 Fonds für Kranke der Psychiatrischen Klinik Rheinau

Akten-Nr. 8735 Für hilfs- und betreuungsbedürftige stationäre und ambulante Kranke sowie für die Unterstützung von Angehörigen von Kranken. Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die Kranken von andern zugefügt werden. RRB Nr. 3159/1980	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	7 083 7 083 –180 –1 949 –2 129 4 953 5 133	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	90 424 268 946 3 219 3 667 362 589 –357 635 –362 589	93 172 260 796 3 667 3 667 357 635 –357 635 –357 635	–2 748 8 150 –448 –448 4 953 –4 953 –4 953	–2,9 3,1 –12,2 1,4 –1,4 –1,4
---	---	--	--	--	--	--	---

9826 Fonds für Kranke der IPW Klinik Schlosstal

Akten-Nr. 8740 Für hilfs- und betreuungsbedürftige stationäre und ambulante Kranke sowie für die Unterstützung von Angehörigen von Kranken. Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die Kranken von andern zugefügt werden. RRB Nr. 3159/1980	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	12 449 12 449 –317 –750 –1 067 11 382 11 699	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	109 466 523 786 5 251 2 250 638 503 –638 503 –638 503	59 164 186 742 2 250 3 002 248 156 –248 156 –248 156	50 302 337 044 3 002 390 347 –390 347 –390 347	85,0 180,5 133,4 157,3 –157,3 –157,3
---	---	--	--	---	--	---	---

9827 Fonds für Kranke der Psychiatrischen Klinik Hard, Embrach

Akten-Nr. 8745 Der Fonds wurde im Rahmen der Fusion der Psychiatrischen Klinik Hard mit der Integrierten Psychiatrie Winterthur (IPW) mit Fonds 9826 Fonds für Kranke der IPW Klinik Schlosstal zusammengelegt. RRB Nr. 1960/2008	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	0 0 0 0 0 0 0 0	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	0 0 0 0 0 0 0 0	113 426 262 434 3 105 378 965 –378 965 –378 965	–113 426 –262 434 –3 105 –378 965 378 965 378 965	–100,0 –100,0 –100,0 –100,0 100,0 100,0
---	---	--	--	---	--	--	--

9828 Fonds für das Kinderheim Brüschtal, Männerdorf

Akten-Nr. 8750 Vermächtnis von Robert Ernst, von Winterthur, für Zwecke des Kinderheims. RRB Nr. 3159/1980	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	4 064 4 064 –121 –4 775 –4 896 –832 –711	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	86 542 154 146 2 057 2 060 242 745 –242 745 –242 745	67 181 174 336 2 060 –3 243 577 –243 577 –243 577	19 361 –20 190 –3 –832 832 832	28,8 –11,6 –0,1 –0,3 0,3 0,3
---	---	--	--	--	---	---	---

Erfolgsrechnung		R 2010	Bilanz	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung	
						Absolut	in %
9839 Eugen Bleuler-Fonds							
Akten-Nr. 8913 Schenkung von Dr. med. AA Brill in New York zur Anschaffung von Büchern und Zeitschriften für die wissenschaftliche Bibliothek der Psychiatrischen Klinik der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	18 404	18 436	-32	-0,2
RRB Nr. 1829/1938	Finanzerträge	18	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Total Erträge	18	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven				
	Finanzaufwand		Total Aktiven	18 404	18 436	-32	-0,2
	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-32	Fondsbestand	-18 404	-18 436	32	0,2
	- davon Finanzerfolg	18	Total Passiven	-18 404	-18 436	32	0,2
9898 Stiftung ZinEP							
Akten-Nr. 9898 Schenkung zur Realisierung des Zürcher Impulsprogramms zur nachhaltigen Entwicklung in der Psychiatrie.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	2 000 000	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	2 717 835	2 793 191	-75 357	-2,7
Annahmeerklärung der Gesundheitsdirektion vom 4. November 2008	Finanzerträge	9	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Total Erträge	2 000 009	Sachanlagen	363 500		363 500	0,0
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-1 702 671	Übrige Aktiven				
	Finanzaufwand	-5 726	Total Aktiven	3 081 335	2 793 191	288 143	10,3
	Total Aufwand	-1 708 397	Übrige Passiven	-49 008	-52 477	3 469	6,6
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	291 612	Fondsbestand	-3 032 327	-2 740 715	-291 612	-10,6
	- davon Finanzerfolg	-5 717	Total Passiven	-3 081 335	-2 793 191	-288 143	-10,3
Bildungsdirektion							
9829 Hochschulstiftung							
Akten-Nr. 8900 Zusammenlegung von drei Fonds:	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	190 744	111 061	79 683	71,7
- Hochschulfonds	Finanzerträge	163 492	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	6 163 935	6 213 615	-49 680	-0,8
- Dotationsfonds der Universität	Total Erträge	163 492	Sachanlagen				
- Cari Friedrich Naef-Fonds.	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-131 929	Übrige Aktiven	72 284	73 123	-840	-1,1
RRB Nr. 375/1980; Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons vom 2. September 1979 (GS 611, § 48h)	Finanzaufwand	-2 400	Total Aktiven	6 426 963	6 397 799	29 163	0,5
	Total Aufwand	-134 329	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	29 163	Fondsbestand	-6 426 963	-6 397 799	-29 163	-0,5
	- davon Finanzerfolg	161 092	Total Passiven	-6 426 963	-6 397 799	-29 163	-0,5
9830 Dr. Hermann Stoll-Fonds zugunsten der Universität Zürich							
Akten-Nr. 8902 Vermächtnis von Dr. Hermann Stoll, Zürich, für Zulagen an einzelne als Forscher oder Lehrer besonders hervorragende Professoren.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	249 867	154 467	95 399	61,8
RRB Nr. 1508/1948	Finanzerträge	48 250	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	1 533 695	1 617 327	-83 632	-5,2
	Total Erträge	48 250	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-13 641	Übrige Aktiven	10 285	11 546	-1 260	-10,9
	Finanzaufwand	-11 352	Total Aktiven	1 793 847	1 783 340	10 507	0,6
	Total Aufwand	-24 993	Übrige Passiven	-887	-13 637	12 749	93,5
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	23 257	Fondsbestand	-1 792 960	-1 769 703	-23 257	-1,3
	- davon Finanzerfolg	36 898	Total Passiven	-1 793 847	-1 783 340	-10 507	-0,6

Erfolgsrechnung

		R 2010	Bilanz		Veränderung	
			31.12.2010	31.12.2009	Absolut	in %
9831 Helene Bieber-Fonds						
Akten-Nr. 8903 Vermächtnis von Frau Helene Bieber, von Castagnola, zugunsten der Universität Zürich, insbesondere zur Förderung besonderer Forschungen. RRB Nr. 2579/1971	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	15 250	140 535	119 462	21 073	17,6
	Total Erträge	15 250	541 607	564 299	-22 692	-4,0
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-15 342		7 443	-814	-10,9
	Finanzaufwand	-2 341				
	Total Aufwand	-17 683	688 771	691 204	-2 433	-0,4
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-2 433	-688 771	-691 204	2 433	0,4
	- davon Finanzerfolg	12 909	-688 771	-691 204	2 433	0,4
9832 Fonds für ein Dozenten-Gästehaus der Universität Zürich						
Akten-Nr. 8904 Vermächtnis von alt Oberstdivisionär Dr. Karl Brunner für Beiträge an Angehörige der Universität oder Institutionen der Studentenschaft in Härtefällen. RRB Nr. 4220/1974	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	2 952	102 025	89 361	12 664	14,2
	Total Erträge	2 952	113 792	124 140	-10 348	-8,3
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-425				
	Finanzaufwand	-348	1 294	1 432	-138	-9,6
	Total Aufwand	-773	217 112	214 933	2 179	1,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 179				
	- davon Finanzerfolg	2 604	-217 112	-214 933	-2 179	-1,0
			-217 112	-214 933	-2 179	-1,0
9833 Fonds für ein Studentenheim an der Universität Zürich						
Akten-Nr. 8905 Vereinigung der für die Gründung eines Studentenheims an der Universität Zürich zur Verfügung stehenden Beträge. Vfg. der Erziehungsdirektion vom 11.12.1922	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	2 198	68 228	66 258	1 970	3,0
	Total Erträge	2 198	73 011	72 854	157	0,2
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-71				
	Finanzaufwand		1 002	1 002	0	0,0
	Total Aufwand	-71	142 241	140 114	2 127	1,5
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 127				
	- davon Finanzerfolg	2 198	-142 241	-140 114	-2 127	-1,5
			-142 241	-140 114	-2 127	-1,5
9834 Frieda Magdalena Cattaruzza-Fonds						
Akten-Nr. 8908 Vermächtnis von Frau Frieda Magdalena Cattaruzza an die Augenklinik des Universitätsspitals Zürich zur Unterstützung von Auszubildenden auf dem Gebiet der Augenheilkunde und Augenchirurgie. RRB Nr. 1673/1997	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	6 860	81 088	116 251	-35 163	-30,2
	Total Erträge	6 860	236 202	194 859	41 343	21,2
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-159				
	Finanzaufwand	-114	2 673	2 266	407	18,0
	Total Aufwand	-273	319 963	313 376	6 587	2,1
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	6 587				
	- davon Finanzerfolg	6 746	-319 963	-313 376	-6 587	-2,1
			-319 963	-313 376	-6 587	-2,1
9835 Nelly Solz-Legat						
Akten-Nr. 8909 Vermächtnis von Frau Nelly Stob-Nocker für Forschungszwecke der Neurologischen Klinik der Universität Zürich. RRB Nr. 3065/1988	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	10 732	112 629	123 625	-10 995	-8,9
	Total Erträge	10 732	359 725	349 565	10 160	2,9
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-10 237				
	Finanzaufwand	-228	5 016	3 914	1 102	28,2
	Total Aufwand	-10 465	477 371	477 103	267	0,1
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	267				
	- davon Finanzerfolg	10 504	-477 371	-477 103	-267	-0,1
			-477 371	-477 103	-267	-0,1

Erfolgsrechnung		R 2010	Bilanz		Veränderung		
			31.12.2010	31.12.2009	Absolut	in %	
9836 Fonds für medizinische Forschungen							
Akten-Nr. 8910 Vereinigte Fonds gemäss RRB Nr. 1211/1932:	Zuwendungen und betriebliche Erträge						
	Finanzerträge	77 983	57 074	114 451	-57 377	-50,1	
– Karl Rieser- und Heinrich Paur-Fonds zur Förderung medizinwissenschaftlicher Forschung und Vermächtnisse von Dr. med. H. und Frau D. Hürlimann-Perini, Otto Josef Hirschmann, Martha Klara Grossmann und Hans Otto Schorn-Furrer	Total Erträge	77 983	3 116 680	3 123 800	-7 120	-0,2	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-136 338		35 376	-731	-2,1	
	Finanzaufwand	-6 874					
	Total Aufwand	-143 212	3 208 399	3 273 627	-65 228	-2,0	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-65 228	-3 208 399	-3 273 627	65 228	2,0	
	– davon Finanzerfolg	71 110	Total Passiven	-3 208 399	-3 273 627	65 228	2,0
– Fonds für die Krebsforschung an der Universität Zürich, gestiftet durch Daniel Jenny in Ennenda, und Vermächtnisse von A. Hürlimann-Hirzel, Adolf Alexander, Luise Dilger, Emil Otto Berthele, Edith Kusch-Neumann und Renée Weil-Schlesinger							
– Dr. Stierlin-Preis (RRB Nr. 1151/1956)							
– Zuwendung von Edith Kusch-Neumann für die Forschung auf dem Gebiet der Augenheilkunde							
9837 Fonds für das Pharmakologische Institut der Universität Zürich							
Akten-Nr. 8911 Schenkung von Prof. Dr. Max Cloetta zur Anschaffung wissenschaftlicher Zeitschriften. RRB Nr. 1915/1937	Zuwendungen und betriebliche Erträge						
	Finanzerträge	6 357	84 424	47 784	36 639	76,7	
	Total Erträge	6 357	226 630	267 452	-40 822	-15,3	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-10 208		3 603	-491	-13,6	
	Finanzaufwand	-822					
	Total Aufwand	-11 030	314 166	318 840	-4 674	-1,5	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-4 674	-314 166	-318 840	4 674	1,5	
	– davon Finanzerfolg	5 535	Total Passiven	-314 166	-318 840	4 674	1,5
9838 Fonds für wissenschaftl. Untersuchungen am Gerichtsmedizinischen Institut (Heinrich Zangger-Legat)							
Akten-Nr. 8912 Schenkung von zwei Versicherungsgesellschaften zum Ausbau des Gerichtsmedizinischen Instituts sowie Legat von Fräulein Gina Zangger für denselben Zweck. RRB Nrn. 3408/1936 und 1181/1982	Zuwendungen und betriebliche Erträge						
	Finanzerträge	15	14 970	15 005	-35	-0,2	
	Total Erträge	15					
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50					
	Finanzaufwand						
	Total Aufwand	-50	14 970	15 005	-35	-0,2	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-35					
	– davon Finanzerfolg	15	-14 970	-15 005	35	0,2	
			Total Passiven	-14 970	-15 005	35	0,2
9840 Dr. med. Eugen Schurter-Fonds							
Akten-Nr. 8914 Vermächtnis von Dr. med. Eugen Schurter in Pfäffikon zur Förderung der Bibliothek des Universitätsspitals. RRB Nr. 3493/1959	Zuwendungen und betriebliche Erträge						
	Finanzerträge	4 895	94 751	106 117	-11 366	-10,7	
	Total Erträge	4 895	195 957	186 860	9 097	4,9	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-6 306		2 636	-111	-4,2	
	Finanzaufwand	-969					
	Total Aufwand	-7 275	293 233	295 613	-2 380	-0,8	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-2 380	-293 233	-295 613	2 380	0,8	
	– davon Finanzerfolg	3 926	Total Passiven	-293 233	-295 613	2 380	0,8

Erfolgsrechnung

R 2010

Bilanz

31.12.2010

31.12.2009

Veränderung
Absolut in %

9841 Marguerita Edith Bitterlin-Legat

Akten-Nr. 8915 Vermächtnis von Frau Marguerita Edith Bitterlin-Wydler in Zumikon zugunsten verschiedener Institute und Kliniken der Universität Zürich für Forschungen auf dem Gebiet der Parkinson'schen Krankheit und der Krebskrankheiten. RRB Nr. 3214/1987	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	45 240 45 240 –40 852 –1 770 –42 622 2 618 43 470	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	212 295 1 488 950 17 690 1 718 935 –1 718 935 –1 718 935	132 677 1 566 255 17 386 1 716 317 –1 716 317 –1 716 317	79 619 –77 305 304 2 618 –2 618 –2 618	60,0 –4,9 1,8 0,2 –0,2 –0,2
--	---	---	--	---	---	---	--

9842 Stehr-Boldt-Fonds der Universität Zürich

Akten-Nr. 8916 Schenkung von Sanitätsrat Dr. Alfred Stehr zur Veröffentlichung der hinterlassenen wissenschaftlichen Arbeit des Donators und zur Durchführung von Preisausschreiben durch die Universität auf dem vom Donator gepflegten Forschungsgebiet	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	22 936 22 936 –475 –4 296 –4 771 18 165 18 640	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	202 120 750 915 6 115 959 150 –475 –958 676 –959 150	91 554 842 670 6 753 940 976 –466 –940 510 –940 976	110 567 –91 755 –638 18 174 –9 –18 165 –18 174	120,8 –10,9 –9,4 1,9 –1,8 –1,9 –1,9
---	---	--	--	--	---	--	---

9843 Rosalia-Legat

Akten-Nr. 8917 Sammlung italienischer Staatsangehöriger für die Behandlung von unbemittelten italienischen Staatsangehörigen, vorzugsweise Kindern, in der Abteilung Kieferkrankheiten und Kieferchirurgie des Zahnärztlichen Institutes der Universität Zürich. RRB Nr. 3278/1988	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	949 949 –55 –55 894 949	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	81 683 26 696 421 108 800 –108 800 –108 800	80 957 26 528 421 107 906 –107 906 –107 906	726 168 0 894 –894 –894	0,9 0,6 0,0 0,8 –0,8 –0,8
---	---	---	--	--	--	--	--

9844 Ida de Pottère-Leupold und Dr. iur. Erik de Pottère-Stiftung

Akten-Nr. 8918 Schenkung von Dr. iur. Erik de Pottère zur Förderung der Krebsforschung an der Universität Zürich. RRB Nr. 244/1964	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	19 881 19 881 –24 374 –1 019 –25 393 –5 512 18 862	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	15 375 276 332 2 004 293 711 –293 711 –293 711	7 074 289 844 2 305 299 223 –299 223 –299 223	8 301 –13 512 –301 –5 512 5 512 5 512	117,3 –4,7 –13,1 –1,8 1,8 1,8
---	---	--	--	---	--	--	--

9845 Schenkung Artan-Stiftung

Akten-Nr. 8919 Schenkung der Artan-Stiftung in Vaduz zwecks Ausrichtung von Stipendien an Absolventen der Medizinischen Fakultät. RRB Nr. 2327/1996	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	103 103 –50 –203 –253 –150 –100	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	79 899 9 830 13 89 742 –89 742 –89 742	89 892 0 0 89 892 –89 892 –89 892	–9 993 9 830 13 –150 150 150	–11,1 0,0 0,0 –0,2 0,2 0,2
--	---	---	--	---	--	---	---

Erfolgsrechnung		R 2010	Bilanz		Veränderung	
			31.12.2010	31.12.2009	Absolut	in %
9846 Rousseau-Preis der Universität Zürich						
Akten-Nr. 8920 Gegründet durch Prof. Dr. Ernst Bovet für Semesterpreise an sich besonders auszeichnende ordentliche Mitglieder des Romanischen Seminars der Universität Zürich. RRB Nr. 3149/1922	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	65 65 –50 –50 15 65	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	65 467 65 451 0 0 0 65 467 65 451 –65 467 –65 451	15 0 0 0 –15 –15	0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0
9847 Dr. Oscar Reinhart-Fonds						
Akten-Nr. 8921 Schenkung von Dr. h. c. Oscar Reinhart in Winterthur zugunsten des Kunsthistorischen Seminars für Anschaffungen und Beiträge an Exkursionen. RRB Nrn. 1204/1952 und 4009/1966	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	2 705 2 705 –377 –116 –493 2 212 2 589	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	84 610 77 739 1 001 1 244 163 350 161 138 –163 350 –161 138	12 033 –9 578 –244 2 212 2 212 –2 212 –2 212	16,6 –11,0 –19,6 1,4 1,4 –1,4 –1,4
9848 Hans Süssle-Fonds						
Akten-Nr. 8922 Vermächtnis von Johann Christian Süssle zur Unterstützung parapsychologischer Forschung. RRB Nr. 3219/1974	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	5 222 5 222 –141 –1 185 –1 326 3 896 4 037	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	65 213 215 626 2 643 3 091 283 482 279 586 –283 482 –279 586	–4 570 8 914 –448 3 896 3 896 –3 896 –3 896	–6,5 4,3 –14,5 1,4 1,4 –1,4 –1,4
9849 Wettstein-Fonds						
Akten-Nr. 8923 Gesammelt und der Universität geschenkt von a. Regierungrat Dr. h. c. O. Wettstein zur Förderung des Journalistischen Seminars der Universität Zürich. RRB Nr. 1382/1941	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	559 559 –53 –283 –336 223 276	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	84 615 20 372 16 16 105 002 104 779 –105 002 –104 779	506 –283 0 223 223 –223 –223	0,6 –1,4 0,0 0,2 0,2 –0,2 –0,2
9850 Legat Dr. h. c. Georges Bloch						
Akten-Nr. 8924 Schenkung von Georges Bloch für Beiträge an Publikationen sowie die Durchführung von Seminaren, Kolloquien und Tagungen, hauptsächlich zugunsten des Kunstgeschichtlichen Seminars der Universität Zürich. RRB Nr. 3554/1984	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	6 171 6 171 –143 –1 830 –1 973 4 197 4 340	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	83 826 201 001 2 209 3 215 287 036 282 839 –287 036 –282 839	57 034 –51 830 –1 006 4 197 4 197 –4 197 –4 197	212,9 –20,5 –31,3 1,5 1,5 –1,5 –1,5

Erfolgsrechnung

R 2010

Bilanz

31.12.2010

31.12.2009

Veränderung
Absolut in %

9851 Meyer-Keyser-Legat

Akten-Nr. 8925 Vermächtnis von Prof. Dr. Arnold Meyer-Keyser für wissenschaftliche Zwecke an der Universität. Regulativ vom 16. November 1916 (ZG 4, S. 397) und RRB Nr. 2720/1916	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	1 467	Kontokorrente	86 728	85 827	901	1,0
	Total Erträge	1 467	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	31 676	31 170	506	1,6
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-60	Sachanlagen				
	Finanzaufwand		Übrige Aktiven	543	543	0	0,0
	Total Aufwand	-60	Total Aktiven	118 946	117 539	1 407	1,2
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 407	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	1 467	Fondsbestand	-118 946	-117 539	-1 407	-1,2
			Total Passiven	-118 946	-117 539	-1 407	-1,2

9852 Tocquart-Fonds

Akten-Nr. 8926 Vermächtnis von Frau Redda Marguerite Tocquart in Paris zur Ausrichtung eines «Prix Jacques de Bedriaga» an Studierende der Zoologie und der Botanik an der Universität Zürich. RRB Nr. 3875/1966	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	2 354	Kontokorrente	70 370	57 937	12 433	21,5
	Total Erträge	2 354	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	78 760	88 786	-10 027	-11,3
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-75	Sachanlagen				
	Finanzaufwand	-116	Übrige Aktiven	1 149	1 393	-244	-17,5
	Total Aufwand	-191	Total Aktiven	150 279	148 117	2 163	1,5
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 163	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	2 238	Fondsbestand	-150 279	-148 117	-2 163	-1,5
			Total Passiven	-150 279	-148 117	-2 163	-1,5

9853 Dr. Carl Fiedler-Stiftung

Akten-Nr. 8927 Vermächtnis von Dr. Carl Fiedler für Beiträge an junge Gelehrte zur Erleichterung des Besuches zoologischer Meeresstationen. RRB Nr. 815/1894	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	43	Kontokorrente	42 915	42 922	-7	0,0
	Total Erträge	43	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Sachanlagen				
	Finanzaufwand		Übrige Aktiven				
	Total Aufwand	-50	Total Aktiven	42 915	42 922	-7	0,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-7	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	43	Fondsbestand	-42 915	-42 922	7	0,0
			Total Passiven	-42 915	-42 922	7	0,0

9854 Karl Hescheler-Stiftung

Akten-Nr. 8928 Vermächtnis von Prof. Dr. Karl Hescheler. Die Erträge sind zur Hälfte zugunsten des Zoologischen Instituts und je zu einem Viertel zugunsten des Paläontologischen Instituts und Museums sowie des Zoologischen Museums der Universität Zürich zu verwenden. RRB Nrn. 3853/1948, 1734/1949 und 496/1986	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	20 521	Kontokorrente	155 637	166 777	-11 140	-6,7
	Total Erträge	20 521	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	770 959	743 301	27 658	3,7
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-464	Sachanlagen				
	Finanzaufwand	-2 059	Übrige Aktiven	10 864	9 385	1 479	15,8
	Total Aufwand	-2 523	Total Aktiven	937 460	919 463	17 997	2,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	17 997	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	18 461	Fondsbestand	-937 460	-919 463	-17 997	-2,0
			Total Passiven	-937 460	-919 463	-17 997	-2,0

Erfolgsrechnung		R 2010	Bilanz		Veränderung	
			31.12.2010	31.12.2009	Absolut	in %
9855 Alfred Werner-Legat						
Akten-Nr. 8929 Vermächtnis von Fräulein Charlotte Werner zum Andenken an Professor Alfred Werner für chemische Forschungszwecke und Stipendien an schweizerische Chemiestudenten.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
RRB Nr. 3992/1981	Finanzerträge	513 838	120 050	104 688	15 362	14,7
	Total Erträge	513 838	7 954 762	7 704 597	250 165	3,2
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-243 489				
	Finanzaufwand	-2 370	53 672	51 220	2 453	4,8
	Total Aufwand	-245 859	8 128 484	7 860 504	267 979	3,4
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	267 979	-8 128 484	-7 860 504	-267 979	-3,4
	- davon Finanzerfolg	511 468	-8 128 484	-7 860 504	-267 979	-3,4
9856 Orelli-Stiftung für die Universität						
Akten-Nr. 8930 Vermächtnis von Prof. Dr. Alois v. Orelli in Zürich zur Förderung und Ausstattung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät insbesondere des Juristischen Seminars.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
RRB Nr. 313/1892	Finanzerträge	8 316	78 300	102 355	-24 055	-23,5
	Total Erträge	8 316	328 687	311 041	17 646	5,7
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-12 804				
	Finanzaufwand	-2 433	4 059	4 571	-512	-11,2
	Total Aufwand	-15 237	411 046	417 967	-6 921	-1,7
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-6 921	-411 046	-417 967	6 921	1,7
	- davon Finanzerfolg	5 883	-411 046	-417 967	6 921	1,7
9857 Maria Lang-Heussi-Legat						
Akten-Nr. 8931 Vermächtnis von Frau Maria Lang-Heussi in Embrach zugunsten des Botanischen Gartens, Institut für systematische Botanik der Universität Zürich, für die botanische Forschung.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
RRB Nr. 2925/1989	Finanzerträge	21 034	82 561	110 805	-28 244	-25,5
	Total Erträge	21 034	786 626	765 803	20 823	2,7
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-27 210				
	Finanzaufwand	-342	8 421	7 518	903	12,0
	Total Aufwand	-27 552	877 608	884 126	-6 518	-0,7
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-6 518	-877 608	-884 126	6 518	0,7
	- davon Finanzerfolg	20 692	-877 608	-884 126	6 518	0,7
9858 Dr. Edwin Frey-Fonds						
Akten-Nr. 8932 Vermächtnis von Frau Eugenie Frey-Schäfer in Zürich zum Andenken an ihren Sohn Dr. Edwin Frey zur Förderung betriebswirtschaftlicher Studien des Handelswissenschaftlichen Seminars der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
RRB Nr. 2827/1965	Finanzerträge	11 247	78 846	109 748	-30 901	-28,2
	Total Erträge	11 247	446 748	419 062	27 686	6,6
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-12 963				
	Finanzaufwand	-2 175	4 008	4 683	-675	-14,4
	Total Aufwand	-15 138	529 602	533 493	-3 891	-0,7
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-3 891	-529 602	-533 493	3 891	0,7
	- davon Finanzerfolg	9 072	-529 602	-533 493	3 891	0,7
9859 Karr-Legat						
Akten-Nr. 8933 Schenkung der Firma Karr & Cie. AG, Getreide und Ölsaaten, Zürich, zugunsten der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich für die Volkswirtschaftliche Ausbildung afrikanischer Studenten.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
RRB Nr. 2305/1986	Finanzerträge	1 303	64 571	62 608	1 963	3,1
	Total Erträge	1 303	31 915	31 625	290	0,9
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	950				
	Finanzaufwand		248	248	0	0,0
	Total Aufwand	950	96 734	94 482	2 253	2,4
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 253				
	- davon Finanzerfolg	1 303	-96 734	-94 482	-2 253	-2,4
			-96 734	-94 482	-2 253	-2,4

Erfolgsrechnung

R 2010

Bilanz

31.12.2010

31.12.2009

Veränderung
Absolut in %

9860 Marie Louise Splinter-Legat

Akten-Nr. 8934 Vermächtnis von Marie Louise Splinter-Hensel in Greifensee zugunsten der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich für die Ausrichtung von Stipendien an junge Studenten auf dem Gebiet der Botanik. RRB Nr. 737/1989	Zuwendungen und betriebliche Erträge	1 389	Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	4 781	Kontokorrente	97 542	74 605	22 936	30,7
	Total Erträge	6 170	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	145 026	174 530	-29 504	-16,9
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-12 790	Sachanlagen				
	Finanzaufwand	-360	Übrige Aktiven	1 035	1 447	-413	-28,5
	Total Aufwand	-13 150	Total Aktiven	243 602	250 583	-6 980	-2,8
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-6 980	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	4 421	Fondsbestand	-243 602	-250 583	6 980	2,8
			Total Passiven	-243 602	-250 583	6 980	2,8

9861 Vereinigte Fonds für die Veterinärchirurgische Klinik (Legate Bühler und Krauer)

Akten-Nr. 8935 Vereinigung früher selbstständiger Fonds zur Förderung von Forschungen an der Veterinärchirurgischen Klinik. RRB Nr. 5928/1972	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	73	Kontokorrente	73 155	73 132	23	0,0
	Total Erträge	73	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Sachanlagen				
	Finanzaufwand		Übrige Aktiven				
	Total Aufwand	-50	Total Aktiven	73 155	73 132	23	0,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	23	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	73	Fondsbestand	-73 155	-73 132	-23	0,0
			Total Passiven	-73 155	-73 132	-23	0,0

9862 Edith P. Fischer-Walking-Legat

Akten-Nr. 8936 Vermächtnis von Frau Edith P. Fischer-Walking für die Verbesserung der diagnostischen und therapeutischen Einrichtungen des kantonalen Tierspitals. RRB Nr. 2936/1981	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	17 280	Kontokorrente	108 422	134 290	-25 868	-19,3
	Total Erträge	17 280	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	562 600	520 115	42 485	8,2
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-336	Sachanlagen				
	Finanzaufwand		Übrige Aktiven	7 749	7 422	327	4,4
	Total Aufwand	-336	Total Aktiven	678 771	661 827	16 944	2,6
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	16 944	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	17 280	Fondsbestand	-678 771	-661 827	-16 944	-2,6
			Total Passiven	-678 771	-661 827	-16 944	-2,6

9863 Betty Sassella-Keller-Legat

Akten-Nr. 8937 Vermächtnis von Frau Betty Sassella-Keller zugunsten des Organisch-chemischen Institutes für Forschung, Förderung von Mitarbeitern jeder Stufe und Förderung der zwischenmenschlichen Beziehungen innerhalb der OCI. RRB Nr. 4352/1985	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	10 165	Kontokorrente	103 384	138 203	-34 818	-25,2
	Total Erträge	10 165	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	313 347	271 533	41 814	15,4
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-2 025	Sachanlagen				
	Finanzaufwand	-42	Übrige Aktiven	5 041	3 938	1 103	28,0
	Total Aufwand	-2 067	Total Aktiven	421 773	413 674	8 098	2,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	8 098	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	10 123	Fondsbestand	-421 773	-413 674	-8 098	-2,0
			Total Passiven	-421 773	-413 674	-8 098	-2,0

9864 Dr. Wilhelm Jerg-Legat

Akten-Nr. 8938 Vermächtnis von Frau Ida Jerg zur Förderung des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens, der musikwissenschaftlichen Forschung und von interdisziplinären Veranstaltungen an der Universität Zürich. RRB Nr. 930/1986	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	1 899	Kontokorrente	52 043	55 310	-3 267	-5,9
	Total Erträge	1 899	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	67 697	77 955	-10 259	-13,2
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-15 410	Sachanlagen				
	Finanzaufwand	-259	Übrige Aktiven	913	1 156	-244	-21,1
	Total Aufwand	-15 669	Total Aktiven	120 652	134 422	-13 770	-10,2
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-13 770	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	1 640	Fondsbestand	-120 652	-134 422	13 770	10,2
			Total Passiven	-120 652	-134 422	13 770	10,2

Erfolgsrechnung		R 2010	Bilanz		Veränderung	
			31.12.2010	31.12.2009	Absolut	in %
9865 Fonds zur Förderung der Forschung und Ausbildung auf dem Gebiet der Chemie und Pharmazie an der Universität Zürich						
Akten-Nr. 8940 Schenkung des Schweizerischen Chemie-Syndikates für Forschung und Ausbildung auf dem Gebiet der Chemie und Pharmazie an der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	4 494	85 398	80 639	4 759	5,9
	Total Erträge	4 494	175 784	176 007	-223	-0,1
RRB Nr. 263/1948	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-131				
	Finanzaufwand	-289	2 618	3 079	-461	-15,0
	Total Aufwand	-420	263 799	259 725	4 074	1,6
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	4 074				
	- davon Finanzerfolg	4 205	-263 799	-259 725	-4 074	-1,6
			Total Aktiven	Total Aktiven	4 074	1,6
			Total Passiven	Total Passiven	-4 074	-1,6
9867 Fritz Rohrer-Fonds						
Akten-Nr. 8941 Stiftung von Fräulein Alice Rohrer zugunsten der Medizinischen Fakultät sowie des Kunstgeschichtlichen und des Musikwissenschaftlichen Seminars der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	2 059	80 388	101 353	-20 965	-20,7
	Total Erträge	2 059	102 272	83 040	19 232	23,2
RRB Nr. 4703/1967	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-2 932				
	Finanzaufwand	-834	1 017	991	26	2,6
	Total Aufwand	-3 766	183 676	185 384	-1 707	-0,9
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-1 707				
	- davon Finanzerfolg	1 225	-183 676	-185 384	1 707	0,9
			Total Aktiven	Total Aktiven	-1 707	-0,9
			Total Passiven	Total Passiven	1 707	0,9
9868 Anna Feddersen-Wagner-Fonds						
Akten-Nr. 8942 Vermächtnis von Frau Dr. Anna Feddersen-Wagner für Forschungen auf dem Gebiet der Medizin und der Chemie an der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	3 986	116 299	112 544	3 756	3,3
	Total Erträge	3 986	164 088	164 385	-297	-0,2
RRB Nr. 2093/1952	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-141				
	Finanzaufwand	-363	1 860	1 836	23	1,3
	Total Aufwand	-504	282 247	278 765	3 482	1,2
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	3 482				
	- davon Finanzerfolg	3 623	-282 247	-278 765	-3 482	-1,2
			Total Aktiven	Total Aktiven	3 482	1,2
			Total Passiven	Total Passiven	-3 482	-1,2
9869 Dr. Martha Pfister-Legat						
Akten-Nr. 8943 Vermächtnis von Fräulein Dr. Martha Pfister in Zürich für Anschaffungen und zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten von Dozenten und Studierenden der Theologischen und der Philosophischen Fakultät II der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	49	48 731	48 733	-1	0,0
	Total Erträge	49				
RRB Nr. 3788/1967	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50				
	Finanzaufwand	-50				
	Total Aufwand	-50	48 731	48 733	-1	0,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-1				
	- davon Finanzerfolg	49	-48 731	-48 733	1	0,0
			Total Aktiven	Total Aktiven	-1	0,0
			Total Passiven	Total Passiven	1	0,0
9870 Schenkung EPA/Neue Warenhaus AG						
Akten-Nr. 8944 Schenkung der EPA/Neue Warenhaus AG an das Archäologische Institut der Universität Zürich zum Andenken an Herrn Julius Weber-Locher.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	17	16 875	16 908	-33	-0,2
	Total Erträge	17				
RRB Nr. 563/1990	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50				
	Finanzaufwand	-50				
	Total Aufwand	-50	16 875	16 908	-33	-0,2
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-33				
	- davon Finanzerfolg	17	-16 875	-16 908	33	0,2
			Total Aktiven	Total Aktiven	-33	-0,2
			Total Passiven	Total Passiven	33	0,2

Erfolgsrechnung

R 2010

Bilanz

31.12.2010

31.12.2009

Veränderung
Absolut in %

9871 Issekutz-Fonds

Akten-Nr. 8945 Schenkung von ungenannt sein wollenden Donatoren zum Andenken an den ungarischen Wirtschaftsrechtler Dr. Stefan Issekutz zwecks Preisvergaben für hervorragende Arbeiten im Bereich des Wirtschaftsrechts.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,					
RRB Nr. 323/1998	Finanzerträge	17 274	Kontokorrente	64 940	49 600	15 340	30,9	
	Total Erträge	17 274	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	510 670	520 444	-9 773	-1,9	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-12 288	Sachanlagen					
	Finanzaufwand	-47	Übrige Aktiven	5 049	5 677	-627	-11,1	
	Total Aufwand	-12 335	Total Aktiven	580 660	575 721	4 939	0,9	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	4 939	Übrige Passiven					
	- davon Finanzerfolg	17 227	Fondsbestand	-580 660	-575 721	-4 939	-0,9	
			Total Passiven	-580 660	-575 721	-4 939	-0,9	

9872 Emma Louise Kessler-Fonds

Akten-Nr. 8946 Vermächtnis von Frau Dr. med. Emma Louise Kessler an das Institut für Rechtsmedizin der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,					
Verwendungszweck: Anschaffung von Betriebseinrichtungen für Lehre und Forschung; Ausrichtung von Unterstützungsbeiträgen zur Förderung von Forschungs-Projekten des Institutes für Rechtsmedizin sowie Unterhalt der im Vermächtnis enthaltenen Liegenschaft.	Finanzerträge	642 708	Kontokorrente	962 559	823 574	138 985	16,9	
RRB Nr. 584/1998	Total Erträge	642 708	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	18 624 947	22 807 813	-4 182 866	-18,3	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-4 545 743	Sachanlagen	839 300	839 300	0	0,0	
	Finanzaufwand	-183 064	Übrige Aktiven	274 230	316 448	-42 219	-13,3	
	Total Aufwand	-4 728 807	Total Aktiven	20 701 036	24 787 135	-4 086 099	-16,5	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-4 086 099	Übrige Passiven					
	- davon Finanzerfolg	459 644	Fondsbestand	-20 701 036	-24 787 135	4 086 099	16,5	
			Total Passiven	-20 701 036	-24 787 135	4 086 099	16,5	

9873 Legat zur Prämierung hervorragender wissenschaftlicher Arbeiten der Phil. Fakultät II

Akten-Nr. 8948 Schenkung einer liechtensteinischen Stiftung zur Prämierung hervorragender wissenschaftlicher Arbeiten der Phil. Fakultät II.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,					
RRB Nr. 1215/1996	Finanzerträge	17 295	Kontokorrente	99 473	95 368	4 105	4,3	
	Total Erträge	17 295	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	598 977	586 425	12 552	2,1	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-350	Sachanlagen					
	Finanzaufwand	-228	Übrige Aktiven	6 764	6 704	60	0,9	
	Total Aufwand	-578	Total Aktiven	705 214	688 497	16 717	2,4	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	16 717	Übrige Passiven					
	- davon Finanzerfolg	17 067	Fondsbestand	-705 214	-688 497	-16 717	-2,4	
			Total Passiven	-705 214	-688 497	-16 717	-2,4	

9874 Stipendienfonds der höheren Lehranstalten

Akten-Nr. 8950 Vereinigte Fonds gemäss RRB Nr. 2725/1920 und ergänzt durch RRB Nrn. 2720/1951 und 552/1956:	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,					
- Stipendienfonds für höhere Lehranstalten	Finanzerträge	30 034	Kontokorrente	161 513	131 051	30 461	23,2	
- Jubiläumstipendienfonds der Universität	Total Erträge	30 034	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	1 928 768	1 926 880	1 888	0,1	
- Luchsinger-Fonds	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-1 046	Sachanlagen					
- Reichenbach-Stipendienfonds	Finanzaufwand	-228	Übrige Aktiven	15 675	19 037	-3 361	-17,7	
- Unterstützungsfonds für Chemiestudierende	Total Aufwand	-1 046	Total Aktiven	2 105 956	2 076 968	28 988	1,4	
- Dr. Emil Bindschedler-Fonds zum Andenken an Prof. Dr. Alfred Werner	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	28 988	Übrige Passiven					
- Stipendienkasse der Universität Zürich.	- davon Finanzerfolg	30 034	Fondsbestand	-2 105 956	-2 076 968	-28 988	-1,4	
Verordnung über die Ausrichtung von Studienbeiträgen an Schüler und Studierende höherer Lehranstalten vom 6. Februar 1974			Total Passiven	-2 105 956	-2 076 968	-28 988	-1,4	

Erfolgsrechnung		R 2010	Bilanz	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung	
						Absolut	in %
9875 Von Schweizer'scher Stipendienfonds							
Akten-Nr. 8951 Vermächtnis des russischen Staatsrates G. von Schweizer zur Unterstützung eines hilfsbedürftigen Studierenden aus Stadt und Kanton Zürich.							
Zuwendungen und betriebliche Erträge			Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	65 472	65 457	15	0,0
Finanzerträge		65	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Total Erträge		65	Sachanlagen				
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung		-50	Übrige Aktiven				
Finanzaufwand			Total Aktiven	65 472	65 457	15	0,0
Total Aufwand		-50	Übrige Passiven				
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)		15	Fondsbestand	-65 472	-65 457	-15	0,0
- davon Finanzerfolg		65	Total Passiven	-65 472	-65 457	-15	0,0
9876 Jacques Huber-Fonds							
Akten-Nr. 8952 Vermächtnis von Frau Edith Margaretha Huber in Zürich für Beiträge an den Druck vorzüglicher Dissertationen von unbemittelten Studierenden der Universität Zürich.							
Zuwendungen und betriebliche Erträge			Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	26 863	26 886	-23	-0,1
Finanzerträge		27	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Total Erträge		27	Sachanlagen				
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung		-50	Übrige Aktiven				
Finanzaufwand			Total Aktiven	26 863	26 886	-23	-0,1
Total Aufwand		-50	Übrige Passiven				
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)		-23	Fondsbestand	-26 863	-26 886	23	0,1
- davon Finanzerfolg		27	Total Passiven	-26 863	-26 886	23	0,1
9877 Auslandschweizer-Studentenfonds des Vereins Zürcherischer Rechtsanwälte							
Akten-Nr. 8953 Schenkung des Vereins Zürcherischer Rechtsanwälte aus Anlass seines hundertjährigen Bestehens für Stipendien an Auslandschweizer, die in Zürich die Rechte studieren.							
Zuwendungen und betriebliche Erträge			Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	24 738	24 763	-25	-0,1
Finanzerträge		25	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Total Erträge		25	Sachanlagen				
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung		-50	Übrige Aktiven				
Finanzaufwand			Total Aktiven	24 738	24 763	-25	-0,1
Total Aufwand		-50	Übrige Passiven				
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)		-25	Fondsbestand	-24 738	-24 763	25	0,1
- davon Finanzerfolg		25	Total Passiven	-24 738	-24 763	25	0,1
9878 Sächsische Stiftung «Providentiae memor»							
Akten-Nr. 8954 Gegründet durch Dr. Peter Maximilian Krenkel in Dresden für Studierende der Theologischen Fakultät der Universität Zürich.							
Zuwendungen und betriebliche Erträge			Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	63 707	63 693	14	0,0
Finanzerträge		64	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Total Erträge		64	Sachanlagen				
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung		-50	Übrige Aktiven				
Finanzaufwand			Total Aktiven	63 707	63 693	14	0,0
Total Aufwand		-50	Übrige Passiven				
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)		14	Fondsbestand	-63 707	-63 693	-14	0,0
- davon Finanzerfolg		64	Total Passiven	-63 707	-63 693	-14	0,0
9879 Scheller-Kunz-Stipendienfonds							
Akten-Nr. 8956 Vermächtnis von Frau Anna Christine Scheller-Kunz für Stipendien an Studierende der protestantischen Theologie.							
Zuwendungen und betriebliche Erträge			Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	59 112	59 103	9	0,0
Finanzerträge		59	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Total Erträge		59	Sachanlagen				
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung		-50	Übrige Aktiven				
Finanzaufwand			Total Aktiven	59 112	59 103	9	0,0
Total Aufwand		-50	Übrige Passiven				
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)		9	Fondsbestand	-59 112	-59 103	-9	0,0
- davon Finanzerfolg		59	Total Passiven	-59 112	-59 103	-9	0,0

Erfolgsrechnung

R 2010

Bilanz

31.12.2010

31.12.2009

Veränderung
Absolut in %

9880 Dr. Otto Schnabel-Fonds

Akten-Nr. 8957 Schenkung der Erben von Dr. Otto Schnabel in Zürich und von Dr. med. Ilse Berta Maria Schnabel alle Otto Schnabel-Bertha Gassmann-Fonds für Auslandssemester, die Drucklegung von guten Dissertationen oder die Fortsetzung des Studiums nach Abschluss der Doktor-Prüfung zugunsten Studierender der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
RRB Nrn. 1552/1943, 1742/1969 und 2908/1975	Finanzerträge	521	Kontokorrente	55 972	58 001	-2 030	-3,5
	Total Erträge	521	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	20 611	20 645	-35	-0,2
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-2 550	Sachanlagen				
	Finanzaufwand	-35	Übrige Aktiven	213	213	0	0,0
	Total Aufwand	-2 585	Total Aktiven	76 795	78 859	-2 064	-2,6
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-2 064	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	486	Fondsbestand	-76 795	-78 859	2 064	2,6
			Total Passiven	-76 795	-78 859	2 064	2,6

9881 Heini Suter-Fonds

Akten-Nr. 8958 Schenkung der Eheleute K. Suter-Wehrli in Zürich zum Andenken an ihren Sohn Heini Suter zur Unterstützung bedürftiger Studierender der Medizin.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
RRB Nrn. 1799/1939 und 939/1943	Finanzerträge	68	Kontokorrente	67 658	67 640	18	0,0
	Total Erträge	68	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Sachanlagen				
	Finanzaufwand		Übrige Aktiven				
	Total Aufwand	-50	Total Aktiven	67 658	67 640	18	0,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	18	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	68	Fondsbestand	-67 658	-67 640	-18	0,0
			Total Passiven	-67 658	-67 640	-18	0,0

9882 Fonds zur Förderung von Auslandsstudien in Allgemeiner neuerer Geschichte

Akten-Nr. 8959 Schenkungen zur Förderung von Auslandsstudien in Allgemeiner neuerer Geschichte.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
RRB Nr. 2635/1968	Finanzerträge	3	Kontokorrente	2 470	2 518	-48	-1,9
	Total Erträge	3	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Sachanlagen				
	Finanzaufwand		Übrige Aktiven				
	Total Aufwand	-50	Total Aktiven	2 470	2 518	-48	-1,9
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-48	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	3	Fondsbestand	-2 470	-2 518	48	1,9
			Total Passiven	-2 470	-2 518	48	1,9

9883 Dr. phil. Eugen Baumann-Fonds

Akten-Nr. 8960 Legat von Dr. Eugen Baumann zur Unterstützung von unbemittelten tüchtigen Studierenden der Botanik an der Universität Zürich und für botanische Exkursionen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
RRB Nrn. 2103/1935 und 471/1943	Finanzerträge	469	Kontokorrente	71 703	50 725	20 978	41,4
	Total Erträge	469	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	0	23 458	-23 458	-100,0
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-3 013	Sachanlagen				
	Finanzaufwand	-58	Übrige Aktiven	0	122	-122	-100,0
	Total Aufwand	-3 071	Total Aktiven	71 703	74 305	-2 602	-3,5
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-2 602	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	411	Fondsbestand	-71 703	-74 305	2 602	3,5
			Total Passiven	-71 703	-74 305	2 602	3,5

Erfolgsrechnung		R 2010	Bilanz		31.12.2010	31.12.2009	Veränderung	
							Absolut	in %
9884 Ernst Strehler-Fonds								
Akten-Nr. 8961 Gegründet durch Theodor Strehler in Uster zum Andenken an seinen verstorbenen Bruder Ernst Strehler für schweizerische Schüler der kantonalen Handelsschule und Studierende der handelswissenschaftlichen Abteilung an der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,					
	Finanzerträge	8 117	Kontokorrente		143 013	105 325	37 688	35,8
	Total Erträge	8 117	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)		290 599	320 354	-29 755	-9,3
für schweizerische Schüler der kantonalen Handelsschule und Studierende der handelswissenschaftlichen Abteilung an der Universität Zürich.	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-217	Sachanlagen					
Reglement vom 17. September 1925 (ZG 4, S. 295); RRB Nr. 2762/1924	Finanzaufwand	-143	Übrige Aktiven		4 087	4 263	-176	-4,1
	Total Aufwand	-360	Total Aktiven		437 699	429 942	7 757	1,8
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	7 757	Übrige Passiven					
	- davon Finanzerfolg	7 974	Fondsbestand		-437 699	-429 942	-7 757	-1,8
			Total Passiven		-437 699	-429 942	-7 757	-1,8
9885 Fonds für Höhengaufenthalte von Kantonsschülern								
Akten-Nr. 8962 Beitrag des Fonds für gemeinnützige Zwecke für Beiträge an Höhengaufenthalte zürcherischer Kantonsschüler an alpinen Mittelschulen. RRB Nr. 1445/1950	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,					
	Finanzerträge	5 439	Kontokorrente		77 173	92 690	-15 516	-16,7
	Total Erträge	5 439	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)		207 451	186 665	20 786	11,1
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-143	Sachanlagen					
	Finanzaufwand		Übrige Aktiven		2 618	2 591	26	1,0
	Total Aufwand	-143	Total Aktiven		287 242	281 946	5 296	1,9
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	5 296	Übrige Passiven					
	- davon Finanzerfolg	5 439	Fondsbestand		-287 242	-281 946	-5 296	-1,9
			Total Passiven		-287 242	-281 946	-5 296	-1,9
9886 Fonds für die Kantonsschule Zürich								
Akten-Nr. 8965 Vereinigte Fonds gemäss RRB Nrn. 1211/1932 und 3270/1950:	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,					
- Schulfestfonds	Finanzerträge	15 189	Kontokorrente		130 376	128 998	1 378	1,1
- Unfall- und Sachschadenkasse	Total Erträge	15 189	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)		456 860	444 673	12 187	2,7
- Wilhelm Fiedler'scher Zeichenfonds	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-294	Sachanlagen					
- Karl Göhri-Fonds	Finanzaufwand	-228	Übrige Aktiven		8 044	6 942	1 102	15,9
- Fonds für die Oberrealschule Zürich	Total Aufwand	-522	Total Aktiven		595 280	580 613	14 667	2,5
- Max Gröbli-Fonds	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	14 667	Übrige Passiven					
	- davon Finanzerfolg	14 961	Fondsbestand		-595 280	-580 613	-14 667	-2,5
			Total Passiven		-595 280	-580 613	-14 667	-2,5
9887 Schulreisefonds der Kantonsschule Zürich								
Akten-Nr. 8966 Gegründet durch ehemalige Angehörige der Gymnasialklasse 1865-71 und geöfnet von ehemaligen Schülern und weiteren Freunden der Kantonsschule für längere Schulreisen der oberen Klassen. RRB Nr. 899/1902	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,					
	Finanzerträge	4 398	Kontokorrente		72 141	68 645	3 496	5,1
	Total Erträge	4 398	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)		146 172	145 380	792	0,5
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-110	Sachanlagen					
	Finanzaufwand		Übrige Aktiven		2 127	2 127	0	0,0
	Total Aufwand	-110	Total Aktiven		220 440	216 152	4 288	2,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	4 288	Übrige Passiven					
	- davon Finanzerfolg	4 398	Fondsbestand		-220 440	-216 152	-4 288	-2,0
			Total Passiven		-220 440	-216 152	-4 288	-2,0
9888 Kari Egli-Fonds für das Chemische Institut der Kantonsschule Zürich								
Akten-Nr. 8967 Schenkung von Frau Prof. Hedwig Egli-Baumann zum Andenken an Prof. Dr. Karl Egli für Anschaffungen des Chemischen Instituts der Kantonsschule Zürich. Verfügung der Erziehungsdirektion vom 15. Juli 1920	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,					
	Finanzerträge	35	Kontokorrente		35 238	35 253	-15	0,0
	Total Erträge	35	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)					
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Sachanlagen					
	Finanzaufwand		Übrige Aktiven					
	Total Aufwand	-50	Total Aktiven		35 238	35 253	-15	0,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-15	Übrige Passiven					
	- davon Finanzerfolg	35	Fondsbestand		-35 238	-35 253	15	0,0
			Total Passiven		-35 238	-35 253	15	0,0

Erfolgsrechnung

R 2010

Bilanz

31.12.2010

31.12.2009

Veränderung
Absolut in %

9889 Adolf Flunser-Fonds

Akten-Nr. 8968 Legat von Direktor Adolf Flunser zur Unterstützung von intelligenten bedürftigen Schülern und zur Förderung des Kunsthaus- und Kunstausstellungsbesuches von Klassen der Oberrealschule Zürich. RRB Nr. 1239/1950	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente				
	Finanzerträge	43		43 041	43 048	-7	0,0
	Total Erträge	43					
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Finanzaufwand		Sachanlagen				
	Total Aufwand	-50	Übrige Aktiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-7	Total Aktiven	43 041	43 048	-7	0,0
	- davon Finanzerfolg	43	Übrige Passiven				
			Fondsbestand	-43 041	-43 048	7	0,0
			Total Passiven	-43 041	-43 048	7	0,0

9890 Berta Reiser-Fonds für die Kantonsschule Zürich

Akten-Nr. 8969 Schenkung aus dem Nachlass von Fräulein Berta Reiser für Schüler in Fällen, in denen dem Staate keine oder nicht ausreichende Mittel zur Verfügung stehen. Verfügung der Erziehungsdirektion vom 15. Januar 1935	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente				
	Finanzerträge	34		34 023	34 039	-16	0,0
	Total Erträge	34	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Sachanlagen				
	Finanzaufwand		Übrige Aktiven				
	Total Aufwand	-50	Total Aktiven	34 023	34 039	-16	0,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-16	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	34	Fondsbestand	-34 023	-34 039	16	0,0
			Total Passiven	-34 023	-34 039	16	0,0

9891 August Abegg-Fonds zur Förderung des Übungskontors der kantonalen Handelsschule Zürich

Akten-Nr. 8975 Gegründet durch C. Abegg-Stockar und Frau Escher-Abegg zum Andenken an ihren Bruder August Abegg. RRB Nr. 2751/1925	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente				
	Finanzerträge	76		75 689	75 664	26	0,0
	Total Erträge	76	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Sachanlagen				
	Finanzaufwand		Übrige Aktiven				
	Total Aufwand	-50	Total Aktiven	75 689	75 664	26	0,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	26	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	76	Fondsbestand	-75 689	-75 664	-26	0,0
			Total Passiven	-75 689	-75 664	-26	0,0

9892 Dr. Fritz Bek-Fonds zugunsten der kantonalen Handelsschule Zürich

Akten-Nr. 8976 Schenkung von Dr. Friedrich Bek-Andreae in Bern für kulturelle Veranstaltungen und die Anschaffung von Unterrichtshilfen. RRB Nr. 3369/1971	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente				
	Finanzerträge	35 745		104 005	87 132	16 873	19,4
	Total Erträge	35 745	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	831 896	838 992	-7 096	-0,8
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-18 107	Sachanlagen				
	Finanzaufwand	-7 861	Übrige Aktiven	2 072	2 072	0	0,0
	Total Aufwand	-25 968	Total Aktiven	937 973	928 196	9 777	1,1
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	9 777	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	27 883	Fondsbestand	-937 973	-928 196	-9 777	-1,1
			Total Passiven	-937 973	-928 196	-9 777	-1,1

9893 Huber-Fonds für die kantonalen Handelsschulen Zürich und Winterthur

Akten-Nr. 8977 Vermächtnis von Johann Heinrich Huber an die beiden Lehranstalten. Die Erträge sind im Interesse der beiden Handelsschulen zu verwenden. RRB Nrn. 1211/1932 und 1211/1932	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente				
	Finanzerträge	37		36 883	36 896	-13	0,0
	Total Erträge	37	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Sachanlagen				
	Finanzaufwand		Übrige Aktiven				
	Total Aufwand	-50	Total Aktiven	36 883	36 896	-13	0,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-13	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	37	Fondsbestand	-36 883	-36 896	13	0,0
			Total Passiven	-36 883	-36 896	13	0,0

Erfolgsrechnung		R 2010	Bilanz	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung	
						Absolut	in %
9894 Schulreisefonds der Pädagogischen Hochschule Zürich							
Akten-Nr. 8985 Fonds für Beiträge an bedürftige Schüler, um diesen die Teilnahme an Exkursionen der Lehranstalt zu ermöglichen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
RRB Nr. 1524/1923	Finanzerträge	73	Kontokorrente	72 861	72 838	23	0,0
	Total Erträge	73	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	10 000	10 000	0	0,0
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Sachanlagen				
	Finanzaufwand		Übrige Aktiven		0	0	0,0
	Total Aufwand	-50	Total Aktiven	82 861	82 838	23	0,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	23	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	73	Fondsbestand	-82 861	-82 838	-23	0,0
			Total Passiven	-82 861	-82 838	-23	0,0
9895 Robert J. F. Schwarzenbach-Fonds							
Akten-Nr. 8991 Vermächtnis von Generalkonsul Robert J. F. Schwarzenbach in New York für Sammlung, Erwerb und Erhaltung von Helvetica.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
RRB Nr. 297/1930	Finanzerträge	7 595	Kontokorrente	85 834	67 809	18 025	26,6
	Total Erträge	7 595	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	300 760	311 807	-11 047	-3,5
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-194	Sachanlagen				
	Finanzaufwand	-1 146	Übrige Aktiven	4 346	5 069	-723	-14,3
	Total Aufwand	-1 340	Total Aktiven	390 940	384 685	6 255	1,6
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	6 255	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	6 449	Fondsbestand	-390 940	-384 685	-6 255	-1,6
			Total Passiven	-390 940	-384 685	-6 255	-1,6
9897 Ella Ganz-Murkowsky-Fonds							
Akten-Nr. 8993 Legat von Frau Ella Ganz-Murkowsky für Unterstützungs- und Ausbildungsbeiträge an benachteiligte Kinder und Jugendliche.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
RRB Nr. 2120/1998	Finanzerträge	1 830	Kontokorrente	31 200	42 145	-10 944	-26,0
	Total Erträge	1 830	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	71 792	74 854	-3 062	-4,1
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-12 774	Sachanlagen				
	Finanzaufwand	-3 062	Übrige Aktiven	1 191	1 191	0	0,0
	Total Aufwand	-15 836	Total Aktiven	104 183	118 190	-14 007	-11,9
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-14 007	Übrige Passiven				
	- davon Finanzerfolg	-1 233	Fondsbestand	-104 183	-118 190	14 007	11,9
			Total Passiven	-104 183	-118 190	14 007	11,9
9901 Fonds V							
Akten-Nr. 9901 Legat des Rektorats und Departements Finanzen & Services der ZHAW, für die finanzielle Unterstützung von Studierenden der ZHAW, von Projekten mit fachlichem Bezug zur ZHAW sowie sozialen und kulturellen Veranstaltungen, die einen Bezug zur ZHAW aufweisen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	52 256	Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	8 953	Kontokorrente	325 995	175 993	150 002	85,2
	Total Erträge	61 208	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	1 111 200	1 290 685	-179 484	-13,9
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-89 858	Sachanlagen			0	
	Finanzaufwand	-89 858	Übrige Aktiven	8 049	7 216	833	11,5
	Total Aufwand	-89 858	Total Aktiven	1 445 244	1 473 893	-28 649	-1,9
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-28 649	Übrige Passiven			0	
	- davon Finanzerfolg	-80 905	Fondsbestand	-1 445 244	-1 473 893	28 649	-1,9
			Total Passiven	-1 445 244	-1 473 893	28 649	-1,9
9902 Fonds S							
Akten-Nr. 9902 Das Legat des Departements S wurde gemäss Beschlussprotokoll vom 21. Dezember 2010 aufgelöst und in das Legat des Rektorats und Departements Finanzen & Services der ZHAW integriert oder an die Förderstiftung HSSAZ weitergeleitet.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	0	Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	0	Kontokorrente		38 884	-38 884	-100,0
	Total Erträge	0	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)			0	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-38 884	Sachanlagen			0	
	Finanzaufwand	0	Übrige Aktiven			0	
	Total Aufwand	-38 884	Total Aktiven	38 884	-38 884	-100,0	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-38 884	Übrige Passiven			0	
	- davon Finanzerfolg	0	Fondsbestand	-38 884	-38 884	38 884	-100,0
			Total Passiven	-38 884	38 884	-100,0	

Erfolgsrechnung

		R 2010	Bilanz	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung	
						Absolut	in %
9903 Fonds N							
Akten-Nr. 9903	Zuwendungen und betriebliche Erträge	0	Flüssige Mittel, Forderungen,				
Das Legat des Departements N wurde	Finanzerträge	0	Kontokorrente		26 319	-26 319	-100,0
gemäss Beschlussprotokoll vom	Total Erträge	0	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)			0	
21. Dezember 2010 aufgelöst und in	Aufwand für Legatszwecke		Sachanlagen			0	
das Legat des Rektorats und Departe-	und Verwaltung	-26 319	Übrige Aktiven			0	
ments Finanzen & Services der ZHAW	Finanzaufwand	0	Total Aktiven		26 319	-26 319	-100,0
integriert.	Total Aufwand	-26 319	Übrige Passiven			0	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-26 319	Fondsbestand		-26 319	26 319	-100,0
	- davon Finanzerfolg	0	Total Passiven		-26 319	26 319	-100,0
9904 Fonds A							
Akten-Nr. 9904	Zuwendungen und betriebliche Erträge	0	Flüssige Mittel, Forderungen,				
Legat des Departements A der ZHAW;	Finanzerträge	301	Kontokorrente	31 727	33 971	-2 244	-6,6
für die finanzielle Unterstützung von	Total Erträge	301	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	25 145	25 634	-489	-1,9
Studierenden dieses Departements	Aufwand für Legatszwecke		Sachanlagen			0	
sowie von Projekten oder sozialen und	und Verwaltung	-3 000	Übrige Aktiven	451	451	0	0,0
kulturellen Veranstaltungen mit engem	Finanzaufwand	-33	Total Aktiven	57 323	60 056	-2 733	-4,6
Bezug zum Departement A.	Total Aufwand	-3 033	Übrige Passiven			0	
Reglement vom 1. Oktober 2004 auf	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-2 732	Fondsbestand	-57 323	-60 056	2 733	-4,6
1. Januar 2005	- davon Finanzerfolg	268	Total Passiven	-57 323	-60 056	2 733	-4,6
9905 Fonds T allgemein							
Akten-Nr. 9905	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	848	Kontokorrente	19 774	28 898	-9 124	-31,6
	Total Erträge	848	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	76 023	66 137	9 886	14,9
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung		Sachanlagen			0	
	Finanzaufwand	-286	Übrige Aktiven	732	732	0	0,0
	Total Aufwand	-286	Total Aktiven	96 529	95 767	762	0,8
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	562	Übrige Passiven			0	
	- davon Finanzerfolg	562	Fondsbestand	-96 529	-95 967	-562	0,6
			Total Passiven	-96 529	-95 967	-562	0,6
9906 Fonds W							
Akten-Nr. 9906	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	106	Kontokorrente	90 445	102 423	-11 978	-11,7
	Total Erträge	106	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	17 000	5 000	12 000	240,0
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung		Sachanlagen			0	
	Finanzaufwand	-84	Übrige Aktiven			0	
	Total Aufwand	-84	Total Aktiven	107 445	107 423	22	0,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	22	Übrige Passiven			0	
	- davon Finanzerfolg	22	Fondsbestand	-107 445	-107 423	-22	0,0
			Total Passiven	-107 445	-107 423	-22	0,0
9907 Fonds G							
Akten-Nr. 9907	Zuwendungen und betriebliche Erträge	13 626	Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge		Kontokorrente	29 292	15 666	13 626	87,0
	Total Erträge	13 626	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)			0	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung		Sachanlagen			0	
	Finanzaufwand	-84	Übrige Aktiven			0	
	Total Aufwand	-84	Total Aktiven	29 292	15 666	13 626	87,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	13 626	Übrige Passiven			0	
	- davon Finanzerfolg	0	Fondsbestand	-29 292	-15 666	-13 626	87,0
			Total Passiven	-29 292	-15 666	-13 626	87,0

Erfolgsrechnung		R 2010	Bilanz		Veränderung		
			31.12.2010	31.12.2009	Absolut	in %	
9908 Fonds L							
Akten-Nr. 9908	Zuwendungen und betriebliche Erträge	10 735	Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	140	Kontokorrente	36 389	31 691	4 698	14,8
	Total Erträge	10 875	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	10 500	15 500	-5 000	-32,3
	Aufwand für Legatszwecke		Sachanlagen			0	
	und Verwaltung	-11 123	Übrige Aktiven			0	
	Finanzaufwand	-54	Total Aktiven	46 889	47 191	-302	-0,6
	Total Aufwand	-11 177	Übrige Passiven			0	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-302	Fondsbestand	-46 889	-47 191	302	-0,6
	- davon Finanzerfolg	86	Total Passiven	-46 889	-47 191	302	-0,6
9910 Fonds T Chemie							
Akten-Nr. 9910	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen,				
	Finanzerträge	746	Kontokorrente	26 626	23 440	3 186	13,6
	Total Erträge	746	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	125 231	127 835	-2 604	-2,0
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung		Sachanlagen			0	
	Finanzaufwand	-164	Übrige Aktiven	2 974	2 974	0	0,0
	Total Aufwand	-164	Total Aktiven	154 831	154 249	582	0,4
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	582	Übrige Passiven			0	
	- davon Finanzerfolg	582	Fondsbestand	-154 831	-154 249	-582	0,4
			Total Passiven	-154 831	-154 249	-582	0,4

Vorwort des Regierungspräsidenten	3
Regierungsrat	7
Einleitung	7
Finanzen im Überblick	8
Allgemeiner Geschäftsgang	12
Rechtsetzung	14
Finanzvorlagen	19
Aussenbeziehungen des Kantons	20
Direktionen, Staatskanzlei und Leistungsgruppen	23
Staatskanzlei – Überblick	22/23
Finanzielle Entwicklung	26
Leistungsgruppen	27
Direktion der Justiz und des Innern – Überblick	32/33
Finanzielle Entwicklung	35
Leistungsgruppen	37
Sicherheitsdirektion – Überblick	112/113
Finanzielle Entwicklung	115
Leistungsgruppen	117
Finanzdirektion – Überblick	152/153
Finanzielle Entwicklung	157
Leistungsgruppen	160
Volkswirtschaftsdirektion – Überblick	194/195
Finanzielle Entwicklung	197
Leistungsgruppen	200
Gesundheitsdirektion – Überblick	220/221
Finanzielle Entwicklung	223
Leistungsgruppen	225
Bildungsdirektion – Überblick	256/257
Finanzielle Entwicklung	259
Leistungsgruppen	263
Baudirektion – Überblick	314/315
Finanzielle Entwicklung	318
Leistungsgruppen	321
Funktions- und Querschnittbereiche	373
Immobilien	373
Informatik	377
Personal	381
Umwelt	392
Gleichstellung von Frau und Mann	394
Integration der ausländischen Bevölkerung	395
Öffentlichkeitsprinzip	396
E-Government	398

Behörden und andere Organisationen	401
Behörden	401
Kantonsrat	401
Finanzkontrolle	403
Ombudsmann	405
Datenschutzbeauftragter	406
Rechtspflege	407
Konsolidierte Anstalten und Organisationen	423
Zürcher Verkehrsverbund	423
Spitäler	426
Universität	433
Zentralbibliothek	438
Hochschulen	439
Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit	450
Nicht konsolidierte Anstalten und Organisationen	452
BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich	452
Arbeitslosenkasse	455
Parlamentarische Vorstösse und Initiativen, Volksabstimmungen	457
Finanzberichterstattung	501
Konsolidierte Rechnung	504
Erfolgsrechnung	504
Bilanz	505
Geldflussrechnung	506
Eigenkapitalnachweis	507
Anhang	509
Bericht der Finanzkontrolle zur konsolidierten Rechnung	591
Jahresrechnung (Stammhaus)	593
Erfolgsrechnung	594
Bilanz	595
Geldflussrechnung	596
Eigenkapitalnachweis	597
Anhang	598
Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat	599
Abrechnung Budgetkredite	599
Rücklagen und Gewinnverwendung	609
Beilagen zum Finanzbericht	613
Kreditübertragungen	614
Bewilligte Kreditüberschreitungen	619
Entwicklung der letzten acht Jahre	620
Kennzahlen der Finanzlage des Kantons	623
Tabellen zu 2010	628
Mehrjahresvergleiche	636
Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	644

Herausgeber	Staatskanzlei des Kantons Zürich, 8090 Zürich
Ausführung	Staatskanzlei des Kantons Zürich
Fotos	<p>André Roth und Marc Schmid, Zürich Zürich Tourismus Casinotheater Winterthur www.jpg-factory.com Musikkollegium Winterthur</p> <p>Die Fotos im vorliegenden Geschäftsbericht stammen aus der Publikation «Kanton Zürich», herausgegeben von der Staatskanzlei und der Standortförderung im Amt für Wirtschaft und Arbeit, im Auftrag des Regierungsrates des Kantons Zürich.</p> <p>Die Publikation «Kanton Zürich» bringt auf 148 Seiten im Postkartenformat die zürcherischen Eigenheiten näher und zeigt auf, was das internationale Flair des Kantons ausmacht. Die Autorinnen und Autoren zeigen den Kanton in all seinen Facetten. Die Fotografen (Roth und Schmid Fotografie, Zürich) nehmen die Leserinnen und Leser mit auf eine visuelle Reise durch die bedeutendste Zentrumsregion der Schweiz und führen vor Augen, wie nahe Urbanes und Ländliches beieinander liegen. Genau dies macht die hohe Lebensqualität des Kantons aus.</p> <p>http://www.zh.ch/internet/de/ktzh/kanton_zuerich.html</p>
Druck	Offsetdruck Goetz AG
Auflage	600
Internet	www.zh.ch
Weitere Informationen	<p>Dr. Thomas Bürgi Staatskanzlei des Kantons Zürich, 8090 Zürich</p>
Bezugsquelle	<p>Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale KDMZ Räffelstrasse 32, Postfach, 8090 Zürich, Telefon 043 259 99 99</p>
ISSN-Nummer	ISSN 1663-2915